

Stand: 18.05.2024 19:03:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/210

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/210 vom 12.01.2009
2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 27.01.2009
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/417 des HA vom 10.02.2009
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/658 des HA vom 18.02.2009
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/659 des HA vom 19.02.2009
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/741 des HA vom 19.02.2009
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/886 des HA vom 03.03.2009
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/887 des HA vom 03.03.2009
9. Beschluss des Plenums 16/855 vom 04.03.2009
10. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 04.03.2009 (EPL 15)
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/902 des HA vom 05.03.2009
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/948 des HA vom 05.03.2009
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/906 des HA vom 10.03.2009
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/951 des HA vom 10.03.2009
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/947 des HA vom 11.03.2009
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/950 des HA vom 12.03.2009
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/949 des HA vom 13.03.2009
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/952 des HA vom 13.03.2009
19. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/1010 des HA vom 26.03.2009
20. Beschluss des Plenums 16/1065 vom 31.03.2009
21. Beschluss des Plenums 16/1066 vom 31.03.2009
22. Beschluss des Plenums 16/1067 vom 31.03.2009
23. Beschluss des Plenums 16/1068 vom 31.03.2009
24. Beschluss des Plenums 16/1069 vom 31.03.2009
25. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 31.03.2009 (EPL 1)
26. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 31.03.2009 (EPL 11)
27. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 31.03.2009 (EPL 2)
28. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 31.03.2009 (EPL 3A)
29. Beschluss des Plenums 16/1070 vom 01.04.2009
30. Beschluss des Plenums 16/1071 vom 01.04.2009
31. Beschluss des Plenums 16/1072 vom 01.04.2009
32. Beschluss des Plenums 16/1073 vom 01.04.2009
33. Beschluss des Plenums 16/1074 vom 01.04.2009
34. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 01.04.2009 (EPL 4)
35. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 01.04.2009 (EPL 5)
36. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 01.04.2009 (EPL 7)
37. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 01.04.2009 (EPL 8)
38. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 01.04.2009 (EPL 10)

39. Beschluss des Plenums 16/1075 vom 02.04.2009
40. Beschluss des Plenums 16/1076 vom 02.04.2009
41. Beschluss des Plenums 16/1077 vom 02.04.2009
42. Beschluss des Plenums 16/1079 vom 02.04.2009
43. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 02.04.2009 (EPL 6)
44. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 02.04.2009 (EPL 12)
45. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 02.04.2009
46. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 20.04.2009

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010)

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und die Einzelpläne sind aus den anhängenden „Acrobat-Dokumenten“ ersichtlich.

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2009/2010](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 A \(Staatsministerium des Innern\)](#)

[Einzelplan 03 B \(Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Unterricht und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bay. Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst\)](#)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)

- Erste Lesung -

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile zuerst das Wort Herr Staatsminister Fahrenschon.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kurzfassung des von der Regierung dem Bayerischen Landtag vorgelegten Doppelhaushalts 2009/2010 lässt sich in drei klaren Begriffen darstellen:

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, darf ich schnell unterbrechen? - Ich bitte doch die Kollegen von der CSU, keine Gespräche mit der Regierungsbank zu führen und da hinten die Stammtischgespräche einzustellen. Wir haben draußen eine ganze Menge Platz, um solche Gespräche zu führen. Denken Sie daran: Wir haben das Thema Doppelhaushalt 2009/2010 - mit Tränen. - Herr Minister!

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Es ist ein Haushalt mit vielen Chancen, Herr Präsident. Denn dieser Doppelhaushalt ist erstens zukunftsgerichtet, zweitens konjunkturgerecht und drittens solide. Mit ihm setzen wir in zugegebenermaßen schwierigen Zeiten die richtigen Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Kinder, Bildung, Wirtschaft und Technologie. Mit ihm stemmen wir uns so kraftvoll, wie es geht,

gegen den Konjunkturabschwung. Mit ihm bekennen wir uns zu den traditionell besonders soliden Finanzen des Freistaates Bayern.

Zugegeben, dieser Doppelhaushalt wurde unter besonderen Bedingungen erstellt. Die Welt befindet sich in einem Konjunkturabschwung, in einem Wettersturz. Kein Wirtschaftsraum dieser Welt kann sich dem Abwärtssog entziehen. Dieser globalen Krise ist besonders der Exportweltmeister Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt.

Die von der Finanzkrise ausgehenden Schockwellen machen deshalb auch keinen Bogen um die bayerische Wirtschaft. Aber auch wenn sich die Konjunkturindikatoren in den letzten Wochen noch einmal drastisch verschlechtert haben, ist festzuhalten: Die Bundesregierung hat ihre gerade einmal drei Monate alte Prognose auf nun minus 2,25 % nach unten korrigiert. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland eine Rezession dieses Ausmaßes noch nie erlebt hat, gilt es, jetzt zu handeln, statt abzuwarten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass die automatischen Stabilisatoren und die Geldpolitik in der derzeitigen Krise nicht ausreichen werden, die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise abzufedern. Die Konjunktur in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt hat nicht bloß einen Schwächeanfall, sondern befindet sich auf der Intensivstation.

In dieser außergewöhnlichen Situation brauchen wir außergewöhnliche Antworten. Die Politik ist mehr denn je gefordert, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Wir müssen jetzt gezielt - gezielter als je zuvor - Wachstumspulse geben, um das Vertrauen der Unternehmer und der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Gleichzeitig dürfen wir bei dem alles beherrschenden Thema des Konjunkturabsturzes auch die langfristigen Perspektiven nicht vernachlässigen. Denn der sich auf den Weltmärkten weiter verschärfende Wettbewerb, die Auseinandersetzung mit der Gefahr

eines Klimawandels und der demografische Wandel sind Bereiche und Herausforderungen, die uns schon morgen größer erscheinen können als die derzeitige Wirtschaftskrise. Darauf müssen wir antworten.

Wir müssen unsere Konkurrenzfähigkeit stärken, dem Klimawandel begegnen, die Menschen in unserem Land fördern. Wir müssen der Vielfalt des Freistaats Bayern gerecht werden. Wir müssen dafür sorgen, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen die bestmögliche Bildung in den bayerischen Schulen und an unseren Universitäten, Fachhochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen erhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage es schlicht und einfach: Wir müssen unsere Schwerpunkte so setzen, dass wir einerseits sowohl zeitnah die Konjunktur wieder ankurbeln und Wirtschaftswachstum erreichen als auch langfristig den großen gesellschaftspolitischen und weltweiten Herausforderungen dieses Jahrhunderts gerecht werden.

Unsere Devise muss lauten: Jetzt richtig handeln und aus der Krise gestärkt hervorgehen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dazu brauchen wir alle Menschen. Gerade jetzt brauchen wir diejenigen Menschen, die bereit sind, Leistung zu zeigen. Um das zu unterstützen, müssen wir Vertrauen schaffen. Sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene müssen wir Politiker den Menschen Führungskraft und Handlungswillen zeigen.

Auf der Bundesebene sind die Einrichtung des Finanzmarktstabilisierungsfonds, das Maßnahmenpaket vom November und nun auch das zweite Konjunkturpaket Zeichen dieser Politik der Tat. Denn wir entlasten die Menschen, sichern die Beschäftigung und geben der Wirtschaft entscheidende Impulse.

Auf der Landesebene haben wir bereits mit dem im November beschlossenen Investitionsbeschleunigungsprogramm und der Stabilisierung der Bayerischen Landesbank Handlungsfähigkeit demonstriert. In dieser Reihe steht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2009/2010. Er ist die passende Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit.

Zunächst aber noch zwei Aspekte zur Basis des Doppelhaushalts: Das Konjunkturpaket II wird weitere erhebliche Auswirkungen auf den bayerischen Staatshaushalt haben. Das betrifft zum einen die steuerlichen Entlastungen, die wir als Einstieg schon lange gefordert haben. Außerdem nenne ich zum anderen das Investitionsprogramm für Bildung und Infrastruktur, mit dem wir die Krise als Chance zur Stärkung des Standortes Deutschland begreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf unser Drängen hin, auf das Bohren der Bayerischen Staatsregierung und der sie tragenden beiden Regierungsfractionen von CSU und FDP, hat der Koalitionsausschuss am 12. Januar in Berlin beschlossen, steuerliche Entlastungen vorzusehen. Das Konzept "Mehr Netto für alle" hat in der derzeitigen Wirtschaftskrise eine ganz neue Aktualität gewonnen. Der Dreiklang aus der Erhöhung des Grundfreibetrags, der Senkung des Eingangssteuersatzes und der Abflachung der Steuerprogression lässt die Zielmarken, an denen wir weiterarbeiten werden, ahnen. Wir wollen die Kaufkraft für jeden in unserem Land stärken, weil wir auf den wirtschaftlichen Impuls und die wirtschaftliche Unterstützung der privaten Haushalte setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für den Doppelhaushalt 2009/2010 wird allein durch die steuerliche Erleichterung des Konjunkturprogramms II allerdings auch eine Belastung beschlossen: 700 Millionen Euro werden in diesen beiden Jahren auf der Seite der Steuereinnahmen fehlen. Das muss der Staatshaushalt zusätzlich zu den schon im Regierungsentwurf berücksichtigten Steuererleichterungen für die Bürger jedoch verkraften; denn, meine sehr geehrten

Damen und Herren, der Haushalt profitiert langfristig von der Steigerung der Leistungsbereitschaft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Pendlerpauschale, die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge und die Verbesserung der Abzugsfähigkeit von Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträgen sind nur einige Beispiele für die richtige Richtung unserer Steuerpolitik hin zu mehr Wachstum und zu mehr Wohlstand in unserem Land. Ich bin überzeugt, dass Steuersenkungen das beste Konjunkturprogramm sind. Meine Damen und Herren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird auch konsumiert. Wir sollten nicht zuviel Angst vor der Entscheidungskompetenz der Menschen haben. Unsere Grundüberzeugung ist: Bevor wir die staatlichen Ausgaben erhöhen, sollten wir den Menschen mehr von dem lassen, was sie selber erwirtschaftet und geleistet haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege Maget ist nicht mehr da. Ich freue mich aber, dass dieses Ziel der Steuerentlastung nicht nur von CSU und FDP, sondern auch von der CDU/CSU und der SPD in Berlin mitgetragen wird.

Der zweite Schwerpunkt des Konjunkturprogramms, das Investitionspaket, ist mit Möglichkeiten und Chancen für Bayern verbunden. In Bayern werden damit fast zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen für die Schwerpunkte Bildung und Infrastruktur möglich sein. Damit kann zeitnah in Vorhaben investiert werden, die ansonsten erst später oder vielleicht überhaupt nicht hätten verwirklicht werden können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Investitionsprogramm ist ein Musterbeispiel für zielgenaue und deshalb kluge Investitionspolitik; denn wir schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Der Konjunktur wird ein erheblicher Impuls gegeben. Die Nachfrageflaute wird durch die staatlichen Mittel abgemildert. Außerdem schaffen wir damit die Grundlage, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Die Investitionen gehen nämlich zum überwiegenden Teil in das zentrale Zukunftsfeld unseres Landes, nämlich die Bildung. Darüber hinaus werden wir durch die energetische Sanierung nicht nur dem Klimawan-

del entgegenwirken, sondern langfristig auch finanziell davon profitieren. Schließlich profitieren wir alle von Investitionen in eine bessere Infrastruktur.

Das Investitionsprogramm des Konjunkturpaketes II, das das Bundeskabinett heute vormittag beschlossen hat, ist naturgemäß in dem Ihnen vorliegenden Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2009/2010 nicht enthalten. Dazu werden wir in den Ausschussberatungen eine Nachschubliste vorlegen. Es ist gute Übung und Tradition im Bayerischen Landtag, dass wir im Laufe des Haushaltsverfahrens nachsteuern. So wird das auch bei den sonstigen Maßnahmen des Konjunkturpakets II, insbesondere den steuerlichen Entlastungen, sein. Außerdem werden und müssen wir nach der jüngsten Wachstumsprognose der Bundesregierung zusätzlich auch die Steuereinnahmen 2009 in einer Größenordnung von einer halben Milliarde Euro nach unten korrigieren.

Noch im November lag der Steuerschätzung die Wachstumsprognose der Bundesregierung in Höhe von 0,2 % zugrunde. Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts über den Jahreswirtschaftsbericht und mit der Veränderung dieser Grundlage müssen wir im Doppelhaushalt nachziehen. Wir können nicht den unsicheren Weg gehen und auf der Basis einer Prognose aus dem November arbeiten. Vielmehr müssen wir jetzt die Beschlüsse des Bundeskabinetts und die Wirtschaftsprognose für das Jahr 2009 als Grundlage heranziehen. Alles andere wäre nicht solide, nicht sachgerecht und eine Arbeitsweise, die mit hohen Risiken verbunden wäre, mit mehr Risiken, als zu verantworten wären.

Eine neue Prognose für das Jahr 2010 liegt noch nicht vor. Deshalb ist es sachgerecht, den Effekt des Jahres 2009 als Basisverlust für das Jahr 2010 fortzuschreiben. Einschließlich der steuerlichen Auswirkungen des Konjunkturpakets II wird sich damit den Steuern gegenüber im Ihnen vorliegenden Regierungsentwurf ein Anpassungsbedarf von 1,7 Milliarden Euro ergeben. Das ist eine große Summe. Das ist ein Effekt, der einerseits weitere Investitionen und andererseits weitere Entlastungen mit sich bringt. Es sind Steuerausfälle in Höhe von zweimal 500 Millionen Euro und Steuerentlastungen von 250 Millionen Euro und 450 Millionen Euro zu erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der ganzen Bundesrepublik gibt es nur ein Bundesland, das diese Belastungen schultern und aufgrund des gut gelaufenen Jahres 2008 diese Maßnahmen aus den staatlichen Rücklagen abdecken kann: Nur Bayern hat in den vergangenen Jahren so gut gewirtschaftet, sodass wir heute investieren und agieren können, ohne in die Verschuldung gehen zu müssen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade beim Doppelhaushalt 2009/2010 zeigt es sich, wie richtig es war, in guten Zeiten nicht alles zu verbrauchen. Es zeigt sich, dass wir klug beraten waren, uns auf schlechte Zeiten vorzubereiten und Vorsorge zu betreiben.

(Georg Schmid (CSU): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!)

Wir haben eine Investitions- und Konjunkturrücklage geschaffen. Eine solche Rücklage werden Sie im Haushalt keines anderen Bundeslandes finden.

(Beifall bei der CSU)

Ich füge aber auch hinzu: Der Rücklagenbestand ist damit weitestgehend aufgebraucht. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Wirtschaft weiterentwickeln wird und wie die konjunkturellen Maßnahmen insgesamt greifen werden. Umso wichtiger ist es jetzt, die richtige Gegenmaßnahme zu treffen. Umso wichtiger ist jetzt die Blaupause und das Konzept, wie wir möglichst klug und zielgenau staatlich investieren. Wir müssen jetzt die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft setzen. Wir müssen uns kraftvoll gegen den Konjunkturabschwung stemmen und dies finanzpolitisch solide darstellen. All diese Anforderungen erfüllt der Doppelhaushalt 2009/2010. Er ist unsere Antwort auf die momentan vorherrschende Wirtschaftskrise.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn man sich mit den Eckpunkten des Doppelhaushalts auseinandersetzt, stehen an erster Stelle die hohen Zuwachsraten. Wir setzen mit dem Doppelhaushalt 2009/2010

ein kraftvolles Zeichen gegen die Nachfrageflaute. Die Zuwachsraten bei den allgemeinen staatlichen Ausgaben werden weit über dem Wirtschaftswachstum liegen. Sie liegt im Durchschnitt bei 4 %. Im ersten und wichtigsten Jahr liegt sie sogar bei 5,4 %. Wir gehen jetzt gegen die Wirtschaftsflaute vor. Wir investieren. Wir geben Geld aus. Wir sind auf den Märkten tätig, weil das jetzt notwendig und angesagt ist.

(Beifall bei der CSU)

Ein wesentlicher Teil unserer Möglichkeiten und unserer schlagkräftigen Antwort auf die besondere konjunkturelle Situation sind die Sonderprogramme. Weil wir in den Jahren 2007 und 2008 gut gewirtschaftet haben, weil wir die Zeit genutzt haben und weil wir im Sinne einer vorsorgenden antizyklischen Haushaltswirtschaft Mittel geschont und auf Ausgaben verzichtet haben, konnten wir aus den Steuermehreinnahmen der vergangenen Jahre eine Rücklage, zum Beispiel für das Programm Bayern 2020 mit einem Gesamtumfang von 1,7 Milliarden Euro, schaffen. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass das Wesentliche an dem Programm Bayern 2020 der Umstand ist, dass es mit dem Klimaprogramm über die komplette Laufzeit vom Jahr 2008 bis ins Jahr 2011 durchfinanziert ist. Wir wissen, was wir in den Jahren tun können, und wir haben die Finanzierung bereits geschultert. Das macht bayerische Finanzpolitik und den bayerischen Staatshaushalt aus.

(Beifall bei der CSU)

Die Mittel fließen - ideal für die jetzige Lage - überwiegend in den Jahren 2009 und 2010 ab. In diesem Jahr, im Jahr 2009, verdoppeln sich die Mittel aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020", aus dem Klimaschutzprogramm, gegenüber dem Vorjahr. 452 Millionen Euro können für die Bereiche Kinder, Bildung, Arbeitsplätze und Klima in die Hand genommen werden. Uns hätte nichts Besseres passieren können als die Anlage dieses Programms in den Jahren 2007 und 2008.

(Beifall bei der CSU und der FPD)

Parallel dazu bestätigen wir unseren politischen Ansatz trotz der schwieriger werdenden Einnahmesituation mit hohen Investitionsausgaben. Wir sehen jährlich fünf Milliarden Euro für Investitionen vor und befinden uns damit wieder auf Rekordniveau. 2008 konnten wir dieses Niveau im Nachtragshaushalt nur wegen der umfangreichen Steuermehreinnahmen erreichen. Steigerungsfähig war das nicht mehr; steigerungsfähig ist das nicht mehr. Gegenüber dem Stammhaushalt 2008 - ich will diesen Vergleich ziehen, um zu zeigen, wie stark wir investieren - steigen die Investitionen in diesem Jahr um fabelhafte 17 %, die wir in die bayerische Infrastruktur, in die verschiedenen Programme und Ausgabenentscheidungen des Freistaats Bayern lenken können.

Bei einer Quotenbetrachtung geht die Investitionsquote im Jahr 2009 auf 12,5 % zurück. Jetzt muß man aber einmal festhalten: Im Vergleich mit anderen westdeutschen Flächenländern liegen wir weiterhin mit deutlichem Abstand an der Spitze. Während der Durchschnitt der anderen Flächenländer gerade einmal bei 9 % liegt, liegen wir bei 12,5 %. Das sind über 1,3 Milliarden Euro mehr gegenüber dem Durchschnitt der anderen westlichen Bundesländer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist schon überraschend, wenn Teile des Parlaments uns dann eine sinkende Investitionsquote vorwerfen. Das ist deshalb überraschend, weil das dieselben Teile des Bayerischen Landtags sind, die in der Vergangenheit argumentiert haben, es gehe nicht nur um die Investitionsquote, es gehe nicht nur um Beton, sondern auch um Köpfe. Wenn wir dieser Überlegung folgen, dann erwarten wir zu diesem Ansatz jetzt eigentlich Zustimmung und keine Kritik.

(Beifall bei der CSU und der FPD - Zurufe von der SPD)

Wir setzen jetzt auf mehr Lehrer; wir setzen jetzt auf mehr Bildung; wir setzen jetzt auf mehr Zukunft. Wollen Sie darauf zugunsten einer falsch berechneten Investitionsquote etwa verzichten? Das wäre eine echte Überraschung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir uns schon mit einer falschen Quotenbetrachtung auseinandersetzen, dann muss man an dieser Stelle auch einmal sagen: Es gibt nicht nur die Investitionsquote, sondern es gibt zum Beispiel auch die Effekte des Länderfinanzausgleichs. Da gilt es festzuhalten, dass der Freistaat Bayern mit dem Rechnungsabschluss 2008 zum ersten Mal in seiner Geschichte das Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland ist, das mit dem Betrag von 2,938 Milliarden Euro das im Länderfinanzausgleich am stärksten engagierte Land der Bundesrepublik ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das führt automatisch dazu, dass wir alleine wegen der Steigerung unseres Beitrags im Länderfinanzausgleich in der Quotenbetrachtung auf der Personalseite und insbesondere auf der Investitionsseite leiden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind mit weitem Abstand - 418 Millionen mehr als Baden-Württemberg und 450 Millionen mehr als Hessen - an der Spitze. Bayern ist bundestreu und trägt mit fast drei Milliarden Euro zur Finanzierung der anderen Länder bei. Dass wir das nicht ändern können, ist eine Sache, aber man darf nicht unter den Tisch fallen lassen, dass sich das in der Quotenbetrachtung niederschlägt.

(Beifall bei der CSU und der FPD)

Im Übrigen sind im Regierungsentwurf nicht die Bundesmittel enthalten, die im Rahmen des Konjunkturpakets II für Investitionen bereitgestellt werden. Damit ist auch klar: Schon mit der Nachschubliste wird sich unsere Investitionsquote in den Jahren 2009 und 2010 noch einmal erhöhen.

(Harald Güller (SPD): Das bezahlt doch der Bund!)

Kraftvolle Wachstumsimpulse in schwieriger Zeit zu leisten, so mutig in die Zukunft zu blicken und gleichzeitig Einnahmerückgänge wegzustecken - das ist nur in Bayern mög-

lich; das ist nur möglich, weil wir unseren Haushalt auf einem stabilen Fundament bauen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FPD)

Es war richtig, dass wir in Bayern die guten Zeiten genutzt haben, im Übrigen im Gegensatz auch zum Bundesfinanzminister. Trotz der Krise, trotz der umfangreichen zusätzlichen Ausgaben, trotz der Steuerentlastungen können wir daher heute einen in sich ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ist nur möglich, weil wir auf vielerlei Art Vorsorge getroffen haben. Vieles gerät dabei zu schnell in Vergessenheit. Einiges muss man sich noch einmal zu Gemüte führen. Beispielsweise sind wir im ersten Nachtragshaushalt 2008 nicht nur in die planmäßige Schuldentilgung eingestiegen, sondern wir haben auch mit der Errichtung eines Fonds Vorsorge für die langfristige Finanzierung der Versorgungslasten getroffen. Wir haben eine Rücklage im Umfang von 1,7 Milliarden Euro für das Programm "Zukunft Bayern 2020" gebildet und es gleichzeitig über die kompletten vier Jahre durchfinanziert, und wir haben auch planmäßig der Haushaltssicherungsrücklage 400 Millionen Euro zugeführt.

Diese Maßnahmen fügen sich ein in die langjährige bayerische Konsolidierungspolitik, deren Markenzeichen der ausgeglichene Haushalt ist. Diese Orientierung für die Politik, dieser Maßstab für Generationengerechtigkeit hat die Grundlagen für diesen Wachstumshaushalt und für unsere Aktionsmöglichkeiten geschaffen. Wir werden daran auch festhalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten jetzt agieren und dabei den Vorsatz, nachhaltig Finanzpolitik zu betreiben, nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb können wir uns mit dem Regierungsentwurf einerseits kraftvoll gegen die konjunkturelle Krise stemmen und mutig auf die Felder der Zukunft setzen und andererseits wohlüberlegt agieren. Wir gehen an unsere Grenzen, aber nicht darüber hinaus.

Angesichts des Ausmaßes der Herausforderung stecken wir unsere finanziellen Grenzen so weit, wie es irgendwie geht. Wir verzichten in den kommenden beiden Jahren nicht nur auf die planmäßige Schuldentilgung. Wir haben im Regierungsentwurf auch vorgesehen, dass für den allgemeinen Staatshaushalt, also ohne die Sonderlasten der Bayerischen Landesbank, über eine Milliarde Euro aus der Haushaltssicherungsrücklage entnommen wird. Zusammen mit der Entnahme für die Sonderlasten der BayernLB werden wir die Rücklage mit weiteren 1,7 Milliarden Euro belasten. Ich werde noch deutlicher, denn das gehört zum kompletten Bild: Ja, wir geben 1,7 Milliarden Euro in den Jahren 2009 und 2010 mehr aus, als wir einnehmen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: In der schwersten Rezession seit 80 Jahren ist das das Gebot der Stunde. Dafür steht die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Gesamtzusammenhang zeigt der Regierungsentwurf, dass ein Haushalt ohne Neuverschuldung und antizyklische Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen. Die Tatsache, dass wir in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 die Grundlage dafür gelegt haben, um jetzt agieren zu können, darf bei der Betrachtung des Doppelhaushalts 2009/2010 nicht unter den Tisch fallen.

Das Bild der soliden Finanzen des Freistaats Bayern wird allerdings erheblich durch die notwendige Stabilisierung der Bayerischen Landesbank gedrückt. Das ist nicht schön-zureden. Aber zur Einordnung der Dinge muss gesagt werden:

Erstens. Wir haben die Lasten aus der BayernLB und der Finanzmarktkrise nicht irgendwo versteckt, sondern vielmehr deutlich in einem gesonderten Kapitel ausgewiesen. Jeder kann nachschauen. Im Einzelplan 13 Kapitel 13 60 können Sie die Maßnahmen, die wir in Verantwortung gegenüber den Sparkassen, in Verantwortung gegenüber der bayerischen Wirtschaft, in Verantwortung gegenüber Millionen von Sparerinnen und Sparern in Bayern ergriffen haben, nachlesen. Wir können damit zeigen, dass die Sonderlasten unseren allgemeinen Haushalt nicht belasten. Wir gehen damit den gleichen

Weg, den andere Länder, den der Bund und den andere europäische Nationen gehen: Wir trennen die Sonderlasten der Finanzmarktkrise von den Rahmenbedingungen des allgemeinen Staatshaushalts.

Zweitens. Die Zinslasten aus der Stabilisierung der BayernLB sind erheblich, aber sie erdrücken uns nicht. Beispielsweise übertrifft allein die Steigerung im Länderfinanzausgleich um über 600 Millionen Euro die Zinsbelastung aus der Sanierung der BayernLB. Auch mit den Schulden für die BayernLB haben wir weiterhin mit großem Abstand die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer.

Das haben wir der soliden bayerischen Finanzpolitik und nicht zuletzt den damit verbundenen insgesamt niedrigen Zinslasten zu verdanken. Wir werden in 2009 wieder eine Zinsausgabenquote einschließlich der Sonderlasten aus der Kapitalzufuhr an die BayernLB unter 3 %, in 2010 nur knapp darüber haben. Zum Vergleich: Die Flächenländer West rechnen für 2009 durchschnittlich mit einer Zinsausgabenquote von 7,2 %.

Die schwierige Konjunktur hält uns nicht von der Erfüllung unserer strategischen Aufgaben für die Zukunft ab. Die Rezession ist für uns vielmehr ein Grund dafür, gerade jetzt dauerhaft die Weichen auf Wachstum und Wohlstand zu stellen. Deshalb setzen wir die Schwerpunkte im Doppelhaushalt strategisch richtig: Kinder, Bildung, Wissenschaft und Technologie. Wir nehmen die aktuelle Krise als Chance für den Freistaat, und wir wollen, dass die Menschen in Bayern, die Unternehmen in Bayern, dass Bayern insgesamt daraus gestärkt hervorgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war schon immer gute bayerische Politik, aus Gutem noch Besseres zu machen. So ist es auch in der Bildungspolitik: Bei jeder Bildungsstudie befinden sich die bayerischen Schüler im nationalen Spitzenfeld. Wir wollen nicht nur, dass das so bleibt - auch wenn das bereits schwierig genug ist. Wir wissen, dass es auch in bayerischen Schulen noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt; auch wir können in einzelnen Bereichen von anderen lernen, und das packen wir mit diesem Doppelhaushalt an.

So weitens wir die Zahl der Ganztagschulen erheblich aus. Zusammen mit den im Programm "Zukunft Bayern 2020" veranschlagten Mitteln werden wir nach den derzeitigen Planungen in 2009 und 2010 insgesamt bis zu 560 neue gebundene Ganztagschulen an Grund-, Haupt- und Förderschulen einrichten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Besonderes Augenmerk werden wir auf die Senkung der Klassenhöchststärken in Migrationsklassen legen. Unser klares Ziel ist hier eine Klassenhöchststärke von 25. Auch sonst werden wir im Doppelhaushalt 2009/2010 mit neuen Lehrern die Klassenhöchststärken weiter senken. Dafür schaffen wir im Einzelplan 05 in den beiden nächsten Jahren insgesamt 2280 zusätzliche Lehrerplanstellen. Dazu kommen weitere 458 zusätzliche Lehrerstellen aus dem Sonderprogramm "Zukunft Bayern 2020".

Das ist übrigens, Herr Abgeordneter Mütze, kein Blendwerk für - wie Sie meinen - verfehlte Personalpolitik der vergangenen Jahre. Die Staatsregierung setzt vielmehr einen besonderen Schwerpunkt, und das in langer Tradition: Seit Jahren stellen wir mit jedem Doppelhaushalt weitere zusätzliche Lehrerkapazitäten zur Verfügung. Allein in den Schuljahren von 2001/2002 bis 2010/2011 - also im Laufe von zehn Jahren - gibt es Aufwüchse von über 10.000 Lehrern. Das sind im letzten Jahrzehnt mehr als 1000 zusätzliche Lehrer pro Jahr. Hier ist nicht von einem Kurswechsel die Rede, sondern wir gehen mit diesem Doppelhaushalt weiter auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren führen wir erstmals im Nachtrag 2008 veranschlagte Mittel nun als neue Planstellen fort. Mit diesen rund 1000 Stellen geben wir den betroffenen Lehrern das richtige Signal: Wir geben ihnen Klarheit, dass sie verbeamtet werden können. Diese Stellen sind aber auch - gerade jetzt - ein Zeichen unserer nachhaltigen Bildungspolitik.

Wir bleiben bei den neuen Lehrerstellen aber nicht stehen: Zur Stärkung der Schulen in diesem Doppelhaushalt gehört auch, dass der Rückgang der Schülerzahlen unmittelbar

den weniger gewordenen Schülern zugute kommt. Diese sogenannte demografische Rendite an den Volksschulen in Bayern beträgt rechnerisch fast 1300 Stellen, die vor Ort bleiben und der besseren Betreuung dienen.

Außerdem werden wir die Privatschulfinanzierung durch die Anhebung des Schulgeldersatzes auf 75 Euro pro Monat bereits ab dem Schuljahr 2009/2010 verbessern. Damit behalten wir die wichtige Rolle, die die Privatschulen in unserer Bildungslandschaft spielen, im Auge.

Zur Bildung gehören auch die Hochschulen. An den Hochschulen schaffen wir bis zum Jahr 2011 38.000 zusätzliche Studienplätze und 3000 neue Stellen. Dafür sind in den Jahren 2009 und 2010 Ausgabemittel von insgesamt rund 240 Millionen Euro veranschlagt. Die wesentlichen Voraussetzungen hierfür haben wir bereits mit dem Programm "Zukunft Bayern 2020" geschaffen.

Für das Bauprogramm des Wissenschaftsministeriums, insbesondere für Hochschulen, stellen wir in der Anlage S und in den Programmen "Zukunft Bayern 2020" und "Bayern FIT" in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 424 Millionen und 476 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit Hochschulen und Spitzentechnologien möchte ich auch auf die neuen Programme "Bayern 2020 plus" und "Nord- und Ost-Bayern-Programm" hinweisen, die insgesamt Mittel in Höhe von 590 Millionen Euro umfassen. So stellen wir im Bereich des Wissenschaftsministeriums beispielsweise für die Errichtung des ersten Max-Planck-Instituts in Mittelfranken, nämlich in Erlangen, 66,5 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Ausbau des Leibniz-Rechenzentrums zu einem europäischen Supercomputing-Standort übernehmen wir die Hälfte der Gesamtkosten von 110 Millionen Euro am Standort der Technischen Universität München in Garching.

Nicht zu trennen von der Bildung sind unsere Kinder. Wir stellen für die Kinderbetreuung insgesamt 672 Millionen Euro in 2009 und 711 Millionen Euro in 2010 bereit. Damit ver-

bessern wir das Betreuungsverhältnis auf 1 zu 11,5 und bauen das Betreuungsangebot insbesondere für die Kinder unter drei Jahren konsequent aus.

Der besondere Stellenwert der Kinder und Familien im Doppelhaushalt zeigt sich auch bei einem ganz anderen Thema, nämlich dem Landeserziehungsgeld. Wir heben mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 die Einkommensgrenzen nun schon neun Monate früher an. Geburten ab dem 1. April 2008 fallen nun unter die Neuregelung. Damit profitieren etwa 28.000 Familien in Bayern von dem Vorziehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch das passt schlüssig in das Konzept der Staatsregierung. Wenn wir in Berlin argumentieren, wir müssen die Steuern jetzt senken und die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben, zu konsumieren, dann ist das Vorziehen der Verbesserungen beim Landeserziehungsgeld eine passende Maßnahme, die das Konjunktur- und Steuerpaket passgenau ergänzt.

Neben dem im Kultusetat veranschlagten weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Mittagsbetreuung an Grund- und Förderschulen werden wir, wie vom Ministerpräsidenten angekündigt, in die Finanzierung von Mittagessen für bedürftige Kinder einsteigen. Für eine staatliche Beteiligung daran haben wir 1,1 Millionen Euro in 2009 und 3,3 Millionen Euro in 2010 zusätzlich angesetzt.

Die innere Sicherheit ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in Bayern. Sie ist aber auch ein wichtiger Standortvorteil. Deshalb werden wir in den Jahren 2009 und 2010 je 500 Stellen für die Einstellung neuer Polizeibeamter schaffen. Die Personalausstattung der Justiz verbessern wir mit insgesamt 229 zusätzlichen Stellen, um an dieser Stelle einen Gleichklang zwischen den Kräften der Polizei und der Justiz aufrechtzuerhalten.

Für die bayerische Wirtschaft haben wir im Doppelhaushalt 2009/2010 bereits einen Mittelstandsschirm aufgespannt. Dazu hat die LfA Förderbank ihr Bürgschaftsinstru-

mentarium zunächst bereits ab dem 1. Januar 2009 erweitert. Im Doppelhaushalt wollen wir dies durch eine Rückbürgschaft des Freistaates in Höhe von 200 Millionen Euro absichern. An dieser Stelle muss klar gesagt werden: Wenn wir nicht im Dezember mit einem Haushaltsentwurf und einem Beschluss der Staatsregierung die Grundlage dafür gelegt hätten, dass die LfA Förderbank arbeiten kann, wären wir Anfang des Jahres nicht in der Lage gewesen, als Freistaat Bayern einen Beitrag zur Rettung zum Beispiel von Knaus Tabbert zu leisten. Wer heute fordert, wir sollen den Doppelhaushalt quasi außer Kraft setzen, der legt die Axt an das erfolgreiche Wirken der LfA Förderbank in entscheidenden Wochen und Monaten.

(Beifall bei der CSU)

Die Regionalförderung halten wir auf hohem Niveau. Für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Räumen stehen allein in der landeseigenen Regionalförderung und der Gemeinschaftsaufgabe jährlich knapp 100 Millionen Euro zur Verfügung. Wir werden die Programmmittel des Mittelstandskreditprogramms - MKP - um 2,5 Millionen Euro auf 26,5 Millionen erhöhen und den Haftungsfonds zur teilweisen Abdeckung des Ausfallrisikos bei Haftungsfreistellungen im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms - MKP - auf 10 Millionen Euro verdoppeln. Nicht zuletzt wird die Wirtschaft durch den kraftvollen Aufwuchs des Doppelhaushalts auch indirekt profitieren. Es ist ein wichtiger Teil unseres politischen Ansatzes, dass wir die soliden Fundamente dafür legen, dass der bayerischen Wirtschaft die momentane Situation erleichtert wird und sie in die Lage versetzt wird, trotz aller Schwierigkeiten zu investieren und sich zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht weniger wichtig ist der Schwerpunkt im Regierungsentwurf, der sich auf die Unterstützung des ländlichen Raums und der bayerischen Städte und Gemeinden, der Kreise, der Bezirke und der bayerischen Kommunen bezieht. Die Leistungen des Freistaats im kommunalen Finanzausgleich steigen effektiv um 4 %. Der kommunale Fi-

nanzausgleich bewegt sich damit einer guten und richtigen Tradition folgend in der selben Richtung wie der allgemeine Staatshaushalt. Die bayerischen Kommunen werden mitgenommen. Sie profitieren vom Anstieg und der starken Investitions- und Finanzkraft des bayerischen Staatshaushalts.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Schwerpunkt hierbei ist - ganz im Sinne der Stützung der Konjunktur und damit in sich schlüssig und miteinander in Verbindung stehend - die Stärkung der Investitionen um sperrebereinigt 118 Millionen Euro. So sind insbesondere für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 FAG 250,6 Millionen Euro, für die Krankenhausförderung 500 Millionen Euro, für die Investitionspauschale 173,3 Millionen Euro und für den Straßenbau und -unterhalt im Kfz-Steuerverbund 250,2 Millionen Euro veranschlagt. Das sind viele Möglichkeiten für die bayerischen Kommunen, in ihrem eigenen Wirkungsbereich entsprechend der konjunkturellen Lage jetzt zu investieren.

Für die Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - das ist ein wesentlicher Punkt dieses Doppelhaushalts - werden wir erstmals ergänzend zu den Bundesmitteln nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Kfz-Steuerverbund zusätzlich 30 Millionen Euro bereitstellen, sodass hierfür wie in der Vergangenheit insgesamt 160 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den kommunalen Spitzenverbänden und den Kollegen aus dem Innenressort, weil damit die Möglichkeit geschaffen wird, diese Mittel auf hohem Niveau von 160 Millionen Euro stabil in den beiden Jahren 2009 und 2010 fortzusetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Daneben haben wir in den Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich nicht nur die richtigen konjunkturellen Schwerpunkte beschlossen, sondern die Strukturen langfristig verbessert: Die Verbundsätze beim allgemeinen Steuerverbund werden von 11,7 % auf 11,94 % erhöht. Damit partizipieren die Kommunen in Bayern dauerhaft vom gestiege-

nen Steueraufkommen des Landes. Bei der Kraftfahrzeugsteuer wird der Verbundsatz von 50 % auf jetzt 51 % angehoben.

Außerdem stärken wir gezielt kleinere, finanzschwache Kommunen. Wir staffeln die Mindestbeträge bei der Investitionspauschale nach der Umlagekraft. Und: Die Schlüsselzuweisungen werden überproportional um 5,8 % erhöht.

Wir arbeiten gemeinsam gegen den Konjunkturabschwung und für unsere Kommunen, damit sie handlungsfähig bleiben und investieren können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 steigen wir auch in das neue Dienstrecht ein. Kernelement der Leistungshonorierung bleiben die Beförderungen. Daher werden in Grund-, Haupt- und Realschulen Beförderungssämter geschaffen. In den anderen Bereichen werden für Leistungsträger im gleichen finanziellen Umfang durch Stellenhebungen zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Insgesamt haben wir 18.000 Stellenhebungen in den Doppelhaushalt 2009/2010 aufgenommen. Wir machen damit klar, dass uns die Umsetzung eines modernen, auf die Leistungsorientierung, Personalentwicklung und gemeinsames Arbeiten für den Bürger ausgerichteten Dienstrecht ernst ist. Wir gehen mit dem Doppelhaushalt den ersten Schritt und stehen bereits jetzt in den Vorbereitungen für die gesetzlichen Maßnahmen, die ab 2011 wirken sollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Regierungsentwurf zeigt in seinen Schwerpunkten und auch in seinem Umfang, mit welcher Antwort wir auf die Krise reagieren. Wir arbeiten auf dem Fundament einer soliden Finanzpolitik. Das macht uns die Aktion möglich.

Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nur bei Wirtschaftswachstum möglich. Deshalb muss es das übergeordnete Ziel sein, die Arbeitsplätze zu sichern, neue zu schaffen und unser Wirtschaftswachstum zu stärken. Neben zukunftsorientierter

Strukturpolitik brauchen wir dazu nachhaltige Steuerentlastungen. Darauf müssen wir den Haushalt langfristig ausrichten. Der Staat muss sich immer wieder auf die Kernaufgaben konzentrieren, um so in anderen Bereichen wieder finanzielle Spielräume zurückzugewinnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Bayerische Staatsregierung steht fest: Wir wollen die Krise als Chance nutzen. Unser Ziel ist es, dass Bayern gestärkt aus diesem Tal herauskommt. Dazu handeln wir wohl überlegt, aber auch rasch. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle im Namen der Bayerischen Staatsregierung bei allen Fraktionen bedanken, dass sie sich im Interesse des Landes und der Menschen dieses Landes bereiterklärt haben, den Haushalt zügig zu beraten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart worden ist. Nächste Rednerin: Frau Kollegin Rupp für die SPD.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die Anerkennung ist jetzt möglich! - Adelheid Rupp (SPD): Das sehe ich nicht so!)

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war eine erstaunliche Rede, wenn man sie in das Verhältnis zum Haushalt setzt.

(Beifall bei der SPD)

Adelheid Rupp (SPD): Das war eine Rede, in der von "Schockwellen", von "Jetzt handeln", von "Konjunktur ist auf der Intensivstation" gesprochen wird, davon dass Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden müssen, dem Klimawandel begegnet werden muss, die Konjunktur zeitnah angekurbelt werden muss,

das übergeordnete Ziel die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist, und ein Konjunkturpaket benötigt wird.

Ich dachte eigentlich, Herr Finanzminister, dass Sie ein nüchterner Finanzminister sind, der solide arbeitet. Ich kann feststellen, dass wir Ihre allgemeine Rede - nicht zu den Einzelplänen - jederzeit unterschreiben könnten. Mit dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, hat sie jedoch definitiv nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie legen uns einen Schönwetter-Haushalt vor. Dieser Haushalt ist geeignet, wenn es der Konjunktur gut geht, wenn keine gesonderten Maßnahmen ergriffen werden müssen. Dann könnte man über einen solchen Haushalt diskutieren.

Dieser Haushalt wird jedoch einer Volkswirtschaft, die sich in schwerer See befindet, nicht gerecht. Dieser Haushalt wird der schwersten Wirtschaftskrise seit mindestens 1945, wenn nicht der letzten 80 Jahre, nicht gerecht. Es wird verkannt, dass Arbeitsplätze massiv bedroht sind. Das, was Sie sagen, und das, was im Haushalt steht, stimmt nicht überein. Mit diesem Haushalt tun Sie nichts Eigenständiges für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Haushalt werden die konjunkturellen Impulse nicht gesetzt, die wir dringend benötigen, um Arbeitsplätze zu sichern und die bayerische Wirtschaft weiter anzukurbeln und zu stützen. Wir brauchen einen Haushalt, der der Rezession, auf die wir immer mehr zugehen, zusammen mit dem Konjunkturpaket des Bundes entschlossen entgegentritt und eine Brücke zu Wachstum und Beschäftigung baut.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, und Sie wissen das auch, und deswegen verwundert mich Ihre Rede umso mehr, dass die konjunkturellen Impulse, die gesetzt werden, sich alleine im Rahmen des

Konjunkturpaketes II des Bundes bewegen, in dem voraussichtlich 1,9 Milliarden Euro für Bayern vorgesehen sind und das in den Jahren 2009 und 2010 in Bayern wirksam wird. Wir sind davon überzeugt: Bayern muss zusätzlich investieren. Bayern kann nicht nur zum Bund schielen und sagen: Ihr erledigt das für uns; wir selbst werden hier nicht tätig. Das kann nicht der Weg Bayerns sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst haben gesagt: Bayern steht noch gut da. Also dann: Ergreifen Sie die Initiative und nehmen Sie Geld in die Hand, um für die Arbeitsplätze in Bayern das zu tun, was jetzt dringend nötig ist.

An dieser Stelle muss man auch ein paar Takte zur schwarzen Null, der von Ihnen so hoch gepriesenen, der oft erwähnten schwarzen Null sagen. Tatsächlich hat es doch eine mögliche schwarze Null nur im Jahr 2007 gegeben, und zwar auch nicht aufgrund des Haushaltsgesetzes, sondern allein durch den Vollzug, weil nämlich die Steuereinnahmen deutlich mehr gestiegen sind, als damals von den Steuerschätzern angenommen worden war. Ansonsten mussten Sie in Ihren Haushalten immer, obwohl Sie groß propagiert haben "Wir haben die schwarze Null!", auf Rücklagen zurückgreifen, auf den Grundstock des Freistaates. Sie haben die Menschen mit Ihrem politischen Kampfbegriff - anders kann man es nicht nennen -, der schwarzen Null, wirklich verblendet. Ich merke auch, dass Sie in Ihrer heutigen Haushaltsrede wenig zur Frage gesagt haben: Verschulden wir uns neu oder nicht? Das haben Sie im Kern offengelassen. Hier muss ich Ihnen sagen: Wenden Sie sich endlich der Realität zu! Die schwarze Null gab es nicht, sie gab es in 2007 dank fließender Steuereinnahmen, aber weder vorher noch nachher. 2008 haben wir 10 Milliarden mehr Schulden; es ist klar, dass das ein haushaltspolitisches Desaster war.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darüber unterhalten, wie Ihr Haushalt aussieht, muss ich Ihnen eine Frage stellen. Denn Ihre Rede überrascht mich wirklich; sie passt nicht wirklich zu dem vorge-

legten Haushalt. Die Frage ist - manche Kollegen werden sie nicht ganz verstehen, aber Sie können sie sich jederzeit von den Kolleginnen erklären lassen -: War eigentlich Rosamunde Pilcher Ihre Ghostwriterin? - Ich sehe schon: Die Frauen lachen, für den Rest ist Rosamunde Pilcher erklärungsbedürftig. - Ihr Haushalt, den Sie uns heute vorlegen, kommt hübsch daher, aber das ist nur eine Fassade, die nicht wirklich Bestand hat.

Zum Konjunkturpaket des Bundes, das jetzt kommen wird, muss der Freistaat 477 Millionen aus eigener Kasse drauflegen. Gerüchte zu dieser Kofinanzierung lauten derzeit - vielleicht können Sie dazu nachher noch etwas sagen -, dass Sie diese 477 Millionen nicht zusätzlich in die Hand nehmen wollen, sondern sich darauf beziehen wollen, was im Haushalt bereits eingestellt ist. Das kann ja wohl überhaupt nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Es geht keinesfalls, dass hier nur konjunkturelle Impulse des Bundes gesetzt werden, während Sie dieses Geld nicht mal selbst investieren, um einen zusätzlichen Anschub zu geben, sondern sich nur auf Projekte beziehen, die Sie im Haushalt haben. Dass dieser Weg nicht gegangen werden kann, müsste Ihnen eigentlich klar sein. Das sind Trickereien, das ist unehrlich im Umgang mit dem Konjunkturprogramm des Bundes. Ich drücke es jetzt etwas unfein aus: Wenn einem der Bund schon den Hintern pudert, sollte man sich wenigstens die Windeln selbst besorgen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nachvollziehbar ist für uns in diesem Haushalt, dass Sie im Grunde nicht handeln. Sie haben dargelegt, welche Steuereinnahmen nicht fließen werden. Sie haben auch dargelegt, dass natürlich die Steuerschätzung von November 2008 so nicht haltbar sein wird. Diese Ansicht teilen wir. Aber das ist kein Grund, sich auf die Position zurückziehen: Der Bund legt ein Konjunkturprogramm vor, wir profitieren davon und machen ansonsten einen Haushalt wie gehabt. Mein Eindruck an dieser Stelle ist, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, dass der Neoliberalismus der letzten dreißig Jahre, der sich Deutungshoheit und Hegemonie verschafft hat, endlich vorbei ist. Gott sei Dank ist er

endlich vorbei. Wir müssen vielmehr darauf setzen, dass die Ökonomie tatsächlich so gestaltet wird und der Staat aktiv handelt und eingreift, darauf, dass tatsächlich, wie Sie sagen, antizyklische Wirtschaftspolitik gemacht wird. Aber von antizyklischer Wirtschaftspolitik können wir in Ihrem Haushalt kein Fitzelchen erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Antizyklisch ist an diesem Haushalt nichts. Sie selbst gehen auf die Investitionen ein und sagen: Die Investitionen sind so herausragend. Gut. Sehen wir doch mal auf die nackten Zahlen; vielleicht hilft Ihnen das etwas, die Augen zu öffnen. Ihr Vorgänger als Finanzminister, Finanzminister Faltlhauser, hat übrigens einmal gesagt, dass 15 % die natürliche Investitionsquote in Bayern seien. 15 %! - Anfang der Neunzigerjahre, ich möchte daran nur erinnern, lagen wir bei ungefähr 20 %. Ich glaube, in der aktuellen wirtschaftlichen Lage wäre das sicherlich eine Zahl, die anstrebenswert wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es nun in diesem Haushalt aus? Wir haben 2008 eine Investitionsquote im Haushalt von 13,4 %. 2009 haben wir eine Investitionsquote von 12,5 % und 2010 haben wir eine Investitionsquote von 12 %. Sie wollen uns heute hier anhand dieser Zahlen erklären, dass die Investitionen eines der wesentlichsten Merkmale dieses Haushalts seien. - Also, Herr Finanzminister, ich hätte von Ihnen schon erwartet, dass Sie diese Zahlen lesen können. Wer nicht versteht, dass zwischen 13,4 % und 12 % ein Minus und kein Plus ist, und nicht versteht, dass das genau nicht die Maßnahme ist, die wir jetzt brauchen, sondern dass die Investitionen nicht nur prozentual, sondern auch real um 100 Millionen sinken, dem muss ich sagen: Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Welches Gebilde des Lugs und des Trugs versuchen Sie hier vor uns aufzubauen, das Bild eines Haushaltes, der perfekt ist, der die Dinge in der Analyse richtig benennt, aber nicht die richtigen Konsequenzen aus den tatsächlichen Zahlen zieht, die im Haushalt stehen? Für mich ist das so überhaupt nicht haltbar.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den Kommunen und dem kommunalen Finanzausgleich. Sie haben hier eine Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden erzielt. Trotzdem müssen wir sagen: Für uns ist der kommunale Finanzausgleich ungenügend. Der kommunale Finanzausgleich steigt im Vergleich zum Haushalt insgesamt unterdurchschnittlich. Wir wissen aber alle: Wer der wirtschaftlichen Krise entgegenwirken will, muss insbesondere in die Infrastruktur der Kommunen investieren, weil die Investition dort am effektivsten und wirksamsten ist. Genau dies tun Sie nicht, wenn Sie die Zahlen hier prozentual eher sinken anstatt steigen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren steigen zwar die Schlüsselzuweisungen an, der Grund dafür ist aber im Wesentlichen der Anstieg der Steuereinnahmen im Verbundzeitraum. Bayern ist und bleibt mit einer Verbundquote von 11,94 % Schlusslicht der alten Flächenländer. Schlusslicht! Sie haben vorhin dargestellt, wie hervorragend Bayern dasteht. Ich muss sagen: Bayern steht nicht hervorragend da. Genau in dieser zentralen Frage steht Bayern nicht hervorragend da, in einer Frage, auf die es ganz, ganz maßgeblich ankommt. Es geht nämlich um die Frage: Wie viel Geld geben wir den Kommunen, damit sie in Infrastruktur investieren können? Ich werde nachher im Einzelnen noch auf einige Punkte eingehen, die deutlich machen: Dieser Haushalt ist nicht der, von dem Sie geredet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben bereits im November im Rahmen unseres Konjunkturprogramms "Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze, Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung" zusätzliche Investitionen für die Kommunen gefordert. Es war richtig, diese Maßnahmen frühzeitig zu fordern. Wir haben aber nicht Ihre Zustimmung gefunden. Daran kann man auch erkennen, dass Ihre Bereitschaft, für die Kommunen und ihre Infrastruktur tätig zu werden, zwar verbal vorhanden ist, aber nicht in die Realität umgesetzt wird. Unsere Forderungen waren, mehr Geld in Bau und Sanierung von Schulen zu investieren und die Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur zu er-

höhen. Ich möchte daran erinnern: Der Anteil an der Kfz-Steuer war in der Vergangenheit 65 %; er wurde nun im Lauf der Jahre auf 51 % reduziert. Auch das ist nicht der richtige Weg, den Kommunen Geld sozusagen zu nehmen anstatt es ihnen zukommen zu lassen.

Wir wollen auch, dass die Sanierung von kommunalen Bädern finanziert wird. Das ist ein Problem, dessen Sie sich offensichtlich gar nicht bewusst sind. Die Bäder gerade in kleineren Kommunen stehen häufig vor der Schließung, weil kein Geld für die Sanierung vorhanden ist. Sie stellen im Haushalt nicht einen Euro dafür ein. Sie machen hier nichts. Hier gibt es Sanierungsbedarf, hier besteht tatsächlicher Handlungsbedarf. Hier ist natürlich die Wirtschaft vor Ort gefordert, die Handwerker vor Ort. Hier kann man Arbeitsplätze sichern. Das ist eines von vielen Beispielen, das zeigt: Ihr Haushalt ist verfehlt.

(Beifall bei der SPD)

Er trifft nicht das, was die Kommunen brauchen und was die Bürgerinnen und Bürger in Bayern brauchen. Von unseren Zielen in der Haushaltspolitik werden nur wenige erreicht. Zu einigen Maßnahmen kann man Ja sagen. Das ist bei jedem Haushalt so. Sie versäumen aber zahlreiche Maßnahmen. Sie ergreifen keine kurzfristigen konjunkturpolitischen Maßnahmen. Das ist nicht erkennbar. Sie ergreifen nur Maßnahmen aufgrund des Konjunkturprogramms II des Bundes. Längerfristige strukturpolitische Maßnahmen ergreifen Sie in äußerst reduziertem Maß. Angeblich ziehen Sie bildungspolitische Konsequenzen aus dem, was wir seit vielen Jahren einfordern, und sagen, Sie würden 2200 neue Lehrerstellen einrichten. Tatsächlich aber wurden weit über diese Zahl hinaus Stellen gestrichen. An den Hauptschulen wurden über 1000 Stellen gestrichen. Durch die Arbeitszeitverlängerung wurden zahlreiche Lehrerstellen abgebaut. Mitnichten können Sie sagen, Sie schütten jetzt das Füllhorn aus und verbessern die Situation an den Schulen. Tatsächlich holen Sie die Lehrerstellen, die Sie abgebaut haben, mit dieser Zahl längst nicht wieder herein. Das ist die Realität, das ist aber kein massiver Ausbau.

(Beifall bei der SPD)

Uns allen ist klar, dass die flächendeckende Ganztagschule unsere Zukunft ist. Tatsächlich aber sind Sie mit Ihrem Haushalt weit von einer flächendeckenden Ganztagschule entfernt. Das ist auch nicht das, was wir jetzt dringend brauchen. Uns unterstellen Sie, dass wir früher weniger Investitionen und dafür mehr für die Bildung gefordert hätten. Ich frage mich, wer Ihnen dieses Gerücht zugetragen hat. Das war nie unsere Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in keiner Haushaltsrede nachzuweisen. Für uns galten immer zwei Forderungen: Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und natürlich Investitionen in die Bildung. Die Investition in die Bildung ist in diesem Land eine Zukunftsinvestition. Man kann gar nicht genug dafür ausgeben, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern. Das war immer unsere Position und immer unsere Linie.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie, solche Unterstellungen in Zukunft zu unterlassen. Das hat in diesem Hause noch niemand vertreten.

Zu den Hochschulen: Auch das klingt zunächst ganz hübsch. Wenn man aber genau hinschaut, muss man feststellen, dass Sie 38.000 neue Studienplätze einrichten. Tatsächlich müssen wir aber mit 70.000 Studierenden rechnen. Wir haben insbesondere an den Fachhochschulen, bei denen sich der Ansturm auch noch verstärken wird, Überlastquoten von bis zu 200 %. Diese Situation haben wir an den Hochschulen. Mit diesen 38.000 Studienplätzen verbessern Sie die Situation nicht. Im Kern verschärfen Sie sie sogar noch dort, wo die Überlastquoten noch nicht so hoch sind, wie wir sie derzeit schon haben. Auch bei den Hochschulen setzen Sie kein deutliches Zeichen. Sie haben keine klare Linie, um die Ausbildung unserer Jugendlichen und Kinder zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Den Klimawandel haben Sie als ein großes Thema genannt. Ich vermisse ausreichende Maßnahmen zur Wärmedämmung, für die erneuerbaren Energien, zum Hochwasserschutz und zur Abwasserentsorgung. Schön reden ist das eine, Handeln das andere. Das Handeln kann ich in diesem Haushalt nicht erkennen.

Eine letzte Anmerkung zur Situation von Kindern. Ich hätte darauf gehofft, dass Sie endlich das letzte Kindergartenjahr kostenfrei machen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Forderung ist für unsere Kinder außerordentlich wichtig. Ich weiß, es ist wie bei der Ganztagschule und bei vielem anderem mehr. Es dauert eben immer sehr lange, bis die CSU so weit ist, um zu verstehen, welche Investitionen wirklich Zukunftsinvestitionen in die Bildung und für unsere Kinder sind. Schreiben Sie es sich einfach auf. Ich weiß, es wird irgendwann kommen. Es wird vor allem dann kommen, wenn Sie merken, dass die Wählerinnen und Wähler solche Maßnahmen deutlich einfordern. Die Wählerinnen und Wähler wollen das.

(Beifall bei der SPD)

Die Abschaffung der Studiengebühren und das kostenfreie letzte Kindergartenjahr sind auch Maßnahmen, um die Nachfrage zu stärken. Diese Maßnahmen wollen Sie nicht ergreifen. Diese Maßnahmen wären aber einfacher, schneller und nicht so teuer. Warum tun Sie an dieser Stelle nichts? Steuersenkungen sind natürlich richtig, wenn damit die kalte Progression vermieden werden soll. Bei den unteren Einkommen müssen Sie aber wissen, dass die gar keine Steuern zahlen. Sie treffen mit Steuersenkungen gar nicht die Probleme dieser Menschen. Entscheiden Sie sich dafür mit uns, diese Leute zu entlasten und zu überlegen, was wir tun können. Das kostenfreie Mittagessen ist eine wunderbare Sache. Es reicht aber alleine nicht aus. Es müssen schon deutlich mehr Maßnahmen kommen, um diese Einkommensgruppen tatsächlich zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Ansicht, dass neben den Leistungen des Bundes eine weitere Milliarde notwendig ist, um die Infrastruktur zu stärken, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, und um die Arbeitsplätze tatsächlich zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf das eingehen, was wir im Einzelnen gefordert haben. Natürlich werden wir ein Paket vorlegen, mit dem wir deutlich machen, was die richtige Linie ist, was das Wachstum sichert, was die Wirtschaft sichert und was unsere Arbeitsplätze sichert. Unsere Forderung war, deutlich mehr Geld für den Hochschulbau und für die Hochschulsanierung auszugeben. Hier wird zwar schon einiges getan, hier kann man aber noch Geld dazugeben. Wir wissen, wie unsere Hochschulen aussehen und in welchem Zustand sie sind. Teilweise ist es unbeschreiblich. Wer noch nicht in Würzburg war, sollte sich diese Universität auf jeden Fall ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten in den Bau und die Sanierung von Schulen, in den Unterhalt und den Bau von Staatsstraßen, in den Wohnungsbau, in den Hochwasserschutz, in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, in den Landesplan für Altenhilfe, in den Landesbehindertenplan, in die Sanierung kommunaler Bäder, in die Krankenhäuser, bei denen wir einen erheblichen Sanierungsbedarf haben, in die Dorferneuerung und die Städtebauförderung und natürlich auch in das Mittelstandskreditprogramm investieren. Beim Mittelstandskreditprogramm haben wir schon einiges getan. Da ist erkennbar, dass sich etwas bewegt.

Übrig bleibt eine schöne Rede, von der ich die erste Viertelstunde unterschreiben kann, die aber nichts mit der Realität zu tun hat und die nichts mit diesem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, zu tun hat. Sie hat nichts damit zu tun, dass Sie selbst keine konjunkturellen Impulse setzen und kein Konjunkturprogramm auflegen. Herr Fahrenschohn, ich muss es so sagen. Ihr Haushalt ist ein misslungenes Gesellenstück. Er ist ganz hübsch anzuschauen, er ist aber nur für Second Life geeignet. Nicht alle wissen, was das ist. Es

ist eine virtuelle Welt, in der man vieles erleben kann, was nicht Realität ist. Es ist eine Parallelwelt. Ihr Haushaltsgesetzentwurf ist substanzlos und für die Realität nicht geeignet.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächster Redner folgt Herr Kollege Winter für die CSU.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Haben Sie den Sprechzettel vom Ministerium?)

- Das vermuten Sie. Jeder hat aber seinen eigenen Stil. Herr Beyer, lassen Sie sich einmal überraschen. Der Tag meint es gut mit uns. Zu den vielen guten Nachrichten, die der Finanzminister schon vorgetragen hat und die auch in meiner Rede und im Haushalt enthalten sind, habe ich auch noch zwei gute Nachrichten. Zwischen dem, was im Etat steht, und dem, was in der Rede steht, besteht Übereinstimmung. Frau Kollegin Rupp, manchmal müssen Sie nur ein bisschen näher hinsehen.

(Adelheid Rupp (SPD): Wir haben sehr genau hingeschaut!)

Mit dem Lesen von Haushalten ist es nicht immer so einfach. Die Kämmerer haben die Neigung, vieles zu verstecken, manchmal auch das Gute, das sich nicht so schnell erkennen lässt.

Zwei gute Nachrichten aber vorweg; die eine lautet: Deutschland ist zum sechsten Mal in Serie Exportweltmeister. Das will etwas heißen. Die Erde ist größer als Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- Herr Kollege Güller, Sie fragen, was das mit dem Haushalt zu tun hat. So ein Ziel kann man als relativ kleines Land nicht ohne Weiteres erreichen. Wir sind aber der Export-

weltmeister, und das muss man wissen, bevor man zu jammern anfängt. Wir befinden uns auf der obersten Stufe. Das ist die Ausgangsbasis.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Gestern haben Sie etwas anderes gesagt!)

Weltmeister kann man nur werden, wenn von vielen Höchstleistungen erbracht werden. Deshalb hat Gerhard Schröder recht gehabt, als er in der entscheidenden Debatte gesagt hat: Auf die Facharbeiter kommt es an. Auf das Know-how kommt es an, Bildung ist das, was wir umsetzen können und nicht was wir nur irgendwo gesehen, gelesen oder sonstwie mitgenommen haben. Das ist ein Punkt. Das ist ein Beweis dafür, und das geht in die Zukunft, dass sich unsere Unternehmen optimal aufgestellt haben. Sonst hätten sie diese Ergebnisse in dem harten Wettbewerb nicht erreichen können. Das ist die eine gute Nachricht.

Die zweite gute Nachricht ist die, dass der Ifo-Index - wenn auch nur bescheiden - erstmals seit Mai, nach vielen Monaten wieder ein Plus verzeichnet, ein Plus nach einer Zeit, in der täglich negative Nachrichten gesendet werden, mit denen den Menschen Angst gemacht wird, und Panik und Horrorszenarien verbreitet werden. Diese Umfrage wurde nicht von uns in Auftrag gegeben, sondern die Fragen haben die Unternehmen selbst beantwortet. Ich glaube, das ist für uns alle ein Grund, uns in Bayern zu freuen, aber auch in der Bundesrepublik. Das Schöne ist: Wir von der Union sind flexibel. In Bayern haben wir die FDP als Partner, im Bund die SPD. Ich schaue deshalb gern zu Ihnen hin, weil wir im Bund miteinander arbeiten. Vielleicht gelingt es Ihnen, nachdem Sie einige Stellen besetzt haben, die für die Konjunktur sehr wichtig sind, ich meine das Finanzministerium und das Verkehrsministerium, die Impulse ein bisschen besser zu setzen, statt mit Schadenfreude zu sagen: Steinbrück, pass mal auf, dass die Bayern zusätzlich noch Geld in die Hand nehmen, damit das Geld für die nicht zu locker in das Paket hineinkommt und damit wir denen ein paar Hürden stellen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch wirklich Quatsch!)

- Nein, Frau Kollegin Muggendorfer, das ist kein Quatsch, was ich hier sage. Ich nenne einmal ein Beispiel. Sie haben hier die Nähe zum Minister und die Chance, mit Erfolg zurückzukommen. Man kann die Konjunktur auch ankurbeln und die Dinge verbessern, indem man nicht immer nur fragt, Frau Kollegin Rupp, wieviel Geld man dafür zusätzlich in die Hand nimmt, sondern indem man fragt: Wie können wir das Unternehmen Deutschland künftig noch besser organisieren? Ich nenne hierfür ein konkretes Beispiel. Es gibt ein Erfolgsmodell bei der Straße, das nennt sich Bundesauftragsverwaltung. Wir alle kennen die Probleme bei der Schiene. Wenn wir miteinander mit unserer Großen Koalition erreichen würden, dass wir Pläne in die Tat umsetzen, dann könnten wir das erreichen, was die GRÜNEN, als sie mit Ihnen in der Regierung waren, bereits wollten, was sie damals aber nicht machen konnten, weil das Baurecht nicht vorlag. Wir könnten das bei der Schiene tun, es ist an der Zeit, dass wir die Schienen, die noch unter König Ludwig gebaut wurden, schnellstmöglich verbessern.

(Beifall eines Abgeordneten der FDP - Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege Beyer, können Sie mir sagen, wer das aufgeschrieben hat? - Sie können das auch zu Protokoll geben, das ist mir gleich, damit habe ich keine Probleme.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Ich tippe nicht selbst, das habe ich einmal zu lernen versucht.

Der Doppelhaushalt 2009/2010, dessen Entwurf wir heute in den Landtag eingebracht haben, enthält für uns zwei Leitlinien. Das sind zum einen die Schwerpunkte Schulen, Hochschulen und Kinder und zum anderen der Bereich Wirtschaft, ländlicher Raum und innere Sicherheit. Die innere Sicherheit brauchen wir zur Erhaltung der Stabilität in unserem Land, damit Investitionen stattfinden, damit Gelder zu uns fließen, damit wir ein Land sind, in das man gerne geht.

Bleiben wir bei einer soliden Finanzpolitik. Das habe ich heute schon in der Rede unseres Herrn Minister gehört. Ich weiß, das gefällt Ihnen nicht so gut. Wir wollen aber solide

weiterarbeiten. Ich sage deshalb ganz deutlich: Das hat auch etwas mit dem Haushalt zu tun und das lässt sich nachlesen. Wir verschweigen nicht, dass es Sonderlasten zur Stützung der Bayerischen Landesbank gibt. Darauf hat auch der Finanzminister schon hingewiesen. Wir kommen in diesem Haushalt 2009/2010 trotzdem ohne neue Schulden aus. Das ist unser Ziel. Im Übrigen, wenn wir immer von einem ausgeglichenen Etat sprechen, so muss ich anmerken: Jeder Etat muss ausgeglichen sein. Das wissen alle Kommunalpolitiker, das steht sogar in der Kommunalen Haushaltsverordnung. Die Frage ist nur, wie man das angeht, ob man Schulden macht, ob man etwas verkaufen kann oder ob man die Ausgaben reduziert. Oder man kann überlegen, ob man die Einnahmen erhöht. Das also sind die Überlegungen. Dahinter steht immer die Frage, wie geht es, den Haushalt auszugleichen. Wir sagen, der Haushalt 2009/2010 kann dank der Rücklagen und der Möglichkeiten, die vorhanden sind, ohne neue Schulden aufgestellt werden. Wir hoffen, dass die Konjunktur auch wieder einmal besser wird. Unsere Schwerpunkte sind ganz klar: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze. Diese Kernbereiche werden aus der Sicht der CSU-Fraktion im nächsten Doppelhaushalt und im kommenden Jahr im Vordergrund stehen.

Zu den Schulen: Der Finanzminister hat dieses Thema ganz umfassend vorgetragen. Ich würde sagen, Herr Ministerpräsident, der Finanzminister könnte, wenn es sein muss, auch den Bildungsbereich abdecken. Er hat deutlich dargelegt, dass es um die Chancenvielfalt geht, um die Familien.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) - Weitere Zurufe von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

- Das können wir Herrn Kollegen Spaenle sagen, dann bekommt er den richtigen Impuls. Das war selbstverständlich positiv zu verstehen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Nun zu den Einsparmaßnahmen. Da nenne ich gleich eine Zahl: Der Haushalt weist 2.738 zusätzliche neue Lehrerstellen aus. Das ist doch eine Wucht, das ist eine Rekordzahl!

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Da sollten Sie sich freuen, Herr Pfaffmann. Dafür sollten Sie auch klatschen. Es ist tatsächlich so, Sie sitzen an einer Stelle, wo sehr viel stattfindet: 2.738 neue Stellen!

(Beifall bei der CSU)

62 Millionen Euro werden zusätzlich für die Ganztagschulen bereitgestellt. Wir wollen die Förderung an den Privatschulen von 66 auf 75 Euro erhöhen. Das ist nicht viel, aber es geht in die richtige Richtung. Noch ein paar Daten zu den Hochschulen, die man sich ebenfalls auf der Zunge zergehen lassen kann: 38.000 zusätzliche Studienplätze. Dafür schaffen wir zusätzlich 3000 neue Stellen, denn wir brauchen auch das notwendige wissenschaftliche Personal. Das Kabinett hat sich heute damit beschäftigt, damit das Ganze noch viel flexibler von den Hochschulen geregelt werden kann. Dafür nehmen wir selbstverständlich auch zusätzliches Geld in die Hand, im Jahr 2009 83 Millionen Euro und 2010 noch einmal 154 Millionen Euro, um die Aufgabe, mehr Studienplätze und mehr wissenschaftliches Personal, finanzieren zu können.

Frau Kollegin Rupp, wir investieren kräftig in den Hochbau der Fachhochschulen und Hochschulen. 420 Millionen Euro sind in diesem Jahr eingestellt, 476 Millionen Euro im nächsten Jahr. Die Abschaffung der Verwaltungskostenbeiträge beläuft sich zwar pro Person nur auf 50 Euro, für den Freistaat Bayern heißt das aber immerhin, dass wir auf 23 Millionen Euro verzichten, um unsere Studenten zu entlasten.

Was die Förderung der Kinder anbelangt, so sind das nicht nur Floskeln, sondern es handelt sich um Tatsachen, die im Haushalt nachzulesen sind. Die Personalförderung, Frau Kollegin Rupp, beträgt 672 Millionen Euro in diesem Jahr und 711 Millionen Euro im nächsten Jahr. Hinzu kommt die Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:11,5.

Dafür wurde lange gekämpft. Ganz wichtig ist auch das Landeserziehungsgeld. 28.000 Eltern mehr werden von dieser wichtigen Regelung profitieren, die es in Bayern, aber nicht in allen anderen Bundesländern gibt. Die Nachrichten zeigen uns, wir müssen auch mehr für den Schutz der Kinder tun, deshalb 250 koordinierte Kinderschutzstellen. 100 Stellen in diesem und 150 Stellen im Jahr darauf, so die Aufschlüsselung im Etat für die Haushaltsjahre 2009 und 2010. Natürlich beteiligt sich der Freistaat am kostenlosen Mittagessen, doch in dieser Frage will ich dem Herrn Ministerpräsidenten nichts vorwegnehmen. Es ist aber wichtig, dass man diese Sache regelt, anstatt hundert Mal zu fragen: Braucht man das unbedingt?

(Beifall bei der CSU)

Innere Sicherheit: Es ist wichtig, dass wir neu einstellen und jungen Menschen eine Chance geben. Gerade jetzt, wenn Lehrstellen knapper werden, wollen wir 500 Stellen in diesem Jahr in den Haushalt einstellen und 500 im nächsten Jahr. Es ist auch für die Justizministerin wichtig, dass wir 229 zusätzliche Stellen im Justizetat haben.

Jetzt zur Finanzpolitik. Ist sie wirklich solide, wie gehen wir vor? - Uns war wichtig, dass wir trotz der Sonderlasten bei der Landesbank und trotz der Finanzmarktkrise unserem Ziel treu bleiben, ohne neue Schulden auszukommen. Allerdings muss man auch sehen, dass sich die Ausgangslage verändert hat, und dass sie sich alles andere als einfach darstellt. Unser Haushalt ist so natürlich nur möglich, weil wir Rücklagen haben, weil wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben.

Nun zum Konjunkturpaket. Das Paket ist in Ordnung, wir haben uns auch dafür engagiert, beispielsweise bei den Steuern. Das betrifft auch die Investitionen und den Krankenversicherungsbeitrag. Sie kennen die Beispiele: Bei einem Jahreseinkommen von 45.000 Euro beträgt die Entlastung knapp 1100 Euro im Jahr. Das ist Geld im Portemonnaie, damit kann man etwas anfangen. Das betrifft wirklich viele, das ist das Entscheidende, und das stützt die Konjunktur. Das bedeutet aber auch Mindereinnahmen für den Freistaat Bayern, denn Bund und Länder sind bei diesen Einnahmen

miteinander verflochten. Aus Sicht der Landespolitik sagen wir ganz deutlich: Wir begrüßen das Konjunkturpaket des Bundes und die 10 Milliarden Euro, die er an die Länder weitergeben möchte. Der Betrag ist aufgeteilt und geht an die Kommunen und die Länder. Knapp 2 Milliarden davon fließen nach Bayern. Wir sind gefordert, 470 Millionen Euro einzubringen. Das werden wir tun, und das werden wir auch in diesem Haushalt darstellen. Dabei kommt den Kommunen eine wichtige Schlüsselrolle zu. Warum? - Die Kommunen haben die Möglichkeit, durch ihre Ausschreibungen, durch ihre überschaubaren Baulose den Mittelstand tatsächlich zu erreichen. Das ist eine wichtige Sache. Wir wünschen uns, dass der Bund bei seinen Bemühungen in Europa Erfolg hat und die Ausschreibungskriterien und Vergaberichtlinien gelockert werden. Damit könnten wir die Aufträge künftig heimatnäher und schneller vergeben. Das ist, glaube ich, ganz wichtig und es wäre erfreulich, wenn wir hier Hand in Hand marschieren würden.

Heute hat ein Kommentator einer wichtigen Tageszeitung geschrieben:

Es ist richtig, dass wir nicht sagen: Jetzt ist es eh wurscht. Alle geben das Geld aus, schmeißen wir es auch raus. Nein, im Gegenteil: Bei so viel Unsicherheit im Großen gilt es im Kleinen Stabilität zu wahren und verlässlich zu bleiben. Denn die Menschen sollen Vertrauen haben, dass unser Geld stabil ist, dass diese Währung Sinn macht und dass sie sich darauf verlassen können.

Natürlich - der Finanzminister hat es angesprochen - haben wir Anpassungsbedarf. Das werden wir in den Beratungen sehen, darauf brauche ich jetzt nicht weiter einzugehen. Dass die Rücklage hart erarbeitet werden musste, dafür sind wir heftig kritisiert worden in den Jahren 2003, 2004, 2005, 2006, 2007. Da wurde alles auf den Tisch gelegt. Deshalb haben wir jetzt die Möglichkeit, darauf zurückzugreifen.

Ich möchte noch ein paar Vergleichszahlen für Bayern ansprechen. Wir wollen es nicht übertreiben. Wir haben Bescheidenheit gelernt. Aber ein paar Dinge darf man, glaube ich, sagen. Nehmen wir das Thema Verschuldung. Es ist schon beachtlich, wenn wir

trotz der Lasten der Landesbank heute immer noch 1.200 Euro pro Kopf unter dem Nächstbesten liegen. Wir wollen diesen Abstand halten.

Wichtig ist auch unsere laufende Belastung. Wie sieht es mit den Zinsen aus? Wenn wir in den Jahren 2009 und 2010 eine durchschnittliche Zinsbelastung von drei Prozent haben und die anderen Länder im Schnitt von acht Prozent, dann ist das ein riesengroßer Unterschied, der deutlich macht, wie unterschiedlich die Strukturen sind. Das ist neben dem Länderfinanzausgleich ein weiteres Beispiel, an dem deutlich wird, wie unterschiedlich sich das Ganze in der Republik darstellt.

Frau Kollegin Rupp, ich habe gesagt, ein bisschen näher hinschauen bei den 15 % Investitionsquote. Sie wissen, wenn wir prozentrechnen, haben wir zwei Faktoren, und das Prozentrechnen ist zunächst einmal auf hundert begrenzt. Ich habe zwar nie Mengenlehre gelernt, das wurde erst später gemacht, aber das ist, glaube ich, nicht so entscheidend, man hat es dann auch wieder reduziert. Aber wenn ich in diesem Paket von 100 % den Anteil an Köpfen erhöhe, also mehr hineinstecke, ohne dass ich am Beton etwas wegnehme, dann sind prozentual die Köpfe mehr und der Beton weniger.

Genau das hat stattgefunden. Wir haben nach langer Diskussion, nach der guten Einsicht und nach der Frage, was möglich und was notwendig ist, ganz klar gesagt: Diesmal muss der Bereich Köpfe stärker wachsen, und darum verschieben sich da die Prozente.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut erklärt!)

Das ist einfach die Redlichkeit. Das hat mit Böswilligkeit nichts zu tun. Dann darf man es auch nicht beklagen. Die Logik, die die Mathematik mit sich bringt, sollte man anerkennen. Das ist schon in der Schule wichtig. Wenn man dort die Mathematik nicht akzeptiert, hat man schlechte Noten im Rechnen.

Frau Kollegin Rupp, es sind nicht nur fünf Milliarden Euro, die wir investieren. Das ist die pauschale Zahl für die, die nicht mehr lesen wollen und sich damit nicht näher beschäftigen. Jetzt bringen wir aber noch ein paar andere Zahlen, das sind 350 Millionen Euro

Ausgabereste. Der Ministerpräsident hat im Rahmen des Beschleunigungsprogramms dafür gesorgt, dass man das sofort in die Hand nimmt, und hat gesagt: Leute, seht zu, dass ihr da weiterarbeitet, die Verwaltungen es umsetzen, ausgeben, investieren, Aufträge erteilen. Das sind die 350 Millionen Euro.

Dann kommt der von Ihnen beklagte Finanzausgleich dazu. Ich habe gelernt, etwas, worin man nicht so gut ist, kritisiert man nicht, und umgekehrt das, wo die Konkurrenz eigentlich gut aufgestellt ist, spricht man nicht so häufig an. Wir sind beim Finanzausgleich supergut aufgestellt. Noch nie gab es einen besseren bayerischen Finanzausgleich als den des Jahres 2009. Wenn ich an meinen kleinen Landkreis denke, der hat durch die Veränderungen im Finanzausgleich 1,5 Millionen Euro - Kollege Barfuß kann das bestätigen - mehr Schlüsselzuweisungen, insgesamt 11,5 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen. Das ist schon einmal eine Sache.

Aber insgesamt, um auf Bayern zurückzukommen, heißt das: In diesen 6,8 Milliarden Euro stecken 1,7 Milliarden Euro Investitionsförderung. Das ist etwas, was zu 100 % in die Investitionen geht. Die anderen 5,1 Milliarden Euro tragen, weil sie in die Verwaltungshaushalte der Gemeinden fließen, dazu bei, dass die Kommunen ihren Etat gut ausgleichen können, dass sie aus dem Etat Zuweisungen an den Vermögenshaushalt machen können und damit aus eigener Kraft investieren können. Das ist das Entscheidende, dass sie neben der Förderung des Staates auch die notwendigen Eigenmittel aufbringen können, ohne deswegen zur Bank gehen zu müssen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Herr Ude, hat gesagt, dass die Kommunen ein gutes Jahr hinter sich gebracht haben.

Das waren also die Ausgabenreste, 1,7 Milliarden Euro Finanzausgleich investiv, das andere zur Stützung der Investitionen. Mit der dritten Baustelle sind die Kollegen im Haushaltsausschuss in den nächsten Wochen gefordert. Dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, auch nach Überprüfung durch den Rechnungshof, wollen wir 560 Millionen Euro - das ist mehr als eine halbe Milliarde, wir rechnen ja nur noch mit Milliarden, deswegen muss man das übersetzen - über PPP-Projekte ausgeben und werden dazu in den

nächsten Wochen im Haushaltsausschuss schon ganz konkrete Entscheidungen treffen. Damit werden Maßnahmen in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Euro angestoßen. Also, der Freistaat Bayern tut sehr viel.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Es ist auch gut, wenn man die Zahlen am Schluss zusammenzählt. Dann kommt man zum richtigen Ergebnis, Frau Kollegin Rupp.

(Lachen bei der SPD)

Sie dürfen es selber vornehmen, aber wir sind zwischenzeitlich bei 7,5 Milliarden Euro angekommen und nicht mehr bei fünf. Ich freue mich, dass Sie darüber lachen können.

Noch etwas habe ich mir, Herr Beyer, nämlich das Stichwort "Beschleunigungsprogramm". Das haben wir aber schon gestreift, und auch das FAG haben wir genannt.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf den soliden Haushalt des Freistaats Bayern hinweisen mit seinen Investitionsschwerpunkten. Ich darf aber ganz offen bekennen, dass auch wir gezwungen sind, in diesen Zeiten, in denen die Einnahmen weniger werden, sorgfältig mit den Mitteln umzugehen und zu überlegen: Was hat Priorität? Da müssen wir einräumen, nicht alles, was wünschenswert wäre, können wir uns leisten, im Gegenteil: Wir müssen auch da zweimal hinschauen, dass es an der richtigen Stelle ankommt.

In diesem Sinne sage ich der Staatsregierung herzlichen Dank für diesen Etatentwurf, dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern, die diese engagierte Arbeit geleistet haben. Sonst hätten wir noch mehr zu tun.

Gleichzeitig verspreche ich Frau Kollegin Rupp, da sind wir Seite an Seite -, dass wir uns bemühen werden, diesen Etat zügig zu beraten, durch ganztägige Sitzungen die haushaltslose Zeit möglichst schnell zu beenden und mit einem beschlossenen, geneh-

migten und bekannt gemachten Etat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir das ganze Geld in Kinder, in Bildung, in Jobs möglichst schnell investieren können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Winter. Für die Fraktion der Freien Wähler spricht Kollege Manfred Pointner.

Manfred Pointner (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr überrascht, Herr Finanzminister, über die Euphorie, mit der Sie diesen Haushalt vorgetragen haben. Ich kenne mich etwas in Haushalten aus, natürlich nicht im Umfang dieses Staatshaushalts. Aber in den zwei Wochen, in denen ich diesen Haushalt durchgesehen habe, habe ich festgestellt, dass dieser Haushalt auf Kante genäht ist, dass es ein Sparhaushalt ist, der wenig neue Möglichkeiten enthält.

Sie haben mich aber auch schon vor 14 Tagen überrascht, Herr Finanzminister, als ich Ihre Kurzdarstellung des Doppelhaushalts 2009/2010 erhielt und gelesen habe, dass das zum vierten und fünften Mal ein ausgeglichener Haushalt ist. Natürlich hätte ich es genauer lesen müssen. Sie haben vom allgemeinen Haushalt gesprochen. Da haben Sie sicherlich recht. Aber ich sehe es schon als eine gewisse Täuschung der Öffentlichkeit an, wenn Sie diesen Haushaltsentwurf am 16. Dezember im Kabinett beschließen und diese Darstellung herausgeben und am nächsten Tag durch den Zweiten Nachtragshaushalt 2008 eine Neuverschuldung von 10 Milliarden Euro beschließen lassen. Daran ändert auch nichts, dass diese Neuverschuldung in einem Sonderkapitel des Haushalts ausgewiesen wird. Es ist und bleibt eine gigantische Erhöhung der Verschuldung des Freistaats, die höchste Neuverschuldung, die jemals in Bayern beschlossen wurde. Aber das haben wir schon ausreichend diskutiert.

Es hilft auch nichts, wenn so getan wird, als sei diese Kreditaufnahme durch ein Naturereignis entstanden, das außerhalb des regulären Haushalts behandelt werden kann. Das erinnert mich fatal an die derzeitige Diskussion bei den Banken, die dahin geht, die

giftigen Wertpapiere in eine sogenannte bad bank auszulagern. Wenn man das umsetzt, könnte man sagen: Das Kapitel 13 60 im Einzelplan 13, der sogenannte Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB, wäre dann ein sogenannter bad Haushalt, der nichts mit dem allgemeinen Haushalt zu tun hat.

Dass dem aber nicht so ist, ist aus dem Doppelhaushalt 2009/2010 ersichtlich. Im Jahr 2009 werden 200 Millionen Euro Zinsen und im Jahr 2010 400 Millionen Euro Zinsen für diesen Kredit anfallen, und ich habe die Befürchtung, dass hier noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Das Geld für diese Zinszahlungen fehlt uns hinten und vorn, es fehlt uns heute und auch in den kommenden Jahren. Deshalb bleibt der Doppelhaushalt 2009/2010 bei den für die Zukunft unseres Landes wichtigen Dingen hinter dem zurück, was jetzt notwendig ist.

Dieses Geld fehlt uns vor allem für die Bildung, aber auch für die Chancengleichheit im ländlichen Raum oder auch bei der notwendigen Finanzausstattung der Kommunen. Dazu komme ich noch. Es kann und darf aber nicht sein, dass wegen dieses finanziellen Debakels, das offensichtlich durch den Größenwahn einzelner Verantwortlicher verursacht wurde, die Zukunftschancen unseres Landes beeinträchtigt, ja ich möchte fast sagen: verspielt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Haushaltsrecht gibt es zwei wesentliche Grundsätze - ich denke, das wird auch für den Staatshaushalt gelten -, nämlich den Grundsatz der Wahrheit und den Grundsatz der Klarheit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zur Wahrheit gehört auch, dass Sie zwar offenbar mit Genugtuung in Bayern den ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung verkünden, im Bund aber eine massive Neuverschuldung mitgetragen haben und aufgrund Ihrer Forderungen nach noch mehr

Steuererleichterungen sogar eine noch weitaus höhere Neuverschuldung hingenommen hätten. Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes Ihre Unschuld verloren. Unter Ihrer Verantwortung sind in Bayern 10 Milliarden Euro Schulden neu aufgenommen worden, und im Bund sollen sogar 50 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden.

Ich möchte aber gleich klarstellen, dass das keine Kritik am Konjunkturpaket ist. Dieses Paket unterstützen wir grundsätzlich. Wir halten es für richtig und notwendig. Aber Sie sollten nicht immer so tun, als seien die anderen die Schuldnermacher. Auch in Bayern wird dieses Konjunkturpaket nicht ohne Auswirkungen auf den Haushalt bleiben. Sie, Herr Finanzminister, haben selbst heute gesagt, dass die in Berlin beschlossenen Steuererleichterungen im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets Mindereinnahmen von 250 Millionen Euro im Jahr 2009 und von 450 Millionen im Jahr 2010 verursachen. Heute haben Sie noch einmal eine ganze Milliarde aufgrund der Konjunkturreinbrüche genannt. Das sind insgesamt 1,7 Milliarden Euro.

Sie haben heute auch gesagt, dass das durch Rücklagen ausgeglichen werde. Uns ist bisher nicht bekannt gewesen, wie das Ganze ausgeglichen werden soll. Offenbar sind da noch genügend Rücklagen vorhanden, die uns nicht bekannt sind.

Interessant wäre noch, wo Sie diese 477 Millionen Euro - da habe ich jetzt nichts gehört von den 1,9 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket - unterbringen. Es kann wohl nicht so sein, dass Sie Investitionsgelder, die im Haushalt jetzt schon enthalten sind, einfach umschichten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Diese 477 Millionen Euro sind sicherlich so gedacht, dass sie zusätzlich bereitgestellt werden müssen, um die Konjunktur anzukurbeln. Für uns im Haushaltsausschuss wäre es natürlich auch interessant, wenn wir baldmöglichst die entsprechenden Informationen erhalten würden, und zwar gerade deswegen, weil dieser Doppelhaushalt in aller Eile durchgezogen wird und weil es für die Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt

sind, besonders schwer ist, sich mit diesem Zahlenwerk vertraut zu machen und sachgerechte Anträge zu stellen.

Noch eine Anmerkung zu Wahrheit und Klarheit: Die Eckzahlen zum Finanzplan für 2011 und 2012 sehen sogenannte Konsolidierungsbedarfe vor: 2011 1,08 Milliarden Euro und 2012 1,33 Milliarden Euro. Das ist eigentlich eine Unterdeckung, die entweder durch Mehreinnahmen, eventuell auch über Kredite, oder durch Minderausgaben ausgeglichen werden muss. Hierzu ist nichts enthalten. Sie haben zwar in einer Fußnote den Hinweis gegeben, dass man erst einmal abwarten muss, wie sich diese Steuereinnahmen entwickeln, aber dieser Hinweis ist eigentlich überflüssig, weil das selbstverständlich ist. Natürlich werden wir die aktuellen Zahlen in den Jahren 2011 und 2012 abwarten müssen. Aber nach meiner Kenntnis müssten im Finanzplan auch Prognosen über Einsparungen, Kredite und Mehreinnahmen, um diesen Konsolidierungsbedarf auszugleichen, enthalten sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Noch einmal zurück zu Wahrheit und Klarheit: Sie haben im Entwurf eine Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage in Höhe von 1,04 Milliarden Euro vorgesehen. Daneben ist aber aus der Haushaltsübersicht erkennbar, dass 2009 insgesamt 740 Millionen Euro und 2010 zu diesen 1,04 Milliarden Euro eine weitere Milliarde Euro kommen. Das sind also insgesamt nochmals 1,7 Milliarden Euro. Das soll alles aus Rücklagen, Fonds oder Stöcken entnommen werden.

Das ist aber für uns nicht ersichtlich. Ich habe mich umgehört. Es ist keinem bekannt, keiner weiß - Sie natürlich schon -, wie hoch insgesamt diese offensichtlich für den Haushalt verwendbaren Rücklagen, Fonds oder Stöcke sind. Wir fordern daher auch für die künftigen Haushalte - Sie haben doch heute gesagt, die Rücklage sei leer, wenn das alles verbraucht wird - im Sinne der Wahrheit und der Klarheit des Haushalts eine rechtzeitige Aufschlüsselung aller dieser Mittel, möglichst zusammengefasst und übersichtlich und nicht auf einzelne Pläne verteilt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Es geht hierbei um das Geld aller Steuerzahler und nicht um das Geld, das die Regierung oder die Regierungsfractionen aufzubewahren und zu verteilen haben.

Noch ein Hinweis: Als einem, der diesen Haushalt neu studiert, ist mir ganz negativ aufgefallen, dass Sie im Einzelplan 13 mehrere Sonderkapitel drin haben. Sie werden dauernd zitiert: "Zukunft Bayern 2020", dann das Klimaprogramm, das Nord- und Ostbayern-Programm usw. In diesen Sonderkapiteln sind Ausgaben für Maßnahmen enthalten, die auch in anderen Haushaltsstellen zu finden sind. Dies dient nicht gerade der Übersichtlichkeit des Planes und erschwert die Arbeit mit diesem Plan ungemein, insbesondere wenn er uns nur in Form einer CD-ROM zur Verfügung steht.

Nun aber zu den Inhalten. Gleich vorweg: Die im Haushaltsentwurf enthaltenen Ansätze für die Bildung sind trotz Ihrer geradezu euphorischen Aussagen unzureichend. Der Entwurf zeigt zwar einige gute Ansätze, aber eben nur Ansätze und keine Lösungen.

Das gilt insbesondere bei dem Ziel, die Klassenstärken an unseren Schulen zu vermindern. Dies wurde vor der Wahl von beiden Regierungsfractionen als Ziel benannt, wobei kurz vor der Wahl sogar unsere Forderung "Keine Klasse über 25" übernommen wurde. Es gibt zwar mehr Lehrer - das ist schon von Ihrem damaligen Ministerpräsidentenkandidaten so ausgesagt worden -, das reicht aber nicht aus, um die Klassenstärken in die Nähe dieser Höchstgrenze von 25 Schülern zu bringen. Wenigstens hätte einmal ein Anfang gemacht werden können, indem zum Beispiel bei den Realschulen, den Gymnasien und den Hauptschulen in der 5. Klasse und bei den Grundschulen keine Klasse mehr als 25 Schüler hat.

Ich habe den Eindruck, dass Sie warten wollen, bis der Rückgang der Schülerzahlen sozusagen auf demografische Weise diese Klassenstärke herbeiführt. Dass dazwischen Jahrgänge liegen, die benachteiligt sind, ist offenbar nicht so wichtig.

Auch das Programm zur Einführung der Ganztagschulen insbesondere bei den Hauptschulen wird mit den zusätzlich eingesetzten 62 Millionen Euro nicht den Ansprüchen gerecht. Nach wie vor werden zahlreiche Hauptschüler auf der Strecke bleiben, weil wegen der Landesbankzinsen nicht genügend Geld da ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

So gibt es im schulischen Bereich zahlreiche Baustellen, die noch lange Zeit bestehen bleiben, wenn dort nicht massiv investiert wird. Das gilt zum Beispiel auch für den Einsatz der viel gepriesenen Jugendsozialarbeit an Schulen. Immer wenn irgendwo etwas passiert und Jugendliche daran beteiligt sind, heißt es: Da müssen wir etwas tun; man muss mehr Jugendsozialarbeiter in die Schulen schicken. Aber was dafür an Mitteln eingestellt wird, reicht nicht aus.

Ich habe damit Erfahrung. Als ich noch Landrat war, war ich der Erste, der die Jugendsozialarbeit im großen Stil eingeführt hat. Ich habe damit die besten Erfahrungen gemacht. Wenn man für die Jugend etwas tun will und rechtzeitig an die gefährdeten Jugendlichen herankommen will, muss auf jeden Fall mehr investiert werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch die Gleichbehandlung der Finanzierung kommunaler Schulen mit den privaten Schulen ist nicht vorangekommen.

In weiter Ferne - das wurde heute schon angesprochen - scheint die von der FDP und der CSU im Wahlkampf versprochene Einführung des kostenfreien letzten Kindergartenjahres zu sein. Im Koalitionsvertrag wird von "mittelfristig" gesprochen. Was ist mittelfristig? 2013 oder später? Es ist überhaupt nicht erkennbar, wann das sein soll.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Änderung des Stellenschlüssels im Kindergartenbereich nach 1 zu 11,5 ist zwar eine Verbesserung, wird aber den tatsächlichen Gegebenheiten kaum gerecht. Von den Trä-

gern der Kindergärten, insbesondere von den Kommunen, weiß ich, dass der Stellen-schlüssel in der Regel unter 1 zu 11 liegt, oft bei 1 zu 10. Da bleiben die Mehrausgaben bei den Trägern, insbesondere den Kommunen, hängen.

Ich komme zum kommunalen Finanzausgleich. Es gibt eine Steigerung im Jahr 2009 von 3,4, im Jahr 2010 von 0,9 %. Herr Finanzminister, Sie haben darauf hingewiesen, dass das mit den Kommunen abgestimmt sei und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände damit zufrieden seien.

Ich darf dazu noch eine Anmerkung machen. Herr Kollege Winter, Ihr Landkreis mag ein paar Euro mehr erhalten haben. Ich kenne aber Landkreise, die einiges weniger erhalten haben. Der Landkreis Freising hat sechs Millionen Euro weniger erhalten. Wenn ich die Gemeinden hinzurechne, sind es zwölf Millionen Euro. Da werden Sie natürlich sagen: Die haben eine höhere Steuerkraft. Wenn Sie das alles aber genau durchrechnen, werden Sie feststellen, dass von der Steuerkraft nicht viel übrig bleibt. Das meiste fällt durch die geringe Schlüsselzuweisung weg. Die Bezirksumlage ist auch entsprechend höher.

Ich sage das nur als Beispiel: 20 Millionen Euro beim Landkreis an Mehreinnahmen bedeuten im Rahmen der Steuerkraftvergleiche und unter Berücksichtigung der Umlagen letztlich nur eine knappe Million Euro; alles andere geht weg. Das muss man sehen. In den Kommunen und Landkreisen, die noch Einwohnerzuwachs haben, sind schließlich auch erhebliche Investitionen erforderlich.

Eines sollte bedacht werden. Die Verhandlungen mit den Kommunen sind vor dem jetzt verkündeten Konjunkturpaket II abgeschlossen worden. Dieses Konjunkturpaket bringt auch den Kommunen neue Belastungen. Wenn der Freistaat wegen der Steuererleichterungen rund 700 Millionen Euro weniger Einnahmen hat, dann trifft das zu einem entsprechenden Anteil auch die Kommunen. Für 2009 sind es rechnerisch 90 Millionen Euro. 2010 sind es 160 Millionen Euro. Die Kommunen sind ja auch an der Einkommensteuer beteiligt. Aber es ist noch nicht eingerechnet, was Sie vorhin schon eingerechnet hatten: die Pendlerpauschale und andere Steuererleichterungen.

Wegen der Konjunkturkrise ist bei den Kommunen auch ein erheblicher Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen zu erwarten.

Zu bedenken ist auch: Durch das Investitionsprogramm des Bundes entsteht ein neuer Kofinanzierungsbedarf für die Gemeinden, da es keine 100-prozentige Förderung der Maßnahmen gibt.

Gerade finanzschwache Gemeinden werden Probleme haben, ihren Finanzierungsanteil zu leisten. Deswegen wird ohne Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden gerade von den schwächeren Gemeinden ein Teil der Mittel nicht abgerufen werden können. Eine Erhöhung der Schlüsselmasse und der Investitionspauschale wäre hier ein hervorragendes Mittel zur Abhilfe.

Hier ist auch eine Erhöhung der Beteiligung an der Kfz-Steuer zu erwähnen. Man hat den Anteil jetzt von 50 auf 51 % erhöht. Früher waren es 65 %. Wie Sie wissen, fordern die Kommunen und Landkreise mindestens 55 %. Auch beim Steuerverbund liegen die Forderungen der Landkreise höher. Da müsste also nachjustiert werden, um auch die schwächeren Kommunen in die Lage zu versetzen, das Konjunkturpaket zu schultern.

Über den Rückgang an Investitionen ist heute schon mehrfach gesprochen worden. Ich habe mir einmal die Zahlen angeschaut. Im Jahr 2009 sind es 60 Millionen Euro und im Jahr 2010 100 Millionen Euro weniger. Man rechnet jetzt damit, dass durch das Konjunkturpaket des Bundes noch einiges dazukommt. Es darf aber nicht so sein, dass dann entsprechend umgeschichtet wird. Nach meiner Meinung müssen die Kommunen hier Priorität haben. Möglichst viel muss an die Kommunen gelangen. In der Diskussion werden die Zahlen 75, 70, 65 % genannt. Ich kann nur sagen: In die Kommunen muss möglichst viel gelangen, wenn es geht, 100 %.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Kommunen werden diese Mittel schnell und gezielt einsetzen, wenn die Kofinanzierung sichergestellt ist.

Voraussetzung ist natürlich, dass verschiedene Verfahren neu geregelt werden. Dazu gehört das Vergabeverfahren. Die Schwellenwerte für die freihändige Vergabe und für die beschränkte Ausschreibung sind kurzfristig erheblich zu erhöhen. Sonst funktioniert das Verfahren nicht. Auch die Förderrichtlinien sind anzupassen. Für eine Sanierung bekommt man zurzeit nur dann eine Förderung, wenn man mehr als 25 % der Neubaukosten erreicht. Das muss geändert werden; sonst geht es ins Leere.

Nicht verständlich ist in diesem Zusammenhang die Kürzung beim Staatsstraßenbau. Wer über die Lande fährt, kann in der Regel sofort erkennen, welche Straßen Staatsstraßen und welche Kreisstraßen sind. Die Staatsstraßen sind nämlich in der Regel am schlechtesten ausgebaut.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Von den zuständigen früheren Straßenbauämtern und den jetzigen Staatlichen Bauämtern war immer zu hören, dass zu wenig Geld vorhanden ist. Es kam vor, dass in einem Jahr eine Straße aufgerissen wurde, dann ein Jahr nichts daran gemacht wurde, weil das Geld nicht da war, während man erst danach die Straße wieder zugemacht hat. So etwas darf eigentlich nicht passieren. Aber das Geld wird weiter gekürzt.

Auch der ländliche Raum ist im Haushalt nicht ausreichend bedacht worden. Das gilt insbesondere für den flächendeckenden Ausbau der DSL-Anschlüsse. Hier hätten wir eine Erhöhung der Fördermittel erwartet, damit der ländliche Raum nicht noch weiter abgehängt wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zum Schluss werden Sie natürlich sagen: Wenn man das alles finanzieren will, dann muss man die Größenordnung der Mehrausgaben bedenken. Grundsätzlich ist festzustellen: Trotz des Desasters mit der Landesbank dürfen wichtige Interessen des Landes nicht in den Hintergrund rücken. Ich denke zum Beispiel an die Bildung.

Für uns ist auch wichtig, dass wir einen Überblick über die Rücklagen bekommen, und zwar vor den Haushaltsberatungen, damit wir sachgerecht entscheiden können. Das ist unser Wunsch an Sie, Herr Finanzminister. Man wird dann ja sehen, welche Anträge wir in den Haushaltsausschuss einbringen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das Wort hat Herr Kollege Mütze von den GRÜNEN.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Finanzminister, lieber Herr Ministerpräsident! Herr Finanzminister, ich habe es gestern schon in der Pressekonferenz angedeutet: Dieser Haushalt ist eigentlich das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Mit diesen Worten kann man kurz beschreiben, welche Haushaltsrisiken dieser Doppelhaushalt stemmen muss, die er nicht abbildet, und welche Chancen nicht ergriffen werden, die Sie in Ihrer Rede zwar genannt haben, aber man im Haushalt nicht findet, obwohl sie dringend des Anpackens bedürften. Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, dass Ihnen dieses Urteil nicht gefällt. Aber ich werde noch darstellen, wie ich dazu komme. Viele Risiken werden in diesem Haushalt nicht genannt oder verschleiert. Wir dachten eigentlich, dass mit dem neuen Finanzminister Fahrenschon Offenheit und Haushaltsehrlichkeit Einzug gehalten hätten. Die Staatsregierung behauptet zum Beispiel, die Jahre 2009 und 2010 seien das vierte und fünfte Jahr ohne Nettoneuverschuldung. Sie verschweigt dabei aber, dass wir erst vor Kurzem 10 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgehäuft haben und dafür nun zahlen müssen. Der Haushalt gibt vor, dass uns diese Schulden nichts kosten, obwohl die Rücklage dafür verwendet wird. Er verschweigt, dass neue Schulden nach der Bundestagswahl aufgenommen werden müssen. Herr Finanzminister, interessanterweise haben Sie den Abschnitt aus Ihrer Rede weggelassen, wonach der Doppelhaushalt 2009/2010 ohne neue Schulden auskomme. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Das ist wohl nur eine Versicherung, die Sie sich selbst gegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hans Joachim Werner (SPD): Späte Reue!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt hätte die Chance geboten, auf eines der drängendsten Probleme unserer Zeit, nämlich den Klimawandel, zu reagieren, und er versagt dabei. Herr Finanzminister, das muss ich leider konstatieren. Sie haben zu Beginn Ihrer Rede zweimal den Klimawandel erwähnt. Herr Kollege Winter hat den Klimawandel nicht mehr erwähnt. Das zeigt, welchen Stellenwert der Klimawandel in der CSU-Fraktion hat. Herr Finanzminister, ich hoffe, dass Sie sich in diesem Punkt gegenüber der Fraktion durchsetzen werden.

Sehen wir uns die Risiken dieses Haushalts genauer an: Sie müssen schon im Jahr 2010 auf die Rücklage zurückgreifen, um den Haushalt ausgleichen zu können. Das bedeutet eine Milliarde Euro. Hinzu kommt das Risiko BayernLB. Herr Finanzminister, Sie haben erläutert, dass uns die LB erst im Jahr 2011 Geld aus dem laufenden Haushalt kosten werde. Erst dann würden haushaltswirksame Kosten auf uns zukommen. Dabei haben Sie verschwiegen, dass bereits in diesem Jahr und im nächsten Jahr Zinslasten in Höhe von 600 Millionen Euro auflaufen werden. Diese Zinsen müssen Sie aus der Rücklage entnehmen. Das ist ein Kniff, nicht mehr. Diese Mittel bleiben trotzdem Mittel des Landes. Dieser Kniff wird sich in den Jahren 2011, 2012 und in den Folgejahren nicht wiederholen lassen. Die bereits jetzt bekannten Kosten in Höhe von 1,26 Milliarden Euro im Jahr 2011 und von 450 Millionen Euro im Jahr 2012 werden aus dem laufenden Haushalt finanziert werden müssen. Hat irgendjemand schon gefragt, wer diese Schulden tilgen soll und wann? Dazu gibt es von Ihnen keine Antwort.

Das Konjunkturpaket II bringt Steuerausfälle in Höhe von 700 Millionen Euro mit sich, die ebenfalls aus der Rücklage finanziert werden sollen. Mit diesem Haushalt steigt aber auch das Bürgschaftsrisiko immens. Immerhin haben Sie 200 Millionen Euro für den Rettungsschirm des Mittelstandes über die LfA vorgesehen. Das Ausfallrisiko bei der Landesbank haben Sie - vor der letzten Woche - schon selbst mit 1,625 Milliarden Euro kalkuliert. Hier könnte das Risiko für den Haushalt noch erheblich höher werden. All die

bisher genannten Maßnahmen bedeuten, dass die Bürgschaftsrücklage dafür gar nicht mehr zur Verfügung stünde.

Dazu kommen noch die 480 Millionen Euro für ganz Bayern, die Sie zur Kofinanzierung für das Konjunkturpaket II als Freistaat aufbringen müssen. Auch diese Mittel sind nicht gegenfinanziert. Das Milliardenrisiko Konjunktur haben Sie noch nicht eingerechnet. Ihre Rechnungen basieren auf der Steuerschätzung vom November, die mit 0,2 % noch positiv ausgefallen ist. Momentan liegen die Schätzungen bei einem Minus von 2 %. Wir rechnen mit einem Fehlbetrag von einer Milliarde Euro. Die Antwort auf die Frage, wo Sie diese Milliarde für die wegfallenden Steuereinnahmen hernehmen wollen, bleiben Sie uns schuldig.

Hinzu kommt ein aktueller Fall, der mir die Luft abschnürt. Herr Ministerpräsident Seehofer, vielleicht können Sie das nachher noch kommentieren. Ich spreche von der Bürgschaft oder dem Sicherungsschirm - wie immer man es nennen mag - in Höhe von 500 Millionen Euro, der anscheinend der Firma Schaeffler zur Verfügung gestellt werden soll.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Irrtum!)

Ich frage mich, was das soll. Mit dieser Frage stehe ich nicht alleine. Die "FAZ" ist nicht dafür bekannt, sehr kritisch mit den Konservativen in diesem Land umzugehen. Der Kommentar dieser Zeitung lautete gestern: "Das geht nicht." Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Firma Schaeffler nicht gezwungen, Conti zu kaufen. Die Familie Schaeffler hat gewusst, dass sie sich einem hohen betrieblichen Risiko aussetzt. Wir können nicht jede falsche Entscheidung einer Firma mit Steuermitteln auffangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das Argument der Arbeitsplätze, das in der momentanen Situation sehr gerne verwandt wird, zählt hier nicht. Herr Ministerpräsident, was würden Sie den Firmen MAN, Audi, BMW oder Siemens sagen, wenn diese nächste Woche an Ihre Tür klopfen und

von Ihnen Geld verlangen würden? Was würden Sie dann machen? Die Entscheidung, eine Bürgschaft für die Firma Schaeffler zu übernehmen, wäre ein absoluter Tabubruch, ein Präzedenzfall und ein Rückfall in die Staatswirtschaft, die Sie doch so vehement ablehnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bayerische Staatshaushalt kann sich das nicht leisten. Das ist auch nicht unsere Aufgabe.

Ich möchte Ihnen kurz - zur Erinnerung - die Engagements aufzählen, wo der bayerische Staat geglaubt hat, er wäre der klügere Firmenlenker: Maxhütte, Kirch, Grundig, Dornier, Schneider Technologies und Schmidt-Bank. Alle diese Unternehmen endeten in der Pleite und kosten die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler heute noch Milliarden. Lassen Sie bitte die Finger davon. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident heute Frau Schaeffler klar gesagt hat, dass das nicht geht.

Niemand soll das Argument vortragen, dass wir bei der BayernLB auch eingegriffen hätten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die BayernLB war eine halbstaatliche Bank. Die Firma Schaeffler ist jedoch ein Privatunternehmen, das auf eigenes Risiko arbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all diese Haushaltsrisiken tauchen entweder nicht auf, tauchen neu auf oder drohen uns. Ich komme jetzt zum größten Risiko für diesen Haushalt und das ist der Finanzminister selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Finanzminister vereinigt in seiner Person anscheinend drei Persönlichkeiten: Er ist der Vorsitzende des Verwaltungsrats der BayernLB. Als solcher muss er 10 Milliarden Euro Schulden machen und für Fehler büßen und zahlen, die andere Personen in diesem Raum mitgetragen, mitzuverantworten haben. Dann gibt es den Finanzminister Fahrenschon, der schon in diesem Haushalt darüber jammert, dass ihm 2,5 Milliarden Euro Steuermittel aufgrund der Wiedereinführung der Pendlerpauschale und anderer Entscheidungen fehlten, die er über die Rücklage ausgleichen muss, um im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können. Schließlich gibt es noch den CSU-, Partei- und Steuerpolitiker Fahrenschon, der dem Fass den Boden ausschlägt; denn dieser

tritt überall auf und erzählt, dass wir Steuersenkungen, Steuersenkungen und Steuersenkungen bräuchten.

Herr Finanzminister, wie wollen Sie diese Steuersenkungen finanzieren? Ihre Rücklage ist weg. An Privatisierungserlösen steht vielleicht noch eine Milliarde Euro aus den Eon-Aktien zur Verfügung. Die Steuereinnahmen gehen rapide zurück, auch ohne Ihre Vorschläge. Ist das Ihr klares wirtschaftspolitisches Profil? Ich nenne das eine finanzpolitische Geisterbahnfahrerei. Sorgen Sie dafür, dass Ihr Haushalt finanziert ist und hören Sie auf, Bundestagswahlkampf zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hören Sie auf unseren Nachbarn, Herrn Ministerpräsidenten Oettinger. Dieser sagt, dass weitere Steuersenkungen nicht drin seien. Wenn Sie nicht auf ihn hören wollen, dann hören Sie auf mich: Steuersenkungen sind nicht finanzierbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen den Beifahrer in dieser Geisterbahn nicht vergessen. Das ist die FDP. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie müssen mir einmal verraten, wie das gehen soll. Sie wollen Steuersenkungen, Mehrausgaben für Bildung, einen ausgeglichenen Haushalt und die Schuldenbremse, und das alles auf einmal.

(Thomas Hacker (FDP): Da sehen Sie einmal, was alles geht!)

Das ist wunderbar miteinander vereinbar, solange man nicht an der Regierung ist und dies finanzieren muss. Hier schließt sich der Kreis. Jetzt sind die richtigen beiden Geisterfahrer beieinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wenigstens ein Teil der Presse hat diese Politik durchschaut. In den "Nürnberger Nachrichten" wurde dazu geschrieben: "Das ist eine

schizophrene unsoziale Politik." Das ist der richtige Kommentar dazu. Ich vermute mal, Herr Minister Fahrenschoen - nein, ich wette; das habe ich heute auch schon gemacht - , dass Sie wenige Tage nach der Bundestagswahl hier vor das Haus treten und sagen werden, dass Sie Schulden aufnehmen müssen und dass Sie die Kürzung bei den Haushaltssperren, die wir als mehr Klarheit und Wahrheit im Haushalt eigentlich sehr begrüßen, wieder zurücknehmen müssen, um im aktuellen Haushalt Mittel zu requirieren, weil Sie die dringend brauchen. Bis zur Wahl - das kann ich nachvollziehen - muss man den Schein wahren. Die schwarze Null steht, und ich kann das nachvollziehen.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Die schwarze Null ist nicht der jetzige Entwurf, das ist der Finanzminister!)

Dieser Doppelhaushalt hätte zudem die Chance geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die vor uns liegenden großen Aufgaben zu reagieren. Ich nenne Bildung, Finanzkrise und die damit einhergehende Wirtschaftskrise sowie den Klimawandel. Diese Chance haben Sie mit diesem Doppelhaushaltsentwurf nicht vollständig genutzt. Ich räume ein, dass Sie mit den mehr als 2.000 Stellen, die Sie im Bildungshaushalt vorgesehen haben, endlich auf unsere jahrelangen Anwürfe reagierten und jetzt endlich anfangen, auf Stundenausfälle zu reagieren und kleinere Klassen einzuführen. Das hat nichts mit "vorgeschoben" zu tun, wie Sie mir das vorhin vorgeworfen haben, sondern Sie reagieren jetzt auf Missstände, die in Bayern trotz der 1.000 Lehrer, die Sie jedes Jahr in den letzten acht Jahren eingestellt haben wollen, in Bayern Realität waren. Die Kritik ist also auf fruchtbaren Boden gefallen, und darüber freuen wir uns. Wir werden trotzdem Anträge zum Bildungshaushalt stellen; da müssen Sie sich keine Sorgen machen.

In den beiden anderen Bereichen versagen Sie allerdings. Sie haben zwar heute pünktlich zur Haushaltsdebatte noch schnell ein Investitionsbeschleunigungsprogramm aus der Tasche gezogen, aber bei genauem Hinsehen stellt sich das als leere Hülle dar. Ich nenne ein paar Beispiele. Sie führen aus, dass Sie für einzelne Baumaßnahmen mehr ausgeben wollen, als im Haushalt veranschlagt ist. Damit wäre dieser Haushaltsentwurf

schon vor der eigentlichen Einbringung nicht mehr aktuell. Herr Finanzminister, Sie müssen sich schon fragen lassen, auf welcher falschen Grundlage der Landtag eigentlich den Haushalt beraten soll. Dieser Entwurf muss dringend aktualisiert werden, und zwar so rechtzeitig, dass uns in der Opposition auch noch die Möglichkeit bleibt, Änderungsanträge auszuarbeiten.

Ihr Programm produziert bei der Breitbandversorgung heiße Luft. Woher der Schub bei der Förderung der Breitbandversorgung, den Sie propagieren, kommen soll, wird nicht klar. Im Doppelhaushalt 2009/10 gibt es keine zusätzlichen Mittel für die Breitbandversorgung. Im letzten Jahr wurden die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung um 10 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel sollten für die Breitbandversorgung verwendet werden. Jetzt sagen Sie selbst, 750.000 Euro davon sind bewilligt. Dann gibt es entweder zu wenige Anträge - dann nützt eine beschleunigte Abarbeitung der Anträge gar nichts -, oder die Anträge wurden langsamer bearbeitet als notwendig. Dann muss sich der Wirtschaftsminister die Frage gefallen lassen, was er falsch gemacht hat. Die Mittel sind in jedem Fall noch da, und eine Beschleunigung ist nicht notwendig.

Wir hatten übrigens schon für 2007 einen Nachtragshaushalt gefordert, damit notwendige Investitionen nicht ins Jahr 2008 geschoben werden müssen. Die CSU - Sie standen damals noch nicht in Verantwortung - blockierte seinerzeit. Sie wollte die Staatsausgaben - aus heutiger Sicht erfolglos - auf das Wahljahr konzentrieren. Jetzt will man auf einmal beschleunigen. Wenn Sie 2007 und gar erst 2004 nicht so stark gebremst hätten, wäre das heute nicht notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was heißt denn überhaupt "schneller"? Lieber Herr Finanzminister, da wir jetzt schon wissen, dass die Endberatung dieses Entwurfs erst Anfang April stattfindet, können Sie erst im Mai anfangen, die Haushaltsmittel freizugeben. Das nennen Sie dann "sehr schnell reagiert."

Ich könnte Ihnen ein anderes Beispiel nennen, wie ich hier versuche, im Betrieb Gelder schneller und etwas zeitnäher locker zu machen. Da wartet ein Bürgermeister darauf, dass eine Investitionsmaßnahme, die er ergriffen hat, vom Umweltministerium schnell abfinanziert wird. Da heißt es: Ja hallo, so schnell kann es nicht gehen, da warten wir erst mal, bis der Haushalt verabschiedet wird. Da können wir lange warten. An der Schnelligkeit liegt es also nicht. Wenn Sie schneller werden wollen, dann müssten Sie dafür sorgen, dass im Haushaltsvollzug schneller reagiert werden kann. Dann wird das auch bei den Leuten ankommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zu den verpassten Chancen: Mit diesem Haushaltsentwurf hätten Sie den Beweis antreten können, dass sich Ökologie und Ökonomie nicht gegenseitig ausschließen. Sie hätten den Beweis dafür antreten können, dass man der Wirtschaftskrise sehr wohl mit Investitionen in den Klimaschutz begegnen könnte, dass dies Wirkung zeigt und uns auf mehreren Ebenen nur Vorteile bringen könnte. "Klimaschutz ist bezahlbar", titelt die "Süddeutsche Zeitung" am heutigen Tag. Alle Länder der Welt müssten mitmachen, investieren und ihre technologischen Reserven ausschöpfen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Das meint die Unternehmensberatung McKinsey in ihrer Studie und sagt weiter, Konjunkturpakete seien der Schlüssel zum Klimaschutz. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Konjunkturpakete seien der Schlüssel zum Klimaschutz.

Was finden wir denn in diesem Haushalt, der ein eigenes Konjunkturpaket sein könnte, zum Klimaschutz? - Nichts, nichts Neues jedenfalls, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das schon beschlossene und von Ihnen erwähnte Programm "Zukunft Bayern 2020" bildet nur das ab, was Sie im letzten Jahr schon gesagt haben, 350 Millionen, aufgeteilt auf vier Jahre. Dazu kann ich nur sagen: Wenn das Ihre Reaktion auf den Klimawandel ist, dann gute Nacht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie negieren, dass mit Investitionen in den Klimaschutz, beispielsweise in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, die regionale Wirtschaft gefördert, Arbeitsplätze gesichert und kommunale Haushalte damit

über die Einkommensteuer gestärkt würden, dass gleichzeitig Energie und Kosten gespart würden. Wie oft muss man Ihnen das noch vorbeten? Wir hatten gestern Haushaltsberatungen in meiner Heimatstadt Aschaffenburg. Die CSU-Kollegen dort haben das begriffen. Sie haben inzwischen verstanden, wie es geht, und investieren auch in die Schulen. Da werden die Schulen energetisch saniert. Bei Ihnen habe ich noch Probleme, das zu finden.

Ein kleines Beispiel; der Ministerpräsident kann das Gebäude jeden Tag begutachten. Die Oberste Baubehörde - das steht sogar im Haushalt - muss dringend energetisch saniert werden. Gut, sagt die Staatsregierung, dann lasst uns 2010 mit der Planung beginnen. Das nenne ich konsequenten Klimaschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Hier wäre ein Beschleunigungsprogramm eher am Platz, anstatt das zu tun, was Sie uns heute hier vorgestellt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ein Beweis, welchen Stellenwert der Klimaschutz bei der CSU-Fraktion hat, zeigt Folgendes - das ist nur ein kleines Bonmot am Rande -: Der erste Antrag, den die CSU-Fraktion bei ihrer Klausurtagung gestellt hat, als ihr der Finanzminister diesen Haushaltsentwurf vorgestellt hatte, war ein Antrag zur Erhöhung der Mittel für den Straßenneubau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wem heute noch Straßenneubau als Investitionsmaßnahme oder Klimaschutzmaßnahme einfällt, an dem ist die Zeit vorbeigegangen. Es tut mir leid, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn ich Ihnen das so sagen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hoffen wir wenigstens - da ist dankenswerterweise die SPD noch mit in der Verantwortung -, dass das Konjunkturpaket II die Regeln so festlegt, dass die Kommunen bei ihren Anstrengungen, den Klimawandel zu stoppen, besser unterstützt werden und mit ihrem Eigenanteil nicht im Regen stehen gelassen werden. Wenn Sie mit einem solchen Antrag

kommen und sagen, wir unterstützen die Kommunen im Konjunkturpaket II bei der energetischen Sanierung ihrer Liegenschaften, tragen wir das gerne mit.

In den kommenden Wochen werden von uns Vorschläge kommen, wie man stärker in den Klimaschutz investieren kann, auch als Freistaat Bayern, im Übrigen gegenfinanziert. Von uns werden dafür keine Mehrausgaben in Anspruch genommen. Wenn ich mir nämlich die neuen Programme anschau, die Sie vorhin so gefeiert haben - Bayern 2020 plus, Nord- und Ost-Bayern-Programm, und Sie haben Bayern FIT GmbH vergessen -, dann meine ich, dass man diese mehr als 500 Millionen Euro auch anders verwenden könnte. Bayern braucht nicht mehr Leuchttürme. Bayern braucht Hilfe und Unterstützung in der Fläche, und die wollen wir Bayern geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Programm "Bayern 2020 plus" und dem Nord- und Ost-Bayern-Programm werden übrigens die Mittel verbraten, Kolleginnen und Kollegen, die für den Transrapid vorgesehen waren. Den hat man schon ganz vergessen. Stellen Sie sich einmal vor, der Transrapid, dieser wirtschaftliche, energetische und verkehrspolitische Dinosaurier, müsste in der derzeitigen Situation finanziert werden. Dank sei Gott, Dank sei dem Widerstand dafür, dass diese Dinosauriertechnik, dieser Kelch an uns vorübergegangen ist!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber so etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vergisst man gern. Das sind kleinere Fehler, die lässt man unter den Tisch fallen und hofft, dass es keiner merkt. Ich erwarte eigentlich ein klares Wort des Dankes aus den Reihen der CSU, dass wir dieses Projekt nicht finanzieren müssen. Vielleicht kommen Sie bei der Autobahn durch das Fichtelgebirge, der A 94, der dritten Startbahn und dem Donauausbau auch noch auf den Trichter. Der Haushalt würde es Ihnen danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin als Schwerpunkt die Hochschulen genannt. Frau Kollegin Rupp hat schon auf das Problem hingewiesen. Sie sagen, Sie schaffen 38.000 zusätzliche Studienplätze. Das reicht nicht, sagt Frau Kollegin Rupp, was ich bestätigen möchte. Sie haben dafür auch ein Bauprogramm, das fast 900 Millionen Euro umfasst. Nur, lieber Herr Finanzminister, wer ist denn dafür verantwortlich, dass wir bei den Hochschulen einen Investitionsstau in Höhe von 5 Milliarden Euro haben? Wer ist denn dafür verantwortlich, dass über Jahrzehnte fast nichts in die Hochschulen investiert wurde? - Das sind doch Sie von der CSU, und jetzt lassen Sie sich für dieses Investitionsprogramm feiern. Ich finde das schon arg hochgezogen und kann es nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zum Personal. Innenminister Herrmann lässt sich landauf, landab dafür feiern, dass 1000 neue Bereitschaftspolizisten eingestellt werden sollen. Wenn man davon ausgeht, dass diese Polizisten erst zum 01.09.2009 und zum 01.10.2010 eingestellt werden und - das muss ich ergänzen - erst 2012/2013 mit ihrer Ausbildung fertig werden, dann darf man schon fragen, wie viele wirklich vor Ort ankommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne das einmal das Tausendfüßler-Phänomen. Der Tausendfüßler gibt auch vor, dass er 1000 Füße hat - das passt so schön wegen der 1000 Stellen - und hat in Wirklichkeit viel weniger. Wie viele Polizisten sind es denn wirklich, die in Bayern ankommen? Im Haushaltsgesetz lesen wir dazu Artikel 6 e, der uns sagt, wie viele Stellen aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten eingezogen werden. Dort lesen wir, dass in den nächsten beiden Jahren bei der Polizei 226 Stellen gestrichen werden und schon im Jahr 2007 280 Stellen gestrichen wurden. Das bedeutet, dass netto gerade einmal 471 Stellen für die Polizei übrig bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nenne ich das Tausendfüßler-Phänomen.

(Georg Schmid (CSU): Selektive Wahrnehmung!)

- Selektive Wahrnehmung? - Das tut mir leid, Herr Schmid, aber so steht es in dem von Ihnen verabschiedeten Haushaltsgesetz.

(Georg Schmid (CSU): Das stimmt nicht; Sie müssen das ganze Paket sehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik des Mehr-Scheinen-als-Sein zieht sich durch den ganzen Haushalt. Herr Finanzminister, ich habe versucht, an einem Schwerpunkt aufzuzeigen, wie wir darauf reagieren werden. Hoffentlich lassen Sie in den kommenden Beratungen noch Änderungen unsererseits zu. Die Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen in den kommenden Wochen unsere Vorschläge unterbreiten. Wir werden im Haushaltsausschuss darüber beraten. Ich bin gespannt, wie die Kollegen der CSU und der FDP reagieren. Der vorliegende Entwurf reagiert jedenfalls nach unserer Meinung nicht ausreichend auf die Anforderungen dieser Zeit. Wir werden unsere Vorschläge dazu unterbreiten. Sie werden zustimmen, und dann ist Bayern gut beraten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion erteile ich nun das Wort dem Abgeordneten Karsten Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die äußeren Bedingungen, unter denen der Haushalt von der Staatsregierung aufgestellt wurde, sind historisch widrig. Wir werden unsere Beratungen im Haushaltsausschuss in einer der schwierigsten - manche sagen: *der* schwierigsten - wirtschaftlichen Situationen der Nachkriegszeit durchführen. Die Staatsregierung hat den Haushalt aufgestellt. Jetzt liegt es am Parlament, am Ausschuss, ihn zu beraten und zu verabschieden. Lieber Kollege Mütze, ich bin mir sicher, dass eine Flut von Anträgen von Ihrer Seite auf uns einströmen wird. Ob wir damit allerdings bei aller Zustimmung noch einen verfassungsgemäßen Haushalt hinbekommen würden, möchte ich an dieser Stelle in Frage stellen.

(Beifall bei der FDP)

Mit den Neuwahlen im letzten Jahr sind neue politische Realitäten, verbunden mit neuen politischen Konzepten und Inhalten in den Landtag eingezogen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Es kann schon sein, dass Ihnen das nicht wohl bekommt, aber uns bekommt es sehr wohl. Uns, der FDP-Fraktion, ist es wichtig, dass die Projekte, die in der Koalitionsvereinbarung stehen, angegangen werden. In diesem Zusammenhang will ich eine Anmerkung zur aktuellen Lage machen. Ich war selbst nicht in der Verhandlungskommission, aber ich habe mich informiert: Herr Aiwanger wurde dort nicht gesichtet. So viel zur Aussage der Freien Wähler, was sie alles in der Koalitionsvereinbarung durchgesetzt haben. Das kann nicht die Koalitionsvereinbarung gewesen sein, die im letzten Herbst hier in Bayern verhandelt wurde.

Uns ist es wichtig, dass die Projekte, die dort vereinbart wurden, auch durchgeführt werden. Lassen Sie mich, obwohl schon viele genannt wurden, einige noch einmal aufgreifen. Ein wichtiges Thema für uns ist Bildung. Wir schaffen im Doppelhaushalt 2280 neue Lehrerplanstellen und zusätzlich 458 Stellen für Ganztagschulen. Die Stellen dienen in erster Linie dazu, die Klassenstärken zu reduzieren - eine Forderung, die von der Opposition im Bayerischen Landtag zu Recht lange Jahre erhoben wurde.

Ein weiterer Punkt ist die Privatschulfinanzierung. Der Schulgeldersatz wird in einem ersten Schritt auf 75 Euro pro Monat erhöht. Man kann damit nicht zufrieden sein, das ist mir klar, aber zum Vergleich: 1990 waren es noch 70 DM, während wir heute 75 Euro einbringen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zur inneren Sicherheit, die uns ebenfalls am Herzen liegt. Wir sagen schon immer, dass es hier nicht um ein Gesetzesdefizit geht, sondern um ein Vollzugsdefizit. In diesem Sinne wird die Koalition 500 neue Stellen bei der Polizei und 229 zusätzliche

Stellen in der Justiz schaffen. Ich denke, das wird ein Schritt nach vorn beim Abbau des Vollzugsdefizits sein.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen schwierigen Zeiten stellen wir natürlich auch Mittel für Mittelstandskredite bereit. Es gibt 2,5 Millionen Euro mehr als zuvor, insgesamt 26,5 Millionen Euro. Wir werden in jedem der zwei Haushaltsjahre 100 Millionen Euro für Bürgschaften für den Mittelstand zur Verfügung stellen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal für die mittelständische Wirtschaft in Bayern, dass wir das, was wir tun können, in diesem Haushalt auch tun.

(Beifall bei der FDP)

Von Frau Kollegin Rupp wurde bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass wir 38.000 zusätzliche Studienplätze schaffen. Falsch war die Aussage, dass damit der Bedarf nicht gedeckt werde. Es ist zwar richtig, dass wir 70.000 Studienanfänger haben werden, aber nach allen Prüfungen und Untersuchungen der Universitäten decken diese 38.000 Plätze den Bedarf. Es gehen auch immer wieder Studenten von der Universität ab, vielleicht sollte man das dazusagen. Ich denke, wenn man das mit den Universitäten aushandelt, darf man sich darauf berufen und davon ausgehen, dass sie uns nicht irgendwelche lustigen Zahlen liefern. Vielleicht kann man nachher im Gespräch erklären, wie das Ganze funktioniert.

Hinzu kommen 3000 neue Stellen an den Universitäten. Gemeinsam werden wir die Verwaltungsgebühr abschaffen. Sie wurde im Wintersemester 2004 von der alten Regierung eingeführt. Wir haben in unserem Programm zur Landtagswahl, das wir am 19. und 20. April 2008 beschlossen haben, die Abschaffung gefordert. Die CSU hat das Gleiche im Juli 2008 gefordert. Wir haben das Ganze in die Koalitionsverhandlungen eingebracht und gemeinsam beschlossen. Jetzt wird es durch eine Gesetzesänderung unter Wissenschaftsminister Dr. Heubisch umgesetzt. Ich denke, auch das ist ein wich-

tiges Signal an die Studierenden. Wir haben dies gesagt, dass die Mittel nicht der Universität zur Verfügung stehen, sondern allein in den Staatshaushalt fließen.

(Beifall bei der FDP)

Auch für die Kommunen tun wir mit dem neuen Doppelhaushalt mehr. Auch das kann nie genug sein. Wir müssen aber den Gesamthaushalt im Hinterkopf haben. Ich meine, wir leisten einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung und zur besseren Finanzausstattung der Kommunen. Ich kann aus derselben Stadt wie Herr Mütze, nämlich aus Aschaffenburg berichten, dass wir seit Jahren bemüht sind, einen konsolidierten, vernünftigen Haushalt aufzustellen. Die Kommunen sind aufgefordert, dabei mitzuarbeiten.

Alle diese Vorhaben verursachen Kosten. Es wurde bereits zu Recht gesagt, dass die Personalkosten alleine in den Kennzahlen die Personalkosten gestiegen sind und die Personalquote von 16 auf 16,8 angehoben wurde, während die Investitionsquote leicht abfällt. Für die blanke Zahlenseite ist das richtig. Auf der anderen Seite muss man aber sehen, dass die Personalkosten sehr stark für Bildung, Lehrkräfte und für Hochschulen eingesetzt werden. Diese Investition reicht in die Zukunft. Deshalb kann man sie nicht mit dem normalen Aufblähen der Personalkosten in Verwaltung und Mittelbehörden gleichsetzen. Das ist eine Investition in die Zukunft und deshalb richtig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das alles bedeutet nicht, dass wir für die Jahre 2010, 2011 und folgende die Kennziffern in den nächsten Doppelhaushalten außer Acht lassen wollen. Wir werden die Entbürokratisierung und den vereinbarten Bürokratie-TÜV fortführen. Das bezieht ein, dass Gesetze und Vorschriften zeitlich befristet werden können; denn wir wissen alle, dass jedes Gesetz und jede Vorschrift Arbeitskräfte im Beamtenapparat bindet.

Die Haushaltsausweitung beträgt 5 %. Der Vorwurf, in Bayern werde nichts getan, ist faktisch falsch. Wir tun das Mögliche und das Gebotene. Die Quote innerhalb der Westländer bleibt nach wie vor sehr gut.

Wir sind der Meinung, dass wir von Bayern aus nicht in mehr Programme investieren können. Die Programme, die wir auf Bundesebene erleben, haben zwei Probleme. Zum ersten dauert es eine gewisse Zeit, bis die Wirkung am Markt vollzogen wird. Zum zweiten ist die Hauptwirkung immer wieder im Bereich des Bauwesens. Man kann schon davon ausgehen, dass die Programme durch Multiplikatoreffekte auch anderswo ankommen. Wir investieren aber jetzt schon über viele Projekte und Maßnahmen der Staatsregierung in den Baubereich. Ich meine, dass mehr geholfen ist, wenn man über Entlastungen spricht. Mit diesen Entlastungen steuern wir dagegen, dass die Wirtschaft weiter nach unten driftet und noch mehr Steuerausfälle zu befürchten sind. Vielleicht sollte diese Sache bei den GRÜNEN einmal ankommen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wie anfangs erwähnt, sind wir in einer wirklich schwierigen wirtschaftlichen Lage.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Es hilft doch nichts, wenn Sie plärren. Das macht das nicht wahrer, was Sie erzählen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen immer wieder von Neuem sagen: Die Personen, die hier oft stehen und über den Neoliberalismus reden, wissen nicht, wovon sie reden.

(Beifall bei der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dazu brauchen wir Sie bestimmt nicht!)

Frau Rupp, das Ganze ist eine etwas müßige Diskussion. Ich weiß, dass Sie es besser wissen; denn Sie wissen, dass der Neoliberalismus die Basis für die soziale Marktwirtschaft ist. Das spricht in diesem Raum niemand aus.

(Beifall bei der FDP - Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Im Vorfeld der Vorlage des Haushalts war zu lesen, dass man diesen Haushalt trotz der wirtschaftlichen Lage in die Tonne kippen sollte. Ich habe wörtlich zitiert. Ich würde das nicht sagen. Man kann daraus erkennen, wie verantwortungslos Teile der Opposition mit dieser Angelegenheit umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist verantwortungslos gegenüber dem Mittelstand, der die Mittel ohne die sofortige Beratung des Haushalts die Mittel nicht zur Verfügung gestellt bekommen könnte; verantwortungslos gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Unternehmen keine Hilfe erhalten; gegenüber den Schülerinnen und Schülern, die keine Ausweitung der Lehrerzahlen erfahren würden; gegenüber den Studierenden, die nicht entlastet werden oder weil der Aufbau an neuen Studienplätzen nicht vonstatten gehen würde, und vielen anderen.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre auch verantwortungslos gegenüber der nächsten Generation. Würden wir länger warten, würden die Auswirkungen der Krise immer schlimmer werden, und wir könnten nicht entgegenwirken.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer sagt denn, dass wir warten sollen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich streite mich gerne mit Ihnen über das Thema, wie eine Entlastung erfolgen sollte. Das ist immerhin noch eine politische Aussage. Nur die politische Aussage zu bringen, wie Teile der GRÜNEN das tun, dass wir das Ganze stoppen, erneut beginnen sollen und somit sechs Monate keine Haushaltsberatung haben werden, ist verantwortungslos und eine Beleidigung der politisch mündigen Bürger und der Vernunft.

(Lachen bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei der SPD)

- Da können Sie schreien, solange Sie wollen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir hier in diesem Raum tragen Verantwortung für die Maßnahmen in der aktuellen Lage, aber wir tragen auch Verantwortung für künftige Generationen. Auf diesem schmalen Grat bewegen wir uns, wenn wir einen solchen Haushalt verabschieden. An diesem Punkt ist ein Kommentar zu dem Bild des Geisterfahrers angebracht. Ein Geisterfahrer fährt gegen die Richtung und gegen den Strom. Was im Straßenverkehr völlig falsch ist, ist in der Wirtschaftspolitik richtig. Dort soll man sich antizyklisch gegen den Strom bewegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da sind wir uns einig, Respekt!)

Das sagt auch Herr Keynes, auf den Sie sich so oft berufen. Ich meine, es ist gar nichts Kritisches zu sehen, wenn die Regierung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in eine andere Richtung als die Konjunktur fährt.

Wir tragen die Verantwortung für die kommende Generation, und wir sind uns dessen auch sehr bewusst. Bei allem, was wir bisher wissen, werden wir 2009 ohne Verschuldung auskommen. Bisher hat in diesem Raum noch keiner den Stein der Weisen gefunden. Auch wir nicht. Wir werden im Herbst mit den neuen Zahlen regulieren müssen. Bis dahin sehe ich den sicher sehr ereignisreichen Haushaltsberatungen entgegen und freue mich auf Ihre Änderungsanträge.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich erteile Herrn Abgeordneten Hallitzky das Wort zu einer Zwischenbemerkung und bitte Herrn Karsten Klein noch einmal an das Rednerpult.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Klein, wären Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass die theoretische Grundlage, aufgrund der Sie behaupten, dass es mit Steuerentlastungen mehr Steuereinnahmen gebe, zum einen empirisch noch nie zum

Erfolg geführt hat und zum zweiten von Ronald Reagan ausprobiert wurde, was die USA absolut in die Pleite geführt hat? Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Aussage, man würde bei den sich jetzt auftürmenden Schulden mit Steuererleichterungen dauerhaft zusätzliche Einnahmen akquirieren und zusätzliche Haushaltsstabilität erzeugen, in der Tat politische Geisterfahreierei ist? - Sie haben das Wort ohnehin für sich akzeptiert. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Das stimmt auch. Das mögen Sie als Intervention oder als Frage deuten.

Nehmen Sie jedenfalls bitte zur Kenntnis: Die Vorstellung, Steuererleichterungen wären für dieses Land derzeit tragfähig, hat das Niveau von Voodoo-Zauberei, bei der man versucht, fern jeder Realität eine Situation zu beschwören, die so nicht eintreten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sie können es noch dreimal sagen, aber davon wird der Wahrheitsgehalt auch nicht höher. Wir wissen alle, dass die Situation damals in Amerika entstanden ist, weil sich die USA damals auf der anderen Seite der Laffer-Kurve befunden haben. Im Übrigen können wir gerne auch einmal ausführlich darüber diskutieren. Der Vorteil einer Entlastung, die übrigens nicht erst zur Jahresmitte, sondern sofort bezogen wird, ist eben, dass sie sofort wirkt - im Gegensatz zu Konjunkturprogrammen, die sehr lange brauchen, bis sie wirken. Dann kann die Wirtschaft schon wieder in einer ganz anderen Situation sein. - Wenn Sie das auch endlich einmal zur Kenntnis nehmen könnten, wäre ich sehr dankbar.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Erika Görnitz für die CSU-Fraktion das Wort.

Erika Görnitz (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch kurz auf den kommunalen Finanzausgleich eingehen. Es ist eine Besonderheit in Bay-

ern, dass man sich mit den kommunalen Spitzenverbänden an einen Tisch setzt und dass hier die Schwerpunkte der Politik für die Kommunen in einer Zusammenarbeit vereinbart werden. Ich denke, es ist was Tolles dabei herausgekommen. Lassen Sie mich deshalb noch einmal darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, in der Gesamtbilanz steigt der kommunale Finanzausgleich um 225,9 Millionen auf insgesamt 6,8 Milliarden Euro. 2007 haben wir das erste Mal die Grenze von 6 Milliarden erreicht. Daran sehen Sie, wie wichtig und wie effektiv dieser Finanzausgleich für die Kommunen ist.

Der kommunale Finanzausgleich gibt ganz wichtige Impulse für das Wachstum und die Konjunktur. Bedenken Sie, dass von den Kommunen allein 60 % aller Investitionen der öffentlichen Hand getätigt werden. Da wird einem bewusst, wie wichtig es ist, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch die Anhebung der Verbundsätze ist ein ganz wichtiger Bereich. Nur das gibt den Kommunen Sicherheit. Beim allgemeinen Steuerverbund wird es eine grundsätzliche Erhöhung von 11,7 auf 11,94 % geben. Das hört sich jetzt ein bisschen wenig an; aber diese 0,24 Prozentpunkte machen immerhin 61 Millionen aus. Damit erreichen wir 3,07 Milliarden. Außerdem ist der Kraftfahrzeugsteuerverbund ein wichtiger Punkt. Auch hier wird sich der Ansatz erhöhen. Schon im letzten Jahr wurde er von 42,83 % auf 50 % angehoben. In diesem Jahr legen wir einen weiteren Prozentpunkt drauf. Mit 51 % haben wir eine Steigerung um 16 Millionen. Ganz besonders wichtig ist, dass damit auch der kommunale Straßenbau unterstützt werden kann. Die Mittel im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz können wir damit um 30 Millionen anheben.

Insgesamt ermöglichen die Anhebungen der Verbundsätze Schwerpunktsetzungen sowohl bei den investiven Mitteln wie auch bei den allgemeinen Deckungsmitteln. Das wirkt natürlich bei den Verwaltungshaushalten der Kommunen ganz besonders.

Die Investitionsförderung ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. 118 Millionen Euro mehr wollen wir in diesem Bereich investieren. Das macht haushaltssperrenbereinigt

allein beim Schulhausbau 45 Millionen Euro aus; auch die Krankenhausfinanzierung ist ein wichtiger Schwerpunkt mit 22,4 Millionen; das ist eine Erhöhung auf dann insgesamt 500 Millionen Euro. Die Investitionspauschale ist für die Kommunen ein ganz wichtiger Punkt, weil sie hier einen gewissen Bewegungsspielraum für eigene Entscheidungen haben. Hier werden wir auf 173,3 Millionen Euro kommen; das sind immerhin 11 % mehr als im letzten Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz können wir mit 30 Millionen aufstocken. Wir haben damit 160 Millionen für diesen ganz wichtigen Bereich. Damit verhindern wir einen Abfinanzierungsstau in diesem Bereich. Auch für den Straßenbau und den Straßenunterhalt, was für unsere Flächenlandkreise unheimlich wichtig ist, wird es eine Steigerung auf 250 Millionen Euro geben.

Auch der Forderung, die Verwaltungshaushalte zu stärken, die die kommunalen Spitzenverbände immer wieder erheben, können wir Rechnung tragen. Die Schlüsselzuweisungen, das Kernelement des kommunalen Finanzausgleichs, werden weiter um 142,6 Millionen auf 2,58 Milliarden weiter steigen. Damit werden ganz besonders die schwächeren Gemeinden und Landkreise gestärkt; sie können ihre Einnahmen so verbessern.

Die Schülerbeförderung ist uns ebenfalls sehr wichtig; hier halten wir den Staatsanteil von 60 % mit 8 Millionen mehr, die draufgelegt werden. Auch die Bezirke, hier der Sozialhilfeausgleich, bleiben bei 580 Millionen, obwohl wir für die Bezirke die Übernahme der Gewässer der zweiten Ordnung beschlossen haben; damit sparen die Bezirke 9 Millionen, die der Freistaat Bayern übernommen hat.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - der Minister hat das am Anfang dargestellt - setzt der kommunale Finanzausgleich 2009 ein ganz klares Signal. Er gibt den Kommunen Finanzsicherheit und versetzt sie in die Lage zu investieren. Erneut ist es gelungen, einen aufgabengerechten und ausgewogenen kommunalen Fi-

nanzausgleich zu gestalten. Es wird wieder wahr: Damit ist der Freistaat Bayern ein verlässlicher Partner der Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Entschuldigung: Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Görlitz, Sie haben den kommunalen Finanzausgleich sehr gelobt, auch die Zuweisung an die Bezirke. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die nur noch im Jahr 2009 so bleiben soll und dass sie 2010 gekürzt werden soll?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Görlitz.

Erika Görlitz (CSU): Der Schwerpunkt liegt jetzt auf dem Finanzausgleich 2009. Sie wissen selbst, dass jedes Jahr neu verhandelt wird. Wenn es hier Veränderungen gibt, kann das sicherlich entsprechend angeglichen werden. Wir müssen immer abwarten, wie die Situation im nächsten Jahr ist. Hier geht es um das Jahr 2009, und ich glaube, da kommen wir ganz gut zurecht.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich bedanke mich für Ihre Wortmeldung und für die Beantwortung der Frage. Weitere Wünsche zur Aussprache liegen mir nicht vor. Ich habe keine Wortmeldungen mehr und schließe die Aussprache. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun das Wort der Herr Staatsminister der Finanzen, Herr Georg Fahrenschoen.

Staatsminister Georg Fahrenschoen (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir noch intensive Haushaltsberatungen vor uns haben, will ich mich kurz fassen. Ich will aber doch auf den einen oder anderen Gedanken und den einen oder anderen Beitrag eingehen.

Liebe Frau Rupp, am Ende ist es immer das Los der Opposition, dass man bei verschiedenen Punkten einfach mal aufspringen muss. Deshalb verstehe ich auch, dass Sie jetzt aufgesprungen sind. Sie verlangen jetzt ein Konjunkturprogramm. Das Problem ist dabei allerdings: An dieser Stelle ist der Zug nicht nur schon auf dem Gleis, er ist schon angefahren, er läuft schon, er fährt!

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die Bayerische Staatsregierung hat im November ein veritables Konjunkturpaket beschlossen. Setzen Sie sich mit den Fakten auseinander!

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Doppelhaushalt ist der Mittelstandsschirm auf den Weg gebracht worden. Im Rahmen des Investitionsbeschleunigungsprogramms, das nicht heute beschlossen wurde, sondern das seit November schon wirkt, sind staatliche Baumaßnahmen im Umfang von über 350 Millionen Euro vollständig aus dem Jahr 2008 in das Jahr 2009 übertragen worden. Die arbeiten schon, die Beträge sind schon ausgeschrieben!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was ist denn daran Neues? Das ist doch alles alt!)

Schon während der vorläufigen Haushaltsführung können aufgrund der Beschlusslagen Baumaßnahmen aus dem Programm 2020 im Volumen von 390 Millionen Euro begonnen werden. Das ist schon erledigt Frau Rupp, die sind schon am Arbeiten. Um Verzögerungen bei zu fördernden Investitionen gegebenenfalls zu vermeiden, werden schon jetzt bei bestehenden Förderprogrammen Zustimmungen zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt. Im Bereich von Artikel 10 FAG ist es bereits der Fall, dass Neuaufnahmevolumina in Höhe von 600 Millionen Euro für den Schulhausbau ausgewiesen werden können. Das macht insgesamt mehr als 1,3 Milliarden Euro. Frau Rupp, wachen Sie auf; wir sind schon dabei. Sie sind zu spät.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Im Gegensatz zur SPD gibt der Doppelhaushalt die richtige Antwort in der jetzigen Lage. Wir vernachlässigen nämlich auch die langfristige Perspektive nicht. Wir entfachen jetzt nicht nur ein Strohfeuer und versuchen, es mit Neuverschuldung zu finanzieren. Das wäre genau die falsche Reaktion. Wir setzen diesen Doppelhaushalt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit den richtigen Maßnahmen in Gang. Wir setzen mit dem Doppelhaushalt ein kraftvolles Zeichen gegen die Flaute. Versuchen Sie doch einmal den Vergleich mitzugehen. Wenn das Wirtschaftswachstum einbricht, wenn wir in Bayern im ersten Halbjahr 3 % hatten und die Prognose bei minus 2,25 % liegt, ist es doch ein veritables Zeichen der Gegensteuerung, wenn wir mit den Staatsausgaben um 5,4 % zulegen. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Wir füllen jetzt diese Lücke aus. Insbesondere in der Bauwirtschaft, aber nicht nur dort, steuern wir mit erheblichen Mitteln dagegen. Das können Sie doch nicht einfach vom Tisch wischen, verehrte Frau Rupp.

(Beifall bei der CSU)

Auch beim kommunalen Finanzausgleich bitte ich Sie, nicht Birnen mit Äpfeln zu vergleichen. Andere Länder speisen ihren kommunalen Finanzausgleich aus einem Steuerverbund. Bayern speist den kommunalen Finanzausgleich aus drei Steuerverbänden, aus der Kfz-Steuer, aus dem allgemeinen Steueraufkommen und aus der Grunderwerbsteuer. Das lässt sich sehen, und das ist nicht zu unterschätzen. Vor dem Hintergrund bitte ich Sie, deutlich zu machen, dass wir zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Instrumenten gehandelt haben.

Die Aussage der SPD, der Haushalt des Jahres 2007 wäre tatsächlich ausgeglichen gewesen und alle anderen nicht, ist schlicht und einfach falsch. Wenn man die notwendige Kreditaufnahme für die Kapitalzufuhr an die BayernLB beiseite lässt, haben wir seit 2006 keine Nettoneuverschuldung. Der Freistaat Bayern hat seit dem Jahr 2006 keinen einzigen Euro neue Schulden aufgenommen. Das ist die Tatsache.

(Widerspruch bei der SPD - Beifall bei der CSU)

Die laufenden Einnahmen überstiegen die laufenden Ausgaben. Der Finanzierungssaldo war positiv. Wenn Sie wollen, können Sie es in der Haushaltsrechnung nachlesen. Der Rechnungshof wird es Ihnen bestätigen.

Lieber Herr Pointner, ich verstehe Ihre Nachfrage nach den Rücklagen. Ich weise darauf hin, dass die Rücklagen ausweislich des Einzelplans 13 zum 31.12.2007 bei 1,8 Milliarden Euro lagen. Hinzu kam die Entscheidung beim Nachtragshaushalt 2008, weitere 400 Millionen Euro in die Rücklage einzustellen. Der Jahresabschluss 2008 hat bei der Entscheidung über den Doppelhaushalt und dessen Drucklegung noch nicht vorgelegen, weil wir den Dezember, den steuerstärksten Monat, noch abwarten mussten. Im Jahresabschluss ist aber über eine Milliarde an Steuermehreinnahmen zu verbuchen gewesen. Auch das wird mit dem Haushaltsergebnis 2008 dem Haushaltsausschuss zur Verfügung gestellt. Ich gebe Ihnen gerne die einzelnen Fundstellen an, möchte aber darauf hinweisen, dass wir schon in der Vergangenheit mit einzelnen Berichterstattungen den absoluten Überblick über die Rücklagen gewährt und damit für Klarheit und Wahrheit gesorgt haben, und dass wir das auch in Zukunft tun werden.

Mit dem Programm für Investitionen der Kommunen und Länder werden im Rahmen des Konjunkturpakets II in Bayern 1,9 Milliarden zur Verfügung stehen. Wir werden zusammen mit den bayerischen Kommunen diese Chance nutzen, um den Konjunkturabsturz zu mildern, die Beschäftigung zu sichern und uns für die Zukunft zu stärken. Wir werden zusätzliche Projekte im Bereich von Bildung und Infrastruktur verwirklichen können. Aber auch da müssen wir auf das konkrete Bundesgesetz und die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund warten. Die Tatsache, dass heute erst das Bundeskabinett entschieden hat, heißt noch lange nicht, dass wir gesicherte Grundlagen haben. Das Verfahren sieht auch hier noch eine Bundestagsberatung und eine Beratung in der Länderkammer vor. Wichtig ist, dass die Kofinanzierung nicht allein vom Freistaat Bayern, sondern von den Kommunen und vom Staat zu leisten ist. Die Rahmenbedingungen sind aber unklar, deswegen hat Ihnen heute niemand etwas Genaueres oder gar Abschließendes sagen können.

Ich kann aber zwei Tatsachen festhalten: Bayern muss insgesamt 476 Millionen Euro zur Kofinanzierung beitragen. Diese Mittel werden sowohl vom Freistaat als auch von den Kommunen aufgebracht werden. Zweitens gibt es Bestrebungen im Bund, dass selbst gut wirtschaftende Länder sich quasi verschulden müssen, um die Kofinanzierung des Konjunkturprogramms zu bestreiten. Das ist der falsche Weg. Es kann nicht sein, dass wir alle dazu zwingen, die Kofinanzierung des Konjunkturprogramms II über die Verschuldung zu lösen, nur weil es der Bund nicht anders kann. Das ist mit Sicherheit der falsche Weg, weil wir uns dann eben nicht nach unseren Möglichkeiten engagieren können.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann lieber keine Kofinanzierung?)

Lieber Herr Mütze, ich glaube, wir haben im Wesentlichen einen politischen Dissens. Ich sehe ihn gerade nicht, trotzdem will ich es herausarbeiten. Dort, wo Herr Mütze am Ende schon langweilig und fast buchhalterisch argumentiert, muss man doch festhalten, dass wir uns bei der Ausrichtung der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik mit aller Macht darauf stürzen müssen, dass wir Wachstum ins Land bringen. Ohne Wachstum werden wir weder Investitionen noch Konsolidierung erreichen können. Vor dem Hintergrund gestehe ich voll zu, dass ich auf allen mir zur Verfügung stehenden Ebenen dafür werbe, dass wir Steuern senken und klug investieren können, damit wir schnellstmöglich wieder Wachstum in unser Land bringen. Nur mit Wachstum sind wir in der Lage, Probleme zu lösen. Ohne Wachstum wären die Probleme größer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Zum Stichwort Schaeffler kann ich Ihnen bestätigen, dass selbstverständlich der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister Gewähr bei Fuß stehen, wenn ein Unternehmen von der Größe und der Bedeutung der Schaeffler-Gruppe um einen Termin bei der bayerischen Staatsregierung anfragt. Das ist unsere Aufgabe. Beim

Ausmaß der aktuell vorherrschenden konjunkturellen Probleme wird es auch weitere dieser Termine geben. Alles andere gehört nicht ins Plenum des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Blick auf die heutige Debatte darf ich festhalten, dass die Regierung mit ihrem Entwurf zum Doppelhaushalt 2009/2010 auf den weltweiten Konjunkturabsturz die richtige Antwort gegeben hat. Wir setzen auf ein kraftvolles Ausgabenwachstum. Wir setzen auf Investitionen auf hohem Niveau. Und wir setzen auf die Stärkung der Zukunftsfelder in Bayern. Das Investitionsprogramm des Bundes ist eine sinnvolle Ergänzung dazu. An sich ist aber der komplette Doppelhaushalt ein Kraftpaket, ein Investitionspaket erster Güte. Bayern bleibt Vorbild. Ich freue mich auf die Debatten mit Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Erika Görnitz**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 8. Sitzung am 10. Februar 2009 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Berichtersteller: **Martin Bachhuber**
Mitberichtersteller: **Mannfred Pointner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Bei Kap. 02 03 (Allgemeine Bewilligungen) wird bei Tit. 684 53 (Zuwendungen und sonstige Ausgaben zur Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit) der Ansatz für 2009

von	31.800 €
um	25.000 €
auf	56.800 €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 02 03 entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Winter, Karl Freller, Martin Bachhuber u.a. CSU, Prof. Dr. Georg Barfuß, Karsten Klein, Brigitte Meyer FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusammenarbeit der Staatsregierung mit Nichtregierungsorganisationen
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 16/507
erledigt.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Keine Finanzierung von EU-Gremien aus dem Etat der Staatskanzlei - Gleichbehandlung von Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/418
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kontinuierliche Filmförderung statt glamouröser Preisvergaben
(Kap. 02 03 TG 70-72 und TG 80-86; Kap. 15 05)
Drs. 16/420
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 bis 72)
Drs. 16/458
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 bis 86)
Drs. 16/459

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 02 in seiner 10. Sitzung am 18. Februar 2009 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FW: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FDP: Zustimmungmit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage
Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
119 31-1 011	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnvG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von den Einnahmen abzusetzen.</i>	A B		---	A B		---
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen							
334 31-3 011	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Hochschulen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 892 01.</i>	A B	+645,0	645,0	A B	+255,0	255,0
Gesamteinnahmen							
		A B	585,4 +645,0	1.230,4	A B	585,4 +255,0	840,4
Ausgaben							
Investitionsförderungsmaßnahmen							
892 01-0 193	Zuschuss zur Digitalisierung von TV- Lehrstudios nach dem ZulnvG (Bildungsinfrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 31. Rückforderungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>	A B	+860,0	860,0	A B	+340,0	340,0
Titelgruppen							
80 - 86 Bayerische Medienförderung							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig, ausgenommen 683 81, und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 119 80.</i>							
686 81-3 193	Zuschuss für die Bayerische Akademie für Fernsehen e.V.	A B	371,8 -215,0	156,8	A B	377,8 -85,0	292,8
Summe der Titelgruppe							
		A B	15.711,1 -215,0	15.496,1	A B	5.919,5 -85,0	5.834,5
Gesamtausgaben							
		A B	40.796,9 +645,0	41.441,9	A B	31.375,8 +255,0	31.630,8

Erläuterungen

Zu 02 03/892 01

Zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung an modernsten Geräten erhält die vom Freistaat Bayern institutionell geförderte Bayerische Akademie für Fernsehen Zuschüsse zur Digitalisierung der TV- Lehrstudios nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) von insgesamt 1,2 Mio. EUR, verteilt auf die Jahre 2009 und 2010.

Der Landesanteil von 25 % (300,0 Tsd. EUR) wird finanziert durch Umsetzung von Titel 686 81 (vgl. Erläuterung dort).

Zu 02 03/686 81

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung der Bayerischen Akademie für Fernsehen e.V. (BAF). Die BAF ist eine Aus- und Fortbildungsstätte für Fernsehschaffende. Sie wird je zu einem Drittel aus Kursgebühren, aus Sponsorengeldern der Fernsehbranche und aus öffentlichen Zuschüssen finanziert.

2009 gegenüber 2008:

33,2 Tsd. EUR	weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre
105,8 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
215,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 892 01
<hr/> 142,4 Tsd. EUR	weniger

2010 gegenüber 2009:

130,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 892 01
6,0 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
<hr/> 136,0 Tsd. EUR	mehr

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	585,4 -	585,4	A B	585,4 -	585,4
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	0,0 +645,0	645,0	A B	0,0 +255,0	255,0
	Gesamteinnahmen	A B	585,4 +645,0	1.230,4	A B	585,4 +255,0	840,4
	Personalausgaben	A B	156,7 -	156,7	A B	159,6 -	159,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	11.256,4 -	11.256,4	A B	11.363,7 -	11.363,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	15.196,4 -215,0	14.981,4	A B	5.434,6 -85,0	5.349,6
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	193,9 -	193,9	A B	193,9 -	193,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	13.993,5 +860,0	14.853,5	A B	14.224,0 +340,0	14.564,0
	Gesamtausgaben	A B	40.796,9 +645,0	41.441,9	A B	31.375,8 +255,0	31.630,8
	Zuschuss	A	40.211,5	40.211,5	A	30.790,4	30.790,4

Epl. 02 Epl. Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2	3		4	5		6
	Abschluss Epl. 02						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	656,4	656,4	A	656,4	656,4
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	0,0	645,0	A	0,0	255,0
		B	+645,0		B	+255,0	
	Gesamteinnahmen	A	656,4	1.301,4	A	656,4	911,4
		B	+645,0		B	+255,0	
	Personalausgaben	A	28.778,7	28.778,7	A	29.473,2	29.473,2
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	17.609,5	17.609,5	A	17.741,8	17.741,8
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i>	100			B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i>	100					
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	15.196,4	14.981,4	A	5.434,6	5.349,6
		B	-215,0		B	-85,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i>	530					
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i>	530					
	Baumaßnahmen	A	10,0	10,0	A	10,0	10,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	1.090,1	1.090,1	A	996,7	996,7
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	13.993,5	14.853,5	A	14.224,0	14.564,0
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i>	4.650			B	+340,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i>	4.650					
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	1.573,1	1.573,1	A	1.596,1	1.596,1
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	78.251,3	78.896,3	A	69.476,4	69.731,4
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i>	5.280			B	+255,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i>	5.280					
	Zuschuss	A	77.594,9	77.594,9	A	68.820,0	68.820,0

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/659 des HA vom 19.02.2009

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayer**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 04 (Allgemeine Bewilligungen – Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)) wird der Ansatz

- a) bei Tit. 428 11 (Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (ohne Lehrkräfte)) für 2009

von	905.300,-- €
um	250.000,-- €
auf	1.155.300,-- €

und für 2010

von	914.300,-- €
um	800.000,-- €
auf	1.714.300,-- €

erhöht,

- b) bei Tit. 684 89 (Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke/Ausgaben für die Jugendarbeit) für 2009

von	12.467.500,-- €
um	300.000,-- €
auf	12.767.500,-- €

erhöht und

- c) bei Tit. 893 91 (Zuschüsse an Sonstige für Investitionen/Ausgaben zur Förderung des Sportwesens) für 2009

von	5.936.500,-- €
um	2.000.000,-- €
auf	7.936.500,-- €

erhöht

und in den Erläuterungen festgehalten, dass die Erhöhung zu 800.000 € der Verstärkung der Mittel für den Sportstättenbau beim Bayerischen Landessportverband und zu 500.000 € der Verstärkung der Mittel für den Bau von Schießstätten der Bayerischen Sportschützen und zu 700.000 € der Verstärkung der Investitionsmittel im Bereich der Regional- und Landesleistungszentren dient.

2. Bei Kap. 05 05 (Allgemeine Bewilligungen – Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege) wird der Ansatz

- a) bei Tit. 684 06 (Zuschuss an die Hanns-Seidel-Stiftung, die Georg-von-Vollmar-Akademie, die Frankenakademie Schloss Schney, die Gesellschaft für Politische Bildung – Akademie Frankenwarte, das Bayerische Seminar für Politik, die Thomas-Dehler-Stiftung, die Petra-Kelly-Stiftung - Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern)

für 2009 und 2010 jeweils

von	3.084.500,-- €
um	103.700,-- €
auf	3.188.200,-- €

erhöht

sowie die Zweckbestimmung ergänzt um „Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V.“ und

- b) bei Tit. 684 81 (Zuschüsse an Sonstige/Förderung der Erwachsenenbildung) für 2009

von	17.772.400,-- €
um	300.000,-- €
auf	18.072.400,-- €

erhöht.

3. Bei Kap. 05 12 (Öffentliche Volksschulen) wird der Ansatz bei Tit. 428 14 (Entgelte der Ausbilderkräfte im Arbeitnehmerverhältnis) für 2010

von	6.740.000,-- €
um	800.000,-- €
auf	5.940.000,-- €

vermindert.

4. Im Stellenplan werden die allgemeinen Vermerke zu Tit 428 11 wie folgt geändert:

Bei Kap. 05 12 (Öffentliche Schulen) wird die Zahl „100“ durch die Zahl „112“ ersetzt.

Bei Kap. 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) wird die Zahl „31“ durch die Zahl „32“ ersetzt.

Bei Kap. 05 18 (Staatliche Realschulen) wird die Zahl „75“ durch die Zahl „77“ ersetzt.

Bei Kap. 05 19 (Staatliche Gymnasien) wird die Zahl „10“ durch die Zahl „23“ ersetzt.

Bei Kap. 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 – 05 19)) wird die bei Tit. 428 11 ausgebrachte Stellenzahl im Jahr 2009 und 2010 von 26 auf jeweils 46 erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 05 04 und 05 19 entsprechend der **Nachschulisten der Staatsregierung** geändert (Anlage 1 und 2).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausgaben für die Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
Drs. 16/508
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausgaben zur Förderung des Sportwesens
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
Drs. 16/509

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung der Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 16/510

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Winter, Renate Dodell, Ingrid Heckner u.a. CSU, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Renate Will u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verwaltungskräfte an Schulen
Drs. 16/580

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Medienkompetenz stärken I
(Kap. 05 02 Tit. 547 02)
Drs. 16/460
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
Drs. 16/468
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Finanzielle Gerechtigkeit für Privatschulen
(Kap. 05 03 Tit. 684 07 bis 684 10)
Drs. 16/422
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Private Schulen stärken
(Kap. 05 03 Tit. 684 07 bis 684 10 und TG 60 bis 62)
Drs. 16/461

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Finanzielle Gerechtigkeit für kommunale Schulen
(Kap. 05 03 TG 82-84)
Drs. 16/423
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, 633 84 TG 73 bis 79)
Drs. 16/462
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Gleichbehandlung bei der Finanzierung kommunaler, kirchlicher und privater Schulen
(Kap. 05 03 TG 73 bis 79 und TG 82 bis 84)
Drs. 16/497
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung Mittel Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
Drs. 16/425
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Bildung in der Jugendarbeit sichern
(Kap. 05 04 TG 89)
Drs. 16/464
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulsport
(Kap. 05 04 Tit. 428 23)
Drs. 16/463
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusammenarbeit Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 16/465
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)
Drs. 16/466
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
Drs. 16/467
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Breitensport verstärkt fördern
(Kap. 05 04 Tit. 893 06 und TG 91)
Drs. 16/426
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Offensive für Lehrerfortbildung
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 16/427
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 16/469

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Medienkompetenz stärken II
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/470
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Budget für präventive und interventive Bildungsangebote an Schulen schaffen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/428
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Demokratie lernen und leben
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/431
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittel für die Erwachsenenbildung aufstocken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 16/432
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Lebenslanges Lernen realisieren
(Kap. 05 05 TG 81 und 82)
Drs. 16/471
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 16/436
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Individuelle Förderung stärken - Schwerpunkt Grundschulen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 16/472
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Innovationen bei der Schulentwicklung
(Kap. 05 12)
Drs. 16/473
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kein Rückgang der Stellen im Volksschulbereich im Jahr 2010
(Kap. 05 12 Tit. 422 01, 422 26, 428 14)
Drs. 16/433
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Qualität der Anstellungsverhältnisse für Lehrerinnen und Lehrer verbessern
(Kap. 05 12, Tit. 428 14, 422 01; Kap. 05 15 Tit. 428 14, 422 01; Kap. 05 18 Tit. 428 14, 422 01; Kap. 05 19 Tit. 428 14, 422 01)
Drs. 16/438
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verringerung der Klassenhöchststärken an Volksschulen, Realschulen und Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 18, 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 16/498

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Keine Klassen über 25
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19)
Drs. 16/476
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verwaltungskräfte an Schulen stärken
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 16/424
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung des Verwaltungspersonals
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 16/499
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben
Mehr Verwaltungsangestellte für Bayerns Schulen
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 und neues Kap. wohnortnahe Schule)
Drs. 16/477
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulsozialarbeit ausbauen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/430
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkung der Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 Tit. 428 11)
Drs. 16/501
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Keine Schulen ohne Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 16/478
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Offensive für Qualität von Ganztagschulen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/429
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagschulen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13, Kap. 05 18, Kap. 05 19 und neues Kap. wohnortnahe Schule)
Drs. 16/475
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderschulen und mobile sonderpädagogische Dienste stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 16/437
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Mobilen Sonderpädagogischen Dienst stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 16/474
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stufenweise Verstärkung des mobilen sonderpädagogischen Dienstes und der mobilen sonderpädagogischen Hilfe
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 16/500

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Reduzierung des Stundenausfalls an Gymnasien
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 16/502
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Regionale Schulentwicklung vorantreiben
Wohnortnahe Schulen erhalten.
(Epl. 05 neues Kap.)
Drs. 16/479
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulentwicklung ernst nehmen, Modellprojekte begleiten
Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung
(Kap. 05 30 TG 80)
Drs. 16/434
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulsystem an den Parametern "soziale Gerechtigkeit und Integration von Migrantinnen und Migranten" ausrichten
(Kap. 05 30 neuer TG)
Drs. 16/435

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 05 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 05 in seiner 11. Sitzung am 9. Februar 2009 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Z u s t i m m u n g empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage 1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

05 19 Staatliche Gymnasien

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sonstige Sachinvestitionen						
812 03-4 117	Modellvorhaben "Nachhaltige Heizungssanierung in Schulen - Erfolgscontracting" <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 2.250,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 2.250,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2011 bis 2026 jeweils Tsd. EUR 150,0 Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 2.730,0 Tsd. EUR zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen Epl. 05 Anlage S.</i>	A B		---	A B		---
	Gesamtausgaben	A B	1.224.304,5 -	1.224.304,5	A B	1.271.883,7 -	1.271.883,7

05 19
Staatliche Gymnasien

Erläuterungen

Zu 05 19/812 03

Gegenstand der Modellvorhaben ist - neben der baulichen Sanierung und Erweiterung der Schule - die Grundsanierung und der Betrieb der technischen Anlagen im Gymnasium Marktoberdorf. Das Modellvorhaben erfolgt in Begleitung eines vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Forschungsprojekts (Projekträger B.A.U.M e.V.).

Jährlich wiederkehrende Kosten ab 2011:

-	Betriebsgebundene und sonstige Kosten	Tsd. EUR 150,0
-	Kapitalgebundene Kosten für Investitionen und Instandhaltung	182,0

Die Laufzeit des Contracting beträgt 15 Jahre.

05 19 Staatliche Gymnasien

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 5.724,6 B -	5.724,6	5.724,6	A 5.587,4 B -	5.587,4	5.587,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 205,7 B -	205,7	205,7	A 205,7 B -	205,7	205,7
	Gesamteinnahmen	A 5.930,3 B -	5.930,3	5.930,3	A 5.793,1 B -	5.793,1	5.793,1
	Personalausgaben	A 1.182.302,8 B -	1.182.302,8	1.182.302,8	A 1.238.660,1 B -	1.238.660,1	1.238.660,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 10.300,2 B -	10.300,2	10.300,2	A 10.630,0 B -	10.630,0	10.630,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 9.479,5 B -	9.479,5	9.479,5	A 11.335,0 B -	11.335,0	11.335,0
	Baumaßnahmen	A 8.100,0 B -	8.100,0	8.100,0	A 9.100,0 B -	9.100,0	9.100,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 1.575,0 B -	1.575,0	1.575,0	A 1.667,6 B -	1.667,6	1.667,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 12.547,0 B -	12.547,0	12.547,0	A 491,0 B -	491,0	491,0
	Gesamtausgaben	A 1.224.304,5 B -	1.224.304,5	1.224.304,5	A 1.271.883,7 B -	1.271.883,7	1.271.883,7
	Zuschuss	A 1.218.374,2	1.218.374,2	1.218.374,2	A 1.266.090,6	1.266.090,6	1.266.090,6

Epl. 05 Epl. Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 05						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	16.150,4 -	16.150,4	A B	16.022,2 -	16.022,2
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	16.973,4 -	16.973,4	A B	30.788,8 -	30.788,8
	Gesamteinnahmen	A B	33.123,8 -	33.123,8	A B	46.811,0 -	46.811,0
	Personalausgaben	A B	7.169.861,8 -	7.169.861,8	A B	7.513.764,6 -	7.513.764,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	67.194,5 -	67.194,5	A B	66.915,2 -	66.915,2
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 800,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 800,0						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.713.750,6 -	1.713.750,6	A B	1.742.274,1 -	1.742.274,1
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 580,3						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 580,3						
	Baumaßnahmen	A B	27.751,6 -	27.751,6	A B	28.751,6 -	28.751,6
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 25.600,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 26.150,0						
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	3.609,7 -	3.609,7	A B	3.642,5 -	3.642,5
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 2.350,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 100,0						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	105.382,1 -	105.382,1	A B	88.821,1 -	88.821,1
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 25.223,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 7.300,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	23.774,1 -	23.774,1	A B	34.331,1 -	34.331,1
	Gesamtausgaben	A B	9.111.324,4 -	9.111.324,4	A B	9.478.500,2 -	9.478.500,2
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 54.553,3						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 34.930,3						
	Zuschuss	A	9.078.200,6	9.078.200,6	A	9.431.689,2	9.431.689,2

Anlage 2

Freistaat Bayern

2. Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
<u>119 31-2</u> 129	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnvG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	A B		---	A B		---
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
<u>334 41-9</u> 117	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Kap. 05 04 Tit. 811 01.</i>	A B	+36,5	36,5	A B	+12,3	12,3
<u>334 42-8</u> 323	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Bereich Leistungssport) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Kap. 05 04 Tit. 883 07.</i>	A B	+15.000,0	15.000,0	A B	+23.000,0	23.000,0
	Gesamteinnahmen	A B	10.596,4 +15.036,5	25.632,9	A B	24.436,8 +23.012,3	47.449,1
	Ausgaben						
	Sonstige Sachinvestitionen						
<u>811 01-9</u> 117	Erwerb von Dienstfahrzeugen aus Mitteln des ZulnvG (Sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	A B	+48,7	48,7	A B	+16,3	16,3

05 04

Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Erläuterungen

Zu 05 04/811 01

Bei mehreren staatlichen Heimschulen ist eine Erneuerung des Fahrzeugbestandes (insb. Traktoren, Multifunktionsfahrzeuge) dringend erforderlich.

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
<u>883 07-6</u> 323	Zuweisungen nach dem ZulnvG für die spitzensportlichen Investitionsmaßnahmen an den Standorten Inzell, Berchtesgaden/Königssee und Ruhpolding (Bereich Leistungssport) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 42. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 48.600,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 48.600,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2010 Tsd. EUR 27.600,0 2011 Tsd. EUR 21.000,0	A B	 +18.000,0	18.000,0	A B	 +27.600,0	27.600,0
<u>893 06-5</u> 323	Zuschuss für die spitzensportlichen Investitionsmaßnahmen an den Standorten Inzell, Berchtesgaden/Königssee und Ruhpolding <i>Der Titel wird aus dem Regierungsentwurf gestrichen.</i>	A B	7.500,0 -7.500,0	---	A B	8.000,0 -8.000,0	---
	Gesamtausgaben	A B	252.856,3 +10.548,7	263.405,0	A B	268.100,4 +19.616,3	287.716,7

05 04

Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Erläuterungen

Zu 05 04/883 07

Aus dem Ansatz werden Zuweisungen für die drei spitzensportlichen Investitionsmaßnahmen an den Standorten Inzell, Berchtesgaden/Königssee und Ruhpolding gewährt.

Zu 05 04/893 06

Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (15 % Landesanteil) für Kap. 05 04 Tit. 883 07.

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	3.135,0 -	3.135,0	A B	3.135,0 -	3.135,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	7.461,4 -	7.461,4	A B	21.301,8 -	21.301,8
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	0,0 +15.036,5	15.036,5	A B	0,0 +23.012,3	23.012,3
	Gesamteinnahmen	A B	10.596,4 +15.036,5	25.632,9	A B	24.436,8 +23.012,3	47.449,1
	Personalausgaben	A B	114.781,7 -	114.781,7	A B	125.753,0 -	125.753,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	9.343,1 -	9.343,1	A B	9.345,2 -	9.345,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	102.101,4 -	102.101,4	A B	111.130,1 -	111.130,1
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	15,0 +48,7	63,7	A B	15,0 +16,3	31,3
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	26.615,1 +10.500,0	37.115,1	A B	21.857,1 +19.600,0	41.457,1
	Gesamtausgaben	A B	252.856,3 +10.548,7	263.405,0	A B	268.100,4 +19.616,3	287.716,7
	Zuschuss	A	242.259,9	237.772,1	A	243.663,6	240.267,6
	Überschuss	B	4.487,8		B	3.396,0	

05 19 Staatliche Gymnasien

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-6 117	Einrichtung und Ausstattung <i>Vermerk unverändert</i>	A B	1.150,0 -12,2	1.137,8	A B	1.250,0 -4,0	1.246,0
	Gesamtausgaben	A B	1.224.304,5 -12,2	1.224.292,3	A B	1.271.883,7 -4,0	1.271.879,7
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	5.724,6 -	5.724,6	A B	5.587,4 -	5.587,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	205,7 -	205,7	A B	205,7 -	205,7
	Gesamteinnahmen	A B	5.930,3 -	5.930,3	A B	5.793,1 -	5.793,1
	Personalausgaben	A B	1.182.302,8 -	1.182.302,8	A B	1.238.660,1 -	1.238.660,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	10.300,2 -	10.300,2	A B	10.630,0 -	10.630,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	9.479,5 -	9.479,5	A B	11.335,0 -	11.335,0
	Baumaßnahmen	A B	8.100,0 -	8.100,0	A B	9.100,0 -	9.100,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	1.575,0 -12,2	1.562,8	A B	1.667,6 -4,0	1.663,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	12.547,0 -	12.547,0	A B	491,0 -	491,0
	Gesamtausgaben	A B	1.224.304,5 -12,2	1.224.292,3	A B	1.271.883,7 -4,0	1.271.879,7
	Zuschuss	A	1.218.374,2	1.218.362,0	A	1.266.090,6	1.266.086,6
	Überschuss	B	12,2		B	4,0	

Erläuterungen

Zu 05 19/812 01

Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil) für Kap. 05 04 Tit. 811 01.

Epl. 05 Epl. Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 05						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	16.150,4 -	16.150,4	A B	16.022,2 -	16.022,2
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	16.973,4 -	16.973,4	A B	30.788,8 -	30.788,8
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	0,0 +15.036,5	15.036,5	A B	0,0 +23.012,3	23.012,3
	Gesamteinnahmen	A B	33.123,8 +15.036,5	48.160,3	A B	46.811,0 +23.012,3	69.823,3
	Personalausgaben	A B	7.169.861,8 -	7.169.861,8	A B	7.513.764,6 -	7.513.764,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 800,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 800,0	A B	67.194,5 -	67.194,5	A B	66.915,2 -	66.915,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 580,3 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 580,3	A B	1.713.750,6 -	1.713.750,6	A B	1.742.274,1 -	1.742.274,1
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 25.600,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 26.150,0	A B	27.751,6 -	27.751,6	A B	28.751,6 -	28.751,6
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 2.350,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 100,0	A B	3.609,7 +36,5	3.646,2	A B	3.642,5 +12,3	3.654,8
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 57.623,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 7.300,0	A B	105.382,1 +10.500,0	115.882,1	A B	88.821,1 +19.600,0	108.421,1
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	23.774,1 -	23.774,1	A B	34.331,1 -	34.331,1
	Gesamtausgaben	A B	9.111.324,4 +10.536,5	9.121.860,9	A B	9.478.500,2 +19.612,3	9.498.112,5
	Zuschuss	A	9.078.200,6	9.073.700,6	A	9.431.689,2	9.428.289,2
	Überschuss	B	4.500,0		B	3.400,0	

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/886 des HA vom 03.03.2009

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

Berichterstatter: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**
Mitberichterstatter: **Eike Hallitzky**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Ansätze bei Kap. 06 02, 06 05, 06 16 und 06 22 sowie in der Anlage S entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert werden.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 02 Tit. 461 01; Kap. 06 05 Tit. 422 21, Tit. 422 01)
Drs. 16/315

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Florian Ritter, Susann Biedefeld u.a.
SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verbesserte Personalausstattung der Finanzämter
(Kap. 06 05)
Drs. 16/297

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 6. Sitzung am 3. Februar 2009 und in seiner 13. Sitzung am 3. März 2009 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Staatsministerium der Finanzen

06 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
Einnahmen							
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen							
<u>334 41-1</u> 188	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Touristische Infrastruktur und sonstige Bereiche) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 71.</i>	A B	+2.605,0	2.605,0	A B	+4.830,0	4.830,0
Gesamteinnahmen		A B	110,4 +2.605,0	2.715,4	A B	113,5 +4.830,0	4.943,5
Ausgaben							
Titelgruppen							
71 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Investitionsschwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG) (Touristische Infrastruktur und sonstige Bereiche)							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2009 dürfen im Jahr 2010 in Anspruch genommen werden, soweit dies innerhalb des anteiligen Programmvolumens des Zukunftsinvestitionsgesetzes erfolgt.</i>							
<u>715 71-3</u> 188	Schlossbesitz Herrenchiemsee Sanierung des staatseigenen Schlosshotels auf der Herreninsel Nr. 5 <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 3.600	A B	+2.300,0	2.300,0	A B	+3.300,0	3.300,0
<u>735 71-9</u> 188	Burg Zwernitz bei Wonsees Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 1.400	A B	+600,0	600,0	A B	+1.000,0	1.000,0
<u>740 71-2</u> 188	Residenz Würzburg Sanierung der Residenzgaststätte <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 2.200	A B	+433,3	433,3	A B	+2.000,0	2.000,0

06 02
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 06 02 – Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG)

	Gesamt Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR	TG / Tit.
1. Touristische Infrastruktur	10.450,0	3.333,3	6.300,0	816,7	TG 71 Tit 715 71 bis 740 71
2. Erwerb von Dienstfahrzeugen	280,0	140,0	140,0	-	TG 71 Tit. 811 71
Gesamtsumme ZulnvG	10.730,0	3.473,3	6.440,0	816,7	

Zu 06 02/334 41

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
Finanzhilfen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG	2.500,0	4.725,0
- für touristische Infrastruktur	105,0	105,0
- für sonstige Bereiche (Erwerb von Dienstfahrzeugen)		
Zusammen	2.605,0	4.830,0

Zu 06 02/715 71

Gesamtkosten 5.900,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 12.11.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: - Tsd. EUR verausgabt: - Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 300,0 Tsd. EUR
 Das staatseigene, denkmalgeschützte Anwesen Auf der Herreninsel 5, Baujahr 1740, muss grundlegend saniert und modernisiert werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahme am 11.12.2008 genehmigt.

Zu 06 02/735 71

Gesamtkosten 1.965,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 30.05.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: - Tsd. EUR verausgabt: - Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 365,0 Tsd. EUR
 Bei der Burganlage Zwernitz in Wonsees müssen im Hauptgebäude und in den Nebengebäuden am Fuße der Anlage grundlegende Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen erfolgen. Dabei werden gleichzeitig die Besuchereinrichtungen auf zeitgemäßen Stand gebracht werden.

Zu 06 02/740 71

Gesamtkosten 2.585,0 Tsd. EUR
 laut baufachlicher Festsetzung vom 19.05.2008.
 Bis einschl. 2007 bewilligt: - Tsd. EUR verausgabt: - Tsd. EUR
 Ab 2011 noch benötigt: 151,7 Tsd. EUR
 Seit rd. 45 Jahren befindet sich die Gaststätte in dem bis auf die Außenmauern kriegszerstörten ehemaligen Gesandtenhaus. Nunmehr ist die grundlegende Sanierung der haustechnischen Infrastruktur dringend notwendig. Gleichzeitig soll im Rahmen der Baumaßnahme durch baugestalterische Maßnahmen und die Herstellung eines behindertengerechten Zugangs die Attraktivität der Gaststätte gesteigert werden.

06 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
811 71-6 421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	A		140,0	A		140,0
		B	+140,0		B	+140,0	
	Summe der Titelgruppe	A	0,0	3.473,3	A	0,0	6.440,0
		B	+3.473,3		B	+6.440,0	
	Gesamtausgaben	A	418.024,1	421.497,4	A	439.978,1	446.418,1
		B	+3.473,3		B	+6.440,0	
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	110,4	110,4	A	113,5	113,5
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A	0,0	2.605,0	A	0,0	4.830,0
		B	+2.605,0		B	+4.830,0	
	Gesamteinnahmen	A	110,4	2.715,4	A	113,5	4.943,5
		B	+2.605,0		B	+4.830,0	
	Personalausgaben	A	399.160,1	399.160,1	A	416.697,1	416.697,1
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	7.830,8	7.830,8	A	10.580,8	10.580,8
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	1.050,0	4.383,3	A	1.000,0	7.300,0
		B	+3.333,3		B	+6.300,0	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	5.270,0	5.410,0	A	3.770,0	3.910,0
		B	+140,0		B	+140,0	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	4.713,2	4.713,2	A	7.930,2	7.930,2
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	418.024,1	421.497,4	A	439.978,1	446.418,1
		B	+3.473,3		B	+6.440,0	
	Zuschuss	A	417.913,7	418.782,0	A	439.864,6	441.474,6
		B	868,3		B	1.610,0	

06 02
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06**Erläuterungen****Zu 06 02/811 71**

	Tsd. EUR
2009	-
1. Erstbeschaffung	
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
4 Kombi, Baujahre 1993 - 1996, Fahrleistungen am 01.02.2008: zwischen 52.000 – 182.000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
4 Kombi, bis zu 96 kW, einschließlich Sonderausstattung	140,0
2010	-
1. Erstbeschaffung	
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
4 Kombi, Baujahre 1995 - 1998, Fahrleistungen am 01.02.2008: zwischen 66.000 – 173.000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
4 Kombi, bis zu 96 kW, einschließlich Sonderausstattung	140,0

06 05 Finanzämter

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2009	Neuer Betrag 2009	A	Bisheriger Betrag 2010	Neuer Betrag 2010
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
<u>231 03-4</u> 061	Pauschale Erstattungen des Bundes für die Organleihe zur Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer (§18a FVG)	A		14.639,3	A		29.278,7
		B	+14.639,3		B	+29.278,7	
	Gesamteinnahmen	A	149.905,0	164.544,3	A	151.405,0	180.683,7
		B	+14.639,3		B	+29.278,7	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	120.357,0	120.357,0	A	121.357,0	121.357,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	29.548,0	44.187,3	A	30.048,0	59.326,7
		B	+14.639,3		B	+29.278,7	
	Gesamteinnahmen	A	149.905,0	164.544,3	A	151.405,0	180.683,7
		B	+14.639,3		B	+29.278,7	
	Personalausgaben	A	618.209,5	618.209,5	A	639.889,7	639.889,7
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	83.216,1	83.216,1	A	83.496,1	83.496,1
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	900,0	900,0	A	3.680,0	3.680,0
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	10.704,4	10.704,4	A	11.260,0	11.260,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	14.510,0	14.510,0	A	14.610,0	14.610,0
		B	-		B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	21.395,4	21.395,4	A	23.402,2	23.402,2
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	748.935,4	748.935,4	A	776.338,0	776.338,0
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	599.030,4	584.391,1	A	624.933,0	595.654,3
	Überschuss	B	14.639,3		B	29.278,7	

Erläuterungen

Zu 06 05/231 03

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und dem Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz wurden dem Bund die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz für die Kraftfahrzeugsteuer gegen finanzielle Kompensation für die Länder übertragen. Bis zum Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen und Aufgabenwahrnehmung durch Bundesbehörden erfolgt die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Länder im Wege der Organleihe (vom 1. Juli 2009 bis längstens 30. Juni 2014). Die Länder erhalten im Zeitraum der Organleihe eine pauschale Erstattung der Verwaltungskosten vom Bund (Bayern: jährlich 17,22275 % von 170 Mio. EUR, für die Jahre 2009 und 2014 jeweils die Hälfte).

06 16 Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2	3		4	5		6
	Ausgaben						
	Baumaßnahmen						
710 00-4 188	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 17.875</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 17.875</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 18.500,0 B -833,3		17.666,7	A 18.500,0 B -1.575,0		16.925,0
	Gesamtausgaben	A 92.664,4 B -833,3		91.831,1	A 92.686,1 B -1.575,0		91.111,1
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 40.427,4 B -		40.427,4	A 40.527,4 B -		40.527,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 3.520,0 B -		3.520,0	A 3.520,0 B -		3.520,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 1.466,5 B -		1.466,5	A 1.466,5 B -		1.466,5
	Gesamteinnahmen	A 45.413,9 B -		45.413,9	A 45.513,9 B -		45.513,9
	Personalausgaben	A 40.331,3 B -		40.331,3	A 41.123,0 B -		41.123,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 28.375,7 B -		28.375,7	A 27.605,7 B -		27.605,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 2,4 B -		2,4	A 2,4 B -		2,4
	Baumaßnahmen	A 21.935,0 B -833,3		21.101,7	A 21.935,0 B -1.575,0		20.360,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 2.020,0 B -		2.020,0	A 2.020,0 B -		2.020,0
	Gesamtausgaben	A 92.664,4 B -833,3		91.831,1	A 92.686,1 B -1.575,0		91.111,1
	Zuschuss	A 47.250,5		46.417,2	A 47.172,2		45.597,2
	Überschuss	B 833,3			B 1.575,0		

06 22 Vermessungsämter

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2 421	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	A B	3.315,0 -35,0	3.280,0	A B	3.315,0 -35,0	3.280,0
	Gesamtausgaben	A B	110.512,4 -35,0	110.477,4	A B	112.778,1 -35,0	112.743,1
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	95.364,6 -	95.364,6	A B	96.857,3 -	96.857,3
	Gesamteinnahmen	A B	95.364,6 -	95.364,6	A B	96.857,3 -	96.857,3
	Personalausgaben	A B	93.408,7 -	93.408,7	A B	95.057,3 -	95.057,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	11.186,8 -35,0	11.151,8	A B	11.180,8 -35,0	11.145,8
	Baumaßnahmen	A B	2.226,9 -	2.226,9	A B	2.850,0 -	2.850,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	3.690,0 -	3.690,0	A B	3.690,0 -	3.690,0
	Gesamtausgaben	A B	110.512,4 -35,0	110.477,4	A B	112.778,1 -35,0	112.743,1
	Zuschuss	A	15.147,8	15.112,8	A	15.920,8	15.885,8
	Überschuss	B	35,0		B	35,0	

06 22
Vermessungsämter

Erläuterungen

Zu 06 22/511 01

Umschichtung zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil) für Kap. 06 02 Tit. 811 71.

Epl. 06 Epl. Staatsministerium der Finanzen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR	
1	2	3		4	5		6
	Abschluss Epl. 06						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 264.481,3 B -	264.481,3	A 267.076,1 B -	267.076,1		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 97.537,5 B +14.639,3	112.176,8	A 96.641,6 B +29.278,7	125.920,3		
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 27.024,1 B +2.605,0	29.629,1	A 29.077,9 B +4.830,0	33.907,9		
	Gesamteinnahmen	A 389.042,9 B +17.244,3	406.287,2	A 392.795,6 B +34.108,7	426.904,3		
	Personalausgaben	A 1.357.979,0 B -	1.357.979,0	A 1.403.485,3 B -	1.403.485,3		
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 200.549,6 B -35,0	200.514,6	A 207.999,6 B -35,0	207.964,6		
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 8.450 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 8.450						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 76.124,4 B -	76.124,4	A 71.954,4 B -	71.954,4		
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 55.720						
	Baumaßnahmen	A 43.439,4 B +2.500,0	45.939,4	A 42.495,0 B +4.725,0	47.220,0		
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 69.375 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 72.025						
	Sonstige Sachinvestitionen	A 42.753,3 B +140,0	42.893,3	A 41.881,3 B +140,0	42.021,3		
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 1.500 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 3.800						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 27.397,9 B -	27.397,9	A 32.622,3 B -	32.622,3		
	Gesamtausgaben	A 1.748.243,6 B +2.605,0	1.750.848,6	A 1.800.437,9 B +4.830,0	1.805.267,9		
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 135.045 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 84.275						
	Zuschuss	A 1.359.200,7	1.344.561,4	A 1.407.642,3	1.378.363,6		
	Überschuss	B 14.639,3		B 29.278,7			

Sonderausweis
der staatlichen Hochbaumaßnahmen
mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des
Epl. 06

Epl. 06
Anlage S

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010	
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2	3		4	5	
					6	
06 16	Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen					
<u>712 64-5</u>	Schlossbesitz Nymphenburg	A	---	316,7	A	---
188	Um- und Ausbaumaßnahmen für die Werkstätten des Restaurierungszentrums	B	+316,7		B	+325,0
	- Planung -					
	Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR	325				
	Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR	125				
	Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.					
715 51-7	Schlossbesitz Herrenchiemsee	A	1.500,0	---	A	1.700,0
188	Sanierung des staatseigenen Anwesens auf der Herren- insel Nr. 5	B	-1.500,0		B	-1.700,0
<u>717 51-5</u>	Willibaldsburg Eichstätt,	A	---	100,0	A	---
188	Statische Sicherung und Ausbau des ehem. Zeughauses	B	+100,0		B	+200,0
	- Planung -					
	Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR	200				
	Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR	700				
	Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.					
<u>717 61-3</u>	Rosenburg bei Riedenburg	A	---	350,0	A	---
188	Dachstuhlisanierung	B	+350,0		B	+500,0
	- Planung -					
	Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR	500				
	Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR	200				
	Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.					
<u>720 08-4</u>	Befreiungshalle Kelheim	A	---	400,0	A	100,0
188	Sanierung der Fassade	B	+400,0		B	+600,0
	- Planung -					
	Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR	700				
	Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR	200				
	Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.					
<u>735 21-0</u>	Burg Zwernitz bei Wonsees	A	200,0	***	A	500,0
188	Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen	B	-200,0		B	-500,0
	Der Titel wird aus dem Regierungsentwurf gestrichen.					
<u>740 06-2</u>	Residenz Würzburg,	A	300,0	***	A	1.000,0
188	Sanierung der Residenzgaststätte	B	-300,0		B	-1.000,0
	Der Titel wird aus dem Regierungsentwurf gestrichen.					
	Summe Kapitel 06 16					
	Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR	17.875	18.500,0	17.666,7	A	18.500,0
	Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR	17.875	-833,3		B	-1.575,0
	Summe Epl. 06					
	Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR	58.325	35.444,4	34.611,1	A	34.500,0
	Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR	68.325	-833,3		B	-1.575,0

Erläuterungen

Zu 06 16/712 64

Einige Werkstätten des Restaurierungszentrums der Schlösserverwaltung in Nymphenburg sind in einem nicht akzeptablen, veralteten und räumlich beengten Zustand und enthalten zum Teil erhebliche bauliche Mängel. Hierdurch wird die effektive Erledigung der Aufgaben des Restaurierungszentrums stark beeinträchtigt. Im Rahmen einer Baumaßnahme sollen die baulichen und funktionalen Mängel beseitigt werden. Die Kosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Durch die freigewordenen nicht für die Kofinanzierung benötigten Mittel kann diese Baumaßnahme nunmehr zeitlich vorgezogen werden.

Zu 06 16/715 51

Die Baumaßnahme wird nunmehr unter Kap. 06 02 Tit. 715 71 der TG 71 (Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz) veranschlagt und wird im Rahmen des Programms abgewickelt. Soweit der bisherige Ansatz nicht zur Kofinanzierung eingesetzt werden muss, können damit bislang nicht dotierte Baumaßnahmen vorgezogen werden.

Zu 06 16/717 51

Das ehem. Zeughaus muss statisch gesichert und in Teilen für Depotzwecke ausgebaut werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme werden bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Durch die freigewordenen nicht für die Kofinanzierung benötigten Mittel kann diese Baumaßnahme nunmehr zeitlich vorgezogen werden.

Zu 06 16/717 61

Bei der Rosenberg bei Riedenburg muss der Dachstuhl saniert werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme werden bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Durch die freigewordenen nicht für die Kofinanzierung benötigten Mittel kann diese Baumaßnahme nunmehr zeitlich vorgezogen werden.

Zu 06 16/720 08

Die Fassade der Befreiungshalle Kelheim bedarf einer Sanierung. Die Gesamtkosten der Maßnahme werden bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Durch die freigewordenen nicht für die Kofinanzierung benötigten Mittel kann diese Baumaßnahme nunmehr zeitlich vorgezogen werden.

Zu 06 16/735 21

Die Baumaßnahme wird nunmehr unter Kap. 06 02 Tit. 735 71 der TG 71 (Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz) veranschlagt und wird im Rahmen dieses Programms abgewickelt. Soweit der bisherige Ansatz nicht zur Kofinanzierung eingesetzt werden muss, können damit bislang nicht dotierte Baumaßnahmen vorgezogen werden.

Zu 06 16/740 06

Die Baumaßnahme wird nunmehr unter Kap. 06 02 Tit. 740 71 der TG 71 (Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz) veranschlagt und wird im Rahmen dieses Programms abgewickelt. Soweit der bisherige Ansatz nicht zur Kofinanzierung eingesetzt werden muss, können damit bislang nicht dotierte Baumaßnahmen vorgezogen werden.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/659) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Haushaltsplan 2009/2010

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

hierzu:

Änderungsanträge

**auf den Drucksachen 16/439 mit 455, 481 mit 486, 488 mit 494, 503 mit 506, 511 mit
516, 567 und 569**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14, auf die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich sage jetzt schon, es ist namentliche Abstimmung beantragt, wenn die Debatte beendet ist, damit sich alle darauf einstellen können. Ich darf auch darauf hinweisen, es ist für dieses Hohe Haus ein so wichtiger Haushalt, dass wir uns diesem Haushalt tatsächlich entsprechend zuwenden sollten.

Ich eröffne die Aussprache. Herr Staatsminister Dr. Heubisch hat zu Beginn der Aussprache um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer sich den Haushaltsplan 2009/2010 ansieht, wird erfreut feststellen: Trotz Konjunkturkrise nehmen die Investitionen in die Bildung - allgemein gesprochen - und im Speziellen in die Wissenschaft, Forschung und Kunst zu.

Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen für das Vorziehen meines Einzelplans 15; denn dadurch können wir schneller handeln, weil wir gerade wegen der Konjunkturkrise hier Zeichen setzen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Es zeigt sich auch deutlich, dass für alle - und zwar für alle, die im Haushaltsausschuss eine Abstimmung suchten - die Präferenz für die Wissenschaft im Allgemeinen und für die Forschung, aber auch für die Kunst klar war. Natürlich wollen wir alle mehr Geld und hätten uns vorstellen können, in diesem Bereich noch mehr Geld zu investieren. Aber auf der anderen Seite war es immer ein Anspruch der Koalition, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Unter diesen Voraussetzungen haben wir einen guten Ausgleich vorgelegt, der eben der Bedeutung der Wissenschaft, der Forschung und der Kunst Rechnung trägt und gleichzeitig die Ziele des Haushalts, nämlich die Ausgeglichenheit, nicht vernachlässigt. Mein Dank gilt deshalb an dieser Stelle vor allem Herrn Kollegen Winter, allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Sibler, dem gesamten Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur und nicht zuletzt den Berichterstattem. An dieser Stelle möchte ich auch nicht vergessen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und meines Hauses den Dank auszudrücken.

Der Einzelplan 15 umfasst im Jahr 2010 4,9 Milliarden Euro oder, wenn man die Mittel aus dem Einzelplan 13 hinzurechnet, sogar fast 5,3 Milliarden Euro, und das ist eine Steigerung von 11,1 %. Was den Hochschulbereich angeht, haben wir in der Koalition vereinbart, dass zusätzliche Studienplätze und das Modernisierungsprogramm "Hochschulbau" oberste Priorität haben. Daran müssen wir vor allem auch angesichts der steigenden Studierendenzahl und des doppelten Abiturjahrgangs 2011 festhalten. Dafür wollen wir unsere Hochschulen bestmöglich rüsten. Bis 2010 stehen den Hochschulen insgesamt 323 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Für den Aufbau der bis 2011 notwendigen zusätzlichen 3.000 Stellen setzen wir heuer 83 Millionen Euro und im nächsten Jahr 154 Millionen Euro ein. Die zur Unterbringung der zusätzlichen Studierenden und des Personals benötigten Flächen werden über Anmietungen bzw. über neue Baumaß-

nahmen abgedeckt. Mit dem Modernisierungsprogramm "Hochschulbau" investieren wir in den nächsten zehn Jahren insgesamt 4 Milliarden Euro. So war es auch in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt. Zusätzlich haben wir ein Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro vereinbart, von denen gut 1 Milliarde Euro auf meinen Ressortbereich entfällt.

Für den Hochbau stehen uns zusammen mit den beiden zuletzt genannten Programmen in diesem und im nächsten Jahr 424 bzw. 476 Millionen Euro zur Verfügung. Ich sage dabei aber auch deutlich: Der Anfang ist zwar gemacht. Weitere Schritte müssen aber im nächsten Doppelhaushalt folgen; denn mit dem doppelten Abiturjahrgang ist der Gipfelpunkt der Studierendenzahl nicht erreicht, sondern wir werden auch in Zukunft über mehrere Jahre mit weiter steigenden Studierendenzahlen zu rechnen haben.

Ein großes Ziel muss es sein, in unserem Land den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Damit schaffen wir auch in Zukunft die Basis für eine hohe wissenschaftliche Qualität an unseren Hochschulen. Daher wird erstmals in diesem Doppelhaushalt ein Bayerisches Nachwuchswissenschaftler-Förderprogramm eingerichtet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Während es in der Doktorandenförderung bereits zahlreiche Programme gibt, hat bisher ein solches Angebot im Postdoc-Bereich gefehlt. Die Konkurrenz um die besten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler wächst.

Daher nehmen wir für die Nachwuchsförderung mehr Geld in die Hand, damit junge Forscherinnen und Forscher einen Anreiz haben, nach Bayern zu kommen bzw. hier zu bleiben. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass ich mich in mehreren Gesprächen mit jungen Forschern darüber erkundigt habe, warum sie in Bayern bleiben oder nach Bayern zurückkommen, zum Teil auch aus den USA. Es zeigt sich, dass ein ganz gewaltiger Anreiz die gute Ausstattung der Laboratorien in ihrem Forschungsbereich war. Es geht bei den Nachwuchsforscherinnen und -forschern nicht so sehr um das Gehalt, sondern mehr um die Arbeitsbedingungen. Da kann ich sagen, wir merken eine

Aufbruchstimmung. Da werden wir weitergehen. Wir werden aber auch rechtzeitig den Finger heben und darauf hinweisen, dass in anderen Bundesländern natürlich auch Wettbewerb herrscht und dass sie versuchen, die guten Leute von uns wieder abzuwerben.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich auch das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre hervorheben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dass Sie sich da nicht schämen!)

Wir erhöhen hierfür die Mittel um insgesamt eine Million Euro und können damit die bewährten Maßnahmen wie Habilitation, Postdoc- und Promotionsstipendien, deutlich ausweiten.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Des Weiteren wollen wir die Fachhochschulen überproportional ausbauen und so ein deutliches Signal zur Stärkung dieses Hochschultyps geben, nachdem wir das 2008 begonnene Fachhochschulforschungsprogramm spürbar aufgestockt haben, nämlich von 2,7 auf 3,5 Millionen Euro im Jahr 2009 und 4,2 Millionen Euro im Jahr 2010. Davon profitieren nicht zuletzt auch die mittelständischen Unternehmen in den Regionen. Wir wollen auch die berufliche und die akademische Bildung stärker miteinander verknüpfen, denn damit können wir sowohl die Attraktivität beruflicher Abschlüsse als auch die Akademikerquote insgesamt verbessern. Wir werden das Erfolgsmodell Hochschule Dual, also die Verbindung von Studium und Lehre bzw. Studium und Praxis, ausweiten, indem wir vermehrt Angebote für kleinere und mittlere Firmen in der Region fördern. Außerdem eröffnen wir mit der im Ministerrat verabschiedeten Hochschulgesetzesnovelle Meistern und Gleichgestellten den Zugang zu allen Hochschulen, nicht nur zur Fachhochschule. Qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern mit Gesellenprüfung und Berufspraxis ermöglichen wir ein Fachhochschulstudium, und wir bauen die berufsbegleitenden Studienangebote darüber hinaus aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, einen hohen Stellenwert messe ich auch der Senkung der Studienabbrecherquote bei. Generell liegt die Zahl der Studienabbrecher in Bayern noch deutlich zu hoch.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Hierin unterscheiden wir uns im Übrigen nicht von anderen Bundesländern. Das ist ein gesamtdeutsches Problem.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das ist auch kein Trost!)

Wir brauchen für die Hochschulen passgenaue Verbesserungen. Das Ministerium wird das begleiten und finanziell unterstützen, etwa bei Projekten wie den elektronischen Studieneignungstests, die Stärken und Schwächen eines Bewerbers und konkrete Förderangebote aufzeigen.

Meine Damen und Herren, unsere Universitäten und Fachhochschulen zeichnen sich nicht nur durch hohe Qualität in der Lehre, sondern auch durch exzellente Forschung aus. So haben unsere Universitäten im bundesweiten Wettbewerb der Exzellenzinitiativen 2006 und 2007 hervorragend abgeschlossen. Die beiden Münchner Universitäten sowie die Universitäten Bayreuth, Erlangen-Nürnberg und Würzburg erhalten als Kofinanzierungsanteil aus dem bayerischen Staatshaushalt insgesamt rund 23 Millionen Euro pro Jahr für ihre ausgezeichneten Projekte. Zusätzlich fördern wir mit dem Sonderprogramm "Bayern excellent" Forschungsvorhaben, die in der Exzellenzinitiative trotz sehr guter Bewertung mangels ausreichender Mittel nicht berücksichtigt werden konnten.

Damit Forschungsergebnisse und Erkenntnisse der Wissenschaft möglichst schnell und erfolgreich auf den Markt kommen, wollen wir die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft verbessern. Dazu unterstützen wir gezielt Ausgründungen aus Hochschulen. Auch für die Hochschulpatentinitiative "Bayern Patent", die den Transfer von

Entwicklungen simuliert, stellen der Bund und der Freistaat Bayern pro Jahr jeweils 700.000 Euro als Basisfinanzierung bereit.

Auch im Bereich der außeruniversitären Forschung unternehmen wir große Anstrengungen. Ich nenne drei Beispiele: das bayerische Genforschungswerk BayGene, für das im Zeitraum 2004 bis 2011 pro Jahr rund 3,6 Millionen Euro zur Verfügung stehen; das bayerische Immuntherapie-Netzwerk BayImmuNet, für das von 2008 bis 2011 als Anschubfinanzierung insgesamt 10 Millionen Euro vorgesehen sind; oder die drei neuen Klimaforschungsverbände. Mit diesen und weiteren Projekten legen wir einen Schwerpunkt auf besonders zukunftssträchtige Forschungsfelder. Das sichert nicht nur den Hochtechnologie-, sondern auch den Wirtschaftsstandort Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben der Wissenschaft und der Forschung ist mein Ministerium auch für Kunst und Kultur in Bayern verantwortlich, das wissen Sie. Während die Wissenschaftswelt von rasantem Wandel gekennzeichnet ist, ist die Kultur natürlich ein entscheidender und wichtiger Fixpunkt. Sie vermittelt Identität und Halt zugleich. Es werden Kreativität und Innovationen gefördert und neue Horizonte eröffnet.

Kunst und Kultur sind darüber hinaus auch wichtige Wirtschaftsfaktoren. Wer die Förderung von Museen, Theatern, Musik, Literatur oder den Erhalt historischer Gebäude nur als reine Kostenfaktoren begreift, springt also zu kurz.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Sie tragen ganz wesentlich zur Attraktivität unseres Landes bei.

Deshalb werden wir das in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Museumserneuerungsprogramm in den kommenden Jahren zügig umsetzen. Zudem werden zwei neue staatliche Museen bereits heuer ihre Pforten öffnen: im Frühjahr die Sammlung Brandhorst in München und im Herbst das Bayerische Textil- und Industriemuseum Augsburg. Ich darf mich an dieser Stelle bei der vorherigen Staatsregierung für ihren

Weitblick bedanken. Das brauchen wir. Diese Zeichen sind auch notwendig im Bereich der Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch die Literaturförderung in Bayern ist mir ein großes Anliegen. Die Schätze der literarischen Tradition müssen als wesentlicher Teil unseres kulturellen Erbes noch mehr in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. So freut es mich, dass wir mithilfe der vorgesehenen deutlichen Anhebung der Haushaltsmittel das Literaturförderungsprogramm zügig umsetzen können. Geplant sind unter anderem ein Kinder- und Jugendliteraturfestival, ein Literaturportal Bayern, ein virtuelles Literaturarchiv sowie ein Paket zur Förderung des literarischen Nachwuchses. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns mit diesem Entwurf des Einzelplans 15 gelingen wird, Wissenschaft und Kunst im Freistaat ein gutes Stück weiter voranzubringen. Darauf können wir auch in Zukunft aufbauen. Und das sollte unser gemeinsames Ziel sein.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Rupp das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Adelheid Rupp (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister Heubisch! Vorweg zwei Bemerkungen meinerseits zu Ihrer Rede. Zum einen haben Sie erneut wieder den ausgeglichenen Haushalt hochgehalten. Sie wissen genauso gut wie ich und wie alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, dass dieser ausgeglichene Haushalt nur dadurch zustande kommt, dass auf Rücklagen zurückgegriffen wird und dass es angesichts der konjunkturellen Lage durchaus vertretbar ist, ordentlich zu investieren. Es wird hier noch zu belegen sein, dass das vom Freistaat Bayern nicht so vorgenommen wird, wie es notwendig ist. Und man muss auch darauf hinweisen, dass 2011 ein ausgeglichener Haushalt in weiter Ferne sein wird. Schauen wir uns das letzte Jahr an, da haben Sie auch immer vom ausgeglichenen Haushalt geredet: 10 Milliarden

Euro Schulden mehr dank Landesbank. Bleiben Sie also doch bei dem, was es hier dringend braucht

(Beifall bei der SPD)

und versuchen Sie die Dinge nicht immer positiv darzustellen, indem Sie ständig den ausgeglichen Haushalt vor sich hertragen.

Zweitens. Sie rechnen leider falsch. Sie sagen, der Haushalt steige um 11,1 %. Man kann nicht beide Haushaltsjahre prozentual einfach zusammenzählen. Da sollten Sie sich mit dem Finanzminister einmal zusammensetzen und erklären lassen, warum die Steigerungsrate nicht 11,1 % beträgt, sondern es insbesondere für das Jahr 2009 deutlich weniger ist.

Nun zu dem, was wir in diesem Haushalt vorfinden. Lob vonseiten der SPD für Bausanierung und Neubau. Das kann man ruhig so sagen. Da wurde nämlich dem Folge geleistet, was die Immer "irrende SPD" schon seit 20 Jahren sagt.

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich sehr erfreulich. Hätte die CSU das mit aller Konsequenz von Anfang an getan, dann wäre in diesem Bereich ein deutlich geringerer volkswirtschaftlicher Schaden entstanden. Denn was Sie getan haben in diesem Bereich, das war doch die Hochschulen unter Ihrem Hintern weggammeln zu lassen, um das einmal so unvornehm auszudrücken.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben genau das nicht getan, was ständig erforderlich ist. Wenn man volkswirtschaftlich vernünftig handeln will, wenn man haushalterisch vernünftig handeln will, dann sorgt man dafür, dass wichtige Modernisierungsmaßnahmen und Investitionsmaßnahmen bei Bauwerken zeitgerecht vorgenommen werden und wartet nicht ab, bis es hereinregnet, bis es Schimmelpilz gibt, bis die Fenster kaputt sind, Heizungen nicht mehr

benutzt werden können usw. Das alles - das wissen Sie inzwischen ganz genau, vermute ich, - finden wir an bayerischen Hochschulen vor.

Also zum einen Dank, dass endlich etwas passiert, zum anderen: Hören Sie mehr auf uns, dann könnten Sie deutlich mehr Geld sparen.

(Beifall bei der SPD - Eduard Nöth (CSU): Oje!)

- Oje, das habe ich vernommen. Ich muss sagen, lassen Sie es sich doch einmal vorrechnen. Es wäre hier doch einmal spannend, dass wir tatsächlich den Schaden ausrechnen lassen, der dadurch entstanden ist, dass in die Universitäten und Fachhochschulen, was Bau angeht, nicht investiert wurde. Ich fände das ganz spannend. Da könnten wir gerne gemeinsam einen Antrag stellen, wenn Sie da dabei sind.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Nachdem es der erste Haushaltsentwurf ist, den wir heute beraten, denke ich, sollte man kurz etwas zur Nachschubliste sagen. Denn es ist die erste Nachschubliste, die behandelt wurde. Wir haben vorab gesagt, dass wir keine Tricksereien wollen. Wir wollen, dass sich der Freistaat tatsächlich an der Kofinanzierung beteiligt. Diese Nachschubliste zeigt deutlich, dass das der Freistaat Bayern nicht tut.

(Beifall bei der SPD)

Was da gemacht wird, ist eigentlich eine Unverschämtheit gegenüber dem Bund und gegenüber den Kommunen, die zusätzlich investieren müssen. Es ist auch eine Unverschämtheit gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bayern, weil nämlich die konjunkturellen Impulse, die durch das Konjunkturprogramm gesetzt werden sollen, dadurch nicht gesetzt werden, dass Sie schlicht bei Ihrem Anteil darauf zurückgreifen, was im Haushalt bereits eingestellt ist. So sieht ein Konjunkturprogramm nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss ich auch meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass Sie Herr Staatsminister nach meinem Eindruck ganz glücklich über das zusätzliche Geld in diesem Konjunkturprogramm sind. Ich muss gleichzeitig die Frage an die FDP stellen: Was sollte eigentlich das Herumgezicke vor der Verabschiedung des Konjunkturprogramms?

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht sollten Sie sich da gegenseitig doch etwas mehr ins Benehmen setzen.

Man muss in diesem Zusammenhang auch ganz kurz etwas dazu sagen, wie in den Haushaltsberatungen verfahren wird. Es wurde hier vollmundig angekündigt, wir würden einen neuen Politikstil erleben.

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

Der neue Politikstil sieht so aus, dass kein einziger Antrag der Opposition wirklich vernünftig behandelt wird, dass kein einziger Antrag der Opposition, und sei er noch so vernünftig - es gibt ja auch immer wieder mal Zustimmung von CSU-Kollegen und FDP-Kollegen, auch vom Staatsminister -, beschlossen wird. So sieht der neue Politikstil aus.

Ich denke es ist jetzt der geeignete Zeitpunkt, es an einem Beispiel klar zu machen. Ich meine einen Antrag von uns, bei dem es um schlicht 10.000 Euro Unterstützung der Frauenakademie ging, die ganz Wesentliches in der Genderforschung in Bayern leistet und eine sehr gute Arbeit macht. Wir haben eine Lösung gefunden. Die sieht aber nicht so aus, dass diese 10.000 Euro tatsächlich zusätzlich jetzt genehmigt wurden. Lächerliche 10.000 Euro! Gleichzeitig werden Anträge von CSU und FDP gestellt. 30 Millionen Euro Spielgeld sind im Einzelplan 13 eingestellt, sodass Sie ab und zu Ihren Erfolg nach draußen verkünden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie immer wieder von neuem Politikstil reden, dann kann ich hier nur feststellen, es ist genau der alte Politikstil, die alte Arroganz, die wir auch in der Vergangenheit hatten.

(Beifall bei der SPD)

Sie wenden sich nicht Fachfragen zu, Sie beschäftigen sich nicht mit Inhalten, sondern Sie lehnen einfach alles, und sei es noch so vernünftig, ab.

Ganz kurz möchte ich noch etwas zu den Studierenden sagen. Sie bauen zwar Stellen aus, und ich finde es wunderbar, dass das gemacht wird. Aber es reicht nicht aus, die Studierenden werden in der Lehre durchaus schlechtere Voraussetzungen vorfinden, als es in der Vergangenheit war. Der Studierendenberg wächst und wächst. Die Stellen, die Sie einstellen, reichen bei Weitem nicht aus. Das ist ein Riesenproblem. Das größte Problem ist aber - das ist im Armutsbericht erwähnt - dass 20 % der Studierenden in Bayern arm sind. Schaffen Sie endlich - das hat mit diesem Haushalt zu tun - die Studiengebühren ab. Denn das halte ich für unerträglich, dass man es hinnimmt, dass 20 % der Studierenden arm sind.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth)

Das Ziel ist mit diesem Haushalt deutlich verfehlt. Weiteres in den weiteren Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen von und zu Lerchenfeld das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Minister! Zunächst einmal muss ich feststellen, dass ich wirklich begeistert bin von den hellseherischen Fähigkeiten unserer hoch ehrwürdigen Frau Kollegin von der Opposition, Frau Rupp. Ich meine, dass Sie heute schon sehen, wie im Jahr 2011 ein Haushalt aussehen wird, und wie dort die Finanzierung, Haushaltslöcher oder Ähnliches vorhanden sein wird.

(Adelheid Rupp (SPD): Der Herr Finanzminister hat ja schon gesagt, wie das aussehen wird!)

Das ist wirklich sibyllinisch, wie Sie das machen. Ich bin begeistert. Ich darf mich sehr vor Ihnen verneigen, denn das ist schon wirklich große Kunst.

(Zuruf der Abgeordneten Gote (GRÜNE))

Im Übrigen haben Sie ja schon gestern bewiesen, dass Sie nicht verstanden haben, worum es eigentlich bei der Nachschubliste geht und beim Konjunkturprogramm II. Es geht auch darum - das muss man sicherlich sagen -, dass es Projekte gibt, die bis zum Jahr 2011 tatsächlich auch abgeschlossen sein müssen. Deswegen hat es natürlich keinen Sinn irgendwelche Phantasieprodukte hervorzuzaubern, sondern die Maßnahmen, die kommen, müssen selbstverständlich vorgeplant sein und sie müssen bis zum Jahre 2011 "abfinanziert" sein. Auf diese Art und Weise schaffen wir es gerade im Bereich dieses Einzelplans, einen Akzent für die Konjunktur zu setzen.

Der vorliegende Haushaltsplan für dieses Ministerium einschließlich der Sonderprogramme und der Nachschubliste setzt ein sehr deutliches Zeichen für die Bedeutung von Bildung und Forschung sowie Kunst und Kultur in Bayern.

Der Herr Minister hat es schon erwähnt, dass der Haushalt in den beiden kommenden Jahren jeweils deutlich über fünf Milliarden Euro beträgt. Damit ist er der drittgrößte Haushalt, den wir in diesem Hohen Hause verabschieden werden.

Das zeigt ganz deutlich, dass Hochschule, Forschung, Innovation und Technologie zentrale Schwerpunkte dieser Legislaturperiode sein werden. Die erhebliche Steigerungsrate belegt eindrucksvoll, dass wir es mit diesen Schwerpunkten ernst meinen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Ausbau unserer Hochschulen stellt uns vor große Herausforderungen; wir müssen mit Anforderungen fertig werden, vor die uns die steigende Zahl der Studierenden in den

kommenden Jahren stellen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auch, Veränderungen beim Zulassungssystem vorzunehmen. Es kann ja wohl nicht sein, dass bei Numerus-Clausus-Fächern Plätze nicht besetzt werden, weil sich Studenten an verschiedenen Universitäten anmelden und dann nicht vorgesorgt werden kann, dass dort nachgezogen werden kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass die Staatsregierung bereits in den vergangenen Jahren deutlich gemacht hat, wie wichtig ihr der Ausbau der Hochschulen ist. Die Schaffung von 38.000 neuen Studienplätzen und 3000 neuen Stellen in den Hochschulen bis zum Jahre 2011 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Rechenmäßig müssen wir davon ausgehen, dass im Jahre 2011 ganz sicher mehr Studenten für diese 38.000 Studienplätze vorhanden sein werden, aber erstens kann man natürlich entsprechende Maßnahmen ergreifen, indem man hoffentlich die andrängenden Studenten auf das Sommer- und das Wintersemester verteilt und zweitens ist zu erwarten, dass nicht unbedingt alle Studenten wirklich sofort zu studieren beginnen.

Tatsächlich wird wohl die Spitze des Ganzen erst im Jahre 2012 zu erwarten sein, und dafür sind schon heute gewisse Maßnahmen vorgesehen. Da ist mit Weitsicht gearbeitet worden.

Wir müssen allerdings in Zukunft auch dafür noch entsprechende Haushaltsbeschlüsse fassen, soweit dies finanziell überhaupt machbar ist, da wir ab dem Jahre 2012 sicherlich noch weitere 10.000 Studienplätze schaffen müssen.

Der Ausbauzustand unserer Universitäten wie auch der Zustand insgesamt ist natürlich nicht erfreulich. Da gebe ich Ihnen sehr, sehr recht, hochehrwürdige Kollegin Rupp.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Aber eines müssen wir doch festhalten, wofür ich Regensburg gern als Beispiel nehmen möchte, weil ich von Regensburg komme: Regensburg wird in dem Ausbau- und Sanierungsprogramm gut bedacht.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Es werden deutliche Akzente gesetzt, und Regensburg - da gebe ich Ihnen ganz recht, hochachtungsvoller Kollege von der Opposition - hat einen erheblichen Nachholbedarf. Dadurch gibt es allerdings auch erhebliche Einschränkungen in den nächsten Jahren sowohl für die Studenten als auch für die Lehrenden, denn sie werden selbstverständlich unter dem Bau und Umbau bei den Sanierungen in Regensburg entsprechend leiden. Es wird dies eine große Herausforderung für den Lehr- und Forschungsbetrieb in Regensburg sein.

Erfreulich ist aber auch - das muss man besonders als Regensburger festhalten -, dass gerade im Bereich der Fachhochschule Regensburg ein vernünftiger Weg fortgesetzt wird, indem nämlich die Zusammenfassung der verschiedenen Standorte der Fachhochschule Regensburg im Universitätsbereich weitergeführt wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Denn hier werden sich Synergieeffekte ergeben, die sich nicht nur auf die Fachhochschule beschränken, sondern darüber hinaus dazu führen, dass gemeinsame Forschungsprojekte zwischen Fachhochschule und Universität bzw. zwischen Fachhochschule und Universitätsklinikum durchgeführt werden. Dies wird eine deutliche Effizienzsteigerung für Forschung und Lehre ergeben.

Meine Damen und Herren, es ist dies ein gutes Beispiel, wie man vernünftige Effizienz in diesem Bereich bilden kann. Es freut mich natürlich auch für die Oberpfalz, dass in der Nachschubliste auch erhebliche Mittel für die Fachhochschule Amberg/Weiden vorgesehen werden. Hiermit wird eine sehr vernünftige und kluge Politik in Bayern fortgesetzt, die eine wirklich große Tradition hat.

Einer der großen Vorteile, die Bayern immer gehabt hat, liegt darin, dass man schon sehr frühzeitig begonnen hat, die Universitäten und Fachhochschulen im ganzen Lande

auf- und auszubauen. Gerade dadurch, dass überall in Bayern Hochschulen gebaut wurden, haben wir heute den Vorteil, flächendeckend über ganz Bayern über Forschungs- und Lehrinrichtungen zu verfügen, die nicht nur für die Studenten ein heimatnahes Studium ermöglichen, sondern auch wichtige Impulse für die Wirtschaft in der Region geben.

(Beifall bei der CSU)

Die Entwicklung unseres Landes zeigt ganz besonders deutlich, wie wichtig Universitäten und Fachhochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung aller Regionen in Bayern sind.

Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Forschung und Lehre auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite kann auf diese Art und Weise eine echte Entwicklung für die Zukunft unseres Landes vorangetrieben werden.

Natürlich ist es wichtig und auch selbstverständlich, dass die großen Universitäten wie München, Nürnberg-Erlangen oder Würzburg entsprechend ausgebaut und gefördert werden. Aber die Universitäten gerade in den kleineren Städten am flachen Land sind für die gesamte Entwicklung Bayerns von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist es deshalb auch sehr wichtig, dass in diesem Haushalt Mittel bereitgestellt werden, die es wie beispielsweise in Erlangen ermöglichen, einen echten Leuchtturm für die Wissenschaft mit dem Max-Planck-Institut für die Physik des Lichts zu schaffen. Damit wird im nordbayerischen Raum eine ganz neue Perspektive eröffnet, man könnte sagen, ein Licht angezündet.

Natürlich sind auch der Neubau des Demenzforschungszentrums und der Ausbau des Leibniz-Rechenzentrums Leuchttürme für die Forschung in Bayern. Es bleibt zu hoffen, dass wir in Zukunft noch weitere Forschungsinstitute in die Nähe aller bayerischen Universitäten bekommen, damit auch andere Regionen in den Genuss außeruniversitärer Forschungseinrichtungen kommen.

Der Herr Minister ist schon darauf eingegangen, dass es ein bayerisches Nachwuchswissenschaftler-Förderprogramm gibt. Das ist dieses Jahr mit 400.000 Euro und im kommenden Jahr mit 750.000 Euro dotiert. Hier wird ein deutliches Zeichen dafür gesetzt - das ist dringend notwendig - dass wir uns der Konkurrenz im nationalen und internationalen Bereich stellen, damit wir qualifizierten Nachwuchs an unseren Hochschulen erhalten oder an unsere Hochschulen zurückbringen.

Der Herr Minister hat auch das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre hervorgehoben. Auch hier werden, so glaube ich, die bewährten Maßnahmen zur gezielten Nachwuchsförderung von Frauen fortgesetzt.

In unseren Ausschüssen wurde teilweise über die Studiengebühren und ähnliche Dinge diskutiert. Ich möchte feststellen, dass ab diesem Sommersemester darauf verzichtet wird, Verwaltungsgebühren von den Studenten zu erheben.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Somit kommt ihnen zumindest etwas zugute. Studienbeiträge kommen den Studenten selbst zugute, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von der SPD)

Sprechen Sie doch einmal mit den Studenten. Die sind hocheifrig darüber, dass sie schlicht und ergreifend bessere Tutorenstunden haben, mehr Ausstattung und bessere Einrichtungen vorfinden. Alles das, was sie sich gewünscht haben, ist vorhanden.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Hochehrwürdiger Kollege Pfaffmann, sprechen Sie doch einmal mit den Studenten außerhalb der Ludwig-Maximilians-Universität, dann werden Sie hören, dass hier ein durchaus großes Verständnis besteht.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Im Übrigen meine ich, dass es richtig ist, dass die Staatsregierung und die Regierungsfractionen die Möglichkeit zur Befreiung von Studiengebühren verbessern wollen. Gerade dort, wo mehrere Kinder studieren, ist es dringend erforderlich, die soziale Komponente zu stärken.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, ich habe leider nur noch wenig Redezeit, deswegen lieber nicht.

(Zurufe von der SPD)

Bereits heute ist ein Viertel aller Studierenden von den Studiengebühren befreit, unter anderem auch deswegen, weil sie aus Familien stammen, bei denen drei Kinder gleichzeitig studieren. In Zukunft sollen Studenten von der Studiengebühr auch dann befreit werden, wenn zwei Kinder einer Familie gleichzeitig studieren. In diesem Fall soll für das zweite Kind keine Studiengebühr erhoben werden. Ich glaube, das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Das bedeutet, dass zukünftig wahrscheinlich ein Drittel aller Studierenden überhaupt keine Studiengebühren mehr zahlt.

Wir müssen uns natürlich darüber Gedanken machen, wie wir die sozialen Komponenten gerade für Familien weiter ausbauen. Aber wenn ich mir heute überlege, dass ein Handwerksmeister für seine Ausbildung zwischen 15- und 20.000 Euro ausgeben muss, dann kann ich mir nicht vorstellen, warum es unsinnig sein soll, wenn ein Student in acht Semestern für sein Studium circa 4.000 Euro ausgeben soll.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist es natürlich von ganz besonderer Bedeutung, dass wir in diesem Haushalt deutliche Akzente auch für Kunst und Kultur in Bayern setzen. Wir sind uns darüber im Klaren, welche große Bedeutung gerade die nichtstaatlichen Theater und Kultureinrichtungen in unserem Flächenstaat haben. Deswegen haben wir von CSU- und FDP-Fraktion auf-

grund der Expertenanhörung in der letzten Legislaturperiode den Ansatz für das Haushaltsjahr 2009 noch einmal um 500.000 Euro aufgestockt.

Für Sing- und Musikschulen, die Laien- und Volksmusikpflege sowie die Musikakademien haben wir den Ansatz des Regierungsentwurfs ebenfalls aufgestockt, und zwar um 300.000 Euro.

Gleiches gilt für das Bibliothekswesen in Bayern. Hier haben wir in dem Wissen um die Bedeutung dieser Einrichtungen die Haushaltsansätze ebenfalls um insgesamt 300.000 Euro angehoben.

Natürlich würde man sich wünschen, in diesem Bereich noch mehr Mittel zur Verfügung stellen zu können. Aber mit diesem Haushaltsansatz und durch die von unseren Fraktionen vorgenommenen Erhöhungen werden richtige Zeichen gesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich ganz besonders, dass es gelungen ist, die Mittel für den Denkmalschutz gegenüber dem Regierungsentwurf noch einmal anzuheben. Denkmalschutz ist nicht nur eine Frage der Erhaltung von Gebäuden, nicht nur eine Frage - das kann ich Ihnen aus Erfahrung sagen -, ob uns ein altes Gebäude lieb und sehr teuer ist, sondern ist auch die Frage, wie wir mit dem Erbe unserer Eltern, unserer Vorfahren umgehen. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir den Mittelansatz für den Denkmalschutz erhöhen, auch wenn wir noch nicht so weit sind, wie wir es uns wünschen sollten. Wir können nämlich nicht so viele Mittel für den Denkmalschutz zur Verfügung stellen, wie es in den 70er- und 80er-Jahren in diesem Haus geschehen ist. Unser Ziel sollte es sein, die damaligen Zahlen wieder zu erreichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Abgesehen von dem Gesichtspunkt des Erbes unserer Vorfahren müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, dass Denkmalschutz ein echter Wirtschaftsfaktor ist. Denken Sie daran, dass mit einem Euro Förderung im Denkmalschutz zwischen sechs und

acht Euro Wirtschaftsleistung erbracht wird. Daran sieht man, wie wichtig dies ist. Gerade für unsere Unternehmen im Handwerkerberuf und im Mittelstand ist der Denkmalschutz von ganz besonderer Bedeutung.

Ich betone, dass alle diese Vorschläge, die unsere Fraktionen zur Erhöhung der Haushaltsansätze gegenüber dem Regierungsentwurf gemacht haben, entsprechenden Gegenfinanzierungsmöglichkeiten gegenüberstehen. Natürlich wäre es, wie gesagt, erfreulich, wenn wir weitere Mittel zur Verfügung stellen könnten. Aber wir sind nun einmal auf die Mittel angewiesen, die wir haben, und wir dürfen nicht weiter in die Schulden hineinwachsen.

Sie von der Opposition dürfen Ihren Kollegen in Berlin nicht vorwerfen, sie machten Schulden, und dann dort gleichzeitig eine Schuldenbremse fordern und in Bayern in die Verschuldung gehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben mit Ihren Vorschlägen die Quadratur des Kreises verlangt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie haben gesagt, wir sollten mehr investieren, mehr ausgeben, mehr zahlen, ohne dass dafür Finanzmittel zur Verfügung stehen. Wir würden all Ihren Vorschlägen zustimmen, wenn Sie uns einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag machten. Sagen Sie uns doch, an welcher Stelle wir gegenfinanzieren sollen, dann sind wir bereit, die Vorschläge mit Ihnen zu tragen.

Oder sind Sie der Auffassung, dass wir weniger Lehrerstellen schaffen sollten, um mehr in den Denkmalschutz investieren zu können? Sollten wir weniger Baufinanzierung machen, damit wir mehr in Kunst und Kultur investieren können?

So geht es nicht! Sie wollen die Quadratur des Kreises. Das können wir nicht mittragen. Es ist wunderschön, immer viel zu fordern, ohne Gegenfinanzierungsmaßnahmen nennen zu können. Ich würde mich in Ihrer Situation wahrscheinlich ganz ähnlich verhalten,

hochehrwürdige Kollegen der Opposition. Aber ohne vernünftige Gegenfinanzierungsvorschläge kann man einfach nicht arbeiten.

Abschließend bedanke ich mich ganz besonders herzlich dafür, dass dieser Haushalt in großartiger Weise sehr schnell zustande gekommen ist. Die Nachschubliste ist eingearbeitet worden. Wenn wir den Haushalt heute verabschieden, können wir mit den Maßnahmen beginnen. Wenn wir schnell sind, können wir damit Konjunkturmaßnahmen rechtzeitig einleiten.

Beim Wissenschaftsministerium, bei Ihnen, Herr Minister, und all Ihren Mitarbeitern bedanke ich mich ganz herzlich, aber natürlich auch beim Finanzministerium für diese hervorragende Arbeit. Beiden Häusern gilt also mein besonderer Dank.

Wenn wir diesen Haushalt heute verabschieden, eröffnen wir die Möglichkeit, mit vielen Maßnahmen zu beginnen, die auch konjunkturell notwendig sind. Deshalb bitte ich Sie, dem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich erteile das Wort für die Freien Wähler Herrn Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit den Zahlen ist es nicht immer so ganz einfach. Sie drücken Verschiedenes aus. Ich hatte zwar nicht sehr viel Zeit, habe mir aber die Nachschubliste genauer angeschaut, ebenfalls das Konjunkturpaket. Dann habe ich mir gedacht: Da fehlt doch irgendetwas; da fehlen die 25 % des Freistaates Bayern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Da sagt man sich als Jurist: Wer weiß, ob man so richtig rechnet. Die Kollegin Rupp - ich lasse das "hochehrwürdig" oder "ehrwürdig" einfach weg - rechnet genauso. Insofern gehe ich davon aus, dass die Rechnung stimmt.

Das heißt: Diese 25 % - wenn ich es richtig rechne, sind es mehr als 50 Millionen Euro - fehlen. Eigentlich sollte der Freistaat diese Mittel drauflegen. Das ist im Bund-Länder-Verhältnis so abgesprochen worden.

Man kann diese Dinge unterschiedlich benennen. Man kann sagen: Okay, der Haushalt ist noch nicht verabschiedet; dann ist das rechtlich möglich. Das ist aber, bayerisch gesprochen, hinterfotzig. Es ist gegenüber den anderen Ländern unsolidarisch.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das muss man ganz deutlich herausstellen.

Vielleicht geht es auch um die Lesart. "Mehr Netto vom Brutto", so hieß es immer im Wahlkampf, aber keiner wusste, was das ist. Aber jetzt wissen wir es vielleicht.

Gerade aus diesem Grund werden wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Wir haben viele Zahlen gehört, aber nicht ganz so viele Ideen. Worum es mir besonders ging, ist die Frage: Welche Hochschulen möchten wir in den nächsten Jahren denn haben? Wie soll das denn ablaufen? Hier vermute ich manchmal eine etwas unsägliche Verbindung zwischen CSU- und FDP-Programmatik. Da geht es um sehr viel Sicherheit und Kontrolle in unseren BA-Studiengängen und um Wissensakkumulierung. Das ist vielleicht die Handschrift der CSU. Aber ich sage ganz ausdrücklich: Hochschulen sind keine Legebatterien. Da sitzen Menschen, Studierende. Die muss man individuell behandeln. Man muss ihnen wesentlich mehr Autonomie geben. Aber darauf komme ich später noch.

Die FDP spricht sehr viel von der Freiheit der Eliten. Damit ist sicherlich auch die Autonomie der Hochschulen gemeint. Aber Hochschulen sind keine Aktiengesellschaften. Auch da sollten wir uns darüber klar sein, was wir in der Politik wollen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Für mich ist eines ganz wichtig: Wenn wir Hochschulpolitik machen - das ist nun einmal der drittgrößte Haushalt -, dann darf die Hochschulpolitik kein Anhängsel einer übergestülpten Ordnungspolitik sein. Das haben wir hier jahrelang erlebt. Das haben wir unter Ministerpräsident Stoiber erlebt, der den Sparzwang und den ausgeglichenen Haushalt zum Ordnungsprinzip Nummer eins erhoben hat. Was war die Konsequenz? - Viele Gebäude wurden kaputtgespart. Was damals angerichtet wurde, muss man heute ausbaden, und deshalb stehen wir hier.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Frau Merkel macht heute Hochschulpolitik als Konjunkturpolitik. Auch das halte ich für falsch. Es ist schön - das betone ich -, dass inzwischen Geld in die Gebäude fließt, aber das ist nicht alles. Das kann nicht Hochschulpolitik sein. Was Ministerpräsident Seehofer macht, weiß man nicht so recht. Das ist ein bisschen Rumpelstilzchenpolitik nach dem Motto "Ach wie gut, dass niemand weiß...", und niemand weiß so recht, wie die Politik ist. Dann gibt es immer ein wenig Aufstampfen in Berlin, aber man weiß ja, wie das Ganze geendet hat.

Ich will einige Punkte nennen, die für uns sehr wichtig sind. Wir wollen nicht nur eine Autonomie der Hochschulen, sondern auch eine Autonomie der Studierenden. Selbstbestimmung der Studierenden - was heißt das? Eine größere Selbstbestimmung bedeutet für uns nicht, dass Studierende in Bachelor-Studiengängen zum Teil 26 Stunden pro Woche in den Hörsälen sitzen. Das ist kein Studium in Selbstverantwortung. Deshalb haben wir als Freie Wähler auch den Ausbau der virtuellen Hochschule gefordert mit der Begründung, es ist besser, wenn die Studierenden ihre Zeit frei gestalten können, dass sie zu Hause mal in den Rechner hineinschauen und dort einige Inhalte mitbekommen, anstatt immer nur im Hörsaal zu sitzen.

Als Weiteres wollen wir größere finanzielle Spielräume. Auch das bedeutet Autonomie der Studierenden. Deshalb sind wir wie die anderen Parteien der Opposition für die Abschaffung der Studiengebühren.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Das bedeutet mehr finanziellen und zeitlichen Spielraum.

Wir sind übrigens auch für eine größere Internationalität. Das - ich möchte beinahe sagen - Perverse ist ja, dass mit Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge weniger Studierende ins Ausland gehen als vorher. Man hat also nicht erreicht, was man eigentlich erreichen wollte. Deshalb fordern wir ein neues Projekt, nämlich eine binationale Universität, nicht nur ein Forschungsinstitut. Das soll nur der Anfang sein. Wir Freien Wähler möchten eine binationale Universität. Es würde sich angesichts der tschechischen Ratspräsidentschaft anbieten, diese als Universität von Tschechien und Bayern zu starten. Gerade mit dem großen Anteil an Sudetendeutschen in Bayern ließe sich hier sicher etwas ganz Interessantes auf den Weg bringen, aber leider wurde das abgelehnt.

Wir fordern weiter eine größere Interdisziplinarität: mehr Lehrpersonal, ein häufigeres Schauen über den eigenen Tellerrand, nicht nur ein Kochen im Saft des eigenen Studiums. Wenn Studenten pro Woche teilweise 30 Stunden nur in ihrem eigenen Studiengang verharren, dann können sie sich keine anderen interessanten und spannenden Studien anschauen. Wie haben wir das früher gemacht? - Viele von uns Juristen waren häufig bei den Kunsthistorikern, nicht nur deswegen, weil es dort den besseren Cappuccino gab und nette, hübsche Frauen, sondern auch deswegen, weil man die Inhalte interessant fand und sich dort weiterbilden konnte.

Ich sage es ganz deutlich: Wir sind gegen eine Amerikanisierung der deutschen Hochschule und für ein größeres Selbstbewusstsein aufgrund der Abschlüsse, die wir in Deutschland haben.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Ich wundere mich, dass die Bayerische Staatsregierung in den vergangenen Jahren die bewährten deutschen und bayerischen Studienabschlüsse so leichtfertig über Bord geworfen hat. Wir haben Diplom-Studiengänge - nicht nur den Diplom-Ingenieur -, die

weltweit anerkannt sind. Wir haben Staatsexamina mit hohem Qualitätsanspruch. Stattdessen haben wir nun Master- und Bachelor-Abschlüsse, die gewiss nicht die gleiche Qualität bieten. Die Ziele sind nicht erreicht worden. Wir sind bei den Studienabschlüssen nicht schneller, nicht internationaler und nicht besser geworden. Wir sind auf das Label "Made in Germany" stolz. Wir sollten auch auf das Label "Studied in Bavaria" stolz sein und es vorwärts bringen. Wir sollten überlegen, wie weit wir die bisherigen Studienabschlüsse erhalten können. Ich sage auch ganz deutlich: Ein bayerisches Abitur ist nicht mit einem amerikanischen Highschool-Abschluss gleichzusetzen. Das ist ein großer Fehler, der in der Debatte immer wieder gemacht wird.

(Beifall bei den Freien Wählern - Ulrike Gote (GRÜNE): Nicht nur ein bayerisches!)

- Ich sage auch gerne "ein deutsches Abitur". Der deutsche Bachelor-Abschluss wird von den Amerikanern teilweise nicht anerkannt, weil er nur drei Jahre dauert, während er bei ihnen vier Jahre umfasst. Das sagt man, nicht wissend, dass man hier mit ganz anderen Voraussetzungen in die Universitäten geht.

Das ist uns sehr, sehr wichtig. In der Hochschulpolitik darf man nicht nur arbeitsplatzorientiert agieren, darf nicht nur für den Arbeitsmarkt ausbilden. Von der Wirtschaft kommt sehr häufig und sehr stark die Forderung, dass die Studierenden früh für den Einsatz am Arbeitsplatz fertig sein sollen. Uns geht es darum, Menschen zu befähigen, die Probleme, die das Leben und die Welt bieten, zu erkennen, Problemstellungen einzuordnen und diese Probleme zu lösen. Das ist ein Ansatz, der aus der Tradition der Gebrüder Humboldt stammt, der aus der Tradition von Bentham stammt und den wir nicht einfach über Bord werfen wollen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Die Bundesrepublik ist kein Land der großen Bodenschätze. Unser Schatz sind die Menschen; unser Schatz sind die Köpfe, in die wir intelligent investieren müssen. Der Haushalt, den wir gerade verabschieden, bietet hier einige Ansätze. Wir begrüßen

durchaus das, was für den Ausbau der Hochschulen vorgesehen ist. Wir wollen aber nicht nur in die Form investieren, sondern noch viel mehr in die Inhalte.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Piazzolo. Für die GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Gote das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, auch in finanziellen Krisenzeiten gilt Artikel 108 der Bayerischen Verfassung: "Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei." Besser noch: Gerade in Krisenzeiten gilt es, sich auf diesen wichtigen Verfassungsgrundsatz zu besinnen; denn genau hier liegen die Chancen für Wege aus der Krise. Kultur hält die Gesellschaft zusammen, schafft Identität und bietet Heimat, wenn die Verhältnisse unsicher werden. Kunst öffnet den Blick, regt den Geist an, wenn sich alles auf das rein Materielle zu beschränken droht.

Herr Minister, ich habe gedacht, Sie finden den Zugang zu Ihrem neuen Ressort. Kunst ist aber mehr als ein Standortfaktor. Sie ist nicht nur ein Kostenfaktor - das haben Sie gesagt -, sie ist auch mehr als ein Standortfaktor, und das haben Sie nicht gesagt.

Kreativität ist gefragt; denn es gilt, neue Wege zu gehen und Zukunft zu gestalten. Herr Minister Heubisch, die Vokabel "Humankapital" müsste Ihnen als Wirtschaftsliberaler doch eigentlich gefallen. Mir gefällt sie zwar nicht so gut, aber Humankapital ist in der Tat unsere stärkste Ressource in Bayern, und das bleibt es auch in der Krise, ist sozusagen krisenfest. Deshalb müssen wir unsere jungen Menschen gut ausbilden. Wir brauchen an unseren Hochschulen gute Lehre. Ich glaube, wir wollen doch alle, dass mehr Menschen in Bayern besser ausgebildet werden.

Wissenschaft und Forschung liefern das Handwerkszeug, das diese Gesellschaft am Laufen hält und wieder zum Laufen bringen kann. Uns GRÜNEN sind die Naturwissenschaften, die Ingenieurwissenschaften, die Biowissenschaften und die Umweltwissenschaften genauso lieb und teuer und wichtig wie die Kulturwissenschaften, die

Geisteswissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und die Sozialwissenschaften; denn wir durchleben nicht nur eine Wirtschafts- oder eine Finanzkrise, sondern wir stecken mitten in einer Systemkrise, die weit in die Verfasstheit unserer Gesellschaft hineinreicht. Das ist auch eine soziale Krise. Kolleginnen und Kollegen, denken Sie an die Debatte über den Sozialbericht, die wir in der letzten Woche hier geführt haben. Wir erwarten von Wissenschaft und Forschung, dass sie uns Antworten auf die Herausforderungen liefern, vor denen wir stehen, oder dass sie wenigstens die richtigen Fragen stellen. Deshalb muss der vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010, Einzelplan 15, an nichts weniger gemessen werden als an diesem Verfassungsgrundsatz, der Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre garantiert.

Die Voraussetzungen von Freiheit sind unter anderem Autonomie, Demokratie und Gerechtigkeit. Sichert nun der von Ihnen vorgelegte Einzelplan die Autonomie der Hochschulen? - Wir denken: Nein. Lassen wir uns nicht von großen Zahlen täuschen. Herr Minister Heubisch, erwarten Sie von uns bitte keinen Mitleidsbonus dafür, dass Sie ein desolates Feld übernehmen mussten, eine über viele Jahre hinweg chronisch unterfinanzierte Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Sie hätten die Chance gehabt, das Ruder endlich herumzureißen. Sie tun es nicht oder allenfalls halbherzig; denn der Aufwuchs im Einzelplan 15 kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gesamtanteil der Ausgaben für den Hochschulbereich am Staatshaushalt immer noch bei circa 12 % liegt. Da liegt er seit einigen Jahren. Die Mittelstraß-Kommission hat bereits 2005 darauf hingewiesen und dies deutlich kritisiert. Sie sind mit Ihrem Haushalt nicht über das Niveau von 2005 hinausgekommen. Das ist die Wahrheit hinter den vermeintlich hohen Zuwachsraten im Einzelplan 15. Man muss eben immer alles im Zusammenhang sehen.

Herr Minister, Ihr Vorgänger im Amt, Ex-Minister Dr. Goppel, hat bei der Vorstellung des Ausbauprogramms für die Hochschulen, das schon mehrfach abgefeiert wurde, im Juni 2007 die klare Linie ausgegeben: Ziel sei, das Niveau von 2005 zu halten. Das war das Jahr nach der katastrophalen Sparorgie 2004. Dieses Niveau zu halten war das Ziel. Das scheint auch das Ziel der jetzigen Staatsregierung zu sein. Herzlichen Glückwunsch

Herr Minister Heubisch, das haben Sie geschafft! Das Niveau haben Sie gehalten - nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt im Klartext: Sie führen die Mangelverwaltung an den Hochschulen fort. Der Aufwuchs wird vollständig durch die wachsenden Studierendenzahlen aufgebraucht. Eine Verbesserung der Situation an den Hochschulen wird es auch mit Ihnen nicht geben. Herr Minister, das ist eine magere Bilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie haben nichts erreicht. Was wir jetzt bekommen, wurde uns bereits 2007 angekündigt. Das hätten wir auch ohne Sie gekriegt.

Autonomie, selbstbestimmtes Handeln und Gestalten der Hochschulen ist auf diesem Niveau nicht möglich. Auch bei den Kriterien Demokratie und Gerechtigkeit scheitern Sie auf ganzer Linie. Das gilt sowohl für Kultur und Kunst als auch für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich.

Die nichtstaatlichen Theater müssen weiter auf angemessene Förderung warten. Ich habe das im Protokoll nachgelesen. Es war erbärmlich, wie Sie diskutiert haben. Wir alle wissen, was die Anhörung und der ORH-Bericht ergeben haben. Lächerliche 500.000 Euro mehr geben Sie den nichtstaatlichen Theatern. Wir alle wissen, dass denen fünf Millionen wirklich genutzt hätten. Nicht einmal dazu sind Sie in der Lage.

Kulturell wird weiterhin von oben herab und nicht demokratisch bestimmt, was förderwürdig ist. Man schaut nicht, was sich in der Bürgerkultur entwickelt. Von oben herab wird bestimmt, was förderwürdig ist. Die Popularmusik gehört nicht dazu. Die Kultur in der Fläche, Museen - nicht die Leuchttürme - oder öffentliche Bibliotheken, egal von welchem Träger, kommen weiterhin zu kurz.

An den Hochschulen führen Sie die neoliberale Hochschulpolitik der CSU weiter, wie wir das von Ihnen nicht anders erwartet haben. Sie setzen im Haushalt keinerlei Impulse, um den Hochschulen Gestaltungsfreiräume, hin zu liberalen demokratischen Institutionen, zu eröffnen. Was von unten als Selbstorganisation in den letzten Jahren gegen viele Widerstände gewachsen ist, zum Beispiel die Bayerische Forschungsallianz - BayFoR -, eine Organisation, die Forschungsgelder in Europa akquiriert und den Wissenstransfer mit der Wirtschaft gut bewältigt hat, wird durch die feindliche Übernahme der Bayern Fit GmbH plattgemacht. Die Bayern Fit GmbH ist nichts anderes als ein zentralistisches Bürokratiemonster. Hier hätten Sie Geld sparen können. Sie hätten 100 Millionen Euro sparen können.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU)

Für die Internationalisierung der Hochschulen, dafür, dass diese weltoffen werden, sich für Studierende aus den Entwicklungs- und Schwellenländern öffnen können, haben Sie keinen Cent übrig. Herr Kollege Barfuß, Ihre Einlassung im Hochschulausschuss fand ich beschämend. Haben Sie denn nicht einmal mit den Hochschulgemeinden gesprochen oder mit der Caritas? Diese Organisationen betreuen die Studierenden. Wenn ja, hätten Sie Ihre Äußerung im Hochschulausschuss nicht machen können.

Zur Frauenförderung an den Hochschulen und im Wissenschaftsbereich haben Sie, Herr Minister, schon im Haushaltsausschuss erstaunliche Worte gefunden. Sie sagten, die absoluten Zahlen seien noch nicht völlig zufriedenstellend. Herr Minister, die Zahlen sind katastrophal; sie sind ein Skandal. "Nicht völlig zufriedenstellend" ist vollkommen verharmlosend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in diesem Haushalt nichts getan, um das zu ändern, obwohl es nicht um große Summen für die Frauenförderung, oder für die bessere Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten gegangen wäre, damit die wenigstens vernünftig arbeiten können. Es ist

erbärmlich und skandalös, wie wenig Sie für die Förderung junger Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen übrig haben.

Von allergrößter Arglosigkeit, Herr Minister, zeugen Ihre Aussagen zu den Studiengebühren. Ihnen fehlt jegliches Gespür für die sozialen Realitäten unter Studierenden. Bildungsgerechtigkeit scheint im FDP-Vokabular ein Fremdwort zu sein, sonst würden Sie sich nicht wundern müssen, dass viele Studierende an den Hochschulen, mit denen Sie reden - wahrscheinlich an den Münchner Hochschulen - nicht über Studiengebühren klagen. Herr Minister, an den bayerischen Hochschulen treffen Sie in der Mehrzahl die Kinder der Reichen und Privilegierten. Die anderen schaffen es gar nicht bis dahin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das mag vielleicht Ihr Wählerklientel sein. Wir können uns damit aber nicht zufrieden geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir tun es auch nicht. Wir wollen es uns nicht länger leisten, auf die vielen begabten jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien zu verzichten. Deshalb müssen die Studiengebühren weg. Sie verschärfen die soziale Selektion. Sie sind undemokratisch, ungerecht, und sie schaden unserem Land.

Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es ist nicht alles Gold, was im ersten Moment glänzt. Mit dem Entwurf des Einzelplans 15 schaffen Sie nicht die Grundlagen dafür, dass sich Kunst, Wissenschaft und Lehre in Freiheit entfalten können, wie unsere Gesellschaft und Bayern dies dringend bräuchten. Deshalb werden wir den Einzelplan ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich erteile für die FDP-Fraktion Herrn Professor Dr. Barfuß das Wort.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister Heubisch! Ich bin etwas enttäuscht, Frau Gote, dass Sie sagen, an der Münchner Universität studierten die Privilegierten, aber die Afrikaner, die zu uns kommen, wären die Armen. Das ist keine Logik.

Ich gehöre im Übrigen zu den Privilegierten. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, bin bei der Großmutter aufgewachsen, habe zunächst an einer privaten Handelsschule Schulgeld und später an der Universität Studiengebühren bezahlt. Stellen Sie sich vor: Ich lebe noch.

(Beifall bei der FDP)

Hören Sie mit dem Märchen auf, dass jemand nicht studieren könne, weil es Studiengebühren gibt! Wer fleißig genug ist, findet Wege. Davon lasse ich mich von Ihnen nicht abbringen.

Ich bin von Ihnen, Frau Kollegin Rupp, etwas enttäuscht. Sie haben gesagt, Sie wollten eigentlich 10.000 Euro. Wenn ich auf diese Replik hin von Ihnen lerne, sage ich in Zukunft Null. Es wäre so gewesen, wie Sie zu Recht angeprangert haben, nämlich dass egal ist, was Sie sagen, wir würden sowieso ablehnen. Was haben wir gemacht? - Wir haben uns bemüht und haben uns auf 7.200 Euro geeinigt. In meinem Text steht, dass ich möchte, dass das künftig so bleibt. Das gilt für alle fünf Fraktionen im Hause. Wir sollen rechtzeitig miteinander reden und zuhören. Sie sollten auch einräumen, dass die Opposition nicht immer miteinander gestimmt hat, sondern nach Ihren Programmen selektiert. Das müssen Sie uns auch zugestehen. Im Prinzip will und werde ich hören, was Sie sagen. Sie sollten nicht enttäuscht sein, und Sie sollten auch sagen, wo Sie die Mittel wegnehmen wollen.

Herr Minister Fahrenschon ist nicht anwesend. Da er für den gesamten Haushalt Verantwortung trägt, muss er darauf achten, dass der Haushalt im Rahmen bleibt. Der Rahmen ist ein ausgeglichener Haushalt. Wer etwas anderes sagt, denkt nur an sich und nicht an unsere Kinder und Enkel.

(Beifall bei der FDP)

Man kann über Herrn Stoiber schimpfen, wie man will - der hatte andere Schwierigkeiten -, aber dass man versucht hat, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, war sinnvoll. Wenn Sie die 25%-Quote anmahnen, dann muss ich sagen, Bayern überweist so viel in den Finanzausgleich, dass die Länder, die sich sonst gar nicht beteiligen könnten, nur mit dem bayerischen Geld die 25 % scheinbar erwirtschaften. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP)

Kommen wir zurück auf den Boden der Tatsachen. Es ist nicht alles so schön, wie wir es Ihnen sagen, aber es ist auch nicht alles so traurig, wie Sie es vortragen. Wenn uns ein Fremder zuhört, muss er sich fragen: Über welches Land reden die denn da, über Burundi? - Nein, wir reden über Bayern, und das ist ein wunderschönes Land. Den Haushalt müssen Sie so verstehen wie zu Hause. Wenn Sie Kinder haben, dann merken Sie, wir haben immer größere Ansprüche, als wir Mittel zur Verfügung haben. Hier ist es genauso. Die Kollegen Bürgermeister hier im Hause werden doch wissen, dass die Forderungen der Ämter immer höher sind als das, was letztlich bewilligt wird. Das ist ganz normal.

Ich darf zu meinem eigentlichen Text kommen; denn ich habe nicht viel Zeit.

(Zuruf von der SPD: Wer hat den geschrieben?)

Die Bilanz unseren Kindern gegenüber ist schon jetzt miserabel. Die Generationenbilanzierung beweist, dass die Rücklagenbildung, die in Bayern immer noch besser ist als anderswo, nicht ausreicht, um das heutige Leistungsniveau in der Zukunft zu halten. Hier muss ich auf die GRÜNEN verweisen, die sonst immer von Nachhaltigkeit reden: Da bin ich der Meinung, das muss besser werden. Wir leben jetzt auf Kosten unserer Kinder, damit wir gewählt werden, damit wir draußen gut dastehen und damit wir unsere Wahlversprechen einlösen, aber langfristig ist das nicht machbar. Neben den ausgewiesenen, allseits bekannten Staatsschulden von 1,65 Billionen Euro drückt auch der Anspruch der

Renten- und Pensionskassen - das will keiner hören, weil man es nicht sieht - von rund 4 Billionen Euro. Die entstandene Nachhaltigkeitslücke beträgt jetzt schon das 2,5-Fache unseres Bruttoinlandsproduktes. Wer hier noch draufsatteln möchte, ist unsolidarisch mit unseren Kindern.

Ich bin - Gott sei Dank - Vater von fünf Kindern und möchte denen nicht noch mehr Staatsschulden hinterlassen. Es gibt aber etwas, was zu kurz kommt in unserem Haushalt. Ich appelliere deshalb an alle fünf Fraktionen: Wir müssen die Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt erhöhen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Bis zum Ende der Legislaturperiode. Eines nach dem anderen.

Wenn wir das nicht tun, dann zahlen unsere Kinder neben den 1,65 Billionen Euro und den 4 Billionen Euro an Rentenansprüchen auch noch die maroden Gebäude. Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn sie auswandern und sich der Braindrain zu unseren Lasten auswirkt.

Eine Erhöhung brächte auch - für alle Kommunalpolitiker verständlich, für die anderen sicher auch - eine kosteneffektivere Ausführung von Sanierungen und Reparaturen. Das wäre ein unschätzbare Beitrag zur Mittelstandsförderung, ein Vorteil für unsere bayrischen Handwerksbetriebe und damit eine Quelle für Steuereinnahmen und ein Garant für sichere Arbeitsplätze.

Auch wenn Sie es nicht mehr hören können: Natürlich ist die Belastung durch das Desaster bei der Landesbank für uns eine schlimme Sache. Wenn Sie sich die mittelfristige Finanzplanung ansehen, dann registrieren Sie, dass die Belastung von 200 Millionen auf 400 Millionen und 450 Millionen Euro steigt. Über Jahre nimmt das zu. Wir Haushälter - und darüber streiten wir uns auch in der Fraktion - müssen damit leben und sagen, was wir wirklich wollen. Neuverschuldung? - Nein. Drastische Einschnitte? - Auch nicht. Also werden wir irgendeine Mischung finden müssen. Der Haushalt ist nichts anderes als der

Versuch, einen Kompromiss zu schließen und mit den Gegebenheiten zurechtzukommen.

Wenn wir versuchen, auch die volkswirtschaftliche Situation, die heute kein Mensch beschreiben kann, zu berücksichtigen, dann müssen wir ehrlicherweise sagen, wir wissen nicht, wie die Entwicklung weitergeht. Haben wir mehr oder weniger Steuern? Bricht das Steueraufkommen ein? Für den Haushälter ist klar, dass man mit dem Geld sorgsam umgehen muss. Deshalb noch einmal: Alle fünf Fraktionen sollten zumindest, Mitte Mai beginnend, miteinander reden und sagen, wie man mit dem immer knapper werdenden Gut der Haushaltsmittel vernünftig umgehen kann. Ich werde mich für vernünftige Dinge einsetzen, wie ich es bei der Frauenförderung getan habe. Es ist nicht so, dass wir immer recht haben und Sie falsch liegen. Es kann auch genau umgekehrt sein: Sie haben recht, und wir liegen falsch. Deshalb müssen wir aufeinander zugehen. Lernen Sie das von der Kommunalpolitik. Wenn Sie etwas sagen, und wir sagen "Pfui", oder wir sagen etwas, und Sie sagen "Pfui", dann sollten wir alle daran denken: Die Bevölkerung hat uns gewählt, damit wir alle miteinander etwas für unser Land tun.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bedanken. Wir geben schließlich nicht unser Geld aus, sondern wir geben das Geld von den Menschen aus, die es erst einmal aufbringen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Unser Land ist immerhin so arm, dass 27 Millionen Menschen keinen Cent Steuern und Abgaben bezahlen. Auch das muss man sehen. Umso mehr wollen wir uns bei denen bedanken, die es tun. Es ist kein Herumgeeiere oder Herumgezicke in Berlin, wie Sie es genannt haben, sondern unser gutes Recht, dass wir versuchen, mit dem Konjunkturpaket auch etwas für die Leistungserbringer zu tun.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Keine-Steuerzahler bringen aber auch Leistung!)

- Keine-Steuerzahler bringen auch Leistung und Abgaben? Was denn, bitte?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Eine Mutter, die ihre Kinder aufzieht, erbringt auch eine Leistung!)

- Das müssen Sie mir als Vater von fünf Kindern sagen. Das ist wunderbar, danke.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ferner möchte ich Herrn Dr. Simon und seinem Team sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit danken und meinen Respekt zum Ausdruck bringen. Dem Vorsitzenden Georg Winter danke ich für die souveräne Sitzungsleitung.

Wie Bayern in zehn Jahren dasteht, hängt unter anderem von den Erfolgen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung ab. Geist ist der einzige Rohstoff, den wir fördern. Subventionen sind der Ausdruck unserer kollektiven Unfähigkeit, das einzusehen. Durch den Kulturetat, den Wissenschaftsetat und den Kunstetat ist noch nie ein Staat in die Bredouille gekommen, schon eher durch Ausgaben, die nur dem nächsten Wahltermin geschuldet waren. Mit einer Steigerung von 11,1 % - 6,6 % im Jahr 2009 und 4,5 % im Jahr 2010 - ist dieser Etat das Gegenteil von Gefälligkeitspolitik. Dieser Etat dient der Zukunft der bayerischen Bevölkerung. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Haushalt zuzustimmen im Interesse der Wissenschaft, der Forschung, der Kunst und der Tradition in unserem geliebten Bayernland.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion der Kollegin Zacharias.

Isabell Zacharias (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor allem: Werter Staatsminister Dr. Heubisch, mit Ihnen möchte ich heute hier reden. Ich kenne zwei Personen, die noch vor wenigen Monaten mit Ihren Wahlprogrammen herumgelaufen sind und zu Recht gesagt haben, dass bis 2012 zusätzlich 70.000 Studienplätze erforderlich sind und nicht 38.000 und dass die 3.000 Stellen für den Mittelbau nicht reichen. Ich darf Ihnen vielleicht

verraten, wer die beiden Personen waren: Das waren ich und Wolfgang Heubisch. Wir zwei haben das an den Infoständen für unsere jeweiligen Parteien gesagt, und heute müssen wir einen Einzelplan 15 verabschieden, in dem diesen Anliegen nicht Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Leider stellen wir nur 38.000 zusätzliche Studienplätze zur Verfügung, obwohl wir alle wissen - Sie haben es vollmundig gesagt -, dass 2011 der doppelte Jahrgang der Abiturienten ansteht. CSU wie FDP hoffen, dass die Abiturienten nicht alle gleichzeitig mit dem Studium beginnen. Was glauben Sie eigentlich, wie das in den letzten Jahren war? Meinen Sie, dass die Leute alle erst einmal ein halbes Jahr auf die Malediven fliegen, ein bisschen jobben und dann langsam schauen, wann sie anfangen zu studieren? - Es ist jedes Jahr das Gleiche: Es sind immer ungefähr 45.000 Studienanfänger. Wenn man das verdoppelt, sind das - schaffen Sie es? - deutlich mehr als 70.000. Wir haben also viel zu wenige Studienplätze. Wir wissen doch auch, dass beim Bachelor und beim Master der Betreuungsschlüssel höher anzusetzen ist. Schon jetzt haben wir die Überlastung an den Universitäten. 2011 wird das eine Katastrophe für die Studierenden, für den Mittelbau und für die Professorinnen und Professoren, und wir schauen einfach zu.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nicht wir!)

- Nicht wir, aber die anderen, die Bösen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Leute im Mittelbau sind die Säulen der Hochschulen. Sie wissen doch alle, dass der wissenschaftliche Mittelbau 60 % bis 70 % der Arbeit leistet, Prüfungen abhält, Vorlesungen hält usw. Wie sollen die Leute das bei dieser Personalsituation, bei diesen Rahmenbedingungen und dieser Arbeitsbelastung im Jahr 2011 und in den folgenden Jahren leisten? - Ich bin gespannt, wie viele Petitionen wir dazu behandeln dürfen. Tatsächlich bin ich entsetzt darüber, dass unsere Qualitätsoffensive mit den Qualifizie-

rungsmöglichkeiten für den Mittelbau so wenig Eingang in den Einzelplan 15 gefunden hat. Da ist kein Ansatz.

Zu Ihrem Nachwuchsförderprogramm sage ich Ihnen ganz ernsthaft: 400.000 Euro und 750.000 Euro im Folgejahr sind nichts. Das ist nichts angesichts der Herausforderungen, die auf die Universitäten und Fachhochschulen zukommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte jetzt noch ewig fortfahren mit meinen Bemerkungen zum Mittelbau und zu den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern. Wissen Sie, was eine Uni ohne Hausmeister ist, ohne die Laboranten, ohne diese wunderbaren Sekretärinnen? - Die haben auch schlechte Arbeitsbedingungen, verdienen sehr wenig, müssen sehr viel arbeiten. Mein höchster Respekt gilt ihren derzeitigen Streikmöglichkeiten. Die haben mehr Geld verdient; das könnten wir auch einstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU)

Zu den Bibliotheken auch einen Satz. Wir müssen einsehen, dass die einzige Möglichkeit für alle Menschen, sich kostenfrei Bücher zu leihen, an öffentlichen wie an universitären Bibliotheken besteht. Wir müssen dies jedes Jahr ausbauen. Wir dürfen die Förderung bei steigenden Studienzahlen nicht runterlaufen lassen. Wenn wir das nicht tun, ist das kein fortschrittlicher Ausbau. Wir gestatten, dass sich immer weniger Menschen kostenfrei Bücher und neue Medien leihen können. Das ist nicht in Ordnung. Herr von und zu Lerchenfeld - wo sind Sie? -, wir sind inhaltlich beide der gleichen Meinung.

Zur Musik möchte ich auch noch etwas sagen; das ist mein Lieblingsthema. Ich habe gerade gelesen, dass Herr Heubisch gesagt hat, er finde es so entsetzlich, dass so viel Musikunterricht an den Schulen ausfällt. Ja, das finde ich auch. Ich bin davon überzeugt, dass viel zu viel kulturelle Bildung, wie sie Musik, Kunst und Sport vermitteln, an den Schulen ausfällt. Diese Fächer machen junge Menschen zu selbstbewussten, selbst gestaltenden, wunderbaren Menschen. Wir schauen zu, wie ihr Unterricht in diesen Fä-

chern ausfällt. Deswegen hätte ich mir ja so gewünscht, dass die Jugend- und Musikschulen deutlich ausgebaut werden, damit eben nicht mehr nur 9 % der Personalkosten, sondern 25 % erstattet werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

- Danke. Ihr dürft nicht so viel klatschen; das geht alles von meiner Zeit weg.

Es ist einfach nicht in Ordnung, dass nur noch Kinder von Eltern, die es sich leisten können, in die Musikschulen gehen. Jedes Kind hat ein Recht auf ein Instrument, auf einen Pinsel, jedes Kind hat Recht auf kulturelle Bildung. Da müssen wir richtig Geld investieren. Deswegen haben Sie, Herr Heubisch, mich an Ihrer Seite, wenn es darum geht, kulturelle Bildung insgesamt auszubauen.

Als Letztes möchte ich noch was zur Musikszene in München und Bayern sagen. Bayern ist ein schönes Land. Das müssen Sie mir als Zugereister zugestehen: Ich bin davon überzeugt, dass bayerische Blasmusik und Volksmusik echt großartig sind. Ich finde sie klasse, ich finde sie gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

- Das ist ein toller Applaus, danke schön. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, ich verrate Ihnen mal ein kleines Geheimnis: Vor 60 Jahren hat sich eine Musikszene entwickelt - das ist verrückt -: Rock und Pop. Das war vor 60 Jahren. Tina Turner hat die Olympiahalle vier Tage voll gemacht. Unser Alter war da durch die Bank vertreten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was, so was gibt es in Bayern?)

Das ist eine Musikrichtung - -

(Eberhard Rotter (CSU): Wir gehen auch noch zu Tina Turner!)

- Ich glaube es Ihnen sogar. Tina Turner, U2, die Rolling Stones, die kennen Sie alle. Wir müssen Rock und Pop auch in Bayern unterstützen, wie Volksmusik, wie Blasmusik. Das ist eben die Diversität der Musikszene.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auf Ihr Jammerlied zu den Studiengebühren, Herr Barfuß, einzugehen, habe ich gar keine Lust. Das ist bodenlos.

Herr von und zu Lerchenfeld, eines darf ich Ihnen noch sagen: Ich bin total begeistert, dass Alf Zimmer, dem Präsidenten der Uni Regensburg, der uns zum Ende dieses Monats als Uni-Präsident verlässt, nach wenigen acht Jahren, nachdem ihm 2001 ein Stück Decke auf den Kopf gefallen ist, von meinem SPD-Bundesfinanzminister Geld zur Verfügung gestellt wird, um diese Decke zu reparieren.

(Eduard Nöth (CSU): Vom Steuerzahler!)

Ich finde das großartig, ich freue mich für die Universität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang darf ich sagen: Wir können diesen Schmalspur-Einzelplan 15 nur ablehnen. Es ist zu wenig Geld eingestellt. Die Gegenfinanzierung besprechen wir gerne. Ich weiß nur, dass unsere Zukunft die Bildung ist. Da gilt es, zu investieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, Frau Kollegin! - Herr Kollege Lerchenfeld hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, zu der ich ihm das Wort erteile.

Isabell Zacharias (SPD): Aber gerne.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr verehrte, hochwürdige Kollegin,

(Allgemeine Heiterkeit)

ist Ihnen bekannt, dass die Aus- und Umbaumaßnahmen der Universität Regensburg ausschließlich im normalen Haushalt und nicht in der Nachschubliste stehen, oder haben Sie sich mit dem Haushalt überhaupt nicht beschäftigt?

(Piffe und Zurufe von der SPD: Buh, buh!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin!

Isabell Zacharias (SPD): Ups - das glaube ich nicht. Ich habe gelesen, Herr Kollege, hochverehrter Herr Kollege, dass die Uni Regensburg aus dem Konjunkturpaket II sehr wohl Geld bekommt. Herr Alf Zimmer hat auf der Pressekonferenz, wobei Minister Heubisch neben ihm saß, genau diese Worte gefunden. Er dankte für das Konjunkturpaket II, aus dessen Mitteln er die Decke, die ihm 2001 auf sein wertes Haupt gefallen ist, repariert bekommt. Jetzt: Auf Wiedersehen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich möchte nur kurz festhalten, dass der Grad der Höflichkeit jetzt der neue Standard ist.

(Heiterkeit)

Ich erteile für das Schlusswort in dieser Aussprache Herrn Staatsminister Dr. Heubisch noch einmal das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! - Ach, jetzt geht die Frau Rupp; das ist schade. Aber Frau Zacharias ist noch da.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich bin auch noch da!)

Es ist toll, dass hier im Landtag ein bisschen Stimmung ist. Ich finde das richtig gut. Trotzdem greifen Anstand und Höflichkeit so stark durch. Ja, es hat schon etwas gebracht, dass die Fraktion der FDP hier eingezogen ist.

(Beifall bei der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Die Kultur haben wir hier reingebracht!)

Ich fange einmal an mit dem Beitrag der Frau Kollegin Rupp, zunächst einmal zur Steigerung von 11,1 %. In einem Doppelhaushalt ist das halt so: Man fängt mit dem Jahr 2009 an; die Ausgangsbasis ist der 31.12.2008, plus zwei Jahre - das ergibt 11,1 %. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht weiter zu diskutieren, weil das einfach die absoluten Zahlen sind. Vergessen wir das.

Auf die Frauenakademie ist Georg Barfuß schon ein bisschen eingegangen. 10.000 Euro waren gefordert; dann wurde verhandelt, und dann hat man sich auf 7.000 Euro mehr geeinigt. Ich darf zitieren: Abgeordnete Adelheid Rupp (SPD) geht auf dieses Angebot ein und bedankt sich für die Bemühungen des Wissenschaftsministeriums. - Der Antrag wurde von der SPD zurückgezogen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Eduard Nöth (CSU): Hört, hört!)

Ich will nur sagen: Wir verhandeln auch, und wir stimmen auch zu. Die normalste Sache von der Welt ist, dass man nicht seine Vorstellungen zu 100 % durchbringt.

Jetzt komme ich zu den 38.000 Studienanfängern. Ich habe nur fünf Minuten Redezeit; ich würde aber den Kolleginnen Rupp und Zacharias gerne noch einmal verdeutlichen, wie die Ausgangszahlen sind und wie man dann auf die 38.000 kommt. Das Rechenverfahren ist ganz klar; wir rechnen nicht Pi mal Daumen. Bitte nehmen Sie das so hin. Ich bin gern bereit, das individuell zu begründen.

Dann komme ich zu meinen geliebten Studiengebühren. Da mache ich mich anscheinend bei der Opposition langsam unbeliebt.

(Georg Schmid (CSU): Das kann ich mir gar nicht vorstellen!)

Ich habe gesagt, dass ich alle 32 bayerischen Hochschulen besuche. 18 habe ich schon besucht. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Studiengebühren spielen bei der Diskussion mit den Studentinnen und Studenten praktisch keine Rolle.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie reden ja nur mit denen, die drin sind, weil sie sich die Gebühren leisten können!)

- Und jetzt noch eines, Herr Beyer: Ich diskutiere mit den Studentinnen und Studenten alleine, ohne Hochschulleitung. Ich sage Ihnen: Ich muss sie von mir aus sogar auf das Thema Studiengebühren ansprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ich spreche genau mit den gewählten Studentenvertretern, mit wem soll ich denn sonst sprechen? - Glauben Sie mir: Die Studiengebühren sind hier kein Thema, hundertprozentig. Wir haben die Drei-Kind-Regelung, wir haben die Zwei-Kind-Regelung. Herr Piazzolo, Ihre Ausführungen fand ich echt spannend. Ihre Ausführungen hatten, ich weiß, schon etwas mit dem Thema zu tun. Aber da kann ich jetzt philosophisch gesehen nicht darauf eingehen.

Beim Staatsanteil, Frau Gote, sind wir - ich habe mir das gerade noch einmal bestätigen lassen, nach meinem Wissen etwa bei 15 %, nicht bei 12 %. Denken Sie bitte daran, dass auch im Finanzministerium Titel lagern, die dem Wissenschaftsministerium zugeordnet werden. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Nun zu den nichtstaatlichen Theatern. Im Nachtragshaushalt 2008 sind dafür weitere 3 Millionen Euro, im Haushalt 2009 weitere 1,3 Millionen Euro und im Haushalt 2010 weitere 0,3 Millionen Euro vorgesehen. Diese Zahlen zeigen, dass wir dieses Feld durchaus berücksichtigt haben. Natürlich gibt es immer auch Felder, bei denen wenig oder nichts gegangen ist. Das liegt jedoch in der Natur der Sache. Natürlich gehört es zum Ansatz der Opposition, alles schlechtmachen, und zum Ansatz der Regierung, alles gut zu reden. Die Wahrheit liegt jedenfalls über der Mitte. Damit kann man sehr gut leben. Hier haben wir auch etwas für unsere Kinder getan.

Das gilt auch für die Bibliotheken. Liebe Isabell Zacharias, unbestritten ist, dass die Situation an vielen Hochschulen noch desolat ist. Wir haben jedoch Lösungen auf den

Weg gebracht. Ich kenne das Problem genauso gut wie die Hochschulleitungen. Unser Haushalt ist auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit gerichtet. Sprechen wir in zwei Jahren darüber. Ich freue mich schon darauf.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf zusammenfassend feststellen: Der Entwurf des Einzelplans 15 bietet eine solide finanzielle Basis für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Kultur im Freistaat Bayern. Er eröffnet der jungen Generation, die verstärkt an die Hochschulen drängen wird, sehr gute Zukunftsperspektiven. Wir werden die Akademikerquote steigern und in gleichem Maße die Zahl der Studienplätze ausbauen. Dadurch wird die Attraktivität Bayerns für Wissenschaft und Forschung gesteigert. Der Einzelplan 15 trägt zur Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Bayern bei und legt ein klares Bekenntnis zu Kunst und Kultur in diesem Lande ab. Dafür stehe ich ganz persönlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sehr verehrte Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie, dem Entwurf des Einzelplans 15 zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/439 mit 16/455, 16/481 mit 16/486, 16/488 mit 16/494, 16/503 mit 16/506, 16/511 mit 16/516, 16/567 und 16/569 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/659 zugrunde.

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/659 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 15 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen.

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.33 bis 18.38 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten für die Stimmabgabe sind um. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

Auf allgemeinen Wunsch warten wir das Zählergebnis nicht ab. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Dabei werde ich auf allgemeinen Wunsch den Tagesordnungspunkt 6 vorziehen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.03.2009 zu Tagesordnungspunkt 2: Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Naaß Christa			
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard			
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	87	60	2

Zu Tagesordnungspunkt 2**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Koordinierungsstelle Genderforschung einrichten
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/439)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre verwirklichen
(Kap. 15 03 TG 90)
(Drs. 16/440)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 TG 75 Tit. 686 75)
(Drs. 16/441)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel im Bereich Förderung und Pflege der Literatur
(Kap. 15 05 Tit. 681 90)
(Drs. 16/442)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
(Drs. 16/443)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Frauenbeauftragte besser unterstützen
(Kap. 15 06 Tit. 427 01)
(Drs. 16/444)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Offensive für Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/445)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forschungs- und Innovationsförderung - Bayerische Forschungsallianz (BayFOR)
(Kap. 15 06 Tit. 686 10)
(Drs. 16/446)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Lehrerbildung stärken
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
(Drs. 16/447)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Etat des Wissenschaftszentrums im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing auf das Mindestmaß erhöhen
(Kap. 15 06 TG 78)
(Drs. 16/448)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Internationalisierung der Hochschulen fördern
(Kap. 15 06 TG 81)
(Drs. 16/449)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zukunftsinvestition Hochschule - Ausbau der Hochschulen
(Kap. 15 06 TG 86)
(Drs. 16/450)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Einführung einer neuen Titelgruppe „Forschungsförderprogramm: Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an Bayerischen Hochschulen“
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/451)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zukunftsinvestition Hochschule - Anpassung der Bauunterhaltsmittel für die Hochschulen an den tatsächlichen Bedarf
(Kap. 15 07, 15 08, 15 17, 15 19, 15 21, 15 23, 15 24, 15 26, 15 27 und 15 32 bis 15 49 jeweils Tit. 519 01)
(Drs. 16/452)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
(Kap. 15 09 Tit. 532 81)
(Drs. 16/453)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erwerb von Kunst- und Sammlungsgegenständen
(Kap. 15 70 Tit. 523 74 und Tit. 812 74)
(Drs. 16/454)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zuschuss Buchheim-Museum
(Kap. 15 70 Tit. 686 75)
(Drs. 16/455)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 TG 73)
(Drs. 16/481)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester
(Kap. 15 05 Tit. 685 75)
(Drs. 16/482)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Linus Förster, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
(Drs. 16/483)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 TG 80 Tit. 633 80)
(Drs. 16/484)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
(Drs. 16/485)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wissenschaftsoffensive
Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/488)

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wissenschaftsoffensive
Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
(Drs. 16/489)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wissenschaftsoffensive
750 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
(Kap. 15 28)
(Drs. 16/490)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wissenschaftsoffensive
Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Fachhochschulen
(Kap. 15 49 TG 73)
(Drs. 16/491)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wissenschaftsoffensive
Dringend erforderliche Erhöhung der Mittel für die angemessene Bezahlung von Lehrbeauftragten und Korrepetitoren bei den staatlichen Musikhochschulen in Bayern
(Kap. 15 63 Tit. 428 01; Kap. 15 62 Tit. 428 01; Kap. 15 59 Tit. 428 01)
(Drs. 16/492)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
(Drs. 16/493)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wissenschaftsoffensive
Bayerische Staatsbibliothek
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
(Drs. 16/494)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Binationales Forschungsinstitut (Bayerisch-Tschechische Hochschule) im bayerischen Grenzgebiet zu Tschechien
(Kap. 15 03 neue TG)
(Drs. 16/503)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die Virtuelle Hochschule Bayern
(Kap. 15 06 TG 73)
(Drs. 16/504)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Epl. 15 (Abschaffung der Studienbeiträge)
(Drs. 16/505)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkung des personellen Mittelbaus an den bayerischen Fachhochschulen
(Kap. 15 32 bis 15 48 Tit. 422 01)
(Drs. 16/506)

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/902 des HA vom 05.03.2009

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/948 des HA vom 05.03.2009

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Landtags**

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatterin: **Adelheid Rupp**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Bei Kap. 01 01 (Landtag) wird der Ansatz bei

- Tit. 519 01 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) für 2009
von 1.100.000,-- €
um 842.500,-- €
auf 1.942.500,-- €
erhöht und
- Tit. 710 00 (Hochbaumaßnahmen im Bereich des Maximilianeums) für 2009
von 1.680.000,-- €
um 500.000,-- €
auf 1.180.000,-- €
vermindert.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Winter, Martin Bachhuber CSU, Thomas Hacker, Jörg Rohde, Karsten Klein u.a. FDP Haushaltsplan 2009/2010; hier: Bauunterhalt (Kap. 01 01 Tit. 519 01) Drs. 16/888 erledigt.

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010; hier: Personelle Ausstattung des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Kap. 01 04 Tit. 422 01) Drs. 16/711 wird zur Ablehnung empfohlen.

II. Bericht:

- Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
- Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 01 in seiner 16. Sitzung am 10. März 2009 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Berichterstatter: **Karsten Klein**
Mitberichterstatter: **Florian Ritter**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Bei Kap. 07 04 (Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung) wird der Ansatz bei

1. Tit. 883 72 (Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände) für 2009
von 1.875.000,-- €
um 1.000.000,-- €
auf 2.875.000,-- €
erhöht,
2. Tit. 892 72 (Zuschüsse an private Unternehmen) für 2009
von 55.400.000,-- €
um 5.000.000,-- €
auf 60.400.000,-- €
erhöht,
3. Tit. 686 78 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Fremdenverkehrswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs) für 2009
von 8.000.000,-- €
um 400.000,-- €
auf 8.400.000,-- €
erhöht und

4. Tit. 892 78 (Zuschüsse an private Unternehmen) für 2009
von 10.200.000,-- €
um 1.600.000,-- €
auf 11.800.000,-- €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 07 03 und 07 04 entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm (Kap. 07 04 TG 72)
Drs. 16/372
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm (Kap. 07 04 TG 72) Breitband
Drs. 16/373
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs einschließlich Saisonverlängerung (Kap. 07 04 TG 78)
Drs. 16/374

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 16/360
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
Drs. 16/361
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Breitbandausbau in ganz Bayern beschleunigen
(Kap. 07 04 neue TG 73 "Breitbandförderung")
Drs. 16/362
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Programm zur Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und/oder erneuerbare Energien
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 16/363
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 neue TG 74)
Drs. 16/364
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zuschüsse zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 16/365
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung der Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
Drs. 16/366
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
Drs. 16/370
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Unterstützung von Kommunen bei Wiederinbetriebnahme und Erhaltung von Kleinwasserkraftwerken
(Kap. 07 05 Tit. 893 76)
Drs. 16/367
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktichten im Schienenpersonennahverkehr
(Kap. 07 07 Tit. 682 03, Kap. 07 05 TG 71 - 72)
Drs. 16/368

Folgende Anträge werden für erledigt erklärt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Regionales Wirtschaftsförderprogramm insgesamt und speziell Erhöhung der Mittel für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum
(Kap. 07 04 TG 72 insbesondere auch Tit. 883 72)
Drs. 16/369
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: ÖPNV-Busförderung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 16/371

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 07 in seiner 9. Sitzung am 11. Februar 2009 und in seiner 20. Sitzung am 10. März 2009 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FW: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FDP: Zustimmungmit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
Verkehr und Technologie

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
		B Wegfall (-)	Hinzu (+) Tsd. EUR		B Wegfall (-)	Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2	3		4	5		6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 31-0 169	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnvG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	A B		---	A B		---
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
334 31-9 169	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Berufliche Weiterbildung und Forschung) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 93 - 94 und 95 - 96.</i>	A B	+19.256,0	19.256,0	A B	+20.706,0	20.706,0
334 41-7 692	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Breitbandförderung, Tourismusinfrastruktur) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 97 - 98.</i>	A B	+10.708,3	10.708,3	A B	+10.708,3	10.708,3
	Gesamteinnahmen	A B	29.501,5 +29.964,3	59.465,8	A B	33.748,5 +31.414,3	65.162,8
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	51 - 52 Ausgaben zur Förderung des Handwerks <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Vgl. Vermerk zu 07 04/883 10 bis 883 29.</i>						
894 52-5 153	Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 8.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 8.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2010 Tsd. EUR 2.000,0 2011 Tsd. EUR 2.000,0 2012 Tsd. EUR 2.000,0 2013 Tsd. EUR 2.000,0 Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 3.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	7.128,9 -1.642,0	5.486,9	A B	7.128,9 -1.642,0	5.486,9
	Summe der Titelgruppe	A B	26.328,9 -1.642,0	24.686,9	A B	26.328,9 -1.642,0	24.686,9

07 03
Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 07 03 – Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG)

	Gesamt Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR	TG / Tit.
1. Weiterbildung Handwerk	19.704,0	6.568,0	6.568,0	6.568,0	894 93
2. Weiterbildung IHK	16.320,0	5.440,0	5.440,0	5.440,0	894 94
3. KNM Bayreuth und Fürth	12.600,0	5.666,0	6.934,0	-	891 95
4. ZAE	8.000,0	4.000,0	2.667,0	1.333,0	893 95
5. IISB Erlangen und DLR Oberpfaffenhofen	13.867,0	4.000,0	6.000,0	3.867,0	893 96
6. Breitbandförderung	25.000,0	12.500,0	12.500,0	-	883 97
7. Tourismusinfrastruktur	3.500,0	1.333,3	1.333,3	833,4	883 98
Gesamtsumme ZulnvG	98.991,0	39.507,3	41.442,3	18.041,4	

Zu 07 03/894 52, 894 56, 893 60, 836 64, 891 64, 893 64 und 893 71

Umschichtungen innerhalb des Regierungsentwurfs zur Kofinanzierung des Konjunkturpakets II.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	55 - 59 Ausgaben zur Förderung der Wirtschaft <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 07 04/883 10 bis 883 29.</i>						
894 56-1 153	Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten für die Wirtschaft <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	4.320,0 -1.360,0	2.960,0	A B	4.320,0 -1.360,0	2.960,0
	Summe der Titelgruppe	A B	6.650,0 -1.360,0	5.290,0	A B	6.650,0 -1.360,0	5.290,0
	60 - 61 Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung <i>Titel der TG 60-61, TG 62-67, TG 68 und TG 69 gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>						
893 60-6 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen im Bereich der Wirtschaftsforschung <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 1.100,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 1.100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	3.320,0 -1.000,0	2.320,0	A B	3.320,0 -667,0	2.653,0
	Summe der Titelgruppe	A B	9.370,0 -1.000,0	8.370,0	A B	9.370,0 -667,0	8.703,0
	62 - 67 Ausgaben zur Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers <i>Vgl. Vermerk zu TG 60 - 61, zu 07 04/883 10 bis 883 29 sowie zu 07 05 TG 75 - 76.</i>						
836 64-2 169	Kapitalzuführung an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern	A B	1.400,0 -1.000,0	400,0	A B	--- ---	---
891 64-4 169	Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern für Investitionen	A B	--- ---	---	A B	2.100,0 -1.734,0	366,0
893 64-2 169	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Durchführung des Aktionsprogramms "Neue Werkstoffe" <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 800,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	1.480,0 -416,0	1.064,0	A B	1.480,0 ---	1.480,0
	Summe der Titelgruppe	A B	26.180,0 -1.416,0	24.764,0	A B	27.230,0 -1.734,0	25.496,0

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	71 - 75 Zuschüsse an Forschungseinrichtungen nach Maßgabe der Rahmenvereinbarungen Forschungsförderung gemäß Art. 91 b GG <i>Titel der Titelgruppen 71 bis 75: Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 07 03/119 71.</i>						
	71 Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der Angewandten Forschung e.V., München <i>Vgl. Vermerk zu TG 71 - 75.</i>						
893 71-3 164	Zuschüsse für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 6.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 6.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2010 Tsd. EUR 2.500,0 2011 Tsd. EUR 2.500,0 2012 Tsd. EUR 1.000,0</i>	A 4.774,9 B -1.000,0		3.774,9	A 6.561,9 B -1.500,0		5.061,9
	Summe der Titelgruppe	A 9.460,1 B -1.000,0		8.460,1	A 11.326,0 B -1.500,0		9.826,0
	93 - 94 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnVG) - Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnVG (Berufliche Weiterbildung) <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Bei Ausweitung des Programmvolumens einseitig deckungsfähig zu Lasten 07 03/894 52 und 894 56. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>						
894 93-6 153	Zuschüsse an Einrichtungen der Weiterbildung des Handwerks nach dem ZulnVG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 13.136,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B +6.568,0		6.568,0	A B +6.568,0		6.568,0
894 94-5 153	Zuschüsse an Einrichtungen der Weiterbildung der Industrie- und Handelskammern und sonstige gemeinnützige Weiterbildungseinrichtungen nach dem ZulnVG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 10.880,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B +5.440,0		5.440,0	A B +5.440,0		5.440,0
	Summe der Titelgruppe	A 0,0 B +12.008,0		12.008,0	A 0,0 B +12.008,0		12.008,0

07 03

Allgemeine Wirtschaftsförderung**Erläuterungen****Zu 07 03/93-94**

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Umbau-, Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen von Weiterbildungseinrichtungen der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern sowie sonstigen überbetrieblichen Weiterbildungsstätten (insbesondere energetische Sanierung).

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	95 - 96 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitions- gesetz (ZulnvG) - Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (Forschung) <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Bei Ausweitung des Programmvolumens einseitig de- ckungsfähig zu Lasten 07 03 TG 60 - 61, 62 - 67 so- wie 71. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>						
891 95-7 169	Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern, Standorte Bayreuth und Fürth, nach dem ZulnvG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 6.934,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	+5.666,0	5.666,0	A B	+6.934,0	6.934,0
893 95-5 169	Zuschüsse an das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung e. V. (ZAE Bayern) nach dem ZulnvG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 4.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	+4.000,0	4.000,0	A B	+2.667,0	2.667,0
893 96-4 164	Zuschüsse an das Institut für Integrierte Systeme und Bauelemente-Technologie (IISB) in Erlangen (Elektro- mobilität) und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. Köln nach dem ZulnvG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 9.867,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	+4.000,0	4.000,0	A B	+6.000,0	6.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +13.666,0	13.666,0	A B	0,0 +15.601,0	15.601,0
	97 - 98 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitions- gesetz (ZulnvG) - Investitionsschwerpunkt Infra- struktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Breit- bandförderung, Tourismusinfrastruktur) <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Bei Ausweitung des Programmvolumens einseitig de- ckungsfähig zu Lasten 07 04/883 72 und 883 78. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>						
883 97-5 692	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Breitbandförderung nach dem ZulnvG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 12.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	+12.500,0	12.500,0	A B	+12.500,0	12.500,0

07 03

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/95-96

Mit den Mitteln sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Am Kompetenzzentrum Neue Materialien Bayreuth erfolgen Anlageinvestitionen für zukunftssträchtige Leichtbau-Kunststofftechnologien, die von der Neue Materialien Bayreuth GmbH in enger Kooperation mit der Universität Bayreuth betrieben werden sollen. Am Kompetenzzentrum Neue Materialien Fürth wird eine Technikumshalle errichtet und mit Anlagen für die Umformung und Ausprägung von metallischen Werkstoffen ausgestattet, die von der Neue Materialien Fürth GmbH in enger Kooperation mit der Universität Erlangen-Nürnberg betrieben werden soll.

Am Zentrum für Angewandte Energieforschung Bayern (ZAE) besteht großer Bedarf an neuen Laborflächen. Im Zuge der derzeit laufenden Neubesetzung der Leitung des Standorts Erlangen gemeinsam mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wurden von Seiten der Universität bereits Flächen für entsprechende Baumaßnahmen reserviert.

Das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelemente-Technologie (IISB) in Erlangen ist im Bereich von elektrischen Fahrzeugantriebssystemen europaweit eine der führenden Forschungseinrichtungen. Für die weitere erfolgreiche Entwicklung dieses Bereiches ist ein Ausbau der Infrastruktur (Gebäude, technische Anlagen) vorgesehen.

Zu 07 03/97-98

Unter Nutzung der bereits eingerichteten Strukturen auf Landesebene dienen die Bundesmittel der Verstärkung des Landesprogramms zur Breitbandförderung unter Berücksichtigung der Anforderungen der EU an ein wettbewerbsorientiertes und technologieneutrales Vorgehen.

Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Fremdenverkehrseinrichtungen öffentlicher Körperschaften (RÖFE) bilden die bayerischen Heilbäder einen besonderen Förderschwerpunkt (förderfähig sind u.a. der Neubau, die Erweiterung, die Generalinstandsetzung von touristischen Informationszentren, Kurparks, Sole- und Heilwasserleitungen, Tagungsräumen und Veranstaltungszentren; ferner die Generalsanierung und Modernisierung von Hallenbädern, Kongressgebäuden und Kur(mittel)häusern).

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
883 98-4 650	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Tourismusinfrastruktur nach dem ZulnvG <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 2.166,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	 +1.333,3	1.333,3	A B	 +1.333,3	1.333,3
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +13.833,3	13.833,3	A B	0,0 +13.833,3	13.833,3
	Gesamtausgaben	A B	167.176,5 +33.089,3	200.265,8	A B	173.644,6 +34.539,3	208.183,9
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	29.501,5 -	29.501,5	A B	33.748,5 -	33.748,5
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	0,0 +29.964,3	29.964,3	A B	0,0 +31.414,3	31.414,3
	Gesamteinnahmen	A B	29.501,5 +29.964,3	59.465,8	A B	33.748,5 +31.414,3	65.162,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	461,7 -	461,7	A B	461,7 -	461,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	130.507,1 -	130.507,1	A B	139.484,7 -	139.484,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	36.207,7 +33.089,3	69.297,0	A B	33.698,2 +34.539,3	68.237,5
	Gesamtausgaben	A B	167.176,5 +33.089,3	200.265,8	A B	173.644,6 +34.539,3	208.183,9
	Zuschuss	A B	137.675,0 3.125,0	140.800,0	A B	139.896,1 3.125,0	143.021,1

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
Einnahmen							
Titelgruppen							
70 Sonderprogramm des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)							
<u>119 70-0</u> 692	Rückfüsse im Rahmen des Sonderprogramms des Bundes zur "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)	A B		---	A B		---
<u>331 70-2</u> 692	Zuweisungen des Bundes für das Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) <i>Vgl. Vermerk bei TG 70 (Ausgaben).</i>	A B	+5.600,0	5.600,0	A B	+2.800,0	2.800,0
Summe der Titelgruppe		A B	0,0 +5.600,0	5.600,0	A B	0,0 +2.800,0	2.800,0
Gesamteinnahmen		A B	61.729,2 +5.600,0	67.329,2	A B	87.917,9 +2.800,0	90.717,9
Ausgaben							
70 Sonderprogramm des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Leistungen an Zuwendungsempfänger dürfen erst erfolgen, wenn der bei 331 70 zu vereinnahmende Bundesanteil eingegangen ist. Falls höhere Bundesmittel eingehen, erhöht sich die Ausgabebefugnis um das Doppelte der zusätzlich eingegangenen Bundesmittel. Die erforderlichen zusätzlichen Landeskomplementärmittel können aus TG 72 entnommen werden.</i>							
<u>883 70-4</u> 692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	A B		---	A B		---
<u>892 70-3</u> 691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 11.200,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 11.200,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2010 Tsd. EUR 5.600,0 2011 Tsd. EUR 5.600,0</i>	A B	+11.200,0	11.200,0	A B	+5.600,0	5.600,0
Summe der Titelgruppe		A B	0,0 +11.200,0	11.200,0	A B	0,0 +5.600,0	5.600,0

07 04

Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung**Erläuterungen****Zu 07 04/70**

Im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung hat der Bund ein Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für die Jahre 2009 bis 2011 beschlossen. Diese Mittel sind gesondert gegenüber dem Bund nachzuweisen. Hierzu dient die neu eingefügte Titelgruppe.

Die Kofinanzierung (2009 5.600,0 Tsd. EUR, 2010 2.800,0 Tsd. EUR) erfolgt durch Umschichtung zu Lasten 07 04/892 72.

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	72 Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 78. Vgl. Vermerke zu 883 01, 883 10 bis 883 29 sowie TG 70 und TG 71. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
883 72-2 692	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vermerk unverändert</i>	A B	5.000,0 -3.125,0	1.875,0	A B	--- ---	--- ---
892 72-1 691	Zuschüsse an private Unternehmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 46.000,0 Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 41.600,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	61.000,0 -5.600,0	55.400,0	A B	66.000,0 -5.925,0	60.075,0
	Summe der Titelgruppe	A B	66.500,0 -8.725,0	57.775,0	A B	66.500,0 -5.925,0	60.575,0
	Gesamtausgaben	A B	205.096,4 +2.475,0	207.571,4	A B	211.285,1 -325,0	210.960,1
	Abschluss						
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	61.729,2 +5.600,0	67.329,2	A B	87.917,9 +2.800,0	90.717,9
	Gesamteinnahmen	A B	61.729,2 +5.600,0	67.329,2	A B	87.917,9 +2.800,0	90.717,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	267,2 -	267,2	A B	267,2 -	267,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	8.000,0 -	8.000,0	A B	8.000,0 -	8.000,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	196.829,2 +2.475,0	199.304,2	A B	203.017,9 -325,0	202.692,9
	Gesamtausgaben	A B	205.096,4 +2.475,0	207.571,4	A B	211.285,1 -325,0	210.960,1
	Zuschuss	A	143.367,2	140.242,2	A	123.367,2	120.242,2
	Überschuss	B	3.125,0		B	3.125,0	

07 04

Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung**Erläuterungen****Zu 07 04/883 72 und 892 72**

Umschichtungen innerhalb des Regierungsentwurfs zur Kofinanzierung des Konjunkturpakets I (Sonderprogramm GRW 2009 5.600,0 Tsd. EUR, 2010 2.800,0 Tsd. EUR) und II (Breitbandförderung 2009 und 2010 je 3.125,0 Tsd. EUR).

Bei 07 04/892 72 stehen als Ausgleich zu den für die Breitbandförderung in 2010 herangezogenen Mitteln i.H.v. 3.125,0 Tsd. EUR im Jahr 2008 für die Breitbandförderung veranschlagte, aber nicht ausgegebene Mittel zur Verfügung.

Epl. 07 Epl. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	99.950,3 -	99.950,3	A B	100.730,3 -	100.730,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.044.936,3 -	1.044.936,3	A B	1.064.465,3 -	1.064.465,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	61.729,2 +35.564,3	97.293,5	A B	87.917,9 +34.214,3	122.132,2
	Gesamteinnahmen	A B	1.206.615,8 +35.564,3	1.242.180,1	A B	1.253.113,5 +34.214,3	1.287.327,8
	Personalausgaben	A B	61.187,7 -	61.187,7	A B	62.909,1 -	62.909,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 650,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 450,0	A B	80.987,3 -	80.987,3	A B	81.607,3 -	81.607,3
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 801.435,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 904.840,0	A B	1.121.106,4 -	1.121.106,4	A B	1.127.932,0 -	1.127.932,0
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 2.350,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 4.550,0	A B	1.838,0 -	1.838,0	A B	2.838,0 -	2.838,0
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 10.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 7.000,0	A B	7.375,0 -	7.375,0	A B	7.428,7 -	7.428,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 1.005.183,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 89.900,0	A B	359.407,6 +35.564,3	394.971,9	A B	385.978,8 +34.214,3	420.193,1
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	535,8 -	535,8	A B	632,2 -	632,2
	Gesamtausgaben	A B	1.632.437,8 +35.564,3	1.668.002,1	A B	1.669.326,1 +34.214,3	1.703.540,4
	Zuschuss	A	425.822,0	425.822,0	A	416.212,6	416.212,6

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

Berichterstatter: **Alexander Radwan**
Mitberichterstatter: **Mannfred Pointner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04) wird der Ansatz bei Tit. 702 01 (Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) für 2009

von	160.000,-- €
um	500.000,-- €
auf	660.000,-- €

 erhöht.
2. Bei Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) wird der Ansatz
 - a) bei Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für 2009

von	397.031.400,-- €
um	181.100,-- €
auf	397.212.500,-- €

 und für 2010

von	405.641.800,-- €
um	520.300,-- €
auf	406.162.100,-- €

 erhöht,

- b) bei Tit. 526 21 (Entschädigung der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe) für 2009

von	62.202.300,-- €
um	45.000,-- €
auf	62.157.300,-- €

 und für 2010

von	62.202.300,-- €
um	214.600,-- €
auf	61.987.700,-- €

 vermindert,
- c) bei Tit. 701 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) für 2009

von	2.705.500,-- €
um	200.000,-- €
auf	2.905.500,-- €

 erhöht und
- d) bei Tit. 812 31 (Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen) für 2009

von	200.000,-- €
um	300.000,-- €
auf	500.000,-- €

 erhöht.
3. Bei Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) wird der Ansatz bei Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter) für 2009

von	150.598.500,-- €
um	136.100,-- €
auf	150.462.400,-- €

 und für 2010

von	159.148.600,-- €
um	305.700,-- €
auf	158.842.900,-- €

 vermindert.

4. Im Stellenplan werden

- a) bei Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) bei Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)) in 2009 drei Stellen der BesGr R 1 (Staatsanwälte, Staatsanwältinnen) und in 2010 zwei Stellen der BesGr R 1 (Staatsanwälte, Staatsanwältinnen) neu ausgebracht,
- b) bei Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) bei Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) in 2009 eine Stelle der BesGr A 7 (Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst) und drei Stellen der BesGr A 8 (Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst) nach Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)) umgesetzt und in zwei Stellen der BesGr R 1 (Staatsanwälte, Staatsanwältinnen) umgewandelt,
- in 2010 drei Stellen der BesGr A 7 (Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst) und zwei Stellen der BesGr A 8 (Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst) nach Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)) umgesetzt und in drei Stellen der BesGr R 1 (Staatsanwälte, Staatsanwältinnen) umgewandelt.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 04 02, 04 04 und 04 05 entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Thomas Kreuzer u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP Haushaltsplan 2009/2010; hier: Epl. 04 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz) Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften 10 zusätzliche Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Drs. 16/890
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Winter, Thomas Kreuzer, Alexander König u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP Haushaltsplan 2009/2010; hier: Epl. 04 (Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz) Drs. 16/840

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010; hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/712
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010; hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Richter und Staatsanwälte (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/766
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010; hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/767

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Mittel für die Bewährungshilfe (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/713
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Bewährungshelfer, Bewährungshelferinnen (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/768
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ernennung geprüfter Gerichtsvollzieher (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/714
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für die Gerichtsvollzieher; Ausschöpfung Stellenobergrenzen; Beförderung; Verkürzung Wartezeit (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/769
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Einfacher Dienst - Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/770
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Mittlerer Dienst - Justizfachwirte (Kap. 04 04 Tit. 422 21 und Tit. 422 01)
Drs. 16/771
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 16/772
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die kriminalpädagogischen Schülerprojekte (Kap. 04 04 Tit. 533 03)
Drs. 16/819
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Fachambulanzen für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern (Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 16/773
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal im Justizvollzug (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/715
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Aufstiegsstellen und Beförderungsstruktur (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/774
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Regierungssekretärwärter, Obersekretärwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisterwärter (Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/775

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Straftlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 16/776
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Projekt "Schwitzen statt Sitzen"
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 16/777
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittel für die Erprobung des Vollzugs der Jugendstrafe außerhalb von Jugendstrafvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 TG 71)
Drs. 16/778

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 04 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß §148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner 17. Sitzung am 11. März 2009 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Staatsministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
Einnahmen							
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen							
<u>334 41-6</u> 052	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Infrastrukturmaßnahmen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 71.</i>	A B		4.390,9	A B		4.843,9
			+4.390,9			+4.843,9	
	Gesamteinnahmen	A B	801,0 +4.390,9	5.191,9	A B	801,0 +4.843,9	5.644,9
Ausgaben							
Titelgruppen							
71 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG)							
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>							
<u>701 71-4</u> 059	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 5.202,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B		4.798,0	A B		5.202,0
			+4.798,0			+5.202,0	
<u>811 71-1</u> 052	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 250,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B		256,5	A B		256,5
			+256,5			+256,5	
<u>812 71-0</u> 052	Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B		200,0	A B		200,0
			+200,0			+200,0	
<u>815 71-7</u> 052	Modernisierung der IT-Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 800,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B		600,0	A B		800,0
			+600,0			+800,0	
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +5.854,5	5.854,5	A B	0,0 +6.458,5	6.458,5
	Gesamtausgaben	A B	353.075,5 +5.854,5	358.930,0	A B	367.891,2 +6.458,5	374.349,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 02 - Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG)

	Gesamt- Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR	TG/Tit.
1. Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	10.000,0	4.798,0	5.202,0		701 71
2. Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten	513,0	256,5	256,5	-	811 71
3. Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz	400,0	200,0	200,0	-	812 71
4. Aufbau einer IT-Infrastruktur für ein Kommunikationstool mit Alarmierungsfunktion	400,0	200,0	200,0	-	815 71
5. Aufbau einer leistungsfähigen, landesweiten Server- und Datenspeicherinfrastruktur für die bayerische Justiz	1.000,0	400,0	600,0	-	815 71
Gesamtsumme ZuInvG	12.313,0	5.854,5	6.458,5	-	

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2	3		4	5		6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 801,0 B -		801,0	A 801,0 B -		801,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 0,0 B +4.390,9		4.390,9	A 0,0 B +4.843,9		4.843,9
	Gesamteinnahmen	A 801,0 B +4.390,9		5.191,9	A 801,0 B +4.843,9		5.644,9
	Personalausgaben	A 346.391,1 B -		346.391,1	A 360.950,2 B -		360.950,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 2.628,7 B -		2.628,7	A 2.628,7 B -		2.628,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 120,0 B -		120,0	A 120,0 B -		120,0
	Baumaßnahmen	A 160,0 B +4.798,0		4.958,0	A 160,0 B +5.202,0		5.362,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 733,8 B +1.056,5		1.790,3	A 733,8 B +1.256,5		1.990,3
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 3.041,9 B -		3.041,9	A 3.298,5 B -		3.298,5
	Gesamtausgaben	A 353.075,5 B +5.854,5		358.930,0	A 367.891,2 B +6.458,5		374.349,7
	Zuschuss	A 352.274,5 B 1.463,6		353.738,1	A 367.090,2 B 1.614,6		368.704,8

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Baumaßnahmen						
701 01-5 052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 3.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 3.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	3.405,0 -699,5	2.705,5	A B	3.405,0 -900,5	2.504,5
	Sonstige Sachinvestitionen						
812 30-6 052	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	A B	100,0 -50,0	50,0	A B	100,0 -50,0	50,0

04 04

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Erläuterungen

Zu 04 04/701 01**2009**

Tsd. EUR

1.	Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Westseite (1. Bauabschnitt)	250,0
2.	Amtsgericht Ebersberg, Bahnhofstraße 19 und 21 Brandschutzmaßnahmen	242,0
3.	Landgericht Landshut Sanierung der Sanitäranlagen (1. Bauabschnitt)	241,0
4.	Landgericht Traunstein, Bauteil B Sanierung der Vorführzellen, der Dacheindeckung inklusive Wärmedämmung, der Fassade inklusive Wärmedämmung und Erneuerung der Fenster	300,0
5.	Amtsgericht Erding Errichtung eines barrierefreien Zugangs zum Gebäude	42,0
6.	Amtsgericht Starnberg Instandsetzung der Gebäudedrainage (3. Bauabschnitt)	200,0
7.	Amtsgericht Amberg, Baustadelgasse 1 Brandschutzmaßnahmen und Sanierung der Registraturräume	150,0
8.	Landgericht Ansbach Behindertengerechte Sanierung des Eingangsbereichs	180,0
9.	Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 Sanierung des Daches und der Sitzungssäle (1. Bauabschnitt)	100,5
10.	Landgericht Regensburg Brandschutzmaßnahmen (1. Bauabschnitt)	180,0
11.	Zentraljustizgebäude Weiden Flachdachsanierung, Fassadenanstrich	300,0
12.	Justizgebäude in Schweinfurt Sanierung im Bereich des Haupteingangs samt Treppe und Vorplatz, Sanierung der WC-Anlagen	190,0
13.	Amtsgericht Kulmbach Erneuerung der Dacheindeckung	330,0
	Zusammen	2.705,5

2010

1.	Landgericht Kempten Fassaden- und Fenstersanierung Nordseite, Dachsanierung (2. Bauabschnitt)	350,0
2.	Landgericht Landshut Sanierung der Sanitäranlagen (2. Bauabschnitt)	300,0
3.	Landgericht Traunstein, Bauteil A Sanierung Fassade inklusive Wärmedämmung (1. Bauabschnitt)	540,0
4.	Amtsgericht Freyung Sanierung der WC-Anlagen	66,0
5.	Amtsgericht Rosenheim, Rathausstraße 32 Instandsetzung Fassade, Fensteranstrich, Anbringung eines Vordachs am Seiteneingang	43,5
6.	Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 Sanierung des Daches und der Sitzungssäle (2. Bauabschnitt)	250,0
7.	Landgericht Regensburg Brandschutzmaßnahmen (2. Bauabschnitt)	200,0
8.	Amtsgericht Schwandorf Einbau eines behindertengerechten Aufzugs	245,0
9.	Justizgebäude II in Bayreuth Fertigstellung der Außenanlagen einschließlich Kanalsanierung	150,0
10.	Amtsgericht Haßfurt Brandschutzmaßnahmen, behindertengerechte Erschließung (1. Bauabschnitt)	360,0
	Zusammen	2.504,5

Weniger wegen Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil) für Kap. 04 02 Tit. 701 71.

Zu 04 04/812 30

Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil) für Kap. 04 02 Tit. 812 71.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	Titelgruppen						
	99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungs- fähig.</i>						
815 99-1 052	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	A 9.870,0 B -150,0	9.720,0	A 9.870,0 B -200,0	9.670,0		
	Summe der Titelgruppe	A 32.540,7 B -150,0	32.390,7	A 32.597,6 B -200,0	32.397,6		
	Gesamtausgaben	A 1.118.540,1 B -899,5	1.117.640,6	A 1.143.452,3 B -1.150,5	1.142.301,8		
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 793.880,0 B -	793.880,0	A 804.480,0 B -	804.480,0		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 105,0 B -	105,0	A 105,0 B -	105,0		
	Gesamteinnahmen	A 793.985,0 B -	793.985,0	A 804.585,0 B -	804.585,0		
	Personalausgaben	A 613.768,4 B -	613.768,4	A 626.560,6 B -	626.560,6		
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 463.761,3 B -	463.761,3	A 474.450,2 B -	474.450,2		
	Ausgaben für den Schuldendienst	A 530,0 B -	530,0	A 530,0 B -	530,0		
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 7.266,1 B -	7.266,1	A 7.197,2 B -	7.197,2		
	Baumaßnahmen	A 19.405,0 B -699,5	18.705,5	A 19.105,0 B -900,5	18.204,5		
	Sonstige Sachinvestitionen	A 13.809,3 B -200,0	13.609,3	A 15.609,3 B -250,0	15.359,3		
	Gesamtausgaben	A 1.118.540,1 B -899,5	1.117.640,6	A 1.143.452,3 B -1.150,5	1.142.301,8		
	Zuschuss	A 324.555,1	323.655,6	A 338.867,3	337.716,8		
	Überschuss	B 899,5		B 1.150,5			

Erläuterungen

Zu 04 04/815 99

Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil)
für Kap. 04 02 Tit. 815 71.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	Ausgaben						
	Baumaßnahmen						
701 01-2 056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 5.500,0 <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 5.500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 5.600,0 B -500,0	5.100,0	A 5.600,0 B -400,0	5.200,0		

Erläuterungen**Zu 04 05/701 01**

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
1. Justizvollzugsanstalt Aichach; Umbau des Unterkunftsgebäudes (D-Flügel).	90,0	-
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Sanierung der Außenfassade (Unterkunftsgebäude F/G). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	-	150,0
3. Justizvollzugsanstalt Augsburg; Brandschutzmaßnahmen.	200,0	200,0
4. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Erneuerung der Heizungsanlage. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	210,0	200,0
5. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Erneuerung der Dampfkesselanlage im Versorgungszentrum (Anstalt I). Die Maßnahme dient der Energieeinsparung.	400,0	250,0
6. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Brandschutzmaßnahmen.	100,0	100,0
7. Justizvollzugsanstalt Bernau; Sanierung des Unterkunftsgebäudes (Haus 9). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	300,0	300,0

04 05

Justizvollzugsanstalten

Erläuterungen

	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Aufstockung des Heizungsgebäudes und Erneuerung des Daches, Dachsanierung (Verwaltungsgebäude II). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	250,0	220,0
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung technischer Anlagen. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	250,0	250,0
10. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Instandsetzung der Dächer. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	210,0	250,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umbaumaßnahmen im Hauptbau (Ostgang Nord).	50,0	-
12. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Kommunikationsanlage. (Unterkunftsgebäude I und Konventbau).	-	440,0
13. Justizvollzugsanstalt Erding; Brandschutzmaßnahmen, Umbau und Sanierung.	250,0	450,0
14. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Innenhöfe zwischen A-/B-Flügel und B-/C-Flügel des Unterkunftsgebäudes.	100,0	100,0
15. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Umbaumaßnahmen im Abteigebäude (Nordflügel).	200,0	140,0
16. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Ersatzstromversorgung.	-	600,0
17. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Außenstelle Rothenfeld).	500,0	400,0
18. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Instandsetzungsmaßnahmen (Außenstelle Rothenfeld). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	340,0	-
19. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Instandsetzungsmaßnahmen (Unterkunftsgebäude H). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	200,0	-
20. Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn; Erneuerung der Fenster- und Fenstergitter, Fassadensanierung, Brandschutzmaßnahmen. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	300,0	300,0
21. Justizvollzugsanstalt München; Instandsetzungsmaßnahmen (Anstaltskirche). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	220,0	-
22. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung des Küchenbodens.	440,0	-
23. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Synchronisierung der Ersatzstromversorgung.	100,0	-
24. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung von Flachdächern.	190,0	250,0
25. Justizvollzugsanstalt Straubing; Sanierung des Dienstwohngebäudes 98 E. Die Maßnahme dient der Energieeinsparung.	-	300,0
26. Justizvollzugsschule Straubing; Erweiterung und Umbau (IT-Leitstelle).	200,0	100,0
27. Justizvollzugsanstalt Traunstein; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	-	200,0
Zusammen	5.100,0	5.200,0

Weniger wegen Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil) für Kap. 04 02 Tit. 701 71.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-9 056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	A B	212,0 -25,0	187,0	A B	272,0 -25,0	247,0
	Titelgruppen						
	72 Arbeitsbetriebskosten						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 72, 682 72 und 701 72.</i>						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln der TG 73, mit Ausnahme von 681 73, 682 73 und 701 73.</i>						
811 72-3 056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	A B	350,0 -39,1	310,9	A B	350,0 -39,1	310,9
	Summe der Titelgruppe	A B	37.325,0 -39,1	37.285,9	A B	37.325,0 -39,1	37.285,9
	Gesamtausgaben	A B	323.953,8 -564,1	323.389,7	A B	334.341,9 -464,1	333.877,8

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01

Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil)
für Kap. 04 02 Tit. 811 71

Zu 04 05/811 72

Umschichtung innerhalb des Regierungsentwurfs zur Finanzierung der Ko-Finanzierung (25 % Landesanteil)
für Kap. 04 02 Tit. 811 71

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 51.484,0 B -	51.484,0	51.484,0	A 51.484,0 B -	51.484,0	51.484,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 495,0 B -	495,0	495,0	A 495,0 B -	495,0	495,0
	Gesamteinnahmen	A 51.979,0 B -	51.979,0	51.979,0	A 51.979,0 B -	51.979,0	51.979,0
	Personalausgaben	A 190.912,1 B -	190.912,1	190.912,1	A 200.280,2 B -	200.280,2	200.280,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 78.102,6 B -	78.102,6	78.102,6	A 79.290,0 B -	79.290,0	79.290,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 21.014,5 B -	21.014,5	21.014,5	A 21.014,5 B -	21.014,5	21.014,5
	Baumaßnahmen	A 22.700,0 B -500,0	22.200,0	22.200,0	A 25.500,0 B -400,0	25.100,0	25.100,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 11.024,6 B -64,1	10.960,5	10.960,5	A 8.057,2 B -64,1	7.993,1	7.993,1
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 200,0 B -	200,0	200,0	A 200,0 B -	200,0	200,0
	Gesamtausgaben	A 323.953,8 B -564,1	323.389,7	323.389,7	A 334.341,9 B -464,1	333.877,8	333.877,8
	Zuschuss	A 271.974,8	271.410,7	271.410,7	A 282.362,9	281.898,8	281.898,8
	Überschuss	B 564,1			B 464,1		

Epl. 04 Epl. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010	
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2	3		4	5	
		6			7	
	Abschluss Epl. 04					
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 845.376,8 B -	845.376,8	A 855.976,8 B -	855.976,8	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.401,0 B -	1.401,0	A 1.401,0 B -	1.401,0	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 0,0 B +4.390,9	4.390,9	A 0,0 B +4.843,9	4.843,9	
	Gesamteinnahmen	A 846.777,8 B +4.390,9	851.168,7	A 857.377,8 B +4.843,9	862.221,7	
	Personalausgaben	A 1.163.248,7 B -	1.163.248,7	A 1.200.186,7 B -	1.200.186,7	
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 14.701,5</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 4.869,5</i>	A 546.715,4 B -	546.715,4	A 558.503,2 B -	558.503,2	
	Ausgaben für den Schuldendienst	A 530,0 B -	530,0	A 530,0 B -	530,0	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 2.582,6</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 332,6</i>	A 31.785,2 B -	31.785,2	A 31.716,3 B -	31.716,3	
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 65.362,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 60.160,0</i>	A 42.265,0 B +3.598,5	45.863,5	A 44.765,0 B +3.901,5	48.666,5	
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 220.250,0</i>	A 25.793,1 B +792,4	26.585,5	A 24.630,7 B +942,4	25.573,1	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 3.241,9 B -	3.241,9	A 3.498,5 B -	3.498,5	
	Gesamtausgaben	A 1.813.579,3 B +4.390,9	1.817.970,2	A 1.863.830,4 B +4.843,9	1.868.674,3	
	Zuschuss	A 966.801,5	966.801,5	A 1.006.452,6	1.006.452,6	

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/950 des HA vom 12.03.2009

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/949 des HA vom 13.03.2009

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern
- Staatsbauverwaltung –**

Berichterstatter: **Josef Miller**
Mitberichterstatter: **Markus Reichhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 65 (Städtebauförderung) Tit. 883 82 (Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayer. Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen) wird der Ansatz der Verpflichtungsermächtigung

für 2009	
von	23.495.000,-- €
um	5.000.000,-- €
auf	28.495.000,-- €
erhöht.	

Von den Verpflichtungsermächtigungen werden fällig frühestens in den Jahren

2010:	10.000.000,-- €
2011:	10.000.000,-- €
2012:	8.495.000,-- €

2. Bei Kap. 03 80 (Staatliche Bauämter) Tit. 750 00 (Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen) wird der Ansatz

für 2009	
von	134.167.500,-- €
um	16.500.000,-- €
auf	150.667.500,-- €
erhöht.	

3. In der Anlage A wird der Ansatz bei
 - a) Tit. 770 01 (Um- und Ausbaumaßnahmen mit Gesamtbaukosten bis 2.500.000,-- €) für 2009

von	15.002.500,-- €
um	6.500.000,-- €
auf	21.502.500,-- €

erhöht und
 - b) bei Tit. 772 03 (Bestandserhaltung) für 2009

von	39.700.000,-- €
um	10.000.000,-- €
auf	49.700.000,-- €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 03 63 und 03 80 sowie in der Anlage A entsprechend der **Nachschublisten** der Staatsregierung geändert (Anlage 1 und 2).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm (Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 16/877
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Alexander König u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Um- und Ausbau von Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 16/889

3. Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU,
Dr. Franz Xaver Kirschner,
Prof. Dr. Georg Barfuß, Karsten Klein u.a. FDP
Haushaltsplan 2009/2010;
hinsichtlich Bestandserhaltung von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 16/704
erledigt.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Energiewirtschaftliche Untersuchungen und Maßnahmen bei staatseigenen Gebäuden
(Kap. 03 63 Tit. 547 51)
Drs. 16/311
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 883 56)
Drs. 16/312
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung der sozialen Wohnbauförderung
(Kap. 03 64 Tit. 863 69-4)
Drs. 16/313
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für den Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 16/296

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kosten langfristig senken - Infrastruktur zeitnah instand halten
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 16/314

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Energetische Sanierung der Obersten Baubehörde
(Kap. 03 61 Anlage S Tit. 711 02)
Drs. 16/310
wird für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 B in seiner 7. Sitzung am 5. Februar 2009 und in seiner 20. Sitzung am 13. März 2009 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage 1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 03 B

Staatsministerium des Innern
- Staatsbauverwaltung -

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
<u>119 31-3</u> 439	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnVG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	A B		---	A B		---
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen							
<u>331 10-0</u> 439	Zuweisungen des Bundes für den Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen <i>Vgl. Vermerk bei 883 56.</i>	A B	2.250,0 -225,0	2.025,0	A B	11.250,0 -1.125,0	10.125,0
<u>334 31-2</u> 439	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnVG (Energetische Sanierung von Schulen, Kindertages- und sonstigen Bildungseinrichtungen und privater und kirchlicher Schulen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 58 bis 60.</i>	A B	+146.580,0	146.580,0	A B	+279.830,0	279.830,0
<u>334 41-0</u> 723	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Beschaffung von Dienstfahrzeugen für den Betriebsdienst) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Titel 811 01.</i>	A B	+630,0	630,0	A B	+840,0	840,0
<u>334 42-9</u> 440	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Städtebauförderung) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Titel 883 01.</i>	A B	+1.000,0	1.000,0	A B	+16.000,0	16.000,0
<u>334 43-8</u> 439	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Energetische Sanierung sonstiger Infrastruktur von Kommunen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Titel 883 60.</i>	A B	+22.430,0	22.430,0	A B	+22.430,0	22.430,0
<u>334 44-7</u> 723	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Staatsstraßenbau) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 80.</i>	A B	+47.497,5	47.497,5	A B	+24.997,5	24.997,5
Gesamteinnahmen		A B	56.251,0 +217.912,5	274.163,5	A B	65.251,0 +342.972,5	408.223,5

03 63
Allgemeine Bewilligungen

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 63 – Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG)

	Gesamt Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR	TG / Tit.
1. Erwerb von Dienstfahrzeugen für den Betriebsdienst	2.752,0	840,0	1.120,0	792,0	811 01
2. Städtebau – Sondermaßnahmen der Städtebauförderung	18.000,0	1.000,0	16.000,0	1.000,0	883 01
3. Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude – TG 58 bis TG 60					
3.1 Energetische Sanierung von Schulen	506.670,0	119.020,0	237.480,0	150.170,0	883 58
3.2 Energetische Sanierung von Kindertages- und sonstigen Bildungseinrichtungen	157.170,0	37.400,0	74.410,0	45.360,0	883 59
3.3 Energetische Sanierung privater und kirchlicher Schulen	50.000,0	16.660,0	16.670,0	16.670,0	893 58
3.4 Energetische Sanierung sonstiger Infrastruktur von Kommunen	78.480,0	26.160,0	26.160,0	26.160,0	883 60
Summe	792.320,0	199.240,0	354.720,0	238.360,0	
4. Staatsstraßenbau – TG 80					
4.1 Um- und Ausbau von Staatsstraßen mit Gesamtkosten bis 2.500 Tsd. EUR	26.700,0	17.830,0	7.530,0	1.340,0	770 80
4.2 Staatsstraße 2580, Neubau der Flughafentangente Ost; BA V	13.300,0	5.500,0	5.800,0	2.000,0	771 80
4.3 Bestandserhaltung der Staatsstraßen	60.000,0	40.000,0	20.000,0	-	772 80
Summe	100.000,0	63.330,0	33.330,0	3.340,0	
Gesamtsumme ZulnvG	913.072,0	264.410,0	405.170,0	243.492,0	

Zu 03 63/334 31

	Gesamt Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	2011 Tsd. EUR
Einnahmen gesamt	602.220,0	146.580,0	279.830,0	175.810,0
hiervon entfallen auf:				
Kap. 03 63 Tit. 883 58	430.000,0	102.020,0	203.550,0	124.430,0
Kap. 03 63 Tit. 893 58	37.500,0	12.500,0	12.500,0	12.500,0
Kap. 03 83 Tit. 883 59	134.720,0	32.060,0	63.780,0	38.880,0

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-0 723	Erwerb von Dienstfahrzeugen für den Betriebsdienst nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Investitionsschwerpunkt Infrastruktur (§3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	A B	+840,0	840,0	A B	+1.120,0	1.120,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-3 440	Zuweisungen des Bundes an Gemeinden nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Investitionsschwerpunkt Infrastruktur (§3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG) für Sondermaßnahmen der Städtebauförderung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 42. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i> <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 17.000,0</i> <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen 2009 gelten abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2010 ff fort.</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 17.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 16.000,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 1.000,0</i>	A B	+1.000,0	1.000,0	A B	+16.000,0	16.000,0
	Titelgruppen						
	56 - 57 Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen zur energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur						
883 56-7 439	Zuweisungen aus Bundesmitteln an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige <i>Vermerk unverändert</i> <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 38.475,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 38.475,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 10.125,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 14.175,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 14.175,0</i>	A B	2.250,0 -225,0	2.025,0	A B	11.250,0 -1.125,0	10.125,0

Erläuterungen

Zu 03 63/811 01

Im Rahmen des Konjunkturpaketes werden zusätzlich 40 Fahrzeuge (LKW und Geräteträger) für den Straßenbetriebsdienst auf Bundes- und Staatsstraßen ersetzt, die bereits eine Laufzeit von mehr als zehn Jahren aufweisen.

Zu 03 63/883 01

Förderfähig sind Maßnahmen im Sinne des § 3 Abs.1 Nr. 2 b des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) und hier insbesondere kommunale Investitionen in die städtebauliche Infrastruktur wie etwa Erschließungsmaßnahmen und Gemeinbedarfseinrichtungen entsprechend den Richtlinien zur Förderung städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen (Städtebauförderungsrichtlinien – StBauFR 2007). Bewilligung und kassenmäßige Abwicklung erfolgen in den Jahren 2009 bis 2011.

Zu 03 63/56

Der Bund stellt im Bundeshaushalt 2009 den Ländern für den Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen zur energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen Finanzhilfen in Höhe von 300 Mio. EUR zur Verfügung. Nach dem vorgesehenen Verteilungsschlüssel entfallen davon auf den Freistaat Bayern rund 40,5 Mio. EUR. Entsprechend den Vorgaben des Bundes müssen sich das Land und die Kommunen zusammen mit 25 Prozent Komplementärmitteln beteiligen. Ziel des Programms ist es, Gebäude der sozialen Infrastruktur in Kommunen (z. B. Schulen, Kindergärten, Turnhallen) zu sanieren, die sich energetisch in einem nachteiligen Zustand befinden, um den Primärenergieverbrauch deutlich zu reduzieren. Näheres regeln eine Verwaltungsvereinbarung und die Richtlinien des Landes. Die Bewilligung erfolgt im Jahr 2009, die kassenmäßige Abwicklung entsprechend den Vorgaben des Bundes in fünf Jahresraten.

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
883 57-6 439	Zuweisungen aus Landesmitteln an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 6.412,5</i> <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt.</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 6.412,5 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 1.687,5</i> <i>2011 Tsd. EUR 2.362,5</i> <i>2012 Tsd. EUR 2.362,5</i>	A B	2.250,0 -1.912,5	337,5	A B	11.250,0 -9.562,5	1.687,5
	Summe der Titelgruppe	A B	4.500,0 -2.137,5	2.362,5	A B	22.500,0 -10.687,5	11.812,5
	58 - 60 - Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Schwerpunkt energetische Sanierung öffentlicher Gebäude <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels 883 60. Titel der TG übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich bei den Titeln 883 58, 883 59 und 893 58 um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen 2009 gelten abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2010 ff fort.</i>						
883 58-5 129	Zuweisungen nach dem ZulnvG für die energetische Sanierung von Schulen (Bildungsinfrastruktur) <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 387.650,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 387.650,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 237.480,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 150.170,0</i>	A B	+119.020,0	119.020,0	A B	+237.480,0	237.480,0
883 59-4 439	Zuweisungen nach dem ZulnvG für die energetische Sanierung von Kindertages- und sonstigen Bildungseinrichtungen (Bildungsinfrastruktur) <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 119.770,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 119.770,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 74.410,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 45.360,0</i>	A B	+37.400,0	37.400,0	A B	+74.410,0	74.410,0

03 63

Allgemeine Bewilligungen

Erläuterungen

Zu 03 63/58 - 60

Förderfähig sind Maßnahmen der Energieeinsparung durch die energetische Modernisierung unmittelbarer oder mittelbarer öffentlicher Gebäude in Kommunen. Die Förderung erfolgt durch Zuwendungen zur Finanzierung der Investitionskosten für die energetische Modernisierung von Gebäuden der sozialen Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und überwiegend schulisch genutzten Sportstätten, kommunale Verwaltungsgebäude sowie Bildungs- und Begegnungseinrichtungen kommunaler Träger. Gefördert wird auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG), der dazu erlassenen Verwaltungsvereinbarung und der Richtlinien des Landes. Der Bund beteiligt sich an der Förderung mit 75 Prozent, die Länder einschließlich Kommunen mit 25 Prozent. Bewilligung und kassenmäßige Abwicklung erfolgen in den Jahren 2009 bis 2011.

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
<u>883 60-1</u> 439	Zuweisungen nach dem ZulnvG für die energetische Sanierung sonstiger Infrastruktur von Kommunen (Infrastruktur) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Titel 334 43. Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 52.320,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 52.320,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2010 Tsd. EUR 26.160,0 2011 Tsd. EUR 26.160,0	A B	+26.160,0	26.160,0	A B	+26.160,0	26.160,0
<u>893 58-3</u> 129	Zuschüsse nach dem ZulnvG an private und kirchliche Schulen für energetische Sanierungsmaßnahmen (Bildungsinfrastruktur) <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 33.340,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 33.340,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2010 Tsd. EUR 16.670,0 2011 Tsd. EUR 16.670,0	A B	+16.660,0	16.660,0	A B	+16.670,0	16.670,0
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +199.240,0	199.240,0	A B	0,0 +354.720,0	354.720,0
	80 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsge- setz (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG) mit Investitions- schwerpunkt Infrastruktur (Staatsstraßenbau) <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- bzw. Mindereinnahme bei Titel 334 44. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen 2009 gelten abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2010 ff fort.</i>						
<u>770 80-3</u> 723	Um- und Ausbau von Staatsstraßen mit Gesamtkosten bis 2.500,0 Tsd. EUR <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 36.670,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 36.670,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2010 Tsd. EUR 33.330,0 2011 Tsd. EUR 3.340,0	A B	+17.830,0	17.830,0	A B	+7.530,0	7.530,0
<u>771 80-2</u> 723	Staatsstraße 2580, Neubau der Flughafentangente Ost; BA V	A B	+5.500,0	5.500,0	A B	+5.800,0	5.800,0

03 63

Allgemeine Bewilligungen

Erläuterungen

Zu 03 63/770 80

Die Mittel werden vorwiegend für kleinere Baumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, für bestandsorientierte Ausbaumaßnahmen sowie zum Bau von Radwegen eingesetzt.

Zu 03 63/771 80

Vgl. Anlage A zu Kapitel 03 80, Titel 771 01.

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
772 80-1 723	Bestandserhaltung der Staatsstraßen	A		40.000,0	A		20.000,0
		B	+40.000,0		B	+20.000,0	
	Summe der Titelgruppe	A	0,0	63.330,0	A	0,0	33.330,0
		B	+63.330,0		B	+33.330,0	
	Gesamtausgaben	A	114.443,0	376.715,5	A	132.131,0	526.613,5
		B	+262.272,5		B	+394.482,5	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	1,0	1,0	A	1,0	1,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	54.000,0	54.000,0	A	54.000,0	54.000,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A	2.250,0	220.162,5	A	11.250,0	354.222,5
		B	+217.912,5		B	+342.972,5	
	Gesamteinnahmen	A	56.251,0	274.163,5	A	65.251,0	408.223,5
		B	+217.912,5		B	+342.972,5	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	651,0	651,0	A	339,0	339,0
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A	109.268,0	109.268,0	A	109.268,0	109.268,0
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	0,0	63.330,0	A	0,0	33.330,0
		B	+63.330,0		B	+33.330,0	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	24,0	864,0	A	24,0	1.144,0
		B	+840,0		B	+1.120,0	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	4.500,0	202.602,5	A	22.500,0	382.532,5
		B	+198.102,5		B	+360.032,5	
	Gesamtausgaben	A	114.443,0	376.715,5	A	132.131,0	526.613,5
		B	+262.272,5		B	+394.482,5	
	Zuschuss	A	58.192,0	102.552,0	A	66.880,0	118.390,0
		B	44.360,0		B	51.510,0	

03 80 Staatliche Bauämter

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	Ausgaben						
	Baumaßnahmen						
750 00-8 723	Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen (siehe Anlage A) <i>Vermerk unverändert</i> <i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 80.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 80.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 150.000,0 B -15.832,5		134.167,5	A 150.000,0 B -8.332,5		141.667,5
	Besondere Finanzierungsausgaben						
989 02-9 990	Kurzfristige Zwischenfinanzierung von Bundesmitteln für den Bundesfernstraßenbau in Bayern innerhalb des laufenden Haushaltsjahres <i>Vermerk unverändert</i>	A --- B ---		---	A --- B ---		---
	Titelgruppen						
	84 Betriebsdienst auf Staatsstraßen <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Zu 750 00, TG 72 bis 74, 84, 85 und 03 75 TG 71, 72 und 85:</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Vgl. Vermerk bei TG 87.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 05, 233 03 und 261 11.</i> <i>Erstattungen von Kosten für Lieferungen und Leistungen, die aus dem Gemeinschaftsaufwand für Staatsstraßen bestritten worden sind, können von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>						
811 84-4 723	Erwerb von Dienstfahrzeugen	A 3.400,0 B -210,0		3.190,0	A 3.400,0 B -280,0		3.120,0
	Summe der Titelgruppe	A 108.530,3 B -210,0		108.320,3	A 108.885,2 B -280,0		108.605,2
	Gesamtausgaben	A 528.848,5 B -16.042,5		512.806,0	A 529.608,2 B -8.612,5		520.995,7

Erläuterungen

Zu 03 80/750 00

Umschichtung zur Finanzierung des Landesanteils (25%) nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) nach Kap. 03 63 TG 80; vgl. Anlage A.

Zu 03 80/989 02

Die bislang auf 50,0 Mio. EUR begrenzte Möglichkeit der Zwischenfinanzierung von Baumaßnahmen des Bundes aus liquiden Mitteln des Freistaats Bayern bis zu einem Zeitraum von zwei Monaten wird auf 100,0 Mio. EUR erhöht. Die Inanspruchnahme setzt das Einvernehmen des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen voraus. Die Ermächtigung zur Zwischenfinanzierung darf nur in Anspruch genommen werden, soweit der Bund die Ablösung der Zwischenfinanzierung innerhalb des gleichen Haushaltsjahres des Freistaates Bayernm zugesichert hat. Die Einnahmen vom Bund werden von der Ausgabe abgesetzt.

Zu 03 80/811 84

Umschichtung zur Finanzierung des Landesanteils (25%) nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) nach Kap. 03 63/811 01.

03 80 Staatliche Bauämter

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2009		Neuer Betrag 2009	A Bisheriger Betrag 2010		Neuer Betrag 2010
		Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR			Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		
1	2	3		4	5		6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 1.182,0 B -	1.182,0	1.182,0	A 1.182,0 B -	1.182,0	1.182,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 108.444,0 B -	108.444,0	108.444,0	A 107.365,0 B -	107.365,0	107.365,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 19.700,0 B -	19.700,0	19.700,0	A 19.700,0 B -	19.700,0	19.700,0
	Gesamteinnahmen	A 129.326,0 B -	129.326,0	129.326,0	A 128.247,0 B -	128.247,0	128.247,0
	Personalausgaben	A 238.807,7 B -	238.807,7	238.807,7	A 242.382,2 B -	242.382,2	242.382,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 63.091,8 B -	63.091,8	63.091,8	A 63.025,8 B -	63.025,8	63.025,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.685,0 B -	2.685,0	2.685,0	A 1.270,0 B -	1.270,0	1.270,0
	Baumaßnahmen	A 208.011,0 B -15.832,5	192.178,5	192.178,5	A 208.464,0 B -8.332,5	200.131,5	200.131,5
	Sonstige Sachinvestitionen	A 16.253,0 B -210,0	16.043,0	16.043,0	A 14.466,2 B -280,0	14.186,2	14.186,2
	Gesamtausgaben	A 528.848,5 B -16.042,5	512.806,0	512.806,0	A 529.608,2 B -8.612,5	520.995,7	520.995,7
	Zuschuss	A 399.522,5	383.480,0	383.480,0	A 401.361,2	392.748,7	392.748,7
	Überschuss	B 16.042,5			B 8.612,5		

Epl. 03B Epl. Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung -

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 03B						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	2.904,0 -	2.904,0	A B	2.904,0 -	2.904,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	183.479,0 -	183.479,0	A B	182.300,0 -	182.300,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	149.367,0 +217.912,5	367.279,5	A B	157.970,0 +342.972,5	500.942,5
	Gesamteinnahmen	A B	335.750,0 +217.912,5	553.662,5	A B	343.174,0 +342.972,5	686.146,5
	Personalausgaben	A B	409.848,7 -	409.848,7	A B	418.602,2 -	418.602,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	87.110,8 -	87.110,8	A B	87.457,9 -	87.457,9
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	123.343,0 -	123.343,0	A B	121.928,0 -	121.928,0
	Baumaßnahmen	A B	236.369,0 +47.497,5	283.866,5	A B	237.169,0 +24.997,5	262.166,5
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 130.870,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 93.800,0						
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	22.881,0 +630,0	23.511,0	A B	21.037,2 +840,0	21.877,2
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 27.800,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 1.000,0						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	244.454,0 +198.102,5	442.556,5	A B	261.957,0 +360.032,5	621.989,5
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 972.296,5						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 310.329,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	2.184,2 -	2.184,2	A B	2.688,1 -	2.688,1
	Gesamtausgaben	A B	1.126.190,7 +246.230,0	1.372.420,7	A B	1.150.839,4 +385.870,0	1.536.709,4
	<i>Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR</i> 1.130.966,5						
	<i>Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR</i> 405.129,0						
	Zuschuss	A B	790.440,7 28.317,5	818.758,2	A B	807.665,4 42.897,5	850.562,9

Anlage 2

Anlage A

Ausweis

für den Um- und Ausbau der Staatsstraßen

(Zu Kapitel 03 80 Titel 750 00)

Epl. 03B Staatliche Bauämter
Anlage A

Titel FKZ		A B Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
03 80	Um- und Ausbau der Staatsstraßen				
	Für alle Regierungsbezirke				
770 01-3 723	Um- und Ausbaumaßnahmen mit Gesamtbaukosten bis 2.500,0 Tsd. EUR <i>Vermerk unverändert</i>	A 18.765,0 B -3.762,5	15.002,5	A 20.635,0 B -2,5	20.632,5
	Infrastrukturmaßnahmen				
771 01-2 723	Neubau der Flughafentangente Ost <i>Vermerk unverändert</i>	A 10.000,0 B -2.070,0	7.930,0	A 10.000,0 B -8.330,0	1.670,0
	Bestanderhaltung der Straßen und Brücken				
772 03-9 723	Bestandserhaltung insbesondere Deckenbau mit Ver- besserung im Grund- und Aufriss	A 49.700,0 B -10.000,0	39.700,0	A 49.700,0 B	49.700,0
	Summe Kapitel 03 80	A 150.000,0 B -15.832,5	134.167,5	A 150.000,0 B -8.332,5	141.667,5

Erläuterungen

Zu 03 80/770 01

Umschichtung zur Finanzierung des Landesanteils (25%) nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) nach Kap. 03 63/770 80.

Zu 03 80/771 01

Der BA V der Flughafentangente Ost wird nunmehr bei Kap. 03 63/771 80 (Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz) veranschlagt.

Zu 03 80/772 03

Umschichtung zur Finanzierung des Landesanteils (25%) nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) nach Kap. 03 63/772 80.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/210

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/743

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009/2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD

Drs. 16/818

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)

hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2
Änderung Art. 6 Abs. 9
Streichung Art. 6b
Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c
Streichung Art. 6e, 6f, 6g
Erhöhung der Beträge der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß FDP

Drs. 16/911

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:

„Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 wird in Einnahmen und Ausgaben auf

41 219 100 600 € für das Haushaltsjahr 2009 und 42 746 762 600 € für das Haushaltsjahr 2010 festgestellt.“

2. Art. 3 (Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen) wird wie folgt geändert:

In Abs. 1 werden die Worte „Art. 104a Abs. 4“ durch die Worte „Art. 104b Abs. 1 Nr. 1“ ersetzt.

3. In Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) wird in

a) Abs. 4 folgender Satz 6 angefügt:

„Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-)Stellen kostenneutral neu festzusetzen.“

- b) Abs. 9 folgende neue Sätze 3 und 4 angefügt:
 „³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 können Stellenhebungen kostenneutral um bis zu vier Monate früher in Anspruch genommen werden. ⁴Die frühere Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.“

4. In Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird folgender Abs. 11 angefügt:

„(11) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. unentgeltliche Erbbaurechte von insgesamt bis zu 17 000 m² an den für die Bebauung vorgesehenen Teilgrundstücken des staatseigenen Grundstücks Flst. Nr. 6152 der Gemarkung Augsburg mit 195 619 m² für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen einzuräumen.“

5. In Art. 11 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) werden in Nr. 1 folgende neue Buchst. c) und d) angefügt:

"c) Besoldungsgruppe A 16 wird wie folgt geändert:

- aa) Bei dem Amt „Institutsdirektor, Institutsdirektorin“ wird nach der Funktionsbezeichnung „- als der ständige Vertreter des Direktors der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung¹⁰ -“ die Funktionsbezeichnung „- als Leiter einer Abteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung¹¹)-“ angefügt.

bb) Es wird folgende Fußnote 11 angefügt:

„¹¹) Soweit das Amt des Leiters einer Abteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung aus dienst- oder laufbahnrechtlichen Gründen nicht von einem Oberstudiendirektor oder einer Oberstudiendirektorin wahrgenommen werden kann. Der Funktionsinhaber oder die Funktionsinhaberin muss über die Befähigung für das Lehramt an Realschulen verfügen.“

- d) In Besoldungsgruppe B 2 wird bei dem Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ nach der Funktionsbezeichnung „- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Unterfranken –“ die Funktionsbezeichnung „- als der ständige Vertreter des Leiters des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei –“ angefügt.“

6. Es werden folgende neue Art. 20 und 21 eingefügt:

„Art. 20 Überleitung

Beamte und Beamtinnen, die von der Änderung der Einstufung ihrer Ämter durch Art. 11 Nr. 1 Buchst. b Doppelbuchst. cc betroffen sind, sind in die neuen Ämter übergeleitet.

Art. 21 Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Art. 29 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498, BayRS 204-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juni 2008 (GVBl S. 315), wird wie folgt geändert:

1. Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Die Ernennung, Entlassung und Abberufung erfolgt durch den Präsidenten des Landtags. ³Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist Beamter auf Zeit und wird für die Dauer von sechs Jahren berufen.“

2. In Satz 5 Halbsatz 1 wird das Wort „abberufen“ durch das Wort „entlassen“ ersetzt.
3. Satz 6 wird aufgehoben.“

7. Der bisherige Art. 20 (Durchführungsbestimmungen) wird Art. 22.

8. Der bisherige Art. 21 (Inkrafttreten, Übergangsregelung, Geltungsdauer) wird Art. 23 und wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Art. 6d, 16, 21 und Nr. 4.3 Satz 5 DBestHG 2009/2010 mit Wirkung vom 1. April 2009,“

2. Nach Nr. 4 wird ein Komma eingefügt,

3. In Abs. 2 Satz 1 wird folgende neue Nr. 5 angefügt:
 „5. Art. 20 am 1. September 2009“

4. Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „²Art. 5, 9 bis 19 und 21 gelten unbefristet.“

9. Die Anlage zu Art. 22 (Durchführungsbestimmungen) wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 4.1 werden nach den Worten „in der jeweils geltenden Fassung“ die Worte „einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern“ eingefügt.

- b) In Nr. 12.1 Satz 1 werden im dritten Aufzählungszeichen nach den Worten „die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82“ die Worte „mit Ausnahme der Ansätze nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz vom 2. März 2009 (BGBl I S. 416, 428)“ eingefügt.

Berichtersteller: **Alexander Radwan**
 Mitberichterstellerin: **Adelheid Rupp**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/743, Drs. 16/818 und Drs. 16/911 wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/743, Drs. 16/818 und Drs. 16/911 endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/743, Drs. 16/818 und Drs. 16/911 in seiner 20. Sitzung am 13. März 2009 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen
 Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/911 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/743 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FW: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/818 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FW: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/743, Drs. 16/818 und Drs. 16/911 in seiner 10. Sitzung am 26. März 2009 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 10 Nr. 1 Buchst. b erhält folgende Fassung:

„b) Bei Besoldungsgruppe A 12 wird Spalte 2 bzw. 3 wie folgt geändert:

aa) Fußnoten „7,8“ werden durch Fußnote „7“ und der Betrag „136,26“ durch den Betrag „200,00“ ersetzt.

bb) Es wird eine Zeile mit Fußnote „8“ bzw. mit dem Betrag „136,26“ angefügt.“

2. Der neue Art. 23 (bisher Art. 21) wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. Art. 12 Nr. 1, soweit das Amt „Lehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „- als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern-“ mit der Fußnote 8 ersetzt wird, und Art. 20 am 1. September 2009“.

b) In Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „19 und 21“ durch das Wort „21“ ersetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/911 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/743 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/818 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Dem Einzelplan 01 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/906) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/658) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 03A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

Dem Einzelplan 03A wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/886) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 03B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staats- ministeriums des Innern - Staatsbauverwaltung -

Dem Einzelplan 03B wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/952) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Präsidentin Barbara Stamm: Nun treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsantrag

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/711)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/888)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/906 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Einzelplan 01 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 1 der Geschäftsordnung gilt zugleich der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag auf der Drucksache 16/711 als erledigt.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in

den Erläuterungen der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und in den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/906 weise ich darauf hin, dass damit der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/888 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen. Ich darf mich beim Hohen Haus sehr herzlich bedanken. Es geht ja auch um die guten Voraussetzungen für uns hier im Parlament, die damit geschaffen worden sind. Herzlichen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten

Rechnungshofes

Präsidentin Barbara Stamm: Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir können deshalb wieder sofort zur Abstimmung kommen. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unverändert zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/418 und 16/420)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/458 und 16/459)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/507)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu diesem Einzelplan wurde wie in den zurückliegenden Jahren keine feste Redezeitregelung getroffen. Die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner sind nicht begrenzt. Jeder Redner bzw. jede Rednerin darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner bzw. eine Rednerin der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Diese Redezeit kann um bis zu 15 Minuten auf maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache und darf zunächst Herrn Ministerpräsidenten Seehofer das Wort erteilen.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltsdebatte findet unter ganz besonderen Vorzeichen statt. Wir sind konfrontiert mit der ersten wirklich globalen Krise der Wirtschaftsgeschichte. Jeder Conti-

nent, jede Region der Erde ist betroffen. Zugleich sind wir konfrontiert mit der tiefsten Rezession der deutschen Nachkriegsgeschichte.

In den 60 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gab es insgesamt fünf Jahre mit Rezession. Der härteste Einbruch war mit minus 0,9 % im Jahr 1975 infolge der ersten Ölkrise. Damals eine um 0,9 % schrumpfende Wirtschaft - und in diesem Jahr wird je nach Institut mit einem Minus von 3 bis 5 % gerechnet. Ja, es gibt Institute, die liegen mit ihren Prognosen noch darüber.

Was bedeutet das für Bayern? Wir werden zum ersten Mal seit 1993 eine schrumpfende Wirtschaft haben. Die Krise des Welthandels trifft gerade das exportstarke Bayern. Bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz hat uns das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung darauf hingewiesen, dass exportstarke Länder wie Bayern jahrelang Gewinne importiert haben durch den Export von Waren, Gütern und Dienstleistungen und dass es gerade diese exportstarken Bundesländer im Süden der Republik - Baden-Württemberg und Bayern - sein werden, die nun wegen ihrer Exportabhängigkeit vor allem die Folgen dieser Krise importieren. Die Metall- und Elektroindustrie meldet 40 % Kurzarbeit, Tendenz steigend. Im Sommer und im Herbst wird die Arbeitslosigkeit also nicht fallen wie gewohnt, sondern anwachsen.

Das sind die besonderen Vorzeichen, unter denen wir diesen Doppelhaushalt 2009/2010 diskutieren.

In diesen schweren Zeiten zeigt das Hohe Haus Tatkraft und Verlässlichkeit. Wir haben den Haushalt früher eingebracht als üblich. Wir ziehen Investitionen vor. Wir geben Gelder schneller frei, weil wir uns alle miteinander in diesem Hause gegen den Abschwung stemmen. Für diese rasche, sachorientierte und auf die Herausforderungen reagierende Arbeit dieses Hohen Hauses möchte ich allen Fraktionen danken. Ich glaube, das war eine außergewöhnliche Leistung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mein besonderer Dank gilt allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen voran Georg Winter als Vorsitzendem. Er hat diesen Haushalt zu Recht in den letzten Wochen als "Leuchtturm" bezeichnet. Ich danke den Mitgliedern der Staatsregierung, stellvertretend dem Finanzminister Georg Fahrenschon, für seine fachlich und menschlich umsichtige Verhandlungsführung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da es bei einem Haushalt naturgemäß auch kontroverse Debatten gibt, werden Sie Verständnis dafür haben, wenn ich den Regierungsfractionen besonders danke, denn sie müssen letzten Endes die Verantwortung übernehmen, sie tragen, sie schultern. Auch dort ist Vorzügliches geleistet worden. Man muss sich vorstellen: Die Regierungserklärung war im Dezember, heute schreiben wir Ende März. Da ist in einem Vierteljahr Gewaltiges vollbracht worden, und deshalb Dank an meine Fraktion, die CSU, unter ihrem Vorsitzenden Georg Schmid und Dank an unseren Koalitionspartner, die FDP, unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Thomas Hacker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wird gelegentlich gesagt, geschrieben, gesendet, dass es da mal eine Entscheidung gibt und dort mal einen Trippelschritt. Deshalb kommt es mir entscheidend darauf an, zunächst einmal festzuhalten: Unsere Politik verfolgt einen klaren Kurs,

(Heiterkeit bei der SPD - Franz Maget (SPD): Oh!)

sie ist eingebettet in ein Gesamtkonzept,

(Franz Maget (SPD): Darauf werden wir zu sprechen kommen!)

und sie umfasst auch mutige Visionen. Das, was wir jetzt mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 entscheiden, setzt unsere Regierungserklärung in vier wesentlichen Punkten um, nämlich

jedem Kind die beste Bildung und jeder Begabung die beste Förderung,

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit,

mehr Freiräume für die Bürger einerseits, aber einen starken Staat andererseits, wenn es darum geht, die Daseinsvorsorge und den Schutz der Bürger zu gewährleisten

und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken. Diese Ziele haben wir uns vorgenommen, sie setzen wir jetzt mit dem Doppelhaushalt um, und die Umsetzung erfolgt im Rahmen einer Gesamtkonzeption mit mutigen Visionen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich beginne mit der Bildung. Sie ist das Kernstück, die Investition in die Köpfe. Wir haben immer gesagt, es ist besser, wir investieren in die Zukunft, als die Reparatur der Versäumnisse in der Gegenwart vorzunehmen. Ich habe angekündigt: für alle Kinder die besten Chancen, unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft. Wir wollen alle Talente fördern. Mit diesem Haushalt schaffen wir 560 neue Ganztagschulen. Erste Feststellung - im Dezember angekündigt, jetzt umgesetzt. Wir sorgen dafür, dass in diesen Ganztagschulen das Mittagessen für alle Kinder bezahlbar wird. Das war vor Antritt dieser neuen Regierung für 14.000 Kinder nicht möglich. Ich danke sowohl dem Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle als auch der Sozialministerin Christine Haderthauer, dass es ihnen hier gelungen ist, ein Bündnis zwischen Eltern, Kommunen und Bayerischer Staatsregierung zu schmieden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Angekündigt - umgesetzt: Wir schaffen nochmals 2.700 zusätzliche Lehrerstellen. Damit wollen wir die Ganztagschulen ausbauen und kleinere Klassen erreichen. Und: Wir legen einen neuen Schwerpunkt auf die Integration. Das wurde vor wenigen Tagen hier vorgestellt, im Kabinett beschlossen, also: angekündigt - umgesetzt.

Wir setzen bei der Bildung unserer Kinder auf Qualität und Gerechtigkeit. Staatsminister Dr. Spaenle hat hier vor einer Woche zur Begabungs- und Bildungsgerechtigkeit gesagt, es sei ungerecht, Ungleiche gleich zu behandeln. Ich hätte mir in meiner Berliner Zeit

nicht träumen lassen, dass daraufhin ausgerechnet die SPD moniert, die Staatsregierung würde zu häufig von Gerechtigkeit reden, ich glaube, 33- oder 34-mal. Nachdem ich damals wegen der Ministerpräsidentenkonferenz nicht da sein konnte, möchte ich mich bei der SPD für diese Blumen bedanken.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) - Harald Güller (SPD): Das ist eine sehr eingeschränkte Wahrnehmung!)

Wir haben im Übertrittsverfahren von der Grundschule an weiterführende Schulen der Verantwortung der Eltern mehr Gewicht gegeben. Wir erhöhen die Durchlässigkeit zwischen den Schularten und eröffnen vielfältige Wege zu einem höheren Abschluss und auch zum Studium. Obwohl es heute schon 15 unterschiedliche Wege gibt, erhöhen wir die Durchlässigkeit noch einmal. Künftig - das zeigt die Gleichrangigkeit der beruflichen Bildung und der Allgemeinbildung - kann jeder Meister auch studieren. Das kann man nicht oft genug sagen: versprochen - gehalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für die Kooperationsmodelle zwischen Haupt- und Realschule sind die Weichen gestellt. Ich werde bei meinen Ausflügen durchs Land pausenlos auf diese Chance des Dialogs vor Ort hingewiesen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir die Kreativität und das Mitmachen-Wollen der Bevölkerung nutzen können. Die Leute - ob Lehrkräfte oder Eltern - kommen auf mich zu und sagen: Wir haben da Ideen, wem können wir die mitteilen?

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Und genau das haben wir mit diesem Kooperationsmodell Hauptschule - Realschule eingeleitet.

Es ist mir heute nochmals ganz wichtig festzustellen, dass ein Drittel der bayerischen Kinder die Hauptschule besucht. Ich möchte jetzt nicht unbedingt eine Diskussion über die Zukunft der Hauptschule auslösen; auch da wird viel zu leisten sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Aber eines sollten wir feststellen: Die Hauptschulen sind so, wie sie heute dastehen, Leistungsträger für das Handwerk und den Mittelstand. Ich habe bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse erlebt, wie das Handwerk und der Mittelstand darauf setzen, dass hochqualifizierte Jugendliche aus den Hauptschulen zu ihrer beruflichen Bildung kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von den GRÜNEN)

Frau Will, so sehr ich dafür bin, dass wir die Frage Realschule/Hauptschule weiter diskutieren, dürfen wir das aber nicht auf dem Rücken der Kinder und Eltern tun, indem wir den Eindruck erwecken, die Hauptschule sei eine Restschule, obwohl ein Drittel der bayerischen Kinder auf dieser Schule Unterricht erhält.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich lasse das, was ich zur SPD noch gerne gesagt hätte, jetzt weg.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir schaffen an den Hochschulen 38.000 neue Studienplätze und 3.000 neue Stellen für die Wissenschaft. Damit ermöglichen wir dem doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2011 gute Studienbedingungen; also angekündigt und hier mit diesem Doppelhaushalt umgesetzt.

Besonders stolz bin ich darauf, dass wir dem Hohen Haus den Beschluss des Ministerrates zu einem Gesetzentwurf zugeleitet haben, der den Hochschulen auch Autonomie im Berufungsverfahren einräumt. Wenn ich unterwegs bin, sagen mir die Hochschulen und Universitäten, diese Autonomie sei der richtige Weg. Das, was ich angekündigt

habe, nämlich mehr Eigenverantwortung und mehr Autonomie, ist umgesetzt. Deshalb möchte ich hier dem Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch für seinen konsequenten Weg, der nicht immer unumstritten war, sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei all diesen Zahlen und Fakten dürfen wir nie vergessen: Geld allein reicht für die Bildung nicht. Das wissen wir auch. Noch viel wichtiger ist und bleibt die Fürsorge im Gespräch, im Zeitnehmen, aber auch im Durchsetzen von klaren Grenzen, Normen und Maßstäben. Weil hier neben den Eltern unseren Lehrkräften eine herausragende Verantwortung zukommt, möchte ich allen Lehrkräften im Freistaat Bayern für diese großartige Leistung danken, die sie für unsere Jugend und unsere Kinder erbringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der schreckliche Amoklauf von Winnenden ist uns allen sehr nahe gegangen. Niemand von uns kann letzten Endes sagen, was einen jungen Menschen zum Amokläufer werden lässt. Aber eines ist klar: Wir müssen uns mit einem solch schlimmen Sachverhalt auseinandersetzen. Wir werden das als Bayerische Staatsregierung tun, und zwar besonnen und in aller Ruhe. Nach meiner Einschätzung müssen wir uns besonders um manche Jugendschutzbestimmungen und deren Vollzug in Deutschland kümmern. Ich möchte, dass der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen, wo immer es geht - darüber werden wir nach der Osterpause im Kabinett und dann auch in den Fraktionen beraten -, absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen hat. Darin sollten wir uns einig sein. Das sollte die Grundlage sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden das in der Regierungserklärung angekündigte Wertebündnis für Bayern schmieden; denn Kinder brauchen weniger Medien als heimliche Erzieher. Sie brauchen wieder mehr persönliche Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb werden wir im Herbst das Wertebündnis schmieden. Ich glaube, es ist über den Tag hinaus das Wichtigste, dass wir den Auftrag unserer Verfassung erfüllen, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden; denn ohne Herz und Charakter gibt es keine Mitmenschlichkeit. Deshalb rufe ich den Eltern zu: Die Eltern können sich auf uns verlassen!

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja!)

Wir werden auch hier halten, was wir versprechen. Wir werden auch hier zur Verbesserung der Situation das Menschenmögliche tun. Aber ich halte nichts davon, eine Debatte zu führen, wie sie nach diesen schlimmen Ereignissen so häufig stattfindet, nämlich innerhalb von ein, zwei Wochen große Ankündigungen in die Welt zu setzen, um fünf Jahre später rote Ohren zu bekommen, wenn man mit diesen Ankündigungen konfrontiert wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Oh, oh!)

Der erste Teil "Bildung vermitteln und Talente fördern" ist erfüllt.

Der zweite Punkt betrifft die Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit. Das hat unmittelbar mit der Finanzpolitik zu tun. Bei uns in Bayern gilt das Prinzip des ausgeglichenen Haushalts weiter. Das gilt auch in dieser außergewöhnlichen Krise, auch wenn wir sehr hohe Finanzmittel mobilisieren müssen, um den wirtschaftlichen Absturz zu bremsen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Aber Sie, meine Damen und Herren, werden in ganz Deutschland niemanden finden, der seine politischen Ziele in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Kinderbetreuung und bei den Investitionen erfüllen kann und gleichzeitig trotz der zurückgehenden Steuereinnahmen einen Haushalt ohne Neuverschuldung verabschieden kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD)

Und dabei bleiben wir. Dieser Leuchtturm "ausgeglichener Haushalt" muss bleiben. Aber ich saß auch in der Föderalismuskommission der Großen Koalition. Deshalb sage ich: Wir haben dort vereinbart, wir ändern das Grundgesetz.

(Zuruf von der SPD)

Der normale Maßstab im Grundgesetz ist künftig so, dass man - von Bayern aufgrund seiner Finanzreserven abgesehen - in schlechten wirtschaftlichen Zeiten antizyklisch Schulden aufnehmen kann, um Impulse für die Wirtschaft zu geben, aber im Gegensatz zur Vergangenheit den Staat zwingt, in wirtschaftlich guten Zeiten einen Teil des Wachstums für die Rückführung der Verschuldung zu verwenden. Das ist die richtige Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und deshalb müssten wir uns nicht einmal entschuldigen, wenn wir Schulden aufnehmen müssten. Denn das wäre antizyklisch und volkswirtschaftlich geboten. Nur, wenn wir es jetzt nicht tun müssen zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Haushalts, dann sollten wir stolz sein auf die Finanzpolitik, die in den letzten Jahren betrieben wurde und darauf, dass der Freistaat Bayern Gott sei Dank gewaltige Finanzreserven hatte, um ohne Schulden zunächst einmal auf diese Wirtschaftskrise reagieren zu können. Ich finde, das ist richtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben heute den Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank im Kabinett angehört. Es waren der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission, Kollege Ernst Weidenbusch, und Herr Kemmer anwesend. Ich möchte der Parlamentarischen Kontrollkommission danken. Ich glaube, bei allen Vorbehalten, die manche hatten, es war nicht verkehrt, in einer sehr schwierigen Situation der Bayerischen Landesbank eine parlamentarische Beratung und Kontrolle zur Seite zu stellen. Es muss ja nicht jedes Gutachten, das dort verteilt wird, in der Öffentlichkeit landen. Die Arbeit, die dort gemacht wird, ist jedenfalls gut.

Wir haben heute von der Landesbank das Geschäftsmodell vorgestellt bekommen und haben gehört, welche Gespräche sie mit der Europäischen Union führt, die sich in der Bewertung und Beurteilung gegenüber dem, was man da lesen darf, absetzen. Ich habe heute dem Vorstandsvorsitzenden gesagt, dass wir längst nicht über den Berg sind. Wir haben nach wie vor eine sehr harte Wegstrecke der Restrukturierung dieser Bank vor uns. Aber das, was bisher, auch in Rückkoppelung mit dem Parlament, an Entwicklung eines Geschäftsmodells, Restrukturierung und Kontakt mit der Europäischen Kommission geleistet wurde, ist beachtlich - ich habe heute gesagt, das ist ermutigend. Ermutigend heißt aber nicht, dass ich jetzt euphorisch wäre. Ich glaube, die Grundentscheidungen, die wir getroffen haben, waren richtig. Jede andere Alternative wäre für die bayerische Wirtschaft von gewaltigem Nachteil gewesen.

Wenn ich die Verschuldung, die wir infolge der Landesbankkrise nicht für unseren allgemeinen Haushalt, sondern für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank aufwenden, in die Pro-Kopf-Verschuldung des Freistaates Bayern einrechne, so liegt diese jetzt bei 2.600 Euro. Ich bin nicht glücklich - niemand von uns - über diese Entwicklung der Landesbank. Aber die Pro-Kopf-Verschuldung von 2.600 Euro ist immer noch mit Abstand die geringste Pro-Kopf-Verschuldung in den westlichen Flächenländern und auch das Ergebnis solider Finanzpolitik über Jahrzehnte.

(Beifall bei der CSU)

Noch mal: über die nächsten Wochen - die Karwoche - 2.600 Euro Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern. Im Vergleich dazu liegt in Rheinland-Pfalz die Pro-Kopf-Verschuldung bei über 6.000 Euro.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Wer uns von der linken Seite kritisiert, der sollte in der Tat erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren.

(Beifall bei der CSU)

Die Landesinvestitionen in den nächsten beiden Jahren - das ist vor dem Hintergrund der Konjunktur und Entwicklung in den nächsten Monaten ungeheuer wichtig - werden sich weiter auf dem Rekordniveau des Jahres 2008 mit 5 Milliarden Euro bewegen, und zusammen mit dem Konjunkturpaket des Bundes steigern wir die Investitionen im Jahr 2009 um fast 9 %. Das ist die richtige Antwort. Deshalb ist nicht nur die Pro-Kopf-Veranschuldung in Bayern die geringste aller westdeutschen Flächenländer, sondern auch bei unseren Investitionen liegen wir an der Spitze der westlichen Flächenländer, wobei wir hier die steigenden Ausgaben für Lehrer und Kinderbetreuung noch gar nicht eingerechnet haben. Ich halte sowieso den Investitionsbegriff, der offensichtlich nur oder überwiegend von der Investition in Beton ausgeht, nicht mehr für zeitgemäß. Ich habe aber die Ausgaben für Bildung, für Lehrer und Kinderbetreuung noch gar nicht eingerechnet bei der Tatsache, dass wir an der Spitze der Investitionen liegen. Obwohl ich die Bildung für die sinnvollste aller Zukunftsinvestition halte, sind wir auch in anderen Punkten vorn.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Regierungskoalition hat sehr großen Wert darauf gelegt, das Konjunkturprogramm des Bundes sehr zügig umzusetzen. Hier war der Chef der Staatskanzlei koordinierend sehr erfolgreich tätig. Wir haben eine erste Grundentscheidung getroffen, und zu der stehe ich. Wir haben nicht das Gießkannenprinzip angewandt. Das hätte bedeutet, dass wir die Bundesmittel pro Kopf aufs ganze Land verteilt hätten mit der Folge, dass wir wahre Zukunftsprojekte nicht hätten finanzieren können, aber die eine oder andere kleinere Gemeinde in der Lage gewesen wäre, in einen Fahrradständer zu investieren. Das verbinde ich nicht mit Investitionsprogramm.

Wer mit dem Investitionsprogramm verantwortlich umgehen will, der muss schon den Mut haben, politische Prioritäten zu setzen und das, was unserer Gesellschaft und der Konjunktur am meisten dient, durchführen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb war für uns nicht das Gießkannenprinzip, sondern das Nachhaltigkeitsprinzip entscheidend. Das heißt, von den 1,96 Milliarden Euro im Rahmen des Konjunkturprogramms werden 1,3 Milliarden Euro, also 70 %, für Investitionen der Kommunen eingesetzt. Wir alle wissen, bei kommunalen Investitionsprogrammen ist die Bedürfniswelt immer etwas größer als die Güterwelt, die Finanzen. Deshalb müssen wir über die Bezirksregierungen Prioritäten setzen. Ich lege aber Wert darauf, dass bei der Setzung der Prioritäten die kommunalen Vertreter eng einbezogen werden, damit das Geld gerecht auf Regierungsbezirksebene verteilt wird.

Wir führen die energetische Sanierung von Schulen im Rahmen von Kommunalinvestitionen durch; das sind 570 Millionen Euro. Ich bin meiner Fraktion besonders dankbar, lieber Georg Schmid, dass sie noch einmal 50 Millionen Euro für kirchliche und private Schulen sozusagen erzwungen hat durch die Diskussion. Das ist in Ordnung. Wir betreiben die energetische Sanierung von Kindergärten und Weiterbildungseinrichtungen mit 179 Millionen Euro, wir fördern Behinderteneinrichtungen mit 48 Millionen Euro, Krankenhausbaumaßnahmen mit 110 Millionen Euro, energetische Sanierung kommunaler Verwaltungsgebäude mit 90 Millionen Euro, Städtebau und Dorferneuerung mit 60 Millionen Euro, den Hochwasserschutz mit 40 Millionen Euro und Lärmsanierung bei kommunalen Straßen mit 45 Millionen Euro. Das sind insgesamt 1,3 Milliarden Euro, 70 % der Gesamtsumme für kommunale Investitionen. Das ist wichtig, ich komme später noch einmal auf die Kommunalfreundlichkeit dieses Haushalts.

570 Millionen Euro, 30% der Gesamtsumme, fließen in staatliche Maßnahmen. Hier knüpfen wir an unser großes Ziel der Bildung an: Investitionen an den Hochschulen mit 240 Millionen Euro für Baumaßnahmen und Großgeräte. Für den Staatsstraßenbau sind 100 Millionen Euro eingestellt. Hinzu kommen die weitere Modernisierung der Polizeifahrzeuge, die Energiesanierung staatlicher Polizei- und Justizgebäude, die Sanierung des Deutschen Museums in München und des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg und die weitere Verstärkung der Breitbandförderung.

Meine Damen und Herren, das ist nachhaltiges Handeln für ganz Bayern, für alle Regionen, ökonomisch und ökologisch. Wir sparen Energie, verringern den CO₂-Ausstoß, wir verbinden Investition mit Klimaschutz. Die Sanierung bringt Tausende Aufträge für das bayerische Handwerk. Das ist konkrete Politik für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Ich glaube, man kann sagen, das ist intelligentes Wachstum, wenn wir nicht zulasten, sondern zum Nutzen der Umwelt investieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sagen Ja zu mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in der Berichterstattung oft keine Resonanz in den Schlagzeilen finden, die aber trotzdem bei mir wie bei Wirtschaftsminister Martin Zeil in bester Obhut sind. Wir kümmern uns um jeden Fall, lieber Herr Wirtschaftsminister, gerade er in seinem Hause. Wir kümmern uns um jeden Fall, der an uns herangetragen wird. Weil es um die Arbeitsplätze in Bayern geht und wir als Politiker den Auftrag haben, die Ernährungsbasis für unsere Familien, für unsere Arbeitnehmer in Bayern zu erhalten. Das tun wir gerade auch bei kleineren Betrieben, nicht nur bei denen, die in den Schlagzeilen erscheinen. Ich lege größten Wert darauf, dass Handwerk und Mittelstand in Bayern wissen, sie werden nicht vergessen, sondern wenn sie sich an uns wenden, dann setzen wir uns meistens erfolgreich für ihre Belange ein. Das ist unser Grundprinzip.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir müssen eine Tatsache sehr genau im Auge haben. Es geht natürlich primär immer darum, den Abstieg in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden - aus sozialen Gründen, im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Aber es geht auch darum, dass wir hochqualifizierte Arbeitsplätze in Bayern erhalten. Wenn wir leichtfertig solche Arbeitsplätze auf Spiel setzen, dann, liebe Freunde, wird es sehr, sehr lange dauern, bis wir diese Arbeitsplätze für Bayern wieder bekommen.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, jetzt im Rahmen unserer Ordnungspolitik "Soziale Marktwirtschaft" - ich komme darauf - das Menschenmögliche zu tun, die Arbeitsplätze hier zu halten. Manches können wir bei kleineren Betrieben selbst in Bayern tun. Bei größeren Angelegenheiten brauchen wir aber die Unterstützung des Bundes. Wir haben sie bisher auch relativ gut erfahren - jedenfalls was die Dialogbereitschaft anbelangt.

Ich möchte dem Wirtschaftsminister für die frühe Implementierung des bayerischen Mittelstandsschirms danken. Wir haben im Umfang von 200 Millionen Euro, was auch mit dem Haushalt zu tun hat, einen Mittelstandsschirm aufgespannt. Bis jetzt haben wir für Start- und Investivkredite 546 Haftungsfreistellungen mit einem Risikovolumen von rund 29 Millionen Euro übernommen. Das ist nur der Anfang. Seit Jahresbeginn bis jetzt haben wir Bürgschaften von rund 30 Millionen Euro zugesagt. Die Leute sind in einer Stresssituation, weil es um die Existenz ihrer Betriebe geht und sie von den Banken oft keine Kapitalversorgung bekommen. Deshalb freut mich ganz besonders, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit des Mittelstandsschirmes im konkreten Einzelfall unter drei Wochen liegt. Ich verweise darauf, wie lange schon über Opel und anderes diskutiert wird. In Bayern liegt die durchschnittliche Bearbeitungszeit für eine Bürgschaft unter drei Wochen. Da darf man auch mal Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Vieles geschieht im Interesse des Erfolges hinter verschlossenen Türen. Wir haben zum Beispiel der niederbayerischen Firma Knaus Tabbert mit einer Bürgschaft geholfen. Das tut der Region dort sehr gut. Wir tun das auf einer klaren ordnungspolitischen Grundlage. Die erste und wichtigste Voraussetzung ist und bleibt, dass hinter der Hilfe des Staates ein zukunftsfähiges Konzept steht. Wir wollen uns nicht so wie bei Holzmann auf den Holzweg begeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen, wenn wir uns engagieren, dass hinter einem Projekt ein Zukunftskonzept steht. Sonst könnte uns leicht zweierlei passieren, nämlich dass wir uns auf der einen Seite finanziell engagieren und auf der anderen Seite der Erhalt der Arbeitsplätze nicht erreicht wird. Ein solches politisches Schauer Märchen dürfen wir uns nicht erlauben, nämlich dass wir uns finanziell engagieren, Geld verbrennen, aber die Arbeitsplätze trotzdem nicht erhalten bleiben. Deshalb müssen wir uns in jedem Einzelfall der mühsamen Aufgabe unterziehen: Wie sieht das Zukunftskonzept aus? Ist es verantwortbar, dafür auch Bürgschaften und Kredite, also Steuermittel einzusetzen? - Wir sind der Anwalt der Arbeitsplätze, aber auch der Anwalt des sauer verdienten Steuergroschens der Bevölkerung. Beides gehört zusammen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In anderen Fällen kann man wegen der vielen unterschiedlichen Zahlen augenblicklich nicht helfen. Das war Qimonda. Die Firma ist schwerpunktmäßig in Sachsen und Portugal tätig. Wir in München sind aber auch betroffen. Der Wirtschaftsminister und ich als Ministerpräsident sind mit dem Insolvenzverwalter und anderen Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten im Gespräch. Wo es wegen des fehlenden Unternehmenskonzepts nicht gelungen ist, bei noch bestehender Firma zu helfen, müssen in der Insolvenz so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten werden. Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung in Bezug auf die Firma Qimonda ist, zu versuchen, die weltweit führende Technologie der Herstellung von Arbeitsspeichern zu erhalten; denn auch ein Weltmarktführer kann eine Technologie nur halten, wenn wenigstens ein Teil der Produktion weiter betrieben werden kann.

Die Arbeitnehmer sollen auch in diesem Fall wissen - die Arbeitnehmer von Schaeffler waren auch bei mir -, dass wir alles tun, um die Arbeitsplätze in dem Maße zu halten, wie wir das gegenüber der Gesamtbevölkerung verantworten können. Bei uns gibt es nicht die Hilfe nach folgendem Motto: Wer am lautesten ruft, ist als Erster dran. Der Maßstab kann nur sein: Verträgt es sich mit unserer Grundüberzeugung der sozialen Marktwirtschaft? Bleiben die Arbeitsplätze erhalten, und sind die Steuergroschen gut

angelegt? - Wir wollen nicht - das sage ich für die gesamte Bayerische Staatsregierung - die wirtschaftlich schwierige Situation dazu benutzen, um auf Schleichwegen in die Staatswirtschaft zu kommen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir kämpfen für unsere bayerische Landwirtschaft, die auch ein wichtiger Wirtschaftsbereich unserer bayerischen Volkswirtschaft ist. Jeder dritte landwirtschaftliche Hof steht in Bayern. Ich möchte Landwirtschaftsminister Brunner herzlich für seinen Einsatz danken. Das ist nicht immer einfach; denn es gibt auf deutscher Ebene nicht mehr viele Anwälte einer bäuerlichen Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wer über den ländlichen Raum und seine Zukunft diskutiert, muss wissen, dass es eine Zukunft des ländlichen Raumes ohne die bäuerliche Landwirtschaft nicht gibt. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich kämpfe ebenso wie der Landwirtschaftsminister in Brüssel und Berlin für die Landwirtschaft und muss lesen, dass das Lobbyistenarbeit sei und auf welchen Gebieten man sich nicht durchsetze. Alles Quatsch. Wir haben von der Koalition leider nicht die Zustimmung bekommen, dass zum Beispiel im internationalen Vergleich die bayerischen Bauern und die deutschen Bauern in punkto Besteuerung des Agrardiesels genauso behandelt werden wie alle ihre Konkurrenten in Europa. Dazu müsste in Berlin das Steuergesetz verändert werden. Dazu müsste das "Ungeheuer" von Frau Künast, nämlich der Selbstbehalt unter Begrenzung nach oben, abgeschafft werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie können in den Bierzelten nicht für die Bauern eintreten, und unter der "Grünen Renate" ist die Sparmaßnahme Selbstbehalt von 350 Euro und Deckelung auf 10.000 Liter

Öl eingeführt worden. Das ist unter Ihrer Regierungszeit in Berlin zulasten der bayerischen Bauern eingeführt worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Sechsaugengespräch in Berlin mit dem Vizekanzler, der Kanzlerin und meiner Wenigkeit wurde erreicht, dass die Möglichkeit eröffnet wird. Wenn Berlin nicht will, werden wir weiter kämpfen und mit einer neuen Regierung unser Ziel erreichen. Wir sind für Wettbewerb. Aber wir sind auch für Fairness im Wettbewerb. Wir sind dagegen, dass unsere bayerischen Bauern im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden. Wenn Berlin diese Agrardiesellösung nicht ändern will, machen wir es. Wir machen es für die nächsten zwei Jahre mit 34 Millionen Euro.

(Maria Noichl (SPD): Zwei Jahre!)

Aus Landesmitteln werden die bayerischen Bauern unterstützt, weil Berlin nicht in der Lage ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hinzu kommen 30 Millionen Euro Milchkuhprämie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass das nicht die Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Landwirte bedeutet - weder alleine für sich betrachtet der Agrardiesel noch die Milchkuhprämie. Aber die Landwirte sollen spüren, dass wir an ihrer Seite stehen und überall dort, wo wir selbst handeln können, zu ihren Gunsten handeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich hatte vor einigen Tagen die Naturschutzverbände im Haus. Wir haben über die Gentechnik gesprochen. Solange ich in Berlin dafür zuständig war, sind die Voraussetzungen für den Gentechnikanbau verschärft worden. Das kann niemand in Zweifel ziehen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich machte das, obwohl ich in die Kabinettsdisziplin eingebunden war und die große Linie in die andere Richtung ging. Als Regierungschef in Bayern kann ich Ihnen für die Koalition sagen: Wir wollen, dass Bayern zur gentechnikanbaufreien Zone wird.

(Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wir wollen, dass in Europa die Bayern selbst entscheiden können, was auf ihrem Grund und Boden angebaut wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich komme später auf die Erbschaftsteuer zu sprechen. Auch hier habe ich angekündigt und umgesetzt. Die Kontinuität meines Handelns zur Gentechnik besteht seit dreieinhalb Jahren.

(Franz Maget (SPD): Oh!)

Ich wünsche jedem einmal --

(Lachen bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

- Was ich, liebe Frau Bause, von Ihrer Kollegin übernommen habe, habe ich deutlich verschärft.

(Zurufe der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) und Ulrike Gote (GRÜNE))

Es gab die Abstandsflächen nicht. Es gab die Reduzierung nicht. Es gab die Auseinandersetzung mit Monsanto nicht. Ich habe sie geführt. Jetzt werden wir sie als Bayern zu einem sehr guten Ende führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch bei der Erbschaftsteuer waren wir nicht nur für den Mittelstand und das Handwerk eigentumsfreundlich, sondern auch für die Landwirtschaft. Auch das wurde angekündigt und umgesetzt.

Was mich besonders freut, ist - das war in den anderen Bundesländern nicht so selbstverständlich -, dass wir vor einer Woche als Regierungskoalition entscheiden konnten, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 1 zu 1 auf die Beamten zu übertragen.

(Christa Steiger (SPD): Was denn sonst?)

Wir haben - auch wenn das dem Finanzminister gelegentlich weh tut - die Altersteilzeit verlängert,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch eigentlich selbstverständlich!)

und wir haben eine Gruppe gebildet, die darüber nachdenken soll, wie wir das mit den 42 Stunden in Zukunft flexibler und eindeutiger im Sinne einer Angleichung an die Tarifbeschäftigten gestalten können.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen mit diesen drei Signalen - Tarifübernahme, Altersteilzeit und eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Angleichung der Arbeitszeit - den Einsatz und die gute Leistung unserer bayerischen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und insbesondere der Beamten honorieren.

(Beifall bei der CSU)

Zu unserem Konzept, dem Konzept der Bayerischen Staatsregierung, der beiden Koalitionsfraktionen, gehört nicht nur das Investitionsprogramm, so wichtig es ist - öffentliche Investitionen, Infrastrukturprogramm, Bildung und Hochschule -, sondern auch die Stärkung der Kaufkraft. Ich würde mir wünschen, in Bayern und Deutschland noch viel mehr darüber nachzudenken, wie wir insgesamt die Bevölkerung in die Lage versetzen kön-

nen, mehr Investitionen und Konsum zu tätigen. Wir sollten nicht so sehr branchenspezifisch vorgehen, da bei branchenspezifischem Handeln mit dem Ablauf einer bestimmten Maßnahme das Problem wieder genauso groß ist wie vorher. Deshalb muss übergreifend etwas geschehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir waren mit unserer Initiative bei der Einkommensteuer erfolgreich. Vielleicht verschwindet das zu schnell aus den Köpfen. Am Anfang stand die Bayerische Staatsregierung ganz allein. Aber dann durfte ich an einem Wochenende lesen - Gott sei Dank, Herr Maget, das war die Öffnung des Tores -, dass der Bundesfinanzminister erklärte, man wolle die Senkung des Einkommensteuersatzes von 15 auf 12 %, nachdem er wochenlang meinte, es sei das falsche Mittel in dieser Krise, man habe genug Nachfrage und müsse öffentliche Investitionen tätigen.

(Franz Maget (SPD): Sie wollten etwas anderes! Sie wollten die Gleichsetzung!)

Daraufhin konnte ich beruhigt nach Berlin ins Kanzleramt fahren. An diesem Abend kam der Durchbruch. Wir haben jetzt bei der Einkommensteuer in diesem und im kommenden Jahr eine Entlastung um neun Milliarden Euro für die Bevölkerung.

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Wir werden ab dem Jahre 2010 die Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge von der Steuer in Höhe von neun Milliarden bekommen.

(Franz Maget (SPD): Sehr gut!)

Wir haben den Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5 auf 2,8 % gesenkt und senken jetzt ab dem 1. Juli den Krankenversicherungsbeitrag um 0,6 % Punkte, weil wir mehr Steuermittel in die Krankenversicherung geben.

(Franz Maget (SPD): Wir?)

Ich lese zwar immer, dass es sich nur um ganz kleine Beträge handele, bei denen sich die Union oder die FDP durchgesetzt habe, aber wenn ich nur einmal das nehme, was jetzt zusätzlich in Kraft tritt, dann entlasten wir Bürger und Mittelstand um insgesamt über 25 Milliarden Euro jährlich.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Sehr gut!)

Ich behaupte jetzt einmal: Ohne uns hätte es diese Steuersenkung in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Anhaltender Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD):
Hier klatscht die CSU, und der Finanzminister schaut zu!)

Hinzu kommt die Pendlerpauschale. Es ist eine Entlastung von 2,5 Milliarden. Das Thema ist bekannt. Noch wichtiger aber ist: Die Rückzahlung der Pendlerpauschale rückwirkend in Höhe von fast 290 Millionen Euro ist von den bayerischen Finanzämtern abgewickelt. Ein paar Landtagsbedienstete haben mir vorhin gesagt: Jawohl, wir haben das bekommen. Ich prüfe gerne gegen. Vor diesem Hintergrund möchte ich allen Mitarbeitern der bayerischen Finanzämter für ihre schnelle Arbeit danken.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei der Mehrwertsteuer bleiben wir am Ball. Wir haben heute im Kabinett beschlossen, in einem ersten Schritt die Senkung für das Hotel- und Gaststättengewerbe anzustreben.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Nach der Wahl wollen wir eine generelle Strukturreform der Mehrwertsteuer. Jetzt wäre das zu kompliziert.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Freunde, zwei Dinge können wir nicht machen. Die Struktur der Mehrwertsteuer ist seit 40 Jahren im Wesentlichen unverändert mit ungeheuren Verwerfungen für unseren bayerischen Mittelstand und gerade für das Tourismusland Bayern.

(Zurufe und Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Präsidentin, das stört mich nicht.

Wir können unserem Tourismus keine weiteren Wettbewerbsnachteile zumuten gegenüber allen unseren Nachbarn. Außerdem können wir nicht akzeptieren, dass es grobe Verwerfungen für unsere Bevölkerung gibt. Die Beispiele sind bekannt. Ich nenne nur die Babyausstattung. Der Finanzminister hat mir in diesen Tagen ein noch schöneres Beispiel erzählt. Wenn ich mir eine belegte Semmel in der Wirtschaft zuführe, dann ist diese höher besteuert, als wenn ich eine Semmel kaufe und sie auf der Straße esse.

(Franz Maget (SPD): Das haben Sie bei der Handwerksmesse auch schon erzählt!

- Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Lieber Herr Maget, was gar nicht geht, ist Folgendes, dass nämlich der Bundesfinanzminister - Ihrer Partei angehörend - in Brüssel den reduzierten Mehrwertsteuersatz vereinbart und eine Prüfung, ob man ihn in Deutschland umsetzen kann, ablehnt. Das ist Ignoranz und Arroganz.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben eine so verkrustete politische Diskussionskultur, dass sie fast jeden Vorschlag unmöglich macht. Ich denke nur an die Eigenheimzulage und manche Reaktion darauf. Wir sind geistig gar nicht mehr so frei zu sagen, darüber diskutieren wir einmal und am Ende entscheiden wir. Das, was der Bundesfinanzminister hier macht, ist Arroganz und Ignoranz. Ohne seine Stimme hätte die Neuordnung der Mehrwertsteuersätze in Europa nicht in Kraft treten können. Wenn er ihr aber zustimmt, hoffe ich, dass das nicht nur im Interesse unserer Wettbewerber geschehen ist, sondern auch im Interesse Bayerns und Deutschlands.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Runge.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Wer?

(Zurufe von der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten gefragt.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Meine Fraktion verbietet mir das.

(Heiterkeit und Zurufe)

Präsidentin Barbara Stamm: Gut, dann nicht. Sie haben zu entscheiden. Danke sehr.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Nun ein Wort zur Gesundheitsreform.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wer weiß, was Sie da wieder versprechen!)

- Darauf komme ich noch, warten Sie ab. Ich bin heute richtig freudig unterwegs.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wir haben im Koalitionsvertrag Folgendes festgelegt - und zwar nicht irgendwann, sondern im November letzten Jahres, und wir haben es dann in der Regierungserklärung gesagt -: "Meine Regierung will weg von Rationierung hin zu mehr Freiheit im Gesundheitswesen. Sollten wir den Eindruck haben, dass die medizinische Versorgung unter dem Gesundheitsfonds leidet, werden wir grundlegende Änderungen anstreben." Das haben wir gesagt, bevor über Arzthonorare und Ähnliches etwas bekannt geworden ist.

Die Partei und die CSU-Landtagsfraktion haben in der Tat dieser Reform und auch dem Gesundheitsfonds zugestimmt. Aber es wird immer gerne übersehen, dass wir gesagt haben, dass einige Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen.

Jetzt haben wir leider feststellen müssen, dass zwei Dinge in Bayern stattfinden.

Erstens müssen wir immer öfter - das kann niemand im Ernst bestreiten - Ansätze einer Zweiklassenmedizin registrieren. Das hohe Niveau der medizinischen Versorgung ist da und dort infrage gestellt. Das können wir nicht hinnehmen. Bei unserer Zustimmung zum Gesundheitsfonds haben wir immer gesagt, dass dieser nicht zu einer Verschlechterung der Versorgungssituation der Menschen in Bayern führen darf. Gerade die ältere Generation hat hier durchaus verständliche Ängste.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens werden die bayerischen Ärzte, und zwar insbesondere die niedergelassenen, eindeutig gegenüber den Ärzten anderer Regionen in Deutschland benachteiligt, obwohl der Gesetzesauftrag eigentlich ein anderer ist und obwohl die politischen Zusagen anders lauteten. Beim Start des Gesundheitsfonds sollte kein niedergelassener Arzt durch die Reform der Arzthonorare schlechter gestellt sein als bisher. Wir verteidigen die freien Heilberufe und die Ärzte gegen diese Gleichmacherei und partielle Planwirtschaft.

Das sind die zwei Befunde, die man sehen muss. Deshalb hat Herr Staatsminister Söder hier meine volle Rückendeckung, wenn er dafür sorgt, dass die bekannten Mängel bei der Gesundheitsreform abgestellt werden müssen, und sie müssen abgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, die Kollegin Sonnenholzner hat eine Zwischenfrage.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Wenn jemand aus Bayern in Berlin für die Änderung einer Situation eintritt, dann muss man lesen: Krawallpartei und Querulantentum. Mein Verständnis von Verantwortung eines jeden Abgeordneten und einer jeden Abgeordneten, die hier den Eid geschworen haben, Schaden vom bayerischen Volk abzuwenden, geht dahin, dass es dann, wenn in der Praxis Nachteile erkennbar werden, sei

es in der Landwirtschaft, bei den Heilberufen oder beim Mittelstand, geradezu unsere Pflicht ist, alles gegenüber der Bundesregierung zu unternehmen, um diesen Schaden abzuwenden bzw. zu reduzieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre eine absolute Pflichtverletzung, wenn wir nicht versuchen würden, real stattfindende Benachteiligungen abzustellen. Wie man so etwas als Querulantentum und Handlung einer Krawallpartei einstufen kann, ist mir schleierhaft. Für mich ist das Wahrnehmung der politischen Verantwortung, die wir alle miteinander im Hause haben. Ich bitte Sie alle hier im Hause, zuallererst die bayerischen Interessen in Berlin und Brüssel zu vertreten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch wenn wir damit unter den Letzten sind, die so etwas noch tun, stelle ich doch täglich fest, dass die Bevölkerung das honoriert.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

In meiner Regierungserklärung habe ich eine erstklassige Zusammenarbeit mit den Kommunen angekündigt. Wir haben in diesem Haushalt die Finanzausstattung für die Kommunen nochmals verbessert. Sie profitieren von einer Steigerung des kommunalen Finanzausgleichs auf einen neuen Rekord. Ein Plus von 4 %. Wir haben einen kommunalen Bildungsgipfel völlig einvernehmlich durchgeführt. Das ist eine neue Ära der Kooperation. Wir haben beim Investitionsprogramm die kommunalen Anliegen sehr stark berücksichtigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht ganz vergessen, dass wir in einer Leitentscheidung des Bayerischen Landtags beschlossen haben, die Landesbank zulasten des Freistaats Bayern zu stabilisieren und dabei den hälftigen Eigentümer, die Sparkassen - in Klammern: die Kommunen - nicht einzubeziehen. Auch das war eine Entscheidung im Interesse unserer bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist und bleibt das kommunalfreundlichste Bundesland.

Wir tun in diesem Haushalt auch sehr viel für die Polizei. Es gibt 1.000 Stellen für neue Polizeibeamte und 230 zusätzliche Stellen für die Justiz. Das wurde im Dezember versprochen und mit diesem Haushalt umgesetzt. Herzlichen Dank, Innenminister Joachim Herrmann und Justizministerin Beate Merk!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftskrise ist auch eine ethisch-moralische. "Verdienst" kommt von "dienen". Deshalb wird die Staatsregierung nicht müde werden, dafür zu sorgen, dass die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft, die auch etwas mit Leistung, Kreativität, Verantwortung und Fairness zu tun haben, wieder Einzug halten. Sie sollten Vorbildung und Ehrensache für jeden anständigen Bankier und Kaufmann sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Zu diesem Zweck werde ich gemeinsam mit meinem Stellvertreter Martin Zeil einen Beraterkreis installieren, keinen Kreis, der erst wieder über Jahre hinweg diskutiert, sondern einen relativ überschaubaren Kreis mit Vertretern aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und der christlichen Soziallehre, der ohne Bezug auf die Tagesaktualität die Grundlagen mit uns tiefgehend analysiert und der auch Vorstellungen dafür entwickelt, was wir tun müssen, um aus der schwierigen Kurve, in der wir uns befinden und in der wir ständig zwischen Gaspedal und Bremse hin und her wechseln müssen, als Erste wieder in die Gerade zu kommen. Auf diese Situation wollen wir uns vorbereiten. Spätestens bis zur Sommerpause soll das abgeschlossen sein.

Dieser enge, kleine Beraterkreis, der von uns initiiert ist, soll auch die Anforderungen an eine soziale Marktwirtschaft unter den neuen Maßstäben des 21. Jahrhunderts formulieren. Bei zunehmendem Übergang von der Kurzarbeit zur Arbeitslosigkeit möchte die

Bevölkerung von den politisch Handelnden nämlich schon wissen, wie sie sie aus dieser Krise herausführt. Bei den täglichen Diskussionen stelle ich immer wieder fest, dass die Menschen auch ein geistiges Fundament für unser Tun haben wollen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Sie wollen wissen, auf welchen Wertegrundlagen wir soziale Marktwirtschaft gestalten. Das ist nicht zum Lachen, sondern uns ist es bitterer Ernst damit, die soziale Marktwirtschaft wieder auf eine Wertegrundlage zu stellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte nie mehr erleben, dass begründet gesagt werden kann: Die, die wir gewählt haben, haben keine Macht, und diejenigen, die die Macht haben, haben wir nicht gewählt.

(Maria Noichl (SPD): Sie sind doch nicht gewählt worden! - Weitere Zurufe von der SPD - Georg Schmid (CSU): Das haben wir allein gemacht, wir haben euch nicht gefragt! - Unruhe)

- Schön ruhig Blut, das ist die Aufregung nicht wert.

(Anhaltende Unruhe)

Deshalb werden wir diesen Kreis installieren, der bis zur Sommerpause Ratschläge einholen wird.

(Anhaltende Unruhe)

- Schont euch vor der Osterpause, das ist gut für den Blutdruck und die Lebenserwartung!

Ich möchte noch drei Dinge sagen. Seit meiner Regierungserklärung ist ein gutes Vierteljahr vergangen. Seitdem hat die Staatsregierung wesentliche bundespolitische Initiativen gestartet. Mir liegt sehr daran, festzustellen - auch wenn man manchmal das

Gegenteil glauben könnte, wenn man sich nur der Lektüre so mancher Presseorgane hingibt -: Jede Initiative war erfolgreich.

Erstens. Eine Initiative galt der Erbschaftsteuer, wo man sich noch ein besseres Ergebnis vorstellen kann; das werden wir auch anstreben. Was wir erreicht haben ist jedenfalls besser als das, was wir zu Beginn unserer Regierung in München vorgefunden haben. Wir haben die Erhöhung des Kinderfreibetrags im Steuerrecht ab 1. Januar, also eine Familienförderung. Wir haben die Steuersenkung, von der ich sprach, gegen bundesweit erbitterten Widerstand durchgesetzt.

(Widerspruch des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Wir werden auch bei der Strukturreform der Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich sein. Auch da habe ich eine Vereinbarung mit der Bundeskanzlerin getroffen.

Liebe Freunde, schaut euch einmal an, wie die Eigentumsbildung in der Bundesrepublik Deutschland gestaltet ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wie ist sie in Bayern? - Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Schaut euch einmal besonders an, welche Chancen junge Familien mit Kindern haben, Eigentum, gerade Wohneigentum, zu bilden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können bei einem solchen gesellschaftspolitischen Befund doch nicht einfach die Hände in den Schoß legen und unseren Gestaltungsauftrag zurückgeben, weil wir auch noch andere historische Aufgaben haben. Das ist nicht unser Verständnis von Politik. Wenn man eine gesellschaftspolitische Ungerechtigkeit registriert, wie sie die Wohneigentumsbildung in der Bundesrepublik Deutschland und auch im Freistaat Bayern darstellt - der Innenminister hat in der letzten Woche einmal öffentlich darauf hingewiesen, wie stark die Zahl der Bauanträge zurückgeht -, dann ist es doch das Mindeste, dass Sozialministerin Christine Haderthauer und Finanzminister Georg Fahrenschon dem Parlament

einmal einen Vorschlag vorlegen. Ich möchte die Eigenheimzulage in der bisherigen Form zwar nicht wieder einführen, aber es ist doch das Mindeste, dass Familien mit Kindern wieder einen Anreiz zur Bildung von Wohneigentum bekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich stelle fest, jede dieser Initiativen hatte Erfolg.

Zweitens. Ich betrachte - das sage ich noch einmal - ein Engagement für unsere bayerische Heimat und für die bayerische Bevölkerung in Berlin und einen Streit um eine Lösung nicht als Krawall und Querulantentum, sondern ich verstehe das als die Annahme der Verantwortung, die wir Politiker für unsere Heimat haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens möchte ich noch sagen - auch das wird zu kleinräumig begleitet -, dass ich während meiner fast dreißig Jahre Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, jedenfalls in meiner Heimat, viele, viele Großprojekte durchgesetzt habe. Sie haben zum Teil zehn bis zwanzig Jahre gedauert. Wenn man aber nicht den ersten Schritt auf einer langen Reise tut, wird man nie ans Ziel kommen. Es ist das Recht, ja sogar die Pflicht eines Ministerpräsidenten - übrigens auch eines jeden Kabinettsmitglieds -, sich unter bestimmten Bedingungen hinter ein Projekt zu stellen, zum Beispiel dann, wenn eine große Tangente von Paris über Stuttgart und Ulm bis in den Osten geplant ist.

Liebe Freunde, soll man da warten, bis alle anderen nachgedacht haben, geplant haben, Vorkehrungen getroffen haben? Oder kann man da vielleicht mal sagen: Ich stelle mich hinter das Projekt; wir werden das in Kürze im Kabinett behandeln und mit der Bundesregierung versuchen, eine solche Bahnlinie im Interesse ganz Deutschlands und Bayerns so voranzubringen, dass die Bayern nicht hintanstehen, wenn sie denn einmal realisiert wird. Das ist doch selbstverständlich!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Sie wollen sie ja vorfinanzieren!)

- Herr Maget, jetzt sage ich Ihnen: Zuerst müssen wir einmal mit dem Bundesminister darüber einig sein, dass das Projekt in den Bedarfsplan kommt. Dann kann man eine Planung aufstellen. Denn wenn Sie eine Planung aufstellen, ohne im Bedarfsplan zu sein, helfen Ihnen die ganzen Genehmigungen nichts. Denn die Genehmigungen sind nicht mehr rechtsgültig, bis der Bedarfsplan verabschiedet ist. Das muss man wissen, wenn man mit solchen Dingen zu tun hat.

Jetzt nenne ich Ihnen ein Beispiel. Darüber können wir mal bei einem Kaffee reden. Ich habe - das hört jetzt nicht jeder gern - einmal begonnen, mich zugunsten der ICE-Strecke München - Ingolstadt - Nürnberg mitten durchs Altmühltal einzusetzen. Das war in meinem Wahlkreis. Deshalb weiß ich, wie man mit einem solchen Projekt angesichts der vielen Ortsumgehungen und Stellungnahmen vom Güterverkehrszentrum, von der Katholischen Universität und Fachhochschulen umgeht. Aber, meine Damen und Herren, man muss einmal beginnen mit der Diskussion, mit der Umsetzung, mit den Gesprächen mit der Bundesregierung. Das dauert ohnehin. Das sind Jahrhundertaufgaben - nicht, weil es Jahrhunderte dauern soll, bis es zur Realisierung kommt, sondern weil eine solche Entscheidung für künftige Generationen maßgeblich ist. Damit muss man beginnen. Ich werde mich nicht davon abbringen lassen, wenn es um Kultureinrichtungen der höchsten Stufe geht, mich dafür einzusetzen, dass man zumindest mal den Kopf öffnet und Alternativen untersucht. Wir haben im Kabinett vereinbart, dass man die Alternativen einmal begutachten lässt. So einfach ist Politik oft. Ich werde mich auch nicht davon abhalten lassen, dafür einzutreten, dass der Regierungsbezirk Schwaben mit seinem Klinikum auch eine Chance der universitären Versorgung bekommt.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Kränzle (CSU))

Auch das ist ein langer Weg, und auch dafür werde ich streiten.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Eisiges Schweigen bei der FDP!)

So. Das wollte ich sagen. Wer mich kennt, weiß, dass ich mit Zähnen und Klauen und mit aller Deutlichkeit dafür kämpfe.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eines ist mir aufgefallen, lieber Herr Maget: Zu dem, was diese Koalition entwickelt hat

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

auf den Gebieten der Bildung, der Nachhaltigkeit, bei den Investitionen, bei der Kinderbetreuung, bei der Sicherheit, von den Universitäten bis hin zu den Grundlagen des Umgangs mit der Bevölkerung - -

(Franz Maget (SPD): So eine Schaumschlägerei!)

Wo immer wir bei unseren Regierungsbezirkseinsparungen auftreten, kommt die Bevölkerung in Scharen. Wir führen den Dialog am Telefon, der durch die Presse organisiert wird - das läuft hervorragend. Wir haben eine Kultur des Vertrauens, der Verantwortung und auch des Dialogs geschaffen. Diesen Dialog praktizieren wir. Wenn ich draußen sage, wir prüfen ein Gymnasium, dann wird es geprüft; ich fahre nicht zurück in die Staatskanzlei und sage: Das war ein schöner Tag - und dann wird das Projekt zu den Akten gelegt. So verstehen wir die Dinge.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wissen Sie, was mir dabei auffällt, Herr Maget? Ich wollte dieses Urteil am Anfang nicht aussprechen, aber da ist schon eine bemerkenswerte Leere - und zwar eine Leere mit zwei e - an Alternativen. Ich kenne kein Gegenkonzept, das hier zu unserer Regierungsarbeit und Regierungserklärung auf den Tisch gelegt wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir wollen diese Kultur der Verantwortung vorantreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Da lassen wir uns von niemandem aus der Ruhe bringen.

Arbeit sichern, Chancen eröffnen, Zukunft nachhaltig und sozial gestalten - das ist der Haushalt 2009 und 2010. Wir wollen Zukunft gestalten, nicht Vergangenheit reparieren. Deshalb bitte ich das Hohe Haus, dem vorliegenden Haushaltsentwurf am Ende der Haushaltsdebatte zuzustimmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion dem Herrn Kollegen Maget das Wort. - Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Maget (SPD): Danke schön, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ein halbes Jahr nach der Landtagswahl ist heute eine gute Gelegenheit für eine erste Zwischenbilanz der Regierungstätigkeit des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer und seines Kabinetts. Bevor ich zu den wichtigsten Inhalten komme, die Sie ja auch vorgetragen haben, gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Regierungsstil und zur Qualität der Regierungsarbeit in den zurückliegenden Monaten. Sie haben einiges davon selber angesprochen.

Es gibt nämlich eine Reihe von Grundmustern und Grundprinzipien des Regierungshandelns von Herrn Seehofer, die auffallen. Das erste und wichtigste Prinzip ist das der Schaumschlägerei.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU: He! - Harald Güller (SPD): Nur keine Aufregung!)

Die Regierungskunst besteht darin, sich zu denken: Erzähle dem jeweiligen Publikum genau das, was es von dir hören will, und versprich ihm, wofür du Beifall bekommst, auch wenn du die Versprechen anschließend nicht einhalten kannst.

(Bernd Kränzle (CSU): Du übernimmst dich!)

Erstes Beispiel: Sie haben die Hochkultur selbst angesprochen. Dieser Teil der Regierungskunst begann bei der Evangelischen Akademie in Tutzing vor einem hoch gebildeten, kulturell beflissenen Publikum. Mariss Jansons, der hervorragende Dirigent des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks, fürwahr ein Weltstar, war anwesend. Was hört er am liebsten? - Natürlich hört er am liebsten, dass er einen neuen Konzertsaal in München bekommt. Weil er und das Publikum das hören wollen, verspricht der Ministerpräsident, dass dieser Konzertsaal für schlappe 130 Millionen Euro realisiert wird.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Der zuständige Fachminister weiß davon nichts; er ist natürlich auch anderer Meinung und hält das für gar keine gute Idee, Herr Ministerpräsident. Vor allem hat er überhaupt keine Vorstellung, woher er das Geld bekommen soll. Deswegen steht im Haushaltsplan auch nicht einmal eine Leerstelle für diesen formidablen zusätzlichen Konzertsaal in München, gar nichts.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das macht ja nichts!)

Hauptsache, es ist versprochen und man hat vor 300 Zuhörerinnen und Zuhörern, im Rundfunk und im Fernsehen eine gute Resonanz: Jawohl, endlich ein Bayerischer Ministerpräsident, der kulturbeflissen ist und der uns einen Konzertsaal schafft. - Ziel erreicht, aber nicht weiter verfolgt. Versprechen genügt, einhalten spielt keine Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Beispiel - es kommt noch eine ganze Menge.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich habe Zeit!)

Natürlich trifft sich der Herr Ministerpräsident auch mit den Trägern der Erwachsenenbildung in Bayern. Es soll ein sehr gutes, ein sehr konstruktives Gespräch gewesen sein.

Herr Seehofer hat natürlich auch großes Interesse an der Erwachsenenbildung gezeigt. Der Bayerische Volkshochschulverband schreibt deshalb Folgendes:

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass sich der Bayerische Ministerpräsident Seehofer für die Aufgaben und Ziele der Erwachsenenbildung in Bayern verstärkt einsetzen möchte. In einem sehr konstruktiven Gespräch am 2. März 2009 erhielten wir die Zusage, dass er dies auch im Hinblick auf eine Erhöhung der Mittel im Doppelhaushalt 2009/2010 tun wolle.

Jetzt sieht der Erwachsenenbildner in den Haushalt hinein und findet keine Erhöhung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Deshalb schrieb der Präsident des Bayerischen Volkshochschulverbandes - Herr Deimer, Mitglied Ihrer Partei - an den Ministerpräsidenten Folgendes: Vor dem Hintergrund unseres Gespräches wende ich mich noch einmal mit einer dringenden Bitte an Sie. Beim ersten von mehreren Schritten sprachen Sie von einer Akutbehandlung zugunsten der Erwachsenenbildung im Doppelhaushalt 2009/2010.

Leider musste Herr Deimer jetzt feststellen, dass davon nicht die Rede sein kann. Herr Deimer sandte mir eine Kopie dieses Schreibens.

(Christa Naaß (SPD): Versprochen - gebrochen!)

Herr Deimer sagte: Ich kann sicherstellen, dass alle Fraktionen dieses Hauses einer Erhöhung der Mittel auf 20 Millionen Euro zustimmen würden. In der Tat, wir würden zustimmen. Wir haben das sogar beantragt, aber Sie haben es abgelehnt. Es genügt Ihnen, dem Volkshochschulverband zuzusagen und zu versprechen, dass Sie die Mittel erhöhen werden. Herr Seehofer, getan haben Sie gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Besonders eindrucksvoll haben Sie dieses Vorgehen in Augsburg gestaltet. Sie haben erzählt, dass Sie im Lande unterwegs seien. Dabei wird das Füllhorn der Versprechun-

gen ausgeschüttet. Lieber Herr Kollege Kränzle, Sie haben sich in Augsburg ganz schön blenden lassen. In Augsburg wählte der Herr Ministerpräsident gar den feierlichen Akt des Eintrags ins Goldene Buch. Er hat aber nicht hineingeschrieben, dass geprüft werde, ob eine Universitätsklinik für Augsburg eine gute Sache wäre. Nein, das wäre viel zu wenig. Er schrieb in dieses Buch: Die Uniklinik kommt - Ausrufezeichen. Das ist ein hervorragendes Versprechen.

(Georg Schmid (CSU): Die sollten sich freuen! Du bist zu ungeduldig, Franz!)

- Ich freue mich. Aber Moment: Was sagen denn die Mitglieder Ihrer formidablen Regierungskoalition zu diesem Versprechen? - Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß sagte, das sei reiner Etikettenschwindel. Der Landrat der CSU - ein früherer Landtagskollege - sagte, der Herr Ministerpräsident hätte lieber vorher ein Gespräch mit ihm suchen sollen.

(Alexander König (CSU): Das sagen alle Landräte!)

Lieber Herr Schmid, Ihr gesundheitspolitischer Sprecher - er ist gerade nicht da -, Herr Dr. Zimmermann, sagte über dieses Versprechen wörtlich: Das ist eine Schnapsidee, die nicht zu Ende gedacht wurde.

(Lachen bei der SPD)

Herr Seehofer, das sagt der gesundheitspolitische Sprecher der CSU, der die Regierung trägt, zu Ihrem Versprechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Medizin-Dekane und Vorstände der bayerischen Unikliniken sagen "Unsinn". Herr Dr. Heubisch sagt ebenfalls "Unsinn".

(Widerspruch des Staatsministers Dr. Wolfgang Heubisch)

- Das haben Sie nicht gesagt? - Aber gut finden Sie es auch nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ich würde sagen, dass wir hier keine Zwiegespräche führen sollten. Fahren Sie bitte mit Ihrer Rede fort.

Franz Maget (SPD): Überhaupt Augsburg: In Augsburg lösen Sie mittlerweile ohnehin nur noch ungläubiges Staunen aus. Herr Strehle sagt, dass der Ministerpräsident vor 600 Augenzeugen und 1.200 Ohren, im Landkreis Augsburg jüngst versprochen hätte, sich für eine Vorfinanzierung der Bahnstrecke zwischen Augsburg und Ulm durch den Freistaat Bayern stark zu machen. Gleichzeitig schrieb der Herr Ministerpräsident an den CSU-Verkehrspolitiker Oswald im Deutschen Bundestag Folgendes: Eine Vorfinanzierung der Planungskosten oder gar der Strecke durch den Freistaat kann ich leider nicht in Aussicht stellen. Unterzeichnet: Dein Horst.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hört! Hört!)

Der Landrat der CSU sagte: Das widerspricht sich aber.

(Harald Güller (SPD): Und zwar deutlich! Das hat er vor 600 Leuten bei der IHK gesagt!)

- Das kann man so feststellen. Der zuständige Landtagskollege der CSU, Herr Strehle, sagte dazu: Mir ist es lieber, man verspricht weniger und hält mehr, als dass man etwas verspricht, was man nicht halten kann.

(Beifall bei der SPD)

Das meinte Herr Strehle zu dem, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat. Meine Damen und Herren, das ist eben das Grundprinzip: Immer den Leuten nach dem Mund reden. Zum Förster sagt man "Wald vor Wild" und zum Jäger "Wild vor Wald". Ist ja auch egal. Das ist keine Führung; das ist Beliebigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie wurden dann auf die Handwerksmesse eingeladen und freuten sich, vor 3.000 dem Handwerk nahestehenden Menschen ein großes Versprechen abgeben zu können. Sie

versprochen, die Bayerische Staatsregierung würde sich für die Reduzierung der Mehrwertsteuer für Hotel- und Gaststättenbetriebe einsetzen. Das hören die gerne.

(Josef Miller (CSU): Das scheitert an der SPD in Berlin!)

- Lieber Herr Kollege Miller, im Gegensatz zu Ihnen kann ich mich daran erinnern, dass die SPD-Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode in diesem Hause einen Antrag mit der Forderung eingebracht hat, die Bayerische Staatsregierung möge sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Mehrwertsteuer für Hotel- und Gaststättenbetriebe reduziert wird.

(Harald Güller (SPD): Drucksache 15/4595!)

Wer, glauben Sie, hat diesen Antrag damals abgelehnt? - Ihr habt ihn abgelehnt.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Wir haben auch zugestimmt!)

Ihr habt den Antrag in der letzten Legislaturperiode abgelehnt.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Runge?

Franz Maget (SPD): Gerne.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Maget, Sie liefern das richtige Stichwort. Wie beurteilen Sie denn die Einlassung des Herrn Ministerpräsidenten zum reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie und die Beschimpfungen des Bundesfinanzministers diesbezüglich nicht nur vor dem Hintergrund, dass eben die CSU vor gerade einmal zwei Jahren eine entsprechende Initiative der SPD hier im Landtag abgelehnt hat, sondern auch vor dem Hintergrund der genannten Argumente, die waren beispielsweise gewesen, CSU-Argument, die Effekte, die sich die Antragsteller versprechen, würden nicht eintreten oder aber - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Runge, das ist eine Zwischenfrage und keine Zwischenbemerkung.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das zweite Argument - -

(Abstellen des Mikrofons durch die Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ich bitte Sie.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich bin immer noch in einem Satz. Das zweite Argument war gewesen, die Belastung würde die Allgemeinheit zu tragen haben und Gastronomie und Hotellerie würden ja sowieso profitieren vom erhöhten Mehrwertsteuersatz durch gleichzeitige Absenkung der Lohnnebenkosten.

(Alexander König (CSU): Herr Dr. Runge, das ist eine Zumutung, was Sie sich erlauben!)

Franz Maget (SPD): Jetzt ist das leider nicht ganz verstanden worden. Ich habe aber noch - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ich habe Herrn Kollegen Dr. Runge das Mikrofon abgedreht, weil es einen Unterschied zwischen einer Zwischenfrage und einer Zwischenbemerkung gibt. Nach der Geschäftsordnung geht es hier um eine Zwischenfrage. Herr Kollege Maget, fahren Sie jetzt bitte mit Ihrer Rede fort.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das ist eine Frechheit! Das war ein Satz, nicht mehr!)

Herr Kollege Dr. Runge, ich rüge das und weise zurück, dass das eine Frechheit ist! Ich weise das zurück.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das ist völlig daneben!)

Herr Kollege Maget, fahren Sie bitte mit Ihrer Rede fort.

Franz Maget (SPD): Ich habe leider nicht alles hören und verstehen können.

(Harald Güller (SPD): Fakt ist, dass die CSU dagegengestimmt hat!)

Mir ist aber die Diskussion noch in Erinnerung. Herr Kollege Memmel hat gesprochen und dabei das Beispiel mit der Wurstsemmel gebracht. Sie haben heute dieses Beispiel unter dem Beifall Ihrer Fraktion gebracht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Das hat Ihnen nicht Herr Fahrenschon in den letzten Tagen erzählt; denn Sie haben das Beispiel schon auf der Handwerksmesse gebracht. Da waren es Wiener Würstchen. Hermann Memmel hat es von diesem Platz aus genauso begründet, da wurde er von der CSU-Fraktion ausgelacht. Die CSU-Fraktion hat gesagt: Wenn man die Mehrwertsteuer senkt, dann muss das die Allgemeinheit bezahlen und deswegen lehnen wir einen solchen Vorstoß ab. Sie haben eine entsprechende Initiative der SPD abgelehnt. Haben Sie übrigens gehört, was Ihr neuer Star, der Wirtschaftsminister zu Guttenberg dazu sagt? Herr zu Guttenberg sagt zu Ihrem Vorschlag - ich habe mir das aufgeschrieben -: Das ist ordnungspolitischer Unsinn. Was Sie hier vorgetragen haben, ist ordnungspolitischer Unsinn. Das passiert, wenn man ständig Versprechungen macht und sie dann nicht einhält.

Jüngst sind Sie in der Oberpfalz gewesen und sind auf erboste Milchbauern getroffen, die hinter einer von der Polizei errichteten Barriere gestanden sind. Über die Barriere haben Sie den Milchbauern dann zugerufen: Ich helfe euch, verlasst euch auf mich! - Darauf würde ich mich, ehrlich gesagt, nicht verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Zweites zentrales Grundprinzip der Regierung von Seehofer lautet: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Erstes Beispiel: Gentechnik. Sie haben hier vorgetragen und behauptet, Sie seien immer ein Gegner der grünen Gentechnik gewesen. Das ist wirklich dreist. Ich nehme nur ein einziges Zitat von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie haben im Deutschen Bundestag als Bundesminister folgenden Satz gesagt: Die Ent-

scheidung für die Gentechnik ist weltweit und in der Europäischen Union gefallen; es kommt nur noch auf das Wie an; die Entscheidung für die grüne Gentechnik ist gefallen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schlechtes Deutsch!)

Sie haben in Berlin in Ihrer Arbeit als zuständiger Minister keinen Finger dafür gerührt, dass Bayern eine gentechnikfreie Region werden kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich verstehe die Vertretung bayerischer Interessen so, dass man diese nicht nur im Bayerischen Landtag als Ministerpräsident vertritt, sondern auch im Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung als Minister aus Bayern. Alle Initiativen, die von uns kamen - erst in der letzten Woche im Deutschen Bundestag -, wurden von der Union dort abgelehnt. Es sind einzig und allein in diesem Haus die SPD und die GRÜNEN gewesen, die in den letzten Monaten für ein gentechnikfreies Bayern gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man mit dem Bund Naturschutz zusammentrifft, muss man denen natürlich auch etwas versprechen und man verspricht ihnen, künftig für Gentechnikfreiheit einzutreten. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt: Jetzt ist er auch noch Öko-Freak.

Umweltgesetzbuch - das ist das gleiche Thema. Erst waren Sie im Bund dafür, dann haben Sie als Ministerpräsident in Bayern diesen Fortschritt torpediert. Bei der Pendlerpauschale gehörten Sie zu denjenigen, die diese nicht nur reduzieren, sondern vielmehr sogar ganz abschaffen wollten.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt nicht!)

- Doch, natürlich stimmt das.

Dann brauchten wir alle miteinander das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es war nicht Ihre Leistung, Herr Huber, sondern es war die erfreuliche Rechtsprechung des

Bundesverfassungsgerichts, die ermöglicht hat, die alte Pendlerpauschale wieder zurückzubekommen.

(Erwin Huber (CSU): Herr Steinbrück war dagegen!)

Das war von Anfang an ein Anliegen der bayerischen SPD gewesen.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Steinbrück war dagegen!)

Gleiches Beispiel für das Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Wie war das mit den Vätermönaten beim Elterngeld? Herr Ramsauer und andere Vertreter Ihrer Landesgruppe haben gesagt, die Vätermönate beim Elterngeld seien ein reines Wickelvolontariat, und lehnten sie ab. Jetzt fordern sie die Verdoppelung auf vier Monate.

Ganz besonders spannend ist die Diskussion in der Gesundheitspolitik. Ich habe heute wieder gehört und in den Zeitungen gelesen, Sie seien gegen den Gesundheitsfonds. Auch heute hat er es gesagt. Das ist wirklich gut. Herr Söder hat gesagt - wörtlich -: Die Idee des Gesundheitsfonds führt ins Nirwana von Zentralismus und Umverteilung. Was hat denn Herr Seehofer vor einem halben Jahr zum Gesundheitsfonds gesagt? Man glaubt es kaum, ich zitiere wörtlich. Er hat gesagt: Der Fonds wird Wunder wirken. Er hat gesagt: Unser Fonds - er war schließlich dabei - wird ein Vorbild für die internationale Gesundheitspolitik werden. Es wäre grotesk, einen Wahlkampf über seine Veränderung führen zu wollen. - Das hat Seehofer gesagt. Dann spricht er von einem klaren Kurs der CSU und der Staatsregierung. Das soll ein klarer Kurs sein?

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich an das Jahr 2006. Wir haben damals in diesem Hause über das Thema Gesundheitsfonds diskutiert. Ich habe Sie damals darauf aufmerksam gemacht, dass der Gesundheitsfonds für Bayern erhebliche Risiken enthält, dass man da vielleicht ein wenig vorsichtiger sein sollte und dass man vielleicht gemeinsam mit Baden-Württemberg versuchen möge, das Schlimmste für Bayern abzuwehren. Die damals zuständige

Sozialministerin Stewens hat mich beschimpft und gesagt, ich solle mich erst einmal sachkundig machen. Sie hat gesagt: Die Auswirkungen des Gesundheitsfonds auf Bayern seien positiv und meine Panikmache sei faktenfernes Showklagen. Damals hätten wir konstruktiv eine bessere Regelung für Bayern erreichen können, aber Sie waren vom Gesundheitsfonds so begeistert, dass Sie davon nichts hören wollten. Das ist der Fehler. Gestern so und heute so - das ist keine Führung, sondern das sind leere Versprechen, das ist Schaumschlägerei, Herr Ministerpräsident, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Das nächste Prinzip bayerischer Regierungskunst war allerdings schon vor Ihrer Zeit gut bekannt. Das Prinzip lautet: Lass dich für Investitionen feiern und andere dafür bezahlen. Das haben wir schon bei dem Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung erlebt. In dieses Programm flossen Milliarden nach Bayern. Damit haben Sie die überflüssige und übereilte Einführung des achtjährigen Gymnasiums finanziert. Aus Bundesmitteln haben Sie Mensen gebaut, Schulhäuser erweitert -alles bezahlt vom Bund ohne politische Zuständigkeit. Danach haben Sie sich feiern lassen. Genauso war das bei der Kinderbetreuung. Dafür flossen und fließen noch immer über 300 Millionen Euro für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung vom Bund nach Bayern. Sie haben vor Jahren noch gesagt, Krippen seien sozialistisches Teufelszeug. Aber das Geld aus Berlin nehmen Sie natürlich schon. Sie lassen sich dafür feiern, dass Sie Krippen errichten.

Jetzt läuft es ähnlich. Der Bund hat das größte Konjunkturprogramm der Nachkriegsgeschichte beschlossen. Es handelt sich um ein sehr positives und wirksames Programm, das insbesondere ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von 13 Milliarden Euro vorsieht. Es ist ein gutes Programm, fast zwei Milliarden Euro fließen nach Bayern, davon 1,3 Milliarden Euro vom Bund. Jetzt schauen wir doch einmal auf die Homepage der Staatsregierung, was die Staatsregierung zum Investitionsprogramm des Bundes sagt. Die Staatsregierung schreibt auf ihrer Homepage zum Investitionsprogramm des Bundes Folgendes: "Am 10. Februar gab die Bayerische Staatsregierung den Startschuss für zusätzliche Investitionen in Höhe von 1,96 Milliarden Euro in Bildung und Infrastruk-

tur." Sie gaben den Startschuss. Zwei Absätze weiter sprechen Sie sogar von einem bayerischen Programm zur Förderung der Konjunktur.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da sagst nix mehr! Gewusst wie!)

Dann wird der zuständige Staatsminister Schneider mit den Worten zitiert: "Mit diesem Paket geben wir der Konjunktur einen kräftigen Impuls und allen Teilen unseres Landes einen zusätzlichen Modernisierungsschub." - Sie sind ein toller Hecht.

(Beifall bei der SPD)

Das Geld kommt von anderen,

(Thomas Hacker (FDP): Von den Bürgern!)

und sie geben damit einen kräftigen Investitionsschub. Wie sieht die Bilanz der CSU/FDP-Regierung nach einem halben Jahr aus?

(Thomas Hacker (FDP): Gut!)

Die Staatsverschuldung hat sich um 10 Milliarden Euro erhöht. Der ausgeglichene Staatshaushalt ist zur Makulatur geworden. Die laufenden Ausgaben können Sie längst nicht mehr mit den laufenden Einnahmen decken. Die Rücklagen sind aufgezehrt, und gewaltige Risiken stehen noch dazu in Aussicht. Allein vor der Steuerschätzung im Mai muss einem angst und bange werden. Durch die Belastungen für die Landesbank haben sich die jährlichen Ausgaben im Haushalt um 500 Millionen Euro erhöht. Geld, das für soziale Projekte, für Bildung und Infrastruktur benötigt wird, fehlt. Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern ist äußerst bedrohlich. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Vor allem beträgt die Zahl der Kurzarbeiter in Bayern zum aktuellen Stand 395.000. Das sind schon mehr Kurzarbeiter als Arbeitslose in Bayern. Das hat es noch nie gegeben.

(Alfred Sauter (CSU): Es hat aber schon viel mehr Arbeitslose gegeben!)

- Ja, Herr Kollege Sauter, aber die Gefahr ist groß, dass die, die jetzt in Kurzarbeit sind, im Sommer - vielleicht schon im Mai oder im Juni - zu Arbeitslosen werden. Das werfe ich jetzt nicht dieser Regierung vor. Das sind die Auswirkungen einer verheerenden wirtschaftlichen Krise. Allerdings stellt sich die Frage, ob diese Regierung das Richtige tut, um mit dieser Krise fertig zu werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Ich bin auf Ihre Vorschläge gespannt!)

Wir stellen fest, dass dies leider nicht der Fall ist, und dafür will ich Ihnen vier Argumente nennen.

Das erste Argument: Wir - Sie und ich - haben das Konjunkturprogramm angesprochen. 1,96 Milliarden sollten es für Bayern sein. Eigentlich war das Programm so gedacht, dass der Bund 10 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Der von Ihnen so gescholtene Herr Steinbrück hat das gemacht. Er hat 10 Milliarden Euro Neuverschuldung aufgenommen. Man kann es so oder so sehen, aber das war die Absprache. Dazu sollten die Länder über 3 Milliarden Euro zusätzliches Geld einbringen. Das wären für Bayern 480 Millionen Euro gewesen. Das hat Bayern aber genau nicht gemacht. Bayern hat das Geld des Bundes genommen und hat es nur zum Teil an die Kommunen weitergeleitet. Der Rest blieb an den klebrigen Fingern des Finanzministers hängen. Dieser hat seinen eigenen Beitrag überhaupt nicht erbracht, sondern er hat Positionen aus dem Haushalt, die ohnehin schon vorgesehen waren, neu verbrieft, so wie andere ABS-Papiere verbrieft haben. Er hat sie neu etikettiert und als Beitrag für das Konjunkturprogramm ausgegeben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch der Abgeordneten Bernd Kränzle (CSU) und Josef Miller (CSU) - Harald Güller (SPD): Etikettenschwindel!)

- Das ist ein Etikettenschwindel. Im Grunde genommen haben Sie die Kommunen in Bayern um den Beitrag des Freistaates betrogen.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Also hören Sie, das ist doch Wahnsinn!)

Das halte ich in dieser konjunkturellen Situation für skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Argument. Auch der Umgang mit der Bayerischen Landesbank stärkt nicht das Vertrauen, sondern das Misstrauen. Er löst nicht die Probleme, die wir haben, sondern er verschärft sie.

(Alexander König (CSU): Und Sie haben immer noch keine Lösungsvorschläge!)

Als Sie 10 Milliarden Euro brauchten, waren Sie ganz schnell. Seitdem sind Sie aber ganz langsam. Bis zum heutigen Tag gibt es nämlich kein Konzept für die Zukunft der Bayerischen Landesbank. Es gibt keines. Es gibt nur Risiken. Was ist mit der Hypo Alpe-Adria-Bank? Sie haben dazu nichts gesagt. Es ist eines der größten Risiken, die wir erkennbar in der Bayerischen Landesbank haben. Schauen Sie sich die österreichischen Banken an. In welcher Verfassung sind sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation in Osteuropa? Da muss einem um die Hypo Alpe-Adria angst und bange werden. Was machen Sie eigentlich mit diesem Institut? Keine Auskunft!

(Christa Naaß (SPD): Keine Antwort!)

Wie weit sind die von Ihnen in Ihrer Erklärung im Dezember angesprochenen und versprochenen Fusionsgespräche mit den anderen Landesbanken gediehen? Keine Auskunft! Ich höre nur, dass Herr Fahrenschon sagt, er wolle sich die 10 Milliarden Euro wieder holen. Wie, weiß aber kein Mensch. Ich sage Ihnen, was passieren wird. Sie werden sich die 10 Milliarden Euro nicht holen, sondern Sie werden noch in diesem Jahr in diesem Hause anklopfen und um zusätzliche finanzielle Mittel für die Bayerische Landesbank bitten. Das sage ich Ihnen voraus. Wenn Sie sich trauen, widersprechen Sie mir.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Trauen Sie sich doch!)

Ich sage Ihnen, so weit wird es kommen. Deswegen sage ich Ihnen auch: Sie sind nicht in der Lage, die Krise der Bayerischen Landesbank zu bewältigen. Die Krise ist Ihnen über den Kopf gewachsen. Sie haben keine einzige Idee, wie Sie die Landesbank wieder auf einen guten Weg bringen.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir schon lange keine Landesbank mehr!)

Ein drittes Argument: In der gegenwärtigen Krise brauchen wir einen aktiven und handlungsfähigen Staat. Wir müssen nicht nur die Banken, sondern auch die Unternehmen und die Arbeitsplätze stabilisieren. Ich habe Sie heute nicht ganz verstanden. Welche Meinung vertreten Sie jetzt wirklich bei der Beteiligung des Staates an Unternehmen, die gefährdet sind?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bürgschaften und Kredite! Das habe ich doch gesagt!)

Bürgschaften und Kredite, aber keine Beteiligungen. Da haben wir einen großen Unterschied, denn ich bin der Meinung, dass wir uns gut überlegen müssen, welche Unternehmen, welche Arbeitsplätze, welche Technologien, welches Know-how und welche Produktionsmittel es in Bayern nach der Krise noch geben soll. Wenn ich mir diese Frage so stelle, kann es sehr wohl sein - als Stichwort nenne ich nur Schaeffler und andere -, dass auch eine bayerische, eine staatliche Beteiligung hilfreich ist, um ein solches Unternehmen durch die Krise zu führen und die Arbeitsplätze im nächsten Jahr noch zu halten.

(Harald Güller (SPD): Aber nur mit Beteiligungen!)

Einen solchen Weg gehen wir. Wir wollen vorher entscheiden, wie unsere Wirtschaftsstruktur auch nach der Krise aussehen soll. Das muss ganz klar sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulden, die in der Zwischenzeit auflaufen, müssen zurückbezahlt werden. Deswegen brauchen unser Land Bayern und der Bund eine ausreichende Steuerbasis. Jeder muss wissen, dass die Steueraufkommen aller Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren nicht abnehmen dürfen, sondern dass wir diese Steueraufkommen dringend brauchen, um eines Tages die jetzt gestiegenen Schulden vielleicht wieder zurückzuzahlen. Weil das so ist, sind Ihre ständigen Vorschläge, Vorstellungen und Versprechungen von Steuersenkungen da und dort reines populistisches Gewäsch.

(Beifall bei der SPD)

Was wollen Sie denn alles machen? Ihr Steuersenkungskonzept bedeutet 27 Milliarden Euro weniger an Belastungen.

(Erwin Huber (CSU): Das wird verwirklicht!)

Das ist wunderbar. Sie wollen die Mehrwertsteuer senken. Das ist wunderbar. Sie wollen die Eigenheimzulage oder etwas Ähnliches wieder einführen. Wir haben für die Eigenheimzulage über 10 Milliarden Euro ausgegeben.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Aber nicht für die Familien!)

Die Eigenheimzulage soll jetzt auch wieder kommen. Sie haben damals bei der Abschaffung der Eigenheimzulage mitgewirkt, Herr Seehofer. Darf ich Sie daran erinnern? Sie haben die Eigenheimzulage sogar als überkommene Subvention bezeichnet. Originalität Seehofer! Sie haben gesagt, die Eigenheimzulage sei eine überkommene Subvention. Sie haben die Abschaffung der Eigenheimzulage als ein Beispiel dafür gelobt, dass der Staat spart und sich bei den Ausgaben zurückhält. Wer so viele Steuersenkungen verspricht, obwohl er weiß, dass er sein Versprechen nicht einhalten kann, der muss ziemlich verzweifelt sein, wenn er hofft, damit zumindest noch ein Stück politische Zustimmung zu erhalten.

Vierter Beleg: Der Haushalt des Freistaats Bayern muss natürlich ein konjunkturelles Paket sein, das in dieser Krise hilft. Das heißt, die Investitionsquote muss annähernd so groß sein, wie wir sie in guten Jahren hatten. In guten Jahren lag die Investitionsquote des Freistaates Bayern bei 17 %, 18 %, 20 %. Herr Faltlhauser hat ein Minimum von 15 % verlangt.

(Zuruf von der CSU)

Jetzt wären Sie bei einer Investitionsquote von 12,5 % in diesem Jahr, und die Quote würde im nächsten Jahr sogar noch absinken, sie läge bei 12,0 %, wenn Sie nicht die Mittel des Bundes bekämen, die Ihnen helfen, wenigstens auf 13,4 % im nächsten Jahr zu kommen. Das ist exakt der Stand des Jahres 2008.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben also 0,0 % eigenen Beitrag zur konjunkturellen Belebung geleistet.

Ein weiteres Prinzip der Regierungstätigkeit lautet: Der Inhalt ist nicht so wichtig, es kommt auf eine gute Verpackung an.

(Heiterkeit bei der SPD)

Einige Entwicklungen sind sehr positiv, das will ich nicht verschweigen, das will ich sogar loben. Es wurden sogar SPD-Initiativen und SPD-Vorschläge aus der Vergangenheit endlich von Ihnen aufgenommen. Beispielsweise die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude. Das hätten Sie aus eigener Kraft nie geschafft. Die Bundesmittel helfen Ihnen dabei. Sie hätten auch den Anschluss der ländlichen Regionen an das schnelle Internet nicht geschafft. Auch hier helfen Ihnen die Mittel des Bundes. Es ist gut, dass das Geld hierfür eingesetzt wird. Es ist gut, dass endlich ein Bekenntnis zur Ganztagschule erfolgt. Es ist gut, dass ein Bekenntnis zur Kleinkinderbetreuung erfolgt. Es ist gut, dass das Thema Migration, zumindest dem Wort nach, aufgegriffen wird. Aber, Herr Seehofer, weil Sie beklagt haben, dass die SPD Herrn Spaenle kritisiert hat, weil er, glaube ich, sogar 60-mal den Begriff "Gerechtigkeit" in den Mund genommen hat - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: So weit sind wir!)

- Wir haben beklagt, dass er in seiner Regierungserklärung 60-mal den Begriff "Gerechtigkeit" in den Mund nimmt, inhaltlich dazu aber keinen Beitrag abliefert. Das ist die Gerechtigkeit in diesem Land!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Verpackung: gut - Inhalt: leider sehr bescheiden!

Ich komme zu einigen der Themen, die Sie angesprochen haben. Das sind Themen, die im Grunde der Straßenkarte der SPD entsprechen. Es genügt aber nicht, nur auf die Landkarte der SPD zu schauen, sondern man muss auch Gas geben. Man muss das, was man verspricht, auch in die Tat umsetzen. Die Kinderbetreuung ist ein solches Beispiel. Wir haben hier auf die Qualität der Einrichtungen zu achten, auf Verbesserungen für den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher. Wir müssen endlich den Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan umsetzen und das BayKiBiG in den Mülleimer werfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen das Thema Kostenfreiheit noch einmal ernsthaft angehen. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Hacker, hat das für diesen Herbst schon angekündigt. Herr Hacker hat angekündigt: Ab Herbst dieses Jahres werden wir in Bayern ein kostenloses letztes Kindergartenjahr haben. - Ich kann im Haushalt nicht sehen, wie Sie dieses kostenlose letzte Kindergartenjahr finanzieren wollen. Ich möchte gerne einen Hinweis darauf, wo das im Haushalt steht. Ich habe es nicht gefunden. Schade. Das wäre ein echter Fortschritt gewesen, wieder etwas, wo Sie unseren Vorschlägen gefolgt wären.

Weiteres Thema: Bildung. Da gibt es eine gute Nachricht, und die heißt: Es wird nicht schlechter. Die schlechte Nachricht heißt: Es wird auch nicht viel besser. Bei den Ganztagschulen geht es nur im Schneckentempo voran.

(Georg Schmid (CSU): Also wirklich!)

- Herr Kollege Schmid, die Höchstgrenze bei der Klassengröße senken Sie bei den Realschulen von 34 auf 33. Das ist phänomenal! Ich finde, das ist ein echter bildungspolitischer Fortschritt!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! - Weitere Zurufe von der SPD:
Wow! Wahnsinn!)

Zur Bildungsgerechtigkeit: Sie wissen genau, wie es darum bestellt ist, wenn 75 % der Migrantenkinder auf die Hauptschule gehen. 75 %! Da ist Bildungsgerechtigkeit in Bayern nicht gegeben!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns einig, dass man da etwas tun muss, dass man da etwas verbessern muss.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, schon das Thema Winnenden ansprechen - ein schrecklicher Vorgang, bei dem keiner von uns wirklich genau weiß, was da passiert -, so wissen wir übereinstimmend doch eines: Mehr Aufmerksamkeit und mehr Zuwendung für die Kinder außerhalb der Familie, an den Schulen - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: In den Familien!)

- Dort sowieso, das ist unbestritten. Aber in der Schule bekommen die Kinder vor allem durch Schulsozialarbeit und durch Schulpsychologen mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung, weil diese die Zeit und die Ausbildung haben, um mit Kindern und mit Jugendlichen zu arbeiten. Wenn ich mir überlege, wie Ihre Ausbauschritte bei der Schulsozialarbeit aussehen, dann müssen wir 100 Jahre warten, bis an jeder Schule wenigstens ein Schulsozialarbeiter ist.

(Zuruf von der SPD)

Ich würde deshalb dringend bitten, dass wir an dieser Stelle mehr tun.

(Beifall bei der SPD)

Nächstes Thema: Hochschule. Die Studentenzahlen steigen. Der doppelte Abiturjahrgang kommt im Jahre 2011 an die Hochschulen. Ich glaube, Bayern ist darauf nicht vorbereitet. Wir haben eine Überlast von 200 % an unseren Hochschulen, und die Zahl der Studienplätze, die jetzt geschaffen wird, ist an sich zwar positiv. Auch hierfür stehen 280 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm des Bundes für Bayern zur Verfügung. Aber - -

(Alfred Sauter (CSU): Sollen wir das Geld ablehnen? - Harald Güller (SPD): Nein, eigenes Geld dazugeben!)

- Nein, das ist wunderbar. Aber der Bund hilft Ihnen, die Dinge zu machen, zu denen Sie nicht in der Lage sind. Das ist es, was ich sagen will.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das wäre Aufgabe des Freistaates Bayern. Was haben die Bayern zu Recht in der Föderalismuskommission dafür gekämpft, die alleinige Zuständigkeit für Bildung und Hochschulen zu bekommen. Aber zahlen lassen Sie den Bund, oder?

(Zuruf von der CSU: Wir zahlen aber Milliarden!)

Sie wollen allein zuständig sein, aber Sie sind nicht in der Lage, die eigenen Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dankbar, dass der Bund uns hilft.

Zur Sozialpolitik nur einige wenige Bemerkungen: Der Armutsbericht ist da, viele Jahre zu spät, aber immerhin. Es ist gut, dass er nun vorliegt, denn es ist keine Schande, wenn es in einem Land Armut gibt. Es ist aber eine Schande, wenn man Politik macht, die Armut nicht bekämpft. Das müssten wir mehr tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben kein Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut.

(Georg Schmid (CSU): Aber wir machen gute Arbeitsmarktpolitik!)

Es gibt keine Verbesserungen bei der Pflege und weiterhin keine Förderung der stationären Altenhilfe. Den Arbeitsgemeinschaften Schwierigkeiten zu machen, ist kein guter Weg. Da hätte ich mir gewünscht, dass die CSU in Berlin dem Vorschlag der CDU-Ministerpräsidenten gefolgt wäre. Das hätte den Arbeitslosen und den Arbeitssuchenden geholfen.

Eine sozial gerechte Politik ist entscheidend für die gesellschaftliche Verfassung und für den Zusammenhalt unseres Landes. Dazu gehört die Integration der Migrantinnen und der Migranten. Ich möchte anregen, Frau Präsidentin, wenn wir hier in diesem Hause 60 Jahre Grundgesetz feiern, gezielt Organisationen der Migrantinnen und Migranten einzuladen, um sie an einer Feier für unsere Verfassung teilhaben zu lassen.

(Zuruf von der SPD: Bravo! - Beifall bei der SPD)

Das wäre gut und auch ein Zeichen des Bekenntnisses von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft zu unserer deutschen Verfassung.

Zum sozialen Zusammenhalt und zu einer sozialen Politik gehören auch Rechtsstaatlichkeit und Liberalität. Dazu gehört auch, erfreulicherweise, dass das Bundesverfassungsgericht Ihr Versammlungsgesetz zurückgewiesen hat. Wir erwarten von Ihnen auch, dass Sie beim Thema "Online-Durchsuchungen" zu einem Weg kommen, der ebenfalls rechtsstaatlichen Prinzipien gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusammenfassend kann ich sagen: Bei Ihnen zählt nicht das Erreichte, Ihnen reicht das Erzählte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das ist deswegen dürftig, weil ich möchte, dass es Bayern gut geht, dass wir mehr tun können, um uns gegen die dramatischen Folgen der Wirtschaftskrise zu stemmen und den Menschen die Angst vor ihrer Zukunft zu nehmen. Denn nicht Furcht ist gefragt, sondern Tatkraft, nicht Versprechungen, sondern Investitionen und Klarheit, nicht hin und her, heute so und morgen so, sondern ein wirklich klarer Kurs. Das wäre gut für unser Land.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Maget. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich nun Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FW): Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo steht Bayern heute, und wo wollen wir hin, wo wollen wir auch mit diesem Doppelhaushalt hin? Es geht zunächst einmal darum, festzustellen, dass die jetzige Staatsregierung durchaus von dem abweicht, was bisher als der große, richtige Weg deklariert worden ist, dass die jetzige Staatsregierung zumindest Kritik zur Kenntnis nimmt und dass die jetzige Staatsregierung auf Vorschläge der Opposition, wenn auch nicht direkt, so aber doch in ihren Ankündigungen und in ihrem Regierungshandeln - so will ich es hoffen - reagiert.

Blicken wir zurück: Kurz vor der Landtagswahl, meine Damen und Herren, war in Bayern alles in Ordnung, da ist hier Milch und Honig geflossen, zumindest in den offiziellen Darstellungen. Da war auch bis zum Wahlabend das Problem der Landesbank ein sehr kleines. Es waren vielleicht 100 Millionen Euro, über die hier öffentlich diskutiert worden ist. Aber schon kurz darauf sind einige Nullen hinzugekommen. Das Thema Landesbank beschäftigt uns weiterhin und wird uns noch über Jahre hinweg massiv beschäftigen. Es wird mit Sicherheit im nächsten Doppelhaushalt voll durchschlagen. Bisher schaffen wir es ja noch über die angehäuften Rücklagen aus den guten Jahren, diesen Betriebsunfall der bayerischen Landespolitik einigermaßen zu kaschieren. Aber dieser Betriebsunfall

wird sich in den nächsten Jahren sehr massiv auswirken, und er wird uns sehr massiv zu schaffen machen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin im Zusammenhang mit der Bildungspolitik die zunehmende Dialogbereitschaft angesprochen und auch Ihre Bereitschaft, auf Bevölkerungsgruppen zuzugehen, vielleicht auch auf die Opposition zuzugehen. Das begrüßen wir. Das begrüßen wir in aller Form.

Ich muss sagen, leider Gottes passiert das erst jetzt. Wenn man gerade im Bereich der Bildungspolitik, gerade im Bereich der kommunalen Themen eher auf die Betroffenen zugegangen wäre, hätte man viele Themen schon klären können, bevor es zu diesem massiven Vertrauensverlust und zum Verlust der absoluten Mehrheit gekommen ist. Aber ich sage noch einmal: Es war gut so, dass diese Mehrheit gefallen ist, weil damit die Diskussion offener geworden ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Bildungspolitik draußen, die angekündigten Dialoge in den Landkreisen mit der Schulfamilie, mit den Kommunalpolitikern, mit den Lehrern, diese Dialogforen begrüßen wir, meine Damen und Herren. Wir begrüßen sie ausdrücklich, aber natürlich muss diese Diskussion in der Fläche und sehr schnell passieren, und sie darf sich nicht auf Pilotprojekte beschränken.

Das scheint mir auch eine Erkenntnis zu sein: Man erkennt viele Dinge als nicht richtig, man sieht Handlungsbedarf und bietet Konzepte an, erstickt aber dann in Pilotprojekten.

Noch einmal zurück: Wir begrüßen es, dass bei vielen Themen ein Umschwung erkennbar ist, dass man sagt, wir müssen umsteuern. Ich werde das an einzelnen Themen noch weiter vertiefen. Leider bleibt man häufig in den Ankündigungen stecken. Man kündigt an, man legt vielleicht noch gewisse Grundlagen für Pilotprojekte, dann ist es aber auch schon gut so. Das ist für uns eben nicht gut so. Wir fordern Sie auf - und damit würde ich auch vielleicht mein Referat überschreiben -, die Dinge zu Ende zu bringen, die Dinge

nicht nur anzudenken, die Dinge nicht nur anzukündigen, die Dinge nicht nur anzustoßen, sondern sie zu Ende zu bringen.

Auf diesem Weg und bei dieser Arbeit können Sie sich auf das verlassen, was ich damals anlässlich Ihrer Regierungserklärung gesagt habe: Wir sind bereit, vernünftige Konzepte auf den Tisch zu legen. Wir sind bereit, diese Dinge zu begleiten, wenn Sie auf unsere Hilfe angewiesen sind. Aber in diesem Zusammenhang ist es dann - ich will nicht sagen - entmutigend, aber zumindest ernüchternd, wenn man Antrag für Antrag einbringt, gut fundierte Vorschläge macht, beispielsweise mehr Verwaltungspersonal in den Schulen einzusetzen, um Lehrkräfte freisetzen zu können, um die knappen Lehrerstunden zu entlasten, und wenn all diese Dinge dann ohne eine greifbare Begründung abgelehnt werden.

Meine Damen und Herren, das ist auch eine Botschaft an Sie, vielleicht genauer hinzuschauen, vielleicht die Dinge nicht unbedingt in den Papierkorb zu werfen, selbst wenn Sie ihnen heute nicht zu einer Mehrheit verhelfen, aber zumindest in einem halben Jahr, wobei wir dann schon gar nicht mehr sagen, dass der Vorschlag von uns kam. Ich bitte Sie also, das wieder auf den Tisch zu legen, das zu Ende zu bringen, weil uns an diesen politischen Inhalten etwas liegt.

Gerade im Bereich der Bildungspolitik ist, glaube ich, der Dialog der Weg, den wir beschreiten müssen, dieses Einbeziehen der Betroffenen und die Klarheit in den Zielen. Reden Sie draußen mit den Hauptschulvertretern, mit den Kommunalpolitikern. Sie sind in vielen Dingen völlig sprachlos, sie sind ohne Information. Sie bitten uns Abgeordnete: Bitte, hört einmal genau hin, ich habe da etwas läuten gehört, aber etwas Genaues erfahre ich nicht.

Meine Damen und Herren, allein der Umstand, dass die Basis draußen verunsichert ist, dass die Menschen an der Basis nicht wissen, was morgen in der Hauptschuldebatte auf dem Tisch liegen wird, zeigt, dass der Dialog noch nicht so funktioniert, wie er funktionieren müsste. Die Leute draußen warten auf klare Botschaften, warten auf eine

Beteiligung. Daher fordere ich Sie auf, endlich die Angst abzulegen, das Volk könnte sich verselbstständigen. Wir müssen das Volk einbinden, weil wir sonst scheitern werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Dialogforen zur Bildungspolitik sind das eine, die Kenntnisnahme der Sorgen das andere. Gerade in der Bildungspolitik brauchen wir Perspektiven. Wir als Freie Wähler haben immer gesagt: Wir fordern hier nicht eine Revolution, nicht die ganz großen Strukturdebatten, die wieder die kleinen Baustellen zuschütten, aber wir fordern jetzt ganz konkret zur Zukunft der kleinen Hauptschulen eine greifbare Aussage.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Hier geistern wieder verschiedenste Aussagen durch die Öffentlichkeit. Gibt es eine Mindestschülerzahl, damit Hauptschulen eine Zukunft haben - in Klammern: 300 ? -, oder gibt es das nicht? Wir haben hierzu vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht mit der Stoßrichtung, flexibler an die Mindestschülerzahl herangehen zu können, um kleine Schulstandorte retten zu können. Sie haben sich dem mit einem gleichlautenden Dringlichkeitsantrag in etwa angeschlossen. Dieser Antrag hat sich dann aber wieder darin erschöpft, Konzepte zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, das ist wenige Wochen her. Heute heißt es in der halboffiziellen Stellungnahme: Alles unter zweizügig hat wohl keine Zukunft, alles unter zweizügig wird wegrationalisiert. Wie ist es denn nun wirklich?

(Georg Schmid (CSU): Wer sagt denn das?)

Ich fordere Klarheit, und ich bin davon überzeugt, dass diese Klarheit dringend nötig ist. Diese Klarheit ist aber bis dato nicht gegeben. Die Betroffenen wissen bis heute nicht, wohin der Zug fährt.

Weiteres Stichwort: Lehrerversorgung. Unser Antrag, mit mehr Verwaltungspersonal die Lehrkräfte zu entlasten, wird draußen von jedem Schulleiter unterschrieben, der sagt: Diese halbe Sekretärin, diese eine Sekretärin vielleicht, die mir zugebilligt wird, ist zu wenig. Der Schulrektor muss persönlich Papier kopieren, weil es sonst in vielen Fällen niemand tut. Dafür ist die Arbeitszeit zu teuer, dafür ist sie zu schade. Parallel jammert man: Bringt mir Lehrer, ich stelle die Lehrer ein, aber ich kriege keine.

Hierzu liegt ein pragmatischer, wasserdichter Lösungsansatz der Freien Wähler auf dem Tisch. Er wird abgelehnt, weil es nicht sein kann, dass wir uns durchsetzen. Meine Damen und Herren, es geht uns nicht ums Rechthaben, sondern darum, an solchen Einzelbeispielen zu beweisen, dass die Regierungskoalition noch kreativer werden muss, noch offener werden muss und mehr über den eigenen Schatten springen muss.

Zum Thema Lehrerbildung ein weiterer, wenn auch kleiner Lösungsvorschlag, aber einer, der zig Millionen an Einsparungen bringen würde, wenn Sie ihn ernst nehmen würden: Wir brauchen zu Beginn der Lehrerausbildung Praxiskontakt. Reden Sie draußen mit den Lehrern und denen, die die Lehrer ausbilden. Sie studieren schön ihre fünf Jahre zu Ende, und dann merken sie, dass sie Platzangst bekommen, wenn sie vor fünf Schülern stehen. Das hätte man am Anfang feststellen können. Dann hätte man ihnen diese Ausbildungszeit erspart und viel Geld gespart. Mein Appell also: in der Lehrerausbildung schnell und grundsätzlich darauf hinzuwirken, dass zu Beginn der Ausbildung Praxiskontakt hergestellt wird, damit wir nicht Lehrer produzieren, die wir am Ende nicht einsetzen können. Das ist ein weiterer vernünftiger Lösungsansatz unsererseits, um Steuergelder zu sparen und etwas zu bewegen. Ich warte auch Reaktionen, ich warte auf Lösungen.

Ein weiteres großes Problem sind die zunehmenden Schülerbeförderungskosten durch die Zentralisierung der Schulstandorte. Wir haben gefordert, dass die Kommunen von diesen Kosten wieder stärker entlastet werden. Früher waren es einmal 80 % der Beförderungskosten, heute sind es 60 %. Die Bildungspolitik der letzten Jahre hat einerseits zu immer weniger Schulstandorten und andererseits zu immer mehr zentralen Schul-

standorten geführt, auch zu immer mehr Kosten für den Transport. Dieses Problem wird heute teilweise noch durch menschenunwürdige Lösungen angegangen, die da lauten: Der ganze Bus ist mit Stehplätzen vollgepfropft, sodass man nicht mehr umfallen kann. Im Reisebus können sie nur so viele Leute mitnehmen, wie es Sitzplätze gibt. Die Schüler werden hineingepfercht wie die Heringe. Das ist eine Folge des Schulsterbens im Land, eine Folge der Zentralisierung. Aber man macht es sich einfach. Man wälzt die Kosten weiterhin auf die Kommunen ab. Wenn der Freistaat in derselben Höhe wie früher für diese Kosten aufkommen müsste, käme vielleicht eher ein Einsehen, dass man sagt: lieber ein Lehrer mehr in einer kleinen Schule als einen Busfahrer mehr, um die Kinder spazieren zu fahren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch das ist ein sinnvoller Lösungsansatz.

Stichwort Studiengebühren. Auch hier haben wir ganz klar gesagt: Abschaffung der Studiengebühren. Wir begrüßen es, dass die Regierungskoalition sich jetzt, wenn auch in kleinen Schritten, in die richtige Richtung bewegt und zunächst einmal die zweiten und dritten Kinder von den Studiengebühren ausnimmt, sodass nur noch für eines bezahlt werden muss. Ich erkenne neidlos an, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist. Vielleicht steht am Ende dieses Weges die völlige Studiengebührenfreiheit. Dann sind wir dort, wo wir hinmüssen.

Ich sage noch einmal: Wir geben uns mit kleinen Schritten zufrieden. Die jetzige Situation ist schon eine kleine Verbesserung gegenüber der Situation zu Beginn, nach der Einführung der Studiengebühr. Aber wir sind noch nicht ganz am Ziel.

(Christine Stahl (GRÜNE): Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Fraunhofer-Institute und Forschung: Gerade im Zusammenhang mit der Stärkung des ländlichen Raumes bitte ich Sie, bei der Vergabe von Bauplänen für Fraunhofer-Institute diese dort anzusiedeln, wo auch dem ländlichen Raum geholfen werden kann, das heißt,

in Zukunft mit der Einrichtung von Forschungsinstituten den ländlichen Raum strukturell politisch gezielt zu stützen.

Damit sind wir beim nächsten Punkt: ländlicher Raum. Auch hier nehmen wir zur Kenntnis, dass die Probleme zumindest erkannt worden sind. Wenn noch vor eineinhalb Jahren der damalige Wirtschaftsminister Erwin Huber gesagt hat, Breitbandversorgung sei nicht Aufgabe des Staates, das regle der Markt, und heute die Erkenntnis wächst, dass das der Markt eben nicht regelt bzw. nicht so, wie wir das haben wollen, auch dann muss ich sagen: Der Schritt in die richtige Richtung ist getan. Der Verlust der absoluten Mehrheit war die Voraussetzung, das Akzeptieren von Argumenten ist der nächste Schritt,

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

und das Zustandekommen der dringend nötigen Breitbandversorgung wird am Ende stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich begrüße, dass Herr Wirtschaftsminister Zeil in dieser Richtung tätig wird. Wir fordern aber trotzdem, sich noch einmal mit den Kommunen zusammzusetzen, praxisgerechtere Förderanträge zu erarbeiten, damit wir wegkommen von der Situation, dass jetzt wohl eine Verdoppelung der Mittel auf 38 Millionen Euro gewährleistet ist, aber nur 1,5 Millionen Euro abgerufen werden, weil die immer noch sagen: Derweil zahle ich es selber, bevor ich diese Bürokratie über mich ergehen lasse.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir haben vor Kurzem noch einmal mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber gesprochen. Sie haben uns gewissermaßen in die Feder diktiert: praxisgerechte Lösungen. Das heißt, dass man versucht, nicht unbedingt die billigste Lösung zu fördern, sondern wirklich pragmatisch darangeht und auch die Kabelverbindungen fördert, zumindest Wege dorthin sucht. Wenn das erwünscht ist und wenn das draußen nötig ist,

dann sind wir auch hier einen deutlichen Schritt weiter. Wenn wir noch vor eineinhalb Jahren gesagt haben: Brauchen wir nicht, macht der Markt, so arbeiten wir heute an Lösungskonzepten. Das kann ich begrüßen, und ich hoffe, dass wir bis zum Ende der Legislaturperiode am Ziel sind. Es muss gar nicht 2010 sein, wie ursprünglich geplant war, vielleicht sogar 2009, wie in einigen Hinterköpfen. Je eher, desto besser - also spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode muss wirklich massiv etwas passiert sein. 2010 wäre das Ziel. Ich bin so weit, das schon zu relativieren, weil wahrscheinlich der Zeitplan auch für den Herrn Wirtschaftsminister nicht mehr einzuhalten ist, weil man in der Vorgängerregierung zu spät begonnen hat. Aber der Weg ist beschritten, man geht in diese Richtung.

Was hängt noch zusammen mit der Strukturpolitik im ländlichen Raum? Staatsstraßen- ausbau, Verkehrsinfrastruktur in der Fläche, ein dringend notwendiger Punkt. Auch hier hat man sich, zumindest in Teilen, unserem Antrag angeschlossen und die Mittel auf- gestockt, wenngleich man bei der Staatsstraßensanierung noch nicht ganz am Ziel ist, aber auf alle Fälle schon einigermaßen kurz davor.

Was kritisiere ich in diesem Zusammenhang? - Immer noch das Festhalten der Staats- regierung an Mammutprojekten: dritte Startbahn, Donauausbau, vielleicht als Fortfüh- rung des Transrapidwahnsinns. Der Transrapid wurde beerdigt. Jetzt versucht man sich noch einmal am Thema dritte Startbahn und Donauausbau. Reden Sie auch hier mit den Betroffenen. Reden Sie zum Thema Donauausbau mit den Kommunalpolitikern dort, mit den Landwirten, mit der Bevölkerung. Sie werden kaum jemanden finden, der für mehr Staustufen eintritt. Die Leute draußen sagen: Ein sanfter Ausbau, damit ist es genug.

Das muss ein Konzept sein, das für uns eine Handlungsanweisung ist. Wir können nicht wieder sagen: Wir beweisen unsere Potenz an Mammutprojekten und scheitern dann. Wir stecken viel Geld in Machbarkeitsstudien, 30 Millionen Euro oder darüber. Sei's drum. Für uns sind das angeblich nur Peanuts. Es ist ja auch mit der EU kofinanziert. Da sagt man: Das ist eh nicht so schlimm. Wahrscheinlich sind es aber trotzdem unsere Gelder.

Aber, meine Damen und Herren, mit diesen Mammutprojekten zeigen wir der Bevölkerung vielleicht etwas Falsches.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Wir signalisieren große Macht, wir signalisieren: Wir haben es im Kreuz, wir brauchen es nur durchzuziehen. Wenn Sie mit den Leuten reden, dann sagen die: Die sollen erst mal die Straße vor meiner Haustür teeren und die Schlaglöcher auffüllen. Das ist ihr Pragmatismus, den ich aufnehmen will: vor der Haustür beginnen und dann erst in die große weite Welt hinaus. Vor der Haustür die Straßen in Ordnung halten, Stichwort Rückerstattung der Mineralölsteuer, Stichwort Finanzierung einer vernünftigen Staatsstraßenreparaturmaßnahme. Dort müssen wir ansetzen, dann sind wir mit den Infrastrukturmaßnahmen draußen am Land schon einen Schritt weiter.

Im Zusammenhang mit der Thematik "Ländlicher Raum" zum Stichwort Landwirtschaft: Auch hier hat sich die CSU im Vergleich zu dem, was noch vor ein oder zwei Jahren gesagt wurde, massiv bewegt. Ich brauche das Thema "Grüne Gentechnik" nicht groß zu wiederholen. Aber es bleibt Ihnen trotzdem nicht erspart, dass ich Ihnen sage, wie hart man sich hier bewegt. Vorher war die große Ankündigung, das sei für den Fortschritt wichtig, ohne Gentechnik würden wir alle verhungern, besonders diejenigen in der Dritten Welt. Das sei der Lösungsansatz. Wir brauchten das am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Die grüne Gentechnik sei unverzichtbar.

Herr Seehofer, Sie haben selber eingeräumt, dass Sie Ihre Meinung geändert haben, und das begrüße ich. Ich hoffe aber, dass den Worten auch Taten folgen, und diese Taten sind beweisbar. In wenigen Wochen wird auf den staatlichen Versuchsgütern wieder Mais ausgesät. Es wäre ein Zeichen der Glaubwürdigkeit, hier zu sagen, wir haben hier neun Jahre ausgesät. Das zehnte Jahr wird den ganz großen Durchbruch an neuen Erkenntnissen nicht bringen. Wir verzichten auch um des politischen Signals willen im Jahr 2009 und meinetwegen dann auch im Jahr 2010 auf die Aussaat von genverändertem Mais.

(Beifall bei den Freien Wählern - Ministerpräsident Horst Seehofer: Zwei Jahre noch!)

- Er signalisiert gerade, zweimal will er noch säen. Herr Dr. Söder hat einmal gesagt, nur noch in Glashäusern. Herr Dr. Söder ist heute leider nicht da, gibt aber jeden Tag Interviews dazu, dass die Staatsregierung dafür sorgen wird, dass Bayern in der Bundesrepublik die erste gentechnikfreie Region sein wird. Ich hoffe, diesen Worten werden Taten folgen. Den Beweis könnten Sie heuer antreten, indem Sie in Berlin Ihre Parteikollegin Frau Aigner wirklich an die kurze Leine nehmen und sagen: "Frau Aigner, wir wollen das nicht. Trete bitte in Berlin dafür ein, dass wir als Bayern endlich das tun, was wir jahrelang von Brüssel gefordert haben, nämlich diese regionale Zuständigkeit zu erklären."

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von den GRÜNEN)

Denn wir haben uns jahrelang trefflich hinter Brüssel verstecken und sagen können: "Wir wollten ja, aber die Bösen in Brüssel wollen es nicht."

Meine Damen und Herren, machen Sie auch hier klar Schiff. Nehmen Sie die Ihnen jetzt zustehende neue Entscheidungskompetenz wahr und sagen Sie, jawohl, wir stehen an der Seite der großen Mehrheit der Bevölkerung. Wir wollen diese grüne Gentechnik - in erster Linie bezogen auf den genveränderten Mais MON 810 - heute in Deutschland nicht. Was in 20 Jahren ist, wissen wir alle nicht. Wir können nicht für die gesamte Zukunft reden. Aber das zunächst Greifbare sollten wir jetzt umsetzen. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, bringen wir diese Dinge eben nicht zu Ende, sondern diskutieren sie nur an und verstecken uns wieder. Was soll denn der Bürger davon halten? Er wird davon halten: große Klappe, nichts dahinter, unglaublich. Das wollen Sie doch nicht bestätigt haben?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich höre jetzt aus der CSU bzw. aus der Regierungskoalition die Botschaft - die neoliberale FDP wird damit vielleicht größere Probleme haben - ,

(Thomas Hacker (FDP): "Neoliberal" ist für uns kein Schimpfwort!)

dass man sich jetzt auch mit der Kartellsituation, mit der abnehmenden Hand beim Lebensmitteleinzelhandel auseinandersetzen wolle. Dieses Thema predigen wir seit Monaten. Ich nehme kein Urheberrecht in Anspruch, freue mich aber darüber, dass man dieses Thema jetzt angehen will, dass man im Zusammenhang mit dem verheerend niedrigen Milchpreis und dem nicht mehr nachvollziehbaren Verfall von Schlachtpreisen trotz teilweise niedriger Angebote die Probleme angeht, Ursachenforschung betreibt und vielleicht zur Kenntnis nimmt, dass hier wirklich eine kleine Hand voll Monopolisten bestimmt, was hinten bezahlt wird. Diese Äußerung aus Ihrem Munde nehme ich mit Entzücken zur Kenntnis. Ich glaube, ich habe es heute gelesen. Wir werden Sie begleiten. Machen Sie so weiter, dann bin ich ihr bester Freund. Machen Sie so weiter, nehmen Sie unsere Vorschläge wahr und setzen Sie sie um.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU)

Es könnte auch für die bayerische Landwirtschaft mehr getan werden. Trotz Vertragsnaturschutzprogrammen und Kulturlandschaftsprogrammen hat hier der Freistaat Bayern seine Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Auch auf dem Gebiet der Produktinnovation könnte noch etwas passieren. Es geht darum, sich mit Forschungsstellen und mit Organisationen, die neue Produkte kreieren und etwa Molkereiprodukte so abpacken, dass sie auch im Vorbeigehen gerne gekauft werden, noch gezielter in Verbindung zu setzen. "Produktinnovation" ist ein Schlagwort, hier passiert zu wenig. Auch was den Beratungsabbau angeht, versündigt man sich am Wissensstandort Bayern als Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Sie haben in den letzten Jahren nicht nur die Ernährungsberatung massivst zusammengestrichen; jetzt ist angekündigt, sie wieder leicht zu erhöhen. Auch der gesamte Beratungsbereich in der Landwirtschaft hat zwar kurzfristig ein paar Stelleneinsparungen gebracht. Aber das Wissen, das hier weggebrochen ist - sei es in Richtung Produktivität oder in Richtung Vermarktung -, zahlen wir jetzt doppelt und dreifach. Hier beginnt man

wieder aufzubauen. Auch hier ist die klare Botschaft, dort nicht zu sparen, wo die Folgekosten höher sind als das Eingesparte. Auch in die Bereiche der vorbeugenden Gesundheitspolitik - Stichwort: Ernährungsberatung - und der vorbeugenden Produktpolitik - Stichwort: Beratung für die Landwirte, Produktionsberatung - müssen wir wieder investieren, um unsere Kapazitäten zu stärken und das abzudecken, was wir abdecken können.

Auch das Thema "Agrardiesel" sei nur am Rande mit drei Worten gestreift: Auch hier ist es bezeichnend, dass wir damals parallel mit Ihnen einen entsprechenden Antrag eingebracht und uns gegenseitig zugestimmt haben, dass aber gleichzeitig in Berlin die CSU dagegengestimmt hat, die Situation beim Agrardiesel zugunsten der Bauern zu verbessern. Jetzt ist man dabei, das Problem auf regionaler, also bayerischer Ebene einer Lösung zuzuführen, wobei der Selbstbehalt allein mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber noch nicht das Grundproblem löst, da die Besteuerung trotzdem in Deutschland noch deutlich höher als der europäische Durchschnitt ist. Ich will diese Dinge nicht kritisieren. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es kann aber nicht der letzte Schritt sein vor dem Hintergrund, dass alle anderen europäischen Mitbewerber diesen Selbstbehalt beim Agrardiesel in Höhe von 250 oder 350 Euro akzeptieren. Das sind keine großen Summen. Das ist besser als nichts, aber damit ist das Problem nicht gelöst. Wenn dieses Problem auf Bundesebene gelöst ist, gilt es, weiterhin darauf zu drängen, hier die Vergleichbarkeit der Besteuerung mit den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Vielleicht müssen Sie da Ihre Kanzlerin aufklären; denn sie hatte damals das Problem, Brutto und Netto unterscheiden zu können.

(Zuruf von der CSU)

Auch in diesem Zusammenhang hat die Frau Kanzlerin scheinbar ein falsches Weltbild, da sie sagte, wir könnten in Deutschland keine Insel der Glückseligkeit erreichen. Eine solche Insel haben wir lange nicht, sondern wir haben hier eine Insel des Negativen; denn wir zahlen für diesen Agrardiesel die meisten Steuern. Eine Herabsetzung auf eu-

ropäisches Durchschnittsniveau wäre noch keine Insel der Glückseligkeit, sondern erst ein Gleichklang für alle.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vielleicht erklären Sie ihr das nochmals. Vielleicht kapieren Sie es aber auch noch gar nicht. Aber so leicht will ich es Ihnen gar nicht machen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Was die Wirtschaftspolitik angeht, haben Sie vorher den Umgang mit den Bürgschaften angesprochen. Auch hier scheint sich die neue Erkenntnis Bahn gebrochen zu haben, dass man gezielt in den Mittelstand hineingehen und schnell reagieren muss, wenn es dort kriselt. Wie wurde noch vor der Landtagswahl das Biokraftstoffwerk mit dieser 20-Millionen-Bürgschaft abgefertigt, die nötig gewesen wäre, um dieses Werk in regionaler Hand zu lassen und das Ganze abzudecken. Die Aussage des damaligen Ministerpräsidenten war: "Wir investieren hier nicht, da ist das Risiko zu groß." Zur selben Zeit waren wir mit Koffern voller Milliarden in US-Amerika und haben dort diese Immobilienfonds zusammengekauft. Zu Hause aber hat man nicht investiert. Wer heute diesen Sinneswandel zur Kenntnis nimmt, muss auch hier sagen, in vielen Dingen wurde auf dem Weg zur Verbesserung ein Schritt getan, wenn auch leider Gottes noch nicht weit genug.

Da wir gerade beim Stichwort "Biokraftstoffe" sind, möchte ich auch sagen, dass man sich hier an der Steuererhöhungsschraube beteiligt hat, wenn auch natürlich immer mit einem kleinen Rückzugsgefecht aus Bayern. Aber wir müssen uns vor dem Hintergrund der Klimadebatte auch für erneuerbare Treibstoffe einsetzen und die Zukunft der bayerischen Biokraftstoffwerke absichern, bevor sie alle platt sind. Es ist drei Minuten vor zwölf. Auch hier könnten Sie beweisen, ob Ihnen daran gelegen ist, Strukturen zu sichern durch Bürgschaften oder gezieltes Eingreifen, um zu verhindern, dass die gesamte bayerische Biokraftstoffbranche völlig wegbricht. Das wollen wir nicht, das können wir nicht gutheißen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wobei natürlich im gesamten Bereich der Energiepolitik, im gesamten Bereich des Klimaschutzes Schritte gemacht worden sind, aber wir auch hier noch nicht bei einem zufriedenstellenden Ergebnis angekommen sind. Es wird sich in den nächsten Monaten eine große Diskussion zum Thema Windenergie ergeben: Wie gehen wir damit in Bayern um? Können wir auf Dauer sagen, ich will diese Mühle nicht, weil sie das Landschaftsbild verschandelt? Oder sagen wir, wir bauen die Windenergie gezielt aus. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Diese Windmühle passt nicht überall hin, da sind wir uns einig. Wir sind uns aber wohl genauso einig, dass wir noch nicht alles getan haben, um Standorte erschöpfend zu bedienen, wo eine Windkraftanlage hinpassen würde. Hier ist Nachholbedarf, hier geht noch was.

Stichwort energetische Sanierung von Gebäuden. Man muss ja nicht nur Energie erzeugen, sondern auf der anderen Seite auch sparen.

Energetische Sanierung von Polizeigebäuden. Wir haben hierzu Anträge eingebracht, die leider nicht in dieser Form unterstützt worden sind. Auch hier ist aber ein gewisser Schritt in die richtige Richtung akzeptiert worden. Auch hier bewegt man sich in diese Richtung. Auch hier sage ich: die Dinge zu Ende bringen. Wir haben noch immer sehr viele staatliche Gebäude - von den privaten reden wir noch gar nicht -, die in unserem Zugriffsrecht liegen, wo sich energiepolitisch wirklich noch Fuchs und Hase gute Nacht sagen. Meine Damen und Herren, dort müssten wir Verbesserungen einbringen, dort müssten wir noch tätig werden.

Kommunalpolitik, eines unserer großen Betätigungsfelder. Meine Damen und Herren, auch hier hat sich zumindest per Lippenbekenntnis Ihr Verhältnis gewandelt. War noch vor nicht allzu langer Zeit der Schlachtruf aus der CSU zu hören: "Keine Macht den Landräten", so besteht heute zumindest die Erkenntnis, dass man mit den Kommunalpolitikern reden muss, dass man vernünftige Konzepte erarbeiten muss.

(Georg Schmid (CSU): Das wissen wir schon!)

Beim Konjunkturpaket II ist die Erkenntnis durchgesickert, dass diese 25-prozentige Mindestfördergrenze so nicht zu halten ist, sondern dass man hier vernünftiger, pragmatischer herangehen muss. Das ist zu begrüßen. Mein Vorschlag für Sie: Diskutieren Sie einmal ganz unvoreingenommen, wie wir Steuergelder in der kommunalen Förder- topfschiene sparen könnten. Auch das sage ich heute nicht zum ersten Mal. Ich wieder- hole es, um nach dem Motto "Steter Tropfen höhlt den Stein" das Thema in den Mittelpunkt zu rücken.

Meine Damen und Herren, bei vielen Fördertöpfen werden sinnlos viele Steuergelder verschwendet, weil man gewisse Mindestvoraussetzungen erfüllen muss, um in den Genuss der Fördergelder zu kommen. Da werden Objekte ganz gezielt teuer gerechnet und teuer abgewickelt, um Mindestförderschwellen zu überschreiten. Meine Damen und Herren, hier müssen Sie den Kommunen mehr Kompetenzen zubilligen. Hier müssen Sie den Kommunen wirklich zeigen: Jawohl, du hast eine gewisse Haushaltsverantwor- tung, arbeite mit deinem Geld etwas freier. Dann können wir mit weniger Überwachung und mit weniger Geld am Ende mehr erreichen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vor diesem Hintergrund weise ich noch einmal auf unseren Vorstoß hin, die Kommunen finanziell besser auszustatten, als in den Haushaltsansätzen geplant. Dieser Anteil am Steuerverbund, den wir bei 12,5 Prozentpunkten ansiedeln wollten, ist dann von 11,7 auf 11,93 % angehoben worden. Das ist zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, er ist aber nicht dort gelandet, wo er hingehört. Die Kommunen brauchen gerade in Zeiten wie diesen eine vernünftige Finanzausstattung, weil sie gerade für die Wirtschaft vor Ort, für die kleinen Mittelständler ein vernünftiger Ansprechpartner und zuverlässiger Auftraggeber sind. Hier wären Konjunkturmittel ganz gut angelegt, auch wenn es nicht so direkt geht. Aber bevor ich von oben her mit der großen Gießkanne komme und sage, bitte Kommune, lass dir etwas einfallen, damit du obendrauf noch eine Maßnahme fi- nanziert bekommst, wäre es sinnvoller, von unten her die Finanzierung sicherzustellen, den Kommunen eigenverantwortlich ein paar Euro mehr in die Hand zu geben. Dann

würde sich vieles von dem oben Draufgesetzten erübrigen, und wir kämen schneller zu guten Ergebnissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Es gibt eine Vielzahl von Themen, wo wir Freie Wähler bereit sind, Sie organisatorisch und von den Ideen her zu begleiten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Bohren dicker Bretter nicht von heute auf morgen geht. Es wird am Ende alles ein Drei-Stufen-Plan sein: Stufe 1 war der Verlust der absoluten Mehrheit. Stufe 2 ist das Einbringen von Ideen und das Zwingen auf vernünftige politische Pfade, und Stufe 3 wird sein, die Dinge zu Ende zu bringen. Dafür haben wir jetzt noch einige Jahre Zeit.

Der vorliegende Haushalt deutet in einigen Punkten den Weg in diese Richtung an, bleibt aber leider Gottes in vielen Bereichen auf halbem Weg stecken. Es fehlt noch der Mut, in die Zukunftsbereiche gezielter reinzugehen, in die Bildung gezielter reinzugehen, in die Wirtschaft gezielter reinzugehen, um dann, wenn die Landesbankpleite voll durchschlägt, zumindest etwas in der Hand zu haben, worauf wir aufbauen können. Denn ich fürchte, meine Damen und Herren, dass wir spätestens ab nächstem Jahr das große Jammern hier haben werden, dass die großen Streichungskonzerte wieder beginnen werden, dass der öffentliche Dienst wieder als Spargbüchse herangezogen werden wird, genau wie die Bildungspolitik, um die Löcher zu stopfen, die sich heute andeuten und die sich morgen auftun. Wir müssen vorsorgen. Deshalb mein Appell, gerade in der Bildungspolitik wirklich alle Register zu ziehen. Die sind noch nicht alle gezogen. Wir haben hier noch Kompetenzen, wir haben hier noch Möglichkeiten, mehr zu bewegen.

Unterm Strich, meine Damen und Herren, geht es darum, Bayern zukunftsfähig zu machen. Wir sind leider noch nicht am Ziel angelangt. Erste Hinweise sind erkennbar, dass man will, aber man kann noch nicht ruhig schlafen, wenn man vorausdenkt. Ich glaube, dass das dicke Ende in den nächsten Jahren noch kommen wird, dass Bayern seine Spitzenstellung in vielen Bereichen einbüßen wird. Ich wünsche mir das nicht, aber ich

fürchte es. Deshalb noch einmal: Finger weg von Großprojekten, gezieltes Einsetzen der Steuergelder durch mehr Freiraum für kommunale Investitionen, gezielte Vorgaben in der Bildungspolitik, um mit demselben Geld mehr zu erreichen, Stichwort Lehrerbildung, regionale Schulmodelle und so weiter. Hier ist noch Musik im Spiel. Dann, glaube ich, haben wir, zumindest aus unserer Sicht, das Mögliche getan. Noch ist die Zeit dazu, noch ist die Zeit, um nachzukorrigieren. Wir reichen weiterhin die Hand zur Zusammenarbeit und hoffen, dass Bayern eine gute Zukunft hat.

Meine Damen und Herren, Ich danke fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern - Beifall des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Aiwanger. Als Nächste hat Frau Kollegin Margarete Bause das Wort. Bitte schön, Frau Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! In dem halben Jahr Regierung Seehofer, das wir jetzt hinter uns haben, haben sich leider alle unsere Befürchtungen bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer, Sie sind kein Mann für die Krise. Ich muss genauer sagen, Sie sind keiner, der die Krise überwinden kann. Im Gegenteil, Sie verkörpern aus meiner Sicht geradezu die Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU)

Ja, Herr Seehofer vertritt die gleiche Zockermentalität, wie sie die Banker und Manager an den Tag legen, die uns diese Krise beschert haben: Selbstherrlichkeit, unseriöse Versprechungen, geschönte Berechnungen, kurzfristiges Denken nur aufs Quartal ausgerichtet, in dem Fall auf den nächsten Wahltermin ausgerichtet und Leugnen der Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht das konkret aus? - Ich werde das alles belegen. Ihre gloriose Schwabenrunde vor einigen Wochen wurde heute schon erwähnt. Bei jeder Station --

(Georg Schmid (CSU): Das kommt alles!)

- Wollen wir wetten? Wollen Sie schon wieder Ihre nächste Wette verlieren? Jetzt haben Sie keinen Schnurrbart mehr, den Sie abrasieren könnten.

(Georg Schmid (CSU): Ich habe noch so viel Geld, mit Ihnen kann ich längst noch wetten!)

- Ich weiß nicht, was Sie dann abschneiden wollen.

Bei jeder Station gab es teure, unausgegorene, unsinnige Versprechen. Ihre große Geste im Goldenen Buch der Stadt Augsburg wurde schon angesprochen: Das Uniklinikum kommt - mit drei Ausrufezeichen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie dagegen?)

Das Versprechen, dass es ein Uniklinikum wird, werden Sie nicht halten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wissen Sie genau.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die GRÜNEN sind dagegen!)

Sie machen unseriöse Versprechungen. Das widerspricht auch der Einschätzung des Wissenschaftsrats, der sagt, wir hätten Überkapazitäten.

(Georg Schmid (CSU): Wollen Sie zumachen?)

- Wir haben Überkapazitäten bei Unikliniken, Herr Schmid.

Ich bin dafür, dass das Klinikum Augsburg eine bessere Finanzierung erfährt, nicht aber über den Umweg einer Uniklinik. Das ist Augenauswischerei, was Sie betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, dass es keine Uniklinik Augsburg geben wird. Sie werden irgendwann Ihre großen Worte als Scherben kleinlaut zusammenkehren müssen.

(Zurufe von der CSU)

Nächster Punkt, die Vorfinanzierung des dritten Gleises Augsburg - Ulm. Der Bund will nicht oder erst spät zahlen. Nachdem die Maßnahme groß angekündigt wurde, wird sie nun vom Freistaat Bayern vorfinanziert - vielleicht auch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Der Wirtschaftsminister hat dementiert, mit ihm ginge die Vorfinanzierung nicht. Was soll das Ganze also?

Nächste Station: Buchloe. Dort haben Sie ein neues Gymnasium versprochen. Ein paar Kilometer weiter gibt es ein Gymnasium, das freie Kapazitäten hat. Der dortige CSU-Bürgermeister hat sich sehr geärgert, dass seine Vorschläge von Ihnen offenbar nicht zur Kenntnis genommen wurden. Er hat davon gesprochen, dass Steuergelder verschleudert würden. Er hat mit Parteiaustritt gedroht. Nun wollen Sie es so aussehen lassen, als würde nur geprüft. Sie haben dort aber versprochen, dass es ein neues Gymnasium geben werde. Der Kultusminister hat geprüft, aber offenbar wollen Sie das Prüfergebnis nicht zur Kenntnis nehmen; denn das Prüfergebnis ist negativ.

(Georg Schmid (CSU): Er will sich das selbst ansehen!)

So kann man mit den Wünschen der Menschen und dem Geld der Steuerzahler nicht umgehen, Herr Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ging es weiter nach Memmingen. Auch hier wurde weiterer Geldsegen in Aussicht gestellt. Der Flughafen Memmingerberg soll noch einmal Geld bekommen. Die Umgehungsstraße soll finanziert werden.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das steht im Haushalt!)

Eine solche Rundreise, Kolleginnen und Kollegen der CSU, macht nicht allen Freude, auch nicht allen in Ihren Reihen und auch nicht allen im Kabinett.

Die Minister in Ihrem Kabinett haben nach derartigen Rundreisen alle Hände voll zu tun, um die ganze Kuhherde wieder vom Eis zu bringen, die Sie dorthin bugsiert haben. Und eine solche Reise kommt teuer, kommt den Steuerzahler teuer.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen also keine Veränderung! Sie wollen alles beim Alten lassen!)

Wenn ich zusammenzähle, was in den wenigen Tagen Schwabenreise soeben mal an Geld nebenbei locker gemacht wurde --

(Georg Schmid (CSU): Sie sind gegen Schwaben! - Harald Güller (SPD): Wenn sich das auszahlen würde, wäre das gut!)

- Herr Schmid, Sie können nachher reden, dann haben Sie die ganze Bühne für sich. Wenn ich die versprochenen Ausgaben zusammenrechne, komme ich auf die hübsche Summe von mindestens 300 bis 500 Millionen Euro. Das ist mehr, als im gesamten Doppelhaushalt für den Klimaschutz eingestellt wurde. Dafür wurden 350 Millionen Euro eingestellt. Wenn Sie durchs Land reisen, verschleudern Sie in wenigen Tagen 300 bis 500 Millionen Euro. Sie betreiben eine absolut unseriöse Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer, Sie erweisen sich damit als "herumirrendes Haushaltsrisiko".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Wunder, dass man im Finanzministerium Ihrer nächsten Rundreise mit Grausen entgegenseht. Völlig aberwitzig --

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist gut für die Menschen! - Zurufe von der CSU)

- Ich weiß, das tut weh, was ich Ihnen vorrechne, weil es richtig ist und Sie die Gegenrechnung nicht machen, die Rechnung aber irgendwann bezahlt werden muss.

Völlig aberwitzig wird es aber, wenn Sie jeden Tag neue Steuersenkungen und zusätzliche Wohltaten ankündigen.

(Zurufe von der CSU: Sind Sie dagegen?)

Mehrwertsteuersenkungen für die Gastronomie: Auf Bayern heruntergerechnet bedeutet das Steuermindereinnahmen von mindestens 150 Millionen Euro jährlich. Mehrwertsteuersenkungen für das Handwerk:

(Zuruf von der CSU: Sind Sie dagegen?)

- Können Sie auch etwas anderes sagen als "Sind Sie dagegen"? - Ich bin nicht gegen alles, aber ich bin gegen diese unseriöse Politik, Herr Sauter. Das sollten Sie auch sein.

Mehrwertsteuersenkungen für das Handwerk: Für Bayern bedeutet es insgesamt 600 Millionen Euro Steuermindereinnahmen im Jahr. Abschaffung der Erbschaftsteuer: Das bedeutet eine Milliarde Mindereinnahmen jährlich. Wiedereinführung der Eigenheimzulage: Mindestens 350 bis 400 Millionen Euro jährliche Mindereinnahmen.

(Unruhe)

- Könnten Sie sich wieder etwas beruhigen?

(Glocke des Präsidenten)

- Jawohl. So.

Alleine diese Forderungen belaufen sich für den bayerischen Landeshaushalt auf Steuermindereinnahmen in Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr. Dabei habe ich Ihr angekündigtes Steuerkonzept, das Sie vorlegen wollen, noch nicht erwähnt. Das ist noch gar nicht eingerechnet.

Zwei Milliarden Euro jährlich ist ungefähr ein Viertel des Bildungshaushalts im Doppelhaushalt, dessen Sie sich rühmen, weil Sie angeblich so viel tun. Ein Viertel des Bildungshaushaltes würden Sie durch diese soeben nebenbei angekündigten Steuermindereinnahmen aufs Spiel setzen.

(Zuruf von der CSU: Also nichts machen!)

Das sind dringend notwendige Investitionen. Sie brauchen das Geld, wenn Sie in Bildung, in Klimaschutz und in die Zukunft investieren wollen. Sie können das nicht mit Ihrem unsäglichen und unverantwortlichen Populismus aufs Spiel setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer derart schamlos unhaltbare und unbezahlbare Versprechungen macht, ist in höchstem Maße unseriös; der ist ein finanzpolitischer Hasardeur, Herr Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Und wer beim Schuldenmachen so aufs Gas tritt, hat die Schuldenbremse schon längst ausgebaut, der fährt den Laden an die Wand.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da sind wir auch dagegen!)

- Da sind wir allerdings dagegen.

Ihre Forderungen, Herr Seehofer, zeichnen sich vor allem durch eines aus: All die Punkte, die Sie als Problem, als Ungerechtigkeit entdecken - "da müssen wir doch was tun" -, haben Sie in Ihrer Zeit als Bundesminister in Berlin selbst mitbeschlossen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir waren dagegen! - Gegenruf von der CSU: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Insofern geißeln Sie jetzt mit starken Worten und großem Krawallaufwand Ihre eigene Politik. Sie machen Front gegen sich selbst. Das ist eine besondere Form der Schizophrenie. Eines werden Sie mit diesem Vorgehen allerdings nicht gewinnen, nämlich das, was am nötigsten ist und was Sie immer weiter verspielen: Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Sie haben vorhin wieder das Märchen der Seehoferschen Gegnerschaft zur Gentechnik zum Besten gegeben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Ich will die Fakten in Erinnerung rufen. Die erste Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen geschah im Frühjahr 1998. Damals lag die Zuständigkeit für die Grüne Gentechnik beim Gesundheitsministerium. Wer war im Frühjahr 1998 der Bundesgesundheitsminister? - Da sitzt er.

(Zurufe von der CSU)

Die erste konkrete Genehmigung für MON 810 geschah im Dezember 2005, damals nicht mehr im Gesundheitsministerium sondern im Landwirtschaftsministerium. Wer war im Dezember 2005 der Bundeslandwirtschaftsminister? - Nicht Frau Künast, sondern Herr Seehofer. Er hat die erste Genehmigung für den Genmais erteilt und niemand sonst.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Wenn Sie jetzt sagen, Sie seien schlauer geworden, dann treffen Sie doch bitte klare Entscheidungen noch vor der Aussaat dieses Maises in Bayern. Nur dann können Sie noch einen Rest Ihrer Glaubwürdigkeit bewahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gestern ein Interview mit Ihnen im Handelsblatt gelesen, Herr Seehofer, dort fand ich ein schönes Zitat.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Schönes Interview!)

Es heißt da: Die Bevölkerung erwartet, dass man Lehren aus dem Debakel zieht und dass sich die Verursacher zu ihrer Verantwortung bekennen.

Sie haben damit die Manager gemeint, die Managervergütungen und die Manager-Boni. Sie sollten das aber vielleicht auch einmal auf sich selber beziehen, auf Ihre Politik, insbesondere auf Ihre Gesundheitspolitik. So wie Sie, Herr Seehofer, und Ihr nicht anwesender Gesundheitsminister derzeit durch die Lande ziehen, haben Sie angeblich dem Gesundheitsfonds nur unter größtem Bauchgrimmen irgendwie zugestimmt, und das auch nur, um Schlimmeres zu verhindern. Das ist eine dreiste Geschichtsklitterung, die Sie uns hier auftischen. Das ist versuchte Volksverdummung. Das glaubt Ihnen niemand und das lässt Ihnen auch niemand so durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben den vorliegenden Doppelhaushalt als klares Konzept mit mutigen Visionen bezeichnet. Wie sieht der Doppelhaushalt tatsächlich aus? - Sie haben die letzten Reserven und Rücklagen zusammengekratzt, nur um wenigstens in diesem Jahr noch ohne neue Schulden über die Runden zu kommen. Über die Nachschubliste haben Sie zusätzlich zwei Milliarden mobilisiert, aber all das wird nicht reichen. Wir sagen Ihnen voraus: Nach der Bundestagswahl, Herr Seehofer, wenn Sie dann noch Bayerischer Ministerpräsident sind

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

oder wenn Sie dann noch CSU-Vorsitzender sein sollten, werden uns die Probleme dieses nicht ausgeglichenen Haushalts auf die Füße fallen. Dann werden Sie dem Hohen Hause einen Nachtragshaushalt vorlegen müssen. Sagen Sie uns dann nicht, das konnte man alles zu Beginn des Jahres noch nicht wissen. Wir können und müssen es wissen, denn nur dann machen wir eine wirklich zuverlässige und glaubwürdige Politik. Und nicht dieses Herumgeeiere, das Sie hier täglich praktizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nun zu einigen Schwerpunkten des Haushalts. Zunächst zur Bildungspolitik. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bildungshaushalt jetzt endlich aufgestockt wird. Wir haben es lange Jahre eingefordert, nicht nur wir, sondern die Menschen im ganzen Lande haben gesagt, dass endlich mehr in die Bildung investiert werden muss. Das ist besonders wichtig nach all den Kürzungen und Sparorgien der letzten Jahre. Richtig ist allerdings auch, dass Sie mit den zusätzlichen Mitteln lediglich die Schäden reparieren, die Sie selbst in den letzten Jahren angerichtet haben.

Viele der bildungspolitischen Ankündigungen, die wir in der letzten Woche vom Kultusminister hören durften, als er vortrug, was er alles an Intensivierungsstunden sowie zusätzlicher Unterstützung und Förderung zu tun gedenke, sind mit den Personalmitteln dieses Doppelhaushaltes überhaupt nicht zu finanzieren. Der Kultusminister selbst sagt, er warte auf den nächsten Doppelhaushalt, also auf den Haushalt der Jahre 2011/2012. Ich hoffe, dass es da nicht zu einem bösen Erwachen kommt.

Nächster Schwerpunkt, Klimaschutz. Wir haben bei der Einbringung des Haushalts bereits gesagt, dass dieser Haushaltsentwurf bei dem drängendsten Problem versagt, das wir haben, nämlich beim Klimaschutz. Dieser Doppelhaushalt hat sich überhaupt nicht verändert, er enthält lediglich das, was schon Ihr Amtsvorgänger, Herr Stoiber - Sie erinnern sich vielleicht, Herr Seehofer -, in seinem Programm Bayern 2020 angekündigt hatte. Er hat damals gesagt, es muss mehr für den Klimaschutz getan werden, und er hat 350 Millionen in vier Jahren für den Klimaschutz angekündigt.

Bis heute sind wir keinen Deut weitergekommen. Sie haben nicht dazugelernt und sehen vor allen Dingen nicht, was die drängendste Aufgabe und Herausforderung ist, nämlich die Investition in den Klimaschutz gerade in der Krise.

Im Moment reden alle von Nachhaltigkeit, von Ethik in der Wirtschaft, von Qualität, von Verantwortung für die Folgen. Grüne Themen und Konzepte sind in der aktuellen Krise zum Hoffnungsträger geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Desaster der Finanzmarktkrise macht vor allem eines deutlich: Wir sind in diesen Mist hineingeraten, weil der Gedanke der Nachhaltigkeit eben keine Rolle gespielt hat, weil es nicht um die langfristigen Folgen ging, sondern um das schnelle Geld, um den kurzfristigen Vorteil für wenige.

Das zeigt auch, dass wir mit den Konzepten, die die Krise verursacht haben, diese Krise nicht werden überwinden können. Wenn wir jetzt nur wieder mit viel Geld mit vielen Steuermillionen und -milliarden die alten Strukturen aufrechterhalten, wenn wir die alte Subventionspolitik fortsetzen, wenn die alten Antworten fröhliche Urständ feiern, dann werden die zig Milliarden aus den Kulturpaketen und den Wirtschaftshilfen nur einen einzigen langfristigen Effekt haben, nämlich eine gigantische zusätzliche Staatsverschuldung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines ist auch klar: Der Boom, der nach der Krise kommt, dieser Boom wird ein grüner Boom sein: sinnvollere Mobilität, andere Autos, erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz, ökologische Innovationen. Also macht es Sinn, sofort mit diesem Doppelhaushalt anzufangen, in die Zukunft zu investieren und nicht in überkommene Strukturen und nicht immer wieder erneut Geld in den Straßenbau zu stopfen.

Die Wege aus der Krise sind grün. Das sagen mittlerweile weltweit nicht nur wir GRÜNEN. Mit Freude habe ich gestern einen Gastkommentar in der "Financial Times Deutschland" gelesen. Es war ein gemeinsamer Kommentar des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon mit Al Gore. Was diese beiden Herren schreiben, könnte nicht schöner in einem grünen Programm formuliert sein. Es heißt da:

Wir benötigen wirtschaftliche Anreize und langfristige Investitionen, um zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: eine Politik, die unsere dringenden ökonomischen und sozialen Bedürfnisse erfüllt, die aber auch eine neue grüne Weltwirtschaft schafft.

Wenn wir GRÜNE die das sagen, werden Sie fragen: Wovon träumen die eigentlich? Ban Ki-moon und Al Gore schreiben: Wir brauchen eine neue grüne Weltwirtschaft! Kurz gesagt: Ökologisches Wirtschaften muss zu unserem Mantra werden.

Ich finde, da kann man zu Ban Ki-moon und Al Gore klatschen, oder?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiter heißt es:

Konjunkturpakete dürfen nicht dazu genutzt werden, sterbende Industriezweige zu bewahren und das Fehlverhalten der Vergangenheit beizubehalten. Wenn weiter Billionen Dollar in Infrastrukturen fließen, die von fossilen Brennstoffen abhängen, wäre das so, als ob wir nach der Immobilienkrise erneut in wertlose Immobilien investieren.

Und ein letzter Satz aus diesem Gastkommentar zum Schluss:

Wir dürfen nicht das Grundlegende dem Dringenden opfern. In eine grüne Wirtschaft zu investieren, ist keine Wahlmöglichkeit. Es ist eine Investition in eine bessere und gerechtere Zukunft.

Von diesem Weitblick und diesem Durchblick allerdings sind Sie, meine Damen und Herren von der CSU, Lichtjahre entfernt. Das haben Sie gerade bewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verirren sich in permanente Wendemanöver, Sie verheddern sich in Klein-Klein und stellen sich selbst ein Bein beim Hakenschlagen. Sie haben kein nachhaltiges Konzept, und Sie haben keine Orientierung. Und Sie, Herr Seehofer, sind nicht der Fels in der Brandung, als der Sie sich gerne sehen, sondern lediglich das Fähnlein im Winde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine krisenfeste und zukunftssichere Politik sieht entschieden anders aus. Wir haben das mit unseren Anträgen zum Doppelhaushalt unter Beweis gestellt. Wir haben gezeigt, wie umgesteuert werden muss im bayerischen Landeshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Chance nicht ergriffen, einen wirklich zukunftsfesten Landeshaushalt vorzulegen, deshalb werden wir diesen Doppelhaushalt ablehnen. Dafür kriegen Sie unsere Zustimmung nicht.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin Bause. Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid das Wort.

(Beifall bei der CSU)

Georg Schmid (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute, morgen und am Donnerstag wird das bayerische Konjunkturprogramm für die nächsten beiden Jahre beschlossen, nämlich der bayerische Staatshaushalt. Für das Jahr 2009 geht es um 40 Milliarden.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ein großer Teil davon dient der Investition in die Zukunft dieses Landes. Deswegen geht es in den Diskussionen der nächsten drei Tage um ein Konjunkturprogramm für dieses Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Haushalt, der heute vorgelegt wird, steht auf einem festen Fundament, weil wir in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet haben und unsere Politik nicht danach ausgerichtet haben, was wünschenswert ist, sondern danach, was wir uns leisten können. Die bayerische Finanzpolitik ist auch deswegen so erfolgreich, weil wir in den letzten

Jahren immer wieder gesagt haben: Wir wollen nicht alles das, was wir gerne hätten, sondern das, was wir uns leisten können, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Nun darf ich zu den Ausführungen des Kollegen Maget kommen, der leider nicht da ist. Das ist ein Jammer. Wenn man eine Rede hält und die Regierungskoalition attackiert, dann gehört es zur Kultur des Hauses, dass man hinterher auch da ist, wenn diese Fragen miteinander besprochen werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Und wo sind Ihre eigenen Leute? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich weiß schon, dass Sie sich aufregen. Ich war jedenfalls die ganze Zeit da.

(Ludwig Wörner (SPD): Ihre eigenen Leute können Sie nicht mehr hören!)

Kollege Maget hat es auch versäumt - das ist heute das Entscheidende -, Vorschläge zu machen und aufzuzeigen, wie er sich das vorstellt.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Er hat keine klare Linie für die Zukunft aufgezeigt. Das war eine rückwärts gewandte Rede, keine Rede vorwärts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Über 100 Änderungsanträge, die Sie abgelehnt haben! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): 130 Änderungsanträge! - Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielleicht können wir uns jetzt wieder etwas beruhigen.

Georg Schmid (CSU): Herr Güller, zu Ihnen komme ich noch. - Da Ihr Blick nur rückwärts gewandt war und nicht nach vorne, kann ich Ihnen sagen, dass Sie in der Zukunft nicht das Vertrauen der Bevölkerung erhalten werden. Ich darf aus dem "Münchner

Merkur" von gestern zitieren, was Frau Rupp gesagt hat: "Wir - die SPD - haben in der Landespolitik zehn erfolglose Jahre hinter uns." Wo sie recht hat, hat sie recht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Ihr Ritual kenne ich jetzt auch seit 18 Jahren. Herr Kollege Güller, Sie sprachen von 130 Anträgen.

(Harald Güller (SPD): Jawohl!)

Wir haben es addiert. Das ergibt 1,654 Milliarden oder 1.654 Millionen, die Sie zusätzlich gefordert haben.

(Harald Güller (SPD): Ein Achtel Landesbank!)

Wenn wir in den letzten Jahren eine solche Politik gemacht hätten, bräuchten wir heute nicht über Rücklagen und Reserven zu sprechen. Wenn Sie regiert hätten, wäre das Land schon lange pleite!

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): 700 Millionen Zinsen allein für die Landesbank!)

Sie machen keinen einzigen Gegenfinanzierungsvorschlag.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie haben Sie die Landesbank gegenfinanziert?)

Die Kolleginnen und Kollegen vom Haushaltsausschuss sind heute alle da. Nachdem Sie, die Damen und Herren von der SPD, 1.654 Millionen zusätzlich fordern, hätte ich schon erwartet, dass Sie dann auch sagen, an welcher Stelle eingespart werden kann, damit wir uns neue Reserven durch Umschichtungen schaffen können. Das aber will die SPD nicht. Sie will nur zusätzliche Ausgaben, aber den Menschen nicht sagen, wo man Geld einsparen kann. Das ist keine solide Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Das sind immer wieder die gleichen Anträge, die von der SPD in den letzten Jahren gestellt wurden, mit denen Sie mehr Geld wollen. Es ist einfach, alte Anträge herauszuholen und sie neu zu stellen, wenn man weiß, das ist nicht solide finanzierbar. Jeder weiß, in welcher finanziellen Situation wir uns momentan befinden. Es ist unverantwortlich von der SPD, dass trotzdem eine solche Summe genannt wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Und dann wollen Sie Steuersenkungen!)

- Zu Ihnen komme ich noch extra, Herr Wörner. Es ist nicht überaus kreativ, wenn ständig die alten Anträge wiederholt werden. Der einzige Bereich, in dem Sie sparen, ist das Nachdenken über die Zukunft dieses Landes.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

In verschiedenen Veranstaltungen draußen vor Ort werden uns Briefe an diese oder jene Ämter oder an diese oder jene Organisationen gezeigt, in denen Sie von der SPD all Ihre Wünsche, als Anträge formuliert, präsentieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man doch keine Politik machen. Man kann doch nicht einfach seine Wünsche formulieren und den Leuten draußen suggerieren, dass das alles machbar wäre,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da kennt sich der Ministerpräsident recht gut aus!)

obwohl man weiß, dass 1.654 Millionen nicht zusätzlich zur Verfügung stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Volksverdummung!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Vorhin ist der Satz gefallen, Worte und Taten müssten übereinstimmen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Genau, jawohl!)

Fantastische Summen für die zusätzliche Förderung der Heimatvertriebenen stellt die SPD in den Raum. So weit, so gut. Wir haben zusätzliche Mittel bereitgestellt. Dann

erwarte ich aber auch, dass Sie Frau Steinbach Unterstützung und Hilfe dann gewähren, wenn sie die braucht, und hier eine positive Stellungnahme abgeben und nicht den Steinmeier in Berlin gewähren lassen, der Frau Steinbach attackiert. Das wäre seriöse Politik: nämlich nicht nur zusätzliche Finanzen zu fordern, sondern auch inhaltlich zu den Dingen zu stehen, lieber Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Franz Maget (SPD): Wer war denn in dem Beirat, Sie oder ich?)

- Entschuldigung, nach Prag zu fahren, ins Vertriebenenzentrum zu gehen und mit den Leuten zu reden, ist das eine, aber ich erwarte auch, dass Sie sich mal hinstellen, wenn es eng wird und wir Ihr Wort brauchen. An dieser Stelle haben wir es nicht erhalten.

(Franz Maget (SPD): Wer war im Beirat, Sie oder ich? Von euch war keiner da!)

Was haben Sie gemacht? - Ungedechte Schecks ausgestellt und Luftschlösser aufgebaut. Das ist keine Politik für die Zukunft, Herr Kollege Maget.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dafür sind die Anträge gut! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nun zu Ihren Attacken gegen den Ministerpräsidenten: Die Schaumschlägerei haben Sie mit Ihren Anträgen betrieben. Sie haben 130 Anträge gestellt, obwohl Sie wissen, dass das nicht zu finanzieren ist. Uns und dem Ministerpräsidenten aber machen Sie den Vorwurf der Schaumschlägerei. Das ist unverfroren, Herr Kollege Maget. Das ist keine gute Politik, glauben Sie mir das.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben mehr erreicht, als Sie sich haben vorstellen können. Ich bin dankbar dafür, dass der Ministerpräsident das heute noch einmal im Detail dargestellt hat. Verbesserungen bei der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer und die steuerliche Absetzbarkeit

von Versicherungsbeiträgen - wer hat denn das gegen den zähen Widerstand in Berlin, auch der SPD erreicht?

(Franz Maget (SPD): So ein Quatsch!)

Das haben auch die Verhandlungskünste des Ministerpräsidenten in den Koalitionsrunden erreicht. Das ist die Wahrheit, und Sie haben die Dinge blockiert.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): So ein Schmarrn!)

Jetzt gehe ich auf einige Details ein. Sie haben gesagt, es gebe keinen Leertitel für einen neuen Konzertsaal. Er ist vorgesehen; das zeige ich Ihnen. Es wäre ganz gut, wenn Sie den Haushalt gründlich lesen würden, anstatt hier einfach mit Behauptungen zu argumentieren. Vielleicht sollten Sie zum Kollegen Georg Winter gehen, der Ihnen das zeigen kann; er hat es mitgebracht. Es gibt einen Leertitel. Sie aber behaupten hier die Unwahrheit, um den Ministerpräsidenten zu attackieren. So kann man doch keine Politik machen, so kann man nicht miteinander umgehen, Herr Kollege Maget!

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie sich keine Sorgen wegen des Zentralklinikums. Wenn der Ministerpräsident des Freistaates Bayern in das Goldene Buch der Stadt hineinschreibt, das Zentralklinikum kommt, und drei Ausrufezeichen macht, dann wird es auch kommen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer ist der Souverän?)

Darauf verlassen wir uns. - Noch ein bisschen Geduld.

(Harald Güller (SPD): "Uniklinik" hat er geschrieben, und wir hoffen, dass sie kommt!)

Das Uniklinikum kommt, und Sie brauchen ein bisschen Geduld.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Herr Kollege Güller, Sie sollten doch als Schwabe so denken wie ich.

(Harald Güller (SPD): Da sind wir wieder beieinander!)

- Also, Herr Kollege Güller, Sie sollten doch heute Lobeshymnen auf den Ministerpräsidenten dafür ausbringen, dass er das in das Goldene Buch hineingeschrieben hat.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie kritisieren ihn doch nur.

(Harald Güller (SPD): Sie haben doch den ersten Antrag schon abgelehnt! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Sie kritisieren ihn doch nur, haben Sie doch ein bisschen Geduld. Herr Kollege Güller, ich habe erwartet, dass Sie Ihre Fraktion darauf einstimmen, dass Sie heute die Schwabenanliegen mit unterstützt - bei der Bahn, beim Zentralklinikum, bei der Uniklinik. Das wäre vernünftig gewesen, lieber Kollege Max Strehle, oder?

(Harald Güller (SPD): Wir haben doch die Anträge schon gestellt! - Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben das doch abgelehnt, das muss man schon sagen!)

Was macht Kollege Güller? Er redet dagegen. Wer hat denn gegen unseren Vorschlag bei der Pendlerpauschale gearbeitet? Es war doch auch Herr Steinbrück, der gesagt hat, die kommt nicht. Und Sie beziehen sich auf das Bundesverfassungsgericht. Das ist doch die halbe Wahrheit.

Wer hat denn bei der Erwachsenenbildung etwas Zusätzliches geleistet? - Wir haben im Haushalt 300.000 Euro draufgelegt. Wir wollen die Erwachsenenbildung mit Umschichtungen noch stärker fördern, weil das Geld hier gut angelegt ist. Da sollten Sie auch keinen Zwiespalt hineintreiben.

Kommen wir zur Kindererziehung. Herr Kollege Maget, schauen Sie sich doch einmal die Zahlen im Haushalt der Jahre 2008, 2009 und 2010 an. Sie werden sehen, dass hier

Erhöhungen um zweistellige Millionenbeträge enthalten sind. Heute treten Sie an dieses Rednerpult und erzählen das Gegenteil.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Anschauen!)

Deswegen sage ich Ihnen, Herr Kollege Maget: Die Kollegin Rupp hat recht. Es ist gut, dass Ihnen dieses Land in den letzten Jahrzehnten nicht anvertraut war. Frau Rupp sagt: Wir haben in der Landespolitik zehn erfolglose Jahre hinter uns. Demgegenüber sage ich Ihnen: Wenn Sie regieren würden, würde das Land um keinen Deut weiter kommen. Deswegen werden Sie auch weiterhin schlechte Jahre haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

Herr Kollege Aiwanger, eines haben Sie schon gelernt. - Wo sitzt er?

(Josef Miller (CSU): Er ist nicht da! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Keiner will Ihnen zuhören, das ist doch furchtbar, oder?)

- Wo ist er? - Das ist heute, glaube ich, Methode.

(Franz Maget (SPD): Was ist Methode, was ist da Methode?)

- Es wäre gut, wenn die Kolleginnen und Kollegen die Debatte ernsthaft führen würden. Sie waren am Anfang nicht da; jetzt fehlt der Kollege Aiwanger. Aber Sie sind jetzt ja da, Herr Kollege Maget.

(Franz Maget (SPD): Was ist da Methode? - Ingrid Heckner (CSU): Erst reden und dann einfach abhauen!)

- Ich hätte gerne mit ihm über das gesprochen, was er angeprangert hat. Kollege Aiwanger hat von einem neuen Stil im Parlament gesprochen. Da kann es nicht sein, dass er hinausgeht, nachdem er gesprochen hat, und nicht zuhört, wenn wir über seinen Beitrag reden.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Aiwanger hat jedenfalls offensichtlich von der SPD gelernt, wie die Arbeit im Parlament funktioniert: In seinem ersten Parlamentsjahr, das ja erst einige Monate alt ist, da ist er etwas bescheidener: Er hat nur zusätzliche 800 Millionen Euro gefordert. Er war bei den Haushaltsverhandlungen also noch etwas bescheidener, aber er hat 800 Millionen zusätzliche Ausgaben im Haushalt gefordert.

(Franz Maget (SPD): Also ein Zwölftel!)

Die Methode ist relativ einfach. Er übertrifft hier sogar noch die SPD. Die SPD fordert nämlich plus 30 Millionen; Kollege Aiwanger und die Freien Wähler sagen: plus 50 Millionen. Das ist die moderne Flexibilität. Ich habe bei den Sondierungsgesprächen mit den Freien Wählern auch erst lernen müssen, was Flexibilität bedeutet. Sie bedeutet, kein Programm zu haben, keine Grundsätze zu haben, aber immer dann, wenn andere etwas fordern, noch ein bisschen mehr zu verlangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe bei der CSU: Bravo!)

Das ist die Politik der Freien Wähler. Kollege Aiwanger sagt, wir müssten darauf achten, dass die kleinen Probleme vor Ort gelöst werden. Da stimme ich uneingeschränkt zu. Dabei geht es um die Ärgernisse, die wir alle kennen: Breitband oder die Problematik mit den Angestellten im Grundschulbereich. Darüber haben wir viel diskutiert, und wir müssen auch schauen, wie wir diese Probleme in den kommenden Jahren finanziell und haushaltstechnisch lösen können. Das ist ein gemeinsames Anliegen.

Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ein Land nicht nur mit Klein-klein regiert werden kann. Man braucht vielmehr auch große Projekte, große Maßnahmen, die man miteinander auch in schwieriger Zeit durchsteht. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn es in den letzten Jahrzehnten keine CSU-geführte Regierung gegeben hätte, hätten wir keinen Rhein-Main-Donau-Kanal. Wir hätten stattdessen weiterhin die Verkehrsbelastung auf unseren Straßen. Wir hätten dann auch keinen Flughafen, von dem aus wir heute alle abfliegen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich: Klein-klein reicht nicht, sondern große Politik und Verantwortung für ein ganzes Land erfordern auch, dass man schwierige Projekte miteinander anpackt und durchsetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Zehn Milliarden Schulden für die Landesbank bedeutet das! Das ist großartig, oder?)

Beliebigkeit ist kein Prinzip.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Genau!)

Deswegen sage ich noch einmal: Es kann nicht sein, dass zusätzlich immer noch mehr und mehr verlangt wird. Wir müssen stattdessen zusehen, dass wir den Haushalt miteinander schultern und vernünftig finanzieren.

Ich bin dem Kollegen Aiwanger allerdings dafür dankbar, dass in seiner heutigen Ansprache der Ausdruck "ein Schritt in die richtige Richtung" der häufigst gebrauchte war. Ein Schritt in die richtige Richtung!

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Das schaffen wir ohne Programm und ohne Konzept!)

Und deswegen sage ich Ihnen: Wo er recht hat, hat er recht. Ein Schritt in die richtige Richtung, den wir jetzt unter Führung von Horst Seehofer machen.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Ohne Konzept und ohne Programm! Das ist doch super!)

- Herr Kollege, wir kommen gut voran. Wir werden weitere Schritte folgen lassen.

Aber eines darf ich an dieser Stelle auch sagen: Es hat mich maßlos geärgert, wie wir in der letzten Plenarsitzung miteinander umgegangen sind. Kollege Aiwanger predigt seit seinem Einzug in das Parlament einen neuen Politikstil. Ich bin mit ihm darin einig,

dass wir im Umgang miteinander das eine oder andere verbessern können, keine Frage. Aber das, was ich am Ende der letzten Plenardebatte mit der Frau Kollegin Jung erlebt habe, sprengt alle Grenzen. So können wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Kollegin Jung hat den Sachverhalt sehr genau gekannt.

(Zuruf: Sie heißt doch Singer!)

Sie hat im Petitionsausschuss mit uns abgestimmt, auch die SPD war auf der gemeinsamen Linie. Hier im Parlament hat sie aber eine Orgie gegen die CSU veranstaltet und den Vorwurf erhoben, dass draußen vor Ort bei der Kreisverwaltungsbehörde, dem Landratsamt, etwas nicht korrekt gelaufen sei. Liebe Freunde, da stimmen Wort und Tat bei den Freien Wählern nicht überein. Das können wir im Umgang miteinander nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Zur Verlässlichkeit der Freien Wähler, liebe Kolleginnen und Kollegen, folgende Bemerkung:

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Es war vollkommen richtig, dafür zu stimmen. Man muss nur die Petition lesen! - Tobias Thalhammer (FDP): Und was hat der Bürgermeister der Freien Wähler gesagt?)

Ich bitte, das auch Herrn Aiwanger zu bestellen, weil ich ihn als stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Freien Wähler ansprechen wollte. Mir geht es um die Bundespräsidentenwahl und um die Verlässlichkeit. Vor der Wahl haben Sie gesagt: Wir unterstützen Köhler. Dann haben Sie gesagt: Wir wissen es nicht mehr so genau. Dann haben Sie gesagt: Vielleicht können wir ihn doch nicht unterstützen. Teile der Freien Wähler sind dann wieder zurückgekehrt und haben gesagt: Vielleicht können wir ihn

doch unterstützen. Andere Mitglieder der Freien Wähler bleiben bei ihrem Nein und können deswegen nicht zur Wahl mitgehen. Das alles spricht nicht für einen neuen Stil und spricht nicht für die Verlässlichkeit in der Politik. Die Leute merken sich das sehr wohl, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das eine Wahl ist!)

Lieber Kollege, ich könnte Ihnen einmal vorlesen, wie oft sich die Meinung der Freien Wähler in dieser Frage geändert hat. Die Leute draußen - darüber sollte man sich nicht täuschen - beobachten uns sehr wohl, und sie wissen genau, wie wir uns zu der einen oder anderen Frage äußern.

(Franz Maget (SPD): Und das ist gut so!)

Das Vertrauen in die Politik entscheidet sich auch an solchen Fragen.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): So kommt es dann zu 75 %, die von Filz reden, oder?)

Zuerst werden große Versprechen abgelegt, und dann kommt der Schwanengesang - liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch ein Zeichen von Beliebigkeit. Ich bitte, das auch dem Kollegen Aiwanger zu sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

- Ich werde das dem Kollegen Aiwanger auch sagen; bitte geben auch Sie es ihm weiter.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Wie hat denn Gloria von Thurn und Taxis abgestimmt? Das habt ihr wohl vergessen!)

Auch das soll heute gesagt werden: Der Landesvorstand in Bremen besteht aus Leuten vom rechten Rand. Der Chef der Freien Wähler in Bremen, Herr Altvater, sagt: Städtische Zuschüsse für den jüdischen Friedhof sind Geldverschwendung.

(Zurufe von der CSU: Pfui!)

Auf solche antisemitischen Äußerungen muss der stellvertretende Bundesvorsitzende reagieren. Er kann es nicht hinnehmen, wenn Frau Kollegin Pauli sagt: Das ist die Meinungsvielfalt der Freien Wähler; es gibt Wichtigeres zu tun, als das zu korrigieren. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist nicht zu akzeptieren, auch nicht für dieses Parlament.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Bause, eines muss man Ihnen lassen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Gott sei Dank denken Sie auch noch an mich!)

- Ich habe Sie nicht vergessen. Eines muss ich Ihnen lassen: Sie achten bei Ihren Anträgen immerhin auf die Frage der Gegenfinanzierung.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das zeichnet uns aus!)

- Hin und wieder achten Sie darauf. Das zeichnet Sie auch aus. Ich sage das ganz ausdrücklich. Allerdings sind Ihre Gegenfinanzierungen von einer Ideologie geprägt, die nicht die unsere ist.

(Margarete Bause (GRÜNE): Kann eine Gegenfinanzierung ideologiegeprägt sein?)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Streichung des Landeserziehungsgeldes zugunsten des Krippenausbaus stellt eine ideologische Grundausrichtung dar, die wir so nicht wollen. Frau Kollegin Bause, hier sind wir anderer Meinung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen die Wahlfreiheit. Sie wollen eine andere ideologische Ausrichtung.

(Simone Tolle (GRÜNE): Die Wahlfreiheit brauchen die Frauen, die arbeiten!)

Hier streiten wir gerne mit Ihnen. Ich glaube, dass der Ministerpräsident nach 29 Jahren im Bundestag nicht zimperlich ist und dass er einiges gewohnt ist. Aber wie Sie heute den Ministerpräsidenten angesprochen haben - -

(Margarete Bause (GRÜNE): Müssen Sie ihn jetzt schon in Schutz nehmen?)

- Nein. Wenn jedoch Grenzen überschritten werden, nehmen wir ihn in Schutz.

Sie haben dem Ministerpräsidenten den Vorwurf gemacht, dass er nicht seinen Beitrag leiste, um die Krise zu bewältigen. Sie haben ihm eine Zockermentalität bescheinigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat in den letzten Wochen für dieses Land, für die Bundesrepublik und den Freistaat Bayern, Großartiges geleistet und viele Dinge vorgebracht. Deshalb weisen wir die Terminologie, die Sie heute verwendet haben, ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist kein guter Umgang miteinander.

Der Haushalt, wie er heute vorliegt, steht auf einem festen Fundament, trotz der schwierigen Lage und aller Risiken. Er steht deshalb auf einem stabilen Fundament, weil wir in den vergangenen Jahren beachtet haben, dass solide Haushalts- und Finanzpolitik die Grundlage aller Politik ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir hätten uns in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Investitionen vorstellen können. Wir hätten uns vorstellen können, nach dem Jahr 2003 den einen oder anderen Einschnitt nicht vorzunehmen. Bisweilen handelte es sich um schmerzliche Einschnitte. Wegen dieser Einschnitte haben wir aber heute Reserven. Wir konnten Rücklagen bilden. Mutige Politik bedeutet nicht nur, Ja zu allen

Wünschen zu sagen, sondern auch Einschnitte vorzunehmen. Wir haben dies getan. Deshalb haben wir Rücklagen und Reserven. Und deswegen können wir auch in schwieriger Zeit investieren und etwas voranbringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung war gut und richtig. Heute stellt sich heraus, dass es richtig war, beginnend mit dem Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu implementieren. Ohne diesen ausgeglichenen Haushalt könnten wir heute keine guten, vernünftigen und von allen getragenen Investitionen tätigen. Vonseiten der SPD und anderer Oppositionsparteien habe ich in diesem Plenarsaal immer wieder den Begriff "kaputtsparen" gehört. Heute habe ich diesen Begriff nicht mehr gehört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wären kaputt gewesen, wenn wir nicht gespart hätten. Deshalb haben wir eine richtige Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Adelheid Rupp (SPD): Das ist Quatsch!)

Was es bedeutet, auf Pump zu leben, haben wir gerade in den Vereinigten Staaten gesehen. Auch in anderen Ländern wie Bremen oder Berlin sehen wir, wohin es führt, auf Pump zu leben. Das führt zu einer massiven Verschuldung und zu einer reduzierten Investitionskraft. Gerade in diesen Tagen brauchen wir jedoch Investitionskraft. Jeder Euro der öffentlichen Hand für Investitionen bedeutet zusätzliche Aufträge. Zusätzliche Aufträge bedeuten zusätzliche Arbeitsplätze. Zusätzliche Arbeitsplätze bringen in schwieriger Zeit zusätzliches wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Prosperität.

Heute wurde noch einmal der Begriff "Gerechtigkeit" genannt. Wir haben immer gesagt, dass wir uns beim Länderfinanzausgleich zur Solidarität bekennen. Eines muss jedoch klar sein: Diese Solidarität hat auch eine Grenze. Die Schuldenbremse ist zwingend notwendig, weil es nicht gerecht ist, wenn einer im Luxus lebt und sich alle Wünsche erfüllt und derjenige, der spart, diesen Luxus finanzieren soll. Das ist keine Gerechtigkeit und hat mit Solidarität nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Am vergangenen Donnerstag haben wir eine Regierungserklärung zum Thema Bildung gehört. Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie heute die Themen Bildung und Bildungspolitik und die dabei erzielten Erfolge noch einmal in den Mittelpunkt gestellt haben. An diesen Themen lässt sich exemplarisch darstellen, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben.

Unser Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle hat die positiven Veränderungen dezidiert dargestellt. Ich möchte noch einmal einige Zahlen vortragen: Wir werden 2.700 zusätzliche Lehrerstellen und 8.250 neue Beförderungsstellen an Grund-, Haupt- und Realschulen schaffen. Das wissenschaftliche Personal an den Universitäten wird um 3.000 Stellen aufgestockt. In der Debatte vorige Woche - die ich vier Stunden lang verfolgt habe - hat sich Herr Kollege Pfaffmann gemeldet und erklärt, dass in der Bildungspolitik nichts geschehen und kein Fortschritt erzielt worden sei. Liebe Freunde, so kann man nicht argumentieren, wenn man sich ansieht, was wir gemeinsam vorangebracht haben. Wir wissen, dass wir noch nicht alles erreicht haben und noch vieles zusätzlich leisten müssen. Wir haben bereits Zusagen für die gesamte Legislaturperiode abgegeben. Dabei geht es um die Privatschulfinanzierung und die Reduzierung der Klassenstärken. Aber zu behaupten, im Bereich der Bildungspolitik sei nichts geschehen, ist keine ehrliche und wahrhaftige Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den letzten fünf Jahren ist der Kultusetat um eine Milliarde Euro gestiegen. In den Jahren 2009 und 2010 wird er noch einmal um über eine Milliarde Euro steigen. Wenn Sie das kritisieren, glaubt das draußen kein Mensch mehr. Die Menschen spüren, dass wir diesem Thema ein besonderes Gewicht beimessen und wissen, dass wir nicht alles an einem Tag erledigen können. Die Bildungspolitik hat für uns oberste Priorität. Das hat der Ministerpräsident heute dankenswerterweise noch einmal deutlich gemacht.

Kindergärten, Schulen, Universitäten: Addieren Sie einmal die Summen, die im Haushalt für diese drei Felder zur Verfügung gestellt wurden. Sie werden feststellen, dass wir bei einem Haushaltsvolumen von 40 Milliarden Euro über 14 Milliarden Euro für die Bildung, die Ausbildung, die Fortbildung und die Erziehung unserer jungen Menschen investieren. Ist das nicht eine beeindruckende Summe? - 14 Milliarden Euro stehen dafür zur Verfügung. Das zeigt, wo die CSU und ihr Koalitionspartner FDP ihre Prioritäten setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit wenigen Worten deutlich gemacht, dass wir von der Jahreswende bis heute beispielhaft Akzente gesetzt haben, die es bisher im Freistaat Bayern nicht gegeben hat. Wir haben noch im vergangenen Jahr die Haushaltsausgabereite übertragen. Wir haben sofort vorzeitige Baubeginne genehmigt. Wir haben sofort kommunale Finanzmittel aus dem Staatshaushalt für Investitionen freigegeben. Wir haben den Haushalt in Rekordzeit miteinander beraten. Wir können die Mittel aus dem Programm 2020 in Form steuerfinanzierter Mittel zur Verfügung stellen und damit deutliche Akzente setzen. Wir haben das Investitionsvolumen noch einmal erhöht, nämlich auf 5,5 Milliarden Euro. Das stellt eine Investitionsquote von 13,6 % dar.

Natürlich könnte ich das beklagen und sagen, 17, 18 oder 19 % wären besser. Wir müssen aber wissen, in welcher Situation wir uns befinden. Wir befinden uns in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, in der schwierigsten Situation seit Jahrzehnten, wie es der Ministerpräsident dargestellt hat. Trotzdem investieren wir mehr als im vergangenen Jahr, nämlich 5,5 Milliarden Euro, was einer Investitionsquote von 13,6 % entspricht. Ich glaube, das ist beispielhaft, und wir sind dankbar, dass wir in solch schwierigen Zeiten eine so hohe Summe in die Investitionen geben können.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Das ist doch Bundesgeld!)

- Herr Kollege Güller, Sie haben den Haushalt nicht gelesen. Wenn Sie sagen, es handle sich nur um Bundesgeld, dann haben Sie den Haushalt nicht gelesen.

Ich sage Ihnen eines, Herr Kollege Maget: Sie beklagen die Höhe der Investitionsquote, wir aber handeln und stellen Geld zur Verfügung. Ich sage noch einmal: Jeder Euro, der zusätzlich für Investitionen zur Verfügung steht, bedeutet zusätzliche Aufträge und zusätzliche Arbeitsplätze. Genau das brauchen wir in schwieriger Zeit.

Ich halte es für richtig, dass wir den Begriff der Investitionsquote überdenken. Das ist eine Terminologie aus alter Zeit. Zu den Investitionen zählen Ausgaben für Bildung und für Kindererziehung. Wenn wir die Ausgaben addieren - diese Gelder stehen zur Verfügung und werden in erheblichen Summen investiert -, dann schaffen wir dadurch Impulse für das Land und sichern die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Herr Kollege Aiwanger hat die Infrastruktur beklagt. Es wäre gut gewesen, wenn er sich die Zahlen angeschaut hätte, bevor er an das Rednerpult getreten ist. Ich will es nur an einer Zahl darstellen: Wir hatten bei der Veränderung der Haushaltsmittel durch die Regierungsfractionen FDP und CSU darauf geachtet, noch weitere Akzente setzen zu können. Für den Staatsstraßenbau wollten wir so viel ausgeben, wie das in den letzten zwanzig Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist. Ich finde, das ist beispielhaft und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich Ihnen: Dieser Haushalt ist ein Konjunkturprogramm. Wenn Sie erklären, wir müssten die Haushaltspolitik zusammen mit den Kommunen gestalten, dann muss ich Ihnen Folgendes sagen: An dieser Stelle haben wir keinen Belehrungsbedarf. Wir haben seit Jahrzehnten in exzellenter Weise in diesem Lande Seite an Seite mit der kommunalen Familie Politik gemacht, und das wird auch in Zukunft so sein. Darauf können Sie sich verlassen. Ich erwähne die Mittel von 6,2 Milliarden für den kommunalen Finanzausgleich.

Hinsichtlich des Konjunkturpakets hat eine Absprache im Detail stattgefunden, und es hat ein Einvernehmen im Detail gegeben. Deswegen brauchen wir hier keinerlei Beleh-

rungen. Ich sage Ihnen eines: Es gibt in Deutschland kein Bundesland, das so sehr an der Seite der kommunalen Familien steht wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Zwei Bemerkungen muss ich an dieser Stelle machen, wenn es um das Verhältnis des Freistaates Bayern zum Bund geht: Es kann doch nicht angehen, dass Aufgaben, die der Bund wahrzunehmen hat, auf die Länder delegiert werden. Ich bin da sehr vorsichtig.

(Franz Maget (SPD): Wie war das mit den Ganztagschulen?)

Wir hatten eine Föderalismusreform I. Im Rahmen dieser Reform sind die Aufgaben klar zugeordnet und definiert worden.

(Franz Maget (SPD): Bildung zum Beispiel!)

- Jetzt kommen wir dazu, zum Beispiel. Herr Kollege Maget, ich sage Ihnen eines: Wenn mir der Bund Geld anbietet, dann nehme ich es auch. Wir sind doch nicht so verrückt, darauf zu verzichten, wenn damit Gutes getan werden kann.

Es geht aber um etwas anderes. Unsere bäuerlichen Betriebe sind in einer schwierigen Situation. Sie kämpfen um ihre Existenz. Alle Parteien treffen sich bei Podiumsdiskussionen. Auch die SPD tut so, als ob sie die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern unterstützt. Wenn Sie die Anliegen unterstützen, dann hätte ich aber auch erwartet, dass Sie dem Kollegen Steinbrück in Berlin sagen: Bitte überweise die 120 Millionen für den Agrardiesel auch unseren Bäuerinnen und Bauern und entlaste unsere bäuerlichen Familien. Sie haben wegen 120 Millionen diesen Popanz aufgezogen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist ein Jammer, dass das nicht geht, aber man müsste im Parlament vielleicht einmal eine Einzelabstimmung, Herr Ministerpräsident, zu solchen Positionen durchführen. Der Freistaat Bayern muss jetzt einspringen, nachdem Steinbrück nach anfänglicher Weigerung den Bundesländern nun gnädigerweise die Möglichkeit eröffnet hat, dies über-

haupt zu tun. Der Freistaat Bayern gibt für die nächsten zwei Haushaltsjahre 60 Millionen Euro aus. Ich kann Ihnen eines sagen: Die CSU redet nicht nur, wenn es draußen bei Podiumsdiskussionen um die Interessen der Landwirtschaft geht, sie handelt auch und unterstützt die bäuerlichen Familien.

(Beifall bei der CSU)

In den letzten Tagen habe ich noch etwas Schönes gelesen, Herr Kollege Maget. Das Thema Gesundheit ist heute vielfach angesprochen worden. Dazu lese ich in der "Süddeutschen Zeitung" Folgendes: Die Lösung des Problems - Herr Ministerpräsident, einen solchen Vorschlag habe ich bisher noch gar nicht gehört; keiner hat bisher im Lande einen solchen Vorschlag gemacht - sei ganz einfach. Es handelt sich zwar um ein Thema des Bundes, das wir in gemeinsamer Verantwortung auch im Bundesrat anzupacken haben, aber der Vorschlag der Kollegin Ulla Schmidt, die Ihnen allen bekannt ist, ist ganz einfach. In diesem Fall wird vorgeschlagen, Herr Ministerpräsident: Die Bundesregierung ist gar nicht mehr zuständig. Die Überschrift in der "Süddeutschen Zeitung" vor zehn Tagen lautete: Seehofer soll für Ärzte zahlen. So einfach kann man sich Politik nicht machen, dass man, nachdem man sein System an die Wand gefahren hat und sieht, dass das nicht mehr funktioniert, was man selber implementiert hat, sagt: Wir lassen es dennoch bestehen, aber du musst die Rechnung bezahlen. So einfach kann man dieses Problem nicht lösen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Herz?

Georg Schmid (CSU): Selbstverständlich, immer gerne.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Schmid, es ist schön, dass Sie sich wieder einmal hier zeigen. Es wirkt wie ein Zwiegespräch in diese Richtung, aber nur nebenbei:

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, Zwischenfrage ist Zwischenfrage!

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Schmid, Sie haben gerade geäußert, dass Ihre Partei bei den Landwirten nicht nur redet, sondern auch handelt. Haben Sie dann eine Erklärung dafür, warum die Plätze, zum Beispiel in Kloster Reutberg oder in Immenstadt nicht mehr ausreichen, wenn sich dort zu Recht aufgebrachte Bauern treffen?

Georg Schmid (CSU): Es ist doch völlig unbestritten, dass die bäuerliche Landwirtschaft in der momentanen Situation in einer überaus schwierigen Lage ist. Insbesondere die Milchvieh haltenden Betriebe sind in einer besonders schwierigen Situation. Eines muss aber auch klar sein: Es ist die CSU, die bei den Bauern vor Ort ist und über deren Probleme spricht. Das heißt nicht, dass man die Lösung für solche Probleme, die nicht nur in unserem Lande bestehen, sondern auch einen europäischen Zusammenhang haben, aus dem Ärmel schüttelt. Ich kann Ihnen eines sagen: Die CSU steht an der Seite der bäuerlichen Betriebe, wenn diese in einer schwierigen Situation sind. Das lassen wir uns auch von niemandem nehmen. Wir sind die ersten Ansprechpartner für die Bäuerinnen und Bauern, und dabei wird es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie haben die Verringerung der Mehrwertsteuer angesprochen. Auch darauf will ich noch kurz eingehen. Ich weiß, welche Anträge in den Jahren 2006 und 2008 in diesem Parlament gestellt worden sind. Wir wissen, dass es nach EU-Recht vorher nicht möglich war, eine solche eigenständige Lösung zu finden. Jetzt haben wir aber die Möglichkeit, eine eigenständige Lösung für das Gaststättengewerbe und für die Hotellerie zu schaffen. Diese Chance sollten wir jetzt auch nutzen. Deshalb wäre es sinnvoll, dass der Bundesfinanzminister nicht nur in Brüssel zustimmt, dass diese Möglichkeit geschaffen wird, sondern dass er sie auch realisiert, wenn er wieder nach Hause kommt. Ich kann Ihnen nur zwei Alternativen vorschlagen, entweder wählen Sie die 01886824742 oder Sie wählen die 030186820. Das sind die Telefonnummern des Bundesfinanzministers. Erklären Sie ihm, dass wir alle gemeinsam wollen, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe besonders behandelt wird, dass es eine Vergünstigung braucht, weil wir an der Grenze zu Österreich massive Wettbewerbsprobleme haben.

Das ist unser gemeinsames Anliegen. Wenn es auch ein Anliegen der SPD ist, dann unterstützen Sie es und sagen Sie es Ihrem Bundesfinanzminister, damit er auch hierzu seine Zustimmung gibt.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Warum haben Sie dann in der letzten Wahlperiode dagegengestimmt?)

- Weil es damals noch nicht möglich war. Sie wissen es doch, damals war es nicht möglich.

Ich glaube, dass wir heute eine solide finanzielle Grundlage für die Entwicklung des Landes in den Jahren 2009 und 2010 vorlegen können. Der Haushalt ist dank der guten Finanzpolitik der letzten Jahre auf einem stabilen und festen Fundament solide finanziert. Ich weiß, dass SPD, GRÜNE und Freie Wähler wie angekündigt dem Haushalt die Zustimmung verweigern werden. Wir haben auch nichts anderes erwartet. Ich sage Ihnen aber eines: Wir übernehmen mit diesem Haushalt auch die Verantwortung für dieses Land. Die Menschen in diesem Lande erwarten nicht Verweigerung, sondern Gestaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf mich beim Kollegen Georg Fahrenschon sehr herzlich bedanken. Er ist Finanzminister in einer überaus schwierigen Zeit. Er hat zusammen mit den Chefs der Ressorts in brillanter Weise eine Grundlage erarbeitet, die stabil ist und uns gut in die Jahre 2009 und 2010 hineinführt. Ich bedanke mich bei Dir, lieber Georg Winter, und beim Haushaltsausschuss sehr herzlich dafür, dass ihr in einem Rekordtempo und in einer Rekordzeit diesen Haushalt beraten und zu einem guten Abschluss gebracht habt. Ich bedanke mich auch beim Koalitionspartner, beim Kollegen Thomas Hacker und bei Karsten Klein, für die gute Beratung und für das gute Miteinander bei der Gestaltung der einzelnen Detailfragen. Wir haben eine gute Basis, wenn wir am Donnerstag diesen Haushalt für die beiden nächsten Haushaltsjahre miteinander beschlossen haben. Wir

haben eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des Landes nach vorne und in eine gute Zukunft. Deswegen verdient dieser Haushalt die Zustimmung des Hohen Hauses.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile jetzt das Wort dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Kollegen Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP steht mit ihrem Eintritt in diese Regierungskoalition für den politischen Neuanfang in Bayern.

(Margarete Bause (GRÜNE): Für welchen Neuanfang?)

Das habe ich im letzten Dezember deutlich gemacht, als Sie, Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle Ihre Regierungserklärung abgegeben haben. Heute und in den nächsten beiden Tagen werden wir das finanzielle Fundament für diesen gemeinsamen politischen Neuanfang legen. Wir nehmen für uns als Regierungskoalition mit diesem Doppelhaushalt in Anspruch, dass wir die solide Basis für die Veränderungen schaffen, die die Wählerinnen und Wähler im letzten Herbst wünschten. Es ist die wirtschaftliche Stärkung der Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft. Es ist der Einsatz für ein zukunftsfähiges Bildungssystem mit Chancen für alle, und es ist eine vernünftige Innen- und Rechtspolitik, die auf die Anwendung bestehender Gesetze setzt und nicht auf bloßen Gesetzgebungsaktionismus.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dafür sind wir bei der Landtagswahl angetreten. Dafür haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich stark gemacht. Jetzt legen wir dafür die finanzielle Grundlage.

In den hinter uns liegenden ersten Monaten der gemeinsamen Regierung hat die FDP gezeigt, dass es ihr mit dem Neuanfang ernst ist. Herr Maget, bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wollten Sie noch die Geschenkpakete öffnen. Heute, gut

drei Monate später, wollen Sie bereits Bilanz ziehen. Jeder plant sein Leben in unterschiedlichen Phasen. Wir, die FDP, haben zusammen mit der CSU eine Koalitionsvereinbarung getroffen, die für fünf Jahre gilt. Manche werden überrascht sein; wir als FDP planen auch für den Zeitraum danach.

(Beifall bei der FDP - Georg Schmid (CSU): Da verstehen Sie, dass wir nicht klatschen!)

Wie gesagt, in den ersten Monaten haben wir gezeigt, dass es uns mit dem Neuanfang ernst ist. Wir haben den Anstoß für neue Kooperationen zwischen Haupt- und Realschulen gegeben. Wir haben den Anstoß gegeben für ein neues Übertrittsverfahren, das mehr jungen Menschen einen höheren Bildungsabschluss ermöglicht. Wir haben Druck zur finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gemacht. Wir haben mit dem bayerischen Mittelstandsschirm, dem Programm zur Beschleunigung von Investitionen und der schnellen Umsetzung des Konjunkturpakets II Arbeitsplätze gesichert. Nicht zu vergessen ist, dass wir mit neuen Stellen für die Polizei und die Justiz die innere Sicherheit gestärkt haben. Mit verschiedenen Gesetzgebungsprojekten haben wir den Stellenwert der Grund- und Freiheitsrechte gefestigt.

Das waren erst die ersten Schritte auf dem Weg zum Neuanfang. Das Erreichte kann sich unserer Meinung nach sehen lassen. Einiges ist bereits Gesetz geworden. Vieles befindet sich jetzt in der Phase der Verwirklichung. Manches müssen wir erst noch erkämpfen. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts in dieser Woche haben wir eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zu unserem Ziel zurückgelegt. Unser Ziel ist es, den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern eine Zukunftsperspektive in Freiheit zu eröffnen, in der sich Leistung und Einsatz wieder lohnen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir alle wissen, dass das Umfeld dieses Haushalts nicht einfach ist. Gesamtwirtschaftlich wird 2009 für Bayern sicher eines der schwierigsten Jahre seit Langem sein. Die Wirtschaftsdaten und die Prognosen sind hinlänglich bekannt. Ich werde mich aber nicht

am derzeit laufenden Wettbewerb um das düsterste Zukunftsszenario beteiligen. Schwarzmalerei schadet all denen, die sich auch in der Krise nicht unterkriegen lassen wollen. Schwarzmalerei schadet den Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz retten wollen, den Arbeitgebern, die versuchen, Absatzeinbrüche aufzufangen und auf Massenentlassungen zu verzichten, und all denen, die die Zähne zusammenbeißen und sich auf ihre eigenen Stärken besinnen. Mit Jammern und Wehklagen kommt keiner aus der Krise, wohl aber mit Selbstvertrauen, Willensstärke und Zuversicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Gerade in dieser Wirtschaftssituation bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft, zu einem Staat, der Verantwortung trägt und der den Rahmen setzt - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Das sind die Botschaften, die dieser Haushalt aussenden muss. Wir werden es aus der Krise schaffen, aber eben nicht, wenn wir darauf hoffen, dass uns der Staat aus der Klemme hilft, sondern nur dann, wenn wir den staatlichen Rahmen so setzen, dass sich Einsatzbereitschaft wieder auszahlt. Wir werden es aus der Krise schaffen, wenn wir dort investieren, wo unsere Zukunft gesichert wird, nämlich in die Bildung und in die Erziehung unserer Kinder, damit sie für die Herausforderungen des Lebens gewappnet sind. Wir werden es aus der Krise schaffen, wenn wir die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der Gesellschaft erhalten und steigern. Wir werden in Deutschland und in Bayern nie billiger werden als in China oder in Indien. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass wir besser bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn in den gegenwärtigen Debatten der Eindruck erweckt wird: Der Staat kann eben nicht alle Probleme lösen. Die gigantische Summe, die dafür nötig wäre, kann kein Staatshaushalt bereitstellen.

Meine Damen und Herren, Krisenbewältigung erfordert beides: Verantwortung und Augenmaß. Diese Anforderungen erfüllt der vorliegende Doppelhaushalt. Die regulären Ausgaben nehmen um 4 % zu. Mit über 5 Milliarden Euro für Investitionen im Jahr 2009

legt der Freistaat ein bemerkenswertes Engagement an den Tag. Natürlich, es könnte immer noch ein bisschen mehr sein. Wünschenswert ist vieles, das haben wir bei den Haushaltsberatungen immer wieder gehört. Das Leben, und das wird auch Herr Aiwan-ger noch merken, ist aber kein Wunschkonzert, Haushaltsberatungen erst recht nicht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es ist das Recht der Opposition, mehr zu fordern und mehr Geld für Ausgaben zur Verfügung zu haben. Man kann es aber auch übertreiben. Mit über 3 Milliarden Euro zusätzlich wollte die SPD den Doppelhaushalt belasten, die Freien Wähler mit über 1,7 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD)

- Ich rede von den zwei Jahren. Die GRÜNEN wollten immerhin 1,4 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie die Zahlen abgleichen würden, wäre es kein Widerspruch!)

Das ist unseriös und unsolide, vor allem aber täuscht es die Bürgerinnen und Bürger über die realen Möglichkeiten des Staates. Das weckt Hoffnungen, die zwangsläufig enttäuscht werden müssen.

Die FDP zeigt jedes Jahr in Berlin, dass es auch anders geht. Parallel zu den Haushaltsberatungen legen wir dort unser "Liberales Sparbuch" vor. Das "Liberales Sparbuch 2009" enthält über 400 Anträge mit einem Einsparvolumen von 10,5 Milliarden Euro. Mit dem Blick auf weite Teile der Opposition in Bayern kann ich nur sagen: Jeder, wie er eben kann.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Mit dem Gestaltungswillen für die Veränderung in Bayern haben wir den bayerischen Doppelhaushalt vorbereitet, und wir werden ihn in wenigen Tagen beschließen. Für uns sind drei Teilbereiche besonders wichtig: Das ist die Schule, das ist die Hochschule, und

das ist die innere Sicherheit. Wir wollen in Bayern ein Schulsystem, das nicht danach urteilt, was die Eltern sind, sondern danach, was die Kinder können. Wir wollen mehr Kinderbetreuung, mehr Lehrer für kleinere Klassen - gerade dort, wo viele Kinder mit Migrationshintergrund zur Schule gehen -, und wir wollen nicht zuletzt den Ausbau der Ganztageschule. Das sind die Weichenstellungen dieses Haushalts für eine bessere Förderung unserer Kinder.

Herr Maget, für uns gehört auch das letzte Kindergartenjahr dazu, das wir kostenfrei stellen wollen. Aber nicht alles, was wir uns vornehmen, können wir im ersten Doppelhaushalt unterbringen. Für uns ist das aber kein Luxusproblem, es ist vielmehr ein Problem, an dem wir, die FDP, dranbleiben werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

Dieser Haushalt ist eben erst der Anfang. Die nächsten Schritte sind schon vorbereitet. Mit dem Kooperationsmodell für die Haupt- und die Realschule haben wir die Tür für echte Verbesserungen im bayerischen Bildungssystem aufgestoßen. Die Durchlässigkeit steigt, mehr Hauptschüler können einen Realschulabschluss machen. Mit den Intensivierungsstunden an Haupt- und Realschulen gibt es mehr individuelle Förderung. Im ländlichen Raum können so passgenaue Bildungsangebote entstehen. So muss ein höherer Bildungsabschluss nicht automatisch - und darauf kommt es uns allen an - auch eine längere Fahrzeit bedeuten.

Wenn Sie, Herr Seehofer, bei Ihren Besuchen im Freistaat die positive Resonanz auf diese Veränderungen spüren, dann freut uns das. Es ist schön, dass liberale Ansätze Sie zu solchen Glücksgefühlen bewegen können.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Ich wünsche mir, dass wir in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus gemeinsam noch mehr solcher Momente erleben.

(Beifall bei der FDP)

Auch das neue Verfahren zum Übertritt von der Grundschule zur weiterführenden Schule ist ein Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit. Jetzt bekommen alle Viertklässler eine Übertrittsempfehlung. Die Eltern werden besser beraten, die Schüler werden besser gefördert. Der Druck fällt weg. Bei diesen Bildungsreformen war die FDP der entscheidende Impulsgeber. Wir meinen es ernst mit dem Neuanfang.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In die Zukunft des Landes zu investieren heißt, in seine Innovationsfähigkeit zu investieren. Wir brauchen deshalb eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft. Diese in Bayern zu erhalten und auszubauen, ist ein gewaltiges Projekt, das große politische, finanzielle und gesellschaftliche Anstrengungen erfordert. Der Doppelhaushalt liefert auch hier einen wichtigen Baustein: mehr Geld für zusätzliche Studienplätze, oberste Priorität für das "Modernisierungsprogramm Hochschulbau" oder ein deutlich aufgestocktes Fachhochschulforschungsprogramm. Wir denken aber auch in diesem Bereich schon weiter. Mit der Novelle des Hochschulgesetzes machen wir unsere Hochschulen fit für die Zukunft.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann macht das halt!)

Absolventen der Meisterprüfung erhalten den allgemeinen Hochschulzugang, Studienbeiträge werden sozial gerechter ausgestaltet. Das alles passiert. Vor allem aber: Die Hochschulen erhalten mehr Eigenverantwortung und haben mehr Kooperationsmöglichkeiten, um im Wettbewerb der Hochschulen bestehen zu können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Die Verlagerung des Berufungsrechtes aus dem Ministerium heraus an die Hochschulen ist ein erster Schritt, ein Einstieg in die Hochschulautonomie, die wir uns vorstellen.

Deutliche Signale setzt der Doppelhaushalt auch bei der inneren Sicherheit. Das haben wir schon gehört. In den nächsten beiden Jahren können jeweils 500 neue Polizeianwärter ihren Dienst beginnen. 230 neue Stellen werden in der Justiz geschaffen. Pro

Jahr sind 75 Millionen Euro für die Einführung des Digitalfunks vorgesehen. Das sind Maßnahmen, die die innere Sicherheit ganz konkret verbessern. Wir Liberale wissen: Ohne Sicherheit ist Freiheit wenig wert. Trotzdem darf Sicherheit nicht zulasten der Freiheit gehen.

(Beifall bei der FDP - Georg Schmid (CSU): Da können wir jetzt nur halb klatschen!)

Freiheit und Sicherheit müssen sorgsam ausbalanciert werden. Das hatten leider weder die vorhergehenden Staatsregierungen fest im Blick, noch hatte es die schwarz-rote oder die rot-grüne Bundesregierung der letzten Jahre im Blick. Diese Balance von Freiheit und Sicherheit verlangt nach einer intelligenten Innenpolitik, bei der der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen strikt Rechnung getragen wird. Dazu zählt auch, dass man bestehende Gesetze konsequent anwendet. Das erfordert aber auch Sicherheitsbehörden, die personell und sachlich so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben auch erfüllen können. Das ist die Überzeugung der Liberalen, und das spiegelt sich auch in diesem Haushalt wider.

Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt leisten wir zudem einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Investitionen werden vorgezogen, ihre Wirkungen kommen schneller in der Wirtschaft an. Ich bleibe aber auch heute bei meiner Überzeugung: Steuerentlastungen sind das beste Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ein Konjunkturpaket, an dem die FDP mitgewirkt hätte, hätte die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen deutlich entlastet. Wir Liberalen werden weiter für Steuerentlastungen kämpfen, denn nur, wer mehr Geld in der Tasche hat, kann auch mehr Geld ausgeben, mehr investieren und die Wirtschaft wieder auf Trab bringen. Wir haben auch deshalb darauf gedrängt, dass Bayern die Initiative für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz im Hotel- und Gaststättengewerbe ergreift.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die FDP will faire Wettbewerbsbedingungen für die bayerischen Hotels und Gaststätten. Die gibt es momentan nämlich nicht. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist alles andere als ein steuerpolitischer Nebenkriegsschauplatz. In Bayern hängen rund 560.000 Menschen mit ihrer wirtschaftlichen Existenz vom Tourismus ab. Die Tourismuswirtschaft ist außerdem weit überwiegend mittelständisch geprägt. Gerade dieser Mittelstand hat sich in Krisenzeiten immer als Jobgarant erwiesen. Lassen Sie es uns dem bürokratie- und steuergeplagten Mittelstand wenigstens etwas leichter machen, um Arbeitsplätze hier, in Bayern, zu erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Bürokratieabbau, Abgabensenkung - das ist der richtige Weg aus der Krise.

Wir als FDP begrüßen es sehr, dass trotz dieses Szenarios das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes nicht aufgegeben wurde. Für uns Liberale ist klar: Steuerentlastungen müssen mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen einhergehen. Beides, eine Steuerstrukturreform und ein ausgeglichener Haushalt, sind gleichwertige politische Ziele. Sie stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

(Beifall bei der FDP)

Ein sparsamer Staat kann seinen Bürgern mehr von ihrem Geld lassen, und ein Staat, der sich diese Großzügigkeit erlaubt, wird durch die wirtschaftliche Belebung auch steuerlich profitieren.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher: Trotz der Zusatzbelastungen durch die BayernLB und trotz der Risiken aufgrund des Konjunkturabschwungs wird der Freistaat die Herausforderungen meistern. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stehen wir sehr gut da. Aber es wäre falsch, deswegen die Hände in den Schoß zu legen oder sich mit einer Politik des Klein-Klein zu begnügen.

Im Augenblick ist es unmöglich, zu sagen, wie sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr und in den nächsten Jahren entwickeln werden. Was wir deshalb brauchen, ist eine Politik für mehr Wachstum, eine Politik, die auf Steuersenkungen und Bürokratieabbau setzt.

Bei der Bewältigung der Krise können wir auf die strukturelle Stärke der bayerischen Wirtschaft bauen. Wir hatten im letzten Jahr zum 15. Mal in Folge einen Exportrekord zu vermelden. Die wettbewerbsfähigen bayerischen Produkte, die in den letzten 15 Jahren so erfolgreich verkauft wurden, gibt es immer noch, genauso wie die Märkte, auf denen sie angeboten werden. Das alles verschwindet nicht über Nacht. Diese Krise können wir überwinden, wenn wir jetzt in die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft investieren.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Der Doppelhaushalt stellt dafür die Weichen in die richtige Richtung. Zusammen mit einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik auf Landes- und hoffentlich bald auch auf Bundesebene gibt er die Zukunftssignale für unsere Wirtschaft, die unser Land und die Menschen darin brauchen. Lassen Sie uns diesen Haushalt in dieser Woche beschließen in dem Wissen, dass er ein wichtiger Baustein für die Zukunft unseres Landes ist, aber eben nur ein Baustein, und lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass weitere Bausteine dazukommen; denn wir alle tragen Verantwortung für Bayern und für Deutschland.

(Anhaltender Beifall bei der FDP - Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2009/2010, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/418, 16/420,

16/458, 16/459 und 16/507 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/658 zugrunde.

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/658 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Gibt es besondere Anträge auf Abstimmungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schlage ich vor: Wer dem Einzelplan 02 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die drei anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wenn ich das richtig sehe, sind das alle Fraktionen. Bitte die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/658, weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 16/507 seine Erledigung gefunden hat.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 3**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Keine Finanzierung von EU-Gremien aus dem Etat der Staatskanzlei - Gleichbehandlung von Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/418
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kontinuierliche Filmförderung statt glamouröser Preisvergaben
(Kap. 02 03 TG 70-72 und TG 80-86; Kap. 15 05)
Drs. 16/420
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 bis 72)
Drs. 16/458
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 bis 86)
Drs. 16/459

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich rufe jetzt gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/298 mit 16/306 und 16/694 mit 16/697)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/307 mit 16/309)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/704)

und

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern - Staatsbauverwaltung -

hierzu:

Änderungsantrag

der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/296)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/310 mit 16/314)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/704, 16/877 und 16/889)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden beantragt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 15 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten, auf die FDP-Fraktion 13 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das sind dann 30 Minuten.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Staatsminister. Ich erteile Ihnen das Wort, vor allem im Sinne der Sicherheit.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt zur Beschlussfassung ein Haushalt vor, der sowohl was die Allgemeine innere Verwaltung mit dem Schwerpunkt der inneren Sicherheit als auch was die Oberste Baubehörde, die Staatsbauverwaltung, anbetrifft, eine hervorragende Grundlage für eine engagierte und erfolgreiche Politik in diesem und im nächsten Jahr bietet.

Bayern steht, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der inneren Sicherheit an der Spitze in Deutschland. Wir sind Spitze in Sachen innere Sicherheit. Bei uns können die Menschen sicherer als anderswo leben. Und es ist auch die Richtschnur für diesen Haushalt, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass das auch 2009 und 2010 so bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem Doppelhaushalt stärken wir unsere Polizei, wir stärken unsere Feuerwehren, wir stärken unsere Hilfsorganisationen und den Katastrophenschutz.

Ein zweiter Aspekt: Wir haben in diesem Haushalt - und das greift über die Einzelpläne 03 A und 03 B hinaus - eine hervorragende Grundlage dafür geschaffen, dass sich unsere Kommunen gut weiterentwickeln. Die Schwerpunkte dabei finden sich im Einzelplan 13, über den wir in den nächsten Tagen noch reden werden.

Zum Dritten schaffen wir die Grundlagen für starke Investitionen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist wichtig im Interesse der Zukunft unseres Landes. Aber wir setzen dabei zugleich einen wichtigen Akzent, um ein Stück weit der aktuellen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, um Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft in Bayern zu sichern. Wir investieren massiv in den Staatsstraßenbau, in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude. Ich denke, diese Kombination, in die Zukunft unseres Landes zu investieren und gleichzeitig Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern, ist der richtige Ansatz in dieser aktuellen Situation.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich will zu diesen drei Aspekten noch ein paar Anmerkungen machen.

Erstens zur Allgemeinen inneren Verwaltung und zur inneren Sicherheit. Der Haushalt der Allgemeinen inneren Verwaltung umfasst rund 3,4 Milliarden Euro für das Jahr 2009 und knapp 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2010. Der absolute Schwerpunkt dieser Ausgaben liegt bei unserer Polizei. 78 % der Ausgaben des gesamten Einzelplans entfallen allein auf die Polizei. Das zeigt, welchen hohen Stellenwert, welche hohe Bedeutung wir der inneren Sicherheit zumessen.

Innere Sicherheit ist für uns ein soziales Grundrecht. Es geht - ich sage es noch einmal - ganz einfach darum, dass die Menschen in Bayern auch künftig sicherer leben können als anderswo, dass Bayern das sicherste Land Deutschlands und auch eines der sichersten Länder der Welt bleibt.

Aber es geht nicht abstrakt darum, einen solchen Rankingplatz zu haben, sondern es geht darum, dass sich die einzelnen Menschen in unserem Land tatsächlich sicher fühlen können, dass sie nicht täglich Angst vor Kriminalität und Verbrechen haben müssen, dass sie angstfrei leben können. Wer einmal ein paar Jahre in anderen Ländern gelebt hat, der weiß, wie es bei einer drei-, vier- oder fünfmal so hohen Kriminalitätsrate aussieht, wie es beispielsweise in Teilen der USA in mancher Großstadt aussieht, dass das ein völlig anderes Leben ist als das, was wir in Bayern gewohnt sind. Der weiß dann vielleicht wieder richtig zu schätzen, was dieses hohe Maß an innerer Sicherheit den Menschen in unserem Land wert ist und woher auch die hohe Wertschätzung bei den allermeisten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Arbeit unserer Polizei rührt.

Unser konsequentes Vorgehen gegen Kriminalität jeder Art, die professionelle Polizei- und Ermittlungsarbeit und die hervorragend funktionierende Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und der Sicherheitsbehörden bescheren uns in Bayern seit vielen Jahren eine ausgezeichnete Sicherheitslage. Auch im letzten Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten in Bayern wieder wenigstens zwei Drittel aller Straftaten aufgeklärt werden. Wir haben weiterhin die höchste Aufklärungsquote aller Bundesländer, weil wir eine erfolgreich arbeitende Polizei haben und eine gute Zusammenarbeit mit der Justiz. In dieser Kombination erreichen wir im Interesse der Sicherheit für die Menschen in unserem Land noch mehr als anderswo. Die Fallzahlen waren rückläufig, die Kriminalitätsbelastung war niedrig.

Natürlich haben wir - das habe ich auch gestern bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes betont - nach wie vor eine ganz reelle Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Niemand, liebe Kolleginnen und Kollegen - das will ich auch heute klar sagen -, kann seriös versprechen, dass es keine Verbrechen oder keine Terroranschläge in irgendeinem Land geben könnte. Auch wir müssen uns der Gefahr bewusst sein, dass schon morgen oder übermorgen auch in unserem Land ein Anschlag verübt werden könnte. Unsere Aufgabe ist, alles dafür zu tun, was technisch möglich ist und was menschenmöglich ist, um solche Anschläge zu verhindern. Das tun wir, und dazu

leistet auch der aktuelle Haushalt einen wichtigen Beitrag zur Ausstattung unserer Polizei.

Aber ich sage genauso deutlich: Wir müssen auch die geistige Auseinandersetzung mit dem Extremismus führen. Wir haben im Januar in der Staatsregierung ein überzeugendes Gesamtkonzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beschlossen, das sich mit den Maßnahmen der Sicherheitsbehörden genauso beschäftigt wie mit dem, was an Prävention beispielsweise in der Jugendarbeit notwendig ist.

Diese geistige Auseinandersetzung ist aber natürlich auch beim islamistischen Extremismus notwendig. Denn die langfristige Auseinandersetzung mit dem islamistischen Extremismus werden wir nicht allein durch Polizei und Justiz gewinnen. Wenn man sich die gesellschaftlichen Verhältnisse beispielsweise in Saudi-Arabien oder im Iran anschaut, reift die Erkenntnis, dass wir sie nur gewinnen werden, wenn wir deutlich machen, was uns die Freiheit in unserem Land wert ist, was Pressefreiheit, was Meinungsfreiheit, was Religionsfreiheit, was die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wert sind und ob wir bereit sind, dafür wirklich einzustehen und sie mit Nachdruck zu verteidigen. Um diese Auseinandersetzung geht es, gerade auch beim islamistischen Extremismus. Dafür müssen wir einstehen und auch immer wieder ein deutliches Signal setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich bedanke mich schon jetzt, im Vorgriff auf die anschließende Beschlussfassung, beim Bayerischen Landtag sehr herzlich und auch, vor allen Dingen hinsichtlich der Weichenstellung, bei unserem Ministerpräsidenten, dass es in diesem und im nächsten Jahr 1.000 neue Stellen für unsere Polizei gibt. Wir brauchen diese Stellen dringend. Jeder, der ein wenig Ahnung hat, wie die Arbeitsbelastung für viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bayerischen Polizei heute aussieht, der weiß, wie dringend notwendig diese zusätzlichen Stellen sind. Das ist ein ganz wichtiges Signal, das wir mit

diesem Doppelhaushalt setzen, und ich füge heute schon hinzu: Es ist natürlich wichtig, dass wir diesen eingeschlagenen Weg auch in künftigen Doppelhaushalten fortsetzen.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

1.000 neue Stellen und, wohlgemerkt, auch 2.800 Stellenhebungen für die Polizeibeamten, das schafft in der Tat eine wichtige neue Motivation für die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Ich will in den nächsten Monaten in enger Zusammenarbeit mit den Polizeigewerkschaften, mit den Personalvertretungen und in sicherlich nicht einfachen Gesprächen mit dem Finanzministerium darauf hinwirken, dass wir zumindest ab dem 1. Januar auch zu einer echten Verbesserung des finanziellen Ausgleichs für die Belastungen des Schichtdienstes gerade in der Nachtarbeit kommen. Denn diese Zuschläge für die Nachtarbeit - sie ist die Regel für viele unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten - sind in den letzten Jahren schon etwas bescheiden geblieben. Da müssen wir dringend ein Stück weit nachbessern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt verbessert die Ausrüstung unserer Polizei deutlich. Wir müssen schließlich mit der technologischen Entwicklung Schritt halten. Zusammen mit dem Konjunkturprogramm bedeutet das immerhin, dass wir 2009 allein 1.150 neue Kraftfahrzeuge für die Polizei beschaffen können. In den letzten Jahren ist - zum Teil übertrieben, zum Teil aber auch zu Recht - an dem hohen Lebensalter vieler Fahrzeuge Kritik geübt worden. Wir bekommen da einen echten Innovationsschub.

Wir können auch in diesem und im nächsten Jahr unsere Hubschrauberflotte mit acht Hubschraubern, komplett erneuern. Auch das ist im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung, wenn es beispielsweise um die Suche und das Auffinden vermisster Personen geht, um die Suche nach Leuten, die sich im unwegsamen Gelände verirrt haben, und vieles andere mehr. Das ist unheimlich wichtig, genauso natürlich für die Verbrecherjagd.

Wir werden in den nächsten beiden Jahren deutlich vorankommen mit unserem digitalen Funknetz, und wir werden auch die Ausstattung für unsere Feuerwehren weiter verbessern. Wir haben die neuen Feuerwehrezuwendungsrichtlinien in Kraft gesetzt. Dieses unbürokratische Verfahren hat sich längst überaus bewährt. Auch unsere staatlichen Feuerweherschulen wollen wir besser ausstatten. Wir investieren 14 Millionen Euro in Geretsried, Regensburg und Würzburg.

Außerdem enthält der Doppelhaushalt auch 3,7 Millionen Euro für das Investitionsprogramm Katastrophenschutz. Auch dafür, denke ich, ist das Geld richtig angelegt.

Die Feuerwehren leben aber nicht nur von den Zahlungen des Freistaats und der Kommunen. Die eigentliche Stärke unserer Feuerwehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt im ehrenamtlichen Engagement vieler Tausender Männer und Frauen. Ich denke, das, was wir bei den Freiwilligen Feuerwehren Tag für Tag erleben, das gilt in gewisser Weise auch ansonsten für die innere Sicherheit in unserem Land. Wie sicher wir uns fühlen können, hängt nicht nur davon ab, wie stark Polizei und Justiz sind. Es kommt auch ganz entscheidend darauf an, was es an Hilfsbereitschaft und Zivilcourage in unserem Land gibt, ob Anstand und Rücksichtnahme in unserem Volk etwas zählen. Wir müssen auch über diese grundlegenden Werte des Zusammenlebens wieder stärker sprechen und uns immer wieder bewusst machen, wie wichtig sie auch für die Sicherheit der Menschen in unserem Land sind.

Wir waren alle erschüttert von dem Amoklauf in Winnenden. Es sind zu Recht Fragen aufgeworfen worden zum Vollzug des Waffenrechtes beispielsweise. Wir werden das konsequent bearbeiten. Aber allein mit neuen Vorschriften werden wir auch da nicht weiterkommen - wenn ich daran denke, dass es seit Winnenden in Bayern bereits über 100 Fälle gab - Stand Sonntagabend -, in denen Schüler, Jugendliche, übrigens fast ausschließlich männliche Jugendliche, Amokläufe angedroht haben, manche ernste Fälle mit Festnahmen, mit Einweisungen in geschlossene psychiatrische Abteilungen und andere Maßnahmen, aber natürlich auch viele nicht ernste Fälle, in denen es nur um den Spaß am Horror anderer Menschen ging. Wir brauchen auch in unserer Jugend

wieder ein klares Bewusstsein dafür, wo der Spaß aufhört und dass es überhaupt nicht cool und lustig ist, mit der Ermordung anderer Menschen zu drohen. So etwas macht man nicht. Auch darüber müssen wir ganz deutlich reden, nicht nur über neue Vorschriften.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werde ich auch nicht locker lassen, über die Frage von Killerspielen zu sprechen. Es gibt herrliche Computerspiele. Und es gibt überhaupt nichts dagegen zu sagen, damit einen Teil seiner Freizeit zu verbringen. Aber es gibt eben auch extreme Auswüchse und Dinge, bei denen ich sage, das ist nicht mehr lustig. Wenn jemand in einem Spiel in die Rolle eines Mafia-Killers versetzt und umso höher belohnt wird, je brutaler er ist und je mehr andere Menschen er höchstpersönlich ermordet, hat das mit einer vernünftigen Freizeitbeschäftigung nichts mehr zu tun. Da sind Grenzen erreicht und ist dieser Staat gefordert; denn da ist es in der Tat notwendig, Grenzen aufzuzeigen. Es ist schon heute im Strafgesetzbuch klar geregelt, dass Gewaltverherrlichung nicht erlaubt und strafbar ist. Das müssen wir konsequent durchsetzen. Ich kann nur unterstreichen, was heute unser Ministerpräsident in seiner Rede gesagt hat: Es gibt ganz klar Bereiche, bei denen der Jugendschutz absolut Vorrang vor der Geschäftemacherei hat. Das müssen wir gerade in diesem Bereich konsequent durchsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Nur in aller Kürze ein zweites Stichwort, die Kommunalpolitik: Die Kommunalpolitik ist - abgesehen von Teilbereichen - weniger im Haushalt von 03 A und 03 B, sondern mehr im Einzelplan 13 zu finden. Mir als Kommunalminister liegt natürlich sehr am Herzen, dass der Freistaat seine Gemeinden, seine Landkreise und Bezirke nach Kräften unterstützt. Mit dem kommunalen Finanzausgleich, der in diesem Haushalt verankert ist, erweist sich der Freistaat einmal mehr als ein fairer und verlässlicher Partner seiner Kommunen.

Lieber Georg Fahrenschon, wir haben schon zusammen die Gespräche mit den Kommunen geführt und sind zu einem einvernehmlichen Ergebnis gekommen. Der kommunale Finanzausgleich hat ein Volumen von 6,8 Milliarden Euro erreicht, und damit liegt er noch einmal 3,4 % über dem Vorjahresniveau. Das ist ein Ergebnis, das in der Tat von den Kommunen nicht nur hingenommen wurde, wie das in dem einen oder anderen vergangenen Jahr der Fall war, sondern mit diesem Ergebnis haben sich die Kommunen aus voller Überzeugung zufrieden gezeigt.

Mit diesem kommunalen Finanzausgleich haben wir den kommunalfreundlichsten Haushalt aller Länder. Dafür bedanke ich mich beim Finanzminister ganz herzlich. Dafür danke ich auch Ihnen. Darauf dürfen wir alle gemeinsam im Interesse unserer Kommunen stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Das dritte und letzte Stichwort ist das Thema Bauen. Wir haben im Einzelplan 03 B der Staatsbauverwaltung nahezu 1,4 Milliarden Euro für das Jahr 2009 und über 1,5 Milliarden Euro für das Jahr 2010 vorgesehen. Jeweils über die Hälfte der Ausgaben sind investive Mittel.

Für den Alltag unserer Staatsbauverwaltung ist es wichtig, dass wir sozusagen nicht nur das bauen, was Gegenstand der Bauaufträge im Innenministerium ist. Wir bauen vielmehr für alle Ressorts, zugleich auch für den Bund und für die verbündeten Streitkräfte, sowohl im Hochbau als auch im Straßenbau. Alles zusammengezählt, waren es im vergangenen Jahr allein 2,7 Milliarden Euro an Bauaufträgen für die bayerische Bauwirtschaft. In diesem Jahr werden es noch mehr Bauaufträge werden. Für die Maßnahmen, die wir durch die Wohnraumförderung, die Städtebauförderung und im kommunalen Straßenbau mit unseren Zuschüssen an Investitionen anregen, kommen noch einmal 1,5 Milliarden Euro dazu. Dann sind wir schon bei über 4,2 Milliarden Euro an Aufträgen für die Bauwirtschaft. Diese Mittel werden sich in diesem Jahr und im Jahr 2010 mit Hilfe der Konjunkturprogramme des Bundes nochmals deutlich erhöhen. Es ist also ein

beachtliches Auftragsvolumen, das in die bayerische Bauwirtschaft geht. Damit ist natürlich auch die Bayerische Staatsbauverwaltung der mit Abstand größte Auftraggeber, auch für die Baufirmen in Bayern.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen, die Statistiken belegen, dass die allermeisten dieser Aufträge tatsächlich in Bayern bleiben und bei bayerischen Baufirmen, Planern, Architekten und bei den Firmen, die konkrete Bauaufträge ausführen, etwa bei bayerischen Handwerksfirmen, ankommen. Das ist insgesamt ein wirklich stattliches Volumen, das gerade in diesem Jahr 2009 wichtig ist und sehr hilft, in Bayern in dieser Branche Arbeitsplätze zu sichern.

Was die weitere Schwerpunktsetzung angeht, stehen die Akzente, die die Bundesregierung gesetzt hat, und deren Umsetzung in Bayern in vollem Einklang. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt zum einen auf der Bildung, auf der Infrastruktur von Schulen und Hochschulen. Es geht zweitens darum, dass wir energetisch sanieren und damit etwas für den Klimaschutz tun und langfristig natürlich Energie einsparen. Das heißt, das, was dort jetzt in die energetische Sanierung investiert wird, wird sowohl bei den staatlichen als auch bei den kommunalen Gebäuden dazu führen, dass langfristig bei der Energie Kosten eingespart werden.

Drittens gilt es, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Der Ausbau von Autobahnen und Straßen ist von den bundesunmittelbaren Ausgaben her genauso vorgesehen, wie wir ihn planen. Das ist wichtig und hilft gerade in Bayern, in der künftigen Infrastruktur entscheidend voranzukommen, auch im Hinblick auf die Wirtschaft und auf die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, auf die wir in den nächsten Jahren wieder setzen, wenn die Krise überwunden sein wird. Im vergangenen Jahr haben wir mit 218 Millionen Euro einen Rekordwert in den Staatsstraßenbau investiert. In der bayerischen Geschichte wurde noch nie zuvor so viel Geld in den Staatsstraßenbau investiert. Dafür war es höchste Zeit, nachdem wir beim Staatsstraßenbau einige magere Jahre hinter uns hatten. Da musste einiges nachgeholt werden.

Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dafür, dass wir es mit der Erhöhung der Haushaltsmittel von noch einmal 16,5 Millionen Euro und mit den aus dem Konjunkturpaket vorgesehenen Mitteln - wenn auch nur knapp - geschafft haben, den Rekordwert vom vergangenen Jahr auf 219 Millionen Euro anzuheben und noch einmal zu toppen. Das ist wichtig. Denn jeder von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kennt Projekte. Fast jeder von Ihnen hat in seinem Landkreis, in seiner Stadt oder unmittelbar daneben ein Projekt, etwa den Ausbau der Staatsstraße, den Bau einer neuen Ortsumgehung und dergleichen mehr, also eine Maßnahme, auf die schon seit Jahren gewartet wird. Wir haben damit eine verlässliche finanzielle Grundlage, um in diesem Jahr zügig weiterzubauen. Wir werden hier in die Infrastruktur unseres Landes investieren. Ich will ausdrücklich sagen, diese Erhöhung der Mittel erlaubt es mir auch, entsprechend dem Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen auch beim Radwegebau einen besonderen Akzent zu setzen. Wir werden in diesem Jahr allein 15 Millionen Euro in den Bau von neuen Radwegen investieren. Auch das ist ein neuer, wichtiger Akzent in unserer Baupolitik;

(Beifall bei der CSU)

denn Radfahren ist in. Das ist ein gesundes und umweltfreundliches Verkehrsmittel. Deshalb ist es richtig, auch dafür einen angemessenen Teil der Mittel zu verwenden.

Lassen Sie mich abschließend ein herzliches Dankeschön sagen. Wir können die bereitgestellten Mittel nur schnellstmöglich investieren und unseren hohen Standard an Sicherheit und Lebensqualität nur halten, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit großem persönlichen Engagement weit mehr als ihre Pflicht tun und im Übrigen tausende Helferinnen und Helfer größtenteils ehrenamtlich Dienst an ihren Mitmenschen leisten. Ich denke, dass dies auch bei der Behandlung der Einzelpläne im Haushaltsausschuss schon mit anerkennenden Worten von vielen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss honoriert worden ist. Ich möchte mich dem ausdrücklich anschließen.

Ich danke den 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Polizei. Ich danke den rund 470.000 überwiegend ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften bei Feuerwehren, bei Rettungsdiensten, Zivil- und Katastrophenschutz. Ich danke unseren rund 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der staatlichen Inneren Verwaltung und den weiteren rund 190.000 Bediensteten unserer Kommunen in Bayern. Ich danke den rund 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsbauverwaltung einschließlich der fast 3.800 Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes. Alles zusammen, jeder an seinem und jede an ihrem Platz, tragen dazu bei, dass das mit dem Bauen so gut funktioniert, dass wir uns in Bayern sicher fühlen können, dass wir uns auf unsere Feuerwehren verlassen können und vieles andere mehr. All diese Menschen stellen sich in den Dienst für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie alle tragen dazu bei, dass wir, so meine ich, trotz der aktuell schwierigen Lage mit Zuversicht in die Zukunft schauen können.

Mein herzlicher Dank gilt auch dem Haushaltsausschuss für die intensiven Beratungen der Einzelpläne. Mein Dank gilt natürlich ganz besonders dem Vorsitzenden Georg Winter, auch der stellvertretenden Vorsitzenden Adelheid Rupp, den Berichterstattern Peter Winter, Josef Miller, Florian Ritter, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Thomas Mütze und den Kollegen Karsten Klein und Prof. Georg Barfuß. Wir haben insgesamt konstruktive Beratungen im Haushaltsausschuss gehabt. Die beiden Einzelpläne, wie sie nun vorliegen, sind, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine gute, vernünftige und verlässliche Grundlage für eine solide Arbeit an den genannten Themen in diesem und im nächsten Jahr.

Ich bitte Sie herzlich um Zustimmung zu diesen beiden Haushaltsplänen für das Innenministerium. Herzlichen Dank für die guten Beratungen. Herzlichen Dank noch einmal den genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mithelfen werden, diesen Haushalt zu einem Erfolg für die Menschen in Bayern werden zu lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Zuruf von der CSU: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Kollege Schneider, Unterfranken.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Staatsminister, Sie haben ein Hohes Lied auf die innere Sicherheit in Bayern gesungen. Dabei denken viele Bürger und Polizeibeamte noch mit Wehmut an die Zeiten zurück, in denen die innere Sicherheit in der Prioritätenliste der Staatsregierung ziemlich weit oben stand. "Ach wäre doch der Beckstein noch da" ist immer öfter aus Polizistenmund zu hören.

In der Tat hat die innere Sicherheit in Bayern ihren hohen Stellenwert eingebüßt. Dies macht auch der neue Doppelhaushalt deutlich. Darüber kann auch die Einstellung von zweimal 500 zusätzlichen Beamten und die Beschaffung von mehr Dienst-Pkws nicht hinwegtäuschen - noch dazu, wo diese Dienst-Pkws aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung beschafft werden.

(Zuruf von der CSU: Sie fahren aber trotzdem!)

- Richtig, sie fahren trotzdem. Da hast du recht. Wir hätten uns aber ein deutlicheres Signal gewünscht, eine deutliche Abkehr vom rigiden Sparkurs der inneren Sicherheit, der seit 2003 betrieben wird.

(Beifall bei der SPD - Staatsminister Joachim Herrmann: Ich denke, es war besser vor drei Jahren?)

Schade, Herr Innenminister, diese Chance wurde vertan. Dabei keimte kurz Hoffnung auf - ich gebe es zu -, als in großer Einmütigkeit im Kommunal- und Innenausschuss unsere beiden Anträge zur Personal- und Sachausstattung einstimmig verabschiedet wurden. Die Einmütigkeit hatte jedoch sehr schnell ein Ende, und die Enttäuschung war bei uns riesengroß, als die Regierungsmehrheit die beiden Anträge im Haushaltsausschuss gnadenlos durchfallen ließ. Dabei wurde gerade in der vorletzten Sitzung des Kommunal- und Innenausschusses am 11. März in der Bereitschaftspolizei in Nürnberg

wieder sehr deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir konnten uns von verschraubten und zugenagelten Fenstern überzeugen, die nicht mehr geöffnet werden dürfen, weil sonst die Fenster zusammen mit dem Rahmen herausfallen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja sauber!)

Mit der Gebäudesanierung bei der Polizei wird gerade mal die höchste Not gelindert.

(Eduard Nöth (CSU): Wir leben im Entwicklungsland!)

Wie groß der Spardruck ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht auch ein nettes Beispiel deutlich in Bezug auf Sicherung von DNA-Spuren. Diese hat in der letzten Woche für größere Schlagzeilen gesorgt.

(Zuruf von der CSU: Da ist wahrscheinlich der Minister schuld!)

- Hören Sie zu, Herr Kollege. Ein Wattestäbchen im Glasröhrchen zur Sicherung von DNA-Spuren kostet zwei Euro. Diese zwei Euro belasten den Haushalt jeder einzelnen Polizeidienststelle. Werden an einem Tatort 10 Wattestäbchen verbraucht, so sind dies 20 Euro, und pro Untersuchung eines Wattestäbchens kommen 29 Euro zusätzlich hinzu. Klar, dass der Dienststellenleiter, weil es ja sein Etat ist, schon darauf achtet, dass sorgfältig mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen wird. Da denkt sich mancher Beamte auf dem Wege des vorseilenden Gehorsams: In einem Drogeriemarkt bekomme ich für 1,99 Euro 500 Wattestäbchen. Gleich 500, nicht nur eines.

Noch ein Beispiel. Wir hatten in Bayern zu Ermittlungszwecken bei den früheren Polizeidirektionen die sogenannten RBAs. Die Abkürzung steht für Regionale Beweisauswertung. Dort werden Computerfestplatten und Handys ausgewertet, die bei Verdacht auf Straftaten sichergestellt wurden, wie zum Beispiel bei Wirtschaftsdelikten, beim Besitz von und Handel mit Kinderpornografie, Rechts- und Linksextremismus im Internet, islamistischer Terrorismus usw. Dies sind Deliktsfelder, liebe Kolleginnen und Kollegen, die eine erhebliche Zunahme erfahren, wie Innenminister Herrmann sicherlich bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik bald feststellen wird. Er wird sicherlich wie jedes

Jahr auch die Feststellung treffen, dass Bayern sich von niemandem in der Bekämpfung der Kriminalität überbieten lässt.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Ja!)

Tatsache ist, Herr Innenminister, dass die Zahl der RBAs reduziert werden soll, und zwar schlicht aus dem Grund, weil diese Einheiten einen hohen Bedarf an Hardware- und Softwarekosten haben. Um mit den Straftätern Schritt halten zu können, müssen diese Dienststellen gut ausgestattet sein. Schon in der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben hier die Beamten zum Teil die Software aus eigener Tasche finanziert, um ordentlich ermitteln und Straftaten aufklären zu können. Das geht zu weit. Das Sparen darf nicht zulasten der polizeilichen Ermittlungsarbeit gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Personalausstattung. Zum 01.03.2009 hat die bayerische Polizei 29.795 Planstellen, die besetzt sind. Dies erscheint zunächst viel und für manche Straftäter viel zu viel. Doch dieser Eindruck täuscht. Seit letztem Jahr steigen die Personalabgänge durch Ruhestandsversetzungen kontinuierlich an. Dies setzt sich bis zum Jahr 2020 fort und findet bereits im Jahr 2014 mit über 1.400 Ruhestandsversetzungen einen Höhepunkt. Herr Staatsminister, Sie haben betont, dass in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich 1.000 Ausbildungsstellen geschaffen werden. Dies ist auch richtig und lobenswert. Das erkenne ich an, Herr Minister. Aber diese Kollegen stehen dem polizeilichen Einzeldienst erst ab den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung.

(Christa Naaß (SPD): So ist das immer!)

Dies ist zu spät.

(Beifall bei der SPD)

Bayerns Polizei schrumpft in den nächsten beiden Jahren um rund 500 Beamte, trotz der Tatsache, dass in Bayern in den letzten 20 Jahren 1,2 Millionen Bürger hinzugekom-

men und die Belastungen ständig gestiegen sind. Ich wiederhole mich: Die Polizei fahndet im Netz nach Rechtsextremisten. Sie sucht im Internet nach Kinderpornographie, nimmt DNA-Proben, bekämpft islamistischen Terrorismus und schreitet gegen Fußballhooligans ein. Das sind Deliktsformen, die es vor 20 Jahren noch nicht gab. Aber Diebstahl, Betrug und Mord sind leider immer noch nicht aus der Mode gekommen.

Ich lasse auch nicht den Hinweis gelten, Bayern sei nach wie vor Spitzenreiter im Bereich der inneren Sicherheit. Es kommt darauf an, wie dieser Spitzenplatz erkaufte wird. Bis zu 15 Wochenenden am Stück sind die Beamten der Bereitschaftspolizei im Dienst, weil sie bei Fußballspielen, Sicherheitskonferenz, Castortransport, G 8-Gipfel und jetzt diese Woche beim Nato-Gipfel mit über 1.000 Beamten in Baden-Württemberg Dienst verrichten müssen.

Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und ich haben gestern wieder drei Polizeidienststellen besucht. Die Lage ist zum Teil dramatisch. Zur Nachtzeit sind viele kleine Dienststellen nur noch mit zwei oder drei Mann besetzt. Vor der Dienststelle steht eine Notrufsäule, weil die Dienststelle manchmal geschlossen ist. Ein Schichtbetrieb kann kaum mehr aufrechterhalten werden. Auch die Heimatdienststelle von Herrn Staatssekretär Dr. Bernd Weiß ist davon betroffen. Er kann ein Lied davon singen. Von 35 Leuten der Polizeiinspektion Mellrichstadt gehen dieses Jahr sieben in den Ruhestand und können nicht ersetzt werden.

Wut und Frust sind bei vielen Polizeibeamten schon gar nicht mehr vorhanden. Sie haben einfach resigniert. Die Einführung der 42-Stunden-Woche und die damit verbundenen Stelleneinsparungen haben ihr Übriges getan und Narben hinterlassen. Ich male nicht schwarz. Mir liegt es auch fern, die Staatsregierung an den Pranger zu stellen oder vorzuführen. Ich zähle nur Fakten auf, die wir alle gemeinsam ändern müssen.

Eine große Chance wäre es gewesen, zumindest den Schichtdienst leistenden Beamten der Polizei mehr Anerkennung zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bilden das Rückgrat der Polizei. Sie sind rund um die Uhr im Einsatz für die Bürger. Hier wäre eine Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ein schönes Signal gewesen. Schade, auch diese Chance wurde vertan. Herr Innenminister, ich werde Sie an Ihr Versprechen erinnern, dass zum 01.01.2010 etwas passieren solle. Im Haushalt fehlen aber die Mittel.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was soll dann passieren?)

Ein kleines Trostpflaster - das gestehe ich gerne ein - sind die Stellenhebungen im gehobenen und höheren Dienst. Lag Bayern mit dem Anteil des höheren Dienstes in der Polizei bundesweit immer im letzten Drittel aller Bundesländer, so wird der Anteil im Doppelhaushalt zumindest auf zwei Prozent erhöht. Des Weiteren wird der Stellenanteil im Bereich A 12 und A 13 gehoben. Dies sorgt für eine gewisse Entspannung. Darin sind wir uns einig. Diese Hebungen müssen in erster Linie den Dienstgruppenleitern und qualifizierten Sachbearbeitern bei der Kripo zugutekommen. Sie sind die mittlere Führungsebene der bayerischen Polizei. Unverständlich ist für uns die Tatsache, dass die Stellenhebungen nur noch einmal jährlich zum 01.09. vorgenommen werden und nicht mehr wie früher zum 01.03. des Jahres. Mit insgesamt 2803 Stellenhebungen können wir einigermaßen zufrieden sein.

Werfe ich einen Blick in den Sachhaushalt, treffen sich dort Not und Elend. Die wenigen Neubauten und Sanierungen von Polizeigebäuden lindern die Not nur an der Oberfläche. So werden von den Polizisten wieder auf eigene Kosten Farbeimer aus den Baumärkten geholt, Fenster abgedichtet und Wassereimer aufgestellt, wenn es regnet.

Was bekomme ich auf den Dienststellen zu hören? - Beckstein hat sich noch um uns gekümmert; er war auch nachts um 12 Uhr mal auf einer Dienststelle, hat geklingelt und mit uns geredet. Ich habe noch nicht gehört, dass Ministerpräsident Seehofer eine Polizeidienststelle besucht hätte. Er sollte dies nachholen. Ein solcher Besuch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mindestens so wichtig wie der Besuch an den Stammtischen des Freistaates.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Winter.

(Peter Winter (CSU): Auch Unterfranken!)

- Aus Unterfranken

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schneider, ich fühle mich teilweise in das innere Afrika versetzt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Die sind auch schwarz!)

Sie beklagen einerseits die Situation von vor drei Jahren und beklagen jetzt die Situation, die mit einem Haushalt entsteht, der seinesgleichen sucht und der die innere Sicherheit auf dem Stand hält, wie das die Bürger in Bayern gewohnt sind.

Ich darf trotz allem an unsere Schichtdienstleistenden erinnern, die mit zusätzlichen freien Tagen den Dienst angerechnet bekommen. Ich denke auch, dass die 2800 Stellenanhebungen zeigen, wie wichtig uns die Polizei ist.

Nun zum Haushalt. Der Haushaltsausschussvorsitzende Georg Winter hat in der letzten Woche in einem Interview mit der "Staatszeitung" den Doppelhaushalt kommentiert und gesagt: "Wir investieren dieses Mal gleichermaßen in Beton und Köpfe." Dies gilt pointiert auch für den Einzelplan 03 A, den Haushalt der Allgemeinen inneren Verwaltung. Ich kann hinzufügen: Zu den Köpfen und dem Beton kommt viel Blech in Form von Pkw und Hubschraubern für unsere Polizei.

Der Haushaltsansatz erreicht im Jahr 2009 ein Volumen von rund 3,4 Milliarden Euro und im Jahr 2010 von rund 3,5 Milliarden Euro. Die Ansätze steigen im Jahr 2009 um rund 219 Millionen Euro - das sind 6,9 % mehr als 2008 - und 2010 um weitere 55 Millionen Euro, also noch einmal um 1,6 %. Der Einzelplan 03 A ist vor allem ein Personalhaushalt; denn 83 % der Gesamtausgaben sind Personalausgaben, 14 % sind

Sachausgaben und 3 % sind Bauausgaben. Die Investitionsquote liegt bei rund 8 %. Auf unsere Polizei entfallen rund 78 % dieser Ausgaben. Mit den verbleibenden 22 % werden die Leistungen für den Brand- und Katastrophenschutz, das Rettungswesen und für die amtliche Statistik finanziert. Zu decken ist damit auch der Ausgabenbedarf des Verfassungsschutzes, der Regierungen und Landratsämter sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit der Landesadvokatur Bayern. Im Stellenplan stehen für die Ausgaben der Allgemeinen inneren Verwaltung über 49.000 Stellen zur Verfügung. Rund 38.000 Stellen hiervon sind für die Polizei bestimmt. Neu geschaffen werden im Doppelhaushalt 2009/2010 1.049 Stellen, davon - wir hörten es - rund 1.000 für unsere Polizei. Vorgeesehen sind außerdem über 3.500 Beförderungsmöglichkeiten, davon alleine 2.800 bei der Polizei.

In der Summe erhöhen sich die Personalausgaben insbesondere aufgrund zwangsläufiger Mehrausgaben wie Tarifsteigerungen sowie höhere Beihilfe- und Versorgungsausgaben und wegen der vorgenannten Veränderungen um 114,6 Millionen Euro im Jahr 2009 und um weitere 87,4 Millionen Euro im Jahr 2010 auf dann rund 2,9 Milliarden Euro.

Auch der Einzelplan 03 A partizipiert am Konjunkturpaket II des Bundes nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz. Auch das haben wir gehört. Die Maßnahmen haben ein Volumen von 36,4 Millionen Euro in 2009 und 9,5 Millionen Euro in 2010. Davon entfallen 27,6 Millionen Euro bzw. 8 Millionen Euro auf Bundesmittel.

Im Einzelnen sind veranschlagt 31,1 Millionen Euro in 2009 für die Modernisierung der Kfz-Ausstattung, davon 30 Millionen Euro für die Landes- und Bereitschaftspolizei; 4 Millionen Euro in 2009 und 6 Millionen in 2010, zusammen also 10 Millionen Euro für die Sanierung von Gebäuden der Landes- und Bereitschaftspolizei; 1,25 Millionen Euro pro Jahr für die Sanierung der Kommunikationsinfrastruktur in U-Bahnen und Straßentunneln für den Digitalfunk, wobei in 2011 noch einmal 1,25 Millionen Euro dazu kommen werden; 2,25 Millionen Euro in 2010 sind für die energetische Sanierung des Bildungszentrums Holzhausen der Bayerischen Verwaltungsschule vorgesehen.

Für den laufenden Betrieb und für Sachinvestitionen der Polizei stehen 2009 einschließlich der Mittel aus dem Konjunkturpaket II rund 305 Millionen Euro zur Verfügung, also rund 62 Millionen Euro mehr als 2008. Im Jahr 2010 sind es rund 278 Millionen Euro und damit 36 Millionen Euro mehr als 2008. Der Finanzminister hat außerdem einmalig 5 Millionen Euro durch eine zusätzliche Sperrefreistellung bereitgestellt.

Mit den zusätzlichen Mitteln können acht neue Polizeihubschrauber angeschafft, die Sachausstattung der 1.000 neuen Polizeistellen finanziert werden, die technische Ausstattung unter anderem für die Verkehrsüberwachung und die luK modernisiert sowie die Betriebsausgaben zum Ausgleich der Preissteigerungen gestärkt werden. Außerdem werden 1.150 neue Fahrzeuge beschafft, davon 700 Fahrzeuge mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II.

Für den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks sind nach dem Beschlussvorschlag des Haushaltsausschusses 65 Millionen Euro in 2009 und 75 Millionen Euro in 2010 eingeplant, zusammen also 140 Millionen Euro.

Ein weiterer Schwerpunkt im Einzelplan 03 A ist die Modernisierung der Verwaltung. Unter anderem sind für eGovernment-Projekte rund 11 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt. Hiermit soll mittelfristig der elektronische Zugang für Bürger und Wirtschaft zur Verwaltung erleichtert und die Weiterverarbeitung der Daten innerhalb der Verwaltung effizienter werden. Für das Behördennetz in der gesamten Staatsverwaltung werden insgesamt 5 bzw. 4 Millionen Euro in 2009/10 vorgesehen. Im Rechenzentrum Süd soll neben dem Rechenzentrum Nord im Geschäftsbereich des Finanzministeriums die staatliche luK-Infrastruktur konzentriert werden. Für den Betrieb und die laufende Migration von IT-Betriebszentren aus mehreren Ressorts sowie zur Verbesserung der Hochsicherheit, Hochverfügbarkeit und Ausfallsicherheit werden 28,7 Millionen Euro in 2009 bzw. 22,1 Millionen Euro in 2010 veranschlagt.

Für die Durchführung der Wahlen stehen 20 Millionen Euro im Jahre 2009 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des registergestützten Zensus im Jahr 2011 werden 6,8 Millionen Euro in 2009 und 9,8 Millionen Euro in 2010 bereitgestellt. Das zweckgebundene Feuerschutzsteueraufkommen, das zu 100 % für den Brandschutz mit Feuerweherschulen verwendet wird, ist rückläufig. Für 2009 und 2010 werden 57,5 Millionen Euro erwartet. 2008 waren noch 61 Millionen Euro veranschlagt. Für die Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen der Feuerwehren und von Gerätehäusern stehen hiervon 2009 rund 44 Millionen Euro und 2010 rund 42 Millionen Euro zur Verfügung. Damit bleibt eine effektive Förderung des Brandschutzes gewährleistet. Wobei ich anrege, nach Abbau des Förderbauches beim Neubau von Feuerwehrhäusern über neue Förderstrukturen nachzudenken. Ich denke hier an die Erweiterungen für Umkleideräume; Gott sei Dank kommen viele Frauen in die Freiwilligen Feuerwehren, die aber auch Umkleidemöglichkeiten brauchen. Auch die Lagermöglichkeiten in den Feuerwehrhäusern sollen verbessert werden. Deshalb sollte man bei der Pauschalierung nicht nur an die Stellplätze denken, sondern auch an solche Maßnahmen.

Im Vollzug des Rettungsdienstgesetzes wird der Ansatz für Anschaffungen im Rettungsdienst unter anderem für die Berg-, Höhlen- und Wasserrettung und für die Rettungsleitstellen unverändert mit 5,2 Millionen Euro fortgeführt.

Für die Errichtung integrierter Leitstellen sind rund 2,3 Millionen Euro für 2009 und 3,9 Millionen Euro für 2010 sowie eine Verpflichtungsermächtigung im Jahre 2009 von rund 19,9 Millionen Euro vorgesehen.

Dem Katastrophenschutzfonds werden 2009/10 jeweils 3,5 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt zugeführt. Für Baumaßnahmen und für den Bauunterhalt der Dienstgebäude werden einschließlich der Mittel aus dem Konjunkturpaket II 79 Millionen Euro in 2009 bzw. 89 Millionen Euro in 2010 und damit rund 18 bzw. 28 Millionen Euro mehr als 2008 aufgewendet.

Trotz der aktuellen finanzwirtschaftlichen Herausforderungen ist es uns gelungen, im Einzelplan 03 A Schwerpunkte zu bilden. Der vorliegende Einzelplan 03 A bietet damit

ein solides Fundament für einen ordentlichen Aufgabenvollzug in den Jahren 2009 und 2010. An der einen oder anderen Stelle wäre durchaus noch eine bessere Finanzausstattung wünschenswert. So konnten wir mit dem Änderungsantrag 16/704 der Koalitionsfraktionen Digitalfunkmittel für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 10 Millionen Euro zusätzlich für den Staatsstraßenausbau umschichten.

Den Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen, die allesamt ohne Deckungsvorschläge eingebracht wurden, konnten wir nicht zustimmen. Diesen wurde teilweise im Haushaltsentwurf 2009/2010 im Rahmen des Machbaren Rechnung getragen bzw. hätten diese zu unkalkulierbaren Kostenbelastungen für die Zukunft geführt.

Für uns sind die Zukunftsfelder Kinder, Bildung, Arbeitsplätze und Klima bei der Verteilung der Finanzmasse ebenfalls angemessen zu berücksichtigen. Im Ergebnis ist der Einzelplan 03 A ein Haushalt der Balance zwischen dem Notwendigen und Machbaren, ohne zusätzliche Verschuldung mit guten Perspektiven für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hanisch für die Freien Wähler.

Joachim Hanisch (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 03 A ist im Wesentlichen von Personalausgaben geprägt, und er ist immerhin der drittgrößte Einzelplan im Gesamthaushalt. Rund 80 % entfallen auf Personalausgaben. Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist vom Sparen geprägt, und da frage ich mich schon, was in zwei Jahren passiert. Was passiert beim nächsten Doppelhaushalt mit der Polizei, wenn schon heute nur relativ wenig bewegt werden kann?

Ich bin da ein wenig anderer Auffassung als mein Vorredner. Ich habe etwas süffisant gelächelt, als es ihm darum ging, die Kosten für die Verkehrsüberwachung - es sind immerhin rentierliche Kosten, weil man davon ausgehen kann, dass sie wieder herein-

kommen - zu beschreiben. Ich glaube, der Boom der Steuereinnahmen ist vorbei und wir werden in den Jahren 2011/2012 auch mit den Zinsen für die 10 Milliarden der Landesbank zu kämpfen haben. Insofern sind die Prognosen nicht allzu günstig.

Lassen Sie mich aber nun den 80 % Personalausgaben ein Wort widmen, um die es bei diesem Einzelplan geht. Es sind die Personalkosten für die Polizei. Es wurden 1.000 neue Stellen in diesem Doppelhaushalt geschaffen, das heißt zweimal 500 Stellen in den Jahren 2009/2010.

Wenn Sie sich die vergangenen Jahre ansehen, werden Sie schnell feststellen, dass in den vergangenen Jahren mehr Leute aus der Polizei ausgeschieden sind, pensioniert worden sind oder dienstunfähig wurden, als jetzt neue Kräfte eingestellt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Da war dringender Handlungsbedarf gegeben. Man darf nicht die Illusion verbreiten, als ob es darum gehen würde, zusätzliches Personal zu schaffen. Dem war nicht so, dem ist nicht so, und - da wir jetzt zwei Jahre damit leben müssen - dem wird auch nicht so sein.

Ich war etwas schockiert wegen der Anzahl der Anträge, die hier so mir nichts, dir nichts abgelehnt wurden. Das sind Anträge, über die sich die Oppositionsfractionen Gedanken gemacht haben. Sie haben sich vor Ort erkundigt und versucht, die Probleme und Sorgen der Betroffenen wiederzugeben. Diese Anträge wurden hier so mir nichts, dir nichts einfach abgelehnt.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das ist immer so!)

Das kann so nicht in Ordnung sein.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Josef Miller (CSU): Warum haben Sie das nicht in Ihrer Gemeinde gemacht?)

- Ich hatte in meiner Gemeinde nie eine Mehrheit, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, ich war schockiert wegen der abgelehnten Anträge. Ich bin schockiert wegen so mancher Konzeptlosigkeit und mangelnder Planungssicherheit sowohl bei den Sach- als auch bei den Personalausgaben. Diesbezüglich gestellte Anträge wurden entweder relativ schwach bearbeitet - wie der Antrag der Kollegin Wild - oder überhaupt nicht. Meine Damen und Herren, da fehlt die Basis für Ihre Arbeit; da fehlt die Weitsicht, mit der man Personal einzustellen hat oder Sachausstattung erwerben muss.

Dazu einige Details: Die Polizei ist vor allem im ländlichen Raum total überaltert. Die Folge davon sind Nachtdienstbefreiungen, und wiederum die Folge davon ist, dass im ländlichen Raum nachts relativ wenige Polizeibeamte unterwegs sind. Meine Damen und Herren, ich wollte versuchen, dieses Problem mit einer Zulagenerhöhung aus der Welt zu schaffen. Ich habe mich sofort an den SPD-Antrag angehängt; die SPD hatte auch nichts dagegen. Der Innenausschuss hat dem einstimmig zugestimmt. Wir waren der Auffassung, etwas Großes geleistet zu haben, ich zumindest. Meine Damen und Herren, selbst da war Fehlanzeige. Es gab zwar einen einstimmigen Beschluss von allen Fraktionen, aber manche von denen, die mitgestimmt haben, mussten wohl hinterher erfahren, dass sie nicht hätten mitstimmen dürfen. Deshalb wurde das in den nächsten Sitzungen wieder runtergebügelt. Vielleicht wird es zu einer Goodwill-Aktion zum Jahr 2010 kommen.

Meine Damen und Herren, ich halte das nicht für eine saubere Lösung, und der Innenausschuss hat das auch nicht verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Seit Jahren scheiden mehr Polizisten aus dem Einsatzdienst aus, als neue, vor allem junge Polizisten dazukommen. Die 1.000 Leute, die eingestellt werden, müssen erst einmal drei Jahre ausgebildet werden. Sie stehen also drei Jahre lang für den Einsatz nicht zur Verfügung. Das Problem kann also nicht durch die 1.000 Leute gelöst werden, sondern wird eher größer. Ich gebe zu, dass wir nicht einfach 1.000 Polizisten in den Straßen auflesen können, weil es sie dort nicht gibt. Dieses Problem muss man aber

rechtzeitig erkennen; man muss rechtzeitig planen und rechtzeitig handeln, und dann hat man das im Griff.

Meine Damen und Herren, Dienst zu ungünstigen Zeiten und eine Arbeitszeit von 42 Stunden sind schon eine Belastung für die Polizei. Eine Lösung müsste doch relativ leicht sein. Kollegin Wild hat einen Antrag gestellt, mit dessen Hilfe sie etwas über die Anzahl der Beamten und ihr Alter erfahren wollte. Ich habe mir die Aufstellung auch angeschaut: Mit der kann man überhaupt nicht arbeiten. Es muss doch möglich sein, die vorhandenen Beamten aufzulisten und ihre Altersstruktur darzustellen. Man muss doch ungefähr sagen können, wie viele dieser Polizisten in den nächsten Jahren ausscheiden werden, und dann weiß man genau, wie groß der Bedarf ist.

Mit meinem Antrag im Innenausschuss wollte ich Näheres über die Sachausstattung der Polizei erfahren. Wir wollen wissen, was anfällt, was vorhanden ist, in welchem Zustand die Gebäude sind, wo eine Sanierung erfolgt ist, wo Neubauten bestehen und was in den nächsten Jahren geschehen muss. Das wäre doch eine relativ simple Aufstellung. Aufgrund dieser Aufstellung könnte man relativ klar sehen, welche Kosten in den nächsten Jahren auf den Staat zukommen. Dann hätte man eine Lösung dieses Problems. Man müsste dann nicht jedes Mal die Gebäude ansehen, um Entscheidungen über eine Sanierung treffen zu können.

Die Polizei hat in den letzten Jahren viele zusätzliche Aufgaben übernommen und hat sie ohne mehr Personal offensichtlich hervorragend bewältigt. Herr Innenminister, Sie haben gesagt, unsere Polizei ist Spitze, sie steht an erster Stelle. Wenn man eine so tolle, hervorragend qualifizierte und gute Polizei hat - dann gibt es zwei Möglichkeiten, eine ist die zynische, aber kommen wir zuerst zur realistischen -, dann wäre es doch sinnvoll, diese Polizei mit bester Ausstattung,

(Staatsminister Joachim Herrmann: Richtig!)

bestem Material, besten Unterkünften und guter Bezahlung inklusive Nachtschichtzulage zu versorgen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Staatsminister Joachim Herrmann:
Sagen Sie mir einen Polizeibeamten, der in Deutschland besser bezahlt wird!)

- Herr Staatsminister, das ist doch unter der Gürtellinie. Wenn man damit argumentiert, dass die auch in dem miserablen Zustand so gut sind, dann bräuchte man eigentlich gar nichts zu investieren. So sollte man das aber bitte nicht sehen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Polizei ist wirklich gut. Sie hat selbst die zuletzt noch durchgezogene Strukturänderung, die von vielen kritisiert wird, mitgetragen, obwohl sie von vielen als nicht besonders gut betrachtet wird. Meine Damen und Herren, unsere Polizei hat eine bessere Bezahlung, mehr Personal, bessere Unterkünfte und eine optimale Sachausstattung verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wie aber sieht es in der Praxis aus? - Wir waren in Nürnberg und haben uns das angeschaut. Als Erstes sind uns einige Fahrzeuge aufgefallen, die größer waren als die größte Garage, die dort zur Verfügung steht. Diese Fahrzeuge passen also in keine Garage rein, sondern müssen im Freien stehen. Sondereinsatzkräfte tun rund um die Uhr Dienst, und das mitunter bei strengster körperlicher Belastung. Wir haben uns angeschaut, was die alles anziehen müssen. Sie tragen mehrere Kilogramm auf dem Körper. Sie müssen sich zu dritt oder viert in Zimmern ohne Schallschutz und ohne Wärmedämmung aufhalten. Die EDV in den Büros ist veraltet. Bei der energetischen Sanierung ist in vielen Bereichen Fehlanzeige.

Der Antrag der Freien Wähler auf energetische Sanierung von Polizeigebäuden wurde abgelehnt. Es gibt einen Beförderungsstau von A 12 nach A 13. Heute wurde irgendwann einmal von Gerechtigkeit gesprochen. Wenn auf der einen Seite optimale Leistung erbracht und auf der anderen Seite solche Fakten festzustellen sind, frage ich mich schon, ob da Gerechtigkeit im Spiel war. Das wage ich zu bezweifeln.

In den letzten 20 Jahren ist das Personal der Polizei weder vergrößert noch verkleinert worden. Die Bevölkerung hat aber um 1,5 Millionen Menschen zugenommen. Wir hatten eine Grenzöffnung; es gibt DNA-Untersuchungen, Transitverkehr und EDV mit Killerspielen; das haben wir alles schon gehört. Mehr Personal gab es aber nicht. Womit aber müssen wir uns beschäftigen? - Da unterhalten wir uns über die Mindestkörpergröße von Polizisten, die ohnehin auf ihre Gesundheit untersucht werden. Das muss man doch dem Amtsarzt - oder wer immer diese Untersuchungen führt - überlassen können.

Der Finanzausgleich wurde angesprochen. Selbstverständlich lässt sich am Finanzausgleich bei diesem Haushalt nicht allzu viel kritisieren, weil er relativ gut ist und die kommunalen Spitzenverbände einigermaßen einmütig mitgestimmt haben. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass im ländlichen Raum noch viel zu verbessern wäre. Selbst die Frage von DSL ist aufgrund der in dieser Woche getroffenen Regelung noch nicht endgültig geklärt. Die Kfz-Steuer - auch unser Antrag dazu wurde abgelehnt - gehört schon längst erhöht. Sie haben den Anteil der Kommunen jetzt auf 51 % erhöht. Der war schon einmal weitaus höher. Wir fordern eine Erhöhung auf 65 %. Der Landkreistag fordert das Gleiche. Mit den kommunalen Spitzenverbänden war also nicht in allen Bereichen eine große Übereinstimmung zu erzielen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf den Digitalfunk zu sprechen kommen. Natürlich ist das eine schöne Sache. Der Digitalfunk soll bis zum Jahr 2021 mit Kosten von knapp unter einer Milliarde Euro eingeführt werden. Ich weiß nicht, ob es dem Freistaat Bayern mit dem Digitalfunk nicht so geht wie vielen Landkreisen: Bis alle mit dem Digitalfunk versorgt sind, ist der Digitalfunk wahrscheinlich schon wieder veraltet. Bis zum Jahr 2021 ist ein unvorstellbar langer Zeitraum.

Was passiert mit den Feuerwehren draußen - das ist die Frage, die ich mir als nächste stelle. Sollen die Kommunen die Kosten für den Digitalfunk tragen, den sie nicht wollen und nicht brauchen? Die Landkreise sind nämlich erst seit ein paar Jahren flächendeckend mit dem normalen Funk ausgestattet. Sollen die Kommunen jetzt alle auf Digitalfunk umstellen, nur damit die Feuerwehr am Unfallort mit der Polizei kommunizieren

kann? Sollen die Kommunen die Kosten dafür tragen? Das kann es wohl nicht sein. Dann wenden Sie bitte das Konnexitätsprinzip an; dann können Sie unsere Kommunen mit dem Digitalfunk ausstatten. Dann ist es in Ordnung.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf mich bei dieser Gelegenheit - der Herr Innenminister hat das ebenfalls getan - bei all den Ehrenamtlichen, die in unseren Rettungszweckverbänden, bei den Feuerwehren, bei der Erste-Hilfe-Leistung vor Ort unentgeltlich Dienst tun, recht herzlich bedanken. Andernfalls wären diese Dienste für den Staat überhaupt nicht bezahlbar. Diese Leute opfern ihre Freizeit für den Nächsten, für die Allgemeinheit; ihnen möchte ich im Namen unserer Fraktion ganz besonders danken.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Meine Damen und Herren, was wollen wir mit diesen Einzelplänen 03 A und 03 B? - Wir wollen letztlich das Beste für den Bürger; ich hoffe, dass wir das alle wollen. Wir wollen das Beste für Bayern, wir wollen den Erfolg. Dabei ist Erfolg - das habe ich vorhin schon einmal aufzuzeigen versucht - nicht nur das Ergebnis guter Entscheidungen, schon gar nicht, wenn einzelne Fraktionen glauben, ihre Entscheidungen wären immer die besten und nur die Regierungsfractionen könnten das, während alle anderen runtergebügelt werden müssen. In einem schlaun Lexikon können Sie nachlesen, dass Erfolg auf gemeinschaftlichem Handeln und gegenseitiger Unterstützung basiert. Dazu gehören auch die Anträge der anderen. Wenn einmal einer gut ist, sollte man ihm zustimmen, und wenn ihm schon einmal zugestimmt worden ist, könnte man ihn vielleicht auch durchlaufen lassen. Das wäre doch gar nicht so schlimm, meine Damen und Herren. Erfolg ist wichtig, auch für die Politik. Aber man darf Erfolg nicht um jeden Preis und nicht mit jedem Mittel anstreben. Das darf ich insbesondere an den Fraktionsvorsitzenden der CSU weitergeben, denn die Mittel waren schon ein bisschen weit unter der Gürtellinie.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich komme zum Einzelplan 03 B und zu den Staatsstraßen. Der Antrag der Freien Wähler auf Aufstockung der Mittel wurde im Prinzip abgelehnt. Aber dadurch, dass 110 Millionen aus dem Konjunkturprogramm hier hineingeflossen sind, haben wir zum einen Mittel in etwa der gleichen Höhe wie im Vorjahr, sogar geringfügig mehr, für den Staatsstraßenbau, und zum anderen ist unserem Antrag somit in etwa Rechnung getragen worden. Insofern glaube ich, dass wir den Straßen draußen einen Gefallen tun. Unsere Staatsstraßen brauchen das auch; davon kann man sich draußen überzeugen. Insofern war es wichtig, dass die Mittel in dieser Höhe, in diesem Haushalt wieder zur Verfügung gestellt wurden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, ich bitte um Entschuldigung. Könnten Sie einmal auf die Redezeit schauen?

Joachim Hanisch (FW): Ich bin beim letzten Satz. - Trotz alledem und insbesondere wegen der Missstände bei der Polizei werden wir dem Einzelplan 03 nicht zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Dass Sie so schnell zum Ende kommen würden, konnte ich denn doch nicht voraussehen. - Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN auf. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns hier vorliegende Haushaltsentwurf wird weder im Bereich Inneres noch im Bereich Staatsbauverwaltung den zukünftigen Problemen gerecht. Erhebliche Probleme im Bereich der Sach- und Personalausstattung der Polizei verbleiben. Die Organisationsreform bei der Polizei hat die Probleme nicht gelöst. Die Versprechungen, Herr Kollege Herrmann, dass nach der Reform mehr Beamte vor Ort vorhanden seien als bisher, sind nicht eingelöst worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manchmal heißt es "nach der Reform ist vor der Reform", doch hier fehlt mehr. Denn es knirscht an allen Ecken und Enden; in vielen Bereichen fehlt es an Personal. Vor Ort in den Polizeidienststellen fehlt das Personal, Fachpersonal fehlt beispielsweise in den Bereichen Internet-Kriminalität oder organisierte Kriminalität; es fehlt an Personal für die gestiegenen Anforderungen und vermehrten Aufgaben der Polizei, beispielsweise bei Großveranstaltungen. Es fehlt auch an Personal für Vertretungen in Krankheitsfällen und bei Erziehungszeiten. Als wir das Problem im Innenausschuss angesprochen haben, haben wir lediglich die Antwort erhalten, man wisse nicht, wie viele Beamte Eltern würden. So kann man Personalplanung nicht betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele der Probleme sind durch die Polizeireform nicht gelöst worden. Es ist versäumt worden, vor der Reform die erforderlichen Grundlagen für eine sachgerechte Reform zu erarbeiten und die Aufgabenbedarfe und Arbeitsanforderungen zu ermitteln. Man hat den Eindruck, Organisationszuschnitte und Stellenzuteilungen sowie Personalzuteilungen folgen mehr politischen als fachlich begründeten Erwägungen. Ihr Stellenplan bedarf einer gründlichen Überarbeitung. Die Probleme mit dem Stellenstau - Herr Kollege Harnisch hat es soeben angesprochen - gerade im unteren und im mittleren Bereich sind ungelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalprobleme der Bayerischen Polizei wären geringer und nicht so schlimm, wenn die damalige Mehrheit im Bayerischen Landtag in der letzten Legislaturperiode, die CSU-Fraktion, unseren Anträgen auf eine kontinuierliche und bessere Personalpolitik zugestimmt hätte und jährlich 150 bis 200 Polizeianwärter mehr eingestellt hätte. Eine solche Verstetigung der Einstellungspolitik hätte verhindert, dass erst die Ausbildungsrichtungen drastisch heruntergefahren worden sind und jetzt wieder auf die Schnelle angehoben werden mussten. Sie hätte zudem gewährleistet, dass die Zahl der Stellen bei der Polizei nicht sinkt. Dann hätte die Einstellung der zweimal 500 Beamten, die Sie hier fordern, tatsächlich dazu geführt, dass mehr

Beamte vor Ort sind; jetzt erreichen Sie lediglich, dass das Loch in drei, vier Jahren wieder etwas aufgefüllt wird.

Es ist dringend erforderlich, nicht nur jetzt die zweimal 500 Beamten einzustellen, sondern die Einstellungspolitik insgesamt zu verstetigen.

Herr Fischer, da nicken Sie zwar, aber mir ist unverständlich, dass die Anträge, die wir dazu gestellt haben, von Ihnen abgelehnt wurden.

Beim Thema Nachtzuschläge und Zuschlag für den Dienst zu ungünstigen Zeiten möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Hanisch anschließen. Der Nachtzuschlag in Höhe von 1,28 Euro pro Stunde ist einfach nicht mehr nachvollziehbar. Hier bedarf es einer Erhöhung. Herr Innenminister, ich finde es schon sehr schön, wenn Sie sagen, hier müsse mehr getan werden. Aber ich frage mich, warum unsere entsprechenden Anträge abgelehnt wurden. Unsere Anträge, die im Rahmen der Haushaltsberatungen dazu gestellt wurden, wurden abgelehnt; anschließend ziehen Sie durch die Lande und sagen, man müsse die Nachtzuschläge aufstocken.

Kommen wir zur Sachausstattung und zum Fuhrpark. Die Fuhrparkprobleme haben Sie ganz geschickt mithilfe des Konjunkturpaketes gelöst. 30 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket sollen für die Beschaffung von neuen Polizeifahrzeugen ausgegeben werden.

(Peter Winter (CSU): Ist das etwa schlecht?)

In diesem Zusammenhang sei bemerkt, dass Sie hier 7,5 Millionen im Haushaltsentwurf gekürzt haben, um den Eigenanteil von 25 % zu den 30 Millionen darzustellen. Auf diese Art und Weise erfüllen Sie das Zusätzlichkeitskriterium des Konjunkturpakets keineswegs. Sinnvoller wäre es gewesen, nicht einfach Mittel aus dem Haushaltsentwurf zu nehmen, um den erforderlichen Eigenanteil zu gewährleisten, sondern wesentlich mehr im Bereich Gebäudesanierung zu tun.

In diesem Zusammenhang haben wir kein Verständnis dafür, dass im Haushaltsausschuss die Anträge abgelehnt worden sind, die darauf abzielen, konkrete Investitionspläne zur Abarbeitung des Investitionsstaus bei der baulichen und energetischen Sanierung der Polizeigebäude zu erarbeiten und diese im Ausschuss vorzustellen. Es kann nicht sein, dass Sie nur auf Ihr Sonderprogramm zur Finanzierung energetischer Sanierungen verweisen, für das Sie im Bereich Inneres gerade einmal 4,3 Millionen bzw. 8,9 Millionen Euro vorsehen und dann noch einmal 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket draufsatteln wollen. Das ist auf alle Fälle unzureichend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben beispielsweise bei den Polizeigebäuden im Jahr 2007 - als die Energiekosten noch nicht so hoch waren wie in den Jahren 2008 oder 2009 - schon über 7 Millionen Euro allein für die Wärmekosten ausgegeben. Vergleichen Sie einmal diese Wärmekosten mit Ihren Investitionskosten für die Energiesanierung. Da stimmen die Verhältnisse einfach nicht.

Im Juli 2009 muss an allen öffentlichen Gebäuden ein Energiepass ausgehängt werden. Ich habe einmal überschlagen, was diese 7 Millionen Euro, die Sie für Wärmekosten ausgeben, bedeuten. Das bedeutet, dass Sie beim Energiepass im Durchschnitt nicht im gelb-grünen Bereich, sondern eher im gelb-roten Bereich liegen. Wenn man berücksichtigt, dass Sie auch viele neue Gebäude haben, gibt es sicherlich ziemlich viele Gebäude, die im roten Bereich liegen. Am 1. Juli dieses Jahres müssen an allen öffentlichen Gebäuden die Energiepässe ausgehängt werden. Wir sind darauf sehr gespannt.

Herr Innenminister, Sie sollten nicht nur davon reden, dass Sie Handwerkern und Mittelständlern Aufträge bescheren, sondern Sie sollten Fakten schaffen und tatsächlich investieren. Das wäre gut für die Senkung der Energiekosten. Das wäre gut für unser Klima. Das wäre auch gut für den Mittelstand. Vom Reden allein hat der Mittelstand nicht viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor ist völlig ungeklärt, wie die Aufgaben beim Digitalfunk bewältigt werden. Wir haben hierzu einen Berichts Antrag gestellt und sind auf diesen Bericht sehr gespannt. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung zum Feuerwehrführerschein machen. Hierzu hatten wir einen zielführenden Antrag gestellt, der im Plenum von CSU und FDP abgelehnt worden ist. Herr Innenminister, immerhin reisen Sie jetzt durch die Lande und fordern das, was wir beantragt haben. Insofern hatte dieser Antrag doch einen gewissen Erfolg.

Völlig unzureichend ist Ihr Umgang mit den Möglichkeiten und Chancen der Kriminalitätsprävention. Diese Aufgabe überlassen Sie im Wesentlichen den Kommunen, gemeinnützigen Organisationen und dem Firmensponsoring. Hier sind weniger Reden und mehr Engagement gefragt. Dies gilt auch für das Thema Rechtsextremismusbekämpfung. Unverständlicherweise ist der Antrag auf Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt im Haushaltsausschuss abgelehnt worden. Herr Innenminister, über die Prävention in der Jugendarbeit und die geistige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darf man nicht nur reden. Hier muss man handeln.

Noch ein paar Worte zu den Kommunen: Sie haben in der Koalitionsvereinbarung geschrieben, dass Sie die kommunale Ebene stärken wollen. Ich habe mir einmal die Personalzuweisungen bei den Landratsämtern angesehen und keine Stärkungen gefunden. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass eine solche Stärkung sinnvoll wäre, um die Aufgaben besser zu erfüllen und zu bewältigen. Es nützt nämlich nichts, vollmundig von Energieeinsparverordnungen zu reden, wenn diese nicht ansatzweise kontrolliert werden und auch nicht kontrolliert werden können, wie das derzeit der Fall ist.

Der kommunale Finanzausgleich hilft den Kommunen zwar im Großen und Ganzen über dieses Jahr hinweg, löst aber nicht die speziellen Probleme finanzschwächerer Gemeinden und insbesondere nicht die Probleme der Zukunft, die für unsere Kommunen dramatisch sind. Wir müssen uns fragen, warum insbesondere die kommunalen Ge-

bäude, die Kindergärten und Schulen, einen energetischen Sanierungsbedarf aufweisen, der ein Mehrfaches des gesamten Konjunkturprogramms umfasst.

Sie haben sich für die 15 Millionen Euro für den Radwegebau gelobt. Sie haben aber versäumt zu erwähnen, dass diese Mittel zum großen Teil aus dem Konjunkturprogramm stammen und die Mittel für den Straßenbau um das Ziffache höher sind. Dankenswerterweise haben Sie uns eine bunte Grafik über die Investitionen im Staatsstraßenbau ausgeteilt. Darin sind die Mittel aus dem Konjunkturprogramm, die sehr hoch sind, nicht enthalten, sondern nur die normalen Haushaltsmittel. Dem haben Sie die Mittel für die Förderung sozialen Wohnraums in Bayern gegenübergestellt. Das ist ein sehr interessantes Bild: Auf der einen Seite sehen wir einen ziemlichen Berg und auf der anderen Seite, beim sozialen Wohnungsbau, ein großes Loch, eine deutliche Absenkung.

Mit Interesse lese ich die wiederkehrenden Pressemitteilungen aus dem Innenministerium, in denen immer wieder dargelegt wird, wie problematisch es sei, dass zu wenige Wohnungen gebaut würden. Gerade bei Sozialwohnungen klafften Angebot und Nachfrage immer weiter auseinander, vor allem in Ballungsräumen. Herr Innenminister, ich sage Ihnen: Mit steuerlichen Anreizen allein werden Sie die notwendige Trendwende im Wohnungsbau - vor allem in den Ballungsgebieten - nicht erreichen. Sie werden es nicht erreichen, dass gerade diejenigen, die im besonderen Maße auf die Unterstützung des Staates bei ihrer Suche nach preisgünstigem Wohnraum angewiesen sind, diese Unterstützung auch erhalten, wenn Sie lediglich denen, die mehr haben, noch mehr geben.

Sie müssen vielmehr zielgenau den Wohnungsbau fördern, damit diejenigen, die nach unserem Sozialbericht besonders unter der Wohnungsnot leiden, mit entsprechendem Wohnraum versorgt werden. Ich nenne die jungen Familien, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, ältere und wenig betuchte Menschen und Geringverdiener. Sie müssen diese Delle auf Ihrer Grafik beseitigen. Sie müssen hier mehr tun.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich empfehle eine grundlegende Überarbeitung dieses Entwurfs zum Einzelplan 03 A und 03 B. In dieser Form, wie er uns vorliegt, wird er den wesentlichen Aufgaben der Zukunft nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fischer für die FDP.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ohne Sicherheit ist ein Leben in Freiheit nicht möglich. Bayern ist ein sicheres Land. Daher gilt es, die innere Sicherheit, für die Polizei, Feuerwehren und die Hilfsorganisationen im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz vorbildlich zusammenarbeiten, weiterhin zu bewahren und zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Der Einzelplan 03 A, der zu 78 % ein Haushalt der Polizei ist, bietet die Gewähr und die Grundlage dafür, dass Bayern auch in Zukunft ein sicheres Land bleibt. Der demokratische Rechtsstaat garantiert ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den in der Verfassung garantierten Freiheitsrechten und den Maßnahmen zum Erhalt der inneren Sicherheit. Wir Liberale setzen nicht auf immer neue Alibigesetze. Wir setzen konsequent auf Prävention und die Verfolgung von Straftaten. Beides lässt sich nur durch eine gute sachliche und personelle Ausstattung der bayerischen Polizei erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Der größte Anteil des Einzelplans entfällt auf Personalausgaben. Er umfasst 49.000 Stellen für den gesetzlichen Aufgabenvollzug und für Dienstleistungen am Bürger. Ich muss aber einräumen, dass bei der Polizei Verbesserungen dringend notwendig waren. Die bayerische FDP hat dafür gesorgt, dass wir jetzt erste Verbesserungen erreicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Gegenwärtig gibt es in Bayern genauso viele Polizeibeamte wie vor 20 Jahren, während die Einwohnerzahl in Bayern um 1,5 Millionen gestiegen ist. Hinzu kommen neue Aufgaben für die Polizei aufgrund der Grenzöffnungen, aufgrund eines geänderten Freizeitverhaltens und aufgrund neuer Formen der Kriminalität. Es liegt auf der Hand, dass diese zusätzlichen Belastungen nicht ausschließlich mit Effizienzsteigerungen und moderner Technik zu bewältigen sind, sondern dass dafür Manpower notwendig ist. Manpower, die in den letzten Jahren immer mehr gefehlt hat, besonders im ländlichen Raum. Es ist nur dem Engagement der Beamtinnen und Beamten der Polizei zu verdanken, dass die Polizei insgesamt nach wie vor eine sehr gute Arbeit leistet.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Freistaat Bayern für ihren großartigen Einsatz ganz herzlich danken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die bayerische FDP hat die Problematik erkannt und im Wahlprogramm die dringend nötige Verstärkung für die Polizei gefordert. Sie hat in den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass im Koalitionsvertrag für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 jeweils 500 neue Polizeistellen aufgenommen worden sind. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf wird dieses Versprechen eingelöst und unsere Forderung umgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus fordert die bayerische FDP nach wie vor die Erstellung eines gesamt-bayerischen Personalentwicklungskonzepts, denn die 1.000 Stellen können nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Trotz der zusätzlichen Stellen bleiben für die Polizei zahlreiche Belastungen. So ist der Nachtdienst zu einer immer stärker belastenden Aufgabe geworden. Die Beamten müssen ständig unterwegs sein und haben keineswegs ruhige Nächte. Diese besonderen Belastungen müssen Konsequenzen haben. Finanziell soll der Nachtdienst, der die Gesundheit der Beamten sowie deren

Familien und das soziale Umfeld stark belastet, stärker honoriert werden. Auch wir hätten uns gewünscht, dass die Zuschläge zu ungünstigen Zeiten, die DuZ, schon in diesem Haushaltsentwurf erhöht worden wären. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Innenminister, dass in den kommenden Monaten Gespräche zwischen Ministerium und Personalvertretungen stattfinden werden mit dem Ziel, möglichst zeitnah die notwendigen Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen auch die 42-Stunden-Wochen, gerade für den Polizeidienst, als äußerst belastendes Element. Wir wissen, dass dies dazu führt, dass vielen Polizeibeamten der freie Tag fehlt. Hier müssen Angleichungen erfolgen. Ich freue mich über die Ankündigung, dass die Staatsregierung weitere Schritte unternehmen wird.

Ich möchte noch zwei weitere Aspekte über den Polizeibereich hinaus ansprechen: Der Stellenplan des Einzelplans 03 A enthält insgesamt 3.576 Stellenhebungen. Das sind 3.576 Beförderungsmöglichkeiten, das trägt dem Leistungsprinzip Rechnung - einem liberalen Grundprinzip -, und es fördert die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte auch betonen, dass elf Stellen ressortintern für den Ausbau des Landesamtes für Datenschutzaufsicht zur Verfügung gestellt werden - richtig in der Sache, sparsam in der Ausführung.

In der Summe werden sich die Personalausgaben 2009 um 114 Millionen Euro und 2010 um 87 Millionen Euro erhöhen. Die Polizei braucht aber nicht nur Personal, sondern auch die erforderliche Sachausstattung. Wir begrüßen daher die Erhöhung der Ausgaben der Sachmittel und Investitionen der Polizei im Jahr 2009 und 2010 um 39 bzw. 36 Millionen Euro. Ich möchte nur wenige Punkte herausgreifen: Die bayerische FDP fordert seit vielen Jahren die flächendeckende Einführung des digitalen Polizeifunks, damit Bayern

auch im Grenzgebiet zur Tschechischen Republik mit dem dort vorhandenen Standard mithalten kann und Kommunikationsprobleme beseitigt werden. Bayern musste endlich über den lange anhaltenden Status von Modellversuchen hinauskommen.

(Beifall bei der FDP)

Mit weiteren Mitteln für Ausgaben 2009 und 2010 im Umfang von 75 Millionen Euro sehen wir uns aber auf einem guten Weg, das Ziel, bis 2011 die flächendeckende Einführung des Digitalfunks zu erreichen.

2008 wurden außerdem einmalig 5 Millionen Euro bereitgestellt und als Ausgaberesultat in das Haushaltsjahr 2009 übertragen. Mit diesen Mitteln wurden acht neue Polizeihubschrauber gekauft. Daran sind gleich zwei Dinge erfreulich: Sie haben erstens eine längere Lebensdauer, sodass Kauf günstiger ist als Leasing, und sie stammen, zweitens, aus bayerischer Produktion, sodass ihre Beschaffung Arbeitsplätze in Bayern sichert.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch kurz auf die Feuerwehren eingehen: Ohne die Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden in 7.800 freiwilligen Feuerwehren und sieben Berufsfeuerwehren in Bayern wäre die Sicherheit in diesem Lande nicht denkbar. Ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der FDP)

Das zweckgebundene Feuerschutzaufkommen ist rückläufig. Für 2009 und 2010 werden 57 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt. 2008 waren es immerhin noch 61 Millionen Euro. Aber nach wie vor stehen für die Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen für Feuerwehren und den Bau der Gerätehäuser 2009 und 2010 44 bzw. 42 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit beim Brandschutz.

(Beifall bei der FDP)

In Abwägung der finanzwirtschaftlichen Erfordernisse bildet der Einzelplan eine solide Grundlage für den Aufgabenvollzug in den kommenden Jahren. Er ist ein klares Bekenntnis zu einem erfolgreichen Sicherheitskonzept. Die stärkere Gewaltbereitschaft, die internationale Entwicklung und die Demografie stellen uns vor immer neue Herausforderungen. Die FDP-Fraktion wird auch in Zukunft wesentlich dazu beitragen, dass innere Sicherheit ein Aufgabenschwerpunkt in Bayern bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Haushaltsentwurf bildet dafür für die nächsten beiden Jahre die Grundlage.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer. Nächster Redner: Herr Christian Meißner für die CSU.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsberatungen sind schon interessant. Manchmal wird das Gegenteil von dem gesagt, was man eigentlich ausdrücken will. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass Kollege Harald Schneider vorhin gesagt hat, er male nicht schwarz. Herr Kollege Schneider, wenn das nicht schwarz gemalt war, dann gibt es niemanden, der das besser kann als Sie. Sie haben weiter festgehalten, die innere Sicherheit habe ihren hohen Stellenwert in Bayern verloren. Sowohl meine Ausführungen als auch die Ausführungen des Herrn Ministers machen deutlich, dass dem nicht so ist. Ich sage Ihnen nüchtern und objektiv - ich bin kein Gesundheitsbeter, das werden Sie im Rahmen meiner Ausführungen merken -: Ich glaube nicht, dass es zielführend ist, einen Ritt durch das Jammertal zu veranstalten. Das hilft uns in der Beratung nicht weiter, und es ist auch nicht realistisch. Herr Kollege Hanisch reitet dann gleich mit.

Wenn Sie auf unseren Informationsbesuch in Nürnberg anspielen, muss ich Ihnen sagen: Was nützt eine Information in einem Ortstermin, wenn hinterher ein Zerrbild gezeichnet wird? Es hilft nicht, wenn man zunächst einen Ritt durch das Jammertal

veranstaltet und hinterher wird dann gesagt - ich zitiere Sie fast wörtlich -: Im Großen und Ganzen lässt sich gegen den Haushalt nichts sagen. Dann habe ich doch die herzliche Bitte: Wenn sich gegen den Haushalt nichts sagen lässt, dann stellen Sie das auch in Ihren Haushaltsreden dar. Das gehört zur Redlichkeit, wenn man über die Lage der inneren Sicherheit und über den Haushalt des Innenministeriums spricht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich die nicht einfachen Doppelhaushalte der letzten Jahre ansehen - ich glaube, das wissen Sie auch sehr genau -, sehen Sie: Im Vergleich zu den Vorjahren ist es sehr erfreulich, was umgesetzt werden konnte. Vor allem die neuen Stellen sind wichtig. Wenn Sie nach dem Motto handeln: Horrorszenarien verzweifelt gesucht, muss man doch objektiv festhalten, dass dieser Haushalt sehr vernünftig angelegt ist.

Ich bin vorhin - das ist an die Freunde der FDP gerichtet - sozusagen aus meinem parlamentarischen Halbschlaf aufgewacht. Wenn die FDP immer sagt, sie hätte es gemacht, dann nur in aller Freundschaft: Ihr wart es nicht alleine, wir waren das gemeinsam. Ich glaube, nur gemeinsam können wir diese Aufgabe vernünftig lösen. Man kann sich alle möglichen Federn ins Gefieder stecken, man muss nur schauen, wie diese Federn aussehen. Bei einem bin ich mir ganz sicher - das zeigt dieser Haushalt und das zeigt unsere Politik -: Die innere Sicherheit bleibt ein Markenzeichen der CSU. Wenn Sie das auch im Gefieder haben wollen, bitte schön.

(Tobias Thalhammer (FDP): Schön, dass Sie dank der FDP aufgewacht sind!)

- Das Aufwachen war in dem Fall sicherlich hilfreich. Ich habe dann auch genau zugehört.

Wir haben bei der Polizei eine Organisationsreform durchgeführt, die auch von kritischen Stimmen begleitet war, die sich in der Praxis aber als tauglich erweist. Sie dürfen sich alle dessen sicher sein, dass wir die Probleme, die es noch gibt, offen und ehrlich ansprechen werden. Die viel diskutierte Problematik der Präsenz in der Fläche wird durch die von mir schon angesprochenen 1.009 Stellen entschärft. Dadurch wird die Lage

besser. Natürlich kann ich es nachvollziehen, wenn jemand sagt, dass diese 1.009 Kolleginnen und Kollegen erst einmal ausgebildet werden müssen und dass einige Zeit vergeht, bis sie in ihrer Dienststelle voll einsetzbar sind. Wir sind nicht untätig geblieben.

Man mag es beweinen, wie es einige Kollegen der Opposition am Rednerpult getan haben, oder man kann, wie wir es getan haben, das Innenministerium darum bitten, jede Inspektion zu überprüfen, um genau herauszufinden, wo es Probleme gibt. Wir dürfen nicht in den Raum stellen, dass es überall schrecklich und schlimm sei. Auch wir räumen ein, dass es hier und dort Engpässe gibt. Dann besteht aber politischer Handlungsbedarf. Dort, wo wir Probleme erkennen, müssen wir eine Prüfung in Auftrag geben und für Abhilfe sorgen, bevor die neuen Kolleginnen und Kollegen an den Dienststellen erscheinen. Ich weiß, dass dieses Problem bei unserem Innenminister Joachim Herrmann in guten Händen ist. Reden ersetzen nicht politisches Handeln. Wir haben gehandelt. Ich bin mir sicher, dass wir demnächst das Ergebnis auf dem Tisch haben werden.

(Beifall bei der CSU)

Hier sind Daueraufgaben vorhanden. Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass sich die Einstellungssituation bei der Polizei verstetigt, damit wir die durch die steigenden Pensionierungen entstehenden Engpässe beseitigen können. Sie dürfen sich sicher sein, dass wir dabei mit Ihnen gemeinsam arbeiten.

Zum viel zitierten Antrag zum Dienst zu ungünstigen Zeiten möchte ich schon jetzt etwas sagen, obwohl er nachher noch auf der Tagesordnung steht. Der Kollege Schneider hat zwei Anträge gestellt, denen man inhaltlich nur zustimmen konnte. Ich glaube, Kollege Rohde hat gesagt, in den Anträgen stehe sinngemäß: "Früh geht die Sonne auf und abends geht sie unter." So in etwa hat er sich ausgedrückt.

(Jörg Rohde (FDP): So war es!)

Solchen Anträgen stimmen wir natürlich zu, weil wir gemeinsam daran interessiert sind, dass unsere Polizei vernünftig mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet ist. Jetzt dür-

fen Sie mir vorwerfen, dass ich in meinem neuen Amt als Stellvertreter etwas übersehen habe. Die Vorsitzende sehe ich jetzt nicht, sonst müsste ich sie fragen, wie das passieren konnte. Uns allen liegt es am Herzen, dass es bei der DuZ Änderungen gibt. Mir ist es aber entgangen, dass dieser Beschluss in den Antrag mit eingearbeitet worden ist. Wenn Sie mich dafür prügeln wollen, dürfen Sie es. Man soll aber auch nicht immer so tun, als würden wir unser Geschäft nicht verstehen. Wenn ich es mitbekommen hätte, hätte ich niemals zugestimmt, weil mir klar war, dass wir eine Änderung, so wünschenswert sie ist, in diesem Doppelhaushalt nicht mehr unterbringen können. Das schließt aber nicht aus, dass der Minister den Arbeitsauftrag bekommt, eine Überprüfung zu veranlassen und Vorschläge zu unterbreiten. So wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, ich will Sie nicht prügeln, ich will Sie nur fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Christian Meißner (CSU): Ja!

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Meißner, Sie haben gefordert, dass ein problemorientiertes Handeln im Innenausschuss an den Tag gelegt werden soll. Wie soll das möglich sein, wenn die CSU konstruktive Anträge, wie beispielsweise für die Erarbeitung eines Investitionsprogramms für Bauten bei der Polizei ablehnt und der Haushaltsausschuss Anträge zur DuZ oder zur Prävention gegen den Rechtsextremismus ablehnt?

Christian Meißner (CSU): Dabei bin ich gerade. Sie wissen alle, wie unser parlamentarisches Geschäft funktioniert. Wir als Fachpolitiker sind darum bemüht, dies oder jenes, was man sich wünscht, in den Haushalt hineinzubekommen. Stellen Sie sich aber einmal vor, wie fad Haushaltsverhandlungen wären, wenn alle Forderungen eins zu eins erfüllt würden. Haushaltsberatungen sind immer ein Ringen zwischen Fachpolitikern aller Couleur. Frau Kollegin Kamm, Sie sind auch schon lange genug dabei, um das zu wissen.

Wir werden jedenfalls weiterhin für die Belange der Polizistinnen und Polizisten in Bayern kämpfen. Ich will nicht alles wiederholen, was schon geäußert worden ist. Ich halte die Schwerpunktsetzung für richtig. Die acht Polizeihubschrauber kosten uns eine Menge Geld. Die Ersatzbeschaffung war aber notwendig. Ich glaube auch, dass wir mit einem Betrag von 31 Millionen Euro für unseren Fuhrpark in der jetzigen Krise ein richtiges und gutes Signal setzen.

Vielfach ist auch über die Gebäude der Polizei gesprochen worden. Hier sind wir auch wieder bei dem Ringen miteinander. Ich bin froh darüber, dass es uns in den Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gelungen ist, überall dort, wo wir Dauerprobleme mit den Gebäuden der Polizei haben - in Nürnberg, in Würzburg und andernorts -, mit diesem Haushalt einen Einstieg zu schaffen, sodass die Arbeiten schnell beginnen können. Dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen vom Haushaltsausschuss. Ich halte das für erfreulich und würde mir wünschen, dass es andere auch so sehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss mich jetzt ein wenig beeilen, sonst nehme ich dem Kollegen Miller die Zeit weg. Ich möchte noch ein Wort zum Feuerwehrführerschein sagen. Die Kollegin Kamm hat ihn angesprochen. Wir haben uns hierzu in der letzten Woche klar geäußert. Die Haushaltsberatungen dienen auch dazu, dass wir die Kolleginnen und Kollegen von der SPD darauf aufmerksam machen. Liebe Freunde, wir haben die EU-Richtlinie noch einmal durchgesehen. Dort steht etwas über Ausnahmen für den Katastrophenschutz. Im Bayerischen Feuerwehrgesetz ist der Katastrophenschutz erwähnt. In aller Kollegialität drücke ich mich jetzt höflich aus: Es muss doch möglich sein, dass wir unseren deutschen Bundesverkehrsminister davon überzeugen, dass ein Führerschein light, der mit Kosten und einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden ist, nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Wenn es seine Aufgabe ist, deutsche und bayerische Interessen in Brüssel durchzusetzen, muss er dort auch erklären, dass wir die Feuerwehr meinen, wenn bei der EU vom Katastrophenschutz geredet wird. Dafür muss er auch

kämpfen, ganz egal, wer die Anträge stellt. Joachim Herrmann hat dieses Thema aufgegriffen. Vielen Dank dafür, du hast unsere Unterstützung auf diesem Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich lasse jetzt das weg, was nur Wiederholungen sind, weil ich damit den Parlamentariern nur die Zeit stehlen würde. Insgesamt liegt uns für das Innenministerium ein Haushalt vor, der nicht nur zustimmungsfähig ist, sondern der auch erfreulich ist und dort richtige Signale setzt, wo wir sie setzen wollten. Dort, wo ich offen und ehrlich Diskussionsbedarf eingeräumt habe, werden wir die Diskussionen mit dem Ministerium, mit dem Minister, dessen Staatssekretär und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen. Diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich genauso wie allen denen, die in diesem Geschäftsbereich Verantwortung tragen und einen teilweise nicht ungefährlichen Dienst ausüben. Ich bitte um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner für die SPD.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich rede nur zum Einzelplan 03 B, um Ihnen deutlich zu machen, was Sie damit anrichten. Sie selber schreiben in Ihrer Statistik, die Sie dem Haushalt freundlicherweise beigelegt haben, dass wir im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung 1998 noch 12.600 Wohnungen gefördert haben. 2008 haben wir nur mehr 5.400 gefördert. Das ist etwas mehr als ein Drittel des Wohnungsbaus. Sie, zumindest die, die sich mit Wohnungsbau ernsthaft beschäftigen, wissen genauso gut wie ich, dass uns die Sozialwohnungen und die Wohnungen mit Bindung im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre völlig verloren gehen und dass wir es nicht schaffen, auch nur das zu ersetzen, was wir verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, im ländlichen Raum mag es nicht so dramatisch sein. Die Ballungsräume und die Industrie und die Wirtschaft in diesen Räumen leben aber von den Dienstleistern, die diese Städte und Ballungsräume im wahrsten Sinne des Wortes in Bewegung halten und für Sicherheit sorgen. Ich meine die Krankenhäuser, die Polizei, die Ärzte und viele andere mehr, die dafür Sorge tragen, dass diese Ballungsräume überhaupt noch funktionieren. Diesen Leuten entziehen wir systematisch preiswerten Wohnraum durch eine völlig verfehlte Bau- und Förderpolitik. Das machen wir deshalb, weil unter anderem ein Modell abgelehnt wird, welches sehr erfolgreich ist, was ich Ihnen anhand von Zahlen beweisen kann, das aber offensichtlich den falschen Namen trägt. Genossen und Genossenschaften sind für Sie immer noch des Teufels.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

- Sie haben es doch nicht einmal ins Wohnungsbaugesetz geschrieben. Sie haben sich verweigert, und damit steht es nicht im Wohnungsbaugesetz. Ich halte es für eine Unverschämtheit, Genossenschaften, die alle besser wirtschaften können als Sie und Ihre Finanzminister, mit der Neuen Heimat in einen Topf zu werfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, im Interesse der Genossenschaften verwahre ich mich dagegen. Sie sind doch nur neidisch, weil das ein Modell ist, mit dem wir der Wirtschaft beweisen, dass es die Genossenschaften besser als viele andere können. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wie kann es gehen, dass eine Genossenschaft mit Mieten von 5 bis 6 Euro pro Quadratmeter in München so viel Geld erwirtschaftet, dass sie alle fünf Jahre neu bauen kann? Wie kommt es, dass andere das nicht fertigbringen? Man sollte wieder einmal, ganz ohne Ideologie, darüber nachdenken, ob wir dieses alte Modell nicht etwas pfleglicher behandeln sollten, als wir das heute tun.

(Zurufe von der CSU: Oh je, Oh je!)

Wir können von mir aus auch über einen neuen Namen reden. Das ist mir gleich. Mir geht es darum: Wir brauchen für die Städte bezahlbaren Wohnraum. Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wir haben genug Wohnraum in München.

(Zuruf von der CSU: Wo?)

- Doch, wir haben genug Wohnraum, das beweise ich Ihnen. Das ist aber Wohnraum, den viele nicht zahlen können, auch viele, die hier im Bayerischen Landtag beschäftigt sind. Das ist unser Thema. Wir müssen uns deshalb neue Wege überlegen, wie wir sicherstellen können, dass wir preiswerten Wohnraum bekommen. Was wäre besser gewesen, als ein Teil des Konjunkturpakets zu nehmen und damit den preiswerten Wohnungsbau in vielfältiger Art zu bezuschussen?

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich sage ausdrücklich "bezuschussen", um sicherzustellen, dass Dienstleister dieser Stadt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wohnungen in diesem Raum auch leisten können. Wir würden damit auch eine ganze Reihe anderer Probleme lösen. Wenn der Wohnraum bezahlbar ist, müssen nämlich nicht unbedingt alle zwei Ehepartner zur Arbeit gehen. Man könnte sich beispielsweise wieder einmal um seine Kinder kümmern. Man bräuchte nicht auch noch einen dritten oder gar einen vierten Job, damit man die Miete zahlen kann. Wir würden viele Probleme lösen, wenn wir die Mieten in den Griff bekämen. Es hilft nur ein kleines bisschen, wenn wir für einzelne Berufszweige eine Ballungsraumzulage kreieren. Das reicht aber nicht aus, weil davon nur wenige profitieren.

Im Übrigen ist es auch verfehlt zu glauben, wir müssten alles in die Eigentumsförderung geben, wie das nun auch der Herr Ministerpräsident wieder sagt. Wir müssen Menschen nicht in die Schuldenfalle treiben, wenn wir in einer Zeit unsicherer Konjunktur sagen: Baut ruhig eure Häuser, kauft Eigentumswohnungen. Vielleicht geht es den Leuten dann so wie in Amerika.

(Eduard Nöth (CSU): Ach was!)

Offensichtlich hat man aus dem amerikanischen Immobiliendesaster nichts gelernt, denn das hat hierin seine Ursache.

Wir täten gut daran, alte Modelle zu erneuern und die bestehenden pfleglich zu behandeln. Die Bundesregierung hat das Genossenschaftsgesetz so verändert, dass man wieder handeln kann. Sie hat dieses Gesetz verändert, sodass man damit sogar "riestern" kann.

Meine Damen und Herren, das heißt, die Grundvoraussetzungen wären gegeben. Sie aber verweigern sich, im Haushalt lumpige 50 Millionen Euro mehr für den Wohnungsbau einzustellen. Sie haben das im Haushaltsausschuss abgelehnt, daran darf ich Sie erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Doch Sie wundern sich, wenn der soziale Wohnraum wegbricht und wir nicht mehr wissen, was wir mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tun sollen, die in München leben. Die in München manchmal regelrecht kümmerlich ihr Leben fristen müssen, um überleben zu können. Ich glaube, preiswerter Wohnraum wäre ein optimaler Ansatz, um hier etwas zu verändern.

Kolleginnen und Kollegen, besonders ärgert mich, dass der Freistaat Bayern seine Bundesmittel einkassiert - 193 Millionen Euro im letzten Jahr, 215 Millionen Euro in diesem Jahr und 215 Millionen Euro im nächsten Jahr-, er selbst aber die Zuschüsse weiter wie bisher belässt, als hätte sich auf diesem Markt überhaupt nichts verändert. Der Freistaat beklagt zwar im Sozialbericht, dass wir zu wenige Wohnungen haben und dass wir bis zum Jahr 2025 auf ein riesiges Defizit von 1,1 Millionen Wohnungen zulaufen, aber was tut er? - Er macht es wie immer, er versucht, es auszusitzen nach dem Motto: Der Markt wird das schon richten. - Der Markt wird in dieser Frage aber gar nichts richten, Kolleginnen und Kollegen!

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte schauen Sie auf die Uhr.

Ludwig Wörner (SPD): Der Markt wird dazu führen, dass wir verarmen, er wird uns noch weiter in die Probleme hineinführen, die wir ohnedies schon haben. Wir werden den Einzelplan 03 B deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Professor Dr. Barfuß für die FDP. Bitte sehr.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich etwas ganz anderes sagen. Da ich aber gerade gehört habe, der Markt würde nichts richten, muss ich schon sagen, ohne den Markt bekommen wir Wohnungen wie in der DDR. Die Wohnungen dort waren verdammt billig, aber damit man sie auch weiterhin bewohnen konnte, musste man viele Millionen Gelder von West nach Ost schieben. Dort hat der Staat versucht, es zu richten.

Woher kommt denn der Wohnungspreis? Ist das nur die Willkür derer, die die Wohnungen bauen? - Wir hören nur etwas über Arbeitsplätze, wir haben noch nie gehört, dass auch irgendjemand Gewinne erzielen muss, damit er bereit ist, ein Unternehmen zu betreiben. Einen Teil dieser Gewinne wird er wieder investieren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir reden hier vom genossenschaftlichen Wohnungsbau! - Beifall und Unruhe bei der SPD)

- Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, Sie sind meine Lieblingskollegin. Ich bin Vorsitzender einer Baugenossenschaft. Ich kenne das. Schauen Sie einmal nach.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann müssten Sie es doch wissen!)

- Ich kann Ihnen sagen, dass ich Herrn Kollegen Wörner durchaus zustimme, dass der Genossenschaftsgedanke wieder gefördert werden sollte, allerdings ohne Ideologie. Es ist aber taktisch unklug, die Neue Heimat hier anzuführen. Sie war nämlich die größte

Vernichtung von Arbeitnehmergeld, die ich jemals erlebt habe. Ich schimpfe über die Bank für Gemeinwirtschaft.

(Ludwig Wörner (SPD): Davon hat doch die CSU gesprochen!)

Was ich aber eigentlich sagen wollte in den paar Minuten Redezeit, die ich noch habe, das ist etwas anderes: Ich möchte mich bedanken für die wirklich gute Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss. Es hat mir riesigen Spaß gemacht. Georg Winter ist nicht hier, ich bitte, ihm das auszurichten. Egal, ob das Eike war oder der Thomas, ob es die Kollegen von den Freien Wählern waren oder von der SPD: Wir haben wirklich zusammengearbeitet und etwas zustande gebracht. Deshalb hier nochmals unser Angebot: Es ist Ihr gutes Recht, hier immer mehr zu fordern, weil Sie Sie wissen, dass Sie es nicht verantworten müssen. Es ist unsere Pflicht, hinzuhören, was Sie sagen. Manches, was Sie sagen, können wir tatsächlich verwenden. Aber, Herr Innenminister und Herr Ministerpräsident, Sie können sich darauf verlassen: Was Ihre Aussage betrifft, ein ausgeglichener Haushalt sei das Wichtigste, um Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu bewahren, so wird die FDP Sie immer unterstützen. Nichts ist so unsozial, wie uns ins schöne Licht zu stellen und unsere Kinder und Enkelkinder schon jetzt mit einem Berg von Schulden zu belasten, sodass sie nicht mehr wissen, wie sie das bezahlen sollen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Ich bewundere deshalb Ihren Mut, Herr Ministerpräsident. Man muss Dinge anpacken. Im Hinblick auf das Klinikum Augsburg haben Sie heute ein gutes Wort gewählt. Sie haben von einer "universitären Einrichtung" gesprochen. In dieser Frage haben Sie uns ganz auf Ihrer Seite. Man kann nicht von heute auf morgen eine Universitätsklinik einrichten.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: So ist es!)

Wer das fordert, erweist der Universität einen Bärendienst. Es ist aber richtig, mit dem Projekt anzufangen. Das machen wir, da machen wir auch weiter, und da können Sie sich auf unseren Minister Dr. Heubisch verlassen. Wir werden das hinbekommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte bedenken Sie, dass die Bevölkerung die Faxen dick hat, wenn wir hier herin nur streiten und nur reden, um zu reden. Die Bevölkerung hat uns alle gewählt, und sie hat uns entweder in die Regierung oder in die Opposition gesandt. Wir müssen unserer jeweiligen Aufgabe gerecht werden. Wir haben eine wunderbar fleißige Bevölkerung. Wir leben nicht irgendwo in Burundi, sondern wir leben in einem der schönsten Länder der Welt, und zwar in Deutschland, und hier wiederum auf dem Balkon.

(Zurufe von der CSU: In Bayern, in Bayern!)

- Ich habe unter anderem auch in Berlin studiert, es gibt auch außerhalb Bayerns schöne Ecken, so ist es nicht. Ich denke aber, Bayern ist sicherlich eines der schönsten Bundesländer. Noch schöner aber ist es, wenn man hier in Bayern für die FDP im Landtag sein darf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns Mühe geben. Herr Ministerpräsident, wir fühlen uns von Ihnen gut behandelt. Das ist keine Einbahnstraße, wir werden das zurückgeben. Sie haben in uns einen soliden, sachlichen und kritischen Begleiter.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächster Redner: für die CSU Herr Kollege Josef Miller. Bitte schön.

Josef Miller (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf kurz auf die Bemerkungen von Herrn Wörner eingehen, die etwas polemisch waren. Er hat gesagt,

lumpige 50 Millionen Euro hätten zur Verbesserung der Wohnungssituation gereicht, die seien aber nicht zur Verfügung gestellt worden. Er hätte dann eigentlich sagen müssen, dass der Haushaltsansatz um 21,5 Millionen Euro erhöht worden ist. Das ist nicht der Betrag, den Sie gefordert haben, aber Sie haben gesagt, mit 50 Millionen Euro wäre alles zu regeln.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- So haben Sie es gesagt: lumpige 50 Millionen Euro. Von Ihnen war das nicht anders zu erwarten.

Sie sagen, wir würden die Leute, die selbst bauen, in den Konkurs treiben. Es ist schwierig, wenn die Bürgerinnen und Bürger heutzutage selbst bauen wollen. Der Herr Ministerpräsident, der wieder anwesend ist, hat heute Vormittag schon darauf verwiesen, dass die jungen Familien gerade in der Startphase eine besondere Unterstützung brauchen. Ich setze da zusätzlich auch auf den Markt. Ich glaube, künftig werden Anlagen in Immobilien wieder zunehmend an Bedeutung gewinnen. Sie werden gewinnen, weil die Sicherheit des Geldes künftig höher bewertet werden wird als die Zinsen, die zu erzielen sind.

(Jörg Rohde (FDP): In einem Haus kann man wohnen, in einem Hedgefonds nicht!)

Aber lassen Sie mich noch einmal einen Rückblick auf den Einzelplan 03 B machen. Dieser Einzelplan ist eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Diese sind erstens die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch unser Land erfasst hat und bei der wir gegensteuern müssen, zweitens das Treffen von Maßnahmen für den Klimaschutz und drittens die Verbesserung der Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Genau da setzt der Einzelplan 03 an. Genau danach ist er ausgerichtet. Das Flaggschiff ist die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, auf die der Schwerpunkt des Konjunkturprogramms ausgerichtet wurde. Wir machen also keine Gießkannenförderung,

sondern gezielt werden bis 2011 hierfür 792 Millionen Euro verwendet. Im Haushalt 2009/2010 sind es 554 Millionen Euro. Diese Ausgaben sind unter umweltrelevanten und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten genau richtig platziert. Sie treffen die Herausforderungen unserer Zeit.

Und wenn mit dem Anteil der Kommunen 570 Millionen Euro in Schulen investiert werden, fast 179 Millionen Euro in Kindertagesstätten, noch einmal 50 Millionen Euro in kirchliche Schulen und 90 Millionen Euro in sonstige Infrastruktureinrichtungen, dann werden hier, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, im wahrsten Sinne des Wortes Nägel mit Köpfen gemacht. Ganz wichtig ist dabei, dass sich die Gelder, die hier investiert werden, sehr, sehr schnell dadurch amortisieren werden, dass hier Energie und damit Geld eingespart werden kann. Es handelt sich also um eine sinnvolle Maßnahme im Sinne des Umweltschutzes, der Beschäftigungspolitik und der Hilfe für die Kommunen.

Ein zweiter Schwerpunkt im Einzelplan 03 ist der Straßenbau. Hier muss man sehen, wie sich die Zahlen verändert haben. Heuer haben wir einen Rekordbetrag von 244,5 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren es 231 Millionen Euro, 2007 166 Millionen Euro und 2004 als Tiefststand 128 Millionen Euro. Daran sieht man, dass es notwendig ist, das Straßennetz in einem guten Zustand zu erhalten. Aber wir müssen es auch den modernen Anforderungen anpassen. Umgehungsstraßen, Kreuzungsfreiheit, Beseitigung von Unfallhäufigkeitspunkten, weitere Radwege dienen vordergründig dem Verkehr und der Wirtschaft, aber letzten Endes allen Menschen unseres Landes. Sie freuen sich über diese Mittelausstattung.

Diese Werte, diese Beträge sind ein großer Erfolg. Sie waren schwer zu erreichen. Dabei hat vieles zusammengespielt. Ich habe nicht die Zeit, das alles aufzuzählen. Die Menschen in unserem Land werden sich freuen, weil sie diese Infrastruktureinrichtungen brauchen.

Der dritte Schwerpunkt ist die Städtebauförderung. Auch hier hat Bayern nie ganz zu fördern aufgehört, auch dann nicht, als viele Länder und der Bund ausgestiegen sind. Wir haben das immer auf einem bestimmten Niveau weitergeführt. Das trägt ganz wesentlich dazu bei, die Wohn- und Lebensqualität der urbanen Bevölkerung zu verbessern und in unseren Städten Herkunft und Hinkunft zu verbinden. Wir haben viele wunderbare alte Städte, die modernisiert werden müssen, um sie mit der Zukunft zu verbinden, wobei auch der Denkmalschutz beachtet werden muss. Hier wäre es gut, wenn der Bund nicht immer wieder mit noch mehr Vorschriften den Kommunen Vorgaben machen würde, sondern wenn er den Kommunen auch Vertrauen entgegenbringen würde.

Ein Wort noch zur Studentenwohnraumförderung. Hier ist es so, dass wir 2011 den zweifachen Abiturjahrgang haben und deshalb jetzt schon auf hohem Niveau darauf hinarbeiten müssen, dass nicht nur Studienplätze zur Verfügung stehen, sondern auch Wohnraum.

Insgesamt gesehen ist der Haushalt im Einzelplan 03 ein sehr gut gelungener Beitrag, um den Herausforderungen unserer Zeit zu entsprechen. Ich gratuliere Minister Herrmann zu diesem Haushalt. Ich bin mir ganz sicher, dass die Verwaltung das tun wird, worauf es jetzt ankommt, nämlich den Haushalt schnell und zuverlässig umzusetzen. Was mich immer fasziniert, ist, dass in dieser Verwaltung nicht gejammert wird, wenn man mit den dortigen Mitarbeitern spricht, sondern sie wollen bauen, sie wollen etwas umsetzen.

Den Einzelplan 03 zu beschließen und umzusetzen, bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Zukunft Bayerns mitzubauen. Vielen Dank und viel Erfolg bei diesen Maßnahmen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Miller. Zu einer abschließenden Stellungnahme hat sich Minister Herrmann gemeldet.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für diese zumindest überwiegend konstruktive Debatte. Ich will nur zu zwei Themenkomplexen noch einmal einige Anmerkungen machen.

Erstens zum Thema Wohnungsbau. Lieber Herr Kollege Wörner, ich habe überhaupt keine Probleme damit, wenn Sie eine Renaissance des genossenschaftlichen Wohnungsbaus anmahnen und dazu auffordern. Ich bin da gerne mit dabei. Aber das ändert nichts daran, dass es dringend notwendig ist, auch neue steuerliche Anreize zu schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen, dass Familien in der Tat auch wieder Eigenheime errichten. Wir müssen einfach wahrnehmen, dass wir inzwischen in Deutschland eine weit auseinanderklaffende Entwicklung haben. In Ostdeutschland beschäftigt sich der Kollege Tiefensee mit Förderprogrammen für den Rückbau von Stadtteilen, beispielsweise in Magdeburg und in Dessau. Das will ich überhaupt nicht kritisieren. Aber bei uns ist nicht das Problem, dass wir Stadtteile rückbauen müssen, sondern wir haben eine nach wie vor wachsende Bevölkerung in Bayern, und wir haben vor allen Dingen in den Ballungsräumen einen großen Wohnungsneubaubedarf. Es ist wichtig, dass in Berlin zur Kenntnis genommen wird, dass bei uns - das gilt aber auch für den Großraum Hamburg und für andere Bereiche - der Bedarf anders ist als in Teilen Ostdeutschlands. Dafür brauchen wir auch die entsprechenden Weichenstellungen. Wir werden jetzt mit aller Energie dafür kämpfen, dass das auch in Berlin zur Kenntnis genommen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der zweite Punkt, den ich noch einmal ansprechen will, ist die Situation unserer Polizei. Wir sind uns einig in dem Dank für das großartige Engagement.

Eine Seitenbemerkung: Ich verstehe es nicht, wenn ein Kollege quasi sagt, es interessiere ihn nicht und es helfe nicht weiter, dass wir in Bayern den Spitzenplatz in der

inneren Sicherheit einnehmen. Also, meine Damen und Herren, natürlich müssen wir uns - ich sage gleich noch etwas dazu - um eine angemessene Besoldung und um eine gute Ausstattung unserer Polizeibeamten kümmern. Aber für den normalen Bürger zählt natürlich schon das Ergebnis, nämlich: Wie viel Kriminalität gibt es in unserem Land? Wie gut ist die Polizei in ihrem Arbeitsergebnis? Was wird an Sicherheit für die Menschen in unserem Land produziert? Ich glaube schon, dass das die Menschen in unserem Land, den Durchschnittsbürger in allererster Linie interessiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Daher sind die Menschen in diesem Land auch dankbar für das Engagement der Polizei. Polizeiarbeit ist ja kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Liebe Frau Kollegin Kamm, jetzt will ich Ihnen schon sagen: Ja, wir setzen uns engagiert ein für eine angemessene Bezahlung und Ausstattung unserer Polizeibeamten. Eines kann ich Ihnen nach wie vor sagen: Im vergangenen Jahr sind beispielsweise in Bayern 5.800 Polizeibeamte befördert worden. 5.800 - das ist mehr als ein Sechstel aller Beamten - sind allein im vergangenen Jahr befördert worden.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Auch die langjährige Statistik besagt, dass in Bayern ein Polizeibeamter im Durchschnitt alle sechs Jahre befördert wird. Ich kann Ihnen nur sagen, dass andere Teile des öffentlichen Dienstes davon nur träumen können - und Beamte in anderen Bundesländern erst recht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Nein, weil ich nur noch eine Minute Redezeit habe.

Wir sind das Bundesland, das das Weihnachtsgeld in der bestehenden Form aufrecht erhalten hat. Das gilt für alle Beamten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Davon können die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in vielen anderen Bundesländern nur träumen, in denen die Ausstattung nach wie vor viel schlechter ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wir sind das einzige Bundesland, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem die Polizeizulage nach wie vor ruhegehaltfähig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Sie können Ihren Kollegen Harald Schneider fragen: Alle Polizeigewerkschaften in Deutschland sagen nach wie vor, das ist vorbildlich, und sie würden wünschen, dass es in den anderen 15 Bundesländern auch so gemacht würde. Ich sage Ihnen, es gibt kein Bundesland in Deutschland, das seine Polizeibeamten besser bezahlt. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, dass wir auch in Zukunft in dieser Hinsicht Spitze bleiben. Ich bitte Sie noch einmal um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Einen Moment bitte. Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch kurz am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat eine Zwischenbemerkung.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben die Wohnraumnot beklagt, aber gleichzeitig setzen Sie weiter auf Steuersenkungen für diejenigen, die investieren. Ich denke, Sie haben im Sozialbericht doch sicherlich gelesen, welche Gruppen vor allen

Dingen von Wohnraumnot betroffen sind. Glauben Sie nicht, dass Sie mehr und anderes tun müssen, als nur auf Steuererleichterungen zu setzen?

(Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Darf ich um etwas Ruhe bitten?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Kamm, wenn Sie die anderen 15 Länderhaushalte anschauen und sehen, was in anderen Ländern für die soziale Wohnraumförderung ausgegeben wird, dann werden Sie erkennen, dass wir auch in dieser Hinsicht keinen Vergleich zu scheuen brauchen.

Ich bin voll dabei, dass wir auch in dieser Hinsicht zum Beispiel im Ballungsraum München noch mehr tun. Ich würde mich freuen und bin sicher, dass ich da auch bei Ihnen offene Türen einrenne, wenn die Landeshauptstadt München, die so viel Geld an Zweitwohnungsteuer erhebt wie keine andere Stadt, von denen, von denen sie meint, sie könnte es holen, dann dieses Geld ganz gezielt für den Wohnraumbau in München einsetzt. Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Unser Engagement in der Förderung des sozialen Wohnraumbaus ist jedenfalls richtig.

Ich bekräftige aber noch einmal: Wir haben auf Bundesebene in den letzten Jahren darauf gedrängt, dass die Riesterrente endlich auch auf den Wohnungsbau ausgedehnt wurde. Es war ein Geburtsfehler, dass er nicht von Anfang an dabei war, weil Wohneigentum auch eine vernünftige Form von Alterssicherung ist. Wir werden auch nicht lockerlassen, dass wir außerdem steuerliche Erleichterungen brauchen.

Ein Letztes, und da knüpfe ich an das an, was vorhin in der Debatte gesagt wurde. Natürlich wünsche ich mir auch von vielen großen Banken und Versicherungen in Deutschland, dass sie wieder dazu zurückkehren, in Wohnimmobilien in Deutschland zu investieren, statt Schrottpapiere in den USA zu kaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn das einige in den letzten zehn Jahren gemacht hätten, stünden wir heute besser da.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, einen Moment bitte. Sie sind so gefragt, wir lassen Sie noch nicht weg.

Ich möchte nur daran erinnern, Herr Staatsminister, dass die Redezeit zur Erwidern ebenfalls auf zwei Minuten begrenzt ist. Ich bitte, das zu beachten.

Jetzt kommt noch eine Zwischenintervention des Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatsminister, darf ich Sie darauf aufmerksam machen: Wenn Sie als Freistaat Bayern dieselben Anstrengungen im Wohnungsbau unternehmen würden, wie sie die Landeshauptstadt München in den letzten Jahren unternommen hat, hätten wir das Defizit im sozialen Wohnungsbau mit Sicherheit nicht.

(Georg Schmid (CSU): Deswegen haben wir ja in München Probleme, sonst nirgends!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Wörner, ich habe durchaus Respekt vor dem Engagement der Landeshauptstadt München. Aber Sie werden nicht behaupten wollen, dass zum Beispiel der Sozialbericht ausweisen würde, dass München allein insofern eine Insel der Seligen ist und es dort keine Probleme gibt.

(Georg Schmid (CSU): Ganz im Gegenteil!)

- Sondern ganz im Gegenteil, sich die Probleme dort in ganz besonderer Weise kristallisieren. Nach wie vor gilt beispielsweise auch, dass das größte Defizit an Kindergartenplätzen in der Landeshauptstadt München zu beklagen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Diskussion können wir also gerne noch fortführen, Herr Kollege Wörner.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu verschiedenen "Leibesübungen". Wir sind jetzt entre nous,

(Allgemeine Heiterkeit)

zumindest, was die Besetzung der Tribüne anbelangt - Leibesübungen in Form von Abstimmungen selbstverständlich.

Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich darf Sie außerdem daran erinnern, dass sich an die Abstimmung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten die Abstimmung zur Eingabe anschließt. Dazu findet keine Aussprache mehr statt.

Ich bitte um Konzentration. Es wäre schade, zumindest aus Ihrer Sicht, wenn der Haushalt jetzt nicht beschlossen würde.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/298 mit 309, 694 mit 697 und 704 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/886, zugrunde.

Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 16/886, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegen-

stimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Freien Wähler, die SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen?
- Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wählern und der SPD. Gegenstimmen bitte ich ebenfalls anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/886, weise ich darauf hin, dass damit der Änderungsantrag auf Drucksache 16/704 hinsichtlich "Einsparung bei BOS-Digitalfunk" seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/296, 310 mit 314, 704, 877 und 889 sowie die Beschlussempfeh-

lung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/952, zugrunde.

Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 16/952, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

- Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine.

Der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen ist somit angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen auch hier vor.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt auch hier der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen - Drucksache 16/952 - weise ich darauf hin, dass die

Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/310, 16/877 und 16/889 sowie der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/704 hinsichtlich "Bestandserhaltung von Staatsstraßen" ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 B ist damit abgeschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 4**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03A:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 5 der vier Polizeihaushalte für gestiegene laufende Betriebskosten
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/298)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 7 der vier Polizeihaushalte für energetische Sanierungsmaßnahmen
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/299)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 8 der vier Polizeihaushalte für dringend notwendige Sachinvestitionen
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/300)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei und des Polizeiverwaltungsamts
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/301)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus - Umsetzung des bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/302)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen Dienst der Polizei
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 16/303)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 16/304)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 17 bis 03 20 neue Titel)
(Drs. 16/305)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sprachkurse
(Kap. 03 17 bis 03 20 neuer Titel)
(Drs. 16/306)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landratsämter: Aufgabenvollzug im übertragenen Wirkungskreis sicherstellen
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
(Drs. 16/307)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landespolizei: Erschwerniszulage aufstocken
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
(Drs. 16/308)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstetigung der Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 16/309)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: 30 neue Stellen bei den unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Stellenplan)
(Drs. 16/694)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Stellenplan)
(Drs. 16/695)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: 30 Stellen für Lebensmittelkontrolleure bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Stellenplan)
(Drs. 16/696)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sonderkommission für Lebensmittelsicherheit beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Stellenplan)
(Drs. 16/697)

Zu Tagesordnungspunkt 5**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03B:**

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für den Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/296)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Energiewirtschaftliche Untersuchungen und Maßnahmen bei staatseigenen Gebäuden
(Kap. 03 63 Tit. 547 51)
(Drs. 16/311)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 883 56)
(Drs. 16/312)</p> | <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung der sozialen Wohnbauförderung
(Kap. 03 64 Tit. 863 69-4)
(Drs. 16/313)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kosten langfristig senken - Infrastruktur zeitnah instand halten
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/314)</p> |
|--|--|

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/947) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/741) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/951) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/950) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/902) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

**Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der
Justiz und für Verbraucherschutz**

hierzu:

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/712 mit 16/715)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/766 mit 16/778)

und

Änderungsantrag

der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/819)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/840 und 16/890)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 90 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen!

Gibt es eine Geldanlage, die redlich ist, die eine hohe Rendite einbringt und die dennoch keinerlei Risiken birgt? Als Verbraucherschutzministerin werde ich nicht müde, unsere Bürgerinnen und Bürger immer wieder vor solcherlei Versprechungen zu warnen. Doch heute stehe ich nicht nur als Verbraucherschutzministerin, sondern auch als Justizministerin vor Ihnen, und ich kann Ihnen in dieser Funktion besten Gewissens eine Geldanlage präsentieren, die alle Vorzüge in sich vereint, die nicht nur eine hohe Rendite verspricht, sondern darüber hinaus auch ein großes Maß an Sicherheit garantiert - und das bei einem vergleichsweise geringen Kapitaleinsatz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, traditionell umfasst der Justizhaushalt weniger als 5 % der bayerischen Staatsausgaben, gleichzeitig aber liegt die Einnahmendeckungsquote bei weit über 40 %.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die dritte Gewalt im Staat ist demnach nicht teuer, ihre Wertschöpfung aber enorm hoch. Die Justiz ist der Garant für die innere Sicherheit. Durch die konsequente Ahndung von Straftaten, durch den Bau und den Betrieb sicherer Gefängnisse, durch ein breites Resozialisierungsangebot sorgen wir, natürlich gemeinsam mit der Polizei, sehr geehrter Herr Innenminister, für einen bestmöglichen Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Daneben ist die Justiz ein wichtiger Standortfaktor für die bayerische Wirtschaft. Durch faire und schnelle Gerichtsverfahren verhelfen wir den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht, und wir sorgen dafür, dass Unternehmen ihre Forderungen durchsetzen können.

Schließlich tragen wir durch unsere neu gewonnene Kompetenz im Verbraucherschutz dazu bei, verloren gegangenes Vertrauen in die Wirtschaft wieder herzustellen, indem wir die Verbraucher stark machen, beispielsweise durch die Installation eines soge-

nannten Verbraucherlotsen in den Landkreisen. Was verbirgt sich dahinter? Wie der Begriff "Lotse" schon sagt, soll der Lotse den Verbraucher gleichsam wie ein erfahrener Seemann sicher durch die Untiefen des Rechts navigieren. Er soll ihm konkret und unmittelbar vor Ort Hilfe anbieten, ganz egal ob es darum geht, unübersichtliche Preisgestaltungen zu durchschauen, Probleme mit der Handwerkerrechnung zu lösen oder Finanz- und Ernährungsfragen zu klären. Mit dem Verbraucherlotsen steht dem Verbraucher künftig *ein* zentraler Ansprechpartner für *alle* Alltagsfragen zur Verfügung.

Dieses Projekt ist nur eines unter vielen, die wir im Verbraucherschutz in den nächsten Jahren auf den Weg bringen werden. Aber exemplarisch zeigt es, wofür Justiz und Verbraucherschutz gemeinsam stehen, nämlich für eine bürgernahe Verwaltung, für einen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern dient und nicht umgekehrt und der damit eine ganz zentrale Funktion erfüllt.

Als Justiz- und Verbraucherschutzministerium sorgen wir für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft. Wir schaffen Vertrauen in den Staat und die Wirtschaft, und darin liegt der große Wert unserer Arbeit. Mit vergleichsweise wenigen Mitteln erzielen wir eine Rendite, die auf dem Finanzmarkt ihresgleichen sucht, und diesen Erfolg wollen wir auch in Zukunft weiterführen. Das heißt, wir wollen den Wert, den die Justiz für unsere Gesellschaft besitzt, stabil halten und nach Möglichkeit sogar steigern, wobei wir uns wohl bewusst sind, dass der Grundstock für diese Wertschöpfung von den Bürgerinnen und Bürgern geleistet wird; denn sie sind es, die mit ihren Steuergeldern unsere Arbeit überhaupt erst möglich machen. Deshalb dürfen wir als Staat auch nie vergessen, dass wir zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler verpflichtet sind.

Als Zeichen der Verantwortung in Zeiten der Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund eines ausgeglichenen Staatshaushalts muss der Staat die richtige Balance halten, die Balance zwischen der Bereitstellung der notwendigen Mittel auf der einen Seite und der Beschränkung auf das wirklich Wichtige auf der anderen Seite.

Diese Balance ist dank Ihrer Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, auch mit diesem Doppelhaushalt wieder gelungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da, meine Damen und Herren, wird auch der Unterschied zwischen Regierungsparteien und Opposition offensichtlich. Der Haushalt als ein Gesamtwerk einzelner Aufgabenbereiche erfordert zwingend Sinn für Realität. Forderungen müssen abgewogen sein. Einfach nur ein Mehr an Stellen zu fordern, ist natürlich immer leicht und populär. Wenn es einem nur um öffentlichen Beifall geht, kann man das machen. Seriöse Politik fordert darüber hinaus aber auch, dass man sagt, wo das Geld für die zusätzlichen Stellen überhaupt hergenommen wird.

Wenn ich mir die Änderungsanträge der GRÜNEN anschau, stelle ich fest, dass allein in einem Antrag 260 zusätzliche Stellen gefordert werden, in einem anderen Antrag noch einmal 100 Stellen im Justizvollzug. Die Konsequenz dazu aber fehlt. Sagen Sie dann bitte den Bürgern draußen auch, dass sie das mit höheren Steuern bezahlen müssen, oder sagen Sie den Bürgern, dass das Geld dann bei der Bildung oder in anderen Bereichen fehlen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Bei der Landesbank scheint es ja auch da zu sein!)

Aber Sie tun nicht nur das nicht. Sie sagen nicht nur nicht, wo Sie das Geld hernehmen, sondern Sie stellen diese Stellenforderungen in allen Einzelplänen und zeigen damit ganz deutlich, dass es Ihnen eben am Realitätssinn für das Große und Ganze fehlt.

Klar, natürlich hätte auch ich gern mehr Stellen gehabt. Es wäre gelogen, wenn ich das nicht sagen würde. Ich habe auch darum gekämpft. Viele unserer Bediensteten müssen schließlich an der Belastungsgrenze arbeiten.

Doch wo die Justiz, was die Personalausstattung angeht, der Schuh am meisten drückt, reicht uns das Parlament in diesem Doppelhaushalt eine helfende Hand. Der Haus-

haltsentwurf für 2009 und 2010 enthält für die Justiz wichtige Verbesserungen. Während wir im letzten Haushalt die Richter und Staatsanwälte im Fokus hatten, musste ich heuer bei der Schaffung neuer Stellen einen ganz klaren Schwerpunkt auf den Justizvollzug legen. Dieser wird effektiv um 205 Stellen verstärkt. Wir machen Bayern damit sicherer.

Verteilt man neue Stellen, kommt natürlich immer die Frage: Warum hier und nicht woanders? Im Doppelhaushalt 2009/2010 hatte ich definitiv keine andere Wahl. Lassen Sie mich das anhand von vier Punkten erläutern.

Erstens. Die Justiz schafft bis 2012 642 zusätzliche Haftplätze, die wir dringend brauchen. Eine neue Zelle ohne dazugehöriges Personal macht keinen Sinn. 92 neue Planstellen des nächsten Doppelhaushalts dienen deshalb der personellen Ausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg, die wir in Gablingen errichten werden.

Zum Zweiten. Unsere gemeinsame Arbeit, das Bayerische Strafvollzugsgesetz, ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Ein von mir in das Gesetz geschriebener Eckpunkt des modernen Strafvollzugs ist der Ausbau der Sozialtherapie. Damit wir diese Forderung wirksam umsetzen können, brauchen wir ebenfalls genügend Personal. Wir haben deshalb für den Ausbau der Sozialtherapie im Doppelhaushalt 80 neue Stellen vorgesehen. Die derzeit vorhandenen 217 Therapieplätze werden im Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug um insgesamt 192 Therapieplätze erweitert. Schon Ende 2009 sollen 66 Behandlungsplätze in Betrieb gehen, unter anderem in Ebrach, Aichach, Kaisheim und München.

Warum setze ich so vehement auf Sozialtherapie? Weil der resozialisierte Straftäter ein Beitrag zur Sicherheit in unserem Land ist und weil empirische Untersuchungen belegen, dass durch die Sozialtherapie - und damit meine ich eine besonders intensive, eine besonders fordernde und systematische Form der Behandlung von Straftätern - die Rückfallrate um ein Drittel oder mehr gesenkt werden kann. Kurz gesagt: Sozialtherapie heißt Resozialisierung und Resozialisierung heißt: "Mehr Sicherheit für die Bevölkerung".

Meine Damen und Herren, das alles kostet Geld. Die geschätzten Bau- und Ausstattungskosten für die geplanten 192 neuen Plätze liegen bei etwa 17 Millionen Euro, und es werden außerdem rund 160 zusätzliche Stellen im Bereich von Fachdiensten und allgemeinem Vollzugsdienst benötigt. Aber das ist kein Grund zum Stöhnen, denn dieses Geld des Steuerzahlers ist allerbestens investiert. Denjenigen, die Sozialtherapie für ein ungerechtfertigtes Verwöhnen der Gefangenen halten, halte ich entgegen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Sozialtherapie fordert von den Gefangenen außerordentlich viel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade bei der Gruppe der hochgefährlichen und rückfallgefährdeten Straftäter steht der Staat in der Pflicht, durch besondere Bemühungen der drohenden Gefahr erneuter Straftaten durch diese Täter entgegenzuwirken. Denn wir können und wollen diese Täter nicht lebenslang wegsperren. Das ist keine Lösung und rechtlich wie tatsächlich auch gar nicht möglich. Deshalb steckt hinter dem unscheinbaren Begriff "Sozialtherapie" ein wesentlicher Beitrag zum Schutz unserer Bevölkerung. Denn jede einzelne verhinderte Rückfalltat bedeutet, unschuldigen Menschen unermessliches Leid zu ersparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an diesem Beispiel sehen Sie auch, dass die Nörgler wieder einmal Unrecht hatten. Als die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug auf die Länder übertragen wurde, wurde immer wieder vor einem "Wettlauf der Schäbigkeit" gewarnt. Fakt ist: Der Föderalismus hat sich wieder einmal bewährt, und Bayern führt den Wettlauf der besten Konzepte weiter an.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Das, liebe Mitglieder der Opposition, werden Sie bei der Sozialtherapie jedenfalls wohl nicht ernsthaft bestreiten.

Dritter Punkt. Neben der Sozialtherapie gilt dem Jugendstrafvollzug mein ganz besonderes Augenmerk. Der Erziehungsgedanke ist dort von ganz wesentlicher Bedeutung. Wir wissen, dass der überwiegende Teil der jungen Menschen, die bei uns in den Gefängnissen sitzen, enorme Defizite haben, ob das im sozialen, ob das im erzieherischen

Bereich ist, ob es um die Bildung geht. Wir wissen, dass viele von ihnen selbst Opfer von Gewalt waren oder sogar noch sind. Gerade bei jungen Menschen kann man erzieherisch am meisten erreichen. Deshalb ist auch hier eine intensive Behandlung und Betreuung der jungen Strafgefangenen notwendig. Aus diesem Grund werden wir 30 neue Planstellen in den Jugendstrafanstalten schaffen.

Viertens. Weitere zwölf Planstellen werden den Nachtdienst in unseren Gefängnissen gezielt verstärken und damit ebenfalls das Maß der Sicherheit heraufsetzen. Sie sehen, das Geld des Steuerzahlers ist gut investiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeit im Vollzug ist physisch und psychisch oft sehr belastend. Damit wir weiterhin qualifiziertes Personal gewinnen können und damit wir unsere Mitarbeiter auch weiterhin motivieren können, liegt mein Augenmerk auch auf den Beförderungsmöglichkeiten. Mit insgesamt 642 Stellenhebungen im Justizvollzug verbessern wir die Beförderungssituation der Bediensteten aller Laufbahnen und Berufsgruppen noch einmal ganz entscheidend, Menschen im Übrigen, die 2008 für insgesamt rund 28.500 Gefangene verantwortlich waren. Die Stellenhebungen sind zugleich ein Ausdruck der Anerkennung für die hervorragende Arbeit der Vollzugsbediensteten. Ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement haben wir es vor allem zu verdanken, dass die bayerischen Gefängnisse so sicher sind wie Fort Knox. So hat es auch 2008 keinen einzigen Ausbruch aus einer bayerischen Justizvollzugsanstalt gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Belastung der Richter und Staatsanwälte, aber auch der Rechtspfleger und Bewährungshelfer sehr hoch ist. Deshalb habe ich in der Vergangenheit massive Verbesserungen ausverhandelt. Ich will Sie nur daran erinnern, dass es meiner Initiative zu verdanken ist, dass im letzten Doppelhaushalt 50 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen wurden, was die Belastungssituation spürbar verbessert hat. Vor

allem durch die Mithilfe der Kollegen Kreuzer, Winter, Guttenberger und Dr. Fischer, denen mein besonderer Dank gilt, konnte zudem in den parlamentarischen Beratungen für den anstehenden Doppelhaushalt erreicht werden, dass es immerhin zehn neue R-1-Stellen für Staatsanwälte geben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Regierungsfractionen möchte ich mich bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich bedanken.

Das ist aber nicht alles. Durch den jetzigen Doppelhaushalt kann die Entwicklungsmöglichkeit für Richter und Staatsanwälte spürbar verbessert werden. Eine wichtige Beförderungsmöglichkeit gerade für die jungen Richter und Staatsanwälte ist der sogenannte Gruppenleiter. Es ist gelungen, die Anzahl der Stellen für diese Staatsanwälte als Gruppenleiter deutlich zu erhöhen. Im Jahr 2010 werden 161 solcher Stellen zur Verfügung stehen, also rund ein Viertel aller Staatsanwaltstellen. Das erhöht die Aufstiegschancen gerade junger Mitarbeiter im höheren Dienst - und das sind oftmals die am stärksten belasteten - und damit erhöht es auch deren Motivation. Auch beim richterlichen Dienst und in allen anderen Laufbahnen, zum Beispiel im mittleren Justizdienst und bei den Justizwachtmeistern, gab es in der Vergangenheit in erheblichem Umfang Stellenhebungen und spürbare Strukturverbesserungen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas in Richtung Opposition sagen. Bei den vielen Richtern und Staatsanwälten, die wir in Bayern haben, gibt es natürlich in Einzelfällen auch Situationen, die nicht zufriedenstellend sind. Aber nicht jede dieser Situationen ist auf eine personelle Überlastung der Gerichte oder der Staatsanwaltschaften zurückzuführen. Deswegen bitte ich die Opposition, diese Einzelfälle genau zu betrachten und nicht immer gleich auf die populistische Pauke zu hauen.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Stellensituation in zwei besonderen Bereichen machen: Bei den Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern schaffen wir

zusätzlich 15 Stellen, das ist eine Stellenmehrung um rund 5 %. Ähnliches gilt für die Gerichtsvollzieher.

Mit den Maßnahmen, die im Doppelhaushalt 2009/2010 vorgesehen sind, können in den nächsten zwei Jahren zusätzlich 80 Beamte zu Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern ernannt werden. Die Ernennungssituation wird damit deutlich entspannt. Zusätzlich gibt es 20 Stellenhebungen, die die Beförderungssituation nochmals verbessern.

Auch wenn ich natürlich bei Gerichten und Staatsanwaltschaften gerne mehr Stellen gehabt hätte, bin ich über die erreichten Verbesserungen froh. Wie eingangs schon gesagt, muss die Balance zwischen notwendigen Investitionen und Zurückhaltung bei staatlichen Aufgaben stimmen. Natürlich werde ich die Stellensituation bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ganz genau im Auge behalten.

Die Koalition hat sich darauf geeinigt, eine Verbesserung der Personalausstattung der Justiz um 400 Stellen anzustreben. Da das natürlich nicht im Rahmen eines einzigen Doppelhaushaltes möglich ist, werde ich gemeinsam mit Ihnen auch im nächsten Doppelhaushalt darauf hinwirken, dass dann bei Gerichten und Staatsanwaltschaften genügend Stellen geschaffen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Indem Sie den Haushalt wie geplant verabschieden, erkennen Sie die hervorragenden Leistungen der gesamten bayerischen Justiz an und reichen Sie ihr eine helfende Hand. Und weil eine helfende Hand besser ist als keine, weil wir in Zeiten einer Wirtschafts- und Finanzkrise den Bürgern finanziell nicht immer noch mehr Opfer abverlangen können, freue ich mich über die Verbesserungen und beklage nicht, dass ich mir noch mehr hätte vorstellen können.

Die Menschen in Bayern wollen beides: Sie wollen auf der einen Seite einen starken und wehrhaften Staat, der sie und ihr Recht schützt. Sie wollen aber auf der anderen Seite

einen Staat, der ihnen nicht mehr Geld abverlangt, als zur Sicherung der staatlichen Aufgaben notwendig ist. Wer auf eine Gerichtsentscheidung einmal länger warten muss als erhofft, würde sich für die Justiz mehr Geld wünschen. Das ist ganz klar. Wer aber auf seinem Lohnzettel die Steuerlast sieht, wünscht sich selbstverständlich weniger Abzüge. Der Haushaltsgesetzgeber muss einen Mittelweg gehen. Dieser Mittelweg ist gefunden. Die Justiz wird damit ihren Aufgaben als Wahrerin des inneren Friedens in Bayern und als starke dritte Gewalt im Staat weiter nachkommen können.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen allen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner ist der Kollege Schindler aufgerufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Staatsministerin, die Justiz und die Rechtspolitik sind kein Schwerpunkt der neuen Koalition in Bayern. Zwar ist es erfreulich, dass die CSU ihr jahrzehntelang gepflegtes Mantra aufgeben musste, dass Freiheitsrechte des Einzelnen verdächtig und im Grunde eine Gefahr für die innere Sicherheit sind. Doch sind wir von einem wirklich liberalen Verständnis von Rechtspolitik, das Bürgerrechte schützt und erweitert, das Sicherheit schafft und Opfer schützt, das Verbraucherrechte sichert und den Rechtsstaat modernisiert, noch meilenweit entfernt.

(Beifall bei der SPD)

Die Justiz hat auch die Aufgabe, Recht und Gesetz in allen Teilen unserer Gesellschaft durchzusetzen. Auch das Wirtschaftsleben darf keine Parallelgesellschaft werden. Die Justiz muss deshalb personell und sachlich so ausgestattet werden, dass sie auch komplizierte und internationale Wirtschafts- und Steuerdelikte aufklären und ahnden kann, anstatt zu Deals greifen zu müssen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und wichtig für die Akzeptanz und das Ansehen des Rechtsstaats. Diesen Ansprüchen genügt die ba-

yerische Rechts- und Justizpolitik auch in Zeiten der neuen Koalition nicht. Die CSU hat sich zwar bei einigen Themen bewegt, bei denen sie mit ihrem bisherigen harten Law-and-Order-Kurs sowieso früher oder später vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert wäre.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das betrifft die Vorratsdatenspeicherung, das Versammlungsgesetz, die heimliche Online-Durchsuchung und auch die Video-Überwachung. Das sind alles Themen,

(Thomas Kreuzer (CSU): Das sind alles innenpolitische Fragen!)

bei denen Sie in der letzten Periode noch gemeint haben, arrogant über unsere Argumente hinweggehen zu können. Es ist gut, dass die CSU jetzt gezwungen ist, wenigstens einen Mindeststandard an Liberalität zu beachten, auch wenn sie immer noch nicht von der Richtigkeit überzeugt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Etwas Gutes hat die neue Koalition auch schon gebracht: Offensichtlich ist es der CSU-Fraktion und der Justizministerin wie in der letzten Periode nicht mehr gestattet, alle paar Wochen irgendwelche Initiativen zur Verschärfung des Strafrechts und zum Ausbau polizeilicher Befugnisse zu starten mit dem Ziel, jeweils die Bundesjustizministerin zu treffen. Das scheint sich eine frühere Bundesjustizministerin nicht gefallen zu lassen, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Als Kompensation für die Einschränkung dieses Betätigungsfeldes wurde nun der Verbraucherschutz beim Justizministerium angesiedelt. Darüber kann man reden. So richtig überzeugend ist es aber nicht, dass neuerdings drei bis vier Ministerien mit Fragen des Verbraucherschutzes befasst und bei der Justizministerin diesbezüglich lediglich Grundsatzzfragen angesiedelt worden sind. Wenn es nämlich wirklich um das Eingemachte

geht, entscheiden sowieso andere, wie wir bei der Initiative der Staatsregierung erleben mussten, mit der beabsichtigt war, über den Bundesrat das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes so zu ändern, dass von Anlagebetrügern und Banken geprellte Kunden keine Akteneinsicht mehr bei der Bankenaufsicht erhalten sollten. So viel zum Verbraucherschutz bei CSU und FDP.

(Beifall bei der SPD)

Die Justiz ist nicht nur kein Schwerpunkt, sondern nachgerade und weiterhin ein Stiefkind der Landespolitik.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatsministerin, Sie werden mir diese Nörgelei nachsehen. Mit geplanten Ausgaben von 1,832 Milliarden Euro in 2009 und etwas mehr in 2010 umfasst der Justizhaushalt keine 5 % der Staatsausgaben und damit nicht einmal ein Fünftel des Betrages, der für die Rettung der Bayerischen Landesbank zur Verfügung gestellt worden ist. Und, das wird oft übersehen: Nimmt man den Justizvollzug aus, erwirtschaftet die Justiz fast 70 % ihres Budgets selbst. Sie hat den höchsten Kostendeckungsbeitrag aller Geschäftsbereiche. Ein erheblicher Anteil stammt im Übrigen aus Nachlassverfahren, die hier einige von der Justiz auf Notare übertragen wollen. Mit dem genannten Betrag muss die gesamte ordentliche Gerichtsbarkeit mit ihren 73 Amtsgerichten, 22 Landgerichten, Staatsanwaltschaften und Oberlandesgerichten, muss der Verfassungsgerichtshof, der gesamte Justizvollzug mit seinen 35 Vollzugsanstalten sowie sechs Jugendarrestanstalten, neuerdings auch noch eine Abteilung "Verbraucherschutz und Verbraucherinformation" im Ministerium, finanziert werden. Dafür reicht das zur Verfügung gestellte Geld nicht aus. Mit dem vorgelegten Haushalt kann deshalb wiederum nur der Mangel verwaltet werden.

Die seit Jahrzehnten bekannten strukturellen Probleme werden nicht gelöst. Wer immer kompliziertere und aufwendigere Gesetze verabschiedet - ob hier oder im Bundestag -, wer zum Beispiel die Anforderungen an die Prüfung der Haftentlassung zur Bewährung

immer stärker erhöht, wer zum Beispiel die Sicherungsverwahrung immer mehr ausweitet, muss auch das dafür erforderliche Personal zur Verfügung stellen. Es ist nicht zu bestreiten, dass an den Gerichten und Staatsanwaltschaften mehr als 300 Richter und Staatsanwälte fehlen. Es ist auch eine Tatsache, dass Bewährungshelfer fehlen und 204 Gerichtsvollzieher jahrelang in der Besoldungsgruppe A 6 bezahlt werden, obwohl sie die Prüfung bestanden haben und als Gerichtsvollzieher tätig sind. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass in den Anstalten immer noch mehr als 700 Bedienstete fehlen und die Personalausstattung im bayerischen Justizvollzug im Vergleich zu den anderen Ländern in allen Bereichen an letzter Stelle liegt.

Bekannt und skandalös ist auch, dass bei der Justiz immer noch Mitarbeiter beinahe in Leichtlohngruppen beschäftigt werden, dass viele Mitarbeiter lange Jahre auf Beförderungen warten müssen und zum Teil schon seit vielen Jahren nur befristet beschäftigt werden. Das ist alles bekannt. Doch es passiert fast nichts, jedenfalls nicht viel genug. Zwar wird anerkannt, dass im Justizvollzug in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 214 neue Stellen geschaffen und Stellenhebungen vorgenommen werden. Die neuen Stellen sind aber zur Umsetzung des neuen Strafvollzugsgesetzes, zum Ausbau von Therapieangeboten sowie zur Ausstattung der neuen Anstalten dringend erforderlich. Anerkannt wird auch, dass im Doppelhaushalt 15 zusätzliche Stellen für Bewährungshelfer geschaffen werden. Auch diese Stellen sind kein Luxus, sondern dringend notwendig, nachdem die Probandenzahlen so hoch sind wie noch nie und die Bewährungshelfer mit immer neuen anspruchsvollen Aufgaben betraut werden.

(Beifall bei der SPD)

Dass aber, meine Damen und Herren, im Entwurf der Staatsregierung keine einzige neue Stelle für Richter und Staatsanwälte vorgesehen war, kann nur als Affront gegenüber der Justiz bewertet werden.

(Beifall bei der SPD)

Da hilft auch der Hinweis nicht, dass in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 durch Umwandlung von Stellen aus dem Servicebereich 50 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen worden sind, nachdem durch die Verlängerung der Arbeitszeit in den Jahren vorher insgesamt 76 Stellen gestrichen worden sind. Meine Damen und Herren, da mutet es dann fast putzig an, wenn die großartige neue Koalition mit einem Änderungsantrag erreichen und dafür sicherlich gelobt werden möchte, dass im Haushaltsjahr 2009 genau drei Stellen der Besoldungsgruppe R 1 für Staatsanwälte und Richter und im Haushaltsjahr 2010 ganze zwei Stellen der Besoldungsgruppe R 1 neu geschaffen und zusätzlich fünf Stellen durch Umwandlung von Stellen des mittleren Dienstes entstehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

So viel zum Stellenwert der Justiz in der neuen Koalition.

Zwar strebt die Koalition die Verbesserung der Personalausstattung bis zum Jahr 2013 um 400 Stellen an. Die werden aber bereits benötigt, um die neuen Justizvollzugsanstalten überhaupt in Betrieb nehmen zu können.

Meine Damen und Herren, man müsste jetzt noch reden über den Ernennungsstau bei den Gerichtsvollziehern, der nur zu einem geringen Teil abgebaut wird. Von 204 Gerichtsvollziehern wollen Sie nun 80 anheben in die vorgesehene Besoldungsgruppe A 8, was bedeutet, dass weiterhin 124 Gerichtsvollzieher zwar die Prüfung bestanden haben, auch als Gerichtsvollzieher tätig sind, aber eben nach A 6, allerhöchstens nach A 7 bezahlt werden.

Und man müsste reden, meine sehr verehrten Damen und Herren, über Probleme, die wir in anderen Bereichen der Justiz auch im mittleren Dienst haben.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wenn Sie in der Koalitionsvereinbarung ankündigen, dass erneut geprüft werden soll, ob das Gerichtsvollzieherwesen durch eine Beilegungslösung effektiver gestaltet werden könne mit dem Ziel, Forderungen schneller

durchzusetzen, dann sage ich: Diese Prüfung können Sie sich getrost ersparen, weil das Ergebnis längst vorliegt. Das Ergebnis lautet, dass nichts schneller wird, dass nichts besser wird, aber es für alle Beteiligten, insbesondere für diejenigen, die eine Forderung durchsetzen wollen, erheblich, zum Teil dreifach teurer wird.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt also bei dem Befund, meine Damen und Herren, dass die Justiz auch bei der neuen Regierung ein Stiefkind ist. Der Seriosität halber gestehe ich aber zu, dass auch eine andere Koalition nicht in *einem* Haushalt alle Probleme der Personalausstattung der Justiz beheben könnte. Aber ein bisschen mehr als Symbolik hätte die Justiz schon verdient.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben entsprechende Anträge eingereicht, die so falsch wohl nicht waren, weil sie zum Teil übernommen worden sind. Es soll doch bitte keiner angesichts der Dimensionen, über die wir hier reden, behaupten, es gäbe nicht das erforderliche Geld. Meine Damen und Herren, ich sage aber auch, dass die bayerische Justiz trotz aller Personalknappheit noch gut funktioniert und sich im Vergleich mit der Situation in anderen Bundesländern durchaus sehen lassen kann. Das ist aber nicht das Verdienst des Ministeriums, sondern der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen selbst, die viel mehr Leistung erbringen, als eigentlich von ihnen erwartet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte deshalb an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz von den Gerichtsvollziehern, den Justizwachtmeistern über die Bewährungshelfer und die Rechtspfleger bis zu den Richtern und Staatsanwälten meinen herzlichen Dank auch im Namen meiner Fraktion ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aufgrund der seit vielen Jahren anhaltenden Überlastung der Justiz nimmt insbesondere in Richtervereinigungen die Diskussion über Formen der Selbstverwaltung der Justiz erheblich zu. Die Diskussion ist nicht aus Profilierungssucht entstanden, sondern wegen der Unzufriedenheit vieler Justizangehöriger darüber, wie mit ihnen umgegangen wird. Es muss erschrecken, wenn zur Begründung der Forderung nach Selbstverwaltung der Justiz auf angeblich gehaltlose Gesetze und administrative Rationalisierungen und auf die sogenannte Verbetriebswissenschaftlichung der Justiz verwiesen und wenn behauptet wird, dass ein exekutivisch gesteuertes justizielles Beförderungs- und Beurteilungswesen durch psychologische und soziale Zwänge zu einem System richterlichen Opportunismus und damit zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für die richterliche Unabhängigkeit geführt habe. Ich mache mir nicht jede dieser Einschätzungen zu eigen und habe größte Bedenken, was die demokratische Legitimation einer selbstverwaltenden Justiz betrifft. Theoretische Diskussionen reichen aber nicht aus, um die Argumente für die Selbstverwaltung der Justiz zu entkräften.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will und kann nicht unter den Tisch kehren, dass es an manchen Stellen in der Justiz in Bayern ganz erheblich knirscht. Man müsste jetzt reden über den Vorgang in Nürnberg, als Untersuchungsgefangene freigelassen werden mussten, weil die Hauptverhandlung nicht rechtzeitig terminiert worden ist, nachdem eine Überlastungsanzeige der zuständigen Kammer nicht beachtet worden ist.

Man müsste auch reden über die sonstigen Vorkommnisse bei der Justiz in Nürnberg. Das kann ich angesichts der Zeit nicht. Ich sage nur so viel: Uns geht es darum, diese Vorkommnisse im Detail aufzuklären, weil uns daran liegt, dass das Ansehen der Justiz nicht beschädigt wird.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir Aufklärung - zu keinem anderen Zweck.

Man müsste auch über den Streit innerhalb der Koalition über die Besetzung der Stelle eines Generalstaatsanwalts in Bamberg reden. In München, meine Damen und Herren, warten wir gespannt, was eigentlich aus den Anzeigen gegen die Verantwortlichen bei der Bayerischen Landesbank wird.

Meine Damen und Herren, die alte Regierung, das Ancien Régime, wie es genannt worden ist, hat in der letzten Periode bei der Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes noch ein beachtliches Tempo vorgelegt. Wir warten aber bis heute auf einen Gesetzesentwurf zum Vollzug der Untersuchungshaft. Nachdem die Länder jahrzehntelang Bemühungen des Bundes, den Vollzug der U-Haft auf gesetzliche Grundlagen zu stellen, boykottiert haben, stellt sich schon die Frage, warum die Staatsregierung jetzt so zögerlich ist, auch diese neue Kompetenz auszufüllen.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Anmerkungen zum Justizvollzug. In der letzten Periode ist nach intensiven Beratungen ein neues Jugendstrafvollzugsgesetz verabschiedet worden. Die Probleme des Strafvollzugs sind damit aber nicht gelöst worden. Der Gefangenenstand ist nach wie vor auf hohem Niveau. Trotz des Neubaus in Lands- hut, der Erweiterung in München und den geplanten Neubauten besteht weiterhin ein Defizit an Haftplätzen. Von dem Ziel, langfristig alle Gefangenen in Einzelhaftträumen unterzubringen, sind wir noch ganz weit entfernt. Es gibt keine Gewissheit, meine Damen und Herren, sondern nur die Hoffnung, dass es in Bayern, wenn es Nacht wird, in einer Gemeinschaftszelle mit bis zu acht Mann nicht auch zu Vorfällen wie in Siegburg kommt.

Meine Damen und Herren, die seit Jahren anhaltende Überbelegung in den Anstalten, die Umstände, dass ein Großteil der Strafgefangenen deutlich sozialisationsgeschädigt ist, dass viele auch Alkohol- und Drogenprobleme haben, dass fast ein Drittel Ausländer sind und die Verständigung nur mit Gesten möglich ist, dass über die Hälfte der jugendlichen Strafgefangenen wegen Gewaltdelikten einsitzt, dass etwa 700 Stellen im Justizvollzug fehlen, dass in den Anstalten Mitarbeiter in vier verschiedenen Wochenarbeitszeiten nebeneinander Dienst tun, dass die Beschäftigten Schichtdienst leisten und auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, erschweren den ohnehin nicht leichten

Dienst ganz erheblich. Dennoch wird dort eine hervorragende Arbeit geleistet. Dafür möchte ich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich danken.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Schindler. Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Alexander Radwan. Bitte schön, Herr Radwan.

Alexander Radwan (CSU): Herr Präsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu meinem Vorredner gibt es zumindest einen Konsens: Das ist der Dank an die Justiz für den Einsatz der Justiz, der Richter, der Staatsanwälte, des Justizvollzugs für die hervorragende Leistung, die dazu beiträgt, dass das Justizwesen in Bayern ein hohes Ansehen hat, eine hohe Verlässlichkeit und Grundlage für die Demokratie und für die Wirtschaft in unserem Staate ist. Das sollten wir immer wieder zu Beginn der Diskussion hochhalten und den Diskussionen zugrunde legen.

Zu dem hohen Ansehen nenne ich einige Zahlen. In Bayern beträgt die Dauer bei Zivilverfahren bei Amtsgerichten 3,9 Monate im Schnitt, deutschlandweit sind das 4,5 Monate. Bei der Staatsanwaltschaft sind es in Bayern 1,2 Monate, im Bundesdurchschnitt 1,7 Monate. Da ist Bayern Nummer eins. Beim Landgericht erster Instanz haben wir in Bayern 7,7 Monate im Schnitt, bundesweit 8,2 Monate. Bei Strafsachen erster Instanz sind es in Bayern 5,6 Monate, bundesweit 6,3 Monate.

Bayern ist im Bereich der Justiz im bundesweiten Vergleich hervorragend positioniert. Wenn ich eine Haushaltsdiskussion führe und ich mich in Etatberatungen entsprechend äußere, muss ich dieses zugrunde legen. Das heißt, wir müssen das hohe Niveau der bayerischen Justiz halten und ausbauen. Wir dürfen die bayerische Justiz nicht runterreden.

Der Haushaltsplan 2009/2010 sieht für das Jahr 2009 eine Steigerung um 4,9 % - um 85,7 Millionen Euro - und im Haushaltsjahr 2010 um 40 Millionen Euro und damit um 2,6 % vor. Im Rahmen des Konjunkturprogramms fließen 12,3 Millionen Euro insbeson-

dere in Umbauten und Erweiterungen, in den Kfz-Bestand, in die Info-Plattformen und in die Modernisierung der Informationstechnik - IT -.

In der Koalitionsvereinbarung wurden 400 zusätzliche Stellen festgelegt. In den Jahren 2009 und 2010 sind dementsprechend 229 Stellen vorgesehen. Für die Bewährungshelfer - die Zahlen wurden bereits genannt - gibt es 15 Stellen und im Justizvollzug - der größte Anteil - 214 Stellen. Ich glaube, die Opposition stimmt zu, dass die Personalaufstockungen notwendig sind. 30 davon gibt es für den Jugendstrafvollzug, und 92 Personen werden für die neue Justizvollzugsanstalt in Augsburg benötigt. 12 Stellen gibt es zusätzlich für ganz Bayern. Sehr wichtig ist für das Personal auch die Perspektive, nämlich über 600 Stellenhebungen.

Für Richter und Staatsanwälte haben wir zehn Stellen vorgesehen. Dafür danke ich dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, der, obwohl ich mit ihm rede, fluchtartig den Raum verlässt. Ich danke auch dem Finanzminister und der Justizministerin, dass dies möglich ist. Es ist ein wichtiges Zeichen an die Richter und Staatsanwälte für ihre Arbeit. Wir sehen das als einen Einstieg in die Weiterentwicklung und Optimierung der bayerischen Justizpolitik. Wichtig ist aber auch, dass es in diesem Bereich erhebliche Stellenhebungen gibt. Von den 652 Stellenhebungen sind 581 kostenwirksam und 71 kostenneutral.

Der Sachhaushalt hat eine Steigerung für den Betrieb von Gerichten von 5 Millionen Euro erfahren und entsprechend 8,9 Millionen Euro Erhöhung für das Jahr 2009 auf 86,8 Millionen und 2010 um 4,2 Millionen Euro auf 91,1 Millionen Euro. Für die Baumaßnahmen zum Erhalt sind 827.000 Euro vorgesehen. Wichtig ist der Hochbau, der für die Justiz vorgesehen ist. Dafür werden für jedes Jahr 27 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 3,28 Millionen Euro mehr pro Jahr als bisher. Das betrifft insbesondere die Justizvollzugsanstalt in Augsburg.

Lassen Sie mich etwas zu den Projekten sagen. In der Justiz haben wir die ersten beiden Public-Private-Partnership-Projekte - PPP-Projekte -, die im Hochbau als Probe laufen.

Der Haushaltsausschuss hat sich letzte Woche die neue JVA Stadelheim für Frauen und Jugend angesehen. Sie wird in Kürze in Betrieb gehen. Wir werden mit der Realisierung der Justizvollzugsanstalt in Augsburg beginnen.

Bei meinen Diskussionen im Ausschuss und mit der Verwaltung - der Obersten Baubehörde, im Justiz- und dem Finanzministerium - äußerte ich die Bitte: Gehen wir an die PPP-Projekte ohne Vorbehalte heran. Es handelt sich um zwei Testläufe. Man hat bestimmte Erwartungen. Manche Diskussionen zeigen, dass es bestimmten Leuten darum geht, die Probleme, die bei neuen Projekten auftreten, als Argumente darzulegen, warum ein solches Projekt scheitern muss. Man kann eine solche Diskussion unter dem Gesichtspunkt führen, Argumente für das Scheitern zu suchen. Man kann die Diskussion aber auch unter dem Gesichtspunkt führen, etwas optimieren zu können. Geben Sie den PPP-Projekten im Hoch- und im Tiefbau eine realistische Chance. Ich bin der Meinung, Sie haben diese Chance verdient. Die CSU-Fraktion wird alles daran setzen, zu beweisen, dass das ein zukunftsfähiges Modell zur Finanzierung von staatlichen Ausgaben ist. Eines habe ich in der gesamten Haushaltsberatung erkannt; denn ich höre der Opposition aufmerksam zu. Die Lösung des Zielkonflikts haben Sie uns bisher nicht dargelegt.

(Beifall bei der CSU)

Bis jetzt ist es so: Auf der einen Seite fordern Sie - nicht nur für den Justizhaushalt, sondern für alle Bereiche - mehr Stellen und mehr Ausgaben. Andererseits stehen Sie positiv zu sparsamen Haushalten. Sie wollen die Bürger nicht belasten. Das alles sind wunderbare Forderungen. Vielleicht könnte aber im Rahmen der gesamten Haushaltsdebatte ein Mitglied der Opposition hervortreten und kundtun, wie dieser Zielkonflikt gelöst werden soll. Ansonsten ist zu sagen: Ihre Politik ist unseriös. Sie gaukeln den Menschen etwas vor.

(Zuruf von der SPD: Stichwort Steuerentlastung!)

- Kommen Sie her. Ich habe Sie aufgefordert, das darzulegen.

Wir sind diejenigen, die regelmäßig sagen, es gäbe mehr Wünsche, diese seien aber nicht realisierbar. Das Einzige, worum ich Sie bitte, ist, uns zu erklären, wenn Sie in einem Ressort mehr Ausgaben wollen, wo Sie einsparen. Das ist ein ganz frommer Wunsch, dies darzulegen.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten war das Stichwort "Entlastung der Bürger". In der Situation, in der die Haushalte deutschlandweit explodieren, ist es das Gebot der Stunde, haushaltstechnisch seriös zu handeln.

Nachdem wir heute den Haushalt zur Justiz und zum Verbraucherschutz beraten, schließe ich eine Anmerkung zum Verbraucherschutz an. Meine Damen und Herren, Sie dürfen den Verbraucherschutz in der heutigen Zeit nicht als ideologisches Vehikel verwenden. Verbraucherschutz, um Menschen zu bevormunden und ihnen zu erklären, was sie zu machen oder zu unterlassen haben, ist nicht der richtige Weg.

(Christine Stahl (GRÜNE): Wer will denn das?)

Verbraucherschutz darf keine Ersatzideologie werden. Wir können uns gerne bei den thematischen Bereichen darauf einlassen, inwieweit über den Verbraucherschutz den Menschen Vorgaben der eigenen Vorstellungen gemacht werden. Mein Credo ist: Die Bürger müssen entsprechend ihrer eigenen Verantwortung Transparenz und Informationen bekommen. Es darf keinen Zielkonflikt geben, dass am Montag bürokratische Monster bekämpft werden und am Dienstag neue geschaffen werden. Das ist kein effizienter Verbraucherschutz für die Menschen und für die Unternehmen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Wer will das denn?)

- Frau Kollegin, Sie können sich darauf verlassen, dass ich dann, wenn die entsprechenden Vorschläge und Initiativen kommen, Sie darauf hinweisen werde. Dann können Sie mir erklären, ob das mehr oder weniger Bürokratie ist und inwieweit der Verbraucher

ideologisch bevormundet wird. Das ist mein Wunsch an das neue Gebiet im Justizministerium, Frau Ministerin. Die CSU-Fraktion wird gemeinsam mit Ihnen daran arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Kollege Bernhard Pohl das Wort. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu früheren Zeiten waren die Bereiche innere Sicherheit und Rechtspolitik einmal das Markenzeichen der CSU. Heute ist das Profil der CSU ein Gemischtwarenladen. Das Profil der CSU wechselt wie die Farben in der Allianz-Arena am Abend.

(Erwin Huber (CSU): Immer noch besser als bei den Freien Wählern!)

- Herr Kollege Huber, zu Ihren Zeiten war natürlich alles besser. Aber diese Zeiten sind eine Zeitlang vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Seit dieser Legislaturperiode, meine Damen und Herren, zeigt sich der Gemischtwarenladen auch im Ressort des Justizministeriums; denn man hat, weil das Justizministerium für sich genommen als zu unbedeutend angesehen wird, auch den Verbraucherschutz hinzugenommen. Man könnte auch sagen, man will eine Ministerin zur Superministerin hochstilisieren. Man hat ihr neben dem Bereich der Justiz auch den Verbraucherschutz gegeben. Unsere Superministerin setzt aber falsche Schwerpunkte; denn der Begriff Justiz wird ganz klein geschrieben. Ganz groß prangt nun über dem Ministerium der Verbraucherschutz. Die Belange der Justiz müssen dahinter zurücktreten.

Der Bedeutungsschwund der Justiz innerhalb der CSU hat sich in den vergangenen Jahren schon deutlich gezeigt. Ich beklage nach wie vor die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts, eines Markenzeichens bayerischer Justiz. Ich nenne Professor Dr. Hans Putzo oder Professor Dr. Walter Odersky, der Präsident des Baye-

rischen Obersten Landesgerichts war und später Präsident des Bundesgerichtshofs wurde. Das sind exzellente Richter, exzellente Wissenschaftler, die das Bayerische Oberste Landesgericht hervorgebracht hat. Dieses Markenzeichen, diesen Exportschlag rationalisieren wir weg, weil damit eine Million Euro im Jahr eingespart werden. Daran sieht man schon die Durchsetzungsfähigkeit einer Justizministerin innerhalb eines Kabinetts und deren Stellenwert.

Wenn Sie sich ansehen, wie wir anfangs der Legislaturperiode die Vorsitze der Ausschüsse verteilt haben, erkennen Sie, dass es kein Zufall ist, dass die CSU weder den Vorsitz im Innenausschuss noch den Vorsitz im Justizausschuss haben wollte, sondern andere Prioritäten gesetzt hat.

Sichtbarstes Zeichen dieses Bedeutungsverlustes der Justiz ist die Personalausstattung. Ja, Frau Justizministerin, Sie haben gekämpft; das glaube ich Ihnen, Sie sagen, Sie hätten sich mehr vorstellen können. Es ehrt Sie, dass Sie die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben. Aber Sie haben verloren. Seit 1998 sind es 15 Richterstellen weniger. Von 2007 auf 2008 waren es dann 7,4 Stellen mehr; das ist eine Steigerung um 0,37 %. Davor waren es 15 Richter weniger! Aber der Verbraucherlotse ist der große Wurf; das freut Sie selbstverständlich. Der Verbraucherlotse steht an erster Stelle in diesem Ministerium. Dass wir demgegenüber vielleicht darüber nachdenken sollten, die Zahl der Richterstellen zu erhöhen, weil die Richter mit ihrer Arbeit nicht mehr zurande kommen und weil die Staatsanwaltschaften überlastet sind und damit natürlich auch die Qualität mittel- und langfristig leidet, das wird nicht gesehen. Das wird einfach negiert.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW))

Eine funktionierende Justiz - da rede ich nicht nur von der Strafjustiz, sondern auch von der Zivilgerichtsbarkeit, die so gut wie gar nicht in Ihrem Vortrag vorkam, Frau Justizministerin - ist und bleibt ein wichtiger Standortfaktor auch für die Wirtschaft. Sie wissen, was es bedeutet, fünf Jahre in langwierigen Verhandlungen zu stecken, wie das im europäischen Ausland teilweise der Fall ist.

Wir haben eine gut funktionierende Justiz und wir sollten diese gut funktionierende Justiz hegen und pflegen, damit nicht in ein paar Jahren das böse Erwachen kommt. Die Richter und Staatsanwälte haben immer mehr Aufgaben zu bewältigen und immer höhere Belastungen zu tragen. Und wie hat man das in den vergangenen Jahren kompensiert? Durch den Abbau von Verfahrensrechten! Ist das eine Lösung, meine Damen und Herren? Ist es eine Lösung, dass man Verfahrensrechte insbesondere in den Rechtsmittelzügen beschneidet? Ist das die Lösung? Ich sage: Nein.

Ich fand es bedrückend, dass Sie die Anregung in unserem Antrag, die Sache Landesbank, das Strafverfahren gegen die Verantwortlichen der Landesbank, zur Chefsache zu erklären, abgelehnt und gesagt haben, Nein, das wollen wir nicht. Die Mehrheit in diesem Hohen Hause hat diesen Antrag abgelehnt. Die Causa Landesbank ist nicht Chefsache, wohl aber der Verbraucherlotse. Das ist die falsche Schwerpunktsetzung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Riesenbeifall!)

Die Justiz ist Kernbereich unserer Landespolitik. Der Stellenwert der Justiz muss wieder erhöht werden. Herr Kollege Radwan, ich gebe Ihnen durchaus recht, wenn Sie sagen, über den Verbraucherschutz darf es keine ideologische Auseinandersetzung geben. Wenn Sie sich dafür einsetzen, dass man die überbordende Bürokratie im Auge hat, dann bin ich voll bei Ihnen. Erklären Sie das bitte dann auch der Justizministerin. Sie will ein neues Klageverfahren. Wenn in einem Supermarkt in den Zahnpastatuben 10 mg zu wenig enthalten sind, dann muss nicht mehr der Einzelne klagen, sondern man kann sich zusammenschließen. Meine Damen und Herren! Die Zahnpastatube gegen das Desaster bei der Landesbank - ist das die richtige Schwerpunktsetzung?

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe von der CSU)

- Ich sehe, dass Sie nervös werden.

(Heiterkeit und Lachen bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Da müssen Sie aber früher aufstehen!)

- Es ist schön, dass ich Sie jetzt aus Ihrem Dornröschenschlaf habe wecken können.

(Zurufe von der CSU)

Vielleicht denken Sie jetzt über die Frage der richtigen Schwerpunktsetzung nach; denn es ist wirklich bedauerlich und zum Weinen, dass man davor nach wie vor die Augen verschließt.

Wir haben den Antrag gestellt, die Gelder für das sogenannte Jugendgericht zu erhöhen. Wir meinen das Experiment, bei dem Jugendliche über die Straftaten Gleichaltriger beraten. Wir haben beantragt, statt 60 000 Euro 120 000 Euro in den Haushalt einzustellen. Das ist natürlich abgelehnt worden; Sie haben über diesen Vorschlag nicht einmal nachgedacht, sondern lediglich reflexhaft gesagt: Er kommt von der falschen Seite. Wahrscheinlich werden wir irgendwann in den nächsten Monaten einen gleichlautenden Antrag von Ihnen bekommen, sowie es viel zu häufig der Fall in diesem Hohen Hause ist.

(Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, ich stelle abschließend fest, das Justizressort ist ein Kernressort. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Wir müssen die richtigen Schwerpunkte setzen. Es kann nicht sein, die Staatsanwaltschaften so zu überlasten, dass es am Rande des rechtsstaatlich Vertretbaren ist. Die Staatsanwaltschaften müssen Diebstahlsfälle innerhalb einer halben Stunde bearbeiten. Das geht nicht.

(Zuruf von der SPD: Fünf Minuten sind das nur!)

Gerechtigkeit, schnelles Recht und verlässliches Recht sind der wesentliche Standortfaktor. Ich sagte es bereits. Derjenige, der hierher kommt und sich als Unternehmer

niederlässt, muss auf unsere Rechtsordnung und auf die Durchsetzung seiner Rechte vertrauen können. Dazu brauchen wir eine ordentliche Personalausstattung.

Leider haben wir bei diesem Doppelhaushalt die Chance verpasst, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Ich hoffe, dass uns dies im nächsten Doppelhaushalt gelingt. Diesem vorliegenden Haushalt jedenfalls können wir nicht zustimmen; denn dieser Haushalt setzt leider die falschen Schwerpunkte. Er negiert, dass im Kern der Justiz immer noch Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger stehen, und diese gehen leider leer aus.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege Pohl. Als Nächste hat Frau Kollegin Christine Stahl das Wort.

(Abgeordnete Christine Stahl (GRÜNE) senkt das Rednerpult ab)

Christine Stahl (GRÜNE): Ich wusste gar nicht, dass Herr Kollege Pohl so groß ist. Das dauert aber. Bitte, Herr Präsident, nicht auf die Redezeit anrechnen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, wir sind heute großzügig.

Christine Stahl (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Herren und Damen! Was soll die Justiz leisten? - Sie soll Sachverhalte aufklären, sie soll in Unabhängigkeit zügig und fundiert Recht sprechen, sie soll für einen gerechten Ausgleich sorgen und für unter Umständen gerechte Sanktionen. Sie soll aber auch präventiv tätig sein oder gegebenenfalls Resozialisierung ermöglichen. Sie soll auch für den notwendigen Schutz von Opfern sorgen. Das ist eine sehr lange Liste, fürwahr, aber auch eine banale Liste, und doch halte ich die Aufzählung für dringend geboten; denn wir müssen genau diese Aufgaben bei der Haushaltsdebatte wieder etwas stärker ins Bewusstsein rücken.

Gleichzeitig muss ich diese Aufzählung natürlich mit der Frage verbinden: Kann die bayerische Justiz das alles noch leisten? Wir sind der Meinung: In diesem Umfang kann sie das nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Bürgerinnen und Bürger setzten Ende des letzten Jahres nach den Wahlen große Hoffnungen in einen Neuanfang bei der CSU mit einem neuen Ministerpräsidenten, der in der vierten Leitlinie seiner Regierungserklärung verkündete: Wir brauchen einen starken Staat. Konkret zur Justiz sagte er: In dieser Legislaturperiode werden wir die Justiz um 400 Stellen für Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbeamten verstärken.

So der Ministerpräsident. Ich will heute nicht das Staatsverständnis des Herrn Ministerpräsidenten diskutieren, das mir befremdlich erscheint. - Es erscheint mir befremdlich, weil die Aufgaben der Justiz in dieser Regierungserklärung ausschließlich unter dem Blickwinkel diskutiert wurden, ob sie letztendlich der verlängerte Arm der Innenpolitik sein können, aber sie wurden nicht unter Demokratiegesichtspunkten diskutiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für diese Debatte bräuchten wir eine eigene Aussprache. Das kann ich in elf Minuten wirklich nicht leisten. Ich will heute im Rahmen des Justizhaushaltes nur darüber diskutieren, was von den Versprechungen im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung übrig geblieben ist. Am Beispiel der Ausstattung mit Richtern und Staatsanwaltschaften ist zu sehen, dass von den Versprechungen im Justizhaushalt bis heute wenig bis nichts angekommen ist. Ich hätte Herrn Ministerpräsidenten gerne gefragt, was er für ein Zeitverständnis hat. Wie lange dauert bei ihm eine Legislatur?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wenn wir die zehn Stellen zugrunde legen, die heute angekündigt wurden, brauchen wir 80 Jahre, um das Defizit auszugleichen.

(Unruhe)

Beim besten Willen und bei aller Liebe zur Rechtspolitik: Ich mag hier nicht 80 Jahre sitzen, um das Ende der Legislatur abzuwarten; denn dann bin ich 132 Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Überhaupt keine Ausführungen finden wir erstaunlicherweise zu einem weiteren Sicherheitsaspekt. Obwohl Ihnen die Sicherheit als soziales Grundrecht am Herzen liegen soll, finden wir kein Wort zur Resozialisierung, zur Therapie, zur Bewährungs- und Straftentlassenenhilfe. Genauso - pardon - sieht in diesen Bereichen der Haushalt aus. Sie haben es als Justizministerin - ich möchte Sie dafür ausdrücklich loben - anscheinend geschafft, Ihre Fraktion davon zu überzeugen, dass Therapie enorm wichtig und ein Garant für mehr Sicherheit ist, weil sie auch Resozialisierung bietet. Hier wurde sehr viel erreicht, jetzt auch mit dem Angebot einer verstärkten therapeutischen Arbeit mit psychisch kranken jugendlichen Straftätern.

Wenig bis kein Geld fließt aber auf der anderen Seite in die Bewährungs- und Straftentlassenenhilfe. Wenn man genau hinsieht, muss man feststellen, dass das wirklich eine fahrlässige Politik ist. Es gibt mittlerweile in München und Augsburg mehrere Überlastungsanzeigen von Bewährungshelfern und -helferinnen. Das halte ich für unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Durchschnittszahl an Probanden- es gibt Zahlen, die durchaus darüber liegen - beträgt 94 pro Bewährungshelferin oder -helfer. Echte Hilfe kann so nicht mehr geleistet werden. Qualitätsstandards, die einmal eingeführt wurden, gehen in Rauch auf. Arbeitszeiten bis 20.00 oder 21.00 Uhr sind keine Ausnahme. Somit wird das Geld, das mit der einen Hand sinnvollerweise für Therapie ausgegeben wird, mit der anderen Hand zum Fenster hinausgeworfen. Es genügt nicht, Straftäter ihre Haft absitzen zu lassen und vereinzelt persönliche Defizite dieser Menschen zu behandeln. Auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Der Strafvollzug muss sinnvoll und als Vorbereitung auf ein Leben ohne Strafe ausgestattet sein, und es muss auch eine Möglichkeit geben, die Betroffenen nach der Straftentlassung an die Hand zu nehmen. Sie brauchen Arbeit, Wohnung und Ausbildung, um nicht rückfällig zu werden.

Meine Herren und Damen, wohin will also die Justiz? Die Kritik der bayerischen Justizgewerkschaft, des Richtervereins, des Verbands bayerischer Rechtspfleger, der Gerichtsvollzieher und der Bewährungshilfe sollte Sie etwas stutzig machen; denn sie geht unisono in eine Richtung. Lieber Herr Kollege Radwan, es geht auch nicht darum, mal eben Stellen zu fordern, sondern es geht um die Funktionstüchtigkeit der dritten Säule in unserem Staat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat für uns eine andere Wertigkeit als für Sie. Wir müssen uns darum kümmern, dass wir das finanzieren. Nachdem ich hier gestern gehört habe, dass Geld für ein Uniklinikum in Augsburg da ist, obwohl es Überkapazitäten gibt, und anscheinend Geld für ein Museum für bayerische Geschichte da ist, dann darf ich mich auch hier herstellen, Herr Radwan, Frau Justizministerin, und Stellen für die Justiz fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Merk, Sie haben sowohl im Haushaltsausschuss als auch heute hier versucht, Zuversicht zu verbreiten. Sie haben am Ende aber nur Mangelwirtschaft verkündet. Sie versprechen zwar Änderungen und verpacken diese in positives Denken, aber positives Denken nützt wie Warzenbesprechung herzlich wenig. Man muss auch etwas tun.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte einige kleine Beispiele nennen. Ich erwähne das Modell der Schülergremien und Team Courts. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie man an Schulen mit kleineren Delikten umgehen kann. Sie möchten zwar eine Ausweitung - dafür sind wir auch -, aber es wird dafür natürlich kein Geld in Aussicht gestellt.

Ich halte es für sehr problematisch, dass die Mittel für Aus- und Fortbildung von Betreuern und Betreuerinnen und für die Gefangenenbeförderung nicht aufgestockt werden. Auch das ist ein Problem. An uns wird immer wieder die Bitte herangetragen, Ausgang zu bekommen oder verlegt zu werden. Dafür gibt es relativ wenig Geld. Es gibt aber

stattdessen unglaublich viel Geld für Verlegungen von Behörden und Ämtern. Für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen gibt es 80 neue Stellen. Ich habe mir im ersten Moment auch gedacht, dass das wunderbar ist. Wenn man aber sieht, dass insgesamt 200 geprüfte Gerichtsvollzieher und -vollzieherinnen noch nicht anerkannt sind, muss man feststellen, dass die neuen Stellen eben noch lange nicht ausreichen.

Nach vier Monaten können wir noch nicht sehr viel über Ihre Aktivitäten als Justizministerin im rechtlichen Verbraucherschutz sagen. Ich will das auch noch nicht zu heftig beurteilen. Sie haben in Ihrer Pressekonferenz Handlungsfelder aufgezeigt. Man darf damit aber nicht verschleiern, dass im Verbraucherschutz auf Bundes- und Landesebene ein Stillstand eingetreten ist. Die Bürger und Bürgerinnen werden in ihrem Kampf gegen Monopolisten, bei Stromkonzernen angefangen über Banken bis hin zur Bahn, allein gelassen. Informationsrechte sind nur Scheinrechte. Ich denke dabei an das Verbraucherinformationsgesetz. Herr Radwan, darüber können wir uns gerne einmal austauschen. Da müsste man die Rechte der Verbraucher stärken. Da geht es nicht um Ideologie, auch nicht um Bürokratie, sondern um Rechte der Bürger und Bürgerinnen, die wissen wollen, was sie kaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verbraucherverbände bleiben trotz einer Aufstockung unterfinanziert. Selbsthilfegruppen werden, wenn ich das im Haushalt richtig gelesen habe - vielleicht können Sie dazu noch ein Wort sagen - nicht weiter berücksichtigt. Neu sind jetzt die Verbraucherlotsen.

Ich hätte mir gewünscht, dass der Datenschutz, der einen großen Teil der Verbraucherschutzrechte ausmacht, auch bei Ihnen angesiedelt worden wäre. Ich finde es ausgesprochen bedauerlich, dass er hauptsächlich unter Sicherheitsgesichtspunkten im Innenministerium vor sich hin vegetiert. Als Ministerpräsident Seehofer noch in Berlin für das Thema zuständig war, gab es außer Wunschenken nur wenig, Verbesserungen

auf jeden Fall nicht. Seine Nachfolgerin Ilse Aigner steht ihm im Wunschdenken, das sie auf Pressekonferenzen verkündet, in nichts nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Frau Merk, machen Sie es beim Verbraucherschutz besser! Unsere Unterstützung haben Sie. Wir bieten Ihnen nicht nur den kleinen Finger, sondern tatsächlich die von Ihnen geforderte ganze Hand. Die mediale Aufmerksamkeit wird sich heute dennoch auf den Bildungshaushalt konzentrieren. Wir aber, die hier Rechtspolitik machen, dürfen darüber die dritte Säule in unserer Demokratie nicht vergessen. Meine Herren und Damen von der Regierungsseite, sorgen Sie sich um unsere Justiz, um die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die Arbeitsfähigkeit der Justiz. Im Jahr 2008 hatten wir 14.504 Hafttage zu entschädigen. 14.504 Hafttage! Ich möchte nicht erleben, dass der Topf mit 5,3 Millionen Euro wegen Haftentschädigungen und Schadenersatzzahlungen aufgrund falscher Strafverfolgungsmaßnahmen aufgestockt werden muss, weil die Justiz ihre Arbeit sonst nicht mehr tun kann.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stahl. Sie haben es geschafft, Ihre Zeit punktgenau auszunützen. Als nächster Redner ist Herr Kollege Klein dran. Bitte schön, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Aufstellung des Einzelplans 04 muss man, so denke ich, einige Voraussetzungen beachten. Zum einen wird bei vielen Fällen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, immer wieder nach neuen Gesetzen gerufen. Wir müssen aber vielfach feststellen, dass es sich doch weniger um ein Gesetzesdefizit als um ein Vollzugsdefizit handelt. Das ist die eine Determinante, die wir bei der Aufstellung des Einzelplans 04 vor Augen haben müssen.

Die Prävention ist die zweite Determinante, die hier schon oft angesprochen worden ist. Im Bereich des Einzelplans 04 kommt natürlich vieles an, was vorher versäumt wurde,

etwa in den Schulen oder Kindergärten. Kollege Schindler spricht davon, dass der Justizhaushalt kein Schwerpunktthema der neuen Regierungskoalition sei. Darauf möchte ich ihm antworten: Wir machen den Versuch, bereits vorher einzugreifen, um später die Justiz zu entlasten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auch die Themen internationale Kriminalität und Wirtschaftskriminalität wurden bereits zu Recht angesprochen. Aber hier muss man doch, wie ich denke, realistisch sein und sagen: Diese Probleme kann der Freistaat allein mit seinem Justizministerium und den vielen, sicher engagierten Beamten, nicht lösen. Allerdings sind wir alle aufgefordert, auch auf höheren Ebenen dafür zu sorgen, dass es ordentliche Regeln gibt, zum Beispiel im Finanzmarkt, der angesprochen wurde, aber auch in anderen Bereichen. Diese Probleme können wir nicht allein auf das Justizministerium herunterbrechen.

Wir diskutieren hier über ein Plus von 4,9 % in 2009 und 2,6 % für 2010. Angesichts dieser Zuwächse kann ich nicht nachvollziehen, wie Herr Pohl darauf kommt, wir ließen den Einzelplan des Staatsministeriums der Justiz in die Bedeutungslosigkeit abfallen. Das ist vielleicht etwas weit hergeholt. Ich hätte dafür noch ein gewisses Verständnis, wenn SPD und GRÜNE hier mehr fordern oder sagen würden, dass die Schwerpunkte nicht richtig gesetzt worden seien. Dafür könnte man aufgrund der Antragslage ein gewisses Verständnis haben.

(Franz Schindler (SPD): Danke!)

Aber angesichts der Anträge der Freien Wähler kann ich nicht ganz nachvollziehen, dass sie uns vorwerfen, wir setzten die falschen Schwerpunkte; denn die Freien Wähler setzen selber ja nicht mal mehr Schwerpunkte in ihren eigenen Anträgen.

(Beifall bei der FDP)

1.300 Stellenhebungen sind im Entwurf des Einzelplans enthalten. Wir schaffen neue Stellen - zwar noch nicht alle, die wir vereinbart haben, aber doch einen großen Anteil.

Das sollte schon honoriert werden. Das wird zur Entlastung und zur Abwehr des Vollzugsdefizits im Bereich der Justiz führen. Zu Recht ist hier schon die gute Arbeit - dem möchten wir uns absolut anschließen - der Angestellten und der Beamten an den Gerichten, in den Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten angesprochen worden. Wenn man sagt, dass die Arbeit gut läuft, kann man gerechterweise aber das Justizministerium und die Justizministerin doch nicht ausnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. So viel Fairness, denke ich, muss dann eben auch sein, nicht alles auf die Justizministerin abzuwälzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein Thema möchte ich am Beginn der Diskussion über die Einzelpläne anmerken; vielleicht kocht das Thema dann später nicht immer wieder hoch. Wir haben natürlich das Problem mit der Landesbank. Aber wenn die Freien Wähler jetzt einfordern, dass wir deswegen jegliche sonstige Aktivität der Landesregierung einstellen und dass sich alle Minister, alle Beamten, alle Angestellten nur noch um die Landesbank kümmern sollen, dass wir praktisch das Regierungshandeln komplett einstellen sollen, wäre das sicherlich eine falsche Schwerpunktsetzung. Das ist sicherlich nicht das, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten. Deshalb kann ich die Kritik von Herrn Pohl daran, dass die Justizministerin sich auch um andere Themen kümmern möchte als um die Landesbank, nicht so recht verstehen.

(Tanja Schweiger (FW): Zuhören!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Gern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Reichhart (FW): Herr Kollege Klein, sind Sie der Meinung, dass die Anzahl der abgelehnten Anträge die Richtung der Politik bestimmen kann?

Karsten Klein (FDP): Ich denke schon, lieber Kollege, dass Ihre Anträge Ihre politischen Absichten zum Ausdruck bringen. Das ist zumindest mein Verständnis Ihrer Arbeit. Wenn Sie aber kritisieren, dass wir falsche Schwerpunkte setzen, ohne selbst Alternativen anzubieten, kann ich Ihrer Kritik nicht ganz folgen.

Der dritte Punkt meiner Ausführungen ist, dass man sich auch anschauen sollte, was innerhalb der Justiz passiert.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hier wird einiges im Bereich der Gefangenenpflege geleistet. Wir erhöhen hier die Ansätze. Uns ist klar, dass in den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten noch nachgebessert werden muss. Kollege Radwan hat die PPP-Modelle zu Recht angesprochen. Diese sollten wir wirklich sachlich und unvoreingenommen diskutieren, anstatt am Anfang der Debatte schon Schnellschüsse abzugeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Einzelplan ist ein erster guter Schritt in Richtung auf das Ziel, das wir erreichen wollen. Sicherlich werden wir die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag am Ende der Legislaturperiode erreichen können, das Justizvollzugsdefizit abbauen, um weitere Schritte tun zu können. Wir werden dem Einzelplan selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Klein. Als Nächste hat Kollegin Guttenberger das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eine funktionierende Rechtsprechung ist ein Gut, das für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger von unschätzbarem Wert ist. Das Vertrauen in objektive und zuverlässige Hilfe ist ein Stück Lebensqualität. Dieser Tatsache wird man sich häufig erst dann bewusst, wenn es zum Konflikt gekommen ist. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land wird wesentlich davon bestimmt, dass nicht nur Vertrauen in die Rechtsprechung

als solche besteht, sondern auch dadurch, dass die Menschen darauf vertrauen können, dass Täter und Täterinnen ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Hinzu kommt - und das, würde ich sagen, ist das Wichtigste für unser Gemeinwesen -, dass diese nicht später erneut als Straftäter und Straftäterinnen auffällig werden.

Gerade im Bereich des Justizvollzugs bestand und besteht hoher Bedarf. Ursache dafür sind Überbelegung und natürlich auch die Tatsache, dass inzwischen im Justizvollzug ein anderes Täterklientel zu finden ist. Der Justizvollzug sieht sich zunehmend gefährlicheren Tätern gegenüber, die jederzeit gewaltbereit, behandlungsunwillig, durch Drogenkonsum vorgeschädigt oder sozialisierungsgeschädigt sind. Sie sieht sich auch Tätern gegenüber, die Kontakte zur Organisierten Kriminalität haben.

In den 36 Justizvollzugsanstalten befinden sich derzeit 250 Gefangene mit lebenslangen Haftstrafen, 700 Gefangene mit Verurteilungen wegen Sexualstraftaten und circa 1.600 Gefangene mit Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Ein besonderes Problem bilden Gefangene, die den sogenannten Russlanddeutschen zuzurechnen sind und sich dadurch auszeichnen, dass sie signifikant gewaltbereit sind und häufig Kontakte im Bereiche der Organisierten Kriminalität haben.

Die Fertigstellung des dritten Bauabschnittes der Justizvollzugsanstalt Landshut, die Inbetriebnahme der Frauenabteilung und Jugendarrestanstalt München Mitte 2009 sowie die Neubauvorhaben der Justizvollzugsanstalt Augsburg schaffen kurz- und mittelfristig 610 zusätzliche Haftplätze. Die logische Konsequenz daraus ist, dass auch der Personalbedarf entsprechend steigt. Wir sehen deshalb die Schwerpunktbildung im Haushalt 2009/2010 im Bereich der Justizvollzugsanstalten als logische Konsequenz an.

80 Stellen für den Ausbau für Sozialtherapie sind für uns ein großer und wichtiger Beitrag zur Resozialisierung. Sozialtherapie heißt, dass sich der Täter, die Täterin mit der eigenen Tat und mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt, mit dem Opfer einen Ausgleich sucht und letztlich anhand dessen, orientiert an den eigenen Defiziten, den Aufbruch in die Zukunft sucht. Das ist ein immens wichtiger und - wie sich zeigt - auch

sehr erfolgreicher Beitrag zur Resozialisierung. 30 weitere Stellen gehen an den Jugendstrafvollzug und 92 Stellen an die neue Justizvollzugsanstalt Augsburg. Ich vermag beim besten Willen nicht zu erkennen, wo hier eine falsche Schwerpunktsetzung erfolgt sein soll. Gleiches gilt für die 12 Stellen zur Verstärkung des Personals im Nachtdienst.

Ich verhehle natürlich nicht, dass wir uns in allen Bereichen mehr Stellen gewünscht hätten. Meine Vorredner - Herr Kollege Radwan und Herr Kollege Klein - haben bereits ausgeführt: Wir wollen möglichst geringe Steuerbelastungen für die Bürger. Wir wollen in allen Bereichen mehr Stellen. Aber bei der Frage, wie diese Stellen durch Umschichtungen erreicht oder finanziert werden sollen, bleiben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, immer sehr zurückhaltend.

Ich sage ganz klar: Eine Neuverschuldung ist akzeptabel, wenn es darum geht, eine kurzfristige Notsituation zu überwinden. Eine Neuverschuldung, um bestehende staatliche Aufgaben lang-, mittel- oder kurzfristig zu finanzieren, wäre jedoch nicht zielführend; denn alle Steuermittel können nur einmal ausgegeben werden. Jede Neuverschuldung muss irgendwann von irgendeiner Generation zurückgezahlt werden.

Wir haben damals - viele Kollegen und Kolleginnen, die auch heute hier sind, waren zu dieser Zeit schon im Landtag - den schweren Weg der Schaffung eines Haushalts ohne Neuverschuldung auf uns genommen. Das war nicht einfach und in manchen Bereichen mit schweren Einschnitten verbunden. Wir haben das dennoch getan mit der Folge, dass wir heute noch handlungsfähig sind. Wir können einen Haushalt aufstellen und darin Schwerpunkte setzen. Wir müssen dazu keine neuen Schulden aufnehmen.

(Maria Noichl (SPD): 10 Milliarden Euro!)

- Frau Kollegin, hätten Sie mir zugehört, wüssten Sie, dass ich von Notsituationen gesprochen habe und in solchen Fällen angemessene Reaktionen nicht für falsch halte.

Wir haben einen klaren Schwerpunkt auf die Resozialisierung im Justizvollzug gesetzt. Ich sehe jedoch ein Problem - da bin ich mit meinen Vorrednern einer Meinung: Wenn

Gefangene entlassen werden, muss eine kompetente Bewährungshilfe zur Verfügung stehen. Dafür sind 15 neue Stellen geschaffen worden. Ich kann diese Schwerpunktsetzung nicht als falsch ansehen.

Leider wurde bislang mit keiner Silbe erwähnt, dass in allen Bereichen der Justiz eine Strukturverbesserung erfolgt ist.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch nicht wahr!)

In diesem Haushalt sind Beförderungsstellen und Stellenhebungen vorgesehen. Dies gilt für alle Felder, vom Rechtspflegedienst über den Justizwachtmeisterdienst bis zu den Justizfachwirten. Für diese Bediensteten sind Stellenhebungen möglich. Damit sind zwar keine neuen Stellen geschaffen worden, aber die Struktur wurde wesentlich verbessert. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

Ich möchte mich nicht um das Thema Richterstellen herumdrücken. Ich weiß, dass zehn Stellen in zwei Jahren weniger sind, als wir uns wünschen. Haushaltserfordernisse und insbesondere bestimmte Schwerpunktsetzungen haben jedoch im Doppelhaushalt keinen weiteren Spielraum gelassen. Das bedeutet aber - darauf lege ich mich als Rechtspolitikerin fest -, dass dieses Thema beim nächsten Doppelhaushalt völlig anders behandelt werden muss.

Wir sollten aber bei der Realität bleiben: Herr Kollege Radwan hat sehr deutlich ausgeführt, dass unsere Justiz im Bundesdurchschnitt führend ist, weil dort hoch motivierte Menschen arbeiten, die aufgrund ihrer ganz besonderen Qualität und der damit verbundenen Effizienz Hervorragendes leisten. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich ganz herzlich bei den Bediensteten zu bedanken, nicht nur bei den Richtern und Richterinnen und den Staatsanwälten und Staatsanwältinnen, sondern bei allen Bediensteten der Justiz. Sie leisten Herausragendes für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte jetzt auf das Thema Justiz Nürnberg eingehen, das Herr Kollege Schindler gestreift hat. Wir alle haben den Bericht zu diesem Thema im Ausschuss gehört und wissen, dass diese Fehlleistung nicht am Personalmangel lag. Wir wissen, dass alle Richter in etwa gleich belastet waren. Ich sage es ganz direkt: Wo Menschen arbeiten, können leider auch Fehler passieren. Diese Fehlleistung jedoch auf die mangelnde Schwerpunktsetzung bei den Richtern zurückzuführen, halte ich für gewagt, um es einmal so auszudrücken.

Abschließend möchte ich auf den Verbraucherschutz eingehen. Der Verbraucherschutz ist für uns eine wichtige Querschnittsaufgabe. Ich kann das Argument, dass nicht alles in der Justiz zentriert sei, nicht mehr hören. Hätten wir den Verbraucherschutz bei einem anderen Ministerium angesiedelt, wäre er dort auch nicht zentriert gewesen, weil es im Wesen des Verbraucherschutzes liegt, dass er eine Querschnittsaufgabe ist. Ich halte die Einführung eines Verbraucherlotsen für einen ersten wichtigen Schritt, um dieses Thema voranzutreiben. Wir werden diese Maßnahme kontinuierlich ergänzen und begleiten. In der Zukunft wollen wir die eigene Verwaltung hinsichtlich ihrer Bürger- und Verbraucherfreundlichkeit überprüfen. Dazu gehört für uns, dass Rechtsbehelfsbelegungen in Zukunft wesentlich deutlicher sein müssen, als das bisher der Fall war.

Wir wollen außerdem eine wesentlich verständlichere Sprache als die, die bislang in den Gesetzestexten und Bescheiden verwandt wird. Wir wollen auch viele Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Kompetenz des Bürgers zu stärken. Der Bürger soll die Möglichkeit haben, sich selbst sehr viel besser zu schützen, als er dies heute aus Gründen der Unkenntnis vermag. Wir gehen davon aus, dass mit der Einführung des Verbraucherlotsen ein ganz hervorragender erster und wichtiger Schritt getan wurde. Das kann natürlich nicht das Ende der Fahnenstange sein. Das ist vielmehr der Beginn eines langen und sicher auch erfolgreichen Weges.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zu einer abschließenden Bemerkung hat jetzt Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Liebe Kollegen und Kolleginnen, Hohes Präsidium! Die Zeit ist knapp. Dennoch wurde heute eine sehr gute und intensive Debatte geführt. Ich möchte jetzt nicht auf die Wortmeldungen eingehen, die man als populistisch und ironisch bezeichnen kann. Ich finde es schade, dass Herr Kollege Pohl die Ausführungen der anderen Redner nicht mit angehört hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kurz zu Ihnen, Herr Kollege Schindler: Als Justizministerin stehe ich in der Verantwortung. Ich muss entscheiden, wo die Schwerpunkte liegen, wenn es um die Sicherheit geht. Wenn man seine Schwerpunkte nicht nach den Wünschen, sondern nach der Sicherheit setzt, dann muss der Schwerpunkt beim Vollzug gesetzt werden, wie ich das getan habe. Herr Kollege Schindler, Sie haben mich angegriffen. Ich halte das für unseriös, weil Sie es besser wissen. Sie wissen, dass mir die Justiz am Herzen liegt und dass es mir leid getan hat, die Stellen nicht gleichmäßig verteilen zu können.

Herr Kollege Schindler, Sie haben die Situation der Justizbediensteten richtig dargestellt. Sie wissen, dass die Belegungssituation und damit die Erschwernisse für unsere Bediensteten durch die Schaffung von mehr Haftplätzen entzerrt werden. Das ist ein enormer Vorteil.

Herr Kollege Radwan und Frau Kollegin Guttenberger haben gerade erklärt, dass wir die Richterstellen im nächsten Doppelhaushalt wieder in den Vordergrund stellen werden. Dafür bin ich den Kollegen sehr dankbar. Die Schaffung von 50 Stellen im vergangenen Jahr war enorm. Solche Maßnahmen wird es auch künftig geben. Ich weiß, dass die Kollegen diesbezüglich hinter mir stehen.

Nürnberg hat Frau Guttenberger angesprochen. Die Belastungsanzeige wurde selbstverständlich geprüft. Es wurde kurzfristig Entlastung gewährt, und man hat hinterher

festgestellt, dass die Schwierigkeiten nicht so wie dargestellt sind. Man hat die Angelegenheit inzwischen intern erledigt.

Frau Stahl möchte ich sagen: Ich bin wie Sie der Meinung, dass der Stellenwert der Bewährungshilfe und der Straftlassenenhilfe hoch ist. Ich kann Sie jetzt am Präsidiumstisch leider nicht ansehen, sonst entferne ich mich vom Mikrofon. Wir haben die Bewährungshilfe um 15 Stellen aufgestockt und die Straftlassenenhilfe um 10 %. Das sind zwar keine gewaltigen Beträge, aber immerhin Signale. Wir wissen, dass man hier etwas tun muss und dass wir hier auch in Zukunft einen Schwerpunkt setzen müssen. Das ist ein wichtiges Thema.

Der Verbraucherschutz ist für mich - das möchte ich hervorheben - ebenfalls so etwas wie ein Auftrag, die Balance zu halten. Man muss den Verbrauchern die Möglichkeit geben, sich bei Bedarf auch gegen die Industrie, wenn diese denn am längeren Hebel sitzt, wehren zu können. Es geht darum, darauf zu achten, dass der Verbraucher als Einzelperson und als der Kleinere im gesamten System die Hilfe des Staates erhält.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Selbsthilfegruppen haben wir bislang nicht unterstützt und werden wir auch in Zukunft nicht unterstützen, aber die Verbraucherverbände, die Verbraucherzentrale und der Verbraucherservice erhalten 3 Millionen Euro sowie zwei Juristen mehr. Das ist wichtig, weil wir die Beratung gerade im Bereich der Anlagen ausbauen und unterstützen wollen.

Mein großer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die Unterstützung geleistet haben. Man kann allerdings in einem Haushalt bzw. auch in mehreren Doppelhaushalten nicht das wettmachen, was wir an Zuwachs bei den Häftlingen 1991 bekommen haben. Seit 1991 haben wir ein Drittel mehr Häftlinge. Das bedeutet selbstverständlich, dass man mehr Haftplätze und Personal braucht und dass es Auswirkungen auf die Strafjustiz gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bleiben an dem Thema dran. Auch wenn uns 400 Stellen zugesagt worden sind, werden wir diese nicht alle im ersten Doppel-

haushalt verarbeiten können. Das ist leider Gottes so, aber wir haben getan, was möglich ist. Ich glaube, das kann sich allemal sehen lassen und wird eine deutliche Wirkung zeitigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin Dr. Merk. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/712 mit 715, 766 mit 778, 819, 840 und 890 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/947 zugrunde. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/947 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte, ich sich vom Platz zu erheben. - Ich stelle fest, das sind die Abgeordneten der CSU und der Freien Demokraten. Wer will dagegen stimmen? - Das sind die Abgeordneten der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dem Einzelplan 04 zugestimmt. - Stimmenthaltungen habe ich keine gesehen. Ich frage noch einmal zur Sicherheit: Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen." Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Zustimmung bei allen Fraktionen des Hauses.

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein! - Zuruf von der CSU: Das sind so wenige, die sieht man nicht! - Thomas Mütze (GRÜNE): Auch mal nach ganz links schauen!)

Ich stelle fest: Zustimmung bei CSU und FDP.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und bei SPD und Freien Wählern!)

Sie waren doch gerade dagegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nein, war ich nicht!)

Gut. Damit Sie zufrieden sind, frage ich noch einmal: Zustimmung? - Ich halte fest: Zustimmung bei CSU, FDP, SPD und Freien Wählern. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/947 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/840 und 16/890 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

- | | |
|---|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/712)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Mittel für die Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/713)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ernennung geprüfter Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/714)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
(Drs. 16/715)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/766)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/767)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;</p> | <p>hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Bewährungshelfer, Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/768)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für die Gerichtsvollzieher; Ausschöpfung Stellenobergrenzen; Beförderung; Verkürzung Wartezeit
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/769)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Einfacher Dienst - Justizwachmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/770)</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Mittlerer Dienst - Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und Tit. 422 01)
(Drs. 16/771)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
(Drs. 16/772)</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Fachambulanzen für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
(Drs. 16/773)</p> |
|---|---|

- | | |
|--|--|
| <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
Aufstiegsstellen und Beförderungsstruktur
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
(Drs. 16/774)</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
Regierungssekretäranwärter, Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst,
Oberwerkmeisteranwärter
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
(Drs. 16/775)</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Straftentlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
(Drs. 16/776)</p> | <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Projekt „Schwitzen statt Sitzen“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
(Drs. 16/777)</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittel für die Erprobung des Vollzugs der Jugendstrafe außerhalb von Jugendstrafvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 TG 71)
(Drs. 16/778)</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die kriminalpädagogischen Schülerprojekte
(Kap. 04 04 Tit. 533 03)
(Drs. 16/819)</p> |
|--|--|

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf.

Haushaltsplan 2009/2010;

**Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Unterricht und Kultus**

hierzu:

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/422 mit 16/438)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/460 mit 16/479)

und

Änderungsanträge

der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/497 mit 16/502)

und

Änderungsanträge

**von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/508 mit 16/510 und
16/580)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 15 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten und auf die FDP-Fraktion 13 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Herold das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz bewusst sage ich zu Beginn meiner Ausführungen: Heute ist ein guter und wichtiger Tag für unsere Schülerinnen und Schüler im Freistaat Bayern, und heute ist auch ein guter und wichtiger Tag für das Bildungsland Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Gerade die Tatsache, dass der Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus mit circa 9,13 Milliarden Euro im Jahr 2009 und mit circa 9,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 rund 23 % der Gesamtausgaben des Staates - ich wiederhole bewusst: rund 23 % - ausmacht, zeigt die große Bedeutung des Bereichs Bildung. Bayern ist und bleibt - gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen - das Bildungsland Nummer 1 in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Finanzminister Georg Fahrenschon hat bei seiner Einbringungsrede im Januar 2009 im Bayerischen Landtag den Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 als auf die Zukunft gerichtet, konjunkturgerecht und solide bezeichnet. Mit diesem Doppelhaushalt stellen wir in einer schwierigen Zeit die Weichen auf den Zukunftsfeldern Kinder, Bildung, Wirtschaft und Technologie in die richtige Richtung. Es war schon immer ein Kennzeichen der bayerischen Politik, aus Gutem noch Besseres zu machen. Dies gilt auch für die Bildungspolitik. Bei jeder Bildungsstudie befinden sich unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler im nationalen Spitzenfeld. Herr Pfaffmann, Sie lachen, aber Sie können die Fakten nicht verleugnen. Das heißt, die Leistungen unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler liegen auf einem sehr hohen Niveau. Dafür möchte ich heute von dieser Stelle aus auch ein besonderes Dankeschön an unsere tüchtigen Lehrerinnen und Lehrer aussprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen auch bei uns eine noch höhere Anerkennung der wichtigen Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade auch dieser Einzelplan 05 gibt eine Antwort auf die Frage, welche Aufträge sich aus dem Pisavergleich ergeben.

Erstens wollen wir ganz bewusst die Zahl der Wiederholer weiter reduzieren. Zweitens werden wir die Klassenstärken weiter senken. Drittens werden wir die Ganztagschule weiter ausbauen. Viertens müssen wir die Durchlässigkeit im bayerischen Schulwesen weiter erhöhen. Fünftens werden wir Kinder mit Migrationshintergrund noch besser fördern. Gerade auf diese großen Herausforderungen gehen wir mit diesem Doppelhaushalt 2009/2010 ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir in aller Kürze ein paar Aussagen zum Gesamtvolumen des Einzelplans 05. Das Gesamtvolumen beläuft sich im Haushaltsjahr 2009 auf eine Summe von 9,125 Milliarden Euro. Das bedeutet eine Erhöhung um 493 Millionen Euro oder 5,7 %. Das ist ein wichtiger Schritt in der Bildungspolitik des Freistaates Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wir sehen im Haushaltsjahr 2010 eine weitere Erhöhung auf ein Gesamtvolumen von 9,5 Milliarden Euro vor. Dies bedeutet eine weitere Steigerung um 373 Millionen Euro oder 4,1 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2009. Das ist ein wichtiger Beitrag für eine erfolgreiche Bildungspolitik im Freistaat Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in aller Kürze möchte ich auch ein paar Schwerpunkte dieses Doppelhaushalts 2009/2010 im Bereich der Bildungspolitik darstellen. Eine ganz wichtige Aufgabe ist der Ausbau der Ganztagschulen. Wir weiten die Zahl der Ganztagschulen erheblich aus.

(Eva Gottstein (FW): Ganztagsklassen!)

Zusammen mit den im Programm "Zukunft Bayern 2020" veranschlagten Mitteln werden wir 2009 und 2010 insgesamt bis zu 560 neue gebundene Ganztagschulen an Grund-, Haupt- und Förderschulen einrichten.

(Eva Gottstein (FW): Ganztagsklassen! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ahnungslos!)

In den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 werden wir über den bisherigen Beschluss hinaus zusätzliche gebundene Ganztagszüge einführen. Wir wollen jährlich an 100 Grundschulen, an 40 Fördergrundschulen und an 30 Förderhauptschulen Ganztagszüge einführen. Die gebundenen Ganztagsklassen werden mit zwölf Lehrerstunden in der Woche und 6.000 Euro ausgestattet.

Es wird auch ein bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagesbetreuung an Volksschulen und Förderschulen erfolgen. Dies bedeutet einen Anstieg der bezuschussten Gruppen auf bis zu 4.400 Gruppen an Grundschulen im Schuljahr 2010/2011 sowie auf bis zu 190 Gruppen an Förderschulen. Im Schuljahr 2010/2011 werden bis zu 3.000 Gruppen verlängert gefördert. Dies ist eine äußerst kinder- und familienfreundliche Politik. Dafür gilt unserem Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle genauso wie unserem Finanzminister Georg Fahrenschon ein besonderes Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Schwerpunkt ist die Senkung der Klassenhöchststärken. Damit verbunden sind auch neue Lehrerplanstellen. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die Senkung der Klassenhöchststärken mit Schülern mit Migrationshintergrund legen. Dafür schaffen wir im Einzelplan 05 in den beiden nächsten Jahren insgesamt 2.280 zusätzliche Lehrerplanstellen. Hinzu kommen weitere 458 Lehrerstellen aus dem Sonderprogramm "Zukunft Bayern 2020". Meine Damen und Herren, die Staatsregierung setzt hier in langer Tradition einen besonderen Schwerpunkt. Seit

Jahren stellen wir mit jedem Doppelhaushalt weitere Lehrerkapazitäten zur Verfügung. Allein zwischen den Schuljahren 2001/2002 und 2010/2011 gibt es Zuwächse um über 10.000 Lehrer. Im letzten Jahr waren es mehr als 1.000 zusätzliche Lehrer.

(Beifall bei der CSU - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): 2.700 hat die Regierung gesagt!)

Des Weiteren führen wir die im Nachtragshaushalt 2008 veranschlagten zusätzlichen Mittel in Form neuer Planstellen fort. Mit diesen rund 1.000 Stellen geben wir den betroffenen Lehrern die Sicherheit, dass sie auch verbeamtet werden können. Dies ist auch ein Zeichen unserer nachhaltigen Bildungspolitik.

Wir bleiben bei den neuen Lehrerstellen aber nicht stehen. Zur Stärkung der Schulen durch diesen Doppelhaushalt 2009/2010 gehört auch, dass der Rückgang der Schülerzahl sich zugunsten der weniger gewordenen Schüler auswirkt. Das heißt konkret, diese sogenannte demografische Rendite an den Volksschulen macht fast 1.300 Stellen aus.

Noch ganz kurz ein Hinweis auf die wesentlichen Veränderungen im Personalhaushalt. Im Doppelhaushalt 2009/2010 werden insgesamt 2.280 zusätzliche Planstellen für Lehrkräfte an Förderschulen, Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen ausgebracht. Zusätzlich werden aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" für den Ausbau der gebundenen Ganztags- und -förderschulen weitere 458 neue Lehrerplanstellen ausgewiesen. Für unsere Hauptschulen sind es 410 und für die Förderschulen 48. Das heißt, dass der Freistaat Bayern im Doppelhaushalt 2009/2010 insgesamt 2.738 neue Planstellen für Lehrkräfte zur Verfügung stellt, wie es gestern schon Ministerpräsident Seehofer betont hatte.

(Simone Tolle (GRÜNE): Es ist auch Zeit geworden!)

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass den Volksschulen die sogenannte demografische Rendite von 1.300 Stellen verbleibt. 750 Stellen sind es im Jahr 2009

und rund 550 Stellen im Jahr 2010. Ich betone ganz bewusst, dass diese Stellen in vollem Umfang erhalten bleiben.

Ab dem Schuljahr 2009/2010 werden 1.005 Stellen - 985 Planstellen für Lehrer und 20 Stellen für Pflegekräfte bei den Förderschulen - zur Verfügung gestellt. Diese neuen Stellen bilden gewissermaßen die Anschlussfinanzierung für die im Nachtragshaushalt 2008 geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten für Aushilfslehrkräfte. Sie kommen allen Schularten zugute.

Auch über die Haushaltsvermerke wird zugelassen, dass in einem Umfang von 100 Kapazitäten im Jahr 2009 und weiteren 100 im Jahr 2010 unbefristete Arbeitsverhältnisse eingegangen werden dürfen. An den Realschulen sind es jeweils 60 und an den Förderschulen jeweils 40 Verträge. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass 130 Realschullehrern ab 2009 und weiteren 45 Realschullehrern ab 2010 eine Stellenzulage für die Tätigkeit als Seminarlehrer gewährt werden kann.

(Eva Gottstein (FW): 70 Euro im Monat! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sagen Sie nicht!)

Ganz bewusst möchte ich auch auf die Stellenhebungen hinweisen. Ich möchte auf unsere Dienstrechtsreform hinweisen. Ich sage es hier ganz bewusst: Bayern ist das einzige Land Deutschlands, das eine solche Dienstrechtsreform zustande bringt.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden an den Grund- und Hauptschulen 6.500 und an den Realschulen 1.750 Beförderungssämter für Leistungsträger schaffen sowie 2.082 Neubewertungen von funktionsgebundenen Ämtern an Grund- und Hauptschulen vornehmen.

(Eva Gottstein (FW): Die sind nicht rentenwirksam!)

Wir werden des Weiteren 1.858 Stellenhebungen für Lehrer an allen Schularten sowie für die Staatsinstitute schaffen, und zwar 976 im Jahr 2009 und 882 im Jahr 2010.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, beim Verwaltungspersonal werden wir in Zukunft noch mehr tun. Der Doppelhaushalt 2009/2010 zeigt aber bereits sehr deutlich, dass wir das Verwaltungspersonal erheblich aufstocken und neue Stellen schaffen werden.

Ich möchte noch ein Wort zum Thema Privatschulen sagen. Die Schulen in freier Trägerschaft leisten, wie ich meine, einen unverzichtbaren Beitrag zum guten bayerischen Bildungswesen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch deutlich darauf hinweisen, dass diese Schulen das Angebot der staatlichen Schulen ergänzen und bereichern. In den letzten Wochen haben wir heftig über den Schulgeldersatz diskutiert. Sie alle wissen, dass wir in diesem Doppelhaushalt entsprechende Erhöhungen vornehmen werden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): 8 Euro!)

Im Jahr 2009 werden wir den monatlichen Schulgeldersatz von 66 Euro auf 75 Euro erhöhen für die Schülerinnen und Schüler an den privaten Gymnasien, an den Realschulen sowie den beruflichen Schulen und an den Schulen des zweiten Bildungsweges.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FW) und Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das kann natürlich beim Schulgeldersatz nicht das Ende sein. Wir Fraktionen der Regierungskoalition haben besprochen, dass wir diese Erhöhung von 66 Euro auf 75 Euro als Anfang sehen. Unser gemeinsames Ziel wird es sein, spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode den Betrag auf 100 Euro zu erhöhen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, der Einzelplan 05 - Unterricht und Kultus - ist ein großer Schritt für noch bessere Bildungschancen im Freistaat Bayern. In diesem Haus weisen Abgeordnete immer wieder

darauf hin, dass sie früher Bürgermeister oder Landrat waren. Ich darf Ihnen als ehemaliger Bürgermeister sagen: Der Freistaat und unsere Kommunen ziehen an einem Strang für eine gute Bildung für unsere jungen Menschen im Freistaat Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Abschließend möchte ich noch sagen, dass Bildung der Schlüssel für eine gute Zukunft der Schülerinnen und Schüler ist.

(Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Der Einzelplan 05 ist auch die richtige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit, auch auf die großen Herausforderungen dieser schwierigen Zeit. An dieser Stelle ein besonderes Dankeschön an die Staatsregierung und insbesondere an unseren Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Hauses, die uns im Haushaltsausschuss bei der Vorbereitung des Doppelhaushalts 2009/2010 unterstützt haben. Ein besonderes Dankeschön auch an unseren Finanzminister Georg Fahrenschon und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzministeriums. Herzlichen Dank für die enge Zusammenarbeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von Abgeordneten der CSU: Bravo! Prima!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann.

(Zurufe von Abgeordneten der CSU: Ach nein! Oh nein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht fei nicht, gell!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das stört mich überhaupt nicht. - Lieber Herr Herold, Ihre Dankesreden an die Mitglieder der Staatsregierung und an den Herrn Ministerpräsidenten haben sich fast überschlagen.

(Beifall des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

Ich darf Ihnen einmal Folgendes sagen: Sie müssen sich nicht bedanken. Herr des Haushaltes sind Sie! - Hier liegt doch das Problem Ihrer Politik.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau, das sind Sie nicht! - Beifall bei der SPD)

Das Problem ist, dass Sie sich von der Regierung etwas vorschreiben lassen und anschließend zustimmen, ohne zu denken. Das ist das Problem. Deshalb kommen solche Aussagen an diesem Pult zustande. Sie haben nämlich in bildungspolitischen Fragen gar kein eigenes Profil.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Unsinn! - Unruhe bei der CSU)

Lieber Herr Herold, ich will über den Schulhaushalt reden, denn der Bildungshaushalt ist groß. Ich will mich aber nicht bei der Tatsache aufhalten, dass beispielsweise für kirchliche Zwecke zehnmal mehr Geld ausgegeben wird als für die Lehrerfortbildung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hoppla!)

Ich will mich auch nicht an der Tatsache aufhalten, dass Sie doppelt soviel Geld für kirchliche Zwecke ausgeben als für die Sportförderung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Das ist so. Ich will hier aber über den Schulhaushalt reden. Wenn man aber über den Schulhaushalt redet, Herr Ministerpräsident, dann muss man ehrlich miteinander reden.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

Man muss fragen, was an den Schulen ankommt. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Eva Gottstein (FW) - allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Versorgungsleistungen, Beihilfen, kirchliche Zwecke und Sonstiges kommen bei den Schulen nicht an. Deshalb rechnen wir die Versorgungsleistungen aus der Schulfinanzierung heraus. Dann sieht die Rechnung nämlich ganz anders aus. Ich will Ihnen die Quoten nennen: Im Jahr 2006 haben Sie für die Schulen - ohne Versorgungsleistungen - in Höhe von 17,45 % gemessen am Staatshaushalt ausgegeben. Das ist nicht so schlecht, das will ich nicht bestreiten. Man muss aber die Entwicklung betrachten. Im vorliegenden Regierungsentwurf liegt die Quote, nach der gleichen Art berechnet, bei 16,63 % im Jahr 2009 und bei 16,62 % im Jahr 2010. Was sagt uns das? - Entgegen aller Lobhudelei zeigt diese Quote eindeutig, dass die Schulausgaben in den letzten Jahren gesunken sind. Das ist die politische Wahrheit!

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie sich hier immer wieder großartig loben, was Sie geleistet haben, an diesen Zahlen kommen Sie nicht vorbei. Das zeigt sich auch, wenn man den vorliegenden Regierungsentwurf betrachtet. Hätten Sie die Quote von 17,45 % des Jahres 2006 fortgeschrieben, einfach nur fortgeschrieben, dann stünden uns im Jahr 2009 330 Millionen Euro mehr für die Schulen zur Verfügung. Das zeigt ganz deutlich: Sie haben mitnichten einen Bildungshaushalt aufgestellt, sondern der Schulhaushalt ist ein Sparhaushalt. Das ist die Wahrheit hier im Hause, die Sie selbst nicht wahrhaben wollen.

Ich sage Ihnen auch etwas zur Verteilung, ein anderer wichtiger Punkt. Die Industrie- und Handelskammern in Bayern haben festgestellt: Die bayerischen Investitionen an der Grundschule liegen bei 4.400 Euro pro Schüler. Das sind 700 Euro unter dem OECD-Durchschnitt. Das ist nicht so großartig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Schon bei den Grundschulen liegen sie weit unter dem OECD-Durchschnitt. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, bei Ihrer immer wieder vorgetragenen Leier, wir seien die Besten und die Größten. Das ist nichts anderes als Schönrederei, denn die Zahlen sprechen eine andere Sprache.

(Harald Güller (SPD): Die Zahlen sprechen in der Tat eine andere Sprache! - Beifall bei der SPD)

Was die Verteilung des Geldes anbelangt, so will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Förderschulen lenken. Lieber Herr Herold, von wegen "Bildungsland Nummer 1": Wissen Sie eigentlich, dass Bayern bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Förderschüler - gerade für die Förderschüler, also für Menschen mit Behinderung - Schlusslicht in ganz Deutschland ist? - Schlusslicht! Das ist im Übrigen keine Erhebung aus der sozialistischen Kampfzentrale der SPD im Münchner Oberanger, sondern das ist das Ergebnis des Statistischen Bundesamtes, lieber Herr Ministerpräsident. Sie sparen an den Ausgaben für Menschen mit Behinderungen, das zeigt dieser Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Sie aber stellen sich hier hin und loben und sagen danke. Auf diese Lobhudelei können wir verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Sie schauen immer gern auf andere Bundesländer. Ich darf Ihnen sagen, Bremen allein gibt 5.000 Euro pro Förderschüler mehr aus als Bayern das tut. Der Freistaat ist mitnichten das Bildungsland Nummer 1, auch nicht bei den Finanzen. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Nun möchte ich eine Verteilungsfrage klären. Sie reden immer davon, dass es auf den Anfang ankommt. Jawohl, auf den Anfang kommt es an! Soll ich Ihnen einmal hinsichtlich der Verteilung in diesem Doppelhaushalt erklären, was das bedeutet? Sie geben für die Grundschulen 4.400 Euro pro Schüler aus, aber für die Realschulen 5.000 Euro und für die Gymnasien 6.300 Euro pro Schüler. Das heißt, Ihr politischer Schwerpunkt liegt eben nicht auf den Kleinsten, er liegt eben nicht auf der Förderung der Kinder in der Grundschule, sondern er liegt ganz eindeutig bei den weiterführenden Schulen.

(Zuruf von der CSU: Wollen Sie die Lehrer nicht bezahlen?)

Ich will hier keine Neiddebatte führen. Ich will damit sagen, dass das Schulsystem grundsätzlich unterfinanziert ist.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir mehr Geld für die Kleinsten in diesem Land brauchen. Der vorliegende Doppelhaushalt ändert an dieser Tatsache nichts.

Lieber Herr Herold, Sie stellen sich immer gern hin und sagen: Vielen Dank, liebe Lehrerinnen und Lehrer. - Jawohl, das sagen wir auch, denn wenn die nicht wären, wäre dieses Schulsystem schon lange zusammengebrochen. Nicht wegen Ihrer Politik ist es aufrechterhalten, sondern wegen des Engagements der Lehrerinnen und Lehrer.

(Zuruf von der CSU)

Das kann ich Ihnen auch nachweisen. Sie sind die Freunde der Hauptschule. Das muss man immer wiederholen, denn das vergisst man so schnell: Sie sind die Freunde der Hauptschule.

(Zurufe von der CSU)

Unter Ihrer Verantwortung, Kolleginnen und Kollegen, sind im Jahr 2006 1.600 Planstellen an den Hauptschulen eingezogen worden. Gnädigerweise haben Sie damals gesagt: Ihr dürft 400 behalten. - Sie sind die Freunde der Hauptschule und streichen den Lehrerinnen und Lehrern die Stellen weg. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Und dann sagen Sie: Danke schön, liebe Lehrer. Wir bestrafen euch zwar mit Stellen-einzug, aber wir bedanken uns trotzdem, dass ihr morgens noch in die Schule geht. - Das muss man hier vielleicht auch sagen.

Vielleicht darf ich Ihnen auch noch Folgendes erklären: Die Arbeitszeitverlängerung, die Sie im Jahr 2004 durchgesetzt haben - auch Ihre Verantwortung! -, hat allein für Lehrerinnen und Lehrer einen Stellenwert von 2.041 Stellen. 2.041 Stellen haben Sie den Schulen einfach mir nichts dir nichts abgezogen, indem Sie eine Unterrichtspflichtzeitverlängerung eingeführt haben - und das bei steigenden Aufgaben! Also so toll, wie Sie das hier darstellen, ist das bei Weitem nicht.

Sie haben die Teilhauptschulen platt gemacht. Sie haben 64 Hauptschulstandorte gestrichen. Sie haben Kombiklassen eingeführt. Wissen Sie, wie viele Hunderte von Planstellen Sie damit gespart haben? Das sollten Sie sich einmal ausrechnen. Hunderte!

(Zuruf von der CSU)

Und dann erklären Sie den Menschen, wie gut Ihre Bildungspolitik ist. Da kann ich nur lachen. Sie bestrafen das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer mit Arbeitszeitverlängerung und mit Stelleneinzügen und sagen dann danke schön. Wissen Sie, wie ich das nenne? Heuchelei nenne ich das. Heuchelei, nichts anderes!

(Beifall bei der SPD)

Und jetzt kommen Sie und schaffen 2.700 Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer. Bravo! Wir freuen uns über jeden einzelnen Lehrer. Ich erkenne das neidlos an, aber Tatsache ist auch - bei dieser Lobhudelei muss man das schon sagen -, dass Sie damit nur einen Teil der Stellen zurückgeben, die Sie in den letzten vier, fünf Jahren eingezogen haben.

(Zurufe von der CSU)

Aber jetzt wollen Sie auch noch mehr Aufgaben in die Schule verlagern. Sie streichen die Stellen, geben einen Teil zurück, und in dem Rückgabepaket sind auch noch mehr Aufgaben. Sie wollen nämlich jetzt Klassen kleiner machen, Ganztagschulkonzepte erarbeiten, Schulstandorte erhalten, individuell fördern, Integration betreiben, Islam-Unterricht durchführen. Das alles wollen Sie machen, aber mit weniger Planstellen. Die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen werden sich bedanken.

Jetzt sage ich Ihnen etwas über die gestrige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer. Sie, Herr Ministerpräsident, haben gesagt: Für alle Kinder die besten Chancen unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft; wir wollen alle Talente fördern.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und bei Abgeordneten der CSU)

- Jawohl, da können wir alle klatschen. Dafür sind wir nämlich alle, wunderbar.

Herr Seehofer, hätten Sie auch nur eine Antwort auf die Frage gegeben, wie es gehen soll, dass man Talente in übervollen Klassen fördert, dann hätte ich Ihnen vielleicht geglaubt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler)

Sie haben das Ziel ausgegeben, die Klassenhöchststärken von 34 auf 33 zu senken. Wollen Sie denn damit Talente fördern? Sie wollen in fünf bis zehn Jahren die Klassenstärken an weiterführenden Schulen auf die Höchstgrenze 30 reduzieren. Wollen Sie denn damit Talente fördern? Hier wird ganz besonders deutlich, Herr Ministerpräsident, dass es einen massiven Widerspruch zwischen den Reden hier in diesem Hause und der Realität an unseren Schulen gibt. Das kann ich Ihnen sagen!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

So kann man die Leute nicht hinters Licht führen.

Sie haben die größten Klassen. Nahezu 50 % aller Gymnasialklassen haben mehr als 33 Kinder.

(Zuruf von der CSU: Nein!)

Diese Zahl wollen Sie in einem Zehnjahreszeitraum reduzieren. Hervorragend! Respekt! Sie haben erklärt, die Kinder sollen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft beste Chancen haben. Alle Fraktionen können wieder klatschen, weil wir das unterstützen. Aber

geben Sie doch endlich eine Antwort auf die Frage, wie man die besten Chancen eröffnet, wenn ohne Nachhilfe an der Schule gar nichts mehr geht. Was sagen Sie den Eltern, deren Kinder ohne Nachhilfe im achtjährigen Gymnasium nicht mehr zurechtkommen? Wissen Sie, wie viel Nachhilfe es gibt?

(Zuruf von der CSU)

300 bis 400 Euro jeden Monat belasten die Familienkasse, lieber Herr Kollege. Was ist mit denen, die das nicht bezahlen können? Was wollen Sie denen zur Antwort geben? Denen genügt es nicht, wenn Sie hier im Parlament sagen, Sie wollten die besten Chancen. Wir wollen Taten sehen und keine Worte hören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie: Wie wollen Sie eigentlich alle Talente fördern, wenn Sie zehnjährige Kinder in verschiedene Schularten einsortieren? Wie wollen Sie denn das machen? Wie wollen Sie Kindern, die sich später entwickeln, einen besseren Schulabschluss ermöglichen? Sie reden immer von Durchlässigkeit und meinen den Zugang zur Universität. Nein, ich meine den Zugang in der Mittelstufe, in den Jahrgangsstufen 6 bis 10. Dort gibt es eine Durchlässigkeit, aber die geht immer von oben nach unten und nicht von unten nach oben. Mit dieser Schulstruktur werden Sie keine Talente fördern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Dann hat Herr Spaenle in seiner Regierungserklärung Folgendes gesagt - Sie haben das gestern wiederholt, lieber Herr Ministerpräsident -: Es ist ungerecht, Ungleiche gleich zu behandeln. - Über diesen Satz muss man nachdenken: Es ist ungerecht, Ungleiche gleich zu behandeln.

Ich sage Ihnen: Das ist das Bekenntnis der CSU, dass es keine gleichen Bildungschancen geben soll.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Geben kann!)

Nein, ich sage Ihnen: Alle Kinder müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und vom Geldbeutel die gleichen Bildungschancen haben, auch wenn sie ungleich sind.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie realisieren und dürfen hier nicht nur schöne Worte wohlfeil anbringen.

Ich will Ihnen noch etwas zum Problem Hauptschulen sagen. Sie, Herr Ministerpräsident, haben gestern hier erklärt: Ein Drittel der bayerischen Kinder besucht die Hauptschule. Diese Kinder sind die Leistungsträger von morgen für Handwerk und Mittelstand. - Ja, bravo! Können Sie mir einmal sagen, wie viele Facharbeiter, von denen wir so wenige haben, aus der Hauptschule kommen? Können Sie mir das einmal erklären? Ich sage Ihnen etwas anderes: Die Leistungsträger von morgen sind diejenigen mit der besten Bildung nach Talent und Eignung und nicht nach Schulart. Das ist doch der Punkt, den wir hier zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, wenn man in der Hauptschule ist, dann ist man Leistungsträger von morgen. Nein, das wird in Zukunft nicht genügen. In Zukunft wird man gut ausgebildet sein müssen nach Talent und Eignung. Oder wollen Sie mich vielleicht glauben machen, dass die Hauptschule nach Talent und Eignung fördert - und das bei einer Einsortierung im 10. Lebensjahr? Das können Sie vergessen.

Jetzt vielleicht auch noch zwei Sätze zum G 8: Von wegen wir fördern Talente nach Eignung! Sie haben eine ganze Schülergeneration zu Versuchskaninchen gemacht. Dafür können Sie nichts, aber Sie sind nun einmal der Nachfolger Ihres Vorgängers und aus der gleichen Partei, und Sie sind auch der Nachfolger Ihres Vorvorgängers.

(Zurufe von der CSU)

Sie sollten vielleicht etwas zurückhaltender mit Zwischenrufen sein. Unter Ihrer Verantwortung ist über Nacht überfallartig und ohne Konzept das achtjährige Gymnasium eingeführt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dafür müssten Sie sich noch heute entschuldigen. Sie müssten "Sorry, liebe Eltern" sagen, "war vielleicht ein Fehler". Sie haben eine ganze Generation von Kindern zu Versuchskaninchen gemacht. Alle G-8-Kinder sind Versuchskaninchen gewesen.

Und der Feldversuch geht weiter: Oberstufe. Sie haben versprochen, dass es Kursstärken von maximal 20 Kindern in der Oberstufe in den Fächern Deutsch, Mathe und Fremdsprachen geben soll. Sie haben aber jetzt die Klassenhöchstgrenzen erhöht statt gesenkt. Sie haben bis zu 28 Schüler in der Oberstufe zugelassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was glauben Sie eigentlich, wie die sich auf ihr Abitur vorbereiten sollen? Da kann ich nur sagen: Versprochen - gebrochen. Das ist Ihre Politik gerade in Sachen gymnasiale Oberstufe.

Ganztagsschulen - vielleicht noch zwei Sätze. Das wird auch immer wieder wiederholt. Gestern hat es der Herr Ministerpräsident auch gesagt: "560 Ganztagsschulen werden geschaffen." Ja, wollen Sie denn die Leute für dumm verkaufen? Sie schaffen 560 Ganztagsschulen - darf ich es vielleicht wiederholen -, 560 Ganztagsschulen

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Renate Will (FDP))

und nicht Schulen, und das bei 5.000 Schulen. Das ist eine geniale Leistung, das muss ich Ihnen schon bescheinigen,

(Harald Güller (SPD): Etikettenschwindel nennt man das!)

zumal vor dem Hintergrund, dass Sie in ganz Deutschland Schlusslicht beim Ausbau der Ganztagsschule sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und jetzt wollen Sie in zehn Jahren den Anteil der Ganztagschulen auf 21 % ausbauen. Das haben andere Länder jetzt schon erreicht. Da stellt sich Herr Herold hier hin und sagt: Wir sind Bildungsland Nummer eins.

(Hans Herold (CSU): Stimmt ja auch!)

Auf diese schönen Worte fällt hier keiner mehr herein, das kann ich Ihnen sagen.

Ich muss leider zum Schluss kommen. Gestatten Sie mir den letzten Satz noch an die Adresse der FDP. Sie werden dem hohen Anspruch, den Sie hier immer wieder vortragen, in keiner Weise gerecht, was bildungspolitische Fragen betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gerade in der Schulpolitik sind Sie für die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern mitverantwortlich, weil Sie in den letzten Jahren Politik so gemacht haben, wie Sie sie gemacht haben. Der vorliegende Doppelhaushalt zeigt auch auf, dass Sie diese ungerechte Bildungspolitik zementieren und nicht verbessern. Das ist die bittere Wahrheit.

Liebe Frau Kollegin Will - das zum Schluss -: Sie machen sich mitschuldig. Sie sind vor der Landtagswahl herumgelaufen und haben versprochen: kleine Klassen, Ganztagschulen, Primarschulen, Förderung der Privatschulen und was noch. Wenn Sie heute diesem Doppelhaushalt zustimmen, liebe Kollegen von der FDP, dann haben Sie sich selbst entzaubert. Kein Mensch glaubt Ihnen noch irgendetwas, denn Sie haben die Menschen im Wahlkampf belogen und betrogen. Und jetzt stellen Sie sich hier her und stimmen diesem Doppelhaushalt zu. Ich finde das unerträglich. Aber Sie haben eine letzte Chance: Stimmen Sie mit uns gegen den Doppelhaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade von den blühenden Bildungslandschaften in Bayern gehört, die uns der Kollege Herold weismachen wollte. Ich sehe sie nur nicht. Wahrscheinlich steht das ganze Gebirge im Weg. Wenn Sie von 1,3 Milliarden Euro zusätzlichen Ausgaben im Bereich der Bildung sprechen, da gebe ich Ihnen recht, ist das ein ganz erklecklicher Betrag und eine Menge Geld, aber zu wenig, um die erheblichen Versäumnisse der Vergangenheit in der Bildungspolitik der CSU auszugleichen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben richtig gesagt: Es ist eine Steigerung um 5,6 % in diesem Jahr und um noch einmal eine ähnliche Zahl im nächsten Jahr. Aber wenn Sie die ganz normale Inflationsrate von ca. 2 % zugrunde legen, dann sieht das schon wieder ganz anders aus.

Der Herr Ministerpräsident hat gestern gesagt: "Die wichtigste Investition ist die Bildung." Der Fraktionsvorsitzende Schmid, der heute durch Abwesenheit glänzt, hat von einem "Schwerpunkt Bildung" gesprochen. Interessanterweise hat das der Staatssekretär außer Dienst Herr Sibler vor zwei Jahren auch schon gesagt, und was aus diesem Schwerpunkt in den vergangenen zwei Jahren geworden ist, das haben wir ja gesehen. Da kann uns nur Schlimmstes drohen.

Ich kann höchstens konstatieren, dass Ihnen die Bildung vielleicht schwer im Magen liegt. Herr Schmid hat gestern auch gesagt: Klein-Klein ist keine Politik, man braucht auch große Projekte. Mit der Bildung hätte er so ein großes Projekt angehen können und es nicht wie in vielen anderen Bereichen beim Klein-Klein belassen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Ich sage nur einige Klein-Klein-Dinge, andere sind schon angesprochen worden: die Gleichbehandlung der privaten kirchlichen Schulen. Was hat Frau Will von der FDP getönt: Wir wollen die Gleichbehandlung usw. Und was ist übriggeblieben? Neun Euro pro Schüler. Das ist

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genial!)

erbärmlich. Herr Kollege Maget hat gestern die Erwachsenenbildung angesprochen, wobei er nicht ganz richtig recherchiert hat. Im Nachschub ist man immerhin noch auf einige 100.000 Euro gekommen.

(Simone Tolle (GRÜNE): 300.000! Herrlich!)

- 300.000 plus 100.000 ergibt zusammen 400.000. Da kann der Fraktionsvorsitzende Schmid natürlich schön reden. Der Kultusetat ist in den letzten Jahren um 1 Milliarde Euro gesteigert worden. Aber die CSU hat es in einem Jahr auch geschafft, das Landesbankdefizit auf 10 Milliarden Euro zu schrauben.

Wenn Sie im Biologieunterricht gut aufgepasst haben, meine Damen und Herren, dann wissen Sie: Wenn eine Pflanze den Kopf hängen lässt, reicht es nicht, sie nur mit ein bisschen Wasser zu besprengen, sondern dann muss man sie richtig gießen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt nicht! Das trifft nur für manche Pflanzen zu!)

Man muss also richtig Geld in die Hand nehmen. Dann kommt natürlich immer der Aufschrei aus der CSU und mittlerweile auch aus der FDP: Woher dieses Geld nehmen? Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, als es darum ging, die 10 Milliarden Euro für die Landesbank zu genehmigen, da haben Sie ganz schnell die Hand gehoben. Also seien Sie still mit diesem Argument.

Herr Herold, Sie sagten: Bayern ist in allen Bereichen in der Bildung Spitze. Da haben Sie die Ganztagsbeschulung leider völlig außer Acht gelassen. Da sind wir auf einem ganz bescheidenen mittelmäßigen Platz,

(Hans Herold (CSU): Stimmt nicht!)

im europäischen Vergleich ganz zu schweigen, denn in Großbritannien, Frankreich und den skandinavischen Ländern ist das längst gang und gäbe.

Damit sind wir bei einem Grundproblem der bayerischen Bildungspolitik angekommen. Nur ca. 5 % der bayerischen Schüler haben einen Ganztagschulplatz. Bundesweit sind es immerhin 15 %. Mir ist schleierhaft, wie das die Bayerische Staatsregierung innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 21 % steigern möchte.

Sie haben zu spät auf die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen reagiert und zu lang an Ihren schwarzen Zöpfen festgehalten. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob mir die Bildung diese Zukunftsinvestitionen wert ist oder nicht.

Zugegeben, es ist etwas Bewegung in Ihr Denken gekommen, und Sie haben vermehrt Geld eingestellt, eine zweistellige Millionensumme für den Ganztagschulbereich. Aber in diesem Bereich haben Sie natürlich auch die Kommunen ganz schön geschröpft. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen. Sie verlangen 5.000 Euro von den Kommunen für jede Ganztagschulklasse. Da frage ich mich, ob das Konnexitätsprinzip bei Ihnen schon angekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition, die sich wandelnden gesellschaftlichen und sozialen Strukturen erfordern eine Änderung Ihres Denkens. Folgekosten wie Jugend- oder Sozialhilfe verschlingen ja ein Mehrfaches. Wir sind für die Einführung von flächendeckenden Ganztagschulen und haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Dass das viele Millionen kostet, ist uns klar. Wir haben es auf 350 Millionen Euro hochgerechnet. Aber wie gesagt, jeder Euro ist in diesem Bereich gut investiert und garantiert einen erfolgreichen Bildungsweg und weniger Schulabbrecher.

Fakt ist, dass wir keine Strukturdebatte brauchen. Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen, und diese verbesserten Rahmenbedingungen sind nach wie vor mehr Lehrer und kleinere Klassen. Wenn Sie jetzt mit 2.700 neuen Lehrerstellen kokettieren, dann ist das auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn wenn man in Bayern 5.482 Schulen zugrunde legt, ist das gerade einmal eine halbe Stelle für jede Schule.

Da reden Sie von Schwerpunkten, vor allem wenn man bedenkt, dass 6,4 % der baye-
rischen Lehrer über 60 Jahre alt sind; das sind nämlich 6.900 Lehrerstellen. Angesichts
dieser Tatsache können wir uns darauf einstellen, was in den nächsten Jahren passiert.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Neue zusätzliche Lehrerstellen sind nicht gleich neue Lehrerstellen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Doch, denn da geht es nicht um Personen!)

Bei den Grundschulen liegen wir im Schnitt bei 23,1 Schülern, bei den Hauptschulen bei
21,3 Schülern. Aber auch davon darf man sich nicht blenden lassen; denn bei 6.955 Klas-
sen an den Volksschulen liegt die Klassenstärke immer noch zwischen 26 und 30 Schü-
lern. Nur 858 Klassen haben weniger als 20 Schüler.

Wenn Sie unserem Antrag auf Flexibilisierung zugestimmt hätten, hätten Sie wirklich
etwas für den Erhalt der wohnortnahen Schulstrukturen und für den ländlichen Raum
getan. Aber wie so oft ist bei Ihnen zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine weite
Spanne.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es gibt in diesem Haushalt viele offene Fragen. Was zum Beispiel das Übertrittsverfah-
ren angeht, das die FDP hier so maßgeblich mit vorangetrieben hat, frage ich Sie: Wo
sind denn die Stellen für eine vermehrte, umfassende Beratung? Wer soll denn die ma-
chen? Wer soll die Intensivierungsstunden halten, die ab dem nächsten Halbjahr ange-
dacht sind? Daran muss man denken. Wahrscheinlich wird es da zu einem
Nachtragshaushalt kommen.

Frau Will, was die vermehrte Beratung betrifft, sagen Sie, so etwas hätte es vorher
wahrscheinlich nur marginal gegeben. Das ist eine Missachtung der Arbeit vieler Kolle-
ginnen und Kollegen an den Schulen. Herr Herold hat von einer Kultur der Anerkennung
gesprochen. Eine solche Anerkennung sehe ich da von Ihrer Seite nicht.

Das Kooperationsmodell ist in Bezug auf die regionale Schulentwicklung begrüßenswert. Aber hier könnte man auch an die Erweiterung der Förderschulen denken. Was den Förderschulbedarf angeht, haben wir einen Antrag für zusätzliche Stellen im Mobilien Sonderpädagogischen Dienst eingebracht. Auch der Herr Freller lobt die dort gemachte Arbeit immer sehr und bezeichnet sie als toll. Aber leider sehe ich in diesem Haushalt keinen Erfolg.

Summa summarum ist festzustellen: Es wird hier über viele Dingen mit der Gießkanne drübergegangen, sei es bei der Gleichstellung der privaten Schulen, der Aufstockung des Verwaltungspersonals, der Jugendarbeit oder der Erwachsenenbildung. Sie müssen mehr Geld in die Hand nehmen. Dafür bieten wir Ihnen für die Zukunft unsere Zusammenarbeit an. Wir möchten vernünftige und umsetzbare Vorschläge, und da hoffen wir auf Zusammenarbeit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Nachdem der Kollege Schwimmer heute Morgen nicht da war, möchte ich jetzt die Gelegenheit nutzen, um ihm zu seinem runden Geburtstag am 29. März zu gratulieren. Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Dann, liebe Kollegen und Kolleginnen, darf ich Ehrengäste auf unserer Ehrentribüne begrüßen. Ich heiße die Mitglieder des Normenkontrollrats - ganz genau des Nationalen Normenkontrollrats - unter der Leitung seines Vorsitzenden Dr. Johannes Ludewig sehr herzlich willkommen. Das ist die erste Sitzung des Normenkontrollrats, die außerhalb Berlins stattfindet, und das gleich in München, das ist eine große Ehre. Nur noch schnell zur Erläuterung, weil es manche vielleicht nicht wissen werden: Der Nationale Normenkontrollrat ist das zentrale politische Steuerungsorgan für alle Fragen, die mit Bürokratieabbau zu tun haben. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte die Frau Kollegin Tolle an das Rednerpult.
Bitte schön.

Simone Tolle (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Herold hat den heutigen Tag einen guten und wichtigen Tag genannt und gesagt, Sie zögen alle an einem Strang. Herzlichen Glückwunsch dazu, dass Sie das auch schon gemerkt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt keinen Grund, dass Sie sich bejubeln. Wir und die bayerischen Schülerinnen und Schüler könnten längst weiter sein, weil das, was Sie mit diesem Haushalt getan haben, nichts anderes ist, als die Fehler der Vergangenheit zu reparieren. Sie lösen heute einen Wechsel ein, den Ihnen die bayerischen Schüler, Lehrer und Eltern immer wieder prolongieren mussten. Und ich weise auch darauf hin, dass viele, viele Restschulden offen sind. Ihre ungedeckten Wechsel werden in einem Nachtragshaushalt zu Protest gehen oder platzen. Das prophezeie ich Ihnen schon heute. Aber dann sind die Wahlen vorbei und dann können Sie wieder so weiter machen wie vorher.

Dieser Haushalt holt zum Teil Selbstverständlichkeiten auf, und er ist ein Bekenntnis der Fehler der Vergangenheit. Dafür gibt es von mir keinen Jubel. Auch den Neuanfang lasse ich Ihnen nicht durchgehen; denn sowohl Kultusminister Dr. Spaenle als auch Staatssekretär Huber haben in der Vergangenheit im bayerischen Bildungssystem herbeigeführte Mängel immer mitgetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir Ihnen zum letzten Schuljahresbeginn 2008/2009 eindrucksvoll nachweisen konnten, dass sie im Vergleich zu 2004 an den Schulen

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

bei den Planstellen ein Minus von insgesamt 324,40 geschaffen haben. Ein anderes Beispiel dafür, wie Sie immer alles schön reden, war Ihr Plakat, Herr Kollege Eisenreich. Dabei haben Sie behauptet, an 4.000 Grundschulen eine Ganztagsbetreuung erreicht zu haben. So viele Grundschulen gibt es gar nicht. Diese Behauptung haben Sie dann auch zurückgezogen.

(Zuruf von der CSU)

Rasant zugenommen haben in den Haushalten der vergangenen Jahre die finanziellen Mittel für befristete Verträge. Auch im Stellenbereich und bei der Qualität der Stellen, die wir ausgewiesen haben, könnten wir im Stellenbereich längst weiter sein. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die GRÜNEN dazu immer Vorschläge gemacht haben, und zwar erstmals zum Doppelhaushalt 2005. Und: Ich bin sehr stolz darauf, dass wir keine Klimmzüge, sondern immer eine maßvolle und stetige Erhöhung des Bildungsetats verlangt haben, der quantitativ, aber auch qualitativ ausgerichtet ist und somit den behäbigen Tanker Bayern längst hätte umsteuern können. Jetzt, vier Jahre später, bestätigen Sie unseren Kurs und meine Auffassung, dass die CSU stets mehrere Wiederholungen braucht, um einen Lernprozess dauerhaft zu speichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fühle mich bestätigt, weil Sie Bildung endlich als Investition begreifen. Jetzt müssen Sie den Bildungshaushalt nur noch verstetigen. Ich fühle mich bestätigt, weil Sie endlich unsere Parameter "Leistung und Gerechtigkeit" in Ihr Stammbuch geschrieben haben. Ich fühle mich bestätigt, weil man im Kultusministerium jetzt endlich von Personalplanung und Personalentwicklung redet. Ich fühle mich bestätigt, weil Sie den demografischen Gewinn - wie ich es immer gewollt habe - bei den Hauptschulen belassen.

Herr Kollege Freller, was fehlt, sind Visionen. Sie haben sehr viele Hausaufgaben teilweise erledigt. Aber Visionen fehlen mir. Ich möchte auf eine Vision zu sprechen kommen, die ich für sehr wichtig halte; vielleicht ist das auch eine Vision zu hoch gegriffen: Mir fehlt ein Wort von Ihnen zum Erhalt der Schule auf dem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort dazu wäre notwendig, weil Sie in den vergangenen Jahren ein Drittel der Hauptschulen geschlossen haben. 500 Hauptschulen haben Sie geschlossen. Das betrifft 22.000 Schülerinnen und Schüler. Ich vermisse im Haushalt auch Geld für das Nachholen des Hauptschulabschlusses. Zwar ist für 2009 1 Million Euro mehr vorgesehen. Aber diese Mittel reduzieren Sie in 2010 wieder. Ich möchte von Ihnen wissen, mit welcher Begründung Sie diese Mittel reduzieren. Jetzt komme ich zum Kooperationsmodell. Ich halte das Kooperationsmodell nicht für einen Erfolg. Ich bin gespannt, wer sich unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch an diesem Modell beteiligen kann. Modellversuche haben in Bayern schon immer dazu beigetragen, dass sich nichts bewegt und dass man danach die Ergebnisse der Modellversuche in die Schublade legt. Da verweise ich auf das Ergebnis der Modellversuche zum achtjährigen Gymnasium, die letzten Endes auch zu nichts geführt haben.

(Beifall den GRÜNEN)

In der Zwischenzeit läuft die Konzentration der Hauptschulen munter weiter. Sie können dann so tun, als hätten Sie Aktivitäten unternommen. Die Hauptschulen werden sich - das prophezeie ich Ihnen heute - auf dem Land konzentrieren. Die kleinen Schulen werden wegfallen. Wir werden große Zentren haben mit allen Problemen, wie es sie in der Großstadt heute schon gibt.

Ich komme zu den Klassengrößen. Wenn wir die Haushaltszahlen zugrunde legen, so haben sich die Schülerzahlen an der BOS um 14 % und an der FOS um 37 % erhöht. Sie haben es in den Realschulen seit 2004 geschafft, die durchschnittliche Klassengröße von 28,5 auf 28,0 zu drücken. Das finde ich, Herr Kollege Rüth, nicht wirklich einen Erfolg. Ich finde es erbärmlich, wenn Sie es als toll feiern, dass Sie versuchen wollen, dass es keine Klasse mit mehr als 33 Schülern gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine erbärmliche Forderung.

Am Gymnasium herrschen die gleichen Zustände. Am Gymnasium gibt es, obwohl Ihr Haushalt jetzt so gepriesen wird, Probleme mit dem Budget. Und jetzt bürden Sie diesen Schulen auch noch die Gelenkklassen auf. Sie prophezeien eine zusätzliche Förderung. Da müssen Sie mir schon die Frage beantworten: Wie wollen Sie das denn machen? Lehrer, Schüler und Eltern bleiben wieder sich selbst überlassen und sind, wenn sie scheitern, selbst schuld. Ich schätze, dass das Ihre Kommunikationsstrategie sein wird.

Förderschulen. Ein paar mehr Lehrer fangen die hohe Zunahme von Förderschülerinnen und Förderschülern an den Regelschulen nicht auf. Ich sage Ihnen nur eine Zahl: 2005 hatten wir 17.290 Schülerinnen und Schüler, die MSD an den Regelschulen gebraucht haben. In 2006 hatten wir 19.400; der diesjährige Haushalt schweigt sich über die Zahl aus. Ich denke, dass es wohl ganz bewusst verschwiegen wurde. Aber wir werden es durch eine Schriftliche Anfrage herausfinden.

Mittel für die Integration durch Kooperation stagnieren seit Jahren nahezu. Sie haben diese Mittel um 20.000 Euro aufgestockt. Das ist bei einer erhöhten Zunahme und bei vermehrtem Wunsch nach Kooperationsklassen ein Hohn.

Generell können wir zufrieden sein, wenn wir die Köpfe für die Planstellen finden. Dass wir keine Köpfe mehr finden, ist auch Ergebnis einer Haushaltspolitik, wo sich viele, die vielleicht einmal für das Lehramt hätten studieren wollen, sagen: Ich pfeife mir den Unsinn nicht rein, dass ich in einem Jahr mit 1,5 Notendurchschnitt nicht eingestellt werde, aber im darauf folgenden Jahr mit 3,5. Die hervorragenden Leute gehen lieber in die Wirtschaft. Sie haben in den vergangenen Jahren mit Ihrer Personalpolitik einen erheblichen Anteil dazu beigetragen, dass wir heute keine Lehrerinnen und Lehrer mehr finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will noch darauf hinweisen, dass im Haushalt der Anteil an den Titeln für die Aushilfslehrkräfte steigt; vor allen Dingen in Realschulen und Gymnasien ist der Anstieg dramatisch. Ich sage Ihnen ein Beispiel aus einer Pressemitteilung der ABJ: 6.000 Junglehrer arbeiten mit befristeten Verträgen. 2.100 haben Verträge mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Viele erhielten im August keine Bezüge und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Da ist Ihre Erhöhung an Planstellen versteckt. Ich sage Ihnen, wenn Sie gute Lehrkräfte wollen, dann müssen Sie den Hochschulabsolventen gute Verträge anbieten, weil sie sonst in die anderen Bundesländer abwandern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hessen zum Beispiel hat sich jetzt von der Praxis des Ausstellens über den Monat August hinweg verabschiedet. Deshalb haben wir auch einen Antrag gestellt, den Titel für Aushilfslehrkräfte sukzessive umzuschichten. Das haben wir übrigens schon zum Nachtragshaushalt getan. Auch Kollegin Sem hat im letzten Sommer in ihrem Wahlkreis verkündet, dass es nötig wäre. Aber auch dieses Mal haben Sie die Gelegenheit nicht ergriffen und einer Umschichtung nicht zugestimmt. Deshalb nehme ich Ihnen Ihre vielen Beteuerungen auch nicht ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zur Erwachsenenbildung. Die Mittel haben sich, wenn ich sie mit dem Jahr 2000 vergleiche, von 17.900.000 auf 18 Millionen Euro erhöht. Herzlichen Glückwunsch zu einer zarten Aufstockung eines wichtigen Feldes. Wie wichtig das ist, haben Sie noch gar nicht erkannt. Auch hier leichte, zarte Ansätze in zehn Jahren, wozu ich Sie auch nicht beglückwünschen kann. Die Steigerung beträgt 0,8 %.

Ähnlich geht es den Mitteln für die Jugend und den Mitteln für den Sport. Da möchte ich Ihnen schon sagen, wenn Ihnen eine Verpflichtungsermächtigung für Sportstätten in Ruhpolding oder Garmisch - nur die Verpflichtungsermächtigung - 16 Millionen Euro wert

ist und Sie ansonsten für Jugend und Sport wenig übrig haben, dann ist das ein Armutszeugnis für einen bayerischen Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Euro in Jugend und Sport ist gut angelegt, weil er gute Zinsen bringt.

Ich will kurz sagen, was wir neben einer Verbesserung der Qualität der Stellen wollen. Wir meinen, wir brauchen eine Offensive für Qualität bei den Ganztagschulen. Wir brauchen eine Offensive für Lehrerfortbildung und Lehrerbildung. Wir wollen die Schulsozialarbeit ausbauen. Wir brauchen mehr Schulpsychologen. Wir brauchen angesichts des letzten tragischen Ereignisses in Winnenden ein Budget für präventive und innovative Bildungsangebote an Schulen. Und schließlich sei bemerkt, dass die Ruhegehälter seit 2002 um 53 % angestiegen sind und dass das, was wir an Vorsorgeaufwendungen in den Haushalt eingestellt haben, lange nicht genug ist.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Aber auch die SPD hat eine Minute überzogen.

Es gibt ein Sprichwort, das heißt: "Die Geschichte des Lebens kann man nur rückwärts verstehen. Leben muss man aber vorwärts." Sie haben, gezwungen durch die Wahlniederlage, verstanden, dass Sie die Fehler der Vergangenheit so gut es geht korrigieren müssen. Was fehlt, ist ein Plan für die Zukunft.

(Beifall bei den grünen)

Bayerische Bildungspolitik ist nach wie vor eine Baustelle mit jetzt neuen Gruben wie Gelenkklasser, Übertritt, Kooperationsmodell. Was wir brauchen, ist ein guter Architekt mit einem guten Gesamtplan. Dieser Haushalt wäre die Chance gewesen, zu beweisen, dass Sie das können. Diesen Beweis, der bayerische Bildungspolitik in die Zukunft richtet, den sind Sie schuldig geblieben. Deshalb lehnen wir den Haushalt ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke --

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Einen Präsidenten gibt es auch noch, Herr Kollege. Es ist eigentlich üblich, dass er erwähnt wird.

Karsten Klein (FDP): Natürlich, Herr Präsident.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reden der Vorrednerinnen und des Vorredners waren bemerkenswert; denn sie haben gezeigt, dass Sie, Frau Tolle - ich will mich nicht vertiefend über den Kurs der letzten Jahre mit Ihnen unterhalten - in der Realität angekommen sind. Sie haben festgestellt, es gebe einen neuen Kurs. Herr Pfaffmann von der SPD verharnt noch in den Verhältnissen vor September 2008. Er hat immer noch nicht festgestellt, dass es Kurskorrekturen gegeben hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Karl Freller (CSU): Sehr wahr!)

Die Fairness hätte wenigstens soviel geboten, vonseiten der SPD von dieser Stelle aus darüber ein Wort zu verlieren.

Die FDP sieht die Bildungsdebatte nicht ideologisch. Wir stellen uns den Herausforderungen der Bildungspolitik, und wir werden diese Herausforderungen in dem uns gesteckten Rahmen, nämlich der Rücksicht auf die anderen Aufgaben des Freistaates und den Möglichkeiten der Haushaltsmittel, anpacken und meistern.

Wir haben hohe Ansprüche im Bereich der Chancengerechtigkeit. Wir sprechen ausdrücklich von der Chancengerechtigkeit am Anfang und nicht am Ende einer Gleichmacherei. Hier gibt es einen Dissens. Den werden wir ertragen und ihn auch gerne austragen.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen jeden Jugendlichen. Deshalb ist es zwingend geboten, das Bildungssystem dahingehend auszurichten. Das packen wir an, indem wir unter anderem zusätzliche Planstellen im Doppelhaushalt 2008/2009 schaffen. Für 2009 sind das 1.230 und für 2010 1.050. Ich sage ausdrücklich: Das sind zusätzliche Planstellen, die zu den neu zu besetzenden Stellen hinzu kommen. Sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Senkung der Klassenstärken. Wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir in den Klassen anfangen, wo der Migrationshintergrund stark betont ist. Das ist wichtig und ein deutliches Signal für unsere Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei der FDP)

Das Zweite ist der Bereich Ganztagschulen. Dazu möchte ich zumindest so viel korrigieren und sagen, dass wir keine Ganztagschulen einrichten in dem Sinne, dass es dort nur Ganztagsklassen gibt. Wir richten Ganztagszüge ein. Das ist ein Unterschied zu einer Ganztagsklasse. So viel Fairness muss geboten sein.

(Beifall bei der FDP)

Das sind 100 Ganztagsklassen im Bereich der Grundschulen, 40 im Bereich der Förderschulen und 30 bei den Förderhauptschulen.

(Eva Gottstein (FW): Im Zug 5 bis 9 ist das eine Klasse!)

Wir sind uns einig, dass das nicht genug ist.

Wegen der Ganztagschulen war die Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden wichtig. Uns ist ein guter Schritt nach vorne gelungen, indem das Problem zwischen offener und gebundener Ganztagschule endlich aufgelöst und ein gemeinsamer Weg für die Finanzierung der Ganztagsklassen gefunden wurde. Es ist ein weiterer Schritt hin zur Ganztagsbetreuung und zur Ganztagsunterrichtung.

(Beifall bei der FDP)

Zum sicherlich sehr "heißen Feld" der Privatschulen: Wir haben das Problem sehr lange diskutiert. Das war nicht schmerzfrei. Das wissen die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss, aber auch die Bildungspolitiker der Regierung. Heraus kam der Ansatz von 75 Euro. Das reicht uns nicht. Wir haben vereinbart, dass am Ende der Legislaturperiode 100 Euro stehen sollen. Das ist erklärtes Ziel der Koalitionsfraktionen und der Regierung. Damit können wir die Privatschulen, die im Bildungssystem in Bayern eine sehr wichtige Aufgabe haben, unterstützen. Man darf auch nicht vergessen, dass im Konjunkturpaket II noch einmal 50 Millionen Euro für Baumöglichkeiten und Sanierungen der Privatschulen reserviert wurden.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Haushaltsansatz für die Erwachsenenbildung können wir nicht glücklich sein. Der Ansatz wurde aber erhöht. Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Tolle, liegen wir mit der Erhöhung im Haushaltsausschuss bei über 19 Millionen Euro.

(Günther Felbinger (FW): Erhöhung? - Haben Sie das gelesen? - Gesamt!)

Hier haben CSU- und FDP-Fraktion gemeinsam einen Akzent gesetzt. Dieser Antrag ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir, Herr Kollege Pfaffmann, werden unseren Kurs weiter so steuern. Wir werden den Einzelplan natürlich annehmen; denn wir sind in der Realität angekommen und verharren nicht wie Sie in vergangenen Diskussionen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Reinhard Pachner (CSU))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer sich diesen Haushalt ansieht, kommt nicht umhin festzustellen, dass dieser Haushalt ein Bildungshaushalt ist. Daran ändert auch das Herumgemäkele der Opposition nichts.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Tausend zusätzliche Lehrer pro Jahr waren versprochen. Alleine in diesem Doppelhaushalt kommen über 2.700 zusätzliche Lehrerplanstellen. An den Volksschulen verbleibt die sogenannte demografische Rendite von ca. 1.300 Stellen. Es gibt tausend zusätzliche neue Lehrerplanstellen, um Aushilfskräfte weiterbeschäftigen zu können. Es gibt mehr Geld für Verwaltungsangestellte und für Schulsozialarbeit. Wir machen einen kraftvollen Schritt bei der Dienstrechtsreform mit über 8.000 Beförderungssämtern für die Volksschulen und die Realschulen. Für die besondere Situation des doppelten Abiturientenjahrgangs werden noch einmal Mittel zur Verfügung gestellt. Das kann sich sehen lassen. Darauf können wir stolz sein. Andere Bundesländer blicken deshalb mit Neid auf Bayern und auf das, was wir machen können.

(Beifall bei der CSU)

Zu den immer wieder erhobenen Forderungen nach einer Bildungsmilliarde möchte ich noch ausführen: Wir haben heute das pädagogische Prinzip der Wiederholung kennengelernt. Deshalb möchte ich das auch wiederholen. In den letzten fünf Jahren von 2003 bis 2008 ist der Kultusetat um über eine Milliarde Euro gestiegen, und in diesem und im nächsten Jahr wird der Kultusetat noch einmal um über eine Milliarde Euro steigen. Das heißt, wir setzen das, was gefordert wird, schon längst um.

Herr Pfaffmann, ich komme zu Ihren Märchen und Rechenkünsten. Sie sagten, die Ausgaben für Bildung seien gesunken. Dann werden Rechnungen aufgestellt, was aus dem Kultusetat herausgerechnet werden muss. Ich gebe Ihnen recht, man könnte die Ausgaben für die Religionsgemeinschaften herausrechnen. Man kann auch andere Dinge herausrechnen. Dann gehört aber zur Ehrlichkeit, die Ausgaben, die in anderen Haushalten für die Schulen stecken, hinzuzurechnen. Unter anderem sind das die Ausgaben

im Haushalt der Staatskanzlei für das Programm Bayern 2020. Rechnet man das eine heraus, das andere aber nicht hinein, ist das unehrlich, sehr geehrter Herr Pfaffmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Ich wiederhole auch das gerne: In den letzten neun Jahren gab es 2 % mehr Schüler aber fast 6 % mehr Mittel und Stellen für Lehrer.

(Eva Gottstein (FW): Das sind nicht die gleichen Schüler!)

Ich möchte zu den Rechenbeispielen über die Ausgaben pro Schüler und Schulart etwas sagen. Jawohl, die Ausgaben für die Grundschüler sind niedriger als die für die Schüler an den Realschulen und den Gymnasien. Das ist richtig. Man muss aber genau hinschauen. Erstens sind die Stundentafeln an der Realschule und am Gymnasium höher als an der Grundschule, und zweitens kosten die Lehrer an den Realschulen und Gymnasien mehr als im Bereich der Volksschulen, so dass die Stunde Unterricht an den weiterführenden Schulen mehr kostet als an den Grundschulen. Das ergibt eine Differenz, auf die man hinweisen muss.

(Eva Gottstein (FW): Da könnte man etwas machen!)

Unser großes Ziel ist - der Minister formuliert es immer wieder - Qualität und Gerechtigkeit. Die Substanz des bayerischen Schulsystems ist gut. Wir werden uns gegen das ständige Schlechtreden immer und immer wieder wehren, weil es nicht zutrifft, dass alles schlecht ist und in Grund und Boden geredet werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Pisa hat Handlungsbedarf aufgezeigt. Dieser Bildungshaushalt verdeutlicht, dass wir die Themenfelder entschlossen angehen. Deshalb müssen wir uns nicht verstecken, sondern können unsere Bildungspolitik selbstbewusst darstellen.

Ich möchte noch etwas wiederholen: Wer zu Recht Handlungsbedarf aus den Pisa-Studien wie zum Beispiel aus Pisa 2002 im Bereich Chancengerechtigkeit herausliest, muss dann auch klarstellen, wenn sich etwas ändert. Bei der Chancengerechtigkeit haben wir laut Pisa große Fortschritte erzielt. In keinem Bundesland hat sich die Chance von Arbeiterkindern, aufs Gymnasium zu wechseln, so verbessert wie in Bayern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Klar, wenn man ganz unten ist, ist das selbstverständlich!)

- Ja, Herr Pfaffmann, Sie hätten letzte Woche besser aufpassen sollen. Denn nun kommt der zweite Teil. Wir liegen in absoluten Zahlen von 16 Bundesländern auf dem vierten Platz. Das bedeutet, dass der Großteil der Bundesländer bei der Chancengerechtigkeit inzwischen hinter uns liegt. Das ist ein Erfolg, auf den wir deutlich hinweisen sollten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir ergreifen eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Qualität und zur Verbesserung der Gerechtigkeit. Ich möchte dazu vier Punkte nennen: Unsere Ziele heißen Kooperation, Förderung, Integration und Dialog.

Zum Stichwort Kooperation. Wir wollen die Kooperation an den Übergängen in unserem differenzierten Schulsystem verbessern mit dem Ziel einer besseren Begleitung der Schülerinnen und Schüler und der Steigerung der Durchlässigkeit.

Das fängt an beim Übergang vom Kindergarten an die Grundschule und geht weiter beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen. Hier gibt es bei uns eine Weiterentwicklung des Übertrittsverfahrens; wir haben eine kindgerechte und begabtgerechte Weiterentwicklung beschlossen. Dazu gehört auch, dass wir Grundschullehrer an den weiterführenden Schulen einsetzen. Bei der Kooperation von Hauptschulen haben wir einen Rahmen für die Kooperation von Hauptschulen und Realschulen gesetzt.

(Simone Tolle (GRÜNE): Weil es da ja die Intensivierungsstunden gibt!)

Wir wollen die Kooperation der Hauptschulen mit den Berufsschulen und den Wirtschaftsschulen noch verbessern.

Im Bereich der Realschulen wollen wir die Kooperation mit den Gymnasien verbessern, was zum Beispiel eine bessere Wechselmöglichkeit nach der 5. Klasse ins Gymnasium bedeutet.

Und dann noch etwas, was immer wieder übersehen wird. Bayern bietet für die Schülerinnen und Schüler mit mittlerer Reife eine eigene Vorbereitungsklasse für einen direkten Einstieg in die 11. Klasse der Oberstufe. Es gibt inzwischen diese sogenannten Einführungsklassen an 36 Gymnasien in Bayern. Damit erhöhen wir deutlich die Durchlässigkeit für diese Schülerinnen und Schüler.

(Eva Gottstein (FW): Die gibt es schon seit 20 Jahren!)

- Ja, es gibt sie schon lange, aber sie sind deutlich aufgestockt worden. Wir haben sie inzwischen an 36 bayerischen Gymnasien. Damit können die Schülerinnen und Schüler nach der mittleren Reife direkt in die Oberstufe der Gymnasien einsteigen. Die Schulen öffnen sich und wir unterstützen das.

Das zweite Stichwort ist die Förderung. Uns ist das Thema Frühförderung ein wichtiges Anliegen. Inzwischen gibt es Vorkurse Deutsch in über 2.000 Gruppen. Die Intensivierungsstunden an den Gymnasien gibt es schon länger. Wir haben jetzt auch Intensivierungsstunden in der 5. Klasse der Hauptschulen und in der Realschule. Insgesamt haben wir Intensivierungsstunden am Gymnasium im Umfang von 1.300 Lehrerstellenäquivalenten. Das ist ein Beweis dafür, dass wir die Förderung der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium wirklich ganz ernst nehmen und Geld dafür in die Hand nehmen.

(Eva Gottstein (FW): Das war auch notwendig!)

Wichtig ist im Bereich der Förderung auch der Ausbau der Ganztagschulen. Darauf wird der Kollege Wägemann noch näher eingehen. Ich möchte nur kurz darauf hinweisen: Wenn der Freistaat Bayern schon viel Geld für den Ausbau der Ganztagsangebote in

die Hand nimmt, wäre es schön, wenn die Stadt München, die als Kommune dafür zuständig ist, die Räume im Bereich der Ganztagsgrundschulen zur Verfügung zu stellen, dies nicht blockierte, indem sie keine Räume zur Verfügung stellt. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Was sich die Stadt München hier leistet, ist peinlich und steht im Widerspruch zu dem, was die Stadt selbst immer wieder fordert, und auch im Widerspruch zu dem, was der Freistaat Bayern erreichen will. Also bitte, Herr Kollege Pfaffmann, wenn Sie dazu beitragen wollen, die Situation der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, beeinflussen Sie Ihre Freunde in München, damit sie dieses Ziel unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema Integration ist uns ebenfalls wichtig. Auch hier gibt es einen Handlungsauftrag aus den Pisa-Studien. Neben den Vorkursen, die ich schon erwähnt habe, gibt es eine Deutschförderung begleitend zur Schule. Wir haben über 350 Deutschförderklassen und fast 6.000 Deutschförderkurse. Um die Rahmenbedingungen für die Förderung von Migrantenkindern in der Schule zu verbessern, werden wir im Herbst bei Klassen mit über 50 % Migrationsanteil anfangen, die Klassenstärken deutlich zu senken.

Der vierte Punkt ist der Dialog. Diesen wollen wir mit dem Dialogforum auf den Weg bringen.

Herr Pfaffmann, Sie haben vorhin etwas kritisiert, was der Ministerpräsident gestern gesagt hat. Er hat gesagt, wer Gleiches gleich behandelt, handelt ungerecht. Es ist völlig richtig, was er gesagt hat, aber dennoch eine kurze Erläuterung dazu: Uns ist das Thema Chancengerechtigkeit sehr wichtig. Dazu muss man allerdings auch festhalten, dass die Begabungen der Kinder nicht gleich sind. Sie sind vielfältig. Deswegen wollen wir für die vielfältigen Begabungen auch vielfältige Bildungswege zur Verfügung stellen und niemandem ein Einheitssystem überstülpen.

Das Grundgesetz definiert Gerechtigkeit als Gleichheit. Und die Definition für den Gleichbehandlungsgrundsatz heißt: Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Das heißt, wenn wir unterschiedliche Talente, unterschiedliche Begabungen haben, ist es sinnvoll, dafür differenzierte und unterschiedliche Bildungswege zur Verfügung zu stellen. Alle Studien bestätigen: Wir brauchen keine Strukturdebatte, sondern wir müssen unser Geld in die Frühförderung und in die Verbesserung der Unterrichtsqualität investieren.

Ich komme zum Schluss. Die Substanz des bayerischen Bildungssystems ist gut. Wir tun viel - das beweist dieser Doppelhaushalt. Und wir werden auch noch in Zukunft viel tun. Ich bedanke mich bei den Lehrerinnen und Lehrern. Wer in Bayern zur Schule geht, kann sich darüber freuen. Die Bildungspolitik ist ein Standortvorteil für Bayern. Die Abstimmung mit den Füßen, der Zuzug nach Bayern, gibt uns recht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf abschließen mit der Bemerkung, dass immer viel von Finnland geredet wird. Aber wenn es um die Jugendarbeitslosigkeit geht, redet keiner von Finnland.

(Eva Gottstein (FW): Das liegt aber auch sehr weit am Rande!)

Wir in Bayern schaffen gute Chancen in der Schule und im Beruf. Dieser Bildungshaushalt ist ein deutliches Zeichen dafür.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung: keine Bildung. Ich habe in den vergangenen Minuten zugehört, wie stark sich die CSU gelobt hat, immer wieder, auch Herr

Eisenreich jetzt zum Schluss. Meine Damen und Herren von der CSU, wissen Sie eigentlich, dass Sie wegen der Mängel in der Bildungspolitik die Wahl verloren haben?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wissen Sie noch, dass 39 % der bayerischen Bürger der CSU in der Bildungspolitik keine Kompetenz zusprechen? Das stammt aus einer Studie, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie wissen doch, dass seit der Wahl erst 183 Tage vergangen sind. Das heißt, so schnell können Sie sich in diesem Zeitraum nicht gebessert haben. Das ist gar nicht möglich.

(Zurufe von der CSU)

Die Folge ist, dass Änderungen in der Bildungspolitik weiterhin unbedingt notwendig sind. Vor diesem Hintergrund verstehen wir nicht, dass Sie alle 43 Änderungsanträge der Freien Wähler, der SPD und der GRÜNEN abgelehnt haben.

Wir von den Freien Wählern, das möchte ich Ihnen, Herr Eisenreich, ganz deutlich sagen, wollen die Bildungspolitik nicht schlechtreden. Aber es muss erlaubt sein, Ihnen vorhandene Defizite konkret aufzuzeigen und zu präsentieren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Baustelle Nummer eins ist die, dass es weiterhin zu große Klassen an Bayerns Schulen gibt. Meine Damen und Herren von der CSU, erinnern Sie sich noch daran, dass am 03.07.2008 der damalige Kultusminister Siegfried Schneider bekanntgab, dass es in diesem Schuljahr, also 2008/2009, keine weiterführenden Schulen in Bayern mit über 33 Schülern gibt? Wissen Sie auch, dass das gar nicht eingehalten wurde? Es gibt in diesem Schuljahr an Realschulen immer noch 533 Klassen - das sind 6,3 % - mit mehr als 33 Schülern. Es gibt auch noch sehr viele Klassen mit mehr als 30 Schülern, und zwar an den Realschulen 2.276 Klassen; das sind knapp 30 %. Bei den Gymnasien sind

die Zahlen ähnlich. Der Durchschnitt der Klassenstärke ging nur knapp zurück - das wurde von Frau Tolle schon gesagt -, nämlich von 28,6 auf 28,0 % bei den Realschulen. Das ist kein Fortschritt. In der Bundesrepublik hat sich eingebürgert, dass es keine Klassen mehr über 25 Schülern gibt. An diesem Ziel müssen wir uns orientieren. Meine Damen und Herren, da haben wir noch viel zu tun.

Deswegen haben wir von den Freien Wählern Anträge gestellt. So fordern wir mit einem Antrag, dass es keine fünfte Klasse mit mehr als 25 Schülern geben darf. Diesen Antrag haben Sie leider abgelehnt. Daher werden wir auch im nächsten Schuljahr wieder viele große Klassen haben. Die großen Hoffnungen, die Eltern, Lehrer und Schüler in die Verringerung der Klassen gesetzt haben, werden leider wieder enttäuscht werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Baustelle Nummer zwei: Die Unterrichtsversorgung ist immer noch unbefriedigend. Selbstverständlich begrüßen wir, dass die Koalition 2.700 neue Planstellen schaffen will. Das reicht aber bei Weitem nicht aus. Das sagen auch die Lehrerverbände, die konkrete Zahlen nennen. Sie sagen zum Beispiel, dass an den Gymnasien noch mindestens 1.000 Lehrer fehlen. Die Aushilfslehrer - diese Steuerberater, Pensionäre und Ingenieure -, die ohne vollständige Ausbildung eingestellt wurden, lindern die Unterrichtsnot nur unzureichend. Ein qualifizierter Förster ist noch lange kein guter Biologielehrer.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch das Kultusministerium befürchtet, dass der Lehrermangel noch einige Jahre andauern wird. Das ist natürlich auch das Ergebnis einer konsequenten Sparpolitik. Der Lehrermangel besteht vor allem in Latein und in den Naturwissenschaften. Da müssen auch Sie mithelfen, dass dieser Mangel in den nächsten Jahren beseitigt wird.

Baustelle Nummer drei: Der Unterrichtsausfall ist noch zu groß. Eltern haben schon viel Kritik geäußert. So beträgt der Unterrichtsausfall an Gymnasien jedes Jahr 400.000 Stunden; das sind 3 % aller Stunden. Um die Qualität zu verbessern und den

Unterrichtsausfall zu verringern, haben die Freien Wähler den Antrag auf eine integrierte Lehrerreserve für die Kernfächer gestellt, was einem Bedarf von 400 zusätzlichen Planstellen entspricht. Die Koalition hat diesen Antrag leider abgelehnt. Das Ergebnis: Auch im nächsten Jahr wird es wieder einen massiven Unterrichtsausfall und Proteste der Eltern geben. Das ist nicht gut so, glauben Sie mir das.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Baustelle Nummer vier: Die Ausstattung an den Berufsschulen ist verbesserungsbedürftig. Warum hat die Versorgung von Berufsschülern mit Lehrern nicht den gleichen Stellenwert wie die Lehrerversorgung an allgemeinbildenden Schulen? Bedenken Sie, dass 43 % der Studierenden an bayerischen Hochschulen über den beruflichen Bildungsweg kommen. In den Berufsschulen aber ist die Lehrerausstattung ungenügend. Die Schulbaurichtlinien müssten seit 1984 dringend verbessert werden. Auch das Gehalt müsste verbessert werden. Warum werden in den Berufsschulen die ständigen Stellvertreter nicht mit Anrechnungstunden belohnt, wie das an Gymnasien der Fall ist? Herr Kultusminister, wo bleibt da die Bildungsgerechtigkeit? Die Freien Wähler fordern die Staatsregierung auf, sich noch viel stärker als bisher für die beruflichen Schulen zu engagieren.

Baustelle Nummer fünf: Der Lehrerberuf ist zu wenig attraktiv. Warum ergreifen zu wenige den Lehrerberuf? - Das Grundgehalt eines Referendars an beruflichen Schulen beträgt 1.102,63 Euro. Ein Auszubildender im Straßenbau verdient aber 1.200 Euro. Immerhin gibt es für die Referendare jetzt einen Bonus von 60 Euro in diesem Jahr. Herr Kultusminister, warum beträgt der Frauenanteil, je nach Lehramt, zwischen 60 und 95 %? - Weil die Eingangsbesoldung einfach zu gering ist. Das müssten wir insgesamt verbessern. Die Freien Wähler fordern deshalb die Staatsregierung dazu auf, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Bildung ist nur so gut, wie sie das einzelne Kind erreicht, wie Herr Freller richtig gesagt hat.

Der Bildungsetat ist ein kleiner Fortschritt gegenüber dem letzten Haushalt. Die Mittel sind aber nach wie vor zu gering. Bei den zentralen Themen wie großen Klassen und Unterrichtsversorgung ist die Koalition leider - wir bedauern das - hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, kommen Sie bitte wirklich zum Schluss.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Bildung ist nicht nur das Befüllen von Fässern, sondern auch das Entzünden von Flammen. Wir sehen bei Ihnen aber leider noch keine Flammen. Daher lehnen die Freien Wähler den Haushalt des Bildungsministeriums ab.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dr. Fahn. Nächste Wortmeldung: Kollegin Will.

Renate Will (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon alles gehört, was zu tun ist und was nicht getan wurde.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Pfaffmann, ich schätze Sie sehr.

(Widerspruch bei der CSU)

Als Vorsitzender des Bildungsausschusses sollten Sie aber nicht jemandem, der gerade erst seit vier Monaten Verantwortung trägt, Betrug, Wahlbetrug - und was noch alles - vorwerfen.

(Harald Güller (SPD): Aber er hat doch recht!)

Das ist wirklich kein guter Stil.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich finde, dass sich das für einen Ausschussvorsitzenden nicht gehört. Sie wissen sehr wohl, dass wir in Bildung investieren. Wir haben die Mittel gegenüber dem bisherigen Niveau deutlich erhöht. Wir haben den Bildungsetat deutlich, nämlich um 5,7 % im Jahr 2009 und um 4,1 % im Jahr 2010, erhöht.

(Harald Güller (SPD): Versprochen haben Sie deutlich mehr!)

Diese Mittel werden draufgesetzt, wie Herr Eisenreich schon gesagt hat. Sie haben die Erhöhung bei den Lehrerstellen herausgerechnet. Das ist eine sehr hohe Zahl.

(Karl Freller (CSU): Danke!)

Sie haben das mit dem verwechselt, was in "Zukunft Bayern 2020" geplant ist. "Zukunft Bayern 2020" gehört zum Einzelplan 13, und die Lehrerstellen und Ganztagsstellen gehören zum Einzelplan 05. Das dürfen Sie als Ausschussvorsitzender nicht verwechseln.

(Beifall bei der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Versprochen, gebrochen!)

Wir haben im Wahlkampf viele Dinge angesprochen,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Versprochen!)

liebe Frau Tolle, weil wir Visionen hatten. Gestern wurde aber bereits gesagt, dass das hier kein Wunschkonzert ist. Man muss Prioritäten setzen, und das tun wir.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Ich kann nicht mehr mit anhören, wie Sie etwas miesmachen, was jetzt bereits in Angriff genommen wird. Wir haben noch Visionen, aber es geht nicht alles auf einmal, meine Damen und Herren. Ich möchte an dieser Stelle all denjenigen danken, die Erhöhungen im Bildungshaushalt ermöglicht haben; denn es war ein Kraftakt und ein Akt an Solidarität

aller Ressorts, in diesem Haushalt einer deutlichen Erhöhung der Mittel für Bildung, Schulen und Hochschulen zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Ministerpräsident sagt es, Sie sagen es, und wir sagen es: Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und bringen die besten Zinsen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hohle Worte!)

- Das sind keine hohlen Worte. Wir haben damit begonnen, die Mittel deutlich zu erhöhen und zu investieren. Ich sage: Tue Gutes und rede darüber, und das tun wir jetzt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir lassen uns das von Ihnen nicht miesmachen.

Vorhin wurde gefragt, wie denn gefördert werden soll. Es gibt Förderlehrer zusätzlich zu den Planstellen. Die demografische Rendite bleibt im System. Die Planstellen der Lehrer, die in Pension gehen, verbleiben, und zusätzlich gibt es 2.730 neue Stellen für Lehrer plus Verwaltung plus Förderlehrer.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir sind gerade erst einmal vier Monate hier. Ich brauche hier nicht vorzulesen, was im Koalitionsvertrag steht. Das sind Ziele, und wir haben gerade begonnen, Teile davon zu erreichen. Wir haben noch ein bisschen Zeit,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Schüler haben keine Zeit, die Lehrer auch nicht!)

um die Visionen und die Ziele, die wir haben, umzusetzen. Dazu gehört etwas, was Sie noch gar nicht wissen können, Herr Pfaffmann: Wir wollen den Schulen die Freiheit geben, mit dem Geld und dem Budget, das sie zusätzlich für Fortbildungen und für zusätzliche Lehrerstellen bekommen, selbst umzugehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mit welchem Geld? Welches Budget? Wo steht das?)

- Das ist bereits vorgesehen.

(Beifall bei der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo steht das?)

- Dann gucken Sie genau hin. Das steht geschrieben. Ich brauche jetzt hier nicht alles noch einmal vorzutragen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Versprochen, gebrochen!)

Nein, nicht "versprochen, gebrochen". Wir werden den Schulen Freiheit und mehr Selbstständigkeit geben.

(Eva Gottstein (FW): Wo steht es jetzt genau?)

Das wird ein großer Schritt in die richtige Richtung sein. Wir werden natürlich die Lehreraus- und -fortbildung verbessern; das haben Sie schon angesprochen. Wir werden sie deutlich verbessern, weil wir wissen, dass es deutlich mehr Praxisanteile, mehr Psychologie und mehr Pädagogik in der Ausbildung braucht.

(Eva Gottstein (FW): Mehr Praxis, nicht nur wieder Theorie! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo sind die Zahlen?)

- Mehr Praxis, aber auch mehr Pädagogik. Ein grundständiges Pädagogikstudium wäre wirklich für alle Schularten das Beste. Darauf kämen dann verschiedene Module im Rahmen der Ausbildung. Wir werden darüber reden, und ich finde es gut, dass wir das tun können. Herr Pfaffmann, Sie haben viele Jahre lang darüber nur geredet. Wir reden darüber und versuchen,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, aber es gelingt Ihnen nicht!)

in gutem Einvernehmen mit dem Koalitionspartner das Mögliche möglich zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist mehr als das, was Sie in den letzten Jahren nur durch Reden und Kritisieren zustande gebracht haben. Das muss man hier auch einmal sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir so weit sind, die Lehreraus- und -fortbildung neu zu gestalten, geht es nicht mehr darum, dass Sie sagen werden: Hier fehlt ein bisschen was, da fehlt ein bisschen was; das wird viel stärker vernetzt werden, nicht nur mit Förstern. Vor Kurzem haben wir einen Antrag eingebracht, demzufolge die Möglichkeit geschaffen werden muss, dass auch Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern, die eine sogenannte falsche Fächerverbindung haben, bei uns ohne große Umwege und Referendarzeiten arbeiten können.

(Eva Gottstein (FW): Ist doch lauter Theorie, weil es nirgendwo mehr Lehrer gibt!)

- Das ist doch keine Theorie, sondern das ist jetzt schon gängige Praxis und das wird noch forciert werden, weil wir diese Lehrer brauchen. Wir brauchen Sie alle.

(Beifall bei der FDP - Eva Gottstein (FW): Aber woanders gibt es auch keine Lehrer!)

- Ja, Sie sagen immer "wir schaffen Lehrerstellen", aber wo sind denn die Lehrer? Natürlich muss man was tun, damit man die Lehrer auch herbringt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was denn?)

Glauben Sie, wir tun das, wir machen das.

(Beifall bei der FDP)

Aber es ist schön, dass Sie uns immer wieder darauf hinweisen. Nur mit Ihrer Hilfe, meine Damen und Herren von der Opposition, können wir das machen. Ohne Ihre Hilfe hätten wir gar keine Ideen. Deshalb ist es so gut, dass wir hier darüber reden.

(Harald Güller (SPD): Da haben Sie wiederum recht!)

Ich möchte noch etwas sagen, weil doch wirklich alles miesgemacht wird. Wir sind gerade dabei, beim Übertritt die sogenannte Gelenkklasse, eine Orientierungsklasse einzuführen.

(Eva Gottstein (FW): Bravo, das ist ein neues Wort!)

Genau da müssen wir aufpassen, wie es gelingt. Beim Beobachten müssen wir sehen, wo noch etwas nachgebessert werden muss. Denn das ist die entscheidende Klasse, mit der wir unsere Ziele - weniger Abbrecher, mehr Schulabschlüsse für die Schülerinnen und Schüler - erreichen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo ist die Primarschule, die versprochen worden ist?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kommen Sie bitte zum Abschluss, Frau Kollegin.

Renate Will (FDP): So kann es gelingen. Das werden wir ganz genau beobachten.

(Eva Gottstein (FW): Bei 30 Schülern?)

Denn das ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Beobachtungspartei!)

Wenn Sie sagen, wir lassen die Hauptschulen sterben, dann ist das einfach falsch. Sie würden sterben, weil keiner mehr die Hauptschule freiwillig besucht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl, aber warum?)

Das ist Fakt. Auf dem flachen Land, aber nicht in den Städten, wird es jetzt die Möglichkeit geben, zu kooperieren.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Renate Will (FDP): Die wenigen Anträge, die jetzt vorliegen - es sind schon über Hundert -, werden mehr und mehr.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Werden die alle genehmigt?)

Wir werden darauf achten, dass viele von ihnen, die im Benehmen mit dem Landkreis gestellt wurden, genehmigt werden. Das steht auch so im Koalitionsvertrag.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich war jetzt sehr gnädig, Frau Kollegin, aber ich bitte Sie, jetzt wirklich zum Ende zu kommen.

Renate Will (FDP): Ich mache jetzt Schluss. Die Kooperationsschule wird, das werden Sie sehen, der Knaller, und Sie werden sich noch wundern!

(Beifall bei der FDP - Lachen bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Will. - Herr Wägemann, Sie möchten für die CSU-Fraktion ans Rednerpult. Sie haben knapp drei Minuten. Bitte schön.

Gerhard Wägemann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Dr. Fahn hat vorhin die rhetorische Frage, was noch teurer als Bildung sei, mit dem Hinweis beantwortet: gar keine Bildung. Ich sage Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Noch schlechter als keine Bildung ist Einbildung - die Einbildung, dass in Bayern alles schlecht und unzureichend sei.

(Beifall bei der CSU - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Oder die Einbildung, dass in Bayern alles gut ist!)

Sie, Herr Kollege Pfaffmann, wie auch Herr Kollege Maget und Herr Kollege Felbinger haben heute festgestellt, dass der Ausbau der Ganztagschulen nur im Schnecken tempo vorangehe und dass wir hier hintanstehen. Diese Aussage ist nur mit einer unzureichenden bzw. einer nicht vorhandenen Wahrnehmungsfähigkeit zu erklären. Denn wir reagieren selbstverständlich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Wir ergreifen auch die Offensive, die Frau Kollegin Tolle vorhin angemahnt hat. Man muss sich nur mit den Fakten auseinandersetzen; dann sieht man das. Die CSU hat sich bereits zu einem Zeitpunkt, als es die GRÜNEN noch gar nicht gegeben hat und die Freien Wähler auf Landesebene auch kaum wahrnehmbar waren, mit dem Thema Ganztagschulen beschäftigt. Ich persönlich war ja zweiundzwanzig einhalb Jahre an einer Schule, die 1976 im Modellversuch zur integrierten Gesamtschule als Ganztagschule im ländlichen Raum gestartet ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ihr habt die Ganztagschule erfunden, das wissen wir doch!)

Nach vier Jahren wurde dieser Versuch, insbesondere auf Betreiben der Eltern, wieder beendet, weil damals die Zeit und die gesellschaftlichen Verhältnisse noch nicht reif dafür waren. Wir haben hier keinen Nachholbedarf. Inzwischen sind die gesellschaftlichen Verhältnisse anders. Wir reagieren darauf und machen die entsprechenden Ganztagsangebote. Der Kollege Hans Herold hat sie zahlenmäßig genannt, sodass ich sie hier nicht noch einmal einzeln aufzählen will.

Der vorliegende Doppelhaushalt setzt einen absoluten Schwerpunkt in diesem Bereich. Wir kommen bei den Ganztagsangeboten massiv voran. Auf dem Bildungsgipfel am 11. Februar wurde gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die Regelung gefunden, dass die offene und die gebundene Form in finanzieller und organisatorischer Hinsicht gleichgestellt werden. Das kostet die Kommunen sicherlich etwas Geld, aber sie werden auch entlastet. Ich stelle fest: Schule ist nicht allein die Aufgabe des Staates, Schule ist vielmehr eine Gemeinschaftsaufgabe nach dem Schulfinanzierungsgesetz, bei der auch die Kommunen und die Landkreise entsprechend gefragt sind.

Mit dem Sonderbauprogramm nach dem FAG unterstützen wir zudem die Schulträger bei den Baumaßnahmen. Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren von der Opposition, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen, anstatt sie in Abrede zu stellen. Wir zeigen

ganz eindeutig, dass wir hier ein zentrales Feld unserer Politik beackern. Ich danke unserem Kultusminister Dr. Spaenle, seinem Staatssekretär Dr. Marcel Huber, dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten für die zur Verfügung gestellten Gelder. Sie treiben damit zusammen mit der CSU-Landtagsfraktion diesen Bereich voran.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Wägemann. Jetzt kommt zum großen Finale Herr Dr. Spaenle. Die Staatsregierung hat das Wort.

(Zuruf von der CSU: Das wird ein finale furioso!)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, Hohes Haus! Der Bildungsetat des Doppelhaushalts 2009/2010 schreibt die Bedeutung der Bildungspolitik für den Freistaat Bayern fest. Er schreibt mit seinem Anteil von 9 Milliarden am Gesamthaushalt die Priorität und die Bedeutung von Bildung in der Landespolitik eindeutig und nachvollziehbar fest. Wir haben deutliche Steigerungsraten bei den Ausgaben für Bildung und Erziehung in Bayern zu verzeichnen. Die Steigerungen dafür liegen im Gesamthaushalt insgesamt bei 1,3 Milliarden Euro. Damit nehmen wir die Kernverantwortung der Landespolitik für die Zukunft unserer jungen Menschen an den Schulen in Bayern wahr.

Verehrter Herr Kollege Pfaffmann, lassen Sie mich eines sagen: Bei unserem ersten Austausch in diesem Raum habe ich Sie zu Ihrer neuen Funktion als Vorsitzender des Bildungsausschusses beglückwünscht und erklärt, dass auch Sie die Verantwortung dafür tragen, in welcher Tonlage, mit welchem Stil und mit welchen Umgangsformen wir über das zentrale Thema Bildung in Bayern reden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das steht Ihnen gar nicht zu!)

Ich muss sagen: Ich bin enttäuscht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin mehr als enttäuscht darüber, wie Sie Ihre hohe Verantwortung persönlich ausüben. Inwieweit das auf Ihre Partei zurückfällt, wird der Wähler an einem entsprechenden Termin zu beurteilen haben.

(Harald Güller (SPD): Er weist halt auf Ihre Fehler hin! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das gefällt Ihnen nicht!)

Mir gefällt die offene Form des Austauschs mit den anderen Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien. Bei Ihnen stelle ich leider immer wieder die zu Ihrem Persönlichkeitsbild gehörende Art fest, die ich - weil ich sie nur subjektiv wahrnehme - nicht qualifizieren möchte. Sie spricht für sich selbst.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, das kann ich nicht mehr akzeptieren! Das steht ihm nicht zu!)

Die Frage nach der Verwendung der Zuwächse im Haushalt ist durch die Zuwächse der Lehrerplanstellen eindeutig beantwortet. Hier stehen wir vor großen Herausforderungen. Wir steigen hier ein und fahren mit dem Abbau großer Klassenstärken fort. Wir versuchen außerdem, Antworten auf den Unterrichtsausfall zu finden. Ich möchte Ihnen einige Kernzahlen nennen: Seit der Einführung der sechsstufigen Realschule haben wir dort einen Rückgang der Wiederholerzahlen um sage und schreibe fast 50 %. In der neuen achtjährigen Form des bayerischen Gymnasiums haben wir einen deutlichen Rückgang der Wiederholerzahlen zu verzeichnen. Das spricht für den Erfolg der Schule und all derer, die sich in dieser Schulfamilie engagieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der FDP und der CSU sehr dankbar, dass wir diese Kraftanstrengung für Lehrerplanstellen und Sachinvestitionen mit diesem Doppelhaushalt zum Erfolg führen konnten. Natürlich hatte die Bildungspolitik etwas mit dem Ausgang der Wahl vom 28. September zu tun. Deshalb haben wir versucht, dem Anspruch des Souveräns mit dieser großen Kraftanstrengung gerecht zu werden.

In den vergangenen sieben Wochen haben wir uns intensiv über neue Formen des bildungspolitischen Dialogs, über Antworten auf gesellschaftspolitische Herausforderungen und über den massiven Ausbau der Ganztagsangebote unterhalten. Frau Kollegin Tolle, wir haben in der Tat an den bayerischen Grundschulen über 4.000 Möglichkeiten der Mittagsbetreuung in den entsprechenden Gruppen. Wir haben bereits jetzt eine große Zahl von Mittagsbetreuungseinrichtungen. Wir haben die Forderung, dass der Staat Verantwortung für die Ganztagsbetreuung in offener und gebundener Form übernimmt, als pädagogisches Signal aufgegriffen und übernommen. Ich bin den kommunalen Spitzenverbänden bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen sehr dankbar, dass wir zu einer guten Verhandlungsgrundlage gekommen sind. Auf dieser Grundlage können wir fortfahren, Antworten auf die Themen Integration, familiäre Herausforderungen und die Notwendigkeit des Doppelverdienertums in vielen Familien zu finden.

Wir haben die Themen Integration und Chancengerechtigkeit in diesem Land angesprochen. Die Qualität des differenzierten Bildungswesens in allen Facetten ist der zentrale Auftrag dieser Regierung. Dazu gehört auch die Fortentwicklung der Chancengerechtigkeit auf hohem Niveau. Herr Kollege Eisenreich hat auf die Verbesserungen seit dem Erhebungsbeginn von Pisa in Bayern hingewiesen. Völlig unbestritten ist, dass in Bayern ein Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Bildungsgerechtigkeit besteht. Deshalb wollen wir weiterhin auf diesem erfolgreichen Weg voranschreiten. Ein Teil dieser Strategie ist die Fortentwicklung des Übertrittsverfahrens, über das wir in der letzten Woche intensiv diskutiert haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Versorgung des ländlichen Raums mit adäquaten Schulangeboten ist ein Kernhandlungsauftrag für die Bildungspolitik dieser Regierung.

(Günther Felbinger (FW): Dann müssen Sie handeln!)

Wir haben den zentralen Auftrag erhalten, dafür Sorge zu tragen. Ich möchte unterstreichen, dass wir mit dem Instrument der Dialogforen eine völlig neue Plattform geschaffen

haben. Der erste Handlungsauftrag, der den Dialogforen erteilt worden ist, war die Fortentwicklung der Hauptschulstruktur. Ich habe angekündigt, dass diese Entwicklung unmittelbar nach Ostern in Angriff genommen wird. Die Pilotphase, an der interessierte Landkreise teilnehmen können, wird so rasch wie möglich auf den Weg gebracht.

Schulverbände und intelligente Standortverbände sind das zentrale Instrument zum Erhalt eines wohnortnahen weiterführenden Schulangebots. Hier werden wir über unterschiedliche Lösungen für die einzelnen Orte und Regionen zu sprechen haben. Die Versorgung mit anderen weiterführenden Schulen wurde im Kooperationsmodell zwischen Haupt- und Realschule erweitert grundgelegt. Wir haben deutlich gemacht, dass wir ein Interesse am Zusammenwirken der Haupt- und Realschulen auch an Standorten haben, die bisher kein Realschulangebot machen konnten, damit dort im Rahmen einer Modellphase ein Realschulangebot entstehen kann. Die Erhöhung der Wertigkeit der ländlich strukturierten Regionen Bayerns wird ein zentraler Handlungsschwerpunkt dieser Regierung sein. In den kommenden Wochen werden wir dafür die entsprechenden Vorbereitungen durchführen.

Die Weiterentwicklung der differenzierten Schularten wird die kommenden Monate und Jahre bestimmen, wie ich das gestern angekündigt habe. Gleiches gilt auch für die qualitative Weiterentwicklung des achtjährigen Gymnasiums mit seiner ab dem kommenden Schuljahr beginnenden Oberstufe. Hier brauchen wir eine adäquate Mittel- und Stundenausstattung. Wir hatten zuletzt vor 30 Jahren in Bayern die Herausforderung von zwei unterschiedlichen Oberstufen-Modellen mit drei Klassen in zwei Schuljahren zu bewältigen. Trotz dieses Systemwechsels soll allen Schülerinnen und Schülern, ganz gleich, in welcher Jahrgangsstufe sie sich befinden, die Möglichkeit gegeben werden, ein gutes Abitur zu machen. Das ist unser Anspruch. Wir brauchen deshalb einen zusätzlichen Budgetansatz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Entwicklung der Hauptschule und ihr Zusammenwirken mit anderen Schularten im differenzierten Schulsystem ist Teil unserer Antwort auf die Forderung, im ländlichen Raum ein ausreichendes Schulangebot vorzuhalten. Wir haben eine Kooperation zwischen Hauptschulen und Realschulen im Rahmen eines Modellversuchs beschlossen. Wichtig ist die Feststellung, was die Hauptschule leisten kann. Sie führt die jungen Menschen der dualen Ausbildung zu und kooperiert mit ihr. Die Weiterentwicklung dieser Kernkompetenz der Hauptschule ist ein Auftrag, dem wir nachkommen. Wir wollen in ganz besonderer Weise die Kooperation mit den beruflichen Schulen verstärken. Wir wollen die Möglichkeiten, die das Kooperationsmodell mit der Realschule bietet, weiterentwickeln. Für uns sind die Kooperation und die individuelle Durchlässigkeit das Grundelement zur Entwicklung der Chancengerechtigkeit im differenzierten Schulsystem. Diese Strategie verfolgen wir.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte verschiedene Äußerungen, die in dieser Debatte aus parteipolitischer Motivation gefallen sind, nicht weiter bewerten. Lassen Sie mich vielmehr auf ein Thema kommen, das parteiübergreifend von zentraler Bedeutung ist. Ich spreche von dem Umgang mit den Persönlichkeiten, die den Beruf der Erziehung und Bildung mit großem Engagement ausüben. Herr Kollege Felbinger, wir unternehmen hier große Anstrengungen, vor allem bei den Volksschulen und den Realschulen. Herr Kollege Eisenreich hat erklärt, dass dort inzwischen über 8.000 Möglichkeiten der Beförderung geschaffen worden sind, ohne dass dafür ein Funktionsamt vorhanden sein muss. Das ist ein Quantensprung für die Erhöhung der Attraktivität der Lehrämter.

Wir unternehmen große Anstrengungen, um ein strategisches Konzept für die Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern zu entwickeln. Dabei gehen wir ganzheitlich vor. Wir wollen die Besten für das Lehramtsstudium gewinnen. Wir überlegen außerdem, ob in der Ausbildung die Verteilung zwischen der schulartspezifischen fachwissenschaftlichen Ausbildung, der pädagogischen Ausbildung und dem Praxisanteil ausgewogen ist.

Wir haben die neue Prüfungsordnung für die erste Phase des Lehramtsstudiums erst kürzlich in Kraft gesetzt. Trotzdem werden wir der Frage der Relation zwischen Praxisbezug, also der pädagogischen Kompetenz, und dem, was die Lehrkraft an fachlichem Wissen und wissenschaftlicher Kompetenz benötigt, unser Augenmerk schenken. Es schließt sich die Frage an, wie man in der Lehrerbildung die erste Phase, also die universitäre Ausbildung, mit der zweiten Phase, also der Praxisphase, noch stärker verzahnen kann. Für mich stellt sich zentral die Frage, wie wir die Revision, die Supervision und damit auch die Momente des Auftankens für die Personen, die sich an unseren Schulen stark engagieren, qualitativ und strategisch fortentwickeln können.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen denjenigen, die verantwortlich Bildung und Ausbildung der Lehrkräfte in der Wissenschaft betreiben, und denjenigen, die es in der Praxis tun, institutionalisieren. Das heißt, die Lehrerbildung und -fortbildung und die entsprechenden Zentren der Landesuniversitäten sind institutionell zu verknüpfen. Das ist ein wichtiger Ansatz. Dillingen soll zu einer Spitzeneinrichtung für Lehrerfortbildung werden. Auftrag der Einrichtung wird es unter anderem sein, Personalentwicklung zu betreiben und auf Führungsämter vorzubereiten, beginnend mit dem stellvertretenden Rektor einer Grundschule bis zu den Führungskräften in der Schulaufsicht.

Das alles gelingt nur, wenn wir nicht nur auf dem Gebiet der Wertschätzung des Berufs, sondern auch bei der materiellen und immateriellen Anerkennung sowie dem Fortkommen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Einzelnen vorankommen. Ich denke, wir werden hier dem Anspruch, den wir uns selbst stellen, gerecht.

Eine weitere Säule der Bildungslandschaft in Bayern ist die Erwachsenenbildung. Sie leistet von der Möglichkeit des Nachholens von Schulabschlüssen bis zu den differenzierten Angebotspaletten der Volkshochschulen sehr viel. Die Erwachsenenbildung kann in ihrer Bedeutung für den Flächenstaat Bayern gar nicht überschätzt werden. Ich bin den Regierungsfractionen dankbar dafür, dass wir hier haben nachbessern können. Der

Ministerpräsident hat bereits angekündigt, dass wir weitere Anstrengungen unternehmen werden, um der Situation der Erwachsenenbildung in Bayern gerecht zu werden.

Die Privatschulen sind wichtige Partner. Hier ist der Einstieg gelungen. Wir haben einen ersten Schritt getan, der die finanzielle Situation der Privatschulen verbessert. Ich habe in der letzten Woche schon darauf hingewiesen, wir haben mit den Trägern der Privatschulen ein Gesamtpaket mit Investitionsmöglichkeiten aus dem Konjunkturpaket II - Kollege Klein hat es angesprochen -, aber auch mit Punkten, die die Verwaltungspraxis betreffen - Anerkennung von Lehrerausbildung, Fristen etc. -, geschnürt. Dadurch soll die Arbeit der Privatschulen deutlich erleichtert werden. Zu dem Maßnahmenpaket gehört auch die Festlegung der Koalition, bis zum Ende der Legislaturperiode beim Schulgeldersatz auf 100 Euro zu kommen. Das alles ist auf einem guten Weg.

Wir haben an uns selbst den hohen Anspruch gestellt, Qualität und Gerechtigkeit in unserem differenzierten Bildungssystem zu gewährleisten, und zwar unter Ausschöpfung aller Bildungsreserven, unabhängig vom sozialen Hintergrund der Kinder und Jugendlichen in unserem Land und unter Anerkennung der großen Leistungen, die Lehrerinnen und Lehrer täglich erbringen. Wir haben uns verpflichtet - wir verstehen das als Auftrag und Dienst am Freistaat Bayern -, Bildungsland Nummer 1 in Deutschland zu sein. Das Streben nach dem Besseren ist stets geboten. Ich verstehe den Dialog, wie er heute geführt worden ist - das ist eine subjektive Wahrnehmung -, als Einladung an die Kolleginnen und Kollegen, dies alles in den kommenden Jahren mit uns voranzubringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Stopp, Herr Dr. Spaenle, bitte kommen Sie zurück ans Rednerpult. Tut mir leid, Sie waren zu schnell. Manchmal hat man den Eindruck, man flüchtet hier vom Pult.

(Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle: Ich würde nie vor Ihnen flüchten!)

Es gibt eine Zwischenintervention von Herrn Kollegen Pfaffmann. Vorab hätte ich mir gern die Bemerkung erlaubt, dass der Einzelplan 05 nicht die Persönlichkeitsstruktur einzelner Abgeordneter zum Inhalt hat. Herr Pfaffmann, bitte.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Kultusminister, Ihr Ministerpräsident hat gestern gesagt - ich beziehe mich auf Ihre Kritik an meiner Wortmeldung -, es wäre Sache der politischen Verantwortung, real existierende Benachteiligungen zu beseitigen und Schaden vom Volk abzuwenden. Lieber Herr Kultusminister, ich verstehe, dass es Ihnen nicht passt, wenn man pointiert die Fehler Ihrer Politik in diesem Hause benennt, aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich im Sinne der Äußerung des Ministerpräsidenten auch in Zukunft darauf hinweisen werde, was Sie in diesem Hause bildungspolitisch falsch machen. Ich sage noch einmal: Meine Damen und Herren, Ihre Bildungspolitik schadet aus meiner Sicht den Kindern, Familien und Lehrern in diesem Lande. Ich werde nicht ruhen, dieses hier offen auszusprechen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt.

(Harald Güller (SPD): Das ist sein Job!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Spaenle, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Verehrter Herr Kollege Pfaffmann, ich finde es sehr zielführend, wenn Sie am Ende der Debatte über den Bildungs-etat im Hohen Hause die Richtlinienkompetenz des Bayerischen Ministerpräsidenten anführen und ihr folgen. Das halte ich für einen sehr lobenswerten Ansatz. Sie wissen, dass ich an dieser Stelle und auch an anderen Stellen in differenzierter Weise auf die Stärken und Schwächen des bayerischen Bildungssystems eingegangen bin.

Ich kann es kaum besser formulieren als Frau Kollegin Tolle: Wir müssen Fehler ausgleichen und dort, wo es notwendig ist, aufholen. Ich sage aber auch, es ist eines unserer großen politischen Ziele, dass der Bildungsstandort Bayern den jungen Menschen und den Familien Angebote macht, die die beruflichen Chancen und den Weg in die Mitte unserer Gesellschaft unter Ausschöpfung aller Bildungsreserven eröffnen. Den Vergleich mit anderen Standorten in dieser Republik brauchen wir hier nicht zu scheuen.

An Punkten, die von uns als verbesserungsbedürftig angesehen werden, wollen wir ansetzen. In diesem Zusammenhang sind wir für konstruktive Begleitung dankbar. Ich darf kurz einen Punkt, den ich an dieser Stelle schon wiederholt genannt habe, antippen. Es geht um die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Auch hier wollen wir energisch vorangehen, und so verstehe ich auch den konstruktiven Dialog.

Die subjektive Wahrnehmung von Einlassungen durch Kolleginnen und Kollegen nehme ich auf meine Immunität.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Halt, Herr Minister. Es gibt eine weitere Zwischenintervention von Herrn Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Herr Staatsminister, es ist an der Zeit, dass Sie Herrn Kollegen Pfaffmann die Auflistung der Prüfungsergebnisse zuleiten, aus denen deutlich wird, dass trotz unseres Eingeständnisses, dass an der Hauptschule noch einiges zu verbessern ist, am Schluss herauskommt, dass in keinem anderen Land so viele junge Leute eines Jahrgangs mit einer guten Prüfung abschließen und in die verschiedensten Berufszweige einsteigen können wie bei uns im Freistaat. Wir haben 10 % bis 15% mehr Abschlüsse als die Länder, die die Hauptschule abgeschafft haben. Die Behauptung von Herrn Pfaffmann ist dadurch widerlegt. Der Unfug wird nicht dadurch besser, dass man ihn ständig wiederholt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Spaenle, bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Kollege Goppel, ich bin Ihnen für diese Bemerkung sehr dankbar, die die Rolle der Hauptschule als Pflichtschule und als Schule mit einem Abschluss, der auf die berufliche Bildung hinführt, herausstellt. Wir werden uns unmittelbar nach der Osterpause den Aufträgen, die Sie definiert haben - wir haben Verbesserungs- und Fortentwicklungsbedarf -, intensiv widmen. Ich bin mehr

als einer Meinung mit Ihnen, dass wir hier einen wichtigen Akzent in unserer Bildungslandschaft setzen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/422 mit 438, 460 mit 479, 497 mit 502, 508 mit 510 und 580 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/741 zugrunde.

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/741 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Die Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in

den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen, bitte. - Keine. Enthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/741 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/508 mit 510 und 580 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 05 ist abgeschlossen.

Um 13 Uhr hätten wir Mittagspause. Den Einzelplan 07 aufzurufen, macht keinen Sinn. Ich nehme auch an, dass eine halbe Stunde Mittagspause relativ kurz ist. Nachdem wir so gut in der Zeit liegen, können wir uns die viertel Stunde noch dazugeben, bevor dann alle wieder später kommen, weil sie in einer halben Stunde nicht mit dem Essen fertig werden. Wenn es für Sie so in Ordnung ist, geht es um 13.30 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 17 - Einzelplan 07 - weiter.

(Unterbrechung von 12.43 bis 13.32 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, auch wenn die Anwesenheit noch nicht besonders stark ist - wahrscheinlich gibt es noch einen Stau in der Kantine -, sollten wir angesichts des Terminplans und der Terminfülle weitermachen.

Zu Tagesordnungspunkt 16**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:**

- | | |
|---|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Finanzielle Gerechtigkeit für Privatschulen
(Kap. 05 03 Tit. 684 07 bis 684 10)
(Drs. 16/422)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Finanzielle Gerechtigkeit für kommunale Schulen
(Kap. 05 03 TG 82-84)
(Drs. 16/423)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verwaltungskräfte an Schulen stärken
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
(Drs. 16/424)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung Mittel Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/425)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Breitensport verstärkt fördern
(Kap. 05 04 Tit. 893 06 und TG 91)
(Drs. 16/426)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Offensive für Lehrerfortbildung
(Kap. 05 04 TG 95)
(Drs. 16/427)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;</p> | <p>hier: Budget für präventive und interventive Bildungsangebote an Schulen schaffen
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/428)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Offensive für Qualität von Ganztagschulen
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/429)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulsozialarbeit ausbauen
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/430)</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Demokratie lernen und leben
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/431)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittel für die Erwachsenenbildung aufstocken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
(Drs. 16/432)</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kein Rückgang der Stellen im Volksschulbereich im Jahr 2010
(Kap. 05 12 Tit. 422 01, 422 26, 428 14)
(Drs. 16/433)</p> |
|---|--|

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulentwicklung ernst nehmen, Modellprojekte begleiten Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung
(Kap. 05 30 TG 80)
(Drs. 16/434)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulsystem an den Parametern „soziale Gerechtigkeit und Integration von Migrantinnen und Migranten“ ausrichten
(Kap. 05 30 neuer TG)
(Drs. 16/435)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
(Drs. 16/436)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderschulen und mobile sonderpädagogische Dienste stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
(Drs. 16/437)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Qualität der Anstellungsverhältnisse für Lehrerinnen und Lehrer verbessern
(Kap. 05 12, Tit. 428 14, 422 01; Kap. 05 15 Tit. 428 14, 422 01; Kap. 05 18 Tit. 428 14, 422 01; Kap. 05 19 Tit. 428 14, 422 01)
(Drs. 16/438)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Medienkompetenz stärken I
(Kap. 05 02 Tit. 547 02)
(Drs. 16/460)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Private Schulen stärken
(Kap. 05 03 Tit. 684 07 bis 684 10 und TG 60 bis 62)
(Drs. 16/461)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, 633 84 TG 73 bis 79)
(Drs. 16/462)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Schulsport
(Kap. 05 04 Tit. 428 23)
(Drs. 16/463)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Bildung in der Jugendarbeit sichern
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/464)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusammenarbeit Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
(Drs. 16/465)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)
(Drs. 16/466)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
(Drs. 16/467)

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 16/468)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
(Drs. 16/469)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Medienkompetenz stärken II
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/470)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Lebenslanges Lernen realisieren
(Kap. 05 05 TG 81 und 82)
(Drs. 16/471)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Individuelle Förderung stärken -
Schwerpunkt Grundschulen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
(Drs. 16/472)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Innovationen bei der Schulentwicklung
(Kap. 05 12)
(Drs. 16/473)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Mobilen Sonderpädagogischen Dienst stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
(Drs. 16/474)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztags-
schulen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13, Kap. 05 18,
Kap. 05 19 und neues Kap. wohnortnahe
Schule)
(Drs. 16/475)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Keine Klassen über 25
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19)
(Drs. 16/476)

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben Mehr Verwaltungsangestellte für Bayerns Schulen
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 und neues Kap. wohnortnahe Schule)
(Drs. 16/477)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Keine Schulen ohne Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 jeweils neuer Tit.)
(Drs. 16/478)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Regionale Schulentwicklung vorantreiben Wohnortnahe Schulen erhalten
(Epl. 05 neues Kap.)
(Drs. 16/479)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Gleichbehandlung bei der Finanzierung kommunaler, kirchlicher und privater Schulen
(Kap. 05 03 TG 73 bis 79 und TG 82 bis 84)
(Drs. 16/497)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verringerung der Klassenhöchststärken an Volksschulen, Realschulen und Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 18, 05 19 Tit. 422 01)
(Drs. 16/498)
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung des Verwaltungspersonals
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
(Drs. 16/499)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stufenweise Verstärkung des mobilen sonderpädagogischen Dienstes und der mobilen sonderpädagogischen Hilfe
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
(Drs. 16/500)
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkung der Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 Tit. 428 11)
(Drs. 16/501)
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Reduzierung des Stundenausfalls an Gymnasien
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
(Drs. 16/502)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

**Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

hierzu:

Änderungsantrag

der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/360)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/361 mit 16/368)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/369 mit 16/371)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/372 mit 16/374)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Ich eröffne hiermit die Aussprache. Erster Redner ist Herr Staatsminister Zeil. Bitte sehr.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Jahre 2009 und 2010 gesamtwirtschaftlich betrachtet die schwierigsten Jahre seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sein werden. Wir stehen wirtschaftlichen Problemen gegenüber, die keine Politikergeneration seit dem Wiederaufbau unseres Landes zu meistern hatte. Jetzt, in Zeiten äußerster wirtschaftlicher und finanzieller Anspannung, gilt es, Verantwortung zu übernehmen und den Menschen zu erklären, was möglich ist. Jede Krise bietet aber auch Chancen, Chancen durch nachhaltigen Wandel, einen Wandel, der es uns und unseren Kindern ermöglicht, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen. Diesen Wandel werden wir als Bayerische Staatsregierung und als Regierungskoalition aktiv gestalten. Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 führen wir nicht nur Bewährtes fort, sondern setzen gleichzeitig notwendige, nicht mehr aufschiebbare neue Akzente für eine höhere Innovationsdynamik, für einen wettbewerbsfähigeren Mittelstand und für mehr Wirtschaftskraft in allen Teilen des Landes.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Der Haushaltsausschuss hat den Wirtschaftsetat konstruktiv und intensiv beraten. Dafür danke ich seinem Vorsitzenden, dem Kollegen Georg Winter, den Berichterstattern und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses. Die Regierungsfractionen haben zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Regionalförderung, für die Breitbanderschließung und für den Tourismus. Das gibt uns die notwendigen Spielräume, um verstärkt in die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume in Bayern zu investieren und, um das Tourismusland Nummer 1 in Deutschland zu bleiben. Für diese Koalition ist der Ruf nach gleichwertigen Lebensverhältnissen überall in Bayern kein Lippenbekenntnis, sondern Fundament politischen Handelns.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sicher, meine Damen und Herren, die Forderungen der Opposition nach zusätzlichen Mitteln für den Wirtschaftsetat in dreistelliger Millionenhöhe sind wahrlich gut gemeint.

In einer Zeit, in der aber überall Pakete in Milliardenhöhe geschnürt werden, gerade so, als seien die Quellen des Staates unerschöpflich, muss ich daran erinnern, dass für alles, was der Staat jetzt ausgibt, eines Tages uns und unseren Kindern die Rechnung präsentiert wird. Auch in Zeiten der Krise, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dürfen wir die Nachhaltigkeit unseres Handelns nicht vergessen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Staatsregierung hat bereits im Herbst 2008 wichtige Weichen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gestellt. Ich nenne nur den Mittelstandsschirm, das Programm der Staatsregierung zur Beschleunigung von Investitionen, die Steigerung der Investitionsausgaben um 17 % und jetzt die zügige Umsetzung des zweiten Konjunkturpakets der Bundesregierung. Das alles strahlt und wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus, stärkt die Nachfrage und sichert Arbeitsplätze. Dabei möchte ich ausdrücklich hinzufügen, dass wir uns vom Bund viel stärkere Impulse für die privaten Investitionen gewünscht hätten, vor allem durch ein Vorziehen der Steuerentlastung

(Lachen bei der SPD)

und durch dringend notwendige Korrekturen der mittelstandsfeindlichen Unternehmenssteuerreform.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe bei der SPD)

Es gilt auch: Als Treuhänder der Steuerzahler dürfen wir staatliche Hilfen nur ausnahmsweise gewähren, und zwar nur dann, wenn ein tragfähiges unternehmerisches Zukunftskonzept vorliegt, wenn Eigentümer, Banken und Tarifpartner sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft und ihren Beitrag geleistet haben und, auch das ist ganz wichtig, wenn Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen sind. Ja, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, aber wir kämpfen mit den Mitteln der sozialen Marktwirtschaft und mit den Grundsätzen der finanzpolitischen Vernunft.

(Unruhe bei der SPD)

Ich bin in ständigem Kontakt mit der Wirtschaft und mit den Gewerkschaften, denen ich für ihr besonnenes Handeln besonders danken möchte. Ich bin aber auch vor Ort bei den Menschen und in den Unternehmen, egal ob es sich um international tätige Unternehmen oder um regional verankerte Handwerksbetriebe handelt. Mir geht es darum, Unternehmen und Arbeitnehmern zu zeigen: Wo es brennt, sind wir zur Stelle.

(Unruhe bei der SPD)

Dabei verzichten wir auf öffentliches Getöse, weil es uns um jeden ernst ist, wobei wir nicht die Illusion wecken wollen, wir könnten jeden unter einen Schirm stellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Krisenbekämpfung ist das eine, gleichzeitig aber müssen wir mit langem Atem an der Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft und am Standort Bayern weiterarbeiten. Wir bauen Bayern als Hochtechnologiestandort weiter aus, wir legen ein neues Förderprogramm "Elektromobilität" auf und führen Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen ein. Mittelstand und Handwerk sind zentrale Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns. Jetzt, in der Krise, geht es vor allem darum, Finanzierungsengpässe zu überbrücken. Deshalb haben wir einen Mittelstandsschirm aufgespannt, stocken das Mittelstandskreditprogramm auf und verdoppeln den Haftungsfonds, um das Ausfallrisiko abzudecken. Unser schnelles Handeln wirkt bereits. Der Mittelstandsschirm hilft. Die Zahl der genehmigten Bürgschaften ist enorm gestiegen. Wir tun das, meine Damen und Herren, weil der Mittelstand für unsere Regierung mehr ist als eine wirtschaftliche Kategorie. Mittelstand ist für uns eine Geisteshaltung, persönliche Verantwortung zu übernehmen, soziale Verantwortung für Mitarbeiter zu übernehmen und Ideen umzusetzen, ohne erst nach dem Staat zu fragen. Das ist Mittelstand!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist - ich füge das hinzu - gelebte soziale Marktwirtschaft.

Der Export bleibt trotz des weltweiten Nachfrageeinbruchs ein wichtiges Standbein der bayerischen Wirtschaft. Unsere Unternehmen haben eine hervorragende Produktpalette, die im Fokus der weltweiten Nachfrage steht. Diese Nachfrage hat über die Krise hinaus Bestand. Dabei unterstützen wir kleine und mittlere Unternehmen durch das neue Maßnahmenpaket Außenwirtschaft, und wir stärken weltweit die Marke "Made in Bavaria".

Für Bayern ist eine verlässliche, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung existenziell. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2020 verdoppeln. Dem dient unter anderem das neue landeseigene Förderprogramm zur Errichtung und Erweiterung von Tiefengeothermiewärmenetzen.

Meine Damen und Herren, die Störungen bei Gaslieferungen aus Russland zeigen, wie wichtig es ist, dass wir auf weitere Versorgungswege und Speicherkapazitäten beim Gas setzen. Ferner - das füge ich hinzu - muss der Ausstieg aus der Kernenergie dringend rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen einen breiteren Energiemix für Bayern, wenn wir die Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen wollen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, steht in diesem und in den nächsten Jahren ein Bündel von Aufgaben an. Es geht um wichtige Verkehrsprojekte: in Nürnberg die S-Bahn-Vorhaben, auch in München, die bessere Anbindung der Landeshauptstadt an den Flughafen, die Umsetzung des Regio-Schientakts Augsburg, die Strecke München - Mühldorf, den Brenner-Nord-Zulauf, die Schienenanbindung Ostbayerns an den Flughafen, die Elektrifizierung der Strecke Hof - Regensburg, den Bau der dritten Startbahn am Flughafen München, um nur einige zu nennen.

Wir dürfen unsere Augen nicht vor der Realität verschließen. Der Flughafen München konkurriert nicht mit Düsseldorf, meine Damen und Herren, sondern mit Dubai. Ein Spitzenstandort wie Bayern kann sich keine provinzielle Verkehrsinfrastruktur leisten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Förderung strukturschwacher Räume ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bayerischer Wirtschaftspolitik. Das gilt in der Wirtschaftskrise mehr denn je. Deshalb führen wir die Regionalförderung auf hohem Niveau fort.

Beim Thema Breitbandförderung habe ich von Beginn meiner Amtszeit an kräftig aufs Tempo gedrückt.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha! - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Bayern ist eines der ersten Länder, in denen jetzt Fördergelder ausgereicht werden. Über das Konjunkturpaket II des Bundes verdoppeln wir die Mittel auf 38 Millionen Euro. Den Regelförderbetrag erhöhen wir auf 100.000 Euro, den Fördersatz auf 70 %. Auch die Verfahrensschritte werden nun erheblich vereinfacht.

Zu lange, meine Damen und Herren, hat man auch in Bayern die immense Bedeutung der Breitbandversorgung verkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das alles bringt uns jetzt unserem Ziel, bis Ende 2020 die weißen Flecken auf der bayerischen Breitbandkarte zu beseitigen, spürbar näher.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Meine Damen und Herren, der neue Einzelplan 07 legt eine gute Grundlage für die wirtschaftlichen Impulse, die jetzt notwendig sind. Diese Staatsregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen stehen für die Renaissance und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es stimmt mich voller Sorge, meine Damen und Herrn, dass ich fast 20 Jahre nach dem desaströsen Scheitern des realen Sozialismus auf deutschem Boden dringend darauf hinweisen muss: Nicht Staatswirtschaft hat unser Land groß gemacht, sondern eine freiheitliche, wertgebundene Wirtschaftsordnung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deshalb sage ich voller Überzeugung: Die soziale Marktwirtschaft ist das Zukunftsmodell für unser Land mit seinen vielen kreativen und leistungsbereiten Menschen. Dafür schaffen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Das ist und bleibt die vornehmste Aufgabe bayerischer Wirtschaftspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, vielen Dank. Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD Herr Dr. Paul Wengert. Bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese Lehrstunde, verehrter Herr Staatsminister, aber wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen für uns in Anspruch, von sozialer Marktwirtschaft mehr zu verstehen als die Leute, die jahrelang Turbokapitalismus und Marktradikalismus gepredigt haben und die uns in den Kommunen mit ihren Privatisierungsideen schier verrückt gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mit einem Volumen von jeweils rund 1,7 Milliarden Euro in den Jahren 2009 und 2010, wovon rund zwei Drittel auf Regionalisierungsmittel des Bundes entfallen, ist der Einzelplan 07 der kleinste Einzelhaushalt. Deswegen müssen wir uns hier leider in Bescheidenheit üben. Wer geglaubt hat,

dies würde sich in Zeiten der schwersten Rezession seit Kriegsende ändern, befindet sich leider im Irrtum.

Der konjunkturelle Abschwung hat sich in Deutschland zu Jahresbeginn verstärkt fortgesetzt. Die Krise hat längst auch Bayern erreicht. Die Auftragseingänge befinden sich im freien Fall, die Zahl der Arbeitslosen zieht an und Zigtausende Menschen selbst aus Branchen bester Provenienz befinden sich in Kurzarbeit. Während Sie, Herr Staatsminister Zeil nicht müde wurden und werden - Sie haben eben wieder ein augenfälliges Beispiel dafür geliefert -, noch höhere Beiträge vom Bund zur Ankurbelung der Konjunktur einzufordern, waren Sie selbst nicht bereit, ein eigenes bayerisches Konjunkturprogramm aufzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Anträge der SPD vom November mit einem Volumen von insgesamt 800 Millionen Euro wurden abgeschmettert. Während der Bund rasch, effektiv und umfänglich gehandelt hat, hat Ihre FDP bis zuletzt sogar noch herumgeeiert, ob sie den Konjunkturpaketen überhaupt zustimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts der Lage in diesem Lande ist das ein skandalöses wahltaktisches Manöver gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die auf Bayern entfallenden Bundesmittel mutieren zu einem Landesinvestitionsprogramm und werden von Ihnen und Ihren Kabinettskollegen und -kolleginnen landauf, landab als eigene Wohltaten des Freistaats verkauft.

Leider setzt der Einzelplan 07 nur wenige Akzente, um der gegenwärtigen außerordentlichen Krise zu begegnen. Insgesamt wird er der aktuellen und mit Sicherheit noch länger anhaltenden konjunkturellen Lage nicht gerecht.

Ihr Credo, Herr Staatsminister Zeil, Bayerns Wirtschaft sei flexibel, innovativ und wettbewerbsfähig genug - diese drei Attribute würde ich unterstreichen -, um mit den Problemen fertig zu werden und gestärkt aus der Krise hervorzugehen, erinnert mich an einen, der im dunklen Wald pfeift, oder an eine Formulierung am Ende der Kohl-Ära: "Wir haben eine andauernde Unterbrechung des konjunkturellen Aufschwungs." So kann man es auch ausdrücken.

Bei den großen Firmenproblemen der jüngsten Zeit signalisierte die Bayerische Staatsregierung zwar höchste Priorität: Sie steht im ständigen Kontakt, sie führt einen konstruktiven Dialog, sie strebt Hilfsmaßnahmen an. Das ist ein wortreiches wirtschaftspolitisches Wording, aber leider weit entfernt von dringend notwendigen praktischen Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Und wo es brennt, Herr Staatsminister, da sind Sie zwar zur Stelle, aber Sie müssen auch löschen, sonst hilft das dem Unternehmen nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Mittelstandskreditprogramm bewegt sich wenig, und nur wegen der Halbierung der bisherigen 20-prozentigen Haushaltssperre auf 10 % kommt es effektiv zu einer Anhebung um gerade mal 2,5 Millionen Euro, was mehr als bescheiden ist. Ihr Lob auf den Mittelstand, das ich uneingeschränkt mittrage, wäre viel glaubwürdiger, wenn Sie den Worten auch kräftige Taten folgen lassen würden.

Der Präsident des Bundes der Selbstständigen, Herr Professor Fritz Wickenhäuser, hat es am 16. März 2009 in einer BdS-Pressemitteilung auf den Punkt gebracht, wenn er sagt: "Für drei Viertel aller Mittelständler ist es trotz aller staatlichen Rettungspakete schwerer geworden, einen Bankkredit zu bekommen. Unternehmer und Arbeitnehmer zahlen nun den Preis für die falsche Finanz- und Bankenpolitik der letzten Jahre."

Die Konditionen haben sich drastisch verschlechtert. Deshalb muss die Landesförderbank Bayern, übrigens eine hervorragende Förderbank, weitere Instrumente anbieten können, ihr Beratungs- und Produktangebot nochmals deutlich verstärken, und die Produkte der LfA müssen gemeinsam mit dem Bankensektor viel transparenter werden und trotz oft deutlich verschlechterten Rankings bei den Unternehmen auch ankommen.

Sie wollen die Mittelstandsfinanzierung durch konzertierte Aktionen mit der Kreditwirtschaft sicherstellen. Aber auch hier ist "ohne Moos nichts los". Wie Sie selbst vorgestern auf der Bilanzpressekonferenz der LfA gesagt haben, kommen auch hier zwei Drittel des Bürgschaftsvolumens woher? Aus Berlin, vom Bund. Wen wundert es da, wenn Fritz Wickenhäuser meint, die fünf Aktionssäulen des bayerischen Wirtschaftsministers stünden "auf einem brüchigen Fundament".

Leider, sehr verehrte Damen und Herren, wurden unsere Änderungsanträge allesamt von CSU und FDP abgelehnt, insbesondere unsere Forderung nach einer deutlichen Erhöhung des Ansatzes für das regionale Wirtschaftsförderprogramm. Von hohem Niveau zu reden, ist schon mutig, Herr Kollege Zeil.

Rund 30 Millionen Euro werden zusätzlich in die Förderung von Bussen im ÖPNV fließen, was ebenfalls auf unserer Agenda stand. Nachdem 2007 und 2008 die Busförderung im Zug der allgemeinen Sparmaßnahmen sehr zum Leidwesen auch im ländlichen Raum ausgesetzt worden war, besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Die Wiedereinführung der Busförderung ist nicht nur eine effiziente Maßnahme zum Klimaschutz, sondern auch als regionalpolitische Maßnahme zur Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche zwingend. Der Jubel von Ihnen und der sehr verehrten Frau Staatssekretärin Hessel über die so mögliche Steigerung der Attraktivität des ÖPNV - wir haben noch nicht einmal das Niveau von vorher erreicht - schallte dem geneigten Publikum gleich aus sieben Pressemitteilungen an einem einzigen Tag entgegen.

Die ebenfalls bejubelte und im Koalitionsvertrag vereinbarte beschleunigte Entwicklung und Markteinführung von Elektromobilen - Sie haben es gerade auch angesprochen - unter der nach meinem Gefühl etwas hochtrabenden Schlagzeile "Zukunftsoffensive Elektromobilität - Bayern fährt elektrisch" wird dagegen doch sehr getrübt durch die ernüchternde Tatsache, dass von den 706.767 Kraftfahrzeugen, darunter etwa 600.000 Personenkraftwagen, die 2008 in Bayern neu zugelassen wurden, gerade mal 24 Fahrzeuge einen Elektroantrieb haben.

Wir jubeln nicht, aber wir nehmen mit gewisser Erleichterung zur Kenntnis, dass die CSU-FDP-Breitbandstory vielleicht doch nicht zu einer unendlichen Geschichte wird, auch wenn es lang gedauert hat, bis Dornröschen wachgeküsst wurde, und ein Happy End noch nicht in Sicht ist. Vor drei Jahren brachte unsere ehemalige Kollegin Dr. Hildegard Kronawitter dieses Thema im Landtag zur Sprache. Unisono führten SPD und Gemeindetag Klage über die absolute Unterversorgung des ländlichen Raums. Geschehen ist leider jahrelang nichts. Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, haben das selbst in Ihrem Redebeitrag im Haushaltsausschuss im Februar mit Bedauern festgestellt.

Ein leistungsstarkes und schnelles Breitbandangebot ist Teil der Daseinsvorsorge und zwingender Bestandteil moderner Infrastruktur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erwin Huber blockte seinerzeit als Wirtschaftsminister ab, schnelle Internetanschlüsse seien allein Sache der Wirtschaft und, so haben Sie es gesagt, nicht Aufgabe des Staates.

(Erwin Huber (CSU): Das bleibt auch Aufgabe der Wirtschaft!)

Laut Koalitionsvertrag wollen CSU und FDP die schnelle Internetverbindung innerhalb der nächsten drei Jahre sicherstellen, während Wirtschaftsminister Zeil beklagt, dass der Bund die Versorgung ländlicher Gebiete mit schnellem Internet finanziell nicht un-

terstützt, sich aber im Bundesrat gegen die Verabschiedung des Konjunkturpakets II querlegt und Koalitionspartner Erwin Huber querschießt, indem er Zeils Förderpläne Anfang Februar als absolut unzureichend bezeichnete. Da soll sich mal einer draußen im Land auskennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Während die Männer streiten, schreitet Staatssekretärin Hessel zur Tat und sticht am 13. März den ersten Spaten für die erste in Bayern geförderte Verlegung von Glasfaserkabeln in Mühlhausen in der Oberpfalz. Endlich zieht der Fortschritt ein. Georg Schmid lobt derweil Brüssel, weil es in einer enorm wichtigen Frage die Bremse gelockert habe,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hätte schon längst geschehen können!)

und fordert seinen Koalitionskollegen Zeil auf: "Jetzt muss auch das bayerische Wirtschaftsministerium beim schnellen Internet im Freistaat Gas geben", worauf Kollege Zeil fast reflexartig mit Kritik am Beschluss des EU-Gipfels kontert: 1 Milliarde für die ganze EU sei zu wenig für einen kräftigen Anschlag. Es sei auch hier daran erinnert, wie es früher war. Seinerzeit hatte sich Erwin Huber geweigert, überhaupt Fördermittel der EU anzunehmen.

(Erwin Huber (CSU): Das sind Märchen, was Sie da erzählen! Es hat gar nichts gegeben!)

Im Rahmen des Konjunkturpakets II, kommunales Investitionsprogramm, fließen pro Jahr 12,5 Millionen Euro zusätzlich in die Breitbandförderung. Deshalb konnten wir unseren Antrag für erledigt erklären, auch wenn sich Bayern hier am Bund "abspatzt". Aber ein Megabit Übertragungskapazität ist Steinzeit. "40 Minuten für die Übertragung von 14 Megabit, das ist ein Drama", ärgert sich ein Allgäuer Campingplatzbetreiber laut "Allgäuer Zeitung" vom 25. März zu Recht über die völlig unzureichenden Verhältnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und noch etwas: Die Gemeinden dürfen nicht länger gezwungen werden, sich für die billigste Lösung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

nämlich Internet per Funk, zu entscheiden. Das hat keine Zukunft. Basis muss die Glasfaserverkabelung sein, und zwar anbieterneutral. Alles andere ist Humbug und konterkariert die Wirtschaftsförderung für den ländlichen Raum.

Sehr geehrter Herr Kollege Zeil, suchen Sie sich ein gutes Team für die Profiligen. Sorgen Sie endlich dafür, dass die Bürger und die Gewerbetreibenden in Bayern leistungsfähige Internetverbindungen bekommen. Animositäten im Vorwahlkampf zwischen Bund und Land, zwischen Ihnen, Herrn Huber und Herrn Schmid, sind kontraproduktiv.

Lassen Sie mich, auch wenn diese Mittel weitgehend gebunden sind, noch auf den Schienenpersonennahverkehr eingehen. Natürlich stehen auch wir für die in Ihrem Koalitionsvertrag enthaltenen Verbesserungen des flächendeckenden Angebots und die Weiterentwicklung des Bayerntaktes. Der Wettbewerb bei den Bahnunternehmen in Bayern findet allerdings auf dem Rücken der Beschäftigten statt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die staatseigene BEG vergibt die Aufträge ausschließlich nach den Kriterien des Preises. Es werden zwar alle möglichen Standards im Hinblick auf Technik und Ausstattung gefordert, aber die grundlegenden tariflichen und sozialen Bedingungen für die Mitarbeiter bleiben außen vor. Die "Märklinisierung" der Bahn geht voll zulasten der Arbeitnehmer, und damit wird dem Wert der Arbeit die Anerkennung entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Erwin Huber (CSU): Das ist doch abwegig, was Sie da erzählen!)

Sie müssen sich vorstellen, dass mit jedem Wechsel des Anbieters nach einer verlorenen Ausschreibung in der Regel auch die Mitarbeiter umflagen und jedes Mal neue Lohneinbußen hinnehmen müssen mit allen sozialpolitischen Folgen für sich und ihre Familien.

(Erwin Huber (CSU): 95 % sind doch DB!)

Mit Steuergeldern werden so Lohn- und Sozialdumping gefördert.

Wir wollen den Wettbewerb nicht verhindern. Aber er muss fair sein, auch und gerade für die Beschäftigten der Eisenbahnunternehmen in Bayern, die gute Arbeit leisten. Sie haben es nicht verdient, Opfer einer unsozialen Vergabepolitik zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ändern Sie, sehr verehrter Herr Staatsminister, die Vergabekriterien so, dass die Qualität des Angebots und die Lohn- und Sozialstandards für die Vergabe entscheidend sind.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf eine Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten von gestern eingehen. Das sei mir als Neuling in diesem Hohen Haus

(Erwin Huber (CSU): Das merkt man!)

gestattet. Er hat sich zu der Behauptung verstiegen, von der Opposition sei kein einziger Vorschlag gekommen. Sie setze allein auf Destruktion.

(Erwin Huber (CSU): Das ist richtig!)

Tatsächlich haben wir rund 130 Anträge gestellt, lieber Kollege Huber, darunter wirklich sehr konstruktive zum Einzelplan 07. Alle wurden wie seit eh und je geradezu reflexartig abgelehnt. Das macht die vom Ministerpräsidenten gestern im selben Atemzug aufgestellte Behauptung, er habe im Land ein neues Klima des Zuhörens und des Aufbruchs geschaffen, nicht besonders überzeugend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Krise schaffe Bewusstsein, hat der Ministerpräsident gestern philosophiert, Bewusstsein für wahre Werte, die bleiben. Dazu zählt auch die Wahrhaftigkeit, möchte ich dem Ministerpräsidenten zurufen. Vielleicht erinnert er sich gelegentlich auch an das achte Gebot: Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Einzelplan 07, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist keine Antwort auf die außerordentliche Krise. Er ist vielmehr Ausdruck verpasster Chancen, dem Land und seinen Menschen wirklich zu helfen. Das Fleisch im Topf der bayerischen Konjunktursuppe kommt aus Berlin. Deshalb kann die SPD-Fraktion diesem Einzelplan trotz einiger positiver Ansätze nicht zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Wengert, bleiben Sie bitte noch kurz am Pult stehen, denn wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Werter Herr Kollege Wengert, Sie haben eingangs den Turbo-Kapitalismus angesprochen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Turbo!)

- Turbo, ja; Sie hören richtig: Turbo-Kapitalismus. Ich darf Ihnen folgende Fragen stellen: Wissen Sie erstens, dass die FDP bereits 1990 im Wahlkampf die Macht der Banken und Versicherungen einschränken wollte? Wissen Sie zweitens, dass 2002 dem Bundestag ein Antrag der FDP vorlag, die Bankenaufsicht unter die Bundesbank zu stellen, um die Effizienz der Aufsicht zu gewährleisten, und dass dieser Antrag von den GRÜNEN und der SPD abgelehnt worden ist?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist keine Schande, wenn du das jetzt nicht weißt!)

Dr. Paul Wengert (SPD): - Lieber Herr Kollege Kirschner, ich nehme im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung für mich nicht in Anspruch, allwissend zu sein. Ich weiß nicht, ob das, was Sie gerade vorgetragen haben, zutrifft. Aber wenn die SPD schon 1990 zum Ausdruck gebracht hat, dass man mehr auf die Banken achten muss, war das im Trend sicherlich keine falsche Entscheidung. Zu 2002 weiß ich es nicht. Aber das können Sie in den Protokollen über das Internet leicht recherchieren.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung für die Fraktion der CSU: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Zunächst einmal muss ich feststellen, dass ich von einem Neuling eigentlich noch nie so viel Selbstgefälligkeit gehört habe, wie vorhin vom Kollegen Wengert. Der Bezug auf das achte Gebot ist vielleicht doch etwas übertrieben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir über Wahrhaftigkeit reden, haben wir am vergangenen Donnerstag hier im Haus ein ganz gutes Beispiel erlebt, wie es nicht sein soll.

(Zurufe von der SPD: Was war da?)

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan für das Wirtschaftsministerium beschäftigen wir uns heute mit einem der bedeutendsten Bereiche der bayerischen Politik, wenn das auch im Umfang des Haushalts nicht unbedingt zum Ausdruck kommt; denn die großen Erfolge Bayerns in den letzten Jahrzehnten stehen einerseits auf dem Fundament einer stark wachsenden bayerischen Wirtschaft, andererseits auf den Erfolgen hervorragender Unternehmer und fleißiger Arbeitnehmer in Bayern.

Sehr geehrter Herr Minister, Ihre Vorgänger im Ministerium haben durch eine ausgesprochen kluge Politik für alle Landesteile die Bedeutung des Ministeriums weit über die haushaltspolitischen Zahlen allein hinausgehoben.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Ich wünsche Ihnen sehr viel Glück, dass Ihnen das auch weiterhin so gut gelingt wie bisher.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie sind ja ein Schelm!)

- Ach, Herr Kollege Pfaffmann, Sie kennen mich doch!

(Zurufe von der SPD: Beyer!)

- Oh, der Kollege Beyer, das ist mir natürlich noch angenehmer; denn beim Kollegen Pfaffmann wüsste ich nicht, wie es mit dem achten Gebot ist, wenn er zu mir redet.

Unser gemeinsames Ziel sollte es deshalb sein, Bayerns Position als eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland und in Europa abzusichern. Diesen Vorgaben trägt der vorliegende Einzelplan in vielen Bereichen wirklich Rechnung. Wesentliche Bereiche werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt. Verstärkungen in bestimmten Bereichen sollen insbesondere Investitionsanreize geben, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Natürlich sind wir in Bayern in einer ganz besonderen Situation, da wir einen sehr hohen Exportanteil haben und deshalb natürlich unter der riesigen Weltwirtschaftskrise entsprechend leiden. Wir dürfen auch nicht verkennen, dass wir auf dem Arbeitsmarkt bereits erste Auswirkungen erkennen können; denn seit 1928 ist in Deutschland erstmals im Monat März dieses Jahres die Arbeitslosenzahl nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Das ist ein erhebliches und bedenkliches Zeichen.

Wir haben gemeinsam mit der FDP-Fraktion einige Anträge zu diesem Haushalt eingebracht und auch durchgesetzt. Ich glaube, dass wir auf diese Art und Weise Verstär-

kungen durchgesetzt haben, die - zumindest in unseren Augen - von besonderer Bedeutung sind. Die Erhöhung der Fördermittel für die regionale Wirtschaftsförderung,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

das bereits mehrfach angesprochene Breitbandkabelnetz, die Förderung des Tourismus und die Wiedereinführung der Busförderung sind wichtige Zeichen für die bayerische Wirtschaft.

Herr Minister, die wesentlichen Positionen des Haushalts sind von Ihnen bereits ausführlich dargestellt worden. Deswegen kann ich mich auf Weniges beschränken. Die Opposition hat in den Haushaltsberatungen bei vielen, vielen Positionen mehrfach deutliche Erhöhungen vorgeschlagen, aber dazu nie - nicht ein einziges Mal - einen Gegenfinanzierungsvorschlag unterbreitet.

(Beifall bei der CSU - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Falsch! - Zurufe von der SPD: Falsch!)

Natürlich würden wir uns alle wünschen, dass wir noch mehr Mittel zur Verfügung hätten. Natürlich könnten wir die regionale Wirtschaftsförderung, die Mittelstandsförderung, alles dies, mit sehr viel mehr Geld unterstützen. Aber wir müssen uns nach der Decke strecken und können nicht nur Forderungen stellen, die unerfüllbar sind. Wir müssen bei allen Wünschen der Gegenwart auch die Zukunft beachten und die nachfolgenden Generationen mit ins Kalkül ziehen. Letztlich wird Wirtschaftspolitik nicht nur mit Fördermitteln allein gemacht.

(Zuruf von den Freien Wählern: So ist es!)

Sehr viel wichtiger ist es in meinen Augen, dass wir angemessene Rahmenbedingungen schaffen, die es in Bayern der Wirtschaft ermöglichen, weiterhin so erfolgreich zu sein wie bisher. Wir müssen uns darauf besinnen, dass wir in wesentlichen Bereichen eine vernünftige Finanz-, Steuer-, Struktur- und Wirtschaftspolitik betreiben. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir auch den gesamten steuerlichen Bereich überdenken

(Zuruf von der SPD: Aha!)

und hier immer wieder entsprechende Steuersenkungen, aber auch Vereinfachungen des deutschen Steuerrechtes fordern, denn nur auf diese Art und Weise können wir den Mittelstand unterstützen.

(Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Wir haben ein Erfolgsmodell, das heuer 60 Jahre alt wird, nämlich die soziale Marktwirtschaft. Die Werte, die uns in den letzten Jahrzehnten Wohlstand und Sicherheit geschenkt haben, sollten wir hochhalten. Die gegenwärtige Krise gibt uns durchaus auch die Chance, in Bayern die Rahmenbedingungen insgesamt wieder so einzurichten, dass wir am Ende gestärkt aus der Krise herausgehen können.

Natürlich kann es nicht sein, dass wir einzelne Branchen oder Unternehmen mit Steuermitteln retten, weil das zu Verzerrungen des Wettbewerbs insgesamt führen könnte. Wir müssen uns auf die ordnungspolitischen Kräfte der Marktwirtschaft besinnen. Die Rettung von Betrieben und Unternehmen, die nicht lebensfähig sind, kann nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein. Philipp Holzmann, liebe Kollegen von der SPD, sollte uns da ein wirklich warnendes Beispiel sein. Ich bin dem Bundeswirtschaftsminister sehr dankbar, dass er darauf dringt, dass nur Unternehmen mit staatlicher Hilfe rechnen können, die nachgewiesen haben, dass sie am Markt langfristig Chancen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Nichts anderes wollen wir!)

Wir können Fehler von Managern oder Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe nicht mit Steuermitteln beheben. Wenn jemand gerade zum Ende einer guten Konjunkturphase ein anderes Unternehmen übernimmt und das auch noch in voller Höhe fremdfinanziert, kann es nicht Aufgabe des Staates sein, diesen Managern mit Steuermitteln aus der finanziellen Klemme zu helfen.

(Zuruf von der SPD: Landesbank!)

Natürlich ist es schlimm, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Natürlich sollten wir auch das Schicksal jedes einzelnen Arbeitslosen betrachten, denn das trifft die Familien sehr stark. Aber wir müssen uns trotzdem Gedanken darüber machen, ob wir unsinnigerweise Unternehmen, die am Markt nicht bestehen können, tatsächlich erhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Uns muss daran gelegen sein, den bayerischen Mittelstand zu stärken. Ich habe die Diskussion der letzten Tage immer wieder beobachtet und dabei festgestellt, dass mir der Hinweis darauf fehlt, was zum Beispiel mit dem Bäcker und dem Metzger passiert, der die Kantine von BMW in Regensburg beliefert, wenn dort nun plötzlich Kurzarbeit ist und ihnen pro Woche jeweils ein Tag Umsatz verloren geht. Wenn fünf Wochen lang Betriebsurlaub gemacht wird, wenn verlängerte Ferien über Fasching gemacht werden, sind das Umsatzausfälle, die alle in der Region sehr schwer treffen. Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass unsere Wirtschaft wieder in Fahrt kommt. Ich bin sehr dankbar, dafür, dass die Bayerische Staatsregierung einen Schirm für den kleinen Mittelstand aufgespannt hat und mit dem Investitionsbeschleunigungsgesetz auch auf die Nöte des Mittelstands reagiert.

Ich wünsche mir, sehr geehrter Herr Minister, dass Sie in bestimmten Bereichen die Rahmenbedingungen noch etwas verbessern. Die Förderung des Wettbewerbs sollte oberstes Ziel sein, insbesondere auch dort, wo wir als Gesetzgeber im Mittelstandsförderungsgesetz etwas tun können. Auch bei der Überarbeitung des LEP, unseres Planes für die Entwicklung Bayerns, sollten wir uns an mittelständischen Unternehmen und an vernünftigen Dingen orientieren, so wie wir es das letzte Mal unter dem heutigen Staatssekretär Franz Pschierer bei uns im damaligen Ausschuss beschlossen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Kollege Beyer freut sich darüber.

Liebe, höchst ehrenwerte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich habe Ihnen gesagt, dass wir uns gerne mit Ihnen über weitere Förderungsmöglichkeiten verständigen, wenn Sie uns die entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschläge machen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie sich nicht wirklich trauen, dort zu kürzen und woanders etwas mehr auszugeben, weil Sie glauben, dass Sie Ihre Klientel in manchen Bereichen vor den Kopf stoßen würden. Sie können mit uns gerne über alle Positionen diskutieren. Wir sind offen, wenn Sie uns entsprechend zeigen, wo wir allerdings bei ausgeglichenem Haushalt weiterhin tätig sein können.

Ich möchte mich ganz besonders herzlich

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums bedanken.

Sehr geehrter Herr Pfaffmann, Sie vergessen das natürlich immer wieder, das ist mir ganz klar. Es ist wirklich eine enorme Arbeit geleistet worden, und deswegen möchte ich mich sowohl beim Wirtschaftsministerium wie auch beim Finanzministerium bedanken. Denn mit der Nachschubliste in der Kürze der Zeit einen so guten Haushalt aufzustellen, das ist nicht selbstverständlich. Vielen herzlichen Dank. Ich bitte Sie, Herr Minister, diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzureichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben einen vernünftigen Haushaltsplan für das Wirtschaftsministerium vorgelegt. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan, damit die bayerische Wirtschaft weiterhin wachsen und gedeihen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Muthmann für die Freien Wähler. -Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausgangspunkt unserer Beratungen muss die Weltwirtschaftskrise sein. Ich sage das an dieser Stelle auch deswegen, damit wir Erwartungen an die Bundespolitik oder gar an die bayerische Landespolitik angesichts der weltweiten Verflechtungen und Auswirkungen nicht überziehen. Der allgegenwärtige und durchaus wohlfeile Ruf nach staatlicher Unterstützung suggeriert Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen des Staates, die er gar nicht hat. Wenn der Staat allen Not leidenden Betrieben, Branchen und Märkten die Probleme abnehmen wollte, dann wäre er pleite und handlungsunfähig. Damit ist niemandem geholfen. Da würden wir auch unserer Verantwortung nicht gerecht werden.

Der Freistaat hat in diesen Krisenzeiten natürlich eine besondere Verantwortung. Gespannt beobachten wir: Wo und wie reagiert die Staatsregierung wirtschaftspolitisch? Wo sind die Schwerpunkte? Welche neuen, welche zusätzlichen Maßnahmen ergreift sie? Es ist viel über die Segnungen des Konjunkturpakets gesprochen worden - zu Recht. Aber es ist ein Bundesprogramm.

Zunächst darf ich mich an dieser Stelle, Herr Staatsminister, auch noch einmal für Ihren Einsatz für viele finanziell klamme, aber fortführungsfähige Unternehmen bedanken. Wir haben schon das Gefühl, dass das Wirtschaftsministerium das, was rechtlich und finanziell möglich ist, durchaus tut - Stichwort Knaus Tabbert. Auch dafür noch einmal herzlichen Dank.

Aber dann: Wo sind die Schwerpunkte? Wo sind die besonderen bayerischen Lösungen? Wenn es richtig ist, dass Krisen zu Kreativität führen, wenn sie dazu Anlass geben, Ballast abzuwerfen, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten, dann suchen wir in diesem Haushalt weitgehend vergeblich. Wenn es um die Bedeutung des Mittelstandes geht - Graf Lerchenfeld hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht allein um zusätzliches Geld geht, sondern daneben auch um Maßnahmen, die nicht zwangsläufig Geld kosten, aber der Wirtschaft einen erfolgreichen Weg bereiten -, dann müssen wir feststellen, dass wir da angesichts der Bedeutung des Mittelstandes zu wenig finden.

Da ist einmal zu fragen: Wie geht es mittelfristig mit den unverzichtbar wichtigen Fachkräften weiter? Wie können die Betriebe künftig in dieser Situation Fachkräfte rekrutieren, die sie dringend brauchen, um qualitativ zu arbeiten? Ich fürchte, es fehlen nicht nur die Antworten und Lösungsansätze. Ich fürchte, diese Fragen sind noch nicht einmal richtig gestellt. Wir alle wissen, dass dem Mittelstand vor allem auch durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse geholfen werden kann. Unser aller Aufgabe ist es, die Unternehmen möglichst wenig durch unnötige Vorschriften am Arbeiten und Produzieren zu hindern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sehr geehrter Herr Staatsminister Zeil, Sie haben im Haushaltsausschuss dazu ausgeführt, insbesondere auf EU- und Bundesebene könne man noch mehr für den Bürokratieabbau tun. Das ist zwar auch richtig, aber Ablenken von eigenen Aufgaben und Möglichkeiten gilt nicht. Was hat die Bayerische Staatsregierung an Bürokratieabbau zu bieten? Ich habe mir exemplarisch die Verwaltungskosten Ihres Verantwortungsbereiches angesehen - Business as usual. Die FDP gilt - man muss wohl sagen, galt, - als eine Partei, die für die Reduzierung der Staatsquote steht. Auch im Koalitionsvertrag wurde eine Reduzierung der Staatsquote vereinbart. Aber von alledem ist nichts erkennbar.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie werden verstehen, dass der Mittelstand und dass auch wir als Freie Wähler kein gutes Gefühl haben und eine solche Entwicklung nicht akzeptieren. Machen Sie sich endlich auf den Weg, für weniger Staat, vor allen Dingen für weniger bürokratischen Kleinkram zu sorgen. Da haben Sie unsere Unterstützung. Momentan ist unsere Fortführungsprognose zum Thema Bürokratieabbau eher negativ.

Ich komme zum Thema Breitband und schnelles Internet in ganz Bayern. Da haben wir Freien Wähler einen Antrag gestellt, mehr Geld im Haushalt vorzusehen, um diese - Kollege Wengert hat es auch gesagt - überfällige Aufgabe endlich zum Erfolg zu führen. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfractionen im Haushaltsausschuss abgelehnt.

Wir sind erfreut, Herr Staatsminister, wenn Sie mit weniger Geld auskommen - umso besser. Aber - der Herr Ministerpräsident hat bei diesem Thema von einer vielleicht letzten Bewährungsprobe für die Regierungen gesprochen - richtig ist, es ist eine Bewährungsprobe, allerdings nicht für die Regierungen als nachgeordnete Behörden, sondern für die Staatsregierung selbst. Da muss ich Ihnen sagen, da sind Sie nach wie vor nicht auf dem richtigen Weg. Erwin Huber hat als Wirtschaftsminister gemeint, die Entwicklung des schnellen Internets der Wirtschaft überlassen zu können. Das war offenkundig falsch. Aber Wirtschaftsminister Zeil meint heute, die Entwicklung und den Ausbau des Breitbandes den Gemeinden überlassen zu können und nur gemeindliche Initiativen unterstützen zu müssen. Gestern haben Sie in der Pressekonferenz neue, verbesserte Förderbedingungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Das ist positiv. Aber, sehr geehrter Herr Staatsminister, es bleibt bei einem grundsätzlichen Webfehler an dieser Stelle. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinden und nicht ausreichend für den Staat, die Gemeinden zu unterstützen, sondern es ist Aufgabe des Staates selbst, für ein flächendeckendes schnelles Internet in allen Regionen Bayerns zu sorgen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Erwin Huber (CSU): Wir betreiben es doch nicht!)

- Sehr geehrter Herr Huber, ich will Ihnen dazu ein Bild geben. Es wäre falsch, wenn der Staat lediglich den Bau der Gemeinde- und Ortsstraßen fördern und keine eigenen Staatsstraßen mehr bauen würde, um das große flächendeckende, leistungsfähige Netz zu unterhalten. Das ist die Aufgabe des Staates.

(Erwin Huber (CSU): Wer betreibt denn das Netz?)

Das zu initiieren und federführend in die Hand zu nehmen, muss nicht der Betrieb des Staates sein. Aber er muss es anstoßen und initiieren. Er darf nicht nur Impulse bei den Gemeinden unterbringen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist und bleibt die zentrale Infrastrukturaufgabe des Staates, endlich für einen Schub zu sorgen. Wir sind uns mit dem Bayerischen Gemeindetag völlig einig, dass es nicht Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde sein muss, mit ihren ganz unterschiedlichen, zum Teil auch ehrenamtlichen kleinen Strukturen das Netz zu gewährleisten. Der Freistaat muss endlich die Gesamtsteuerung und Gesamtverantwortung übernehmen.

Für das Thema Breitband gibt es nicht einmal einen eigenen Haushaltstitel. Sie haben unsere Unterstützung, wenn Sie das Thema endlich in die Hand nehmen und zum Erfolg führen. Wenn Sie dafür nicht mehr Geld brauchen, als bisher eingestellt, haben Sie unsere Unterstützung, und auch unseren Respekt, wenn Sie das zeitgerecht zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Das in den Förderprogrammen genannte Ausbauziel von einem Megabit als Leistungsstandard ist schon heute überholt.

(Eberhard Sinner (CSU): Wie viele Megabit hätten Sie denn gerne?)

Lassen Sie mich zum Thema ländlicher Raum - dieses Thema ist mir sehr wichtig - ein paar Punkte aufzählen, weil die Grenzräume die Auswirkungen einer solchen Konjunkturdämpfung früher und intensiver spüren und besondere Anreize brauchen. Zunächst geht es auch hier, Herr Lerchenfeld, ein Stück weit ohne Geld. Mit Veränderungen im Landesentwicklungsprogramm - LEP - könnte man erhebliche Impulse für den ländlichen Raum organisieren. Das Einzelhandelsziel - ein Beispiel - in der jetzigen Fassung unterstützt und stärkt die Sogwirkung der Ballungsräume und ist aus diesem Grunde abzulehnen. Daneben gibt es die zentralen Orte und die Gebietskategorien im Landesentwicklungsprogramm. Das sind durchaus wichtige Steuerungsmöglichkeiten der Staatsregierung. Was machen Sie im Koalitionsvertrag? - Mit der Änderung des Landesentwicklungsprogramms wird ein einziges bescheidenes Ziel geändert, nämlich zum Flughafen Oberpfaffenhofen. Sonst wird nichts mit diesem vornehmen Steuerungselement geändert. Packen Sie es endlich an, nutzen Sie das LEP.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zu guter Letzt komme ich auf die Regionalförderung zu sprechen. Ich höre immer wieder, Sie würden die Regionalförderung und die Tourismusförderung auf hohem Niveau fortsetzen. Ich habe Ihnen schon Ende letzten Jahres gesagt: Entweder hohes Niveau oder Fortsetzung. In dieser Form passt es nicht zusammen.

Tun Sie nicht so, als könnte trotz der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft ausreichen, das anzubieten, was Sie derzeit im Haushalt eingesetzt haben. Tourismus und allgemeine Wirtschaft brauchen Wachstum und Beschäftigungsimpulse. Die Mittel sind weniger als die regionale Wirtschaftsförderung und die insbesondere zu berücksichtigenden touristischen Aspekte erwarten dürfen. Sie haben heute wieder vorgetragen, dass die Regierungskoalition diese Mittel um sage und schreibe eine Million Euro erhöht hat. Sie verschweigen aber - das ist nicht in Ordnung -, dass die Sondertöpfe "Ertüchtigungsprogramm" und "Ostbayern", aus denen wir die letzten vier Jahre etwa 35 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung hatten, ausgelaufen sind und es diese nicht mehr gibt. Seien Sie bitte so ehrlich zu sagen, es werde für die ländlichen Räume und die Investitionsimpulse bei den Unternehmern, die in diesen schwierigen Zeiten investieren wollen, weniger als in den vergangenen Jahren getan. Wir wissen auch, dass es angesichts der Verpflichtungsermächtigungen, die 2008 eingegangen worden sind, kaum noch Mittel gibt, die noch zur freien Disposition stehen. Das ist in dieser Zeit viel zu wenig. Das ist ein zentraler Punkt, weswegen wir dem Haushalt nicht zustimmen können.

Zusammenfassend ist zu sagen: Es fehlt uns an Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand und das Handwerk. Es fehlt auch an den notwendigen Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen - Stichwort Wirtschaftsförderung. Und es fehlt uns zuletzt auch am entschlossenen Ausbau der Infrastruktur, beispielhaft dargelegt zum Thema Breitband. Die Freien Wähler werden diesen Haushaltsplan ablehnen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächster Redner: Dr. Runge für die GRÜNEN. Bitte sehr.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Frau Staatssekretärin, Herr Minister, meine Damen und Herren! Bereits zum siebten Mal darf ich mich an dieser Stelle zum Einzelplan 07 des Doppelhaushalts auslassen. Interessant ist, dass wir mit dem vierten Amtsinhaber - einmal war es eine Amtsinhaberin - konfrontiert sind und uns mit deren Reden und Handeln auseinander setzen. Es ist spannend, dies in eine Reihe stellen zu dürfen.

Mein positiver Eindruck ist, es gibt weniger Interventionismus und weniger Staatswirtschaft á la Stoiber und Wiesheu, und was viel wichtiger ist, es gibt weniger "Großkotz", das heißt weniger Hochtrabenheit und mehr Bescheidenheit. Das kommt auch in vielen Ausdrücken zur Geltung. Ich höre sehr viel seltener herausposaunt "Champions League". Anstelle von Begrifflichkeiten wie "Offensive Zukunft Bayern" oder "Hightech-Offensive" hören wir jetzt eher "Allianz Bayern Innovativ" oder "Regionalmanagement". Das ist gar nicht so schlecht.

Das jetzt angeklungene Lob muss ich gleich wieder revidieren, wenn ich Ministerpräsident Seehofer lese und höre. Gestern hat Herr Seehofer seine Haushaltsrede mit dem Satz begonnen, die aktuelle Haushaltsdebatte stehe unter einem ganz besonderen Vorzeichen. Damit hat er recht. Statt dann auf das Desaster der Bayerischen Landesbank und die originäre Verantwortung einiger CSU-Größen hierfür hinzuweisen, hat er sich nur auf die weltweite Wirtschaftskrise bezogen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Kurt Eckstein (CSU))

Er hat dann, Herr Eckstein, von einem klaren Kurs gesprochen. Stellen Sie sich vor, Herr Seehofer spricht von einem klaren Kurs - gerade er. Anschließend hat er noch eines vollbracht, nämlich den Haushalt, der gerade diskutiert wird, einen "Leuchtturm" genannt. Meine Damen und Herren, wir erinnern uns alle, dass erst kürzlich ein von der CSU als "Leuchtturm-Projekt" glorifiziertes Vorhaben als "Armleuchter-Projekt" entlarvt

wurde. Es ist dann auch ins Nirwana geschwebt. Mit dieser Begrifflichkeit sollten Sie also künftig etwas vorsichtiger umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem, was anschließend in der Rede des Ministerpräsidenten kam, muss einem angst und bange werden um die Zukunft des Landes. Es waren nichts anderes als leere Versprechungen, weil volle Hose.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Er hat seinen Einsatz für die Bahnstrecke München - Ingolstadt - Nürnberg gerühmt. Wir wissen aber alle, dass diese Strecke ein Milliardengrab war. Vier Milliarden Euro gehen uns in Bayern und der gesamten Republik für sinnvolle Verkehrsprojekte ab.

(Erwin Huber (CSU): Das ist Sache des Bundes!)

Er hat seine "Wackelpudding-" und "Gummirückgratpolitik" als ganz toll dargestellt. Das musste aber in die Hose gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Herr Ex-Minister Huber, seine Einlassung und die der CSU-Fraktion zur Mehrwertsteuer taugen nicht; denn seit Jahren gibt es die Möglichkeit, den Antrag in Brüssel zu stellen. Sie haben mit den krudesten Argumenten immer dagegen gehalten. Noch vor zwei Jahren hieß es, die erwarteten Effekte würden nicht eintreten. Zum zweiten hieß es, die Haushaltslage des Bundes gebe das nicht her, und am tollsten war ein Sprecher der CSU im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, der meinte, das ginge zu lasten aller Steuerzahler, und die Gastronomie würde vom auf 19 % erhöhten Mehrwertsteuersatz profitieren, weil dadurch die Lohnnebenkosten stark abgesenkt würden. Das ist nichts anderes als eine unsäglich populistische Wackelpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer hat auch gesagt, wir müssten uns gegen den Abschwung stellen. Was wir allerdings vor allem machen müssen, meine Damen und Herren, wir müssen uns und die Bürgerinnen und Bürger auf den Abschwung einstellen. Wir müssen versuchen, die Folgen des Abschwungs abzupuffern. Hier fehlen die zehn Milliarden Euro, die im Landesbank-Desaster vergeigt wurden. Und uns fehlt vieles weitere. Das heißt, wir haben jede Menge an sonstigen Stoiber- und Faltlhauser-Altlasten abzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Finanzmarktdesaster hat uns in eine weltweite Wirtschaftskrise geworfen; allerdings hatte sich die Krise bereits zuvor abgezeichnet. Ich erinnere nur an die Explosion der Energiepreise im letzten Jahr wegen der Ölnapppheit oder an die Welternährungskrise, an den Klimawandel mit seinen drohenden dramatischen Auswirkungen und an die immer größer werdende Ungleichverteilung vor allem zwischen Nord und Süd. Das alles zeigt uns, dass dringend gehandelt werden muss. Wir brauchen eine andere Wirtschaftspolitik, aber auch ein anderes Wirtschaften; Wirtschaften heißt eigentlich, häuslicherisch mit den knappen Ressourcen umzugehen.

Wenn jetzt Politiker sagen, es gelte, diese Krisen nacheinander abzuarbeiten, dann, muss ich sagen, ist das grober Unfug. Man kann nur versuchen, insgesamt umzusteuern. Man muss für eine andere Umwelt- und Klimaschutzpolitik sorgen und wir brauchen mehr Eine-Welt-Gerechtigkeit, aber auch mehr Verteilungsgerechtigkeit bei uns in diesem Lande.

Herr Minister Zeil, wohin uns die Überhöhung des Marktes, die Liberalisierungs- und Privatisierungsdoktrin sowie der Deregulierungswahn gebracht haben, wird uns gerade deutlich vor Augen geführt. Von daher gilt es, die Rolle des Staates und der öffentlichen Hand insgesamt anders zu definieren. Und das gilt gerade für Krisenzeiten. Wie wir befürchten, kommen wir jetzt in eine längere Phase der Schrumpfung und da brauchen wir einen starken Staat. Starker Staat kann nicht nur heißen: Der Staat als letzter Bürge,

sondern es muss auch heißen, der Staat als Regulierer und als Anbieter von Dienstleistungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Grundsätzlich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen - Herr Kollege Wörner ist leider draußen -, die Idee der Gemeinwirtschaft wieder zu stärken. Gemeinwirtschaft heißt nicht nur eine öffentlich-wirtschaftliche Tätigkeit, sondern dazu gehören weite Teile des Genossenschaftswesens, wie auch die Betätigung frei gemeinnütziger Unternehmen. Hier ist ein Umdenken angesagt. Dabei wollen wir keineswegs das dominierende Steuerungsprinzip Markt in unserem System der sozialen Marktwirtschaft infrage stellen. Wir waren an dieser Stelle immer diejenigen, die sich am meisten gegen die Staatswirtschaft oder Mischwirtschaft verwahrt haben, da, wo wir sagen, der Markt ist das bessere Steuerungsinstrument. Aber wir sagen auch ganz klar, der Markt ist nicht alles und kann nicht alles und der Markt braucht Regulierung. Und es gilt vor allem, die soziale Komponente in der sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zu betonen, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaftspolitik in Bayern muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt, dass die Chancen genutzt werden und dass Schwachpunkten und Defiziten entgegengearbeitet wird. Selbstverständlich ist Bayern noch ein wirtschaftsstarkes Land; das ist überhaupt nicht die Frage. Aber es gab schon das eine oder andere Fragezeichen vor der Wirtschaftskrise. Es gibt immer dieses Ranking zur Wirtschaftsdynamik der einzelnen Bundesländer und da fällt Bayern von Jahr zu Jahr zurück. Schauen Sie sich einmal die Disparitäten von Region zu Region, von Arbeitsamtsbezirk zu Arbeitsamtsbezirk an. Diese sind riesengroß. Wir haben tatsächlich Defizite in Feldern, die den Rahmen für die Wirtschaftspolitik setzen, wie beispielsweise die Bildungspolitik oder die Infrastrukturpolitik.

Das Thema Breitband ist hinreichend gewürdigt worden. Deshalb nur noch ein Satz von mir an dieser Stelle. Zu der Zeit, in der die Staatsregierung nicht nur bestritten hat, dass es sich hier um eine öffentliche Aufgabe handelt, sondern sogar den Bedarf bestritten hat - Herr Huber, ich habe Ihr Zitat extra dabei, weil ich weiß, dass Sie jetzt dagegenhalten werden - ,

(Erwin Huber (CSU): Das hat niemand bestritten!)

in dieser Zeit hat sich Rheinland-Pfalz bereits das entsprechende Förderprogramm in Brüssel notifizieren lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Was die aktuelle wirtschaftspolitische Situation anbelangt, die zunehmende Gefährdung von Unternehmen und Arbeitsplätzen, ist festzuhalten, dass der Werkzeugkasten der Bundesländer begrenzt ist, wenn wir auch mit der Wirtschaftsförderung ein ganz wesentliches Instrument haben. Herr Zeil, Sie haben richtigerweise gesagt "Chance durch Wandel in Richtung Nachhaltigkeit". Da werden wir Sie beim Wort nehmen und alles genau hinterfragen. Denn angesagt ist hier, wirklich innovative, ressourcensparende Techniken und Strukturen voranzubringen. Selbstverständlich muss der Freistaat bemüht sein, nach Kräften Unternehmen, die in eine Schieflage geraten sind, zu unterstützen: Beratung, Vermittlung, Bürgschaften bis hin zu klassischen Finanzhilfen sind hier im Einsatz. Wir müssen allerdings immer darauf achten, nicht überkommene Strukturen und Unternehmen zu fördern, sondern zu sehen, dass tatsächlich Zukunftsfähigkeit gegeben ist.

Der Wettbewerb ist angesprochen worden. Auch hier werden wir sehr genau hinsehen und wir werden uns auch sehr genau ansehen, was sich der Staat überhaupt leisten kann. Wie sehr wollen und dürfen wir uns verschulden. Herr Zeil, da war es bei Ihnen schon etwas absonderlich. Einerseits haben Sie richtigerweise gesagt, jeder Euro könne nur einmal ausgegeben werden, aber andererseits haben Sie dann moniert, dass die EU und der Bund viel zu wenig Geld ausgaben. Wo ist denn nun Ihre Wahrheit?

Zur Wirtschaftsförderung auch noch mal eine ganz wichtige Anmerkung. Wir verlangen weiterhin nach Transparenz und Evaluierung; das, meinen wir, ist heute bedeutender denn je.

Herr Kollege von und zu Lerchenfeld, Sie haben erneut auf das Mittelstandsförderungsprogramm und auf die Regionalförderung rekurriert und gesagt, die Mittel seien aufgestockt worden. Dazu bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen, sowohl diejenigen, die damals schon dabei gewesen sind, als auch die neuen, sich einmal die alten Haushaltspläne anzusehen. Dort finden Sie einen Kahlschlag, der mit dem Nachtragshaushalt 2004 angefangen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dort ist eine massive Kürzung zu finden, die bis jetzt noch nicht kompensiert werden konnte. Es gab damals im Mittelstandskredit bei den Einmalzuschüssen 35 Millionen Euro; diese sind um 10 Millionen zurückgeführt worden und heute stehen wir bei 26 Millionen Euro. Bei der regionalen Wirtschaftsförderung gab es einen Rückgang von 69 Millionen Euro auf 41 Millionen Euro; heute stehen wir bei 61 Millionen Euro. All diejenigen, die sagen, es gehe laufend aufwärts, sei ins Stammbuch geschrieben: Der ursprüngliche Ansatz war im Jahr 2004 bedeutend höher, als er es heute ist; das ist mitnichten kompensiert.

Nun ein paar Worte zum Verkehr. Herr Präsident, ich bitte mir genauso einige Minuten Überziehung zu gestatten wie meinen beiden Vorrednern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Aber diese letzte Minute läuft schon, Herr Kollege Runge!

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nein, noch nicht. Also einige ganz wenige Gedanken zum Verkehr. Wir haben im Jahre 2002 einen Dringlichkeitsantrag zu umwelt-, finanz- und verkehrspolitisch inakzeptablen Großprojekten eingereicht. Dazu gehörten die Fichtelgebirgsautobahn, die A 94 durchs Isental, die Westumfahrung Würzburgs, die neue ICE-

Strecke Nürnberg - Erfurt, der Transrapid. Von zweien dieser Projekte haben Sie sich verabschiedet, und zwar aus gutem Grund. Machen Sie es bitte bei den anderen Projekten auch, sonst können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte noch jede Menge weiterer Punkte nennen wie beispielsweise die dritte Startbahn in München II. Herr Minister, Sie sprachen von der Konkurrenz mit Dubai. In Herrgotts Namen, ist ein internationales Drehkreuz nicht besser in der Wüste aufgehoben als in der dicht besiedelten Region 14? Da, meinen wir, gibt es durchaus einen Unterschied.

Ich nenne weiter den A 99-Südring, den Donauausbau. Es gäbe noch viele weitere Punkte zu benennen. Ich verkürze aber jetzt stark meinen Redebeitrag mit einem letzten Wort.

(Heiterkeit - Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Schließen Sie lieber Ihren Beitrag.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister, in Ihrem Ressort gibt es wahrlich viel zu tun. Sie haben richtigerweise von schwierigen Jahren gesprochen. Wir unterstützen Sie gerne konstruktiv und kritisch bei Ihrer Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Runge. Nun haben Sie es doch in der Karenzzeit geschafft. Für die FDP folgt jetzt die Wortmeldung des Kollegen Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die konjunkturelle Lage sind wir uns einig, noch nicht aber über den Weg bzw. die Mittel, um aus der Krise herauszukommen. Wenn Herr Dr. Wengert zu Recht die falsche

Politik der letzten Jahre moniert hat, sollte man aber doch gleichzeitig darauf hinweisen, dass die SPD seit 1998 in der Bundesregierung mitwirkt und nicht wir.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Herr Dr. Wengert, man muss festhalten, dass dort keine Maßnahmen ergriffen worden sind, mit denen man jetzt den Problemen des Finanzmarktes entgegenwirken könnte.

Und genauso einfach könnte ich jetzt noch weitermachen und dann wäre ich auf genau dem gleichen Niveau, auf dem Sie sind, wenn Sie die FDP mit Turbokapitalismus gleichsetzen. Der Kollege Dr. Kirschner hat schon darauf hingewiesen: Die FDP stand und steht genauso wenig für Turbokapitalismus wie die SPD mit Leninismus oder anderen kommunistischen Überzeugungen gleichzusetzen ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich denke, wir sollten von einem solchen Wege Abstand nehmen und hier im Hohen Haus fair diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich greife kurz das Thema Busförderung auf, liebe Kollegen von der SPD. Ich möchte darauf hinweisen, dass es Ihr Bundesfinanzminister war, der sich explizit geweigert hat, in das Konjunkturpaket II den ÖPNV mit aufzunehmen. Wir hätten uns da vom Bund etwas mehr Initiative erwartet, um hier mitreden zu können.

(Zurufe von der SPD)

Aber leider ist es dazu nicht gekommen.

Etwas verwundert war ich auch über die Fülle der Anträge, die hier zum Einzelplan Wirtschaft gestellt wurden. Unter den Anträgen, die wir heute ablehnen - andere haben Sie für erledigt erklärt - ist ein Antrag, in dem wir Folgendes vorschlagen. Da geht es um die Erhöhung der Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken

von Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme. Diesen Antrag lehnen wir heute hier ab, keine anderen Anträge.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Dr. Runge ist in seiner Rede auf das Thema Privatisierung eingegangen. Man kann zwar über diese Themen diskutieren, aber ich sehe keinen Zusammenhang zwischen Privatisierungen und der aktuellen Krise. Auf dem Finanzsektor gab es überhaupt keine Privatisierungen. Die Deutsche Bank wurde nicht privatisiert, die war schon privat. Die Landesbank wurde leider nicht privatisiert. Wenn wir über den Ausgangspunkt dieser Krise diskutieren, können Sie doch nicht einfach irgendwelche Themen verantwortlich machen, die Ihnen nicht in die politische Struktur passen. Wir sollten vielmehr über Probleme reden, die existieren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wenn wir die Steuerkraft und damit die Möglichkeiten des bayerischen Staatshaushaltes stärken wollen - wir haben heute schon häufig darüber geredet, welche Wünsche von Ihnen demnächst auf uns zukommen werden -, dann muss die Wirtschaft Bayerns erhalten bleiben und ausgebaut werden. Wir können hier im Parlament dafür Rahmenbedingungen setzen; wir können die einheimische Wirtschaft fördern; wir können internationale Neuansiedlungen unterstützen und können Mittel bereitstellen, um die Krise abzumildern und gegenzusteuern. Im Einzelplan 07 wird dafür tatsächlich eine ganze Menge getan. Beispielsweise enthält der Einzelplan die Cluster-Offensive, die eine Förderung der heimischen Wirtschaft unterstützt. Wir sehen Technologieförderung vor. Sie haben da in witziger Weise die Elektromobilität genannt. Da möchte ich Ihnen schon sagen: Mit Ihrer Einstellung wäre es nicht gelungen, auf den Mond zu fliegen. Wenn man schon am Anfang immer feststellt, welche Technologie für nichts geeignet ist, erreicht man auch nichts.

(Beifall bei der FDP)

Wir fördern auch im Bereich des Designs. Viele wissen es nicht: Wir haben nicht nur ein Design-Cluster in München, sondern auch im Rhein-Main-Gebiet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir fördern im Rhein-Main-Gebiet?)

- Ja, im Rhein-Main-Gebiet. Es ist nett, dass Sie das nicht wissen. Aschaffenburg, woher ich komme, ist zum Beispiel Teil des bayerischen Rhein-Main-Gebiets.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Das ist nett, dass Sie das nicht wissen. Man soll bei einer Haushaltsberatung immer etwas dazulernen.

(Harald Güller (SPD): Ascheberg ist Bayern!)

Über "Invest in Bavaria" unterstützen wir Neuansiedlungen der Industrie in Bayern. Wir helfen über die Messebeteiligungen auch der Außenwirtschaft. Der Minister hat das Mittelstandskreditprogramm schon erwähnt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag, um die heimische mittelständische Wirtschaft durch die Krise zu führen.

Wir tun auch eine ganze Menge in der Regionalförderung. Hier stehen Mittel von 66,5 Millionen Euro im Jahr 2009 und Jahr 2010 zur Verfügung. Wir tun sehr viel für den Fremdenverkehr, um damit einen wichtigen Wirtschaftszweig in Bayern zu unterstützen. Wir unterstützen die Handwerksförderung, die Ausbildung und Modernisierung von Schulungseinrichtungen und tun etwas für das Meister-BAföG; das ist sicher eine sehr wichtige Angelegenheit.

Man sollte fairerweise feststellen, dass wir in der Förderung von Breitband in Bayern einen großen Schritt tun. Wir verdoppeln die Fördermittel, auch unter Zuhilfenahme des Konjunkturpakets. Wir verändern die Förderrichtlinien. Damit unterstützen wir auch Infrastrukturmaßnahmen auf dem Land; da liegt einiges schon lange im Argen.

Die Opposition will hier zwar nicht einsichtig sein, aber es bleibt doch festzustellen, dass mit dem Einzelplan 07 das geschieht, was in der Wirtschaftsförderung möglich und nötig

ist. Deshalb werden wir diesem Einzelplan selbstverständlich zustimmen. Wir fahren mit der bisherigen erfolgreichen Wirtschaftspolitik fort und setzen dort Akzente.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Klein, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Klein, ich dachte, ich schenke Ihnen Redezeit, aber das ist gar nicht nötig, weil Sie Ihre Redezeit wohl gar nicht ausgeschöpft haben. Da Sie meine Ausführungen nicht in allen Teilen verstanden haben, möchte ich zwei Punkte konkretisieren. Sie haben einen Satz von mir nicht komplett zitiert. Ich habe davon gesprochen, wohin uns die Überhöhung des Marktes geführt hat, und habe auch noch gesagt "und der Deregulierungswahn". Ich habe auch bewusst "uns" gesagt; denn bei der Beförderung windiger Finanzmarktprodukte, der Ausweitung des Verbriefungsgeschäfts, beim Aufbohren für Zweckgesellschaften und bei der Zulassung von Hedgefonds waren alle dabei, ob rot, ob grün, ob gelb oder schwarz. Selbst die Linken haben da erstaunlicherweise zugestimmt. Daraus sollten wir alle lernen. Sie haben gemeint, es bestünde Konsens über die konjunkturelle Lage. Unsere Botschaft ist schon eine andere: Wir haben es nicht oder nicht nur mit einer Konjunkturkrise zu tun, sondern mit einer massiven Wirtschaftskrise, einer Systemkrise, ja mit einem Systemversagen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, zur Anspielung auf die Redezeit kann ich nur sagen: Quantität ist nicht immer Qualität. Es ist schön, dass Sie das jetzt gesagt haben, denn bei anderen Redebeiträgen - nicht direkt bei Ihrem - wurde unterschwellig immer unterstellt, die FDP hätte an der Weltwirtschaftskrise einen erheblichen Anteil gehabt. Das ist mitnichten der Fall. Die Weichen wurden weltweit falsch gestellt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie lernen nichts daraus, das ist das Problem!)

Die politischen Parteien haben nichts dagegen getan.

Wir haben keine Systemkrise; denn die soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschaftsform, die es auf der Welt gibt, und die gilt es beizubehalten. Weltweit müssen Korrekturen stattfinden, auch einige innerhalb Deutschlands. Da haben wir sicher keinen Dissens. Es gibt aber keine Krise der sozialen Marktwirtschaft, sondern wir haben eine Krise aufgrund von Auswüchsen, die in der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nicht zu kontrollieren sind.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Nächster Redner ist Herr Kollege Huber für die CSU.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redner der Opposition sind heute außerordentlich blass geblieben. Ich kann mir gar nicht erklären, weshalb man diesen Haushalt nach den mickrigen Alternativen ablehnen will, die Sie dargestellt haben. Das waren überhaupt keine realistischen Alternativen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man hatte den Eindruck, dass Kollege Runge nur seine Reden der letzten sieben Jahre recycelt hat. Normalerweise recycelt man aber Wertstoffe. Was Sie hier gemacht haben, war eher ein Wiederkäuen.

Sie lehnen viele Verkehrsprojekte ab. Wer die wirtschaftliche Zukunft gestalten und Arbeitsplätze schaffen will, braucht auch leistungsfähige Verkehrsverbindungen. Wer wie die GRÜNEN eine blinde Verhinderungspolitik betreibt, schneidet uns Zukunftschancen ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur SPD kann ich sagen: Lieber Herr Wengert, Sie haben Details des Haushaltes kritisiert. Das kann man natürlich machen, aber Sie haben die Linie gar nicht dargestellt, welche die SPD verfolgt. Ich möchte nur zwei Dinge herausgreifen. Ihr Vorsitzender Herr

Maget hat gestern mit heißem Herzen für mehr Staatsbeteiligungen gesprochen. Er hat dafür plädiert, dass der Bund sehr stark bei Unternehmen einsteigt, die jetzt in Schwierigkeiten und marode sind. Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir halten den Einstieg in eine Staatswirtschaft für einen völlig verfehlten und falschen Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin froh, dass die Bundeskanzlerin beim Besuch von Opel in Rüsselsheim dieser Versuchung widerstanden hat. Der Einstieg des Staates in Unternehmen rettet keine Arbeitsplätze, sondern entlastet nur die Banken und die Eigentümer. Wir müssen mit Steuergeld sinnvoll umgehen. Ich bin dafür, dass wir über Bürgschaften und mit Krediten den Unternehmen helfen, die jetzt unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind. Das Versagen von Managern darf aber nicht dazu führen, dass der Staat mit Milliardenbeträgen einsteigt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In jedem Fall ist es notwendig - Herr Zeil, da stimmen wir überein -, dass ein entsprechendes Geschäftsmodell dahintersteht. Nur dann ist so eine Überbrückung sinnvoll. Aber wir haben unsere eigenen Erfahrungen.

(Christa Naaß (SPD): Bei der Landesbank?)

In den Achtzigerjahren sind wir beispielsweise bei der Maxhütte in der Oberpfalz eingestiegen. Das hat den Freistaat Bayern umgerechnet 500 Millionen Euro gekostet, hat den Niedergang der Maxhütte etwas gestreckt, aber nicht aufgehalten. Hätte man die 500 Millionen Euro von Anfang an in neue Investitionen in die Oberpfalz anstatt in marode Unternehmen gesteckt, wären wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Ich sage ganz deutlich: Mit uns wird es keinen Einstieg in Staatsbeteiligungen geben, weil das der völlig falsche Weg wäre. Außerdem sollen zunächst einmal, so meine ich, die Banken und die Eigentümer selbst für Investoren sorgen, anstatt die ganze Last einfach dem Staat und der Politik vor die Haustür zu kippen.

Die SPD in Berlin - und dazu müssten Sie sich eigentlich bekennen - will eine andere Steuerpolitik betreiben als wir. Wir als CSU haben im Mai 2008 ein Steuersenkungsprogramm vorgelegt. Dafür bin ich dankbar, und es ist richtig, dass mit der Steuersenkung vom Januar 2009 im Konjunkturpaket ein Teil dessen, zumindest ein Einstieg, schon realisiert wurde. Wir werden das im Bereich der Einkommensteuer und der Unternehmenssteuerreform fortführen. Herr Steinbrück hat in der Gegenfinanzierung ja einiges an Giftstoffen untergebracht. Das müssen wir entfernen, um dem Mittelstand wieder mehr Eigenkapital zu geben. Aber die SPD hat daraus nichts gelernt. Sie wollen noch mehr Steuern, Sie wollen die Steuersätze erhöhen. Sie wollen eine Börsenumsatzsteuer und eine Vermögenssteuer einführen. Deshalb sage ich: In einem halben Jahr wird der Bundestag neu gewählt. Wer für mehr Steuern ist, kann meinetwegen SPD wählen; wer für weniger Steuern ist, muss die Union und die bürgerlichen Kräfte wählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Aiwanger hat gestern eine Zusammenarbeit der Freien Wähler mit der Regierungskoalition in Aussicht gestellt. Heute schaffen wir mit dem vorliegenden Wirtschaftshaushalt mehr Geld für die Regionalförderung, wir finanzieren den Mittelstandsschirm - das ist eine gute Leistung, Herr Zeil -, wir geben mehr Geld für das schnelle Internet und den Tourismus. Das ist doch ein Angebot im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten. Wenn die Freien Wähler schon konstruktiv arbeiten wollen, sollten sie doch diesem Wirtschaftshaushalt zustimmen, meine Damen und Herren. Wenn sie das nicht können, sollten sie keine Zusammenarbeit anbieten, weil solche Angebote das Papier nicht wert sind und weil sie inhaltsleer sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir kommen zu dem, was für Bayern notwendig ist. Bayern ist Opfer der weltweiten Wirtschaftskrise. Bayern steht aber, das sieht man an den Arbeitsmarktzahlen, besser da: Wir haben heute eine Arbeitslosigkeit von 5,2 %, im Bund sind es 8,6 %. Sogar unser schwierigster Regierungsbezirk Oberfranken hat eine Arbeitslosigkeit von 6,3 %. Das liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb wage ich die Behauptung, dass Bayern als erstes und als bestes Bundesland auch wieder aus der Krise herauskommen wird, wenn wir die Möglichkeiten und Chancen nutzen, die jetzt bestehen. Da nenne ich als erstes die solide Finanzpolitik. Seit 2006 haben wir einen ausgeglichenen Haushalt. Wir werden sicherlich auch in Schwierigkeiten kommen; die Arbeitslosigkeit wird zunehmen, die Steuereinnahmen werden abnehmen, aber Bayern ist mit Sicherheit auch weiterhin an der Spitze der Länder, was die Solidität in der Finanzpolitik angeht. Unsere Regierungskoalition steht zu dieser Solidität.

Nachdem ich in früheren Regierungen in der Verantwortung war, möchte ich dazu sagen: Wir haben der jetzigen Regierung Rücklagen in der Größenordnung von 5 Milliarden Euro hinterlassen. Nur deshalb ist es möglich, in den nächsten zwei Jahren den Haushalt auszugleichen. - Mir geht es nicht darum, mir selbst Lorbeerkränze zu flechten, aber diese Tatsache möchte ich im Protokoll des Landtags gerne verankern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Erwin Huber (CSU): Ja. - Beeilen Sie sich ein bisschen.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Huber, Sie haben großzügig Ihre Politik gelobt. Haben Sie dabei die Sache mit der Landesbank schon vergessen oder wie verhält es sich damit?

Erwin Huber (CSU): Fällt Ihnen denn wirklich nichts Neues ein?

(Harald Güller (SPD): Das ist doch immer wieder gut!)

Kein Mensch geht an diesem Desaster der Landesbank vorbei. Ich bin doch der größte Leidtragende dieses Desasters im politischen Bereich. Aber ich jammere dennoch nicht. Wenn es jedoch um die wirtschaftliche Zukunft Bayerns geht, fällt Ihnen nichts anderes ein, als in einer Zwischenfrage nach der Landesbank zu fragen. Das ist jämmerlich, das ist mickrig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich noch ein paar Sätze zum schnellen Internet sagen, weil hierzu auch Legenden gebildet werden. Die jetzige Regierung wird gelobt, weil sie die Förderansätze verdoppelt. Das heißt, das vorher schon etwas da war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Als ich den Nachtragshaushalt 2008 im Hohen Hause vorgelegt habe, waren darin die ersten 10 Millionen enthalten. Die ersten 10 Millionen habe ich dem Hohen Hause im Januar 2008 vorgestellt. Im Jahr 2007 habe ich die Breitbandinitiative gestartet. Ich bleibe bei der Behauptung: Der Ausbau der Infrastruktur und der Betrieb des schnellen Internets sind und bleiben auch in der Zukunft Aufgabe der Wirtschaft. Wir treten mit Finanzierungen und Fördermitteln dort ein, wo der Markt versagt, wo der ländliche Raum nicht bedient wird. Ich halte es aber für falsch, eine Reverstaatlichung dessen zu betreiben, was in den Neunzigerjahren privatisiert worden ist. Außerdem kann das auch die Wirtschaft besser. Wir helfen hier mit finanziellen Mitteln nach. Wir haben jetzt ungefähr 45 Millionen Euro zur Verfügung; das wird in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass wir die ländlichen Räume auch damit versorgen können.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Staat und Gemeinden diese Thematik jetzt zusammen angehen, werden wir das Ziel der flächendeckenden Versorgung in den nächsten zwei, drei Jahren erreichen. Bayern hat - das ist ein großer Vorteil - jetzt auch wieder bescheinigt bekommen, zusammen mit Baden-Württemberg Innovationsstandort Nummer eins in Deutschland zu sein. Forschung und Entwicklung, innovative Produkte, innovative und kreative Menschen sind die größte Schatzkammer, die wir für

die Zukunft haben. Dazu trägt die Bildungspolitik genauso bei wie die unternehmensnahe Forschung.

Ich möchte noch drei Punkte nennen, bei denen ich Handlungsbedarf sehe.

Erstens. Der Mittelstand klagt über die schwierige Kreditversorgung. Die KfW und die LfA haben hier mit dem Schirm einen guten Beitrag geleistet. Ich sehe aber auch, dass alle unsere Banken die Zinssenkungen, die von der Europäischen Zentralbank ausgelöst wurden, nur sehr zögerlich weitergeben und auch nicht im Gleichgewicht weitergeben. Die Haben-Zinsen werden schnell gesenkt, während die Soll-Zinsen noch oben bleiben. Man sollte die jetzige Situation nicht dazu nutzen, die Bankenbilanzen zu verschönern, sondern man sollte die Senkung der Zinsen durch die Notenbank dazu nutzen, um die Kreditversorgung des Mittelstandes und der Wirtschaft zu verbessern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Ich glaube, man kann aus heutiger Sicht sagen, dass die Erhöhung der Lkw-Maut falsch war. Wir bekennen uns zur A 94, zur dritten Startbahn und zum Donauausbau, um das als CSU deutlich zu sagen.

Ich sage aber auch dazu: Ich halte das, was Herr Tiefensee in Berlin macht, für ein Bremsen. Herr Tiefensee ist im Grunde genommen einer, der gerade Bayern benachteiligt.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Quatsch! Das stimmt doch nicht! Das stimmt einfach nicht!)

- Natürlich. Der Anteil Bayerns an den Verkehrsmitteln ist recht unterschiedlich und wird dem Transitcharakter des Landes nicht gerecht. Tiefensee benachteiligt den Freistaat Bayern.

Drittens. Wir brauchen in der Tat einen Befreiungsschlag in Sachen Bürokratie. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen, nämlich die Fahrpersonalregelung durch die Europäische Union. Es kann nicht sein, dass Regelungen, die für das Speditionsgewerbe sinnvoll sind - die Aufbewahrung der Aufzeichnungen für 28 Tage - auf jeden Handwerksbetrieb in gleicher Weise angewandt werden. Wir müssen für den Mittelstand einen Befreiungsschlag bei der Bürokratie machen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, kommen Sie bitte zum Schluss. Sie haben Ihre Redezeit überzogen.

Erwin Huber (CSU): Ein letzter Satz: Dieser Haushalt ist ein Ausdruck von Investitionsfähigkeit, von Stabilität und Zukunftsfähigkeit. Deshalb stimmen wir diesem Haushalt zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Paul Wengert (SPD): Weiter so!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber bleiben Sie bitte am Mikrofon. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung gibt Herr Kollege Dr. Runge ab.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Huber, zunächst zu Ihrer Bemerkung, die GRÜNEN wären Verhinderer von Verkehrs Großprojekten. Wir zeigen zu allen Vorhaben, im SPNV wie im Fernverkehr, Alternativen auf. Herr Kollege Winter, Sie müssen ganz still sein. In Ihrem Bezirk wurden viele leere Versprechungen gemacht. Gerade der Bahnausbau bei Augsburg oder die Elektrifizierung in Nordostbayern sind nicht zu erreichen, wenn Sie sich immer dafür einsetzen, dass Milliarden für sinnlose Großprojekte ausgegeben werden, zum Beispiel für die Strecke Nürnberg - Erfurt durch den Gottesgarten und den Thüringer Wald.

Herr Kollege Huber, über Ihre Ausführungen zur Maxhütte können wir nur lachen. Sie haben gerade als Lösung gepredigt, was mein Vorgänger, Herr Kollege Kamm, und ich jahrelang gepredigt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damals haben Sie immer gegengehalten. Sie sollten unseren Vorschlägen viel öfter folgen. Ich erinnere nur an das Gezerre zum Mittelstandsförderungsgesetz. Damals haben Sie sich erst nach unserem Anstoß bewegt. Bei der Haftungsfreistellung im Mittelstandskreditprogramm haben wir lange auf einen Ausbau drängen müssen. Irgendwann hat dann die Staatsregierung den gleichen Vorschlag eingebracht. Ähnlich war es bei der Regionalförderung oder beim genannten Mittelstandskreditprogramm. Zunächst halten Sie dagegen; dann finden Sie es gut und verkaufen es als Ihre Lösung.

Sie stellen sich heute frech hin - ich kann es nicht anders sagen - und behaupten, Bayern sei ein Opfer der Wirtschaftskrise. Bei der Bayerischen Landesbank sollte man eher von Tätern und nicht von Opfern sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben den Kollegen der Freien Wähler mit der Bemerkung abgemeiert, ob ihm nichts Besseres einfalle. Herr Ex-Minister Huber, hier wurden 10 Milliarden Euro vergeigt. Aus Ihrem Munde ist eine solche Bemerkung nichts anderes als frech. Sie sollten sich anders verhalten und eher Buße tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Grüne Verkehrspolitik - wenn es das überhaupt gibt - würde uns keine modernen Verkehrsmittel bescheren, sondern uns auf die Fahrräder zurückwerfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD -

Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist peinlich, Herr Huber!)

Wer die A 94 von München nach Passau ablehnt, nimmt diesem Raum die Verkehrsader. Sehen Sie sich einmal an, was auf der B 12 los ist. Ein moderner Verkehrsausbau be-

deutet auch mehr Sicherheit. Den Verkehr aus den Orten herauszuführen, bringt auch mehr Umweltschutz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie lehnen die dritte Startbahn ab. Heute haben Sie sogar erklärt, Sie lehnten das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit München - Berlin ab. Das ist doch die größte Zukunftsblindheit, die es überhaupt geben kann.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass die Menschen von München nach Berlin bis vor kurzem noch länger gebraucht haben als in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts. Hier müssen moderne Verkehrsverbindungen geschaffen werden. Das ist eine Aufgabe der Zukunft. Die GRÜNEN sind gegen Flughäfen, gegen Straßen, gegen Schienen und den Ausbau der Wasserstraßen. Sie sind gegen alles; damit sind Sie auch gegen die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Landesbank habe ich bereits lange und ausführlich Stellung genommen. Hier gibt es nichts zu beschönigen. Das war ein Desaster; das ist gar keine Frage. Aber zu behaupten, hier handle es sich um eine singuläre Entwicklung der Bayerischen Landesbank, ist falsch, vor allem vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung bei den Banken. Sie zeichnen ein einseitiges Bild und beweisen, dass es Ihnen lediglich um eine parteipolitische Auseinandersetzung geht und nicht um Ihre Sorge um die Landesbank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Dr. Beyer, bevor ich Ihnen das Wort zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile, darf ich auf der Tribüne einen Ehrengast begrüßen. Ich heiße den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Erwin Teufel, sehr herzlich bei uns willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir denken noch gerne an die gute Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Bayern während Ihrer Amtszeit zurück und auch an Ihr herausragendes Engagement im Dienste der Bürger.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Dr. Beyer, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Huber, Sie haben dankenswerterweise am Schluss Ihrer Rede bezüglich der Landesbank das Wort "Desaster" in den Mund genommen. Das ehrt Sie. Damit haben Sie deutlich gemacht, dass es hier nicht um Business as usual geht, sondern um die größte Fehlleistung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern seit dem Krieg.

(Beifall bei der SPD)

Sie mussten wegen dieser Fehlleistung Ihr Amt zurückgeben. Das ist in einer Demokratie, in der Ämter auf Zeit vergeben werden, selbstverständlich, aber für Sie natürlich bedauerlich. Sie haben aber vorhin erklärt, Sie hätten die größten Auswirkungen dieser Landesbankkrise damit selbst geschultert. Nein. Diese Auswirkungen tragen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern, denen bei den nächsten Haushalten ein drastischer Kürzungskurs verordnet werden wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir diskutieren im Wahljahr natürlich etwas gröber. Sie und ich wissen, dass im letzten Jahr eine Rekordsumme an Mitteln für den Bundesfernstraßenbau nach Bayern geflossen ist. Das gefällt Herrn Dr. Runge nicht. Wir halten das jedoch für gut und richtig. In diesem Jahr waren es über eine Milliarde Euro. Sie wissen wahrscheinlich auch - andernfalls stelle ich Ihnen die Unterlagen zur Verfügung -, dass Frau Staatssekretärin Karin Roth erklärt hat, dass Bayern noch viel mehr Mittel hätte erhalten können, wenn

die bayerische Verwaltung, also auch die Autobahndirektionen, schneller, besser und richtiger planen würden als beispielsweise bei der A94.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

Sie brauchen auf meine Ausführungen nicht groß zu erwidern. Wir stellen Ihnen die Informationen gerne zur Verfügung. Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben momentan eine andere Baustelle zu bearbeiten. Informieren Sie sich bitte.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Huber bitte zur Erwiderung.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dazu zwei Bemerkungen machen.

Bayern ist Opfer, weil wir weltweit große Verluste bei den Exporten haben. Ich verweise auf den Einbruch bei der Automobilindustrie. Ich begrüße die Abwrackprämie und deren Verlängerung. Diese Prämie kommt aber nicht so sehr den bayerischen Produzenten zugute, höchstens den Händlern. Bei den Nutzfahrzeugen haben wir einen Einbruch um 90 %. Viele Automobilzulieferer befinden sich bereits in großen Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten werden bedauerlicherweise noch zunehmen.

Die Entwicklung der Konjunktur ist unterschiedlich. Bei der Bauwirtschaft zeigen sich heute positive Entwicklungen. Diese werden durch das Konjunkturpaket unterstützt. Auf anderen Feldern wird es jedoch leider eine Zunahme der Arbeitslosigkeit geben. Heute gibt es in Bayern mehr Kurzarbeit als Arbeitslose. Das ist kein gutes Zeichen.

Aus diesen Gründen habe ich gesagt, dass Bayern Opfer ist. Deshalb war ich auch entrüstet, als von einem Kollegen der Hinweis auf die Landesbank kam. Ich glaube, dass es jetzt um die Sorgen der Menschen geht. Ein kleinkariertes parteipolitisches Kampf schreckt die Menschen von der Demokratie ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Thomas Beyer (SPD): Stellen wir ihn ein!)

Ich möchte eine weitere Bemerkung machen: Wir sollten die Inflationsängste der Bürger ernst nehmen. Die Zunahme in der Bauwirtschaft hängt damit zusammen, dass heute viele Menschen in Immobilienwerte flüchten. Ich halte dies nicht für gerechtfertigt. Der Euro ist heute eine starke Währung. All jene, die vor zehn Jahren Angst um die Zukunft des Euro hatten, müssten heute froh sein, den Euro zu haben; denn das Beispiel des britischen Pfundes zeigt, dass eine einzelne Währung nicht so stabil wie die große europäische Gemeinschaftswährung ist.

Natürlich haben wir von Berlin etwas mehr Geld für den Verkehrsausbau bei Straße und Schiene bekommen. Allerdings ist auch die Maut mit einer Milliarde Euro hinzugekommen. Wir haben aber auch insgesamt mehr aus dem Bundeshaushalt erhalten. Aber bei einem bleibe ich: Verkehrsminister Tiefensee bedient Bayern außerordentlich unterdurchschnittlich. Er sieht nur die Magistrale Nürnberg - Erfurt, aber als es beispielsweise um die Elektrifizierung der Strecke München - Lindau gegangen ist, hat es ewig gedauert, bis eine Entscheidung gefallen ist. Auch die Strecke nach Mühldorf wird in keiner Weise dem Verkehrsaufkommen und dem Bedarf entsprechend bedient.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auch die Tatsache, dass die Strecke München - Augsburg - Neu-Ulm im Bundesverkehrswegeplan so weit hinten steht, entspricht nicht der Bedeutung dieses Vorhabens. Bei Herrn Ministerpräsidenten Teufel möchte auch ich mich bedanken, und zwar für die gute Zusammenarbeit zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Der Bau der Strecke Stuttgart - Ulm - Augsburg - München - Budapest gehört zu den ganz großen gemeinsamen Aufgaben unserer zwei Länder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Huber, wir waren bei Ihnen mit der Redezeit etwas großzügig. Tatsächlich haben wir auch noch etwas Zeit, weil die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Diese wird in einer Viertelstunde

durchgeführt. Für den letzten Beitrag in dieser Runde erteile ich Herrn Staatsminister Martin Zeil das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst für die von allen Seiten des Hauses geführte lebhafte Debatte bedanken. Sie zeigt, dass wir um die richtigen Lösungen ringen und versuchen, dieser schwierigen Situation gerecht zu werden. Bei den Koalitionsfraktionen möchte ich mich für die Anregungen und die wohlwollende Begleitung der Arbeit der Staatsregierung bedanken.

Herr Kollege Huber, ich möchte noch einmal unterstreichen, was Sie zum Thema Staatswirtschaft gesagt haben. Unsere Ansätze sind hier völlig deckungsgleich, weil wir hier als Treuhänder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stehen und jeden Fall für sich sehr genau betrachten müssen. Genau das tun wir, und wir tun es in sehr enger Abstimmung mit den Institutionen, die hier im Spiel sind.

Völlig zu Recht haben Sie weiter die Kreditversorgung angesprochen. Das Thema bereitet uns in der Tat Sorge. Tatsächlich dürfen wir als Staat von den Banken, wenn wir sie unterstützen und abschirmen, als Gegenleistung erwarten, dass sie nicht krisenverschärfend handeln, sondern ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir müssen weiter vorausblicken und auf Bundes- und EU-Ebene - die Staatsregierung hat das in gemeinsamer Arbeit von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium bereits angestoßen - die Konsequenzen ziehen. Denn wir haben uns zu ganz anderen Zeiten ein Korsett an Regelungen - ich erwähne nur Basel II - angelegt, das jetzt krisenverschärfend wirkt. Hier müssen wir schnell handeln, bis hin zur Verbesserung der Bilanzregeln, damit insbesondere der Mittelstand nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es war auch richtig, dass der Freistaat Bayern - hier bin ich für die Unterstützung dankbar - der Lkw-Maut nicht nur nicht zugestimmt hat im Gegensatz zu anderen, sondern dass wir auch gesagt haben, die Aussetzung der Lkw-Maut wäre in mancher Hinsicht wirksamer als manche Gießkannen-Programme, weil sie über die eigene Branche hinaus in den Mittelstand hineinwirkt. Deswegen werden wir da auch nicht lockerlassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir werden als Staatsregierung selbstverständlich - Herr Kollege Muthmann, der nicht mehr hier sein kann, hat es vorhin schon gesagt - den Bürokratieabbau vorantreiben. Dabei werden wir auf den vorhandenen Konzepten aufbauen. Ich wiederhole aber, weil wir vorhin kritisiert worden sind: Es nützt nichts, wenn jede Ebene vor sich hinwurstelt. Wir brauchen die Verzahnung der Bemühungen auf EU-Ebene, auf Bundesebene - wir hatten heute den Normenkontrollrat hier - und auf Landesebene, sonst tun wir hier im Kleinen etwas und es kommt die nächste EU-Richtlinie, die auf Bundesebene wie üblich 1 zu 1,50 umgesetzt wird, und Leidtragender ist der Mittelstand. Dieses Spiel muss beendet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege von und zu Lerchenfeld hat über die Rahmenbedingungen gesprochen, die wir verbessern müssen. Wir haben gestern im Kabinett einen konkreten Weg, die ganz entscheidende Wettbewerbsverzerrung bei der Mehrwertsteuer zulasten unserer Tourismusbetriebe in Hotellerie und Gastronomie zu bereinigen, beschlossen. Meine Damen und Herren, ich wäre schon daran interessiert, in dieser Frage die Unterstützung der SPD nicht nur in diesem Hause, sondern dort, wo entschieden wird, nämlich in Berlin, zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege Wengert, ich wiederhole gern meine Aussage, weil es mir ein Herzensanliegen ist, dass das zwischen uns endlich einmal klar ist. Sie wollten mich über das

Thema der sozialen Marktwirtschaft belehren. Ich sage Ihnen: Als Ihre Partei vor dem Godesberger Programm noch hinter der roten Fahne des Sozialismus hergerannt ist, stand die FDP bereits für die soziale Marktwirtschaft, sodass ich von Ihnen wirklich keine Belehrungen brauche.

(Beifall bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Sie haben Taten angemahnt und gesagt, wir bräuchten weitere Konjunkturprogramme. Ich darf Ihnen vorlesen, was der Bundesfinanzminister, mit dem ich sonst nicht immer einer Meinung bin, heute gesagt hat. Ich zitiere die Meldung:

Trotz der wirtschaftlichen Krise lehnte Steinbrück ein weiteres Konjunkturpaket ab.

Würde sich der Staat noch weiter verschulden, könne er eine neue Krise auslösen.

- Das ist genau unser Punkt. Wir haben in Bayern gesagt, wir ziehen Investitionen vor, aber wir wollen nicht den Marsch zurück in die Schuldenpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deshalb werden wir bei unserem Konzept bleiben, zumal wir, Herr Kollege Wengert, die Maßnahmen des Bundes, wenn wir das zusammenrechnen, bereits 1,7 Milliarden Euro über zwei Jahre mittragen, ohne uns verschulden zu müssen wie andere Bundesländer. Ich meine, wir tun das Richtige. Wir haben die richtigen Konzepte, und wir werden an dieser Politik festhalten.

Herr Kollege Wengert, Sie haben wie auch andere Kolleginnen und Kollegen über das Thema Breitband gesprochen. Dazu möchte ich sagen, wir können und dürfen uns hier nur innerhalb der Vorgaben der EU und des Bundes bewegen. Wenn es um die Breitbandgeschwindigkeit geht, dann haben wir vor allem im gewerblichen Bereich selbstverständlich zugelassen, dass Gemeinden, wenn der Bedarf vorhanden ist, im Rahmen der Ausschreibung eine höhere Übertragungsgeschwindigkeit verlangen können. Sie können gern mit uns auf Bundesebene das GAK-Programm ändern; aber solange dieses Programm nicht geändert ist, werden wir die Vorgaben beachten. Herr Kollege Wengert,

es ist auch nicht so, dass die Gemeinden das billigste Angebot annehmen müssen. Sie müssen das wirtschaftlichste Angebot annehmen, und da gibt es, was die Ausschreibungsvorgaben angeht, einen breiten Gestaltungsspielraum. Ich bin dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags sehr dankbar, dass er unsere neue Initiative so wohlwollend begleitet.

Herr Kollege Wengert hat weiter die Vergabe durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft angesprochen. Dazu darf ich Ihnen sagen, die Vergabekriterien sind in Bayern nicht anders als in anderen Bundesländern. Man handelt nach dem Vergaberecht. Vergaben wird an den günstigsten Anbieter, wobei selbstverständlich Qualitätskriterien wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit eine Rolle spielen. Deshalb sind die Dinge, die Sie im Hinblick auf das Tarifrecht angesprochen haben, von den Tarifpartnern zu lösen und nicht im Rahmen des Vergaberechts. Das wollte ich Ihnen noch einmal der Vollständigkeit halber sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal betonen, die beiden nächsten Jahre werden nicht einfach, ich warne aber erneut vor Schwarzmalerei. Es hilft uns keinen Schritt weiter, wenn wir in der Krise in Weltuntergangsstimmung verfallen. Nein, wir müssen jetzt alle Kräfte mobilisieren, Zukunftsfähiges verteidigen und Neues gestalten. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Bayern sind für die Herausforderungen überdurchschnittlich gut gerüstet. Das gemeinsame Ziel der Staatsregierung ist es, dafür zu sorgen, dass Bayern gestärkt aus der Krise hervorgeht und den nächsten Aufschwung anführt. Dafür steht dieser Doppelhaushalt. Ich darf mich sehr herzlich für die Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen bedanken. Dieser Haushalt trägt dazu bei, den Abschwung zu stoppen und die Basis für neues Wachstum zu legen. Ich bitte deshalb das Hohe Haus um Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, ich darf Sie bitten, sich für zwei Zwischenbemerkungen bereitzuhalten. Zuerst hat sich Kollege Wörner für die SPD-Fraktion gemeldet.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben geglaubt, uns darüber belehren zu müssen, dass Sie mit Ihren Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft vor dem Godesberger Programm liegen. Dazu muss ich Ihnen aus der Sicht eines Arbeitnehmers folgende Frage stellen: Wer war und ist nach wie vor für den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten? Wer ist für die Einschränkung des Mitbestimmungsrechts? Wer stand in den Jahren, in denen Sie im Bund etwas zu sagen hatten, immer auf der sozialen Bremse und hat Arbeitnehmerrechte zerstört? Wenn Sie vom Godesberger Programm und der roten Fahne reden, muss ich Ihnen sagen, dass Sie und vor allem Herr Westerwelle die Zerstörer des Sozialstaates per se waren. Wenn Sie das heute umkehren, können Sie es nur damit erklären, dass Sie und ich von Sozial möglicherweise ein unterschiedliches Verständnis haben.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich darf daran gleich anknüpfen. In der Tat habe ich diesen Eindruck. Herr Kollege, es gibt nichts Unsozialeres, als die Sozialsysteme ohne Reform an die Wand zu fahren. Es gibt nichts Unsozialeres, als den nächsten Generationen nichts als Schulden zu hinterlassen.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund verstehen wir die soziale Marktwirtschaft. Ich weiß es noch aus dem Bundestag: Wenn der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden soll, um denjenigen, die keine Arbeit haben, den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sprechen Sie von Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten.

(Ludwig Wörner (SPD): Billiglöhne!)

Das ist in der Tat ein anderes Verständnis, weil wir dafür kämpfen, dass jeder das bekommt, was das Sozialste ist, nämlich einen Arbeitsplatz.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für eine zweite Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Dr. Runge das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Eine von der Landtagsspitze und der Landtagsverwaltung aus umgekehrt zeitökonomischen Gründen gewünschte Zwischenbemerkung will ich gerne machen, Herr Minister Zeil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Niemand von uns verbreitet hier Weltuntergangsstimmung. Wir wollen aber, dass bestimmte Szenarien durchgespielt werden. Möglicherweise wird es uns allen nicht gelingen, den Abschwung zu verhindern. Also müssen wir uns und die Leute auf den Abschwung einstellen.

Selbstverständlich nehme ich die mir unverhofft zuteil gewordene Zusatzzeit wahr, um ein wenig das bisher zu kurz gekommene Feld der Verkehrspolitik in zwei Beziehungen auszuleuchten. Wir finden es gut, dass sich die Landtagsmehrheit diesmal unserem Antrag anschließen konnte, wonach der Bayerische Landtag stärker in die Generierung des Verkehrsdurchführungsvertrags eingebunden werden sollte. Wir haben beschlossen, dass wir noch einmal eingeschaltet werden, bevor darüber entschieden werden soll, welche Verhandlungspartner als Letztverhandlungspartner ausgewählt werden sollen. Selbstverständlich werden wir auch noch einmal eingeschaltet, bevor der Vertrag dann abgeschlossen wird. Das ist eine sinnvolle Verbesserung.

Genauso halten wir es für sinnvoll, dass mittlerweile ein großer Teil der Regionalisierungsmittel - etwa 90 % - in die Bestellung von Zugkilometern einfließt. Damit indirekt korrespondierend müssen wir feststellen, dass die ÖPNV-Zuweisungen, die damals zu

Zeiten von Koch und Steinbrück gekürzt worden sind, bedauerlicherweise noch nicht kompensiert wurden. Hier sind noch einmal Hausaufgaben nachzuholen.

Ein letzter Punkt ist das elendige Gezerre um die Realisierung der SPNV-Infrastruktur. Ich bin hier wieder in Schwaben und schaue den hinter Ihnen sitzenden Ministerpräsidenten mit seinen Versprechungen an. Ich zitiere noch einmal die Bundesregierung, unter anderem ein Schreiben an den Kollegen Oswald im Bundestag. Die Bundesregierung hat hier geschrieben:

Die Länder sind als Aufgabenträger des SPNV gehalten, gemeinsam mit der DB-Netz die Entscheidung über den Ausbau der Strecken zu treffen. Es ist ausdrücklich nicht vorgesehen, dass der Bund hier Einfluss ausübt.

Beenden Sie also endlich dieses Schwarzer-Peter-Spiel und diese Schuldzuweisungen. Neben dem Bundesschienenwegeausbaugesetz gäbe es genügend Möglichkeiten. Es gäbe die Mittel nach dem FAG, es gäbe die Landesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder die regulären Haushaltsmittel. Vieles wäre möglich. Man muss nur wollen.

(Zurufe von der CSU: Redezeit!)

Vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt, es geht darum, die Redezeit zu strecken, damit Sie hier nicht noch zwei Stunden bis zur Abstimmung sitzen müssen. Sie müssten eigentlich ausnahmsweise froh darüber sein.

(Georg Schmid (CSU): So interessant ist das auch nicht, was Sie sagen!)

Ein letzter Satz. Hier müssen Sie sich einig werden. Man muss nur wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Runge, Sie haben gesagt, Landtagsverwaltung und Landtagsspitze hätten um mehr Zeit gebeten. Für die Landtagsverwaltung möchte ich das natürlich zurückweisen. Die Landtagsspitze wollte der

vollbesetzten Besuchertribüne nur eine lebendige Debatte bieten. Zusätzlich hatten wir durch die späte Anmeldung der namentlichen Abstimmung durch die SPD-Fraktion ein bisschen Zeit zu überbrücken, denn sonst wäre es sehr unübersichtlich geworden. Herr Minister, ich glaube aber, dass Sie die Redezeit auch gut nutzen können.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, lieber Herr Dr. Runge, ich bin natürlich dankbar dafür, dass Sie mir noch einmal Gelegenheit geben, auf eine große Sorge in der Verkehrspolitik aufmerksam zu machen. In der Tat war ich sehr erschrocken, als ich gesehen habe, wie unterfinanziert unsere Verkehrswegepläne sind. Für die Schiene liegt die Hauptzuständigkeit nun einmal beim Bund. Ich nehme dankbar und interessiert auf, dass die Grünen im Gegensatz zu ihrer Regierungszeit in Berlin auf die Finanzausstattung der Verkehrswegepläne ein größeres Augenmerk richten als damals.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Tat dürfen wir nicht nur, wie zum Teil seit vielen Jahrzehnten, über wichtige Projekte reden und dies vor allem vor gewissen Wahlterminen, denn dann dauert es wieder so lange, bis überhaupt etwas vorwärtsgeht.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): 30 Jahre!)

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen - dazu lade ich Sie auch ein -, dass wir nach der Bundestagswahl Verbesserungen bekommen. Vor allem brauchen wir in Berlin endlich wieder einen Verkehrsminister - darin möchte ich mich Herrn Kollegen Huber anschließen -, der die bayerischen Interessen stärker berücksichtigt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Lassen Sie mich auch noch etwas zur Schwarzmalerei sagen. Ich habe den Eindruck, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sehr viel besonnener mit der Situation umgehen als manche Politiker. Sie gehen gelassen und mit dem nötigen Realismus in diese schwierige Phase. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, dass wir ihnen das nötige Ver-

trauen geben und dass wir die richtigen Schritte tun. Das tut diese Staatsregierung, und deswegen darf ich Sie noch einmal bitten, ein Zeichen zu setzen und diesen Etat einstimmig anzunehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich danke allen Debattenrednern. Ich komme nun zur Abstimmung. Sie wird namentlich durchgeführt. Seit der Anmeldung haben wir mehr als 15 Minuten debattiert, sodass wir jetzt zur Abstimmung kommen können.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/360 mit 16/374 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/951 zugrunde.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/951 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist Einzelplan 07 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.30 bis 15.35 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch zehn Sekunden. Sind alle Stimmkarten abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(siehe Anlage 4)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der GRÜNEN und Zustimmung der anderen Fraktionen ist dieser Antrag angenommen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/951, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/369 und 371 mit 374 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 07 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 17: Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Drucksache 16/951)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver			
Jung Claudia		X	
Kamm Christine			
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	100	68	0

Zu Tagesordnungspunkt 17**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:**

- | | |
|--|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
(Drs. 16/360)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
(Drs. 16/361)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Breitbandausbau in ganz Bayern beschleunigen
(Kap. 07 04 neue TG 73 „Breitbandförderung“)
(Drs. 16/362)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Programm zur Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und/oder erneuerbare Energien
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
(Drs. 16/363)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 neue TG 74)
(Drs. 16/364)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;</p> | <p>hier: Zuschüsse zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
(Drs. 16/365)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung der Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
(Drs. 16/366)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Unterstützung von Kommunen bei Wiederinbetriebnahme und Erhaltung von Kleinwasserkraftwerken
(Kap. 07 05 Tit. 893 76)
(Drs. 16/367)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktichten im Schienenpersonennahverkehr
(Kap. 07 07 Tit. 682 03, Kap. 07 05 TG 71 - 72)
(Drs. 16/368)</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
(Drs. 16/370)</p> |
|--|---|

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

**Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

hierzu:

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/716 mit 16/725)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/784 mit 16/793)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/820 mit 16/827)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/841 und 16/842)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler und auf das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Staatsminister Helmut Brunner.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Land- und Forstwirtschaft steckt zurzeit, wie andere Wirtschaftsbereiche auch, in einer ernsthaften Krise. In vielen Fällen ist diese Krise für unsere Betriebe sogar existenzgefährdend. Wir stehen deshalb vor riesigen Herausforderungen. Ich bin der festen Meinung, dass wir dem zunehmenden Liberalisierungs- und Globalisierungsdruck auf den Weltmärkten mit eigenen Mitteln und Maßnahmen begegnen müssen. Ich weiß, dass dies in Deutschland umstritten ist, und dass es auch bei uns Stimmen gibt, die Landwirtschaft gnadenlos dem Wettbewerb zu unterwerfen. Wenn ich mich in Deutschland und in Europa umsehe, dann komme ich mir manchmal mit unserer bayerischen Landwirtschaft vor wie das berühmte kleine gallische Dorf, das sich mit allen Mitteln, aber erfolgreich, gegen die übermächtigen Römer stemmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Gegensatz zu den Galliern haben wir jedoch keinen Zaubertrank.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich bin auch nicht Miraculix, der Druide.

(Zuruf eines Abgeordneten der CSU: Wir haben bayerische Milch! - Allgemeine Heiterkeit)

Im vorliegenden Etatentwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren, befinden sich aber einige wichtige Stärkungsmittel, um den Herausforderungen der Zukunft zu trotzen.

Auf der Agrarministerkonferenz vor wenigen Tagen in Magdeburg habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass es immer schwieriger wird, Mehrheiten für unsere Forderungen zu finden. Das liegt zum einen daran, dass im Norden und Osten der Republik ganz andere Strukturen vorherrschen als bei uns. Zum anderen liegt es vermutlich aber auch

daran, dass in vielen Bundesländern die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft nicht mehr den Stellenwert wie in Bayern hat. Die Landwirte dort werden oftmals allein gelassen. Das kann aber nicht unser Ziel sein. Im Gegenteil, wir stehen uneingeschränkt zu unseren Bäuerinnen und Bauern. Ich lehne einen völlig ungeschützten Strukturwandel ganz entschieden ab.

(Beifall bei der CSU - Thomas Kreuzer (CSU): Sehr richtig!)

Die Oppositionsparteien offensichtlich nicht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft weiter stärken, damit sie auch künftig flächendeckend wirtschaften kann und gesunde Lebensmittel und Rohstoffe erzeugt. Im Interesse der Ernährungswirtschaft dürfen wir nicht vom Ausland abhängig werden, meine Damen und Herren. Deshalb werde ich auch in Zukunft die Betriebe mit gezielten Maßnahmen unterstützen.

Denken wir an die Ausgleichszulage. Das ist ein Förderprogramm, das überaus beliebt, anerkannt und geschätzt ist, nicht zuletzt wegen seines unbürokratischen Vorgehens. 113 Millionen Euro stellen wir hier zur Verfügung. Über 60 % unserer Fläche können damit bedient werden. Mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung haben wir ein Instrument zur Hand, das auch gegen die Strukturkrise wirkt. Rund 60 Millionen Euro können wir für 2009 einsetzen. Wir haben mit unserem hartnäckigen Einsatz die Streichung des Quotennachweises für alle Anträge rückwirkend zum 01.01.2007 erwirkt. Meine Damen und Herren, das ist effektive Hilfe für unsere Milchbauern, für diejenigen, die in den letzten Jahren investiert haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich will unsere Landwirte aber auch über die Beratung fit für den Wettbewerb machen. Allein für die Förderung der Verbundberatung stellen wir 5,4 Millionen Euro zur Verfügung. Als bayerische Sonderlösung - andere Bundesländer, andere Bäuerinnen und

Bauern im übrigen Deutschland beneiden uns darum - haben wir eine Milchkuhprämie mit rund 31 Millionen Euro aufgestellt. Ich weiß, auch diese Prämie kann, wie alle anderen, den Preisverfall nicht ausgleichen. Sie ist aber ein sichtbares und wirkungsvolles Signal der Unterstützung an unsere Bäuerinnen und Bauern. Ich denke, sie wird im Gesamtzusammenhang auch wirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Was den Agrardiesel anbelangt, so ist es schon manchmal deprimierend. Meine Damen und Herren, der Bund schiebt die Steuer ein, und Bayern muss ausgleichen, was an Ungerechtigkeiten von der damaligen rot-grünen Bundesregierung mutwillig beschlossen wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kein Mensch kann mehr begreifen, dass wir die Hausaufgaben des Bundes erledigen müssen. Wir haben es nur dem Einsatz unseres Ministerpräsidenten zu verdanken, der von Steinbrück wenigstens noch diese Länderöffnungsklausel zugestanden bekommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für diesen konsequenten Einsatz für unsere Bäuerinnen und Bauern. Ich möchte auch unserem Finanzminister, Herrn Fahrenschon, für das Verständnis herzlich danken. Nur durch diese gemeinsame Kraftanstrengung ist es möglich geworden, ein Stück dieser ungerechten Behandlung unserer Bäuerinnen und Bauern auszugleichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Allein diese Maßnahme kostet uns 33,6 Millionen Euro.

Ich fordere nach wie vor von der Bundesregierung, dass sie auch ihren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe in Deutschland leistet.

Was man da beschlossen hat und was letzten Endes auch durch die Obergrenze zum Ausdruck kommt, die bei 10.000 Hektar liegt, ist keine vernünftige, keine gerechte und faire Politik, meine Damen und Herren.

Neben diesen Förderprogrammen möchte ich natürlich auch neue und eigene Akzente setzen, wenn es um die Förderung des Absatzes unserer Produkte geht. Nachdem wir den Zusammenbruch der CMA zur Kenntnis nehmen mussten, möchte ich auch diese Entscheidung zur Chance ummünzen. Ich weiß, dass die bayerischen Produkte weltweit ein hervorragendes Image genießen. Sie sind wegen ihrer Qualität anerkannt und geschätzt. Deswegen werden wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mechanismen auch neue Absatzmärkte aufbauen.

Ich stehe diesbezüglich auch mit der bayerischen Ernährungswirtschaft in intensiven Gesprächen. Wir werden Lösungsmöglichkeiten für Bayern aufzeigen. Aber auch hier steht der Bund in der Verpflichtung, meine Damen und Herren. Auch die Wirtschaft steht hier in der Verpflichtung, Ersatzkonstrukte und entsprechende Möglichkeiten aufzuzeigen, wie wir unsere Absatzmöglichkeiten weltweit verstärken können, weil das auch zum Marktgleichgewicht beiträgt.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir wollen aber auch den Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutz stärken. Globale Herausforderungen verlangen eben auch regionale Antworten. Mit unserem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm - KULAP -, mit unserem Vertragsnaturschutzprogramm haben wir zwei glaubwürdige und effektive Förderprogramme zur Hand. Allein im KULAP stellen wir 155 Millionen Euro zur Verfügung.

Besonders wichtig erscheint mir auch die positive Entwicklung des ökologischen Landbaus. Mit 170.000 Hektar und mit mehr als 5.800 Betrieben steht Bayern zurzeit an der Spitze der Bundesländer. Das bedeutet, Bio ist nach wie vor eine Wachstumsbranche. Darauf haben wir in unseren Förderprogrammen reagiert. Wir stellen eine lukrative

Übergangsförderung zur Verfügung. Wir sind hier auch besser als andere Bundesländer. Ich bekomme auch von unseren Bio-Verbänden regelmäßig Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Meine forstpolitischen Schwerpunkte möchte ich nur kurz anreißen. Der Waldumbau zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels steht hierbei im Vordergrund. Aber auch die Walderschließung ist nach wie vor Voraussetzung, um die Pflege des Waldes zu garantieren. Auch hier werden wir neue Förderkriterien festlegen. Ich bin zuversichtlich, dass wir die neuen Förderrichtlinien bald auch den Kommunen vorstellen können.

Mir ist es auch wichtig, dass unsere forstlichen Vereinigungen weiterhin effektiv gefördert und unterstützt werden. Insgesamt steht für die forstliche Förderung in diesem Jahr eine Summe von 30 Millionen Euro zur Verfügung - ein Rekordetat auch in diesem Bereich.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Ich will die nachwachsenden Rohstoffe weiter voranbringen. Damit tragen wir zum Klimaschutz bei und verringern die Energieabhängigkeit vom Ausland ein Stück weit.

Für Investitionen in Biomasseheizwerke sowie in Forschungsprojekte, die auch einem verbesserten Klimaschutz dienen, stellen wir insgesamt 8,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist für uns der ländliche Raum. Diesen wollen wir mit den mir zur Verfügung stehenden Instrumenten nach wie vor effektiv stärken. In Anbetracht des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung brauchen wir auch Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in unseren Dörfern. Kommunale Allianzen beweisen jetzt schon, dass sie hier auch sehr erfolgreich sein können. Wir tragen dem Rechnung, was wir im Landesentwicklungsprogramm festgeschrieben haben. Wir wollen im ganzen Land weitgehend gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen.

Meine Damen und Herren, wir schreiben das nicht nur in Papiere, wir geben nicht nur theoretische Ziele aus, sondern wir beweisen, dass wir unseren Programmen auch Taten folgen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer
(FDP))

Bei der Flurneuordnung und bei der Dorferneuerung erreichen wir heuer eine Rekordsumme. 113 Millionen Euro stehen zur Verfügung, wenn der Landtag die Anträge der CSU und der FDP unterstützt und wenn wir das Bundesprogramm mit einschließen. Dabei möchte ich gern auch durch schnellere Verfahren gewährleisten, dass dieses Geld auch umgesetzt wird und dass entsprechende Maßnahmen vor Ort möglichst schnell in Angriff genommen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer
(FDP))

Ein weiterer wesentlicher Bereich meines Hauses ist die Verankerung der Ernährungsbildung. Damit, dass sie als Staatsaufgabe in das Landwirtschaftsministerium übertragen wurde, ist eine wichtige Weichenstellung vorgenommen worden. Wir haben damit ein echtes Zukunftsthema aufgegriffen, meine Damen und Herren. Ich will, dass das Thema gesunde Ernährung den gebührenden Stellenwert erhält. Die gesundheitsbezogene Ernährungsbildung, die ich auf den Weg gebracht habe, ist mir sehr wichtig. Wir wollen dabei den Fokus zunächst auf die Schulen richten, aber dann auch auf die Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter. Wir werden ferner aber auch junge Familien anzusprechen versuchen.

Mit unserer Ernährungsbildung sind wir bewusst in die Fläche, zu den Menschen gegangen. "Nah am Menschen sein" ist unser Motto. Das ist ein gewaltiger Kraftakt für meine Verwaltung, der sich aber nach meiner festen Überzeugung auch lohnen wird. Wenn ich an die Flut von Briefen denke, die ich bekommen habe, als es um die Wahl der Schwerpunktämter ging, nehme ich dankbar zur Kenntnis, dass sich eine Vielzahl

von Mandatsträgern dieses Themas annimmt und dass hier eine zukunftsgerichtete Aufgabe von den Abgeordneten, aber auch von den Bürgermeistern und Landräten vor Ort unterstützt wird.

Meine Damen und Herren, mit einem Etat von 1,2 Milliarden Euro für 2009 sind wir gut aufgestellt. Die aktuellen Herausforderungen können wir damit meistern. Ich bin stolz darauf, dass wir heuer, wenn ich alle Mittel einschließlich der für die bayerische Agrardieselpolitik zusammenrechne, ca. 20 Millionen Euro mehr bereitstellen können als 2008. Das entspricht einem Plus von 1,6 %. Und - jetzt passen Sie auf, meine Damen und Herren von der Opposition, damit Sie nicht wieder Zahlen verwechseln -

(Maria Noichl (SPD): Ja, wir passen schon auf!)

bei den reinen Landesmitteln beträgt die Steigerung sogar 63 Millionen Euro, das heißt umgerechnet ein Mehr im Agrarstat durch eigene Landesmittel von 7,1 %.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) - Georg Schmid (CSU): Gute Bilanz!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube an eine gute Zukunft für unsere bäuerlich geprägte Landwirtschaft, und viele Bäuerinnen und Bauern in Bayern tun das auch. Ich stelle fest, dass die Investitionsbereitschaft gerade im Milchviehbereich bis dato nicht nachgelassen hat. Wir müssen zwar im Augenblick mit den Rahmenbedingungen leben, die die Gemeinsame Agrarpolitik uns bis zum Jahr 2013 vorgibt. Danach läuft dieses Agrarmodell aus.

Es ist aber nicht meine Art, wie das Kaninchen vor der Schlange darauf zu warten, was danach kommt, ganz im Gegenteil. Ich habe klare Vorstellungen zur Zukunft der bayerischen Agrarpolitik. Deswegen habe ich gestern zu einer Tagung in Brüssel eingeladen, um unsere Visionen für eine zukünftige Politik unserer Berggebiete zu diskutieren. Dafür habe ich die EU-Agrarkommissarin Fischer Boel als Verbündete gewinnen können. Auch

die Vertreter aus Österreich, Italien und der Schweiz haben uns ihre Unterstützung zugesagt.

Heute, morgen und übermorgen veranstalten wir eine internationale Strategiekonferenz, die hochkarätig besetzt ist, um uns jetzt bereits darüber Gedanken zu machen, wie wir die Agrarprogramme, die Zielsetzungen, die Strategien und Konzepte jetzt schon für die Zeit nach 2013 formulieren können. Meine Damen und Herren, das ist zukunftsfähige Landwirtschaft. Das ist zukunftsgerichtete Politik, wenn wir uns rechtzeitig Gedanken machen, wie wir unsere Ideen, unsere Vorstellungen, unsere Bedürfnisse jetzt schon formulieren. Wie können wir Mehrheiten gewinnen, damit wir auch in der neuen Förderperiode 2013 bis 2020 unseren Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit angeeignet lassen können?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir wollen unsere Bäuerinnen und Bauern auf die Anforderungen der Märkte vorbereiten. Ich habe deswegen eine Beratungs- und Wissensoffensive angekündigt. Wir werden die Lehr- und Lerninhalte unserer Fachschulen auch auf die neuen Herausforderungen abstellen. Wir werden mehr Marktcompetenz lehren. Wir wollen, dass unternehmerisches Denken und kaufmännisches Verhalten in den Vordergrund gerückt werden, meine Damen und Herren. Ich bin sicher, dadurch werden wir auch eine Kostenminimierung bei manchen Produktionsabläufen erreichen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Ich will unsere Bäuerinnen und Bauern zukunfts- und wettbewerbsfähig erhalten, deshalb unsere ganz gezielte Unterstützung.

Darüber hinaus wollen wir die Bäuerinnen und Bauern auch in die Lage versetzen, sich bei Bedarf zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen. Der Anteil der Nebenerwerbslandwirte nimmt ständig zu. Der Etat meines Ressorts ist gerade angesichts der

finanziell schwierigen Zeit ein starkes Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ebenso wichtig sind uns die Forstwirtschaft, die ländlichen Räume und natürlich die vorhin angesprochene Ernährungsbildung. Ich bin mir dabei sicher: Die enthaltenen Maßnahmen sind modern und zukunftsgerichtet. Sie greifen einerseits die gesellschaftlichen Anforderungen auf und andererseits die Bedürfnisse der Bevölkerung nach einer gesunden Ernährung, nach einem lebenswerten Umfeld in ihrer Heimat, nach auch in den ländlichen Räumen zukunftsfähigen Rahmenbedingungen, auch was die Schutzfunktion gesunder Waldbestände anbelangt, sowie das Streben nach einer stärkeren Versorgung mit Energie und nachwachsenden Rohstoffen.

Sie dienen aber auch dem berechtigten Interesse einer für den ländlichen Raum eminent wichtigen Berufsgruppe, nämlich unseren Bäuerinnen und Bauern. Ich behaupte, es wird keine zukunftsfähigen ländlichen Dörfer und Gemeinden geben ohne leistungsfähige Landwirtschaft, ohne unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, wir haben die Rahmenbedingungen festgeschrieben. Ich bitte, dass das gesamte Hohe Haus unserem Haushaltsentwurf zustimmt.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich unterbreche kurz die Beratungen zum Einzelplan 08 und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 07 bekannt, Tagesordnungspunkt 17. Mit Ja haben 100 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 68. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt wurde, gelten gemäß

§ 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung zugleich als erledigt. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der GRÜNEN und Zustimmung der anderen Fraktionen ist dieser Antrag angenommen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/951, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/369 und 371 mit 374 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 07 ist abgeschlossen.

Ich setze die Beratungen zum Einzelplan 08 fort. Dazu erteile ich der Kollegin Maria Noichl für die SPD das Wort.

Maria Noichl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen und liebe Bäuerinnen und Bauern, wenn welche da sind! Man hört, ich bin ein bisschen verschnupft, aber nicht nur ich bin verschnupft, sondern in Bayern sind auch ganz gehörig die Bauern verschnupft, und recht haben sie.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Brunner, Sie sagen natürlich, was die Staatsregierung immer für die Bauern tut. Ich kann dazu nur sagen, wenn ich ganz allgemein über die Gesamteinbettung in den Staatshaushalt spreche: Seit 1993, seit Stoiber an der Macht war, ist das Interesse der

Staatsregierung an der Landwirtschaft anscheinend ständig gesunken. Denn seit 1993 wurde der Haushalt für Landwirtschaft um ein Drittel gekürzt, wenn man das Verhältnis zum Gesamthaushalt anschaut.

(Harald Güller (SPD): So sieht das also aus!)

- Genau. Auch für den Doppelhaushalt 2009/2010 stehen wieder Kürzungen ins Haus. 2009 sind die Kürzungen mit 2,2 % veranschlagt. 2010 gibt es zwar ein Plus von 0,4 %. Aber wenn ich vorher gescheit kürze und dann ein bisschenl hinaufgehe, ist es de facto auch noch eine Kürzung. Auch das muss man hier deutlich sagen.

Herr Brunner, mir war klar, dass Sie natürlich sagen werden - deshalb stand es schon in meinem Skript -, wir Bayern zahlen nur deshalb weniger, weil auch Brüssel weniger zahlt. Gerade da bräuchten die Bäuerinnen und Bauern das Signal, dass Bayern für sie eintritt, wenn sich Brüssel bei der einen oder anderen Maßnahme zurückzieht.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen anderen Einzelplan, bei dem das Geld eigentlich nur wie bei einem Durchlauferhitzer durchgegeben wird. Ein Drittel der Gelder, die Herr Brunner hier vergibt, kommt aus Berlin oder aus Brüssel. Auch das muss deutlich gemacht werden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Zusätzlich leistet Brüssel 1,1 Milliarden Euro Direktzahlungen an die Bauern.

(Zurufe von der CSU)

Herr Brunner, es hat in der Vergangenheit neben diesen reduzierten Geldern auch noch andere Dinge gegeben, die der Landwirtschaft geschadet haben.

(Zuruf von der CSU)

Ich möchte nur zwei, drei Punkte herausgreifen, etwa das Agrarwirtschaftsgesetz, das 2005 von Ihnen beschlossen wurde. Dieses Gesetz beinhaltet auch, dass die Beratung

der Bäuerinnen und Bauern in Zukunft auf privater Ebene basiert. Das kostet die Bäuerinnen und Bauern vor Ort eine Menge Geld, und das wissen Sie. Außerdem müssen die Bäuerinnen und Bauern bei einem durchschnittlichen Betrieb durch die Erhöhung der Kosten für die vorgeschriebene Tierseuchenimpfung einige 100 Euro aus ihrem Geldbeutel zahlen. Um bei dem Thema "Tierseuchenimpfung" zu bleiben: Das ist nach wie vor ein Desaster. Man setzt Signale, wenn es um die regionale Vermarktung geht. Man verkauft Weihenstephan, eine hervorragende Marke in Bayern, spricht sich aber dann für eine regionale Vermarktung und für regionale Produkte aus. Jetzt ist Weihenstephan in der Hand von Müller Milch, eines Steuerflüchtlings - herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): An einen Steuerflüchtigen in die Schweiz!)

Sie haben sich vorher als "Gallier" bezeichnet, der sich erfolgreich gegen die übermächtigen Römer stemmt. Erfolgreich? Fragen Sie die Bäuerinnen und Bauern. Das ist nicht erfolgreich. Im Festzelt habe ich es Ihnen auch schon gesagt: Sie haben drei kleine Zuckerstückerl dabei, und damit sollen die Bäuerinnen und Bauern zufrieden sein. Ein kleines Zuckerstückerl ist die Weideprämie. 25 Euro pro Kuh, die auf der Weide steht; dieses Zuckerstückerl soll, wenn möglich, am Tag der Europawahl in den Kaffee geworfen werden, dass man es merkt.

Außerdem ist die Milchkuhprämie ein kleines Zuckerstückerl. Auch dieses Zuckerstückerl soll natürlich den Bäuerinnen und Bauern am Wahltag in den Kaffee geworfen werden.

(Zurufe von der CSU)

Zudem haben Sie den Selbstbehalt beim Agrardiesel angesprochen. Ich gebe Ihnen Recht, wir haben diesen drei Maßnahmen zugestimmt. Es ist gut, wenn Bayern dafür aufkommt. Nur: Es ist unwahrscheinlich und unehrlich, wenn Sie den Bäuerinnen und Bauern nicht deutlich sagen, dass dieser Ersatz für den Selbstbehalt nur für maximal zwei Jahre zur Verfügung steht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sprechen Sie mal mit Steinbrück, der soll auf Bundesebene einmal zustimmen! Das wird doch von der SPD blockiert!)

Dieses Wort "maximal" haben Sie hineingeschrieben. Wir haben nachgehakt und gefragt, warum "maximal" hineingeschrieben wird. Das sollte von Ihrer Seite so sein.

(Zuruf von der CSU)

Das sind kleine Symbole, die wir natürlich mitgetragen haben. Aber diese Symbole helfen einem bäuerlichen Familienbetrieb nicht weiter. Wir haben eigene konkrete Vorschläge gemacht, die man hier in Bayern umsetzen kann; denn es ist Ihr allerliebstes Spiel zu sagen, was die in Berlin und die in Brüssel machen müssen.

Herr Brunner und Herr Seehofer - jetzt ist er nicht mehr da -, wir spielen hier in der Bayern-Mannschaft. Wir haben hier in Bayern Tore zu schießen.

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie auf, den anderen in das andere Spiel hineinzureden. Erst machen wir die Hausaufgabe in Bayern. Dann ist es natürlich wichtig und richtig, sich auch in Berlin und in Brüssel zu Wort zu melden. Aber unsere Tore werden hier geschossen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Maria Noichl (SPD): Nein, das kann ich jetzt nicht brauchen.

Wir haben natürlich viele Anträge gestellt. Einige Anträge möchte ich Ihnen auch vorstellen. Wir haben als SPD ein Sonderförderprogramm für benachteiligte Betriebe im Milch- und Grünlandbereich gefordert. Eine Erhöhung dieser Mittel wurde von der FDP und der CSU abgelehnt. Außerdem haben wir ein Programm für die regionale Vermarktung gefordert. Man soll sich auf dem Bauernmarkt nicht nur fotografieren lassen, sondern auch Geld mitbringen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Programm wurde von der CSU und der FDP ebenfalls abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ferner haben wir ein Förderprogramm für das bayerische Milchmarketing gefordert. Sie alle wissen, dass das CMA-Urteil eindeutig ist. Aber auch dieses Förderprogramm wurde mit Ihren Händen abgelehnt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Ganz besonders wichtig ist uns natürlich der ländliche Raum. 73,4 Planstellen sollen in den Ämtern für ländliche Entwicklung gestrichen werden. 73,4 Stellen, die streichen Sie! Wir sind unschuldig. Wir hätten diese Stellen natürlich nicht gestrichen. Wir haben sie beantragt, gestrichen haben Sie sie.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem haben wir Gelder für den allgemeinen Wirtschaftswegebau beantragt. Dafür ist 2007 die Förderung ausgelaufen. Die Landwirte brauchen dringend allgemeine Wirtschaftswege, und dafür benötigen Sie eine Unterstützung. Auch hierzu haben Sie die Zustimmung verweigert.

Sie haben sich auch als Retter des Waldes aufgespielt. Der Wald ist uns sehr wichtig. Sie kündigen an, 39 Millionen Euro in den Wald zu investieren,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

sagen aber nicht, dass wir aus dem Staatswald 61 Millionen Euro herausholen und in die Girokasse der Staatsregierung legen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vonseiten der SPD beantragt, dass auch die Mittel für Maßnahmen für den Privatwald, der immerhin 60 % der Waldfläche abdeckt, erhöht werden. Es gibt sehr viele kleine Waldbesitzer, die ein halbes oder ein Hektar Grund haben und den Waldumbau nicht selbstständig planen können. Diese Waldbesitzer müssen beraten und unterstützt werden. Auch die Maßnahmen zur Unterstützung des Privatwaldes haben Sie abgelehnt.

Genauso war es beim Körperschaftswald. Wir hatten um eine Erhöhung der Mittel für forstliche Zusammenschlüsse gebeten. In diesen Zusammenschlüssen sind 700 private Waldbesitzer vereint, das sind einerseits forstliche Betriebsgemeinschaften, andererseits auch Waldbauernvereine. Mit Ihnen war eine Anhebung der Mittel nicht möglich, leider.

Ich muss mich jetzt wirklich beherrschen, um mich nicht noch mehr zu ärgern, wenn es um die Ernährungsberatung geht. Sie sagen, die Ernährungsberatung sei für Sie ein wesentlicher und wichtiger Bereich. Das sei für Sie ein Zukunftsthema.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss ich schon lachen!)

2004 gab es im Ernährungsbereich noch 263 - 263! - qualifizierte Beraterinnen und Berater. Jetzt wollen Sie 20 Stellen einrichten, nachdem Sie vorher alle 263 abgeschafft haben. Dafür wollen Sie beklatscht werden - von unserer Seite sicher nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau, Respekt! - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Man muss schon einmal deutlich machen: von diesen 20 Stellen, die eingerichtet werden, werden zehn Stellen vom Bund finanziert; nicht, dass man meint, Bayern würde da etwas zahlen. Auch das gehört gesagt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach so!)

Gerade bei den Ernährungsberatungsstellen gilt: Wenn ich 20 Stellen für ganz Bayern zur Verfügung stelle und dann, Herr Brunner, da vorne stehe und sage, die Fläche ist mir wichtig, dann ist das einfach - - Nein, dazu sage ich lieber nichts.

Was den Bäuerinnen und Bauern vor Ort wirklich sehr hilft - ich freue mich jedes Mal, wenn ich durch die Dörfer fahre und das sehe -, sind die Solaranlagen auf den Dächern. Das ist eine Einkommensmöglichkeit, die von der landwirtschaftlichen Bevölkerung extrem gut angenommen wird, weil sie natürlich sehr große Dachflächen zur Verfügung hat. Es ist ein Riesenerfolg der damaligen rot-grünen Bundesregierung, dass die Dächer, die eigentlich rot sein müssten, den Landwirten eine weitere Einkommensmöglichkeit bieten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Wenn man den Haushalt insgesamt betrachtet, kann man sagen, es ist ein Haushalt, der nicht einmal den alten Status gehalten hat. Es ist ein Haushalt des Stillstands und des Rückschritts. Herr Brunner, wir sind uns bewusst, dass auf den Haushalt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten neue Bereiche zukommen. Dazu gehören die Themen Milchwirtschaft, Waldumbau, Ernährungsberatung, Versöhnung der Landwirtschaft mit dem Umweltschutz und eben auch der ländliche Bereich. Diese neuen Bereiche, die zusätzlich verstärkt gebraucht werden, benötigen neue Gelder, und dagegen wehren Sie sich.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Unsere Anträge hätten in Bayern für die Bauern, die Dörfer und Wälder einiges gebracht. Aber Sie haben alle Anträge - nicht nur die Anträge der SPD, sondern auch alle Anträge der Freien Wähler und der GRÜNEN - mit den Stimmen der FDP abgelehnt - alles. Es wird hier immer so getan, als wäre hier ein Teamspiel gefragt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss ich schon lachen!)

Es ist kein Teamspieler gefragt. Sie setzen uns eindeutig auf die Reservebank. Wir dürfen nicht einmal Vorschläge machen. Aber wenn das Spiel verloren geht, war es Rot, Grün oder sonst wer. So geht es sicher nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme gleich zum Ende. - Herr Seehofer ist nicht da. Er hat gestern immer wieder das Wortspiel "angekündigt - umgesetzt" gebracht. Alles was Herr Seehofer gemacht hat, habe er "angekündigt und umgesetzt". Für die Landwirtschaft gibt es auch ein Wortspiel. In der Landwirtschaft heißt das Wortspiel: "Angekündigt - versprochen - hingehalten - umgedreht - weggeduckt - Geldbeutel zugehalten". So ist das in der Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zu Zeiten von Stoiber mag es ja noch gereicht haben, im Trachtengewand zu erscheinen. Bei uns sagt man "der hat einen leichten Stoiber an", wenn er ein Jopperl anhat. Das mag bei Stoiber noch gereicht haben. Das reicht jetzt nicht mehr. Ein "leichter Stoiber" und ein Dirndlgwand reichen nicht mehr. Die Bevölkerung hat schon seit Langem bemerkt, dass es den Bauern besser gehen müsste, wenn zwischen die CSU und die Bauern kein Blatt passen würde. So ist es aber nicht. Die ländliche Bevölkerung, die Waldbesitzer, die Bäuerinnen und Bauern brauchen nicht nur Ihren Applaus, sondern sie brauchen vor allen Dingen ehrlichen und finanziellen Einsatz. Das würden wir uns wünschen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Noichl, ich bitte Sie, noch zu verweilen. - Für eine Zwischenbemerkung darf ich das Wort an Frau Annemarie Biechl, eine Kollegin von der CSU, geben.

Annemarie Biechl (CSU): Liebe Kollegin Noichl, Sie hätten es zwar nicht nötig, dass man Ihre Redezeit verlängert, weil Sie in sehr kurzer Zeit viel zu sagen vermögen.

(Beifall bei der SPD)

- Nur an Text, nicht inhaltlich.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie haben gesagt, das Interesse der CSU an den Bauern hätte nachgelassen. Können Sie mir einen aktuellen wirkungsvollen Beweis, nicht nur einen verbalen, des Interesses Ihrer Partei an den Bauern liefern, von dem die Bauern etwas haben?

(Zurufe von der SPD)

Weiter will ich fragen: Haben Sie den Antrag zum Agrardiesel, den Sie verpönen, nachdem Bayern hilft,

(Maria Noichl (SPD): Nein!)

in der Form, wie er gestellt worden ist, abgelehnt? Haben Sie nicht auch den Antrag zum Aussetzen der Transparenzrichtlinie im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgelehnt, wo die Bäuerinnen und Bauern, die Direktzahlungen erhalten, an den Pranger gestellt werden?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Noichl.

Maria Noichl (SPD): Frau Kollegin Biechl, Sie haben drei Fragen gestellt. Die erste Frage ist leicht zu beantworten. Sie hätten zuhören sollen, denn ich habe sehr viele Anträge aufgelistet, und Sie kennen auch die anderen Anträge, die im Landwirtschaftsausschuss gestellt worden sind. Sie waren dabei, als alle Anträge abgelehnt wurden. Deshalb muss ich Ihnen keine Argumente liefern,

(Alexander König (CSU): Sie sind recht frech!)

was wir für die Landwirte getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Agrardiesel: Dazu hält sich die von Ihnen immer wieder geschürte Vermutung, die SPD habe dagegen gestimmt. Das stimmt so nicht. Hier bin ich gestanden und habe Sie darum gebeten, den Antrag zum Agrardiesel in die Teile "Selbstbehalt" und "Kappung der Obergrenze" in zwei Anträge zu teilen. Die SPD wollte dem Selbstbehalt gerne zustimmen. Wir finden es wichtig und richtig, die Bauern zu entlasten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum stimmt dann Steinbrück in Berlin nicht zu?)

Wir sind mit der Kappung der Obergrenze aber nicht einverstanden; denn die Kappung der Obergrenze fließt fasst ausschließlich in die nördlichen und östlichen Gebiete und nicht nach Bayern. Das war die Frage Nummer zwei.

Was war die Frage Nummer drei?

(Harald Güller (SPD): Transparenz! - Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Biechl, ich glaube, dass die CSU nur noch einen kleinen Teil der Landwirte vertritt, wenn Sie meinen, die Landwirte hätten ein Problem, Fördergelder offenzulegen. Es geht nicht um das Einkommen. Niemand kann sehen, wie viel ein Landwirt verdient. Der Verdienst eines Landwirts kommt aus den verschiedenen Bereichen. Das fängt bei der Ferienwohnung an, geht über Wald usw.. Viele Landwirte haben einen Verdienstmix. Den meisten Landwirten ist es nicht unangenehm wie Ihnen, wenn ausschließlich die Fördergelder eingesehen werden.

(Harald Güller (SPD): Die Milchbauern fordern das sogar!)

Unser Ziel ist aufzuzeigen, wie viel Geld RWE, wie viel die ehemalige "Südfleisch" oder Gloria von Turn und Taxis erhält. Es ist wichtig, endlich anzuzeigen, dass diese Gelder nicht bei der Landwirtschaft landen, sondern anderswo. Wir stehen näher bei den Landwirten als Sie.

(Starker Beifall bei der SPD)

Frau Biechl, wenn Sie ein Problem damit haben, dass jemand wissen könnte, wie viel Förderung Sie bekommen, sollte das nicht schlimm sein; denn die Leute wissen doch, wie viel Sie im Landtag verdienen.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Liebe Frau Noichl, auch wenn einige Redner bereit stehen, steht der CSU doch keine weitere Zwischenbemerkung zu.

(Zurufe von der SPD)

Kollege Eckstein ist der nächste Redner für die CSU-Fraktion, sodass die Debatte sicherlich munter weiter geht.

Kurt Eckstein (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushälter sind solche Töne eigentlich nicht gewohnt. Deshalb wäre es mir wesentlich lieber gewesen, Frau Rupp hätte gesprochen. Sie ist zwar etwas ruppiger, geht aber reeller in den Saal. Frau Noichl, Sie sind noch neu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Bei Ihnen dürfen die Frauen gar nicht reden, wie man jetzt sieht!)

- Im Haushaltsausschuss habe halt ich die Berichterstattung, Frau Kollegin. So ist es geregelt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie finden immer einen Grund! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Frau Noichl geäußert hat, kann nicht unwidersprochen bleiben. Sicherlich, die Opposition hat viele Anträge gestellt. Etliche haben sich dadurch erledigt, dass die CSU- und die FDP-Fraktion mehr beantragt haben als die Opposition. Einiges hat sich erledigt - Frau Noichl, Sie waren bei den Beratungen im Haushaltsausschuss anwesend. Sie haben den Antrag Nummer 15 für die Wiedereinführung der Wirtschaftswegebauförderung noch einmal hochgezogen. Haben Sie

denn nicht zugehört? Ich habe Ihnen damals gesagt, Ihre Leute hätten nicht gut genug gearbeitet. Diese Förderung wurde im Januar 2008 schon wieder eingeführt, also besteht sie. Ich habe es Ihnen damals gesagt, und Sie haben es anscheinend nicht begriffen.

Sie schwadronieren herum, der Landwirtschaftshaushalt wäre gesunken.

(Alexander König (CSU): "Schwadronieren" ist der richtige Ausdruck, Herr Kollege!)

Das stimmt, wenn Sie den Bezug zum Gesamthaushalt nehmen. Wenn man aber mit Lehrern und Polizisten, die wichtig sind, den Haushalt im großen Umfang ausweitet, kann man nicht behaupten, dass der Einzelplan 08 geschrumpft sei, sondern er ist gewaltig gestiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zur Beratung des Doppelhaushalts 2007/2008 waren Sie noch nicht im Landtag. Damals hatten wir das Problem der Kürzungen der zweiten Säule durch die EU. Das machte 80 Millionen Euro aus. Diesen Ausfall haben wir fast - nicht ganz, das muss ich zugeben - mit Landesmitteln ausgeglichen. Hinzu kam, dass der Finanzminister 102 Millionen Euro Co-Finanzierungsmittel, die freigeworden wären, im Einzelplan 08 belassen hat. Dieses Geld ist den Bauern direkt zugeflossen. In anderen Bundesländern, wo Sie mitregieren, ist so etwas nicht passiert.

(Maria Noichl (SPD): Wir sind in Bayern!)

- Es muss erlaubt sein, über die Grenzen zu schauen.

In Bayern sind die Mittel der EU-Kürzungen ausgeglichen worden, und die Co-Finanzierungsmittel sind beibehalten worden. In anderen Ländern ist das nicht passiert, auch nicht in CDU-regierten. Das muss ehrlicherweise gesagt werden.

Im Nachtragshaushalt ging es weiter. Auch hier haben wir Landesmittel aufgestockt. Die Gesamtausgaben hat der Minister angeführt. Sie belaufen sich auf 1,2 Milliarden Euro.

Das hatten wir bisher noch nicht. Hinzu kommen die Mittel, die im Einzelplan 13 ausgebracht sind. Diese werden gerne übersehen. Das ist der Dieselausgleich mit 33,6 Millionen Euro, das sind aber auch die Hochbaumittel, die im Einzelplan 13 mit 2,1 Millionen Euro laufen. Im Sonderprogramm "Bayern 2020" sind für das Jahr 2009 15 Millionen Euro vorgesehen, die nicht im Einzelplan 08 aufscheinen, und für 2010 13,2 Millionen Euro.

Die EU-Direktzahlungen, die über das Landwirtschaftsministerium abgewickelt werden, muss man bei der Arbeitsbelastung berücksichtigen. Das ist zwar keine Leistung Bayerns, wenn man aber berücksichtigt, was Deutschland und Bayern in den EU-Topf einzahlen, kann man mit Fug und Recht sagen, dass viel Geld von uns dabei ist. Eine Milliarde 75 Millionen Euro werden über das Haus abgearbeitet, sodass im Jahr über das Landwirtschaftsministerium 2,3 Milliarden Euro an Mittel verwaltet und ausgegeben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon angesprochen worden: Auf Vorschlag von Ministerpräsident Horst Seehofer wurden mit Landtagsbeschluss vom 30. Oktober die Angelegenheiten der Ernährung auf das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten übertragen. Diese Aufgaben wurden in die Bezeichnung des Ministeriums übernommen. Zu den finanziellen und personellen Angelegenheiten wurde schon einiges gesagt. Dazu wird der Kollege Eck allerdings noch einiges ergänzen.

Da der Einzelplan 08 einen sehr hohen Anteil an Fördermitteln hat, hat sich die Absenkung der Haushaltssperre von 20 % auf 10 % besonders positiv ausgewirkt. Aber auch da muss man etwas genauer hinsehen und den Haushalt auch lesen können. Viele Ansätze sind zwar nominal im Haushalt gesunken, real sind sie aber gleich geblieben und in manchen Bereichen sogar angestiegen. Hier ist gute Arbeit von allen Seiten geleistet worden.

In Kapitel 08 03 sind die reinen Landesmittel eingestellt; sehr viele Zahlen sind vom Minister schon genannt worden. Einiges aber möchte ich noch anführen. Die Förderung

der Qualitätsproduktion im pflanzlichen Bereich - hier gibt es noch einigen Nachholbedarf - wird mit 3,3 Millionen Euro dotiert. Die Absatzförderung, bei der so getan wurde, als passiere in Bayern überhaupt nichts, wird mit 3,5 Millionen Euro umgestaltet, und zwar immer auf das Jahr gerechnet und nicht auf den Doppelhaushalt. Die Dorfhelferinnen werden mit 4,1 Millionen Euro gefördert. Für die gesunde Ernährung gibt es - wie bereits vom Minister gesagt - 2,8 Millionen Euro. Das war ein großer Griff in die Tasche des Ministers.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist nicht aus der Tasche des Ministers. Es sind Steuergelder!)

- Ja, Sie haben recht. Aber jeder Minister meint, das Geld sei seines und der Haushälter sieht es ähnlich.

(Zurufe von der SPD - Dr. Thomas Beyer (SPD): Steht das jetzt auch im Protokoll?

- Weitere Zurufe)

Für die gesunde Ernährung werden, wie gesagt, 2,8 Millionen Euro ausgegeben und die Aus- und Weiterbildung ist mit 7,4 Millionen Euro dotiert.

Die tatsächliche Höhe der Förderung für unsere Land- und Forstwirtschaft, für unsere Landjugend sowie die Ernährungsberatung und Ernährungswirtschaft wie auch für die Fischerei, die Verbände und Organisationen, also für den gesamten ländlichen Raum, ergibt sich in der Gesamtzahl erst aus der Zusammenstellung aller Fördermaßnahmen von EU, Bund und Land. Hierbei ist festzustellen, dass es schon eine eminente Förderung für den ländlichen Raum gibt, auch wenn die Einbrüche, die auf dem Markt zu verkraften sind, vor allem bei der Milch, aber auch bei anderen Produkten, nicht ausgeglichen werden können.

Der Einzelplan 08 für die Haushaltsjahre 2009/2010 ist ein sehr solides Werk und bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe. Uns allen ist klar, dass die katastrophalen Preiseinbrüche dadurch nicht ausgeglichen werden können, aber wenn jetzt die Hilfe des Staates

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hilfe zur Nachhilfe!)

von interessierten Kreisen sozusagen als Almosen abgetan wird, ist das schäbig und lächerlich. Dass der Staat die Markteinbrüche nicht ausgleichen kann, wissen wir nicht nur aus der Landwirtschaft, sondern auch aus anderen Bereichen.

Ich möchte mich bei Minister Brunner und seiner Mannschaft herzlich bedanken, insbesondere auch bei der Haushaltsabteilung und beim Finanzministerium für die Ausarbeitung des Haushalts. Es ist ein schwieriges Unterfangen, einen Doppelhaushalt aufzustellen, aber es ist leicht, ihn mit wohlfeinen Worten zu zerreißen, wenn wenig Sachkenntnis dahintersteckt. Wir dürfen trotz allem nicht vergessen, welche Arbeit dahintersteckt; es ist ein Verteilungskampf zwischen den Ministerien, und ich muss gestehen, dass ich gerne dem einen oder anderen Antrag der Opposition zum Einzelplan 08 zugestimmt hätte.

(Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Denn man hätte durchaus mehr Geld brauchen können. Wir stehen aber in der Gesamtverantwortung. Und zu Ihnen, Herr Pfaffmann, wenn Sie schon immer dazwischengackern, nur Folgendes: Die Bildung kostet uns viel Geld und da muss dann auch die Landwirtschaft etwas zurückstehen. Wenn wir so in die Vollen greifen würden wie die Bildungspolitiker, dann würde hier einiges los sein. Ich bin für die Bildungsausgaben, aber wir haben als Haushälter vor allem eine Gesamtverantwortung für den Gesamthaushalt und darum kann man nicht alle Wünsche erfüllen. Im Großen und Ganzen ist dieser Haushalt ein guter Haushalt. Wir werden versuchen, damit die Schwierigkeiten, die die Land- und Forstwirtschaft draußen hat, zu lindern und unterstützend Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Minister Brunner mit seiner Mannschaft hierbei den richtigen Weg eingeschlagen hat. Ich bitte um Unterstützung für den Einzelplan 08 im Haushaltsjahr 2009/2010.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner erteile ich für die Fraktion der Freien Wähler Herrn Dr. Leopold Herz das Wort.

Dr. Leopold Herz (FW): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe anwesende Landwirte hier im Saale und draußen! Bereits der Etat des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2009/2010 war ein schwieriges, vielleicht sogar unlösbares Thema. Daher möchte ich mich zunächst beim Kollegen Kurt Eckstein bedanken; denn er hat einige Aussagen getroffen, für die er in seiner Fraktion vermutlich noch Probleme bekommt.

Und nun möchte ich kurz auf Minister Brunner eingehen. Herr Minister, es ist unbestritten, dass Bayern einiges für die Landwirtschaft tut. Das muss man fairerweise an dieser Stelle betonen. Aber jetzt kommen wir zur anderen Seite. Leider sitzen die Protagonisten von gestern nicht auf der Regierungsbank. Das überrascht mich ein bisschen, denn gestern wurde gerade uns Freien Wählern gesagt, die Landwirtschaft sei der CSU sehr wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Heute ist auch schon des Öfteren angeklungen, wie wichtig die Anwesenheit ist und ich warte deshalb auf die Anwesenheit von Leuten, die so etwas ausführen und ich erwarte das auch, mit Verlaub, bei diesem wichtigen Thema von Ministerpräsident Seehofer.

(Beifall bei den Freien Wählern und der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) und Dr. Thomas Beyer (SPD))

Auch wir Freien Wähler haben in den letzten Wochen oft hören müssen, wie wichtig die Landwirte der CSU sind. Klar, es stehen Wahlen vor der Türe und da sind immer verschiedene Gruppen sehr wichtig.

(Zurufe von der CSU)

Die Landwirte waren und sind schon immer eine Berufsgruppe, die eine nachhaltige Produktionsart ausübt. Deshalb können wir nicht nur in Wahlabschnitten denken. Wir müssen die ganze Problematik sehen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte meine Überlegungen trotzdem Ministerpräsident Seehofer weitergeben. Wer draußen herumkommt, erkennt - ob in Kloster Reutberg oder vor Kurzem in Immenstadt im Allgäu -, dass die aufgebrauchten Bauern sich nicht aus Gaudi auf den Weg machen und quer durch Bayern fahren. Sie haben einen Grund dazu. Sie haben Existenzangst. Es ist die nackte Angst, die die Landwirte zurzeit umtreibt.

Ich bin froh, dass ich noch ein Milch produzierender Landwirt - wenn auch ein kleiner - bin. Für mich ist es aber bereits fünf nach Zwölf, wenn ich an meine letzte Milchgeldabrechnung denke mit nahe bei 25 Cent pro Liter Milch - nach deutschen Vorschriften erzeugt; in anderen Gebieten Deutschlands geht es sogar unter 20 Cent und auf dem Spotmarkt Milch liegt der Preis weit unter 20 Cent, teilweise bei sechs bis acht Cent.

(Beifall bei den Freien Wählern - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist eine Saurei!)
rei!)

Das, meine Damen und Herren, muss eine staatstragende Partei zur Kenntnis nehmen; da kommt man nicht mit Parolen weiter, nach dem Motto: Wir stehen zu Euch und ich stehe jetzt auch bei Euch, bei Ihnen!

(Heiterkeit und Beifall bei den Freien Wählern)

Ich habe in Immenstadt mehrere Transparente gesehen, auf denen stand: Wir wollen keine Worte, wir wollen Taten sehen.

(Zuruf von der CSU: Von den Freien Wählern?)

Das ist der Kernpunkt der ganzen Sache! Wir haben den Haushalt 2009/2010 zu besprechen, und da gilt es, einige Dinge konkret anzusprechen. Schon die Vorrednerin hat

die Ernährungsberatung angesprochen. Da wird jetzt mancher sagen: Was fängt man damit an? Man hört auch oft, das ist ein Weiberthema.

(Zurufe von weiblichen Abgeordneten der CSU: Buh!)

- Ein Frauenthema. Adipositas ist eine Volkskrankheit, die zunehmend um sich greift.

(Zurufe von weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich selbst bin davon auch nicht frei.

(Allgemeine Heiterkeit - Zurufe - Unruhe)

Meine Damen und Herren, als alter Weihenstephaner muss ich da ein bisschen ausholen. Nach dem grandiosen Wahlerfolg 2003 wurde die Ernährungsberatung in Weihenstephan ohne Not abgeschafft. Ich komme auch noch auf Zukunftskonzepte zu sprechen, weil ich nicht nur in der Vergangenheit wühlen will. Das muss man aber erwähnen. Nicht nur die Ökotrophologie wurde ohne Not abgeschafft. Viele von uns haben es erlebt: Die Landwirtschaftsämter wurden leergefegt, und die Ökotrophologinnen wurden den Landratsämtern unterstellt. Da standen sie dann hilflos herum. Ich weiß noch gut, wie sie uns auf die Frage, was sie da eigentlich machen, geantwortet haben: Das wissen wir selbst noch nicht so recht. Man muss ganz klar sagen: Das war nicht nur ein Fehler, sondern grober Unfug. In der heutigen Zeit, wo immer mehr Probleme bei der Jugend wegen Fehlernährung und Bewegungsmangel festzustellen sind, müssen wir klotzen, da dürfen wir nicht nur kleckern.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Das Vakuum aufgrund der dann fehlenden Ernährungsberaterinnen wurde durch ehrenamtliche Kräfte, vielfach durch Landfrauen, aufgefüllt. Sie haben dafür sorgen müssen, dass hier noch einigermaßen etwas weiterging. Ich muss jetzt schon kritisch anmerken: Jetzt werden 20 neue Stellen auf ganz Bayern verteilt. Meine Damen und Herren, das ist zwar zunächst positiv, aber damit können die vergangenen Fehlentwick-

lungen auf keinen Fall ausgeglichen werden. Es fehlen auch Konzepte für ehrenamtliche Ernährungsfachfrauen. Ich war in das Ganze sehr stark eingebunden. Es kann nicht sein, dass Ernährungsfachfrauen, die einen Nachmittag für Ortsbäuerinnen gestalten, das auch noch selbst finanzieren müssen. Da muss eindeutig noch etwas kommen. Da fehlen Beträge, und da muss nachgebessert werden. Was jetzt geschieht, ist das falsche Zeichen am falschen Ort.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das ist nicht nur landwirtschaftspolitisch verkehrt, sondern gesamtpolitisch total verfehlt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Ich komme nun zu speziellen landwirtschaftlichen Themen, zunächst zur Ausgleichszulage. In Immenstadt hat ein Landwirt leichtsinnig gesagt, die Ausgleichszahlungen gehören weg. Dagegen müssen wir uns verwahren. Das war eine sehr leichtsinnige Aussage. Ich weiß nicht, von wem sie kam.

(Zurufe von der CSU)

Ich möchte das dementieren. Solange der Preis für das wichtigste bayerische Produkt, nämlich für die Milch, immer noch nicht auf annähernd kostendeckendem Niveau ist, solange werden wir die Ausgleichszahlungen dringend brauchen. Für die Bauern wäre es aber ein gutes Zeichen gewesen, wenn die Ausgleichszulage erhöht worden wäre. Die Bauern draußen, gerade im schwierigen Berggebiet, hätten dann gesehen, dass für sie etwas geschieht. Die 15 Milliarden von Bayern, die wir gefordert haben, hätten drin sein müssen. Das ist ein Mangel.

Das Kulturlandschaftsprogramm wird von vielen nur "KULAP" genannt. Mich fragen dann immer wieder Leute: Wovon redest du? Ich rede vom Kulturlandschaftsprogramm, das ebenfalls sehr wichtig ist und auch von Bayern unterstützt wird. Ich weiß noch gut, wie sich 1978 das Gründland- und Mittelgebirgsprogramm weiterentwickelt hat. Das sind gute und wichtige Sachen. Wir können nicht oft genug betonen, wie wichtig es ist, Öko-

logie und Ökonomie zu verbinden. Die Landwirte machen das schließlich nicht zur Gaudi. Viele meinen, die Landwirte bekommen dieses Geld netto. Nein, das ist eine gerechte Ausgleichszahlung für entgangenen Ertrag; das muss man an dieser Stelle klar sagen. Ich habe neulich von Minister Helmut Brunner im Zusammenhang mit der Alp-/Almwirtschaft in Hindelang gehört, dass die Beträge des Kulturlandschaftsprogramms mit der Breitbandförderung verglichen werden müssen. Verdammt noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn uns die Landwirtschaft wirklich so wichtig ist, dann darf die Breitbandförderung nicht als Konkurrenz gesehen werden. Ich fordere frisches Geld für beide Bereiche.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Wir müssen so fair sein und einräumen, dass wir mit der Landesbank verschiedene Probleme haben. Eine Erhöhung des Betrags für die Tierseuchenkasse von 3,60 Euro pro Tier auf 7,80 Euro pro Tier ist nicht zu vermitteln. Schutzwaldsanierung, forstliche Zusammenschlüsse und Privatwaldförderung sind ein Problem; da könnte man nachbessern. Da haben wir noch nicht erreicht, was wir uns erhofft haben. Es gibt in Bayern Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzervereinigungen, die kurz vor dem Bankrott stehen. Hier muss von der Förderung nach Kubikmeterzahl auf eine individuelle Förderung umgestellt werden. Bei der Absatzförderung muss nach dem CMA-Urteil etwas kommen. Da muss sich einiges tun.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatten wir viele Veranstaltungen zur Milchproblematik. Heute wurden schon die Kuhprämie und der Agrardiesel erwähnt. Das ist zwar sehr wichtig, aber gesamteuropäisch gesehen brauchen wir noch Gelder für eine Milchherauskaufaktion. Wir werden auf europäischer Ebene tätig werden müssen, um den Milchbauern zu helfen, weil das ganze Gerede hier sonst nur Makulatur ist.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Herz, es ist sehr gefährlich, den Begriff "Weiberthema" im Munde zu führen, wenn Ihnen drei davon im Genick sitzen. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass Sie das liebevoll gemeint haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nächste Wortmeldung: Herr Sprinkart. Bitte.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn meiner Ausführungen verdeutlichen, wie hilflos die Politik dem derzeitigen Preisverfall bei der Milch gegenübersteht. Ich sage das ausdrücklich, ohne dabei eine bestimmte Partei ins Auge zu fassen. Der Milchpreis in Bayern ist im letzten Jahr um über 10 Cent gefallen. 10 Cent weniger bedeuten für die bayerischen Milchbauern Einkommensverluste in Höhe von 750 Millionen Euro. Das Kernstück der bayerischen Agrarförderung, nämlich Mittel für die ländliche Entwicklung, umfasst gerade einmal 490 Millionen Euro. Ich sage das, damit wir das Verhältnis sehen.

Es gibt zwei Programme, deren Mittel im Vergleich zu 2006 deutlich zurückgegangen sind. Das sind das Kulturlandschaftsprogramm und die Ausgleichszulage. Herr Minister, Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, die Ausgleichszulage sei das gerechteste Programm. Diese Aussage haben Sie heute weggelassen. Ich weiß nicht, wie Sie zu dieser Erkenntnis kommen. Sie waren am letzten Wochenende im Allgäu. Wenn Sie genau hingeschaut hätten, hätten Sie feststellen können, dass die Tallagen schneefrei waren, aber auf den Höhen noch alles weiß war.

Ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel aus meiner Gemeinde sagen: Bei mir liegt jetzt noch ein halber Meter Schnee. Meine Kollegen im Illertal haben ihre Felder vor zwei bis drei Wochen abgeeggt. Ich weiß nicht, wie man in diesem Zusammenhang von einem gerechten Programm sprechen kann, das vor allem durch die Umstellung auf die Gemeinde-LVZ ungerecht geworden ist. Beim Kulturlandschaftsprogramm kommt zu den Kürzungen hinzu, dass die Mittel 2008 nicht ausgeschöpft wurden, und zwar nach meiner

Berechnung um 20 Millionen, obwohl Ihr Vorgänger im Frühjahr des letzten Jahres einen verzweifelten Versuch unternommen hat, die Mittel mit der Erhöhung der Prämien und einem neuen Programm, nämlich der Weideprämie, auszuschöpfen.

Im Wesentlichen sind die nicht abgerufenen Mittel, die ansonsten verfallen würden, in die Finanzierung der Milchprämie geflossen. Meine Damen und Herren, das ist wahrhaft kein Ruhmesblatt - und zwar beides nicht, weder die Nichtausschöpfung der Mittel aus dem Kulturlandschaftsprogramm noch die Milchprämie, die bestenfalls unter der Rubrik "Symbolik" einzuordnen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben auch heute wieder eine verstärkte Förderung der Berggebiete angekündigt, also im Prinzip das, was Sie schon im Dezember des letzten Jahres gesagt haben. Wenn Sie damit die Bergbauern meinen, nicht die Alp-/Almwirtschaft - das ist ja die heilige Kuh der bayerischen Agrarpolitik -, kann ich das nur begrüßen. Ich hätte auch einen Vorschlag, wie Sie dies durch Umschichtungen in der zweiten Säule finanzieren können. Derzeit bekommen die Almen/Alpen zu ihren 200 Euro Ausgleichszulage pro Hektar auch noch, genauso wie die Talbetriebe, 89 Euro Grünlandprämie. Diese 89 Euro hätten sie übrigens nicht bekommen, wenn sich Bayern mit dem Betriebsprämienmodell durchgesetzt hätte. Das kann man gar nicht oft genug sagen.

Ab 2010 beginnt der Gleitflug, an dessen Ende 2014 eine Grünlandprämie von circa 340 Euro stehen wird. Damit kommen die Alm- und Alpbewirtschaftler pro Hektar mindestens 540 Euro Prämie, also etwa doppelt so viel wie jetzt und zum Teil mehr als die allermeisten Talbetriebe in den benachteiligten Gebieten. Das kann und darf so nicht sein. Von daher glaube ich, dass wir hier umschichten müssen. Wir müssen die Talbetriebe stärken. Ohne intakte Talbetriebe gibt es keine Alpwirtschaft, und wenn die Förderung noch so hoch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch eine Bildungsoffensive angekündigt. Insoweit bin ich grundsätzlich mit Ihnen einer Meinung. Bei der derzeitigen Zahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft werden wir in der nächsten Generation 30.000 Landwirte haben, die über einen landwirtschaftlichen Berufsabschluss, also eine Grundausbildung, verfügen. Selbst bei einem Worst-Case-Szenario, das davon ausgeht, dass bis dahin die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe aufgehört hat, wird mindestens die Hälfte der landwirtschaftlichen Unternehmer nicht einmal über diese Grundausbildung verfügen. Das ist meines Erachtens ein unhaltbarer Zustand. Wenn Sie eine Bildungsoffensive ankündigen, Herr Minister, muss sie hier ansetzen. Das kann ich aber bislang nicht erkennen.

Wenn Sie betonen, dass die Nebenerwerbslandwirte nicht die schlechteren Bauern sind, werden Sie das nur halten können, wenn diese eine Ausbildung erfahren, die guten Gewissens als Grundausbildung bezeichnet werden kann.

Abschließend noch ein paar Worte zur Ernährungsberatung, die jetzt wieder dem Landwirtschaftsministerium zugefallen ist, zu Recht, wie ich meine. Herr Minister, ich habe, wie ich zugeben muss, falscherweise von Ihnen erwartet, dass Sie Ihrer Freude darüber, wieder für diesen überaus wichtigen Bereich zuständig zu sein, dadurch Ausdruck verleihen, dass Sie wenigstens einige neue Planstellen schaffen, auch um die Bedeutung der Ernährungsberatung zu unterstreichen. Sie hätten wenigstens so viele Planstellen schaffen können, dass die fertig ausgebildeten Referendarinnen, die Sie vor vier Jahren auf die Straße gesetzt haben, wieder hätten eingestellt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das haben Sie leider nicht gemacht. Sie haben allerdings die Dinge mit sehr viel Geschick so dargestellt, dass man meinen könnte, es gäbe wirklich neue Stellen. Sie schmücken sich aber lediglich mit den Stellen, die Sie aus dem Umweltministerium bekommen haben, und den Projektstellen, die im Wesentlichen der Bund finanziert. Wenn wir aber Ernährungsberatung, gerade was die Schulverpflegung anbelangt, weiterbringen wollen, müssen wir hoch professionell, flächendeckend und kontinuierlich vorgehen,

und dürfen nicht nur mit ein paar versprengten Stützpunktfachfrauen arbeiten, die angesichts des gigantischen Arbeits- und Zuständigkeitsbereichs bestenfalls das Elend auf hohem Niveau verwalten können. Mit ehrenamtlichem und nebenberuflichem Engagement, auch wenn das sehr lobenswert ist, kommen wir hier nicht weiter, genauso wenig mit Projekten, deren Finanzierung gerade mal für den Zeitraum des Doppelhaushalts gesichert ist. Was glauben Sie, wer sich um solche Stellen bewirbt? -

Großartig inszenierte Auftaktveranstaltungen bringen uns nicht weiter, im Gegenteil: Sie wecken Erwartungen, die nicht eingehalten werden können.

Wir haben schon wieder eine Einladung bekommen; wie kontraproduktiv das sein kann, hätten Sie eigentlich von Ihrem Vorgänger lernen können, Herr Minister Brunner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf der Folgeveranstaltung einer der Auftaktveranstaltungen zur Schulmilchvermarktung in Kempten haben Mütter Milch aus Literflaschen in Plastikbecher ausgeschenkt, die anschließend in der Spülmaschine des Lehrerzimmers gespült wurden. Das ist nicht tragfähig und zukunftsweisend für die Art und Weise, wie wir Schulmilch den Kindern näherbringen können. Da stimmen Sie mit mir hoffentlich überein, meine Damen und Herren.

So, wie Sie mit der neuen Zuständigkeit für die Ernährungsberatung umgehen, verspielen Sie die große Chance auf einen Neuanfang auf solider Basis.

Insgesamt setzt der Agrarhaushalt keine neuen Impulse, Impulse, die unsere Bauern und Bäuerinnen dringend brauchen. Das finde ich ausgesprochen schade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege. Bevor ich Herrn Dechant ans Pult bitte, möchte ich die Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, dass in der Ehrenloge eine Delegation Platz genommen hat, an deren Spitze die chinesische

stellvertretende Bildungsministerin, Frau Chen, steht. Wir wünschen Ihnen einen aufschlussreichen Aufenthalt in Bayern.

(Allgemeiner Beifall)

- Herr Dechant, ich darf Sie ans Pult bitten.

Thomas Dechant (FDP): Sehr verehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit Worten beginnen, die die SPD hier gebraucht hat: Der Haushalt ist im Verhältnis zu 1993 weniger geworden. - Ich halte das, ehrlich gesagt, für einen Schmarren.

(Christa Naaß (SPD): Es ist aber so!)

Denn ein Verhältnis ist kein Geld. Ein Verhältnis kostet eher hin und wieder einmal Geld.

(Maria Noichl (SPD): Er ist gescheit, der kennt sich aus! - Weitere Zurufe von allen Seiten des Hauses - Heiterkeit)

- Das ist auch gescheit; wir von der FDP sind gescheite Leute.

Geld allein ist natürlich nicht alles. Intelligente Konzepte sind viel mehr wert.

Noch eines möchte ich sagen: Manchmal meine ich, dass ihr von der SPD den Hof der Werte nur deshalb erhalten wollt, damit ihr bei der Erbschaftssteuer am Schluss möglichst viel kassieren könnt.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Harald Güller (SPD): Aschermittwoch war schon! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist die Rede zum 1. April!)

Ich bin schon fertig damit, mir heute Feinde zu machen. Der ländliche Raum ist eine wesentliche Säule der Wirtschaftskraft unseres Landes. Die deutsche landwirtschaftliche Industrie ist mit Abstand eine der größten Lebensmittelindustrien in Europa. Sie ist nicht nur ein wichtiger Lebensmittellieferant, sondern garantiert auch Arbeitsplätze, sichert die Kulturlandschaft und fördert den Tourismus.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Immer wichtiger wird es, dass Bauernfamilien auf ihren Betrieben mit Dienstleistungen ein Zusatzeinkommen erzielen können. Kooperationsmodelle sowie Spezialisierungen sichern ihre Zukunftsfähigkeit. Die Landwirtschaft unterlag schon immer dem Strukturwandel und hat ihn bisher auch immer gut gemeistert. Sie wird auch in Zukunft damit zurechtkommen. Ein wesentliches Erfolgskriterium für eine dynamische Weiterentwicklung der Landwirtschaft wird die Frage sein, inwieweit sich Betriebe an die kommenden Verhältnisse anpassen können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ablesen ist unzulässig! - Harald Güller (SPD): Hat er die Seiten richtig sortiert?)

Unser agrarpolitisches Leitbild ist die unternehmerische Landwirtschaft. Wir verstehen darunter eine freie Landwirtschaft, die man aus der staatlichen Abhängigkeit herausführt. Deswegen müssen auch unternehmerische Perspektiven geschaffen werden. Unsere Landwirtschaft braucht europaweit gleiche Rahmenbedingungen. Da bin ich schon wieder bei der SPD. Wir haben eurem Steinbrück in Bayern bei den Bauern den Hintern retten müssen, indem wir den Bauern die 350 Euro Eigenbehalt ausgeglichen haben, um zumindest diese Ungerechtigkeit abzuschaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch größere Probleme bereitet unserer Landwirtschaft eine allseits bekannte Hürde, nämlich ein Übermaß an Bürokratie.

(Maria Noichl (SPD): Der Stoiber schafft sie doch ab!)

- Ich weiß schon. Die CSU hat extra ihren besten Mann von den Verpflichtungen eines Ministerpräsidenten entbunden, damit er in Brüssel etwas erreichen kann.

(Heiterkeit - Harald Güller (SPD): Von wegen Bürokratieabbau, da wäre er in Bayern besser aufgehoben!)

Die Verordnungs- und Regulierungsdichte, die weltweit ihresgleichen sucht, zwingt die deutschen und bayerischen Landwirte in ein Korsett, das ihnen die Luft zum Atmen nimmt. Unsere Landwirtschaft braucht endlich weniger Bürokratie und mehr Freiheit. Wir wollen eine Landwirtschaft, die sich am Markt orientiert, qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert und ihre Leistungsaufträge für Land, Landschaft und Gesellschaft erfüllt. Dies muss sie aber auch durch Ausgleichszahlungen für schlechte Standortbedingungen und für immer wieder neue Regulierungen honoriert bekommen. Das ist nur möglich, wenn die Agrarpolitik insgesamt dereguliert wird. Es dürfen keine neuen gesetzlichen Aufgaben geschaffen werden, die für die Landwirte Kosten verursachen. Wir brauchen einen europäischen Markt für Agrarprodukte, der sich dadurch auszeichnet, dass nur Waren in Verkehr gebracht werden dürfen, die nach europäischen Standards produziert wurden. Dies gilt insbesondere für Produkte, die aus Ländern außerhalb der EU stammen.

Besonders Jungbauern brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, die die Entwicklung wettbewerbsfähiger landwirtschaftlicher Unternehmen und Vermarktungseinrichtungen ermöglichen. Diese Rahmenbedingungen müssen den Landwirten ausreichenden unternehmerischen Gestaltungsspielraum bieten, damit dauerhaft Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden können. In der Landwirtschaft kann es keine universellen Lösungen geben. Die Standortbedingungen sind zu unterschiedlich. Wir wollen die Eigenverantwortung der Landwirte stärken. Sie wissen selbst am besten, was vor Ort benötigt wird und getan werden muss. Die Regionen dürfen ökonomisch nicht von Entscheidungen, die außerhalb getroffen werden, abhängen; denn die Vielfalt unseres ländlichen Raums erfordert einen differenzierten Blick. Gesetzliche Regulierungen, die die Landwirtschaft überproportional und einseitig belasten, lehnen wir strikt ab.

Wir wollen, dass die Landwirte ihre Ziele durch eine vorwärts gerichtete Investitionsförderung erreichen können. Aus unserer Sicht ist Bayern diesbezüglich sehr gut aufgestellt und unterstützt seine Bauern im machbaren Rahmen. Ein Erhalt der bäuerlichen Betriebe ist uns aus zwei Gründen sehr wichtig: Zum einen wird dadurch die Wertschöpfung

im ländlichen Raum erhalten und weiter gestärkt, zum anderen tragen unsere bayerischen Bauernfamilien zu einem wesentlichen Teil dazu bei, dass ehrenamtliche Tätigkeiten wahrgenommen werden. Was wären unsere Feuerwehren auf dem Land ohne unsere Landwirtschaft?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Dechant, ich unterbreche Sie ungern. Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Herz?

Thomas Dechant (FDP): Anschließend. Ich bin ohnehin gleich fertig.

Ich möchte auch den Einstieg in die Ernährungsberatung positiv erwähnen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Einstieg?)

- Ich habe Einstieg gesagt.

Natürlich steht hier nicht die Zahl, die wir schon einmal hatten. Es gibt aber wieder etwas. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Es ist besser als vorher, als wir noch nichts hatten. Ich möchte zum Abschluss noch einen Satz sagen: Wir Politiker müssen aufpassen, dass unsere Landwirtschaft in der Zukunft nicht zu stark durch die Interessen der Umwelt belastet wird.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Dr. Herz, ich erteile Ihnen zu einer Zwischenintervention das Wort.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Dechant, Sie haben erklärt, dass die deutschen und bayerischen Bauern nach einheitlichen europäischen Kriterien Lebensmittel produzieren sollten. Meine Frage: Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass diese Produkte in Deutschland zwar nach diesen Kriterien produziert werden, aber die Vorschriften in anderen Ländern nicht gelten, sondern nur gelesen werden?

Thomas Dechant (FDP): Das ist eine ganz schwierige Frage. Die EU und die Bayerische Staatsregierung müssen dafür sorgen, dass diese Vorgaben EU-weit eingehalten werden. Das ist selbstverständlich eine absolute Grundvoraussetzung. Ich habe gesagt, dass diese Kriterien für alle Produkte gelten müssen, die hier verkauft werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Eck das Wort.

Gerhard Eck (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß: Den letzten beißen die Hunde. Nach mir wird der Minister noch einmal sprechen.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Warten Sie doch erst einmal ab, was ich sage, bevor Sie lachen.

Ich möchte noch ein paar Punkte ansprechen, die für den einen oder den anderen nicht sehr vorteilhaft sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich hier saß und mir diese Debatte angehört habe, habe ich ein Loblied auf dieses Bayern gehört, wie wunderschön sich hier alles entwickle, wie schön der ländliche Raum sei und was sich hier alles bewege und getan worden sei. Wir alle wollen diese Entwicklung fortführen. Ich stelle fest: Goppel, Strauß, Streibl und Stoiber - alle Ministerpräsidenten der CSU - haben dafür gesorgt, dass Bayern so ist, wie wir es heute erleben können. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Das ist ja das Drama, dass das so ist!)

- Ich halte das nicht für ein Drama, da wir alle den momentanen Stand erhalten wollen. Sie sollten einmal über sich selbst nachdenken und darüber lachen, was Sie ab und zu von dieser Stelle loslassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir viele Zahlen aufgeschrieben. Ich werde sie jetzt nicht vortragen, weil sie bereits von unserem Haushälter und unserem Minister vorgetragen wurden. Lieber Herr Kollege Dr. Herz, Sie haben heute viermal vom "Haushalt" gesprochen. Heute sprechen wir jedoch über den Haushalt 2009/2010 und nicht über den Haushalt 2008. Ich wollte Ihnen das sagen, damit Sie keine falsche Pressemitteilung absetzen. Ich hoffe, dass Sie nicht die falschen Zahlen erhalten haben.

Herr Kollege Adi Sprinkart hat nach meiner Auffassung eine würdige Plenardebatte geführt. Er hat zum Beispiel über die Ausgleichszulage gesprochen. Natürlich kann man immer darüber streiten, ob diese Zulage zu hoch oder zu niedrig ist. Hier ist auch darauf zu achten, wo der entsprechende Betrieb sitzt. Unter diesem Gesichtspunkt kann entweder kritisiert oder gelobt werden. Darüber kann man sicherlich streiten.

Herr Kollege Sprinkart, Sie haben außerdem die Milchkuh-Prämie angesprochen. Auch darüber kann man streiten. Dem einen ist sie zu niedrig, der andere bezeichnet sie als lächerlich. Im Hinblick auf die Probleme, die wir in Zukunft meistern müssen, halte ich es für hervorragend, dass dafür über 30 Millionen Euro ausgegeben werden. Herr Ministerpräsident und Herr Minister, dafür möchte ich ein großes und herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Herr Kollege Adi Sprinkart, Sie haben die Ausbildung der Landwirte angesprochen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir in den Jahren 2007, 2008 und voraussichtlich auch im Jahr 2009 steigende Zahlen bei den Studierenden aus der Landwirtschaft hatten und haben werden. Aus diesem Grunde ist mir in dieser Hinsicht nicht unwohl. Ich blicke mit großer Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft.

Herr Kollege Dr. Herz, Sie haben das Thema Milch angesprochen. Dieses Thema wird von vielen Gruppen behandelt. Ich habe aber noch kein einziges Mal erlebt, dass ein Rezept gefunden worden wäre. Ich habe vom politischen Gegner gehört, das müsse man mit Geld ausgleichen. Aber ein Cent auf den Milchpreis bedeutet 75 Millionen Euro.

Wer maßt es sich an, zu behaupten, wir könnten das mit bayerischem Geld ausgleichen?
- Das ist schlicht und ergreifend Quatsch. Ich bin sogar der Meinung, es ist gefährlich und unverschämt den Landwirten gegenüber, wenn man Hoffnungen weckt, die Bauern auf die Bäume treibt und letztlich doch nichts tun kann. Wir müssen endlich begreifen - und das ist Fakt -, dass wir in der Landwirtschaft nicht mehr bayernweit, bundesweit oder europaweit, sondern weltweit aufgestellt sind. Deswegen haben wir mit diesen Problemen zu kämpfen. Ich bitte also darum, keine falschen Versprechungen zu machen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Eck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Herz?

Gerhard Eck (CSU): Das machen wir später.

Herr Dr. Herz, Sie haben die Ausgleichszulagen angesprochen. Darüber kann man diskutieren, aber ich würde mit diesem Bereich sehr vorsichtig umgehen. Es gibt Mitgliedstaaten und Bundesländer, die sich wie Hyänen auf das Thema stürzen. Wenn wir mit einem veränderten Vorschlag nach Brüssel gehen und eine Notifizierung wollen, dann kann es passieren, dass uns die ganze Kiste um die Ohren fliegt und wir unter dem Strich nichts davon haben. Ich bitte, dies zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Noichl, ich habe hier bewusst deutlich gemacht, dass der Kollege Adi Sprinkart von den GRÜNEN für meine Begriffe sachlich diskutiert hat. Sie aber - und das finde ich schade, weil man sich eigentlich auf menschlicher Ebene versteht - haben den Vogel abgeschossen. Sie haben keine würdige Plenardiskussion geführt, sondern Sie haben sich unflätig geäußert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, dass zu seiner Zeit und davor der Haushaltsansatz zurückgegangen sei.

(Maria Noichl (SPD): Das ist auch so!)

- Da mögen Sie recht haben.

(Unruhe)

- Ich bin nicht fertig. Bitte immer erst dann lachen oder klatschen, wenn ich fertig bin.

Sie müssen doch sehen, was sich in dieser Zeit an den landwirtschaftlichen Strukturen verändert hat. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe hatten wir vor der Zeit, und wie viele landwirtschaftliche Betriebe haben wir heute? - Nehmen Sie einen Bleistift und rechnen Sie aus, was für jeden Betrieb und pro Kopf unter dem Strich übrig bleibt. Das müssen Sie einmal ausrechnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Last but not least, liebe Frau Noichl, sehen Sie einmal nach, was in der Zeit, von der Sie sprechen, unter der rot-grünen Regierung in Berlin gekürzt worden ist. Da ist prozentual um das Fünffache gekürzt worden. Schreiben Sie sich das bitte groß hinter die Ohren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kollege Dechant hat das Thema Erbschaftsteuer angesprochen. An Ihrer Stelle würde ich mich gar nicht hierher trauen. Ich würde mich an Ihrer Stelle nicht trauen, mit den Landwirten zu reden.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns gäbe es 30 %, 40% oder 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Zukunft nicht mehr, wenn wir uns bei der Erbschaftsteuer nicht durchgesetzt hätten. Ich darf an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten und unserem Minister sehr herzlich danken, weil sie mit Leidenschaft und Herzblut dafür gekämpft haben, dass wir für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Handwerksbetriebe eine vernünftige Situation im Hinblick auf die Erbschaftsteuer bekommen haben.

Frau Kollegin Noichl, Sie haben weiter das Ernährungskonzept angesprochen. Gerade Sie sagen doch, wir dürfen den Beamtenapparat nicht aufblähen. Wir haben eine Personalkostenquote von 46 %. Wenn wir nichts tun, haben wir aufgrund der demografischen Entwicklung in einigen Jahren eine Personalkostenquote von 48 %, 49% oder 50 %. Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich dafür, dass man die Ernährungsberatung zum Thema macht, aber den Beamtenapparat nicht aufbläht und nur ein paar Schwerpunktämter einrichtet. Dort sollen die Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, auf deren Grundlage man sich die benötigten Leistungen zukaufft.

Ich denke, es ist vollkommen klar, dass dieses Konzept nicht fix und fertig vom Himmel fallen kann. Deshalb haben wir in diesem Jahr den vorliegenden Ansatz im Haushalt. Wenn eine Ausweitung in der Fläche erfolgt, muss man sehen, wie man das steuert, damit man die Menschen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung wirklich erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben den Waldumbau angesprochen. Es handelt sich um ein Thema, das mich wahrscheinlich mehr berührt als Sie. Ich bin seit 1990 Bürgermeister und darf als solcher 700 Hektar Wald bewirtschaften. Ich höre oft das unsägliche Geschwätz, dass wir beim Waldumbau zu langsam sind. Diese Aussage ist schlichtweg falsch. Wir können noch so viele Millionen in die Hand nehmen, um den Waldumbau in dem geforderten Tempo durchzuführen, müssten wir noch nicht abgestorbene, grüne Bäume fällen. Wir sind der Meinung, das ist ein langfristiges Projekt. Man muss hier nachhaltig denken. Wir bauen die Flächen um, die reif für den Umbau sind. In keinem anderen Bundesland ist das so konsequent umgesetzt worden wie in Bayern.

An dieser Stelle herzlichen Dank an den Ministerpräsidenten und unseren Minister. Ich kenne nur wenige Damen und Herren in der Politik, die sich mit so viel Herzblut für Maßnahmen im Rahmen des Klimawandels und insbesondere den Waldumbau eingesetzt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Danke schön, und lesen Sie da bitte einmal nach.

Ein letzter Punkt zum Thema Waldumbau. Es geht um die Umstrukturierung des Staatsapparates. Wir haben die Bewirtschaftung des Waldes auf die Bayerischen Staatsforsten übertragen, um mehr Flexibilität und Handlungsspielräume zu haben. Frau Noichl, das wird oft kritisiert, aber ich will in diesem Zusammenhang hervorheben, dass sich kein anderes Bundesland derart intensiv auf die vorhandenen Herausforderungen eingestellt hat. Ich spreche nur die Situation auf dem Holzmarkt an. Der Staat hat den Einschlag sofort reduziert. Ich spreche das Thema Klimawandel und die feuchten Jahre an. Die Bayerischen Staatsforsten haben ein Bodenschutzprogramm aufgelegt. Bevor Sie nörgeln und kritisieren, sagen Sie mir doch einmal: Wo gibt es so etwas bei einem anderen Staatsbetrieb oder in einem anderen Bundesland?

Last but not least kritisieren Sie die Beförderungsentgelte. Als Bürgermeister schlagen hier zwei Herzen in meiner Brust. Einerseits könnte ich jammern und klagen, weil ich Beförderungsentgelte zahlen muss. Andererseits dürfen wir nicht immer sagen: "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass." Wenn wir Haushalte sanieren wollen, müssen wir anpacken und mit den Menschen ehrlich reden. Immerhin gibt es aber kein Bundesland, das für den Forst so viel Geld einsetzt wie Bayern. Ich bedanke mich dafür bei allen Verantwortlichen sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte noch einige Punkte anzusprechen. Ich denke aber, es ist deutlich geworden, dass wir in Bayern auf dem richtigen Weg sind. Ich bedanke mich ganz herzlich - -

(Zuruf von den GRÜNEN: Noch einmal?)

- Ja, zum Abschluss. Ich kann das machen; Sie können sich in Berlin nicht bedanken; darauf bin ich schon ein bisschen stolz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin stolz darauf, für diese Koalition arbeiten zu dürfen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Endlich mal einer!)

Ich bin auch stolz darauf - ich darf das sagen, und ich traue mich auch, das zu sagen -, dass aus Landesmitteln 60 bis 70 Millionen Euro zusätzlich in den Agrarsektor fließen. In diesem Sinne bitte ich auch die Opposition, sich vielleicht ein wenig zu läutern und unserem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Eck, bitte bleiben Sie am Rednerpult. - Vielen Dank.

Bevor ich das Wort Herrn Dr. Herz für eine Zwischenintervention erteile, bitte ich darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Zurufe von der SPD)

- Das kommentiere ich selbstverständlich nicht.

Herr Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Eck, ich habe zum Milchmarkt durchaus eine Lösung vorgeschlagen, nämlich den europäischen Ansatz. Meine Frage lautet: Wäre es eine Möglichkeit, dass Bayern über Ministerpräsident Horst Seehofer und die Bundeskanzlerin noch einmal aktiv in Brüssel vorstellig wird, um doch noch etwas zu erreichen? Stichwort: Wir sollten doch noch den Versuch unternehmen, die Menge zu verknappen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Eck, bitte.

Gerhard Eck (CSU): Sie wissen selbst, wie oft das versucht worden ist. Sie wissen selbst, dass wir das einzige Bundesland sind, das dafür gekämpft hat. Ich will dem Minister aber nicht vorgreifen. Er war in Brüssel. Ich gehe davon aus, dass er einige Sätze zum Thema sagen kann; wenn nicht, bin ich gern bereit, Ihnen die Frage zu beantworten.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun Herrn Dr. Magerl das Wort. Bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Eck hat zwar gemeint, er sei der Letzte, den die Hunde beißen. Das trifft aber nicht ganz zu. Ich habe noch doppelt so viel Redezeit wie der Minister. Ich möchte hier schon noch einiges sagen.

Zuerst einmal zum Kollegen Dechant. Jetzt haben Sie mit Ihren Aussagen zur Belastung der Umwelt die Maske heruntergelassen. Jetzt wissen wir endgültig, wohin es bei der FDP mit dem Umweltschutz geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass der Kollege Eck hier das Ministerium lobt, wundert mich nicht. Diese Lobhudelei muss ich aus Sicht der GRÜNEN aber zurückweisen. Gerade im Forst gibt es am Bodenschutz noch sehr viel zu kritisieren. Wo stehen wir denn in der Forstpolitik? Die Waldschäden sind in Bayern nach wie vor auf enorm hohem Niveau. Die Notwendigkeit, den Waldumbau von einer Fichtenmonokultur in einen Mischwald voranzutreiben, besteht nach wie vor. Auch der Wildverbiss ist nach wie vor enorm hoch. Auf dem Holzmarkt gehen der Absatz, die Preise und die Einnahmen deutlich zurück. Diese Punkte hätten mit diesem Haushalt abgearbeitet werden müssen. Dafür ist aber aus unserer Sicht leider Gottes zu wenig geschehen. Unsere Anträge dazu sind von der Mehrheit des Hauses bedauerlicherweise abgelehnt worden.

Zur Notwendigkeit des Waldumbaus. Die Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft in Weihenstephan gibt an, dass 260.000 Hektar im Privat- und im Körperschaftswald dem-

nächst umgebaut werden müssten. Sie wollen jährlich 9.000 Hektar schaffen. Dann brauchen Sie aber deutlich über 30 Jahre, um das zu schaffen. Das Geld, das Sie dafür ansetzen, wie ich aus den Kalkulationen der Landesanstalt sehe, ist zu wenig.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Darf ich Sie um ein bisschen mehr Ruhe bitten? Seien Sie bitte so nett.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Es geht um den Forst, Herr Kollege. Ich rede vom Forst und nicht von der Umwelt. Ich rede vom Umbau unserer Fichtenmonokulturen in Mischwälder. Die FDP verwechselt hier wieder etwas. Man merkt es, sie ist noch weit davon entfernt, sattelfest zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der kalkulierte Preis von 3.715 Euro pro Hektar Waldumbau und der eingesetzte Betrag passen nicht zusammen. Dafür wäre im Forsthaushalt eine Erhöhung dringend notwendig gewesen.

Dringend notwendig wäre auch, dass wir im Rahmen der forstlichen Zusammenschlüsse die Waldbauernvereinigung fördern. Ich habe gesagt, dass die Preise eingebrochen sind. Zum Teil finanzieren sich die Leute aus dem Holzverkauf. Sie brauchen Unterstützung. Sie müssen sonst das Personal, das sie eingestellt haben, wieder entlassen. In Anbetracht der Notwendigkeit des Umbaus kann es nicht sein, dass wir nicht fördern.

Zu den Waldschäden im Hochgebirge: Für den Umbau und den Erhalt des Schutzwaldes haben Sie viel zu wenig Geld eingestellt. Auch hier hätten wir eine Erhöhung der Mittel gebraucht. Das, was Sie in Anbetracht der Gewinne aus dem Staatsforst in den Haushalt eingestellt haben, reicht nicht aus. Ihre Ansätze verdienen die Note ungenügend, Herr Staatsminister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die letzte restliche Redezeit der SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Noichl noch einmal gemeldet.

Maria Noichl (SPD): Wo ist denn jetzt Herr Eck hin?

(Alexander König (CSU): Der musste einmal raus!)

Herr Eck hat mich schon herausgefordert. Er sagte, an meiner Stelle würde er sich nicht trauen, hier zu stehen. Deshalb muss ich noch einmal nach vorne gehen, um ihm zu zeigen, dass ich mich sehr wohl traue, hier vorne zu stehen. Das wird auch durch Herrn Eck nicht anders, damit das gleich einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss unbedingt noch zwei Bemerkungen machen. Zum einen geht es um den Staatsforst. Obwohl wir im Beirat darüber gesprochen haben, schafft es der Staatsforst nicht, die Ausschreibungen so klein einzuteilen, dass örtliche Anbieter die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten. Wir vergeben unsere großen Aufträge im Staatsforst fast nur europaweit an große Anbieter aus Tschechien und sonstigen Ländern. Es wird immer von Rezepten gesprochen. Hier könnten auch unsere bayerischen Anbieter, unter denen viele Bauern sind, im Staatsforst mitarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Die Erbschaftsteuer wurde immer wieder angesprochen. Mich wundert es, dass Ihr Herr Sonnleitner - unser Herr Sonnleitner ist es nicht - beim Bauernobmanntreffen Herrn Pro-nold dafür lobt, dass die SPD wunderbar mitgeholfen habe, die Frage der Erbschaftsteuer gut zu regeln. Das wundert mich schon. Ich glaube, da sind Sie schlecht informiert.

(Beifall bei der SPD)

Der wichtige Satz zum Schluss noch: Die SPD lehnt den Einzelplan 08 ab, weil er auf der Stelle tritt, weil er den neuen Herausforderungen nicht gewachsen ist und weil er schlicht und einfach zu wenig Gewicht auf die Landwirtschaft legt.

(Beifall bei der SPD - Ernst Weidenbusch (CSU): Das sagen wir aber weiter!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Auch die Staatsregierung möchte die restliche Redezeit noch in Anspruch nehmen. Herr Staatsminister Brunner.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Staatsregierung hat eine unbegrenzte Redezeit! Der Minister kann nach der Verfassung so lange reden, wie er will!)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist das Recht der Opposition, bei solchen Debatten völlig unrealistische Forderungen zu stellen. Mich würde interessieren, was herauskommt, wenn wir zum Schluss der Beratungen aller Etats zusammenzählen, was die SPD, die Grünen und die Freien Wähler gefordert haben.

(Harald Güller (SPD): Weniger als eine Landesbank! - Thomas Kreuzer (CSU): Pro Jahr, Herr Güller!)

Herr Kollege Sprinkart, es ist richtig, dass der Anteil der Nebenerwerbslandwirte zunimmt. Nehmen Sie bitte aber auch zur Kenntnis, dass wir mit unserem besonderen Bildungsangebot für Landwirte im Nebenerwerb längst reagiert haben. Mit diesem Programm - kurz BiLa genannt - haben wir ein hervorragendes Angebot für Landwirte im Nebenerwerb, welches unsere Landwirte nachhaltig loben, weil sie dort fachgerecht die Landwirtschaft erlernen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Dr. Herz hat vorhin eine Ist-Analyse angestellt. Ich habe aber keine konstruktiven Vorschläge für eine Lösung der Probleme in der Landwirtschaft gehört. Er hat die Milch angesprochen und einen Ausgleich gefordert. Wissen Sie, dass wir eine Milliarde bräuchten, um den Milchpreisverfall gegenüber dem Vorjahr auszugleichen? Er sprach davon, dass die Quote herausgekauft werden soll. Das wäre Nonsens ersten Ranges. Zuerst beschließt Brüssel gegen unseren Willen eine Mengenerweiterung, und dann sollen wir Steuergelder einsetzen, um Mengen herauszukaufen. Ich habe bei der Ag-

rarministerkonferenz kürzlich angeregt, die Quote um 5 % heraufzusetzen. Das würde keinen Cent kosten. Es würde den Markt nachdrücklich entlasten. Wir würden damit ein Marktgleichgewicht herstellen.

Frau Noichl, Ihr Auftritt ist zirkusreif, er passt aber nicht in dieses Hohe Haus.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut, das musste einmal gesagt werden!)

Sie ignorieren schlichtweg Fakten und Zahlen. So etwas kann man im Kindergarten tun, aber bitte nicht hier.

(Beifall bei der CSU)

Sie vergleichen den Haushalt von 1993 mit dem heutigen Haushalt und haben vermutlich vergessen, dass wir damals noch D-Mark hatten und heute den Euro haben.

(Beifall bei der CSU)

Ausgerechnet mit unserem Agrarwirtschaftsgesetz haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir einmalig in Deutschland eine nachhaltige, staatlich unabhängige und objektive Beratung in allen Kernkompetenzen aufrecht erhalten können. Wir werden dafür deutschlandweit beneidet. In unser Verbundkonzept binden wir alle kompetenten Institutionen und Selbsthilfeeinrichtungen mit ein. Sie sprechen davon, dass kein Geld für den Wirtschaftswegebau vorhanden sei. Das stimmt schlichtweg nicht. Rund fünf Millionen sind im Haushalt verankert. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Informieren Sie sich erst, bevor Sie lospoltern.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Sie werfen uns vor, wir hätten Zuckerstückchen für die Bauern parat. Ja, meine Damen und Herren, das ist richtig. Wir haben sogar viele parat. Die Bauern schätzen das wesentlich mehr, weil Sie die Suppe nur regelmäßig versalzen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Sie haben sich vorhin selbst geoutet. Sie wollen in der Bayernliga spielen. Das ist nicht unser Anspruch. Wir wollen in der Champions-League spielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister Brunner, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Sprinkart hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet. Vorher möchte ich den Fraktionen aber fairerweise mitteilen, dass sich durch die Verlängerung der Redezeit von Herrn Staatsminister Brunner auch die Redezeit der Fraktionen verlängert hat, und zwar um zwei Minuten, 28 Sekunden.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sie müssen die Zwischenrufe und den Applaus wegrechnen, Frau Präsidentin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Minister Brunner, zu Ihren Aussagen zum BiLa: Wollen Sie im Ernst behaupten, dass die BiLa-Kurse, bei denen allein die körperliche Anwesenheit zählt, und die viele Bauern, wenn auch nicht alle, nur deshalb machen, damit sie anschließend Anspruch auf Investitionsförderung bekommen, eine landwirtschaftlich fundierte Grundausbildung darstellt? Wenn das so stimmen würde, dann frage ich mich, was stellt dann die Gehilfenprüfung dar?

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Kollege Sprinkart, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, derzeit bewirtschaften rund 40 % der Landwirte ihren Betrieb im Nebenerwerb. Wir müssen respektieren, dass viele gezwungen sind, einen Beruf außerhalb der Landwirtschaft zu erlernen. Dennoch wollen wir mit unseren flexiblen Angeboten eine fachlich ausreichende Ausbildung anbieten. Ich beschränke das nicht auf die sogenannten BiLa-Kurse. Wir haben fortwährend Qualifizierungsangebote im Winter. Da bieten beispielsweise unsere Selbsthilfeeinrichtungen fachliche Vorträge

an. Die Betroffenen, die unsere Angebote nutzen, sind sehr wohl in der Lage, fach- und sachgerecht Landwirtschaft zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um Konzentration. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/716 mit 16/725, 16/784 mit 16/793, 16/820 mit 16/827, 16/841 und 16/842 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/950 zugrunde.

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/950 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wie ich schon angekündigt habe, soll die Abstimmung in namentlicher Form erfolgen. Die Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 08 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind, wie gewohnt, die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales aufgestellt und auch hier vorne auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie wissen, wir haben dafür fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.23 bis 17.28 Uhr)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das namentliche Abstimmungsverfahren neigt sich dem Ende zu. Ich bitte Sie, sich langsam wieder auf Ihre Plätze zu begeben. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Die Stimmauszählung findet, wie immer, außerhalb des Plenarsaals statt. Wir fahren bis zur Auszählung mit Tagesordnungspunkt 19 fort.

(Unruhe an der Regierungsbank)

Darf ich Sie bitten, zur Ruhe zu finden? - Ich verstehe sehr gut, dass wir alle lieber wo anders wären. Es nützt aber nichts.

(Anhaltende Unruhe an der Regierungsbank)

Würden Sie sich bitte alle wieder auf Ihre Plätze begeben? Gut, dann rufe ich den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

(Anhaltende Unruhe an der Regierungsbank)

Es hat bestimmt niemand etwas dagegen, wenn sich die Rednerinnen und Redner nach draußen begeben und sich dort unterhalten. Bitte, seien Sie doch so freundlich.

(Anhaltende Unruhe)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

(siehe Anlage 6)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/950 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/841 und 16/842 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Drucksache 16/950)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver			
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	97	67	0

Zu Tagesordnungspunkt 18**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:**

- | | |
|---|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
(Drs. 16/716)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 72 - 74)
(Drs. 16/717)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Alm- und Alpenwegen
(Kap. 08 03 TG 87 und Kap. 08 04 TG 70 - 71)
(Drs. 16/718)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
(Drs. 16/719)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
(Drs. 16/720)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;</p> | <p>hier: Erhöhung der Zuschüsse für Maßnahmen im Körperschaftswald
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)
(Drs. 16/721)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die Privatwaldförderung
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
(Drs. 16/722)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung
(Kap. 08 20 Tit. 533 51)
(Drs. 16/723)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Wiederaufbau der Ernährungsberatung
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
(Drs. 16/724)</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 40 und Kap. 08 42 Tit. 422 01)
(Drs. 16/725)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Stellen für Ernährungsberatung
(Kap. 08 02 Stellenplan)
(Drs. 16/784)</p> |
|---|--|

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vermarktung
Förderprogramm „Bayerisches Milch-Marketing“
(Kap. 08 03 TG 67-69)
(Drs. 16/785)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vermarktung
Sonderprogramm „Regionale Vermarktung“
(Kap. 08 03 TG 67-69)
(Drs. 16/786)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Sonderförderprogramm für benachteiligte Betriebe im Milch- und Grünlandbereich
(Kap. 08 03 Tit. 683 74)
(Drs. 16/787)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Förderung des allgemeinen Wirtschaftswegebbaus
(Kap. 08 03 TG 87)
(Drs. 16/788)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Erhöhung der Mittel für den Erwerb von Geräten, Ausstattung und Ausrüstungsgegenständen bei der Forstverwaltung
(Kap. 08 05 Tit. 812 01)
(Drs. 16/789)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Erhöhung der Mittel für Forstliche Zusammenschlüsse
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
(Drs. 16/790)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Zuschüsse für Maßnahmen im Körperschaftswald
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)
(Drs. 16/791)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
(Drs. 16/792)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Stellen an den Ämtern für Ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Stellenplan)
(Drs. 16/793)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche Stellen bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
(Drs. 16/820)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
(Drs. 16/821)

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
(Drs. 16/822)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktcompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 683 42)
(Drs. 16/823)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Förderung der gesunden Ernährung
(Kap. 08 03 TG 59)
(Drs. 16/824)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Ausgleichszulagen für Betriebe in benachteiligten Gebieten - Landesmittel -
(Kap. 08 03 Tit. 683 74)
(Drs. 16/825)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen (Förderung für eine wettbewerbsfähige Veredelungswirtschaft)
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
(Drs. 16/826)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse an nichtstaatliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)
(Drs. 16/827)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

**Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/613 und 16/681 mit 16/692)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/641 mit 16/657)

und

Änderungsantrag

der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/674)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/698 mit 16/702)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Rudrof.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung im Dezember 2008 vier Leitlinien seiner Politik formuliert. Die erste dieser Leitlinien lautet: Wir stärken das Fundament für Geborgenheit, Sicherheit und kulturelle Identität für die Menschen in Bayern. Der vor Ihnen liegende Haushalt des Sozialministeriums für die Jahre 2009 und 2010 stellt den konkreten Ausdruck und die rasche Verwirklichung dieser Leitlinie in die praktische Politik dar. Um es in Zahlen auszudrücken, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Der Sozialhaushalt weist einschließlich der Nachschubliste eine Aufstockung von rund 2,22 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf rund 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Von 2009 auf 2010 wird der Sozialhaushalt noch einmal auf rund 2,36 Milliarden Euro steigen. Das bedeutet, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns trotz der zweifellos immer schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen über Steigerungsraten von 3,9 % bzw. 2,5 % jeweils gegenüber dem Vorjahr freuen können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch gleich meinen Dank an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Georg Winter, und natürlich auch an die zuständige Staatsministerin Christine Haderthauer aussprechen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass es uns bereits in den letzten Jahren gelungen ist, das Mittelvolumen des Sozialhaushalts stetig anzuheben. Mit dem jetzt vorliegenden Doppelhaushalt 2009/2010 können wir nun auch, denke ich, wichtige politische Akzente verstärken. Bevor ich auf manche Ansätze näher eingehe, möchte ich noch auf den Bereich Soziales und auf wichtige Maßnahmen des Konjunkturpakets II des Bundes zu sprechen kommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den Jahren 2009 bis 2011 stehen für insgesamt sechs Maßnahmen aus diesem Konjunkturpaket zusätzlich 45 Millionen Euro zur Verfügung. Sie werden insbesondere zur Förderung von Werkstätten für behinderte Men-

schen, von Wohnheimen für Werkstattbeschäftigte, von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sowie von Heimen und heilpädagogischen Tagesstätten eingesetzt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, entsprechend der eingangs zitierten Leitlinie ist der Schwerpunkt des Sozialhaushalts ganz deutlich bei den familienpolitischen Leistungen angesetzt. Hierfür sind in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 insgesamt mehr als 1,8 Millionen Euro veranschlagt.

(Erwin Huber (CSU): 1,8 Milliarden Euro!)

- 1,8 Milliarden Euro, genau, vielen Dank, Herr Huber, lieber Kollege. - Dies entspricht einem Anteil von knapp 40 %.

Dabei liegt uns natürlich eine gute Betreuung unserer Kinder besonders am Herzen. Den weitaus größten Anteil innerhalb dieses Bereichs und auch an der Steigerung des Sozialhaushalts insgesamt weist deshalb, wie schon im letzten Doppelhaushalt, der Bereich der Kindertagesbetreuung aus. Hier liegen die Schwerpunkte beim Ausbau der Betreuungsangebote, bei der Verbesserung des Anstellungsschlüssels von 1 zu 12,5 auf 1 zu 11,5 ab dem Betreuungsjahr 2008/2009 sowie beim verstärkten Einsatz von Sprachberatern und Sprachberaterinnen zur Fortbildung des pädagogischen Personals.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ein, wie ich meine, weiterer wesentlicher Baustein der bayerischen Familienpolitik ist unser Landeserziehungsgeld, das Bayern übrigens als eines von nur noch vier deutschen Ländern gewährt. Wir verfolgen hier aber einen klaren Kurs: Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern auch in der Zukunft beibehalten. Auch darin zeigt sich, meine ich, die große Bedeutung, die wir der Förderung unserer Familien und unserer alleinerziehenden Mütter und Väter beimessen.

Zwei weitere familienpolitische Leistungen möchte ich trotz der gebotenen Kürze nicht unerwähnt lassen, weil sich die CSU für sie besonders eingesetzt hat. Denn durch den Änderungsantrag der CSU/FDP-Koalition können wir den Ansatz für die Familienhilfe erfreulicherweise um eine halbe Million Euro aufstocken. Damit kann die Förderung der

Ehe- und Familienberatungsstellen verstärkt werden. Das war uns besonders wichtig. Außerdem werden wir die Förderung für weitere Mütter- und Familienzentren um knapp 200.000 Euro erhöhen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, um junge Menschen gezielt zu fördern und ihnen so die Chance zu eröffnen, später im Erwachsenenalter selbstständig, eigenverantwortlich und unabhängig von staatlichen Leistungen ihr Leben gestalten zu können, bauen wir ganz bewusst die Jugendsozialarbeit an unseren Schulen massiv aus. Wir leisten dadurch, meine ich, einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden, zur Vermeidung von Jugendkriminalität und von jeder Form von Extremismus und Radikalismus. Die Devise lautet: Prävention vor Reparatur.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit einer Mittelerhöhung von rund 1,5 Millionen Euro im Jahr 2009 und von rund 2,2 Millionen Euro im Jahr 2010 können bereits ab dem Schuljahr 2009/2010 - und damit drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen - insgesamt 350 Stellen an 489 Schulen in die staatliche Förderung aufgenommen werden.

Dazu muss ich auch noch einmal ergänzen. Allein aufgrund des Änderungsantrages von CSU und FDP in Höhe von 1,2 Millionen Euro zusätzlich zu den bereitgestellten Mitteln wird es möglich sein, summa summarum 350 plus 44, also insgesamt 394 Stellen auszubauen,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

den derzeit noch bestehenden Antragsstau abzubauen und den erforderlichen Förderungsbedarf sicherzustellen. Ich denke, wir haben allen Grund, uns darüber zu freuen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unser gesellschaftliches Leitbild ist die Partnerschaft der Generationen. Ich weiß, dass sich dem viele

anschließen können; denn wir spüren alle, dass wir in diesem unserem Land nicht noch mehr Gegen- und Nebeneinander, sondern ein verstärktes Miteinander brauchen. Deshalb freue ich mich sehr, dass mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von jährlich knapp 1 Million Euro gerade das Ehrenamt und die Selbsthilfe im Pflegebereich gefördert werden können. Damit unterstreichen wir, dass uns die permanente Verbesserung der Pflege unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger besonders am Herzen liegt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch einmal sagen: Pflege und Innovation sind unserer festen Überzeugung nach Begriffe, die in der Zukunft zum Wohle unserer Senioren vielleicht noch enger zusammengeführt werden müssen. Es geht zum Beispiel um die weitere Erprobung und um den Ausbau innovativer Wohn- und Pflegeformen im ambulanten Bereich. Es geht letztlich, unterm Strich betrachtet, um die Verbesserung der Lebensqualität unserer Mitmenschen.

Mir ist es ein großes Anliegen, an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an die Abertausende von ehrenamtlich Tätigen im Sozialbereich zu sagen, ohne die viele soziale Leistungen wohl nicht erbracht werden könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU sowie der Abgeordneten Christa Steiger (SPD) und Tobias Thalhammer (FDP))

Mein herzlicher Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bayerischen Sozialministeriums für ihr Engagement und ihre Arbeit für die Menschen unter uns, die nicht so sehr auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend hervorheben, dass der bayerische Sozialhaushalt 2009/2010 erfreulicherweise Steigerungsraten von 3,9 % bzw. 2,5 % jeweils gegenüber dem Vorjahr enthält. Das spiegelt die großen Anstrengungen wider, die der Landtag unternimmt, damit wir auch in Zukunft einen leistungsfähigen Sozialstaat haben, auf den sich die Menschen in unserem Land verlassen können. Warum? Weil wir stets im Auge behalten haben und auch in Zukunft mehr denn je im Auge behalten müssen: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern steht auch im Sozialbereich besser da als alle anderen deutschen Länder - machen Sie konkrete Vergleiche. Diesen Vorsprung wollen wir in der Zukunft halten, auch wenn die Dinge im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sicherlich nicht leichter werden. Umso wichtiger ist es, dass wir die Fragen rund um die soziale Gerechtigkeit, rund um die soziale Marktwirtschaft mehr denn je im Blick behalten.

(Allgemeine Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Unsere Sozialpolitiker, allen voran unser Vorsitzender im zuständigen Ausschuss, Joachim Unterländer, werden dies mit Leben erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Staatsministers Joachim Herrmann)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Rudrof. Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Steiger das Wort erteilen.

Christa Steiger (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rückblick auf die vorige Diskussion zum Landwirtschaftshaushalt möchte ich Folgendes anfügen: Herr Eck von der CSU hat gesagt, er sei dankbar, für die Staatsregierung und seine Partei arbeiten zu dürfen. Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir alle in diesem Haus arbeiten für die Menschen in diesem Land,

(Beifall bei der SPD)

und zwar ohne Ansehen einer Parteizugehörigkeit und ohne Ansehen der Person. Das möchte ich dem Sozialhaushalt voranstellen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern in der Haushaltsdebatte viel über Zukunft, Aufbruch, sogar visionär anmutende Themen gesprochen. Im Lichte des heutigen Tages

stellt sich die Frage nach der Zukunft des sozialen Bayern im Hinblick auf den Sozialhaushalt. Hier muss man einfach konstatieren:

Erstens: Die Wunden des Kürzungshaushalts 2004 sind noch nicht verheilt, auch nicht mit der Nachschubliste und auch nicht mit dem Geld, das Sie aus dem Konjunkturpaket nehmen und für Versäumnisse im Bereich des Landesplanes für Menschen mit Behinderungen hineinstecken. Sie müssen den Haushalt 2009 und 2010 mit dem von 2004 vergleichen und nicht mit dem Jahr zuvor.

Zweitens: Die Vorgaben des Koalitionsvertrages werden nicht erfüllt, Stichwort beitragsfreies Kindergartenjahr.

Drittens. Vor dem Hintergrund des Sozialberichts und der demografischen und der wirtschaftlichen Entwicklung müsste ein Sozialhaushalt zukunftsweisender ausschauen. Dabei stelle ich fest - und will das auch nicht verschweigen -, dass Sie einigen unserer Forderungen langsam nachgekommen sind so nach dem Motto: Kaum vergehen zwei Doppelhaushalte oder vier Jahre, schon tun wir was, zum Beispiel bei der Insolvenzberatung, zum Beispiel bei den Betreuungsvereinen, zum Beispiel bei der Familienberatung.

Der jetzige Anstieg des Doppelhaushalts 2009/2010 gleicht aber bei Weitem nicht einmal das aus, was gekürzt wurde und was an Strukturen aufgrund der Kürzungen weggebrochen ist. Jetzt verwenden Sie verstärkt Mittel aus dem Konjunkturpaket II - ich habe es angesprochen - für dringende Maßnahmen der Sanierung und des Baus von Behinderteneinrichtungen und Heimen.

Wo fehlt es unserer Meinung nach im Sozialhaushalt an einer zukunftsorientierten, innovativen Landespolitik eines sozialen Bayern? Lassen Sie mich ein paar Punkte ansprechen.

Erstens: die Kinderbetreuung, der Ausbau für Kinder unter drei Jahren. Hier nehmen Sie gern das Geld vom Bund, reichen es durch, verkaufen immer wieder die 100 Millionen

Euro Landesgeld, von denen bisher noch kein einziger Cent ausgegeben wurde. Ich zitiere aus den Zeitungen vom Januar dieses Jahres: "Der Herr Ministerpräsident will einen schnelleren Ausbau für unter Dreijährige" - wunderbar, hier haben wir nämlich ein gewaltiges Defizit -, "und das soll schon innerhalb der nächsten zwei Jahre geschafft werden." Da müssen Sie sich aber sputen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Georg Schmid (CSU): Schaffen wir!)

Wir wollen den beitragsfreien Kindergarten, angefangen mit dem ersten Jahr - oder mit dem letzten Jahr, darüber kann man diskutieren. Das steht bei Ihnen im Koalitionsvertrag. Wir haben auch einen Gegenvorschlag zur Finanzierung gemacht. Das Landeserziehungsgeld wurde 2004 zum Steinbruch gemacht. Mit den Mitteln des Landeserziehungsgeldes kann niemand ein Kind aufziehen. Mit einem beitragsfreien Kindergarten ist allen gedient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es kann nicht angehen, Frau Ministerin Haderthauer, dass Sie jetzt plötzlich Qualität gegen Kostenfreiheit stellen und das als Luxusproblem abtun. Nach Ihrer Aussage bezahlt für bedürftige Familien sowieso die Jugendhilfe. Das sind die Kommunen. Sie verlagern wieder einmal auf andere. Aber es gibt genügend Familien, die gerade an der Grenze sind, wo es nicht finanziert wird. Um die müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für uns heißt das nicht "Entweder - oder", sondern "Sowohl - als auch". Zum Koalitionsvertrag muss man nach Ihren Aussagen konstatieren: Versprochen - gebrochen, nicht: versprochen - gehalten, wie Sie es gestern bei verschiedenen Themen ausgedrückt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frühkindliche Bildung und die Unterstützung von Familien sind staatliche Aufgaben.

Zweitens: Weiter geht es mit dem kostenfreien Mittagessen. Wir wollen es für alle Kinder. Es gehört zur ganzheitlichen Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindergarten und Schule. Der erste Schritt ist getan. Dagegen haben wir in keiner Weise etwas.

(Georg Schmid (CSU): Hohes Lob der Ministerin!)

Aber der erste Schritt ist nicht ausreichend. Es ist eben nur der erste Schritt. Der Hinweis, der Bund müsse handeln, ist schlichtweg falsch. Das ist eine Sache des Landes, wie in anderen Bundesländern auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dritter Punkt: Jugendsozialarbeit. Der Kollege Rudrof hat sich gerade loben lassen, dass für knapp 5.000 Schulen noch nicht einmal 400 Stellen für Jugendsozialarbeit ausgewiesen sind. Was wir brauchen, ist aber eine flächendeckende Schulsozialarbeit. Das ist der Unterschied. Das ist Aufgabe des Landes. Sie verlagern das schon wieder auf die Kommunen, auf die Sachaufwandsträger.

(Georg Schmid (CSU): Nein! Da sind wir völlig einig mit der kommunalen Familie!)

- Herr Schmid, wir können uns gerne nachher darüber unterhalten. Meine Redezeit gibt das nicht her.

(Georg Schmid (CSU): Das würde sich lohnen!)

Der nächste Punkt ist: Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Sie brauchen eine Perspektive. Der Bericht des Obersten Rechnungshofes hat Ihnen schon vor Jahren ins Stammbuch geschrieben, dass die sogenannten JoA-Klassen überhaupt nicht zielführend sind, dass das den Jugendlichen überhaupt nichts gibt und dass sie abgeschafft werden sollten. Sie haben es bis heute nicht gemacht, haben uns jeden Antrag abgelehnt, jetzt im Haushalt wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie reichen die ESF-Mittel durch. Dabei muss man wissen, wie sie zielführend verwendet werden. Auch hier hat der Oberste Rechnungshof den Finger in die Wunde gelegt. Es wird nicht evaluiert, und bei der Neuordnung des SGB II ist Ihre Haltung schlichtweg überhaupt nicht mehr zu verstehen, und das in einer Situation, wo wir nicht wissen, wie sich der Arbeitsmarkt noch entwickelt.

Fünfter Punkt: Menschen mit Behinderung. Der Landesplan ist unterfinanziert. Sie nehmen jetzt Bundesmittel dafür.

Sie stehen hinter der UN-Konvention. Aber wo bleibt dann die zukunftsweisende Umsetzung, die Inklusion? Im BayKiBiG kann sie nicht umgesetzt werden, ebenso wenig in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. Die Offene Behindertenarbeit - OBA - braucht mehr Geld, die Selbsthilfegruppen auch. Sie haben vorhin das Ehrenamt angesprochen. Das Ehrenamt kann wunderbar funktionieren, aber es braucht eine finanzielle Grundlage. Wo ist ein Konzept für Menschen mit Behinderung im Leben, im Alltag?

Der nächste Punkt betrifft Menschen mit Migrationshintergrund. Der Sozialbericht hat es wiederum deutlich gemacht. Ihnen lag der Sozialbericht schon vor, bevor der Haushaltsentwurf hier im Landtag ankam. Nicht umsonst wurde schon letztes Jahr in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass der Sozialbericht im Jahr 2008 vorgelegt wird. Der Sozialbericht macht deutlich, dass für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund deutlich mehr getan werden muss und wahnsinnig viel versäumt worden ist. Sie haben es endlich geschafft, unsere Forderung umzusetzen, einen Integrationsbeauftragten zu benennen. Selbstverständlich unterstützen wir Herrn Neumeyer; denn er braucht alle Unterstützung. Es werden halt die Sünden der vergangenen Jahre deutlich, in denen Sie den Satz wie ein Mantra vor sich hergetragen haben, dass Bayern kein Einwanderungsland sei.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch zum Bereich Pflege, zum Leben im Alter: Wir haben aktive und weniger aktive Menschen. Wir haben Menschen, die in den unterschiedlichsten Eingruppierungen pfe-

gebedürftig sind. 1997 waren 19 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt. 2030 werden es 35 % sein. 1964 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 420 über Hundertjährige, jetzt sind es über 12.000. Die Anzahl der an Demenz Erkrankten wird bis zum Jahr 2030 um 30 % zunehmen. Die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe sind die Menschen, die über neunzig Jahre alt sind. Was bieten wir ihnen und ihren Familien an Wohnformen, an ambulanter und stationärer Betreuung? Sie haben die Förderung der stationären Einrichtungen gestrichen. Beim Lesen des Zitats von Frau Haderthauer im Protokoll des Haushaltsausschusses habe ich zuerst gedacht, ich hätte mich verlesen. Hierin steht:

Gerade derzeit sei die ältere Generation recht vermögend und nicht unbedingt darauf angewiesen, dass der Staat die Altenheime subventioniere. Sozial Schwächere bekämen ihren Aufenthalt in Seniorenheimen ohnehin vom Steuerzahler finanziert. Derzeit bestehe also kein Grund, dass der Freistaat Bayern die Träger von stationären Seniorenheimen subventioniere. Das wäre auch eine Doppelförderung.

Zynischer kann man es vor dem Hintergrund, dass das Durchschnittseinkommen der Rentnerinnen in Bayern keine 500 Euro und das der Rentner keine 1.000 Euro beträgt, nicht sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nächster Punkt: Ausbildung der Pflegekräfte. Wir steuern auf einen massiven Mangel an Pflegekräften zu. Der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt - und nicht nur er, sondern die gesamten Wohlfahrtsverbände - hat das sehr oft angemahnt. Sie verweigern über Jahre hinweg eine Ausbildungsumlage.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile - man höre und staune - gibt es hierzu Stimmen aus der CSU, etwa die vom Kollegen Kobler; CSA-Vorsitzender soll er sein.

(Georg Schmid (CSU): Ein guter Mann!)

- Ja, ein guter Mann. Herr Schmid, wissen Sie, was er gesagt hat? "Wir bräuchten für Pflegekräfte eine Ausbildungsumlage." Herr Schmid, das ist ein guter Mann. Jawohl, ich stimme Ihnen zu.

Die Einkommensverteilung wird immer schief. Das Vermögenseinkommen im Lande Bayern steigt. Das Einkommen aus nichtselbstständiger und selbstständiger Arbeit sinkt. Der Anteil an Niedriglöhnen nimmt massiv zu. 17,1 % der Niedriglohn-Empfänger sind vollbeschäftigt. Deren Anteil in Bayern ist im Durchschnitt stärker gestiegen als in der Bundesrepublik. Der Aufstocker-Anteil aller SGB II-Bezieher liegt in Bayern über dem Durchschnitt der Bundesrepublik; zwar wenig, aber er liegt darüber. Das sind bedenkliche Signale, denen wir entgegensteuern müssen.

Es kann nicht sein, dass die Sozialministerin im Sozialbericht sagt, die Ausweitung des Niedriglohnbereichs sei durchaus zu begrüßen, soweit sie auf zusätzliche Arbeitsplätze zurückgehe und zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führe. Das ist im Niedriglohnbereich nicht der Fall. Wir wollen, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können, und zwar auskömmlich.

(Beifall bei der SPD)

Dem und nicht nur dem wird dieser Haushalt nicht gerecht. Sie haben alle unsere Anträge und Initiativen wider besseres Wissens abgelehnt. Der Einzelplan 10, der Sozialhaushalt, ist von unserer Seite aus so zu bewerten: Gewogen und für zu leicht befunden. Einige Ansätze sind da. Aber das genügt bei Weitem nicht für eine zukunftsweisende Sozialpolitik, dafür, diese in diesem Lande so zu gestalten, wie es notwendig wäre, um den Menschen gerecht zu werden. Es gibt zu wenig Vorsorge und zu wenig Prävention, die notwendig wäre, weil das Geld, das vorausschauend in eine Sozialpolitik fließt, später ein Vielfaches an Reparaturen erspart.

Wir lehnen diesen Haushaltsentwurf ab. Das wird Sie nicht überraschen. Aber ich möchte zum Schluss die VdK-Präsidentin zitieren - das sollten Sie sich für die zukünftigen Haushalte im Sozialbereich merken -: "Sozialpolitik ist nicht das Sahnehäubchen auf

dem Cappuccino, sondern die Grundlage für eine humane Gesellschaft." Das ist mit diesem Sozialhaushalt nicht der Fall.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Als nächsten Redner darf ich das Wort Herrn Kollegen Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer erteilen.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, hoch verehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Frau Staatsministerin Haderthauer, ich freue mich, dass Sie so lange durchgehalten haben; denn ich möchte mich hier kurz vorstellen. Sie waren ja bisher noch nie eine Minute im Sozialausschuss. Sie kennen mich gar nicht. Deswegen freue ich mich, dass wir uns auf diese Art und Weise einmal kennenlernen. Vielen Dank, dass Sie hier sind.

(Beifall bei den Freien Wählern - Allgemeine Heiterkeit)

Wenn ich an die Überlegungen in der gestrigen Debatte denke, muss ich feststellen: Der Doppelhaushalt 2009/2010 ist für die Sozialpolitiker schlichtweg ein Desaster. Anders kann man es leider nicht nennen. Milliarden werden für den sozialen Reparaturbetrieb ausgegeben, aber für die Nachhaltigkeit wird viel zu wenig ausgegeben, zum Beispiel für die von uns vorgeschlagene Prävention und die vorbeugenden Maßnahmen, das ist schon alles gesagt worden. Das heißt, die Gewichte sind falsch verteilt worden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Unser Auftrag im Landtag ist es, eine nachhaltige Sozialpolitik zu gestalten, und zwar vernünftigerweise durch die Betonung dieser drei zentralen Probleme; denn wir verhindern dadurch Milliarden an Folgekosten, zum Beispiel in der Forensik.

Lassen wir die Redebeiträge von gestern kurz Revue passieren: Leider ist Herr Schmid, der verehrte Fraktionsvorsitzende der CSU, nicht da. Ich hätte ihm gerne zu diesem Thema noch einiges gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

- Ich habe ihn vertreten. Sie haben wohl gar nicht mitbekommen, dass ich vorne gesessen bin und die Debatte sehr aufmerksam verfolgt habe. Er hat mich gebeten, das zu machen, und das habe ich natürlich getan. Ich war sehr nahe dran. Ich war über die Lautstärke, über die Aggressivität und über den Hass erschrocken. Aber gut, lassen wir das, es war auch viel Sachliches dabei.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Kollegen Barfuß herzlich danken; denn er ist eigentlich für mich das Vorbild in einer politischen Auseinandersetzung, so wie er das gestern gemacht hat. Genauso stelle ich mir unsere Auseinandersetzung vor, ohne hier mit einem groben Keil auf irgendwelche Dinge einzuhacken. Persönliche Erniedrigungen, das geht nicht. Das ist nicht meine Vorstellung von Politik.

(Beifall bei der SPD - Erwin Huber (CSU): Oberlehrer!)

- Nein, bin ich nicht. Herr Huber, ich bin zum Glück Mediziner. Ich freue mich jeden Tag, wenn ich in meiner Praxis stehe und ich einem Patienten, der mit Schmerzen kommt, helfen kann.

(Zurufe von der CSU)

Das ist das Thema, Herr Huber. Zu Ihnen kommen sehr viele Leute mit seelischen Schmerzen. Sie versprechen etwas, aber helfen können Sie nicht. Helfen und heilen kann nur der Arzt. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn dann die Patienten sagen, Doktor, es geht mir besser, freut mich das, denn das ist mein Lebensziel und nicht, mir hier dumme Bemerkungen anzuhören.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die 800 Millionen Euro waren ein wichtiger Punkt. Sie haben uns vorgeworfen, Herr Schmid, wir wären verrückt, weil wir eine Steigerung von 800 Millionen Euro fordern. Haben Sie den Hintergrund denn nicht erkannt? - 800 Millionen Euro sind diese Zocker-Millionen, die Sie in der Landesbank verzockt haben, und wofür Sie die Zinsen zahlen müssen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist ein weltweites Problem, das wissen Sie doch!)

Exakt diese 800 Millionen Euro haben wir eingestellt, weil sie uns im Sozialbereich fehlen.

(Georg Schmid (CSU): In allen Bereichen, nicht nur im Sozialbereich!)

Deswegen haben wir sie im Haushalt eingestellt. Das ist ein ganz spezielles Zeichen von uns. Wenn man das nicht versteht, biete ich Aufklärung.

(Georg Schmid (CSU): Wir verstehen das schon, keine Sorge!)

Der Haushaltsetat spiegelt die Sozialpolitik der letzten Jahre wider. Man erkennt das zunächst an der Verzögerung des Sozialberichts, der nach elf Jahren endlich veröffentlicht worden ist. Ich bin dankbar, dass er vorliegt. Man muss aber erkennen, dass die Stammdaten, die zentralen Daten dieses Berichtes aus den Jahren 2003 und 2005 stammen. Geben Sie mir Recht, dass zwischen 2005 und 2009 eine Verbesserung der Sozialsituation eingetreten ist? Oder ist das nicht der Fall? Ich bin über den Erkenntnisgewinn schon sehr glücklich. Vor der Wahl haben Sie nämlich gesagt, Bayern sei überall spitze. Sommer - Sonne - Bayern - Spitze. Jetzt sagen Sie: In Bayern stehen wir schon ganz gut da. Für diesen Erkenntnisfortschritt bin ich Ihnen dankbar. Ich gehe diesen Weg gerne mit Ihnen weiter.

Der Doppelhaushalt bietet keine Zukunft, denn er zeigt nicht auf, dass aus Sozialarmut Bildungsarmut folgt. Aus Bildungsarmut folgt Gesundheitsarmut, und aus Gesundheitsarmut folgt - ich muss Ärztepräsident Professor Dr. Hoppe zitieren - letztendlich auch ein soziales Frühversterben. Diese kausale Kette müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das ist für unser Politikverständnis entscheidend. Man kann nicht trennen. Man kann nicht die Grundaussagen diskutieren und zum Haushaltsplan 10 keinen Ton sagen. Das ist erst heute geschehen. Gestern haben Sie gut über innere Sicherheit und viele wichtige Dinge gesprochen. Aber zum Sozialhaushalt, für den ich zuständig bin, wurde weder vom Ministerpräsidenten noch von Ihnen oder Herrn Hacker irgendein Satz gesagt.

(Georg Schmid (CSU): Wir haben doch heute genügend Zeit!)

Warum haben Sie denn gestern über innere Sicherheit und Polizei und alles Mögliche gesprochen?

(Georg Schmid (CSU): Sie haben gestern nicht aufgepasst!)

- Natürlich ist das besprochen worden, wie "versprochen und gehalten", und ich war sehr lange da, Herr Schmid.

(Georg Schmid (CSU): Wir haben gestern nicht über die innere Sicherheit geredet!)

- Ich war sehr lange da, Sie können das auch im Protokoll nachlesen.

Der Sozialbericht enthält wichtige Daten. Kinder von Alleinerziehenden haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Das durchschnittliche Wohlstandsniveau von Alleinerziehenden mit einem Kind beträgt 72 %. So steht es im Sozialbericht. Bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern sind es sogar 62 %. Diese Zahlen müssen uns erschüttern. Das dürfen wir nicht so lassen. Daran müssen wir etwas ändern. Alleinerziehende sind auf Kinderbetreuungsplätze angewiesen. Es gibt schon einige. Hierzu möchte ich ausdrücklich die ehemalige Sozialministerin Stewens loben für das Kinderbildungsgesetz. - Sie ist leider nicht da. Hier wurden Zeichen gesetzt, wie man in der Sozialpolitik einen richtigen Ansatz setzt. Herr Schmid, ich mache nicht alles kaputt, sondern ich nehme zur Kenntnis, was gut gelaufen ist. Ich fordere Sie auf, das auch bei uns zu tun. Auf dieser Seite sitzen auch keine Idioten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die jungen Familien müssen gestärkt werden. Die Qualität der Betreuung in den Kindereinrichtungen muss gestärkt werden. Jetzt besteht ein Personalschlüssel von einer Erzieherin und einer Kinderpflegerin pro Gruppe von meist 23 Kindern. Wir fordern einen Anstellungsschlüssel von 1 zu 7. Selbst der Wissenschaftlich-Technische Beirat der Bayerischen Staatsregierung, nicht wir, hat gefordert, den Anstellungsschlüssel auf 1 zu 8 zu verbessern. Auch ich würde Sie bitten, das umzusetzen und unseren Anträgen zu folgen, um den Sozialhaushalt entsprechend zu erhöhen. Ganztagsbetreuung und Schaffung der gleichen Bildungschancen sind nötig.

Die älteren Menschen - so haben wir vorhin gehört - sind eine wichtige Bevölkerungsgruppe, die immer weiter wächst. Ihr Armutsrisiko - das steht im Sozialbericht, den ich ganz gelesen habe - ist mit 18 % überdurchschnittlich hoch. Auch das sollte uns zu denken geben. Deswegen müssen Sozialpolitiker heute handeln.

Der bauliche Zustand der Heime: Im Jahr 2004 sind die Mittel für die Sanierung dieser Heime massiv gestrichen worden. Ich glaube, Sie erinnern sich daran. Es waren harte Einschnitte, und es war ein falsches Zeichen.

(Erwin Huber (CSU): Wir sind für Subjektivförderung!)

Dieses falsche Zeichen muss ich aufgreifen. Die Lebens- und Wohnqualität und die Lebens- und Wohnstrukturen der älteren Generation müssen verbessert werden.

Zum ehrenamtlichen Engagement: Ich darf mich auch hier an dieser Stelle an alle medizinischen Bereiche, Krankenschwestern, Ärzte, an alle ambulanten Dienste und alle, die Sozialdienst leisten, wenden. Das ist ein Beruf mit menschlicher Zuwendung. Das hat etwas mit Empathie, mit Begeisterung, mit Hingabe und Liebe zu tun. Das ist nicht nur ein monetäres Problem, sondern das ist ein zwischenmenschliches Problem. Deshalb will ich an dieser Stelle den tausend Kräften meinen herzlichen Dank aussprechen

und sie ermuntern, mit uns diesen Weg weiter zu gehen. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Als Arzt liegt mir ein Punkt sehr am Herzen, Frau Haderthauer. Dazu steht im Sozialbericht leider kein einziges Wort. Es geht um die Gesundheitsarmut. Die Gesundheitsarmut in Nordostbayern wurde vom Robert-Koch-Institut wissenschaftlich exakt untersucht. Es wird klar aufgezeigt, dass Menschen in dieser Lebenssituation ein doppelt so hohes Risiko haben zu erkranken, einen Unfall zu erleiden oder von Gewalt betroffen zu sein. Das heißt, diese armen Menschen haben häufig eine höhere Belastung am Arbeitsplatz, ungünstige Ernährungsmöglichkeiten, ungesunde Ernährung und deshalb auch eine schlechtere Gesundheit. Hierauf geht der Sozialbericht mit keinem einzigen Wort ein. Auch in der Diskussion zum Einzelplan 10 habe ich darüber noch nichts gehört. Diese Gesundheitsarmut dürfen wir nicht - das ist unser Ziel - aus den Augen verlieren. Ich fordere ein umfassendes präventives Konzept.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Nachdem wir die Sachdiskussion geführt haben, erlauben Sie mir, auf einen ganz wichtigen Begriff, der in letzter Zeit in der Presse herumgeistert, aufmerksam zu machen, nämlich den "systemrelevanten Betrieb". Herr Huber, ich habe Ihnen zugestimmt im Zusammenhang mit der BayernLB; denn ich sehe die Notwendigkeit. Das andere darf man aber auch nicht lassen. Mit dem Begriff "systemrelevante Betriebe" erklären Sie, dass die Zuschüsse des Staates in Milliardenhöhe notwendig sind. Wo bleibt der öffentliche Dienst? Wo bleibt der Selbständige, wo der Mittelstand? Welches Menschenbild steckt denn hinter diesem Begriff? Das ist eine Diskriminierung ohne Gleichen. Es ist ein Ungleichgewicht eingetreten, das nicht auf die sozialpolitische Zukunft ausgerichtet ist und die Probleme nicht lösen kann. Ich muss die Frage stellen, welche Bedeutung dieser Begriff in der Gesellschaft hat.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte werfen Sie einen Blick auf die Uhr.

(Harald Güller (SPD): Das heißt, dass diese Frage nicht mehr beantwortet wird!)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Ich komme zum Schluss. Der Vorschlag lautet deshalb: Der Begriff "systemrelevante Betriebe" sollte zum Unwort des Jahres vorgeschlagen werden; denn er ist zutiefst diskriminierend und diskriminiert jeden Sozialpolitiker.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in Krisenzeiten gewinnt die Sozialpolitik an Bedeutung. Wenn wir aber Sozialpolitik in Bayern ernst nehmen wollen, brauchen wir einen Paradigmenwechsel der Sozialpolitik. Wir dürfen nicht mehr von kurzfristigen Einsparungen und kurzfristigen Gewinnen aus denken, sondern wir müssen wieder beginnen, vom Menschen aus zu denken,

(Beifall bei den GRÜNEN)

vom Menschen und seinen Fähigkeiten, von seinen Bedürfnissen, aber auch von seinen Potenzialen. Nur dann finden wir den richtigen Ansatz, mit dem Sozialpolitik funktioniert.

Dabei können wir uns auch an einer Rede des noch amtierenden Bundespräsidenten Köhler orientieren, der gesagt hat, die Glaubwürdigkeit der Freiheit ist messbar in unserer Fähigkeit, Chancen zu teilen und in unserer Bereitschaft zur Verantwortung für den Nächsten und für das Wohl des Ganzen.

(Joachim Unterländer (CSU): Und was hätte Frau Schwan gesagt?)

- Frau Schwan hätte es sicherlich noch besser ausgedrückt, aber wir nehmen jetzt einmal erst mit diesem Wort vorlieb, und wenn sich die Sozialpolitik in Bayern daran orientieren würde, wären wir sicherlich ein Stück weiter, Herr Unterländer.

In Bayern jedoch ändert sich trotz gegenteiliger Erkenntnisse und Beteuerungen an der sozialen Politik kaum etwas. Das Schiff der Sozialpolitik hält weiterhin unbeirrt seinen Kurs bei, obwohl bereits seit vielen Seemeilen feststeht, dass es die falsche Richtung ist.

Seit dem Jahre 2004 leidet die Sozialpolitik in Bayern unter Kürzungen, die von der Regierung Stoiber im Sparwahn eingeführt wurden, die Strukturen zerstört hat und die bis jetzt noch ihre Folgen zeitigt.

Gestern hat Ministerpräsident Seehofer gesagt, die Bildung von Anfang an sei von großer Bedeutung. Schauen wir uns das einmal näher an. Wie sieht es mit der frühkindlichen Bildung in Bayern aus? Gerade in puncto Krippenplätze ist Bayern weit abgeschlagen im Ranking der Bundesländer. In Bayern sind Krippenplätze rar und unerschwinglich. Das kommt erschwerend hinzu.

(Georg Schmid (CSU): Die Mieten sind zu teuer!)

Damit wird die von der Staatsregierung und der CSU-Fraktion immer wieder geforderte Wahlfreiheit für die Familien konterkariert. Wofür soll sich denn eine Familie, in der die Eltern nach der Geburt eines Kindes wieder in den Beruf zurückkehren wollen, entscheiden, wenn die Betreuungsplätze fehlen, wenn es keine Möglichkeit gibt, einen Krippenplatz zu bekommen oder wenn dieser Krippenplatz einfach zu teuer ist? Mit einem durchschnittlichen Einkommen kann sich eine Familie kaum einen Krippenplatz leisten. Das müssen wir ändern. Ansonsten gibt es keine Wahlfreiheit und auch keine frühkindliche Bildung für alle Familien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung hat 2004 zum Thema frühkindliche Bildung ein Kinderbildungsspargesetz beschlossen, Herr Ministerpräsident, und bleibt trotz aller Widerstände bis jetzt bei diesem Gesetz, was massive Beeinträchtigungen und Benachteiligungen für die Erzieherinnen, für die Eltern und vor allem auch für die Kinder mit sich bringt.

Ich sage nur: keine adäquate Gegenfinanzierung des Anstellungsschlüssels! Gastkin-
derregelung, starre Buchungszeiten, zu niedriger Basiswert, ungerechte Gewichtungsfaktoren, ein Bildungs- und Erziehungsplan, der nicht umgesetzt werden kann. Tausende von Petentinnen und Petenten laufen Sturm gegen dieses Gesetz - bislang ohne Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sitzen die Probleme auf dem Rücken der Betroffenen aus. Wenn es Ihnen mit der frühkindlichen Bildung wirklich ernst ist, müssen Sie das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen es verbessern, Sie müssen es kompatibel machen mit den Bedürfnissen der Eltern und der Kinder. Ansonsten bleiben Ihre Ankündigungen Makulatur und es wird sich in der frühkindlichen Bildung für Bayern nichts ändern.

Die CSU hat bei der letzten Landtagswahl für dieses ignorante Verhalten einen Denkkzettel bekommen, aber er war offensichtlich immer noch nicht deutlich genug; denn sonst hätte sich zumindest nach der Wahl an diesem Gesetz etwas ändern müssen.

Es hat sich ein Punkt im Anstellungsschlüssel geändert. Herzlichen Glückwunsch! Ich glaube, das wird noch nicht einmal bemerkt; es ist so wenig, dass es den Eltern, den Kindern und den Erzieherinnen nicht weiterhilft, und diese Änderung ist noch nicht einmal sauber gegenfinanziert.

(Joachim Unterländer (CSU): Was?)

Wir wollen eine frühkindliche Bildung für Bayern, die ihren Namen auch verdient und wir wollen dafür gut qualifizierte Erzieherinnen, die auch ein gutes Gehalt für ihre wertvolle Arbeit bekommen, damit sie ihr Wissen und Können unbeschadet von Spargesetzen für die Kinder einsetzen können.

Wir wollen ein Gesetz, in dem das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bezüglich der Einrichtung Vorrang hat. Wir wollen eine frühe Förderung für Kinder und deshalb brauchen wir ein kostenfreies erstes Kindergartenjahr. Das ist Übrigens auch eine Forderung der KEG, der Katholischen Erziehergemeinschaft, und hat seinen Grund. Wir müssen versuchen, die Kinder möglichst früh in die Förderung zu bringen; deshalb erstes kostenfreies Kindergartenjahr und nicht letztes!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen alle: Kinder sind eine Investition in die Zukunft. Für jeden Euro, der in die Bildung investiert wird, kommt der Betrag vierfach zurück. Was hält uns also noch, den Bereich der Kinder und des Kindergartens optimal auszustatten und mit einem fortschrittlichen Gesetz zu unterstützen?

Heute Morgen hat der Kollege Klein von der FDP gesagt, dass viele Kosten im Justizhaushalt für Nachsorge und Strafe nicht notwendig würden, wenn in der frühkindlichen Bildung mehr geschähe. Das ist richtig. Wir müssen das dann aber auch tun. Dann können wir uns auf die Fahnen schreiben, dass wir Prävention vor Reparieren setzen. Das ist der richtige Weg, auf den wir uns machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Wissenschaftlich-Technische Beirat, ein von der Staatsregierung berufenes Gremium, hat ähnliche Forderungen wie wir erhoben. Sein Bericht wird allerdings von Ministerpräsident Seehofer und seinem Kabinett ins Reich der schönen Träumereien verwiesen, anstatt ihn ernst zu nehmen und die Anregungen in die Realität umzusetzen.

Doch es brennt in Bayern noch an anderen Baustellen. So hat sich die Staatsregierung in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur nicht um die Integration von Migranten und Migrantinnen gekümmert, sie hat sogar alles getan, um die Migranten und Migrantinnen zu benachteiligen und ihnen keine Chance zu geben, sich hier zu integrieren.

Fehlende Bildungseinrichtungen und mangelnde Sprachförderung sind hier zu nennen. Und auch jetzt noch gibt es keine Bereitschaft, die Konsequenzen jahrzehntelanger Schlafmützigkeit und Verweigerungshaltung aufzugeben.

Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen zu 16 % ohne Abschluss die Hauptschule. Es gibt immer noch keine nachholende Integration. Hervorragende Integrationsprojekte in Bayern werden von allen gefördert, von der Kommune bis zu Europa, nur nicht vom Freistaat Bayern. Der hält sich bisher sauber raus.

(Zurufe von der CSU)

Es gibt nach wie vor Gemeinschaftsunterkünfte mit Essenspaketen und ohne ausreichende soziale Betreuung.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner?

Renate Ackermann (GRÜNE): Ja, gerne!

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte sehr, Herr Kollege!

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, ich weiß nicht, wie lange Sie schon im Landtag sind, aber vielleicht können Sie sich trotzdem daran erinnern: Sie reden hier von Integration und Sprachförderung. Vor nicht allzu langer Zeit haben Sie hier im Hohen Hause doch unsere Forderung, die deutsche Sprache lernen zu sollen, als Deutschtümelei abgetan. Hören Sie endlich auf, so siebengescheit über Integration zu reden. Sie haben genau diese Integration blockiert. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Renate Ackermann (GRÜNE): Lieber Herr Kollege, wenn Sie fordern, dass die Migranten Deutsch lernen sollen, müssen Sie ihnen auch die Möglichkeit dazu geben und Sie müssen entsprechende Förderprogramme auflegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie aber reden nur und tun nichts. Genau deswegen haben Sie keinen Erfolg.

Unser noch amtierender Bundespräsident hat gesagt: Wir wollen andere in Zukunft nur so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen. Wenn wir das zum Motto unseres Handelns machen wollen, dann haben wir in der Integrationspolitik Bayerns noch einen erheblichen Handlungsbedarf und einen weiten Weg vor uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass der neu bestellte Integrationsbeauftragte frischen Wind hereinbringt und tatsächlich etwas zugunsten der Menschen mit Migrationshintergrund unternimmt. Wir sind gerne zur Zusammenarbeit mit ihm bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen nicht nur von Integration reden, wir müssen sie auch verwirklichen. Wir müssen versuchen, Chancengleichheit auf allen Gebieten herzustellen, auch Chancengleichheit für Frauen und für behinderte Menschen. Wir müssen uns dafür einsetzen, die steigende Armut in diesem Land zu bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Sozialbericht operiert zwar mit veralteten Zahlen und erscheint in einem Intervall von zehn Jahren, sodass nur schwer zu beurteilen ist, wie die Entwicklung dazwischen verlaufen ist. Der Sozialbericht zeigt aber auf, dass es in Bayern ein massives Gefälle zwischen Süd und Nord gibt und dass die Anzahl von Niedriglohnarbeitsplätzen steigt. Das ist für ein reiches Land wie Bayern absolut beschämend.

Wir haben in diesem Land nicht darauf reagiert, dass uns die demografische Entwicklung in Zukunft sehr viele alte Menschen bescheren wird, die würdevoll altern wollen und ein Angebot an differenzierten Wohnplätzen brauchen. Sie wollen nicht in Heimen untergebracht werden, in denen das Personal schlecht ausgebildet und überfordert ist. Da

besteht dringender Handlungsbedarf. Im ambulanten Bereich geht überhaupt nichts voran. Die Pflegekräfte können ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, weil sie völlig überfordert und viel zu schlecht bezahlt sind. Das bringt Familien dazu, Pflegekräfte aus Osteuropa einzustellen, die eine Arbeit übernehmen, die bei uns eigentlich von den Pflegediensten geleistet werden müsste. Familien werden in die Illegalität gedrängt, weil sie für ihre Angehörigen sorgen wollen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihr Zeitzuschlag ist jetzt sehr überschritten.

Renate Ackermann (GRÜNE): Ich bedanke mich sehr dafür, dass ich so lange überziehen durfte. - Ich wollte nur noch sagen: Uns fehlen massiv Altenpflegeschulen. Wir brauchen eine Pflegeumlage. Ich wollte Sie noch dazu auffordern, den Paradigmenwechsel mit zu vollziehen. Die Menschen in Bayern werden es uns danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Klein für die FDP-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wunschliste ist schon ziemlich voll, und deshalb wird es immer schwieriger. - Zunächst wollte ich allen Leistungsträgern danken, die dafür sorgen, dass wir im Sozialwesen so viel bewegen können. Das darf man bei der Behandlung des Einzelplans 10 an dieser Stelle auch einmal erwähnen.

(Beifall bei der FDP)

Man kann eben nur ausgeben, was vorher verdient wurde. Das scheint wohl öfters in Vergessenheit zu geraten. Man muss die Mittel auch für das Richtige verwenden und Kernanliegen in der Sozialpolitik realisieren. In erster Linie müssen wir den wirklich Bedürftigen helfen, nicht den Findigen.

Lassen Sie mich ganz kurz auf einige Schwerpunkte eingehen, die der FDP-Fraktion besonders wichtig sind. Zum einen ist das die sicher nötige Reform des BayKiBiG, des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes. Wir wollen damit die Träger von Bürokratie entlasten. Viele von Ihnen, die kommunalpolitisch tätig sind und mit Freien Trägern sprechen, wissen, dass das notwendig ist. Dazu gehört, dass wir für die Betriebskostenförderung und die Sprachförderung im Jahr 2009 54 Millionen zusätzlich und im Jahr 2010 93 Millionen zusätzlich in den Haushalt einstellen, um diesen Bereich zu unterstützen.

Es bleibt erklärtes Ziel der Regierungskoalition und der beiden Regierungsfractionen, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen. Davon werden wir nicht abrücken. Das steht so im Koalitionsvertrag, und dazu stehen wir nach wie vor.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kinderbetreuung. Wir alle wissen, dass das Landeserziehungsgesetz auch ein politischer Kompromiss ist. Für Leistungen nach dem Landeserziehungsgesetz werden wir 2009 14,6 Millionen und im Jahr 2010 20,7 Millionen Euro mehr bereitstellen. Auch das ist ein Zeichen für die Eltern, die Erziehung zu Hause durchführen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Asylbewerber sagen. Über deren Unterbringung haben wir schon diskutiert. Es ist auch nötig, über Sammelunterkünfte zu diskutieren. Darüber haben wir zum Beispiel in Würzburg eine Diskussion geführt, in der sich auch die Kollegen der CSU geäußert haben.

Wir leisten im Doppelhaushalt 2009/2010 einen zusätzlichen Beitrag für die Unterbringung psychisch kranker und hoch gefährlicher Straftäter. Wir leisten freiwillig einen höheren Beitrag in der Jugendsozialarbeit, den wir im Ausschuss noch weiter erhöht haben. Zu den beschlossenen 1,2 Millionen kommen noch 1,5 Millionen. Wir erhöhen hier also um 2,7 Millionen Euro im Jahr 2009 und um 2,2 Millionen Euro im Jahr 2010. Die Leistungen für die Kinderschutzstelle werden im Jahr 2009 um 1,1 Millionen Euro

und im Jahr 2010 um 4,3 Millionen Euro erhöht. Auch Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren werden mit einer Erhöhung bedacht.

Weshalb erwähne ich die ganzen Erhöhungen? - Ich will damit signalisieren, dass man es trotz aller Kritik auch einmal anerkennen muss, wenn in einem Bereich mehr getan wird. Da wäre eine Erwähnung seitens der Opposition nötig gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Alles in allem bewegen wir uns mit diesem Einzelplan auf einer soliden Basis und tun einen Schritt in die richtige Richtung. Den bisherigen Kurs werden wir auch hier beibehalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Nun darf ich Herrn Kollegen Unterländer für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich mich bei der Sprecherin der GRÜNEN, Frau Kollegin Ackermann, für die Bestätigung bedanken, dass wir eine solide und vorausschauende Sozialpolitik betreiben. Wir halten mit unserem Schiff Kurs, und das ist gut so.

Meine Damen und Herren, der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik ist ganz wesentlich und muss immer wieder angesprochen werden. Erwin Huber hat das heute schon bei der Beratung des Wirtschaftshaushalts getan. Weil ich vorhin gewisse Töne gehört habe, möchte ich auf eines hinweisen: Sozialpolitik ist ein eigenständiger Bereich der Politik, der nicht von Almosen abhängig ist, sondern eine gleichberechtigte Säule in unserem System darstellt und für Stabilität in unserem Land sorgt. Deswegen brauchen wir eine vorausschauende Sozialpolitik,

(Christa Steiger (SPD): Genau!)

und die wird hier im Freistaat Bayern betrieben.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sozialhaushalt bringt mit seinen Investitionen von rund 2,3 Milliarden Euro in diesem Jahr - im nächsten Jahr ist es etwas mehr, Kollege Rudrof hat es angesprochen - der Gemeinschaft einen drei- bis vierfachen Gewinn. Ich spreche deshalb von einem Gewinn, weil wir mit den Investitionen in den Sozialhaushalt gesellschaftliche, soziale, rehabilitative Folgekosten vermeiden helfen. Diese Investitionen müssen wir immer wieder in den Vordergrund rücken. Ich sage in diesem Zusammenhang deutlich: Auch wenn wir den Kontext zur Wirtschaftspolitik herstellen, auch wenn wir den Kontext zur allgemein schwieriger werdenden Situation der öffentlichen Einnahmen herstellen, müssen wir auch aus der Vergangenheit lernen. Der Sozialhaushalt ist kein Abbruchunternehmen. Der Sozialhaushalt braucht eine Perspektive, um in unserer Gesellschaft sozialen Frieden herzustellen. Das müssen wir auch für die Zukunft besonders beachten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

An dieser Stelle darf ich der Frau Staatsministerin und ihrer Vorgängerin, insbesondere aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums dafür danken, dass sie diesen Auftrag in wirklich vorbildlicher und ausgezeichnete Weise wahrnehmen, trotz auch schwieriger Rahmenbedingungen der Personalhaushalte. Das Sozialministerium und seine Verwaltung arbeiten hervorragend und helfen uns, Sozialpolitik vorausschauend zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich diesen Haushalt und die Bestandsaufnahme der Sozialpolitik im Freistaat Bayern kurz in fünf Brennpunkten darstellen.

Brennpunkt eins: Prävention muss vorrangiges sozialpolitisches Handlungsprinzip sein. Das bedeutet, dass gerade die eingeführte bzw. in diesem Haushalt bedeutsame und

vom Ministerpräsidenten zu einem Schwerpunkt erklärte Kostenübernahme des Mittagessens in der schulischen Ganztagsbetreuung für bedürftige Kinder ein wesentlicher Meilenstein ist, um hier Prävention zu betreiben und um Familien auch in dieser Hinsicht eine materielle Perspektive zu bieten. Darauf muss man hinweisen, und darauf können wir auch in diesem Zusammenhang stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich appelliere hier auch an die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen, die Verantwortung in der Kommunalpolitik zum Beispiel in der Landeshauptstadt München oder in Nürnberg tragen, dieses Konzept in ihren Kommunen ganz schnell umzusetzen,

(Zuruf von der SPD: Das ist längst geschehen!)

damit dort, wo Brennpunkte vorhanden sind - und die sind in diesen Kommunen vorhanden -, die Situation verbessert werden kann. Da müssen wir alle an einem Strang ziehen und dürfen uns nicht in der Manier parteipolitischer Heckenschützen gegenseitig behindern.

(Christa Steiger (SPD): Was meinen Sie damit konkret?)

Ich appelliere an Sie alle, die Kostenübernahme für das Mittagessen landesweit in allen Kommunen als Erfolgsmodell umzusetzen, soweit der Bedarf vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU - Christa Steiger (SPD): Das haben andere schon lange!)

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist im Zusammenhang mit der Prävention ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt. Ich komme auf die Kinderbetreuung noch zu sprechen, aber in anderem Zusammenhang. Hier ist für uns entscheidend, dass wir in der Qualität der Kinderbetreuung entsprechende Akzente setzen.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Wir müssen das Ziel, den Anstellungsschlüssel, das Personal-Kind-Verhältnis und damit auch den Basiswert, die Grundlagenfinanzierung, so weiter entwickeln, dass die Qualität in der Kinderbetreuung den entsprechenden Bedürfnissen und den zunehmenden Herausforderungen gerecht werden kann. Das ist für uns eine politische Priorität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Christa Steiger (SPD): Wer hält Sie davon ab?)

Kollege Rudrof hat auf die positive Entwicklung der Jugendsozialarbeit an Schulen schon hingewiesen. Diese Jugendsozialarbeit an Schulen, Kolleginnen und Kollegen, ist ein ausgesprochenes Erfolgsmodell. Ich persönlich sympathisiere mit Überlegungen, die beim Kommunalgipfel vom Präsidenten des Bayerischen Städtetages entwickelt worden sind, was den Bedarf anbelangt. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte, liebe Frau Kollegin Steiger: Sie sprechen von einer flächendeckenden Realisierung der Jugendsozialarbeit. Konkretisieren Sie das bitte in die Richtung: Wir brauchen die Jugendsozialarbeit an Schulen dort, wo der Bedarf ganz konkret vorhanden ist.

(Christa Steiger (SPD): Der Bedarf ist überall vorhanden!)

Der bedarfsgerechte Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine Priorität für uns, und an diesem Ziel werden wir festhalten.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Da brauchen wir keine Belehrung; an jeder Schule, das ist doch planlos!)

Auch die unterstützenden Strukturen der Beratung, gerade im Bereich der Familien, haben ihren Schwerpunkt im Sozialhaushalt. Mit der Nachschubliste, dem Ausbau der Familienberatung und der entsprechenden Verbesserung in der Finanzierung leisten wir hierzu ebenso einen Beitrag wie das Staatsministerium dankenswerterweise beim Ausbau des Präventionskonzeptes und der koordinierten Kinderschutzstellen, das hier Wichtiges geleistet hat.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aufgrund eines Einzelfalles in Augsburg noch kurz feststellen: So wichtig der Datenschutz ist - daran gibt es überhaupt keinen Zweifel -, aber fest steht auch: Wir müssen bei den Fragen des Kinderschutzes den Schutz des einzelnen Kindes, den Schutz und die Förderung der Familien in den Mittelpunkt rücken. Hier dürfen wir keine Abstriche zugunsten anderer Dinge machen. Kinderschutz muss im Mittelpunkt stehen. Ich bitte, das auch bei den Diskussionen über den Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU)

Brennpunkt zwei: Der stringente Ausbau der Familienförderung muss fortgesetzt werden. Wir haben das Landeserziehungsgeld. Ich bin froh, dass sich Anträge der Opposition nicht durchsetzen, wonach das Landeserziehungsgeld zur Gegenfinanzierung für andere Maßnahmen verwendet wird. Wir brauchen es und wir stehen hier für Familien, die mit dem Landeserziehungsgeld planen. Wir brauchen das Landeserziehungsgeld auch in Zukunft und werden es entsprechend weiter entwickeln.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Natürlich steht das kostenfreie Kindergartenjahr in der Koalitionsvereinbarung, und es wird auch realisiert werden.

(Christa Naaß (SPD): Wann?)

Für uns gilt der Grundsatz: Qualität steht im Vordergrund, und deswegen müssen wir zunächst die Verbesserung des Anstellungsschlüssels erreichen.

Meine Damen und Herren, wenn vom Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungs-gesetz die Rede ist, sage ich Ihnen: Hier gibt es einige Stellschrauben, über die wir in den kommenden Monaten diskutieren müssen. Aber die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen ist massiv ausgebaut worden. Wir haben einen massiven Ausbau bei den Mitteln, wir haben eine Steigerung an Mitteln, die ihresgleichen sucht. Deswegen kann man nicht davon sprechen, hier seien Sparmodelle entwickelt worden. Wir haben vielmehr 50- bis

60-prozentige Steigerungsraten in den letzten Jahren beobachtet. Wenn Sie das als Einsparmodelle bezeichnen, sind Sie aber total schief gewickelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Brennpunkt drei: Wir wollen Menschen mit Behinderung stärken und fördern. Mit der Ratifizierung der UN-Konvention im Zusammenhang mit der Inklusion werden wir in Zukunft sicherlich einen Schwerpunkt in der Behindertenpolitik setzen, die weiter geht als die bisherige Integrationsdebatte. Sie führt dazu, dass gemeinsam ein Paradigmenwechsel unterstützt und gefördert wird. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass der Landesbehindertenplan aus unserer Sicht nicht unterfinanziert ist, sondern dass wir den Antragsstau in den letzten Jahren abgebaut haben und dass da entsprechende Finanzierungen mit Schwerpunktsetzungen im Staatshaushalt, gerade durch die Initiativen der Koalitionsfraktionen, vorgenommen worden sind.

(Christa Steiger (SPD): Woher kommt denn der Antragsstau?)

Solche Anstöße sind auch von der Staatsregierung selbst vorgenommen worden, dafür ein herzliches Dankeschön.

Brennpunkt vier: Rahmenbedingungen in der Pflege haben Priorität. Meine Damen und Herren, die Zeit erlaubt es nicht, hier intensiver darauf einzugehen. Aber ich möchte auf zwei Aspekte hinweisen: Wir müssen dem Bedürfnis gerade der Familien und der älteren Menschen auch im Fall der Pflegebedürftigkeit in der vertrauten Wohnumgebung bleiben zu können, soweit wie möglich entgegenkommen. Es gibt jetzt auch alternative Wohn- und Pflegeformen, die wir unterstützen. Die Ausführungsbestimmung zum Wohn- und Pflegequalitätsgesetz muss entsprechend kompatibel gemacht werden. Darüber hinaus müssen wir die Rahmenbedingungen für diejenigen, die in der Pflege arbeiten, verbessern, auch im Sinne einer zukunftsweisenden Personalgewinnung.

Brennpunkt fünf: Die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes nach den Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie eine generelle Armutsprävention muss aktiv begleitet werden. Hier müssen wir die Priorität ganz wesentlich bei der Ausbildungsplatzförderung setzen und den Weg, den wir bisher schon gegangen sind, konsequent fortsetzen.

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. Auch wenn der Einzelplan 10 des Staatshaushalts stark durch gesetzlich fixierte Leistungen gebunden ist, sind die vielfältigen freiwilligen sozialpolitischen Leistungen auch mit den entsprechenden Initiativen von CSU und FDP weiterentwickelt und gestaltet worden, sodass wir die Zukunft mit Kraft angehen können. Wir müssen uns aber auch immer wieder der Aufgabe stellen, Maßnahmen und Konzepte auf ihre Wirksamkeit hin zu hinterfragen, zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Lassen Sie mich abschließend sagen: Dies muss gemeinsam mit den Verbänden des Sozialen Bayerns erfolgen. Nur mit einer Dialogkultur können wir diese Konzepte umsetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Steiger (SPD): Warum haben Sie dann unserem Antrag nicht zugestimmt?)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Prof. Dr. Bauer hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Geschätzter Herr Kollege Unterländer, wir sind uns völlig einig, dass Prophylaxe und Vorbeugung wichtig sind. Können Sie mir dann erklären, warum Sie den Beginn dieser Prophylaxe, nämlich unsere Forderung auf Einstellung von 20 Millionen Euro für die frühkindliche Förderung, abgelehnt haben?

Joachim Unterländer (CSU): Herr Kollege Prof. Dr. Bauer, wir haben für den Ausbau der frühkindlichen Betreuungseinrichtungen ausreichende Mittel zur Verfügung. Wir können aber den Bedarf nicht feststellen. Das müssen die Kommunen tun. Frau Staatsministerin Haderthauer wird das nachher noch näher erläutern. Bei den Einrichtungen der frühkindlichen Förderung gibt es keine Unterfinanzierung oder Finanzierungsdefizite. Deshalb brauchen wir dafür auch keine zusätzlichen 20 Millionen Euro. Bei den Maß-

nahmen der Frühförderung sind die Kostenträger die Krankenkassen und die Bezirke. Auf diese werden wir von politischer Seite einwirken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Haderthauer ums Wort gebeten.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Die Politik spricht derzeit über staatliche milliardenschwere Rettungsschirme und Konjunkturprogramme für die Wirtschaft, um der Krise zu begegnen. Eines muss dabei klar sein. Die Akzeptanz dieser Stützmaßnahmen steht und fällt mit der sozialen Qualität, die unsere Gesellschaft gleichzeitig hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Sozialhaushalt können wir deutlich machen, dass uns diese Balance nicht nur wichtig ist, sondern dass sie Legitimationsgrundlage für alle politischen Maßnahmen - auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik - ist. Welchen Stellenwert hat das Soziale gerade in Krisenzeiten? - Hierzu gehört die Überlegung, dass zur richtigen Balance die Einsicht gehört, dass eine Wirtschaftskrise naturgemäß zur Verknappung unserer Ressourcen führt. Aus diesen Ressourcen bezahlen wir auch den Sozialhaushalt und die sozialen Standards. Die Wirtschaft und das Soziale bedingen sich also gegenseitig. Nur eine gute Wirtschaftslage erlaubt höhere staatliche Ausgaben. Eine schwierige Einnahme-Situation verlangt, dass wir verantwortungsvoll überlegen, wie wir die Mittel, die uns der Steuerzahler in diesen Zeiten zur Verfügung stellen kann, zielgenau einsetzen können.

Mit dem Entwurf dieses Sozialhaushalts zeigen wir, dass wir die Prioritäten richtig setzen; denn trotz strenger Haushaltsdisziplin setzen wir an den richtigen Stellen Schwerpunkte. Ich möchte mich vorab herzlich für die konstruktiven Beratungen im Haushaltsausschuss bedanken. Mein Dank geht an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags,

vor allem aber an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Georg Winter, an den zuständigen Berichterstatter, Herrn Kollegen Heinrich Rudrof, an den stellvertretenden Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses, Herrn Kollegen Joachim Unterländer, und an die Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, Frau Kollegin Brigitte Meyer von der FDP, die heute nicht hier sein kann.

Ich möchte auch meinem Staatssekretär ein herzliches Dankeschön aussprechen; denn politische Überlegungen wie die Aufstellung eines Haushalts treffen wir gemeinsam und entscheiden im Team. Lieber Markus Sackmann, vielen Dank für Deine Unterstützung und dass Du Dich so eingebracht hast.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Haushaltsausschuss und allenthalben werden immer wieder Vergleiche gezogen zwischen dem so genannten Sparhaushalt, dem Nachtragshaushalt 2004, der uns allen Schmerzen bereitet hat, und dem jetzigen Haushalt. Ich möchte für das Sozialministerium deutlich machen, dass wir im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2004 in diesem Haushalt 500 Millionen Euro mehr zur Verfügung haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt höre ich die Abgeordneten von der Opposition sagen: Die kann leicht reden; da sind ja so viele Bundesmittel drin. Ich habe mir deshalb die Bundesmittel herausrechnen lassen. Ohne die Bundesmittel sind es immerhin noch 200 Millionen Euro mehr. Wir haben aber keineswegs weniger Mittel für das Soziale zur Verfügung, was immer wieder versucht wird, den Leuten einzureden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Besonders erfreulich sind die hohen Steigerungen bei den freiwilligen Leistungen. Ich möchte noch etwas zu diesem Nachtragshaushalt sagen: Inzwischen haben wir zeitgerecht neue Prioritäten gesetzt. Wenn Sie Einzelpositionen mit dem Nachtragshaushalt 2004 vergleichen, werden Sie zugegebenermaßen einige Bereiche finden, für die

wir im Jahre 2004 mehr Geld zur Verfügung gestellt haben. Sie werden aber im Doppelhaushalt 2009/2010 neue Haushaltstitel finden, die es damals noch nicht gegeben hat. Auf diese neuen Prioritäten werde ich eingehen.

Aus meiner Sicht sind besonders die hohen Steigerungen bei den freiwilligen Leistungen zu erwähnen. Im Jahr 2009 wird der Betrag dafür gegenüber dem Jahr 2008 um 28 % steigen. Das ist eine zweistellige Steigerung in einem Jahr. Im Jahre 2010 werden dafür gegenüber dem Jahr 2009 noch einmal 5 % zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ich kann nicht in jedem Jahr eine Steigerung um 28 % erreichen.

Von den neuen Prioritäten möchte ich das Mittagessen an Ganztagschulen und an Grundschulen mit Mittagsbetreuung, die koordinierenden Kinderschutzzstellen und die Ausweitung des Landeserziehungsgeldes erwähnen. Ein eindeutiger Schwerpunkt des Sozialhaushalts sind die Familien. Knapp 40 % der Mittel werden dafür ausgegeben. Wer mein Haus kennt und weiß, dass dort viele große Mittelblöcke von vornherein festgelegt sind, kann ermessen, dass es sich hierbei um eine enorme Schwerpunktsetzung handelt. 40 % des Haushalts werden für Kinder und Familien zur Verfügung gestellt.

Die Schaffung von Angeboten für die frühkindliche Bildung und Erziehung ist für mich die große Herausforderung der nächsten Jahre. Deswegen werden die Haushaltsansätze dafür von 617 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 676 Millionen Euro im Jahr 2009 und auf 719 Millionen Euro im Jahr 2010 gesteigert. Ich möchte dazu anmerken: Wir haben vor drei Jahren mit der Schaffung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes einen richtigen Schritt getan und die Verantwortung für die Bedarfsfeststellung auf die Kommunen heruntergezoozt. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip sollen die Kommunen vor Ort ihren Bedarf feststellen; denn Kinderbetreuung fällt in die kommunale Zuständigkeit. Das wird in der öffentlichen Diskussion oft vergessen. Kein Bundesland beteiligt sich so stark an den Kosten der Kinderbetreuung und entlastet die Kommunen in einem so großen Umfang wie Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Steiger (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus an unsere Bürgermeister appellieren: Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren wird der Standortfaktor der Zukunft sein. Wir erleben es: Der Appetit kommt beim Essen. Ich spreche oft mit Bürgermeistern, die mir sagen, dass sie diese Angebote nicht oder nicht in diesem Umfang bräuchten. Dabei spielt die Parteizugehörigkeit dieser Bürgermeister keine Rolle. Aber immer dann, wenn sie Plätze für Kinder unter drei Jahren schaffen, merken sie, diese Plätze sind schneller besetzt, als man jemals gedacht hat. Deswegen fördern wir nicht nur jeden Träger und jede Kommune, sondern wir setzen auf die Bedarfsfeststellung vor Ort, weil sie der beste Dynamo ist. Wir setzen auch auf Betriebskindergärten, weil wir feststellen, dass sich die Schwangerschaftsquote in den Belegschaften mancher Betriebe fast verdoppelt hat in dem Moment, wo es eine Kinderkrippe gab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte kurz auf ein paar gängige Vorurteile eingehen, die auch hier wieder geäußert worden sind. Die Qualität der bayerischen Kinderbetreuungseinrichtungen kann sich nicht nur sehen lassen, sie kann auch bezeugt werden. Denn in ganz Deutschland werden unsere Qualitätskonzepte abgeschrieben. Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan wird von anderen Bundesländern kopiert. Mit unserer Förderung, die erstmals nicht die Träger, nicht die Erzieher, sondern das Kind in den Mittelpunkt gestellt hat, haben wir ebenfalls bundesweit Maßstäbe gesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben dennoch das ständige Bestreben, besser zu werden. Deswegen werde ich in wenigen Wochen mit einer Qualitätsoffensive in das Kabinett gehen, die die Ansätze, die uns bundesweit nach vorn gebracht haben, noch besser vernetzt und weiterentwickelt.

Frau Ackermann, Krippenplätze mögen teilweise noch knapp sein, und zwar dort, wo Bürgermeister ihrer Verantwortung für die Bedarfsfeststellung und die Bedarfsbefriedigung noch nicht nachgekommen sind, aber unerschwinglich sind sie nicht. Sie sind in Bayern nicht teurer als anderswo im Bundesgebiet. Deswegen ist es mir wichtig, fest-

zustellen, dass ein kostenfreies Kindergartenjahr grundsätzlich sicher nichts Verkehrtes ist. Wir sollten aber auch überlegen, wie wir es in der derzeitigen Situation, in der wir den Ausbau schultern wollen, jungen Eltern erklären sollen, dass zwar einige einen kostenfreien Kindergartenplatz erhalten, sie selbst aber leider für ihr Kind keinen Platz bekommen. Ich halte die richtige Reihenfolge für wichtig. Es steht im Übrigen auch so im Koalitionsvertrag. Lesen hilft manchmal ungemein beim Erkenntnisgewinn.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Ackermann?

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Nein, ich habe noch so viel zu sagen.

Im Koalitionsvertrag steht der Satz, dass wir mittelfristig das kostenlose Kindergartenjahr anstreben. Das Wort "mittelfristig" ist kein Fremdwort; das brauche ich Ihnen nicht zu übersetzen.

Wir streben weiter an, den Anstellungsschlüssel, den wir gerade auf 11,5 reduziert haben, noch weiter zu reduzieren. Außerdem wollen wir eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und vor allem bessere Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen. Wir brauchen eine größere Wertschätzung dieses Berufs. Seit ich im Amt bin, appelliere ich an die Tarifvertragsparteien - das tue ich auch von hier aus noch einmal gern -, dass sie bessere Gehälter aushandeln.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

- Frau Steiger, Sie wissen doch selbst, dass ich die Erzieherinnen nicht einstelle. Auf diesem Niveau brauchen wir nicht zu reden. Ich stelle die Erzieherinnen nicht ein, aber ich fördere sie. Ich sage auch, dass ich selbstverständlich den Basiswert anpassen werde, wenn die Gehälter höher werden. Das ist klar, und das ist korrekt. Damit vollziehe ich die Erhöhung nach und gebe auch den Anreiz, höhere Gehälter zu zahlen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte darauf hinweisen, dass nicht nur der Anstellungsschlüssel die Qualität bestimmt, sondern auch das, was in den Kindergärten passiert. Unser Bildungs- und Erziehungsplan, den wir weiterentwickeln, ist bereits erwähnt worden. Daneben muss aber die Fortbildung viel stärker auf den Schwerpunkt der Kinder unter drei Jahren ausgerichtet werden. Das sind neue Herausforderungen; denn ein Kind unter drei Jahren hat andere Bedürfnisse als das klassische Kindergartenkind. Hier hat mein Haus sich bereits entsprechend ausgerichtet und Finanzierungen vorgenommen.

Die Förderung der Sprachkompetenz ist die Herausforderung der Zukunft. Leider geht es dabei nicht mehr nur um Kinder mit Migrationshintergrund, leider sind auch viele Kinder ohne Migrationshintergrund betroffen. Deswegen nehmen wir für drei Jahre 44 Millionen Euro in die Hand, um in einer In-house-Fortbildung die Fachkräfte aller Kinderbetreuungseinrichtungen so zu schulen, dass die Vermittlung von Sprachkompetenz möglich ist.

Ich komme nun zu einem Kernstück unseres Etats, das gesellschaftspolitisch besonders wichtig ist. Es handelt sich um das Landeserziehungsgeld, über das wir uns hier seit Jahren immer wieder streiten. Ich denke, die Zeiten müssen vorbei sein, in denen Politik einseitig Leitbilder für Familien vorgibt. Das heißt, wir brauchen auf der einen Seite Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Ich glaube - ich habe die Beträge vorgelesen -, da nehmen wir genügend Geld in die Hand, und zwar so viel Geld, dass es momentan nicht einmal ganz abgerufen werden kann. Wenn es also klemmt, dann liegt das nicht am Geld, sondern daran, dass die Bedarfsfeststellung eine Zeit lang dauert. Auf der anderen Seite nehmen wir aber auch Geld in die Hand für diejenigen, die das Heil ihres Kindes nicht darin sehen, es mit einem Jahr in eine Kinderbetreuungseinrichtung zu schicken.

(Beifall bei der CSU)

Das muss doch auch erlaubt sein. Die Balance in der Familienpolitik ist uns wichtig. Wir müssen uns auch an die Familien wenden, die ihrer Elternverantwortung in der Weise nachkommen wollen, dass sie ihre Kinder selbst betreuen, und zwar komplett selbst betreuen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist doch sowieso die sinnvollste Zeit im Leben, die man mit seinen eigenen Kindern verbringt. Wenn man sich das heute leistet, dann müssen wir doch Bravo rufen und so etwas nicht bestrafen.

(Georg Schmid (CSU): Bravo!)

Das sehen übrigens Alt und Jung so. Die jungen Väter machen es uns zurzeit mit den Partnermonaten vor, wobei die bayerischen jungen Väter bundesweit an der Spitze stehen.

(Christa Naaß (SPD): Dafür können Sie aber nichts!)

Aber auch die Älteren in unserer Partei sind dafür. Erwin Huber - weil ich ihn gerade sehe - hat bereits 2007 in einer Kolumne der "Abendzeitung" geschrieben, junge Männer sind keine Weicheier, wenn sie sich um ihre kleinen Kinder kümmern.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Hört, hört!)

Weil wir uns - das wurde schon ganz richtig gesagt - nicht immer nur um die Familien kümmern wollen, die knapp über der Grenze der Sozialleistungen liegen, sondern uns auch die Familien am Herzen liegen, die zwar über der Sozialleistungsgrenze, aber in der Mitte liegen und von ihrem Einkommen her nicht viel Spielraum haben, haben wir die Einkommensgrenzen für das Landeserziehungsgeld von 16.500 Euro Nettoeinkommen auf 25.000 Euro Nettoeinkommen angehoben. Das heißt, bis dahin dürfen Paare netto verdienen, um das Landeserziehungsgeld zu erhalten. Das Vorziehen um neun Monate kostet uns für 28.000 junge bayerische Familien 35 Millionen Euro zusätzlich.

Meine Damen und Herren, ich sage Danke dafür; denn das lohnt sich. Das ist Gesellschaftspolitik für Familien und nicht nur ein Verlagern der Kindererziehung auf staatliche Einrichtungen als einziges Leitbild, das auf der linken Seite des Hauses vertreten wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte kurz ein Wort über das Mittagessen verlieren. Es wird immer wieder gesagt, der Freistaat soll die Kosten für das Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen übernehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier hilft ein Blick in das Gesetz weiter. Es gibt nämlich keine Regelungslücke, sondern eine klare Zuständigkeit der Jugendhilfe. Der Freistaat hat sich im Rahmen einer freiwilligen Leistung der Frage des Mittagessens an den Schulen angenommen, weil es hier eine Lücke und einen Zuständigkeitsstreit gab, den ich leidenschaftlich führe, aber nicht auf dem Rücken bedürftiger Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt, wir springen ein, bis Herr Scholz endlich kapiert hat, dass es in seiner Verantwortung liegt, die Kostenübernahme über die Regelsätze für Kinder festzulegen. Wir springen schnell, bürgernah und diskriminierungsfrei ein. Ich danke an dieser Stelle den kommunalen Spitzenverbänden, die in mehreren Gesprächen, die wir dazu geführt haben, eine große Kooperationsbereitschaft gezeigt haben. Deswegen können wir nach Ostern, wenn der Haushalt verabschiedet ist, starten. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei unserem Ministerpräsidenten bedanken, dem gerade dieser Punkt ein besonderes Anliegen gewesen ist.

Ich will noch kurz auf das Thema der Jugendsozialarbeit an Schulen eingehen. Frau Steiger, ich möchte auf das Bundesrecht verweisen. Im SGB VIII ist geregelt, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen in der Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers liegt. Ich warne davor, dass wir Fachpolitiker Äpfel und Birnen miteinander vergleichen. Die Schulsozialarbeit ist etwas anderes. Die zahlt möglicherweise das Kultusministerium.

(Christa Steiger (SPD): Ich habe auch deutlich gemacht, dass das Schulsozialarbeit und nicht Jugendsozialarbeit ist!)

Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist die Verbindung zum Jugendamt. Das ist unstrittig eine kommunale Aufgabe. Das steht so im Gesetz. Deswegen danke ich auch der Fraktion, dass sie sich dieses Themas so annimmt, obwohl es nicht ihre Aufgabe ist und dass wir jetzt früher als vorgesehen eine staatliche Förderung für die Kommunen gewähren können, die diese Stellen einrichten. Weil der Freistaat den Kommunen so hilft, sind wir bundesweit mit einem Netz von Jugendsozialarbeitern an Schulen an der Spitze. Wir werden dieses Programm auch fortschreiben. Ich danke der Fraktion dafür, dass sie mit ihrem Änderungsantrag zusätzliches Geld für die 44 Stellen zur Verfügung gestellt hat, die mit dem alten Programm nicht mehr bewilligt werden konnten.

Ich möchte nur kurz den Schwerpunkt Frauen ansprechen. Worte und Gedanken, die sich verändern müssen, sind hier wichtig. Aber wir haben es bei den Partnermonaten gelernt. Am wirksamsten sind Fakten. Deswegen fördert das Sozialministerium die Unternehmen, die es sich nicht leisten können, ihre Betriebe im Spannungsfeld dieser kleinen effizienten Arbeitsstrukturen familienbewusst und auch ganz stark frauenbewusst zu führen, solange wir noch mehr Frauen als Männer haben, die ihre Kinder erziehen. Das sind vor allem die mittleren und kleinen Unternehmen. Damit können die Anliegen derjenigen, die sich der Familie widmen, auch in kleinen und mittleren Betrieben verwirklicht werden. Das ist gar nicht so einfach. Das ist für viele Arbeitgeber eine Herausforderung. Ich bin jedem dankbar, der sich dieser Herausforderung stellt. Er bekommt von uns kostenlose Beratung und strukturelle Unterstützung. Ein weiterer Punkt sind die Berufsrückkehrerinnen, für die in den letzten Jahren aus dem Arbeitsmarktfonds über 7 Millionen Euro ausgegeben worden sind.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Menschen mit Behinderung eingehen und deutlich machen, dass wir seit 2004 für den Landesbehindertenplan 10 Millionen Euro mehr haben. Auch das kann sich sehen lassen. Natürlich ist die Inklusion für uns ein Auftrag, nachdem die UN-Konvention seit ein paar Tagen auch in Deutschland und in

Bayern gilt. Ich möchte an der Stelle darauf hinweisen, dass wir im Rahmen des Forums Soziales Bayern morgen in meinem Haus zusammen mit der Lebenshilfe eine Fachtagung zum Thema Inklusion veranstalten, um die Aufgaben, die der Politik gestellt worden sind, aufzuarbeiten.

Interessant fand ich am Protokoll aus dem Haushaltsausschuss, dass Sie, Frau Steiger, meine Feststellung befremdet hat, dass nicht jeder, der alt wird, gleichzeitig auch arm wird. Das deckt sich auch mit den Zahlen im Landessozialbericht, den Sie alle offenbar so interessant fanden, dass manche Redner wie Herr Dr. Bauer nicht zum Haushalt, sondern ausschließlich zum Landessozialbericht gesprochen haben. Herr Dr. Bauer, ich wollte Sie nur darüber informieren. Diesen Bericht hatten wir vor einigen Wochen hier im Plenum. Deswegen gehe ich auf diese Beiträge nicht mehr ein. Das können Sie im Plenarprotokoll nachlesen. Bei der Gelegenheit möchte ich nur sagen, dass uns der Rechnungshof verboten hat, die Altenheimförderung fortzusetzen. Nur 2,3 % der Menschen in Bayern, die älter sind als 65 Jahre, beziehen Grundsicherung. Deshalb kann ich davon ausgehen, dass es momentan genügend Menschen aus der älteren Generation gibt, die sich einen Platz im Altersheim leisten können. Dem Steuerzahler kann ich es aber nur schwer vermitteln, dass ich Steuermittel aufwende, um für diejenigen, die über genügend Vermögen und Einkommen verfügen, einen Platz im Altersheim zu subventionieren. Wir müssen zielgenau diejenigen fördern, die auch einen Bedarf haben.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Integration. Nachdem meine Redezeit zu Ende ist, möchte ich nur mehr die wichtigste Integrationsmaßnahme nennen, die neben Sprachkursen, Ausbildungsplatzakquisitionen und so weiter fast nie genannt wird. Es ist im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz der Gewichtungsfaktor 1,3. Welche Diskussionen haben wir darüber geführt? Für Kinder mit Migrationshintergrund wird um ein Drittel mehr bezahlt als für Kinder ohne Migrationshintergrund. Das bedeutet für Kinder mit Migrationshintergrund kleinere Gruppen, mehr Zeit für die Bildungsförderung und mehr Zeit für die Sprachförderung. Der Gewichtungsfaktor 1,3 zeigt deutlich, welchen Platz

wir der Integration ganz am Beginn des Lebens, wenn die Kinder noch klein sind, einräumen,

(Eva Gottstein (FW): Viel zu wenig!)

und wie wir die Integration bis ins Erwachsenenalter hinein weiter begleiten. Ich spreche von unseren Maßnahmen am Ausbildungsmarkt, von unseren Maßnahmen in der Jugendsozialarbeit an Schulen und von unseren Maßnahmen für Eltern mit Migrationshintergrund. Denn die Eltern haben die Schlüsselstellung für die gelingende Integration ihrer Kinder.

Ich bedanke mich bei allen Mitwirkenden. Herr Dr. Bauer, schade dass wir uns nicht kennen gelernt haben. Hätten Sie sich in die Beratungen im Haushaltsausschuss eingebracht, hätten wir uns dort kennen gelernt.

(Christa Steiger (SPD): Da hatten wir zur gleichen Zeit sozialpolitischen Ausschuss!)

Ich habe aber schon oft meine Bereitschaft erklärt, im sozialpolitischen Ausschuss zu einem Thema zu kommen, sofern ich eingeladen werde.

(Beifall bei der CSU - Wortmeldung des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Bauer, Sie waren zwar nicht der erste, aber Kollege Dr. Beyer lässt Ihnen den Vortritt.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Ich habe nur eine kurze Frage. Können Sie mir erklären, wie ich zur gleichen Zeit an zwei Orten sein soll? Es war zur gleichen Zeit Sozialausschuss. Ich kann leider nicht zur gleichen Zeit an zwei Orten sein.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Sehen Sie, das Problem habe ich auch oft. Deswegen war ich vielleicht auch noch nicht im Sozialausschuss. Wir kommen aber schon noch zusammen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Beyer zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur ganz kurz, da Sie sehr sachlich gesprochen haben, Frau Ministerin. Ich glaube, Sie geben mir Recht, dass wir in nächster Zeit eine Diskussion über die Folgen der Ablösung der Objektförderung durch die Subjektförderung führen müssen. Das ist es ja, was Sie tun, wenn Sie die Investitions-Unterförderung einstellen. In den Heimen, zu denen ich etwas sagen kann und die nicht zu den Heimen für die Vermögenden in diesem Land gehören, verzeichnen wir den sprunghaften Anstieg von Heimbewohnern, die auf Hilfe zur Pflege angewiesen sind. Sie erinnern sich, dass wir Mitte der Neunzigerjahre die Pflegeversicherung eingeführt haben, um diese Hilfen auch im Interesse der Kommunen einzudämmen. Wenn Sie diesen Kurs weiter verfolgen, werden wir über die Frage, wo die Grenze liegt und wo wir mit der Förderung wieder anfangen, sicherlich auch sehr ernsthaft und hoffentlich erfolgreich miteinander reden müssen.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): So, wie wir beide schon immer einen sehr konstruktiven Dialog führen, glaube ich, dass wir das sicher sehr gerne machen werden. Ich halte dieses Thema auch für eine Herausforderung der Zukunft. Wir müssen eine Linie halten, das ist auch ordnungspolitisch wichtig. Wir müssen uns entscheiden, in welche Richtung und mit welchen Maßgaben wir vorgehen. Deshalb stehe ich auch gerne für einen Dialog bereit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Ministerin, würden Sie bitte noch hierbleiben? - Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass bei der sprachlichen Integration nach dem BayKiBiG nur Kinder mit zwei ausländischen Elternteilen in den Genuss der Förderung kommen? Kinder mit einem ausländischen Elternteil fallen bereits durch die Maschen und Kinder, die Sprachförderbedarf und Integrationsbedarf haben, auch wenn sie keine ausländischen Eltern haben, bleiben komplett unberück-

sichtig. Ist Ihnen das bekannt? Wie wollen Sie dem entgegenwirken, damit alle Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, auch sprachlich integriert werden können?

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir mit 44 Millionen Euro jede Einrichtung in den nächsten Jahren in Fragen der Sprachkompetenz schulen. Dabei wird den Erzieherinnen nicht gesagt, dass sie nur mit den Kindern intensiv arbeiten dürften, die einen Migrationshintergrund haben. Ich habe gesagt, dass diese Förderung für alle gilt, weil auch Kinder ohne Migrationshintergrund manchmal die gleichen Sprachkompetenzprobleme haben wie Kinder mit Migrationshintergrund. So viel zum Ersten.

Zweitens - -

(Renate Ackermann (GRÜNE): Aber der Gewichtungsfaktor!)

- Ich habe Ihre Frage noch nicht voll beantwortet, deswegen habe ich auch "zweitens" gesagt, Frau Ackermann. Ich möchte darauf hinweisen, dass man bei einem Kind mit einem deutschen Elternteil, der auch in Deutschland lebt, schon davon ausgehen kann, dass im Elternhaus auch deutsch gesprochen wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/613, 16/641 mit 16/657, 16/674, 16/681 mit 16/692 und 16/698 mit 16/702 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/902 zugrunde.

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/902 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Vielen Dank. Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 7)

Außerdem, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Verzeihung. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN enthält sich der Stimme. Dann ist das dennoch so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/902 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/698 mit 16/702 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zurück auf die Abstimmung zum Einzelplan 08. Es wurde eine namentliche Abstimmung durchgeführt. Mit Ja haben 97 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 67. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/950 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/841 und 16/842 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort.

Zu Tagesordnungspunkt 19**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan Bayerisches Landessozialgericht, Sozialgerichte: Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht
(Kap. 10 12 Tit. 422 01)
(Drs. 16/613)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittagessen für alle Kinder
(Kap. 10 03 Tit. 633 03)
(Drs. 16/641)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von hochgradig sehbehinderten Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
(Drs. 16/642)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Projekte für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
(Kap. 10 03 TG 72 Tit. 684 72)
(Drs. 16/643)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Neonazis bekämpfen - Aktive Demokratieförderung leisten
(Kap. 10 03 neue TG)
(Drs. 16/644)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ambulante Psychiatrie stärken
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/645)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausbau von heilpädagogischen Fachdiensten
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
(Drs. 16/646)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Modernisierung für Einrichtungen der Altenhilfe - Energiesanierung
(Kap. 10 07 TG 71 Tit. 894 71)
(Drs. 16/647)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Familienberatung verbessern
(Kap. 10 07 TG 73 Tit. 684 73)
(Drs. 16/648)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Gender Budgeting
(Kap. 10 07 Tit. 526 75)
(Drs. 16/649)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/650)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausbau und Qualität der frühkindlichen Bildung
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80; Kap. 10 07 TG 87 Tit. 883 87; Kap. 10 07 TG 88 - 90 Tit. 633 89)
(Drs. 16/651)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Integrationsbeauftragten Arbeit ermöglichen
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 536 52; Kap. 02 03 neue TG)
(Drs. 16/652)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Integrationsprojekte unterstützen, fördern und initiieren
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 683 52)
(Drs. 16/653)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Bayern vorantreiben
(Kap. 10 50 TG 75 Tit. 536 78; Kap. 02 03 neue TG)
(Drs. 16/654)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Geld statt Essenspakete
(Kap. 10 53 Tit. 514 21)
(Drs. 16/655)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Asylsozialberatung ermöglichen
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
(Drs. 16/656)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und -bewerber
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
(Drs. 16/657)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
(Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/674)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk)
(Kap. 10 05 TG 71)
(Drs. 16/681)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung
(Kap. 10 05 TG 74)
(Drs. 16/682)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landesplan für Menschen mit Behinderung; Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
(Kap. 10 05 TG 78)
(Drs. 16/683)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;

- hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und Psychisch Behinderter; psychologische Prävention
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/684)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
(Drs. 16/685)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landesplan für Altenhilfe; Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
(Kap. 10 07 TG 71)
(Drs. 16/686)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
(Drs. 16/687)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 TG 74)
(Drs. 16/688)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landesmittel für Familien erhalten und Verwendung optimieren
(Kap. 10 07 TG 80)
(Drs. 16/689)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
(Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/690)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Tagespflege
(Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 16/691)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sofortprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut
(Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 16/692)

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/887) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/948) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung -

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/949) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

1. den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen,
2. die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepäsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/210, 16/1010

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010)

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

630–2–17–F

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010)

Art. 1 Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 wird in Einnahmen und Ausgaben auf
41 219 100 600 € für das Haushaltsjahr 2009 und
42 746 762 600 € für das Haushaltsjahr 2010
festgestellt.

Art. 2 Kreditermächtigungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2009 bis zur Höhe von Null €,
2. im Haushaltsjahr 2010 bis zur Höhe von Null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2008 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2009 bis zur Höhe von 300 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2010 bis zur Höhe von 200 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstigerer Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v. H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v. H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3 Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4 Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kapitel 13 03 Titel 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5 Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Art. 50 Abs. 6 der Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), erhält folgende Fassung:

„(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die Wertigkeiten von Leerstellen anzupassen.“

Art. 6 Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und Titel 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), für abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35), sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind Nrn. 2 und 3 der Durchführungsbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan 2009 neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen nicht vor dem 1. Oktober 2009 und die im Haushaltsplan 2010 neu ausgebrachten Stellen nicht vor dem 1. Oktober 2010 besetzt werden; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Einzelfällen Ausnahmen zulassen. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von drei Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden; dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gelten die Stellenwiederbesetzungssperren sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer

Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Art. 49 Abs. 2 Satz 2 BayHO (Art. 4 Sätze 1 und 2 BayBesG) wird nicht angewendet. ⁶Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganz oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.

(4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, dem Kapitel 15 50 sowie in den Kapiteln 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabweisbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden. ⁶Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-) Stellen kostenneutral neu festzusetzen.

(5) ¹Sind im Vollzug des Art. 33 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen. ³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, dem Professorinnenprogramm und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzlich und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und aus Studienbeiträgen bis zu 75 v. H. des Beitragsaufkommens ermächtigt. ²Diese Stellen dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen (im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag) aus Studienbeiträgen finanziert werden können oder von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) Der Besoldungsdurchschnitt gemäß § 2 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und anderer Vorschriften vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 491) und Art. 26 Abs. 2 BayBesG darf im Vollzug bis zu fünf v. H. gegen haushaltsmäßigen Ausgleich im laufenden Haushaltsjahr überschritten werden.

(9) ¹Die im Haushaltsplan 2009 im Rahmen des künftigen Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. September 2009 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ²Die im Haushaltsplan 2010 im Rahmen des künftigen Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. September 2010 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen wer-

den. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 können Stellenhebungen kostenneutral um bis zu vier Monate früher in Anspruch genommen werden. ⁴Die frühere Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(10) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags im Rahmen einer gesonderten Stellenplanüberleitung die Amtsbezeichnungen im Stellenplan auf die besoldungsgesetzlichen Amtsbezeichnungen bzw. Grundamtsbezeichnungen zu reduzieren und die zugehörigen Stellenzahlen zusammenzufassen.

Art. 6a
Sperre frei werdender Stellen bis 1997
(entfallen)

Art. 6b
Sperre frei werdender Stellen ab 2005

(1) ¹In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2013 und je 500 Stellen in den Jahren 2014 bis 2019. ²Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. ³Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. ⁴Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. ⁵In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen. ²Hierbei sind Festlegungen über die Einhaltung der Stellenobergrenzen zu treffen.

(5) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c
Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2009 und 2010 sind jeweils 150 freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2009 bzw. des Jahres 2010 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts auf die Laufbahngruppen zu verteilen. ³Das Staatsministerium der Finanzen weist die Stellen auf Antrag anderen Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen zu. ⁴Es kann die Amtsbezeichnungen und Wertigkeiten bei unveränderter Stellenzahl kostenneutral ändern.

(3) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d**Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen**

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend §§ 27 und 29 Abs. 3 BeamtStG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 91 Abs. 1 bis 4 BayBG (Altersteilzeit) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Dienstbezüge gemäß § 6 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung und den nach § 72a des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung zu zahlenden Bezügen ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle im Eingangsamts der jeweiligen Laufbahn ausgebracht werden. ²In Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte im Sinn des Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, muss, soweit möglich, die Ersatzstelle zunächst während der regelmäßigen Dauer des Vorbereitungsdienstes von einem Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst besetzt werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf die Hälfte des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung. ⁶Weicht auf Grund von Rundungen die der Gewährung von Altersteilzeit tatsächlich zugrunde gelegte hälftige durchschnittlich geleistete Arbeitszeit in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit von der rechnerischen hälftigen durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit im Sinn des Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG ab, ist der durchschnittliche Stellenbruchteil entsprechend zu korrigieren.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle in der entsprechenden Laufbahngruppe zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003 beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdienstermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) in jedem Fall 1,0. ³In den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) entspricht der durchschnittliche Stellenbruchteil dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdienstermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdienstermäßigung. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁵Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befris-

tet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter im Eingangsamt der jeweiligen Laufbahn beschäftigt werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren. ⁷Eine geplante Inanspruchnahme von Ersatzstellen im Rahmen von Arbeitszeitmodellen ist dem Staatsministerium der Finanzen vor der Genehmigung der Arbeitszeitmodelle anzuzeigen.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

Art. 6e

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Unterrichtspflichtzeit

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten, der entsprechenden Umsetzung auf das richterliche Personal und der Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit der Lehrer sind insgesamt 4 640 frei werdende Stellen für planmäßige Beamte, Richter und andere Stellen für Beamte zu sperren (6e-Sperre). ²In die 6e-Sperre können vergleichbare Stellen für Arbeitnehmer einbezogen werden. ³In die 6e-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6e-Sperre sollen die Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6e-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	5	07	12
03A	1 098	08	150
03B	65	10	61
04	394	12	86
05	2 105	15	24
06	640	Summe	4 640

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Hand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6e-Sperre zu vollziehen. ³Die 6e-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Planstellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6e-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6f

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	1	07	2
03A	166	08	44
03B	26	10	20
04	80	12	66
05	5	15	23
06	67	Summe	500

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Hand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6f-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b, 6c und 6e bleiben unberührt.

Art. 6g Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer

(1) ¹Stellen oder Stellenbruchteile für Arbeitnehmer, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 oder auf Grund eines Haushaltsvermerks Stellenbindung besteht, sind bei einer Nachbesetzung dauerhaft mindestens eine Entgeltgruppe niedriger zu besetzen, wenn

1. der bisherige Stelleninhaber vor dem 1. November 2006 auf Grund tariflicher Bestimmungen wegen Zeitablaufs, Dauer der Berufsausübung oder Bewährung in einer höheren Vergütungs- oder Lohngruppe eingestuft war,
2. der bisherige Stelleninhaber auf Grund haushaltsrechtlicher Bestimmungen auf einer niederwertigeren Stelle verrechnet wurde und
3. der neue Stelleninhaber bei gleicher Tätigkeit eine oder mehrere Entgeltgruppen niedriger eingestuft wird.

²Die niederwertigere Besetzung wirkt ab dem Zeitpunkt der Nachbesetzung auch für die folgenden Nachbesetzungen. ³Die niederwertigere Besetzung nach den Sätzen 1 und 2 soll bei der haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Stellenüberwachung vermerkt werden.

(2) Ausnahmen von Abs. 1 Sätzen 1 und 2 bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(3) Über die endgültige Absenkung der gemäß Abs. 1 Sätze 1 und 2 in einer niedrigeren Entgeltgruppe besetzten Stellen für Arbeitnehmer ist in künftigen Haushaltsplänen zu entscheiden.

Art. 7 Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgaberechte und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2009 und 2010 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8 Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Die in Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972, Art. 8 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1977/1978, Art. 8 Abs. 2, 4 und 6 des Haushaltsgesetzes 1979/1980, Art. 8 Abs. 2 und 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982, § 2 des Nachtragshaushaltsgesetzes 1988, Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994, Art. 8 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes 1995/1996, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 1997/1998, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1999/2000 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000 und Art. 8 Abs. 2 und 5 des Haushaltsgesetzes 2001/2002 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2002, Art. 8 Abs. 5 und 9 Nrn. 1 und 2 des Haushaltsgesetzes 2003/2004 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2004, Art. 8 Abs. 4 bis 6, 8 und 9 des Haushaltsgesetzes 2005/2006 und Art. 2a Abs. 2, Art. 8 Abs. 3, 5, 6, 9, 11, 13 und 14 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 getroffenen Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 5 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zehn Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 50 v. H. zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vorhundertwert.

(3) ¹Die bei Kapitel 13 06 Titel 911 01 und 919 01 gebildeten Rücklagenbestände sowie die Bestände aus Sondervermögen bei den Kapiteln 80 10 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden sowie die Kreditermächtigung nach Art. 2a des Haushaltsgesetzes 2007/2008 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 noch nicht beansprucht werden müssen, können sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften insoweit gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden, als ohne eine Verbilligung der Raumkostenanteil zu höheren als marktüblichen Elternbeiträgen führen würde.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht am staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 472/315 der Gemarkung Schwabing zu ca. 4 672 m² einzuräumen.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Bayerischen Staatsbad Bad Reichenhall Kur-GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain zum Zweck der Erweiterung der RupertusTherme im Staatsbad Bad Reichenhall ein auf die Dauer von 99 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht auf der rd. 833 m² großen Fläche des staatseigenen Grundstücks Flst. Nr. 670/2, Gemarkung Bad Reichenhall, einzuräumen.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. ein unentgeltliches Erbbaurecht von insgesamt bis zu 15 000 m² an den für die Bebauung vorgesehenen Teilgrundstücken der staatseigenen Grundstücke Flst. Nr. 1945/79 der Gemarkung Erlangen mit 108 020 m², Flst. Nr. 1945/81 der Gemarkung Erlangen mit 2 290 m² und Flst. Nr. 1945/80 der Gemarkung Erlangen mit 16 552 m² einzuräumen. ²Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, die für die Forschungsgruppe „Optik, Information und Photonik“ an der Universität Erlangen-Nürnberg beschafften Vermögensgegenstände (geschätzter Wert bis zu 10 Mio. €) auf die Max-Planck-Gesellschaft zu übertragen.

(8) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht am staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 421/3 der Gemarkung Neuhausen zu ca. 6 329 m² einzuräumen.

(9) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht an Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 6105, 6105/1, 6105/2, 6105/3, 6140, 6141, 6145, 6146, 6146/1, 6147, 6148, 6149, 6150, 6151, 6152, 6153, 6154, 6155/2 und 6161 jeweils der Gemarkung München Sektion 4 an der Linprunstraße in München im Ausmaß von insgesamt ca. 2 500 m² einzuräumen.

(10) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, gegenüber der LfA Förderbank Bayern in den Jahren 2009 und 2010 jeweils eine globale Rückbürgschaft in Höhe von jeweils 100 Mio. € für Investitions-, Betriebsmittel- und Rettungsbürgschaften der LfA Förderbank Bayern zugunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen in Bayern zu übernehmen.

(11) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. unentgeltliche Erbbaurechte von insgesamt bis zu 17 000 m² an den für die Bebauung vorgesehenen Teilgrundstücken des staatseigenen Grundstücks Flst. Nr. 6152 der Gemarkung Augsburg mit 195 619 m² für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen einzuräumen.

Art. 9 Änderung des Kostengesetzes

Das Kostengesetz vom 20. Februar 1998 (GVBl S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 951), wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift des Gesetzes wird die Abkürzung „(KG)“ angefügt.
2. Art. 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 - „(2) Von der Kostenfreiheit werden nicht erfasst
 1. das Rechtsbehelfsverfahren, soweit in Abs. 1 oder in anderen Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist,
 2. das Nachprüfungsverfahren nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen sowie
 3. die Entscheidung über die Überlassung von Kopien, beglaubigten Abschriften, Zweitschriften sowie von Ausfertigungen in fremder Sprache, soweit die Entscheidung durch einen Antrag Beteiligter veranlasst ist.“
3. Art. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Die Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme von staatlichen öffentlichen Einrichtungen, die mit einer Amtshandlung in engem Zusammenhang steht, können mit der Amtshandlungsgebühr abgegolten werden.“
 - b) Abs. 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„(5) ¹Sieht ein Bundesgesetz, eine darauf beruhende Rechtsvorschrift oder ein Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaft neben der Erhebung von Kosten (Gebühren und Auslagen) im Sinn des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 auch die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Prüfungen, Untersuchungen oder eine andere Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung des Staates im Sinn des Art. 21 Abs. 1 Satz 1 vor, können diese Gebühren und Auslagen abweichend von Art. 21 Abs. 1 Satz 1 oder von entsprechenden Ermächtigungen nach anderen Rechtsvorschriften im Kostenverzeichnis festgelegt werden. ²Enthält eine Rechtsnorm oder ein Rechtsakt im Sinn des Satzes 1 Vorgaben für die Bemessung von Gebühren und Auslagen, so sind die Gebühren und Auslagen nach Maßgabe dieser Vorschriften festzulegen.

(6) Im Kostenverzeichnis kann auch bestimmt werden, dass Kosten nicht erhoben werden, soweit ihre Erhebung unbillig wäre.“
4. In Art. 21 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 werden die Worte „Art. 5 Abs. 3 und 6“ durch die Worte „Art. 5 Abs. 3, 5 und 6“ ersetzt.

5. Dem Art. 23 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Abweichend von Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 3 können für die Wiederholung staatlicher oder beamtenrechtlicher Prüfungen zur Notenverbesserung Gebühren und Auslagen nach Maßgabe des Art. 21 erhoben werden.“

6. Dem Art. 24 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Der Kurtaxpflichtige ist zur Zahlung eines erhöhten Kurtaxsatzes von fünfzig Euro verpflichtet, wenn er ohne gültige Gastkarte im Kurbezirk angetroffen wird, sofern nicht das Beschaffen der Gastkarte aus Gründen unterblieben ist, die weder der Kurgast noch der Vermieter zu vertreten hat. ²Der erhöhte Kurtaxsatz wird zurückerstattet, wenn der Kurgast nachweist, dass er im Zeitpunkt der Kontrolle Inhaber einer gültigen Gastkarte war. ³Abs. 3 Satz 4 gilt für den erhöhten Kurtaxsatz sinngemäß.“

7. Art. 26 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Satz 1 gilt in den Fällen des Art. 21 Abs. 1 sowie der Art. 22 und 24 Abs. 1 entsprechend.“

b) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Zuständige Verwaltungsbehörde zur Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten ist im Fall des Art. 24 das Landesamt für Finanzen.“

8. Dem Art. 27 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) In Fällen, in denen der Bund von seiner Ermächtigung zum Erlass einer Regelung von Gebühren und Auslagen keinen Gebrauch macht und in denen die Landesregierungen zum Erlass entsprechender Vorschriften ermächtigt sind, gilt Art. 5 entsprechend, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist.“

Art. 10

Änderung des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008

Das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931, BayRS 2032-8-F) wird wie folgt geändert:

1. Anlage 7 wird wie folgt geändert:

a) Das Datum „1. Oktober 2007“ wird durch das Datum „1. Januar 2009“ ersetzt.

b) Bei Besoldungsgruppe A 12 wird Spalte 2 bzw. 3 wie folgt geändert:

aa) Fußnoten „7, 8“ werden durch Fußnote „7“ und der Betrag „136,26“ durch den Betrag „200,00“ ersetzt.

bb) Es wird eine Zeile mit Fußnote „8“ bzw. mit dem Betrag „136,26“ angefügt.

2. Anlage 8 wird aufgehoben.

Art. 11

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), wird wie folgt geändert:

1. Anlage 1 – Bayerische Besoldungsordnungen – wird wie folgt geändert:

a) Besoldungsgruppe A 12 wird wie folgt geändert:

aa) Bei dem Amt „Lehrer⁴⁾, Lehrerin⁴⁾“ werden die Fußnote nach dem Wort „Lehrer“ gestrichen, nach Fußnote „⁴⁾“ die Fußnote „⁸⁾“ angefügt und die Funktionsbezeichnung „– im kommunalen Schulverwaltungsdienst –“ gestrichen.

bb) Fußnote 4 erhält folgende Fassung:

„⁴⁾ Als Eingangsamt.“

cc) Es wird folgende Fußnote 8 angefügt:

„⁸⁾ Als erstes Beförderungsamts. Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.“

- b) Besoldungsgruppe A 13 wird wie folgt geändert:
- aa) Nach dem Amt „Konrektor, Konrektorin“ wird das Amt „Lehrer, Lehrerin¹⁴⁾“ eingefügt.
 - bb) Nach dem Amt „Polizeirealschuloberlehrer²⁾⁸⁾, Polizeirealschuloberlehrerin²⁾⁸⁾“ wird das Amt „Realschullehrer, Realschullehrerin¹⁵⁾¹⁶⁾“ eingefügt.
 - cc) Bei dem Amt „Rektor¹¹⁾, Rektorin¹¹⁾“ wird die Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer staatlichen Schulberatungsstelle, soweit nicht Besoldungsgruppe A 14 oder A 15 –“ gestrichen.
 - dd) Fußnote 11 erhält folgende Fassung:
„¹¹⁾ Erhält als Leiter oder Leiterin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule eine Amtszulage nach Anlage 2.“
 - ee) Es werden folgende Fußnoten 14 bis 16 angefügt:
„¹⁴⁾ Als zweites Beförderungsamtsamt.
„¹⁵⁾ Als Eingangsamtsamt.
„¹⁶⁾ Als Beförderungsamtsamt. Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.“
- c) Besoldungsgruppe A 16 wird wie folgt geändert:
- aa) Bei dem Amt „Institutsdirektor, Institutsdirektorin“ wird nach der Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Direktors der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung¹⁰⁾ –“ die Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer Abteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung¹¹⁾ –“ angefügt.
 - bb) Es wird folgende Fußnote 11 angefügt:
„¹¹⁾ Soweit das Amt des Leiters einer Abteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung aus dienst- oder laufbahnrechtlichen Gründen nicht von einem Oberstudiendirektor oder einer Oberstudiendirektorin wahrgenommen werden kann. Der Funktionsinhaber oder die Funktionsinhaberin muss über die Befähigung für das Lehramt an Realschulen verfügen.“
- d) In Besoldungsgruppe B 2 wird bei dem Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ nach der Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Unterfranken –“ die Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Leiters des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei –“ angefügt.

2. Es wird folgende Anlage 2 angefügt:

„Anlage 2

Bayerische Amtszulagen, Stellenzulagen

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Januar 2009

– in der gesetzlichen Reihenfolge –

Rechtsgrundlage		Euro
Bayerische Besoldungsordnungen		
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 9	1	234,59
	2	38,35
A 10	4	38,35
	6	51,13
A 11	2	51,13
A 12	6	136,26
	8	200,00
A 13	2, 10	163,45
	6	108,97
	11	163,45
	16	200,00
A 14	3, 5, 8, 11, 12, 13, 15, 16	163,45
A 15	1	136,26
	4, 5, 9, 10	163,45
	12	136,26
A 16	1, 1. Spiegelstrich 2. Spiegelstrich	136,26
		108,97
	2	217,90
	5, 7	182,80
A 10 kw	1	46,07
A 13 kw	2	145,91
	3	82,83
A 14 kw	3	190,66
HS 2 kw	3	89,48

Art. 12

Ersetzung von Bundesrecht

Mit den in Art. 11 geänderten und neu geschaffenen Ämtern in der Bayerischen Besoldungsordnung werden folgende Ämter des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ersetzt:

1. In Besoldungsgruppe A 12 das Amt „Lehrer“ mit den Funktionsbezeichnungen „– als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –“ mit der Fußnote 8 und mit der Funktionsbezeichnung „– an allgemeinbildenden Schulen, soweit nicht anderweitig eingereicht –“ mit der Fußnote 1,
2. in der Besoldungsgruppe A 13 das Amt „Hauptlehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –“ und das Amt „Realschullehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –“ mit der Fußnote 10.

Art. 13**Änderung des Bayerischen Sonderzahlungsgesetzes**

Das Gesetz über eine bayerische Sonderzahlung (Bayerisches Sonderzahlungsgesetz – BaySZG) vom 24. März 2004 (GVBl S. 84, BayRS 2032-6-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 972, ber. 2007 S. 66) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 werden die Worte „bis 31. Dezember 2009“ gestrichen.
2. Art. 12 und 13 werden aufgehoben.

Art. 14**Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes**

In Art. 14 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes – Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz – BayLErzGG – vom 9. Juli 2007 (GVBl S. 442, BayRS 2170-3-A) wird das Datum „1. Januar 2009“ durch das Datum „1. April 2008“ ersetzt.

Art. 15**Änderung des Spielbankgesetzes**

Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern (Spielbankgesetz – SpielbG) vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 350, BayRS 2187-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 961), erhält folgende Fassung:

„²Die Spielbankabgabe beträgt bei einem jährlichen Bruttospielertrag

bis 25 Millionen Euro fünfunddreißig v. H.,
über 25 Millionen Euro vierzig v. H.

des Bruttospielertrags der jeweiligen Spielbank.“

Art. 16**Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes**

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2008 (GVBl S. 369), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Worte „Art. 72 Verwaltungskostenbeiträge“ durch die Worte „Art. 72 (aufgehoben)“ ersetzt.
2. Art. 72 wird aufgehoben.

Art. 17**Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

In Art. 47 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 471, ber. S. 855), werden die Worte „66 €“ durch die Worte „75 €“ ersetzt.

Art. 18
**Änderung des Gesetzes über die Übernahme von Staatsbürgschaften und Garantien
des Freistaates Bayern**

Das Gesetz über die Übernahme von Staatsbürgschaften und Garantien des Freistaates Bayern – BÜG – (BayRS 66-1-F), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 937), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.
2. Art. 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ durch die Worte „Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Worte „Landwirtschaft und Forsten“ durch die Worte „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ und die Worte „Landesentwicklung und Umweltfragen“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.
3. In Art. 6 werden die Worte „Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ durch die Worte „Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“, die Worte „Landwirtschaft und Forsten“ durch die Worte „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ und die Worte „Landesentwicklung und Umweltfragen“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

Art. 19
Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes

Art. 12 Sätze 3 bis 5 des Gesetzes über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz – BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBl S. 54, ber. S. 316, BayRS 762-6-F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 10. April 2007 (GVBl S. 267) werden aufgehoben.

Art. 20
Überleitung

Beamte und Beamtinnen, die von der Änderung der Einstufung ihrer Ämter durch Art. 11 Nr. 1 Buchst. b Doppelbuchst. cc betroffen sind, sind in die neuen Ämter übergeleitet.

Art. 21
Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Art. 29 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498, BayRS 204-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 2009 (GVBl S. 49), wird wie folgt geändert:

1. Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Die Ernennung, Entlassung und Abberufung erfolgt durch den Präsidenten des Landtags. ³Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist Beamter auf Zeit und wird für die Dauer von sechs Jahren berufen.“
2. In Satz 5 Halbsatz 1 wird das Wort „abberufen“ durch das Wort „entlassen“ ersetzt.
3. Satz 6 wird aufgehoben.

Art. 22
Durchführungsbestimmungen

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (**Anlage DBestHG 2009/2010**). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 23
Inkrafttreten, Übergangsregelung, Geltungsdauer

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

(2) ¹Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 6d, 16, 21 und Nr. 4.3 Satz 5 DBestHG 2009/2010 mit Wirkung vom 1. April 2009,
2. Art. 9 Nrn. 1 bis 5, 7 und 8 am 1. Mai 2009,
3. Art. 9 Nr. 6 am 1. Januar 2010,
4. Art. 17 am 1. August 2009,
5. Art. 12 Nr. 1, soweit das Amt „Lehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „- als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern -“ mit der Fußnote 8 ersetzt wird, und Art. 20 am 1. September 2009

in Kraft. ²Bis 31. März 2009 sind Art. 6d und Nr. 4.3 Satz 5 DBestHG 2009/2010 in der bis 31. Dezember 2008 geltenden Fassung anzuwenden.

(3) ¹Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten, soweit in Satz 2 nichts anderes bestimmt ist, bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter. ²Art. 5, 9 bis 21 gelten unbestimmt.

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010

G e s a m t p l a n

- | | |
|-----------|---|
| Teil I: | Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen |
| Teil II: | Finanzierungsübersicht |
| Teil III: | Kreditfinanzierungsplan |

Im Zusammenhang mit der Neugliederung der Geschäftsbereiche nach Art. 49 der Bayerischen Verfassung am 30. Oktober 2008 (LT-Drs. 16/26) wurden zwischen den Einzelplänen 04, 08, 10 und 12 Haushaltsmittel und Stellen umgesetzt. Insoweit unterscheiden sich die in den nachfolgenden Übersichten nachrichtlich genannten Beträge des Haushaltsjahres 2008 von denen des 2. Nachtragshaushalts 2008. Die Umsetzungen sind in den Allgemeinen Erläuterungen der betreffenden Einzelpläne im Einzelnen dargestellt.

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	gegenüber 2008 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	308,5	265,0	+43,5
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	1.301,4	667,5	+633,9
03	Staatsministerium des Innern	1.023.655,3	742.931,7	+280.723,6
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	851.168,7	824.355,3	+26.813,4
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	48.160,3	37.301,8	+10.858,5
06	Staatsministerium der Finanzen	406.287,2	344.066,7	+62.220,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.242.180,1	1.211.251,0	+30.929,1
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	366.883,4	384.945,9	-18.062,5
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	605.160,1	568.572,4	+36.587,7
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	8,5	+10,7
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	156.446,2	180.292,9	-23.846,7
13	Allgemeine Finanzverwaltung	35.228.551,9	43.636.068,6	-8.407.516,7
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.288.978,3	1.096.099,0	+192.879,3
	Summe	41.219.100,6	49.026.826,3	-7.807.725,7

Teil I: Haushaltsübersicht 2009

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss			Einzelplan
Betrag für 2009	Betrag für 2008	gegenüber 2008 mehr (+) weniger (-)	Betrag für 2009	Betrag für 2008	Verpflichtungsermächtigungen 2009	
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
6	7	8	9	10	11	12
99.975,2	83.258,5	+16.716,7	-99.666,7	-82.993,5	8.000,0	01
78.921,3	71.256,3	+7.665,0	-77.619,9	-70.588,8	5.280,0	02
4.801.790,6	4.344.489,7	+457.300,9	-3.778.135,3	-3.601.558,0	1.346.888,2	03
1.818.970,2	1.749.297,3	+69.672,9	-967.801,5	-924.942,0	302.896,1	04
9.124.814,6	8.630.879,3	+493.935,3	-9.076.654,3	-8.593.577,5	86.953,3	05
1.750.848,6	1.672.662,6	+78.186,0	-1.344.561,4	-1.328.595,9	135.045,0	06
1.676.002,1	1.648.294,5	+27.707,6	-433.822,0	-437.043,5	1.819.618,0	07
1.202.958,1	1.216.979,0	-14.020,9	-836.074,7	-832.033,1	279.467,0	08
2.302.250,0	2.215.786,0	+86.464,0	-1.697.089,9	-1.647.213,6	139.241,9	10
31.161,4	31.449,6	-288,2	-31.142,2	-31.441,1	-	11
800.134,4	817.656,8	-17.522,4	-643.688,2	-637.363,9	302.544,9	12
12.600.731,9	21.889.658,8	-9.288.926,9	+22.627.820,0	+21.746.409,8	899.945,0	13
4.930.542,2	4.655.157,9	+275.384,3	-3.641.563,9	-3.559.058,9	425.003,4	15
41.219.100,6	49.026.826,3	-7.807.725,7	-	-	5.750.882,8	

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2009 Tsd. EUR	gegenüber 2009 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	308,5	308,5	-
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	911,4	1.301,4	-390,0
03	Staatsministerium des Innern	1.117.902,1	1.023.655,3	+94.246,8
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	862.221,7	851.168,7	+11.053,0
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	69.823,3	48.160,3	+21.663,0
06	Staatsministerium der Finanzen	426.904,3	406.287,2	+20.617,1
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.287.327,8	1.242.180,1	+45.147,7
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	361.819,3	366.883,4	-5.064,1
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	611.551,9	605.160,1	+6.391,8
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	19,2	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	198.041,7	156.446,2	+41.595,5
13	Allgemeine Finanzverwaltung	36.536.087,2	35.228.551,9	+1.307.535,3
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.273.844,2	1.288.978,3	-15.134,1
	Summe	42.746.762,6	41.219.100,6	+1.527.662,0

Teil I: Haushaltsübersicht 2010

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2010 Tsd. EUR	Einzel- plan
Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2009 Tsd. EUR	gegenüber 2009 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR	Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2009 Tsd. EUR		
6	7	8	9	10	11	12
106.660,4	99.975,2	+6.685,2	-106.351,9	-99.666,7	8.000,0	01
69.731,4	78.921,3	-9.189,9	-68.820,0	-77.619,9	5.280,0	02
5.004.394,4	4.801.790,6	+202.603,8	-3.886.492,3	-3.778.135,3	540.239,0	03
1.868.674,3	1.818.970,2	+49.704,1	-1.006.452,6	-967.801,5	65.362,1	04
9.498.216,2	9.124.814,6	+373.401,6	-9.428.392,9	-9.076.654,3	34.930,3	05
1.805.267,9	1.750.848,6	+54.419,3	-1.378.363,6	-1.344.561,4	84.275,0	06
1.703.540,4	1.676.002,1	+27.538,3	-416.212,6	-433.822,0	1.006.740,0	07
1.208.244,7	1.202.958,1	+5.286,6	-846.425,4	-836.074,7	265.025,0	08
2.360.826,8	2.302.250,0	+58.576,8	-1.749.274,9	-1.697.089,9	119.319,4	10
32.125,0	31.161,4	+963,6	-32.105,8	-31.142,2	-	11
845.422,1	800.134,4	+45.287,7	-647.380,4	-643.688,2	100.204,9	12
13.246.224,2	12.600.731,9	+645.492,3	+23.289.863,0	+22.627.820,0	590.625,0	13
4.997.434,8	4.930.542,2	+66.892,6	-3.723.590,6	-3.641.563,9	313.490,0	15
42.746.762,6	41.219.100,6	+1.527.662,0	-	-	3.133.490,7	

Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2009 und 2010

	Betrag für 2009	Betrag für 2010	Betrag für 2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
<u>A. Ermittlung des Finanzierungssaldos</u>			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen).....	39.119.201,1	39.401.796,2	38.638.916,7
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags).....	40.958.074,5	42.328.509,3	48.058.158,8
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2).....	-1.838.873,4	-2.926.713,1	-9.419.242,1
<u>B. Deckung des Finanzierungssaldos</u>			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	-
1.3 <u>Nettokreditaufnahme</u>			
1.3.1 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1) nach Art. 2.....	-	-	-200.000,0
1.3.2 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2) nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	10.000.000,1
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
<u>3. Rücklagenbewegung</u>			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken.....	2.099.899,5	3.344.966,4	587.909,5
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	261.026,1	418.253,3	968.667,5
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.838.873,4	2.926.713,1	-380.758,0
<u>4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)</u>	1.838.873,4	2.926.713,1	9.419.242,1
<u>Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010</u>			
<u>1. Kredite am Kreditmarkt</u>			
1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	-
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)			
1.3.1 Saldo (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1)	-	-	-200.000,0
1.3.2 Saldo (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2)	-	-	10.000.000,1
<u>2. Kredite im öffentlichen Bereich</u>			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u.Ä.....	-	-	200,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u.Ä.....	53.000,0	53.000,0	54.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2).....	-53.000,0	-53.000,0	-53.800,0
<u>3. Kreditaufnahmen insgesamt</u>			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1).....	2.373.184,0	3.323.799,0	12.909.114,1
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	2.426.184,0	3.376.799,0	3.162.914,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-53.000,0	-53.000,0	9.746.200,1

Anlage DBestHG 2009/2010**Durchführungsbestimmungen
zum Haushaltsgesetz 2009/2010
(DBestHG 2009/2010)****1. Deckungsfähigkeit**

- 1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel
- 1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,
517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,
518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
- 1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und
527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,
- 1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und
531 2. Sonstige Veröffentlichungen.
- 1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.
- 1.3 Innerhalb desselben Einzelplans können die Titelgruppen 97 (eGovernment) aus den Ansätzen der Hauptgruppe 5 und der Obergruppen 81 und 82 aller Kapitel verstärkt werden.
- 1.4 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw. -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen.
- 1.5 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

- 2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

- 2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Nrn. 3.1 und 3.2 zurückzuführen sind.
- 2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.
- 3. Besetzung von Planstellen und Stellen**
- Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.
- 3.1 Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, im Bedarfsfall freie und besetzbare Stellen wie folgt besetzt werden:
- 3.1.1 Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)
durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30),
durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.).
- 3.1.2 Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)
durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.)
durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.).
- 3.2 ¹Die in Nr. 3.1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur innerhalb der Gruppen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes mit Beschäftigten aus Stellen gleicher Art (Laufbahn) und gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; abweichend hiervon können Aushilfen (auf der Basis des TV-L) im Einzelfall über die Grenzen der Laufbahngruppen hinweg auf Stellen höherer Wertigkeit verrechnet werden. ²Soweit gemäß Nr. 3.1 Stellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.
- 3.3 Abweichend von Nr. 3.2 Satz 1 kann in folgenden Fällen eine Verrechnung über die Laufbahnen hinweg erfolgen:
- 3.3.1 Innerhalb einer Laufbahngruppe ist eine Verrechnung über die Laufbahnen hinweg möglich, wenn für die Stellen jeweils identische Stellenobergrenzen gelten oder für die in Anspruch genommene Stelle ungünstigere Stellenobergrenzen gelten.
- 3.3.2 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in der Laufbahn des gehobenen technischen Verwaltungsinformatikdienstes können auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) anderer Laufbahnen des gehobenen Dienstes verrechnet werden.
- 3.3.3 Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit seiner Laufbahngruppe verrechnet werden.
- 3.4 Abweichend von Nr. 3.2 Satz 1 kann in folgenden Fällen eine Verrechnung über die Laufbahngruppen hinweg erfolgen:
- 3.4.1 ¹Stellen des Eingangsamts oder des ersten Beförderungsamts einer Laufbahn dürfen mit Beamten der nächstniedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn sich diese im Aufstiegsverfahren befinden. ²Satz 1 gilt nicht für die erstmalige Übertragung eines Spitzenamts des einfachen Dienstes der BesGr A 6 sowie eines mit einer Amtszulage ausgestatteten Spitzenamts der BesGr A 6, A 9 oder A 13.

- 3.4.2 Stellen, die im Stellenplan ausdrücklich für den Aufstieg für besondere Verwendungen nach den Vorschriften der Laufbahnverordnung vorbehalten sind, können bis zu 24 Monate vor der vorgeschriebenen Einführung mit Beamten des mittleren Dienstes besetzt werden, die für diesen Aufstieg vorgesehen sind.
- 3.4.3 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes dürfen mit Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des mittleren Dienstes besetzt werden.
- 3.4.4 ¹Planstellen in den Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes für besondere Dienstleistungsbereiche (Verwaltungs-, Vermessungs-, Museums- und Justizbetriebsdienst) dürfen mit Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden. ²Beamte in diesen Laufbahnen dürfen nicht auf anderen Stellen des mittleren Dienstes geführt werden und können höchstens ein Amt der BesGr A 8 erreichen. ³Die Ämter der BesGr A 8 sind besonderen, herausgehobenen Funktionen vorbehalten.
- 3.4.5 ¹Die im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vorgesehene Entgeltgruppe 9 kann bei der Stellenverrechnung sowohl der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes als auch der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes zugeordnet werden. ²Die im TV-L vorgesehene Entgeltgruppe 13 kann bei der Stellenverrechnung sowohl der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes als auch der Laufbahngruppe des höheren Dienstes zugeordnet werden.
- 3.5 Regelungen für Stellen für Beamte auf Widerruf
- 3.5.1 ¹Bis auf weiteres dürfen bei besonderem Bedarf mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vorübergehend auf Stellen für planmäßige Beamte verrechnet werden. ²Die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen ist bei einer Verrechnung von bis zu zwölf Monaten nicht erforderlich.
- 3.5.2 ¹In Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte im Sinn des Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 26) vorübergehend Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im Eingangsamts derselben Laufbahngruppe verrechnet werden, wenn und soweit die Ernennung zu Beamten auf Probe oder auf Lebenszeit auf Grund der haushaltsrechtlichen Stellensperren nicht möglich wäre. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden.
- 3.5.3 Dienstanfänger dürfen bei Bedarf auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) des mittleren oder gehobenen Dienstes verrechnet werden.
- 3.6 *(entfallen)*
- 3.7 ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf im Übrigen vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung (VV Nr. 5.2 zu Art. 49 BayHO) ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.
- 3.8 *(entfallen)*
- 3.9 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich:
- 3.9.1 Als Stellen gleicher Art im Sinn der Nr. 3.2 Satz 1 gelten vorbehaltlich der Nr. 3.9.3 auch
- Stellen der Besoldungsordnung W,
 - Stellen der Akademischen Räte und der Akademischen Räte – als Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule –.
- 3.9.2 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen in der Laufbahn der Akademischen Räte (ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen in der Laufbahn der Akademischen Räte (ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 15 oder A 16 sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.9.3 ¹Inhaber von Ämtern der Laufbahn des Akademischen Rats (ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie Wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf

- Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Beamte der Laufbahn der Akademischen Räte, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.9.4 ¹Akademische Räte (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 13 sowie Akademische Oberräte (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 14 können auch auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Direktoren (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 15 können auf Stellen für Professoren der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.9.5 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestuftem Arbeitnehmern sowie Wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für Wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.9.6 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit Wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.9.7 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie Wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.
- 3.9.8 Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des TV-Ärzte erfasst sind, können in besonderen unabweisbaren Fällen auf Stellen der BesGr W 2, des Akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.
- 3.10 Besondere Regelungen für den Richterbereich:
Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.11 Soweit es auf Grund von Aufgabenabschichtungen notwendig ist, dürfen Planstellen mit Beamten im Eingangsamte einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden; sie sind im Stellenplan des nächsten Haushaltsplans umzuwandeln.
- 3.12 Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen kostenneutral möglich.
- 3.13 ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 3.14 ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 3.15 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Besoldung und des Entgelts bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.

4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen

- 4.1 Aus Mitteln für Dienstbezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung – FkzBek – vom 15. November 2001 (FMBl 2002 S. 69) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.
- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:
- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,
- 4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,
- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Nrn. 2 und 3 der Sachschadenersatzrichtlinien (SachSchRL), Teil 9 Abschnitt 2 der BayVV-Versorgung vom 4. Dezember 2002, Beilage zum StAnz Nr. 5/2003 in der jeweils geltenden Fassung),
- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen,
- 4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung gegen FSME (Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impferum); Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut
- in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft sowie im Gartenbau regelmäßig Tätigkeiten in niederer Vegetation und in Wäldern,
 - im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niederer Vegetation,
 - im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
 - in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,
- ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung.
- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehreinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehreinrichtungen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehreinrichtung) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 2 Abs. 6 BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.
- 4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.
- a) zu Lasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,
- b) zu Lasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82
- verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben. ³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer

Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.

- 4.5 ¹Aus Mitteln für Dienstbezüge und dergleichen wird Beamten, die im Laufe des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem TV-L-Arbeitsverhältnis in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 v. H., für die übrigen Beschäftigten 65 v. H. des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Mehrarbeits- und Überstunden), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zu Lasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht geführt wurde.
- 4.6 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Beamten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.
- 5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen**
- 5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.
- 5.2 Soweit Entgelte für Staatsbeschäftigte aus anderen als Personalausgabenansätzen oder aus Titelgruppen zu leisten sind, sind auch die sonstigen Ausgaben (Beihilfen, Unterstützungen, Trennungsgelder, Übergangsgelder und dergleichen) bei diesen Ansätzen zu leisten.
- 5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Bestellbauten (Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers errichtet), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.
- 6. Anlagen zum Haushaltsplan**
- 6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.
- 6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 BayHO und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.
- 7. Ausnahmen vom Bruttonachweis**
- ¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:
- 7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch

- Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.
- 7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen an Stelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.
- 7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie
- 7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder
- 7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.
- 8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)**
- 8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.
- 8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:
- bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v. H.,
- bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v. H.
- ²Bei Umbauten und Modernisierungen erhöhen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um 20 bis 33 v. H. ³Die festgelegten Vomhundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen bis auf höchstens 5,75 v. H. erhöht werden. ⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreissteigerungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.
- 8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen I bis III der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1991 (BGBl I S. 533), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl I S. 2992), eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare sowie die Nebenkosten des Architekten – § 7 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen eingeführten Vertragsmuster und die Hinweise zu den Vertragsmustern. ³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser
- für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 1,3 v. H. der anrechenbaren Herstellungssumme
 - für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 0,6 v. H. der anrechenbaren Herstellungssumme
- in Anspruch genommen werden. ⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure.
- 8.1.3 Bei dem Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v. H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistungen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v. H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.
- 8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für baufachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.

- 8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden
- 8.3.1 die personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,
- 8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,
- 8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabebetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerrechtlich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v. H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v. H. des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12 und 15

- die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549,
- die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 mit Ausnahme der Ansätze nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz vom 2. März 2009 (BGBl I S. 416, 428) und
- die Ansätze der Festtitel 981 11 und 981 12 (Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd bzw. Nord)

nach näherer Maßgabe der folgenden Nrn. gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zu Lasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

- 12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes findet keine Anwendung. ²Die Verwendung

- der Stellengehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.
- 12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder
- ¹/₁₂ aus 75 v. H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder
 - ¹/₁₂ aus 50 v. H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.
- 12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.
- 12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben
- 12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.
- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zu Lasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.4 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen
- 12.4.1 Bauunterhalt
- ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.4.2 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren Süd und Nord
- Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Festtitel 981 11 und 981 12 darf nur einseitig zugunsten dieser Titel in Anspruch genommen werden.
- 12.5 Koppelung mit Einnahmen
- ¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v. H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.6 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.6.1 Übertragbarkeit
- Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.6.2 Zeitliche Bindung
- Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.
- 12.7 Einzelregelungen
- Die in den Nrn. 12.1 bis 12.6 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budget-

verantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.

12.8 Berichtspflicht

Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.7 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

hierzu:

Änderungsantrag

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/297)

und

Änderungsantrag

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/315)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort Philipp Graf von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für die freundliche Begrüßung zu dieser frühen Stunde. Es freut mich ganz besonders, dass ich heute zum Einzelplan 06 sprechen darf, wenn meine Stimme auch etwas angeschlagen ist. Das ist nicht auf eine lange Nacht, sondern auf eine Erkältung zurückzuführen.

Herr Präsident, Hohes Haus, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir den Einzelplan 06 des Finanzministeriums, dem seit jeher ein besonderes Interesse gilt, hat doch dieser Haushalt beispielgebende Funktion.

Der Einzelplan 06 ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Er wird im Wesentlichen von Personalausgaben dominiert. Schwerpunkte sind dabei die Verbesserung der Personalausstattung und die Schaffung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten sowie zusätzliche Mittel für die EDV-Ausstattung unserer Finanzverwaltung.

Der Personaleinsatz muss effizient und sehr zielgenau erfolgen. Der Ausbau moderner Techniken in der öffentlichen Verwaltung ist deshalb unverzichtbar. Ich werde darauf im Einzelnen noch kurz zu sprechen kommen.

Aber bevor ich zum eigentlichen Einzelplan 06 komme, möchte ich gern eine Vorbemerkung zum Gesamthaushalt aus der Sicht des Haushälters machen. Der Doppelhaushalt 2009/2010 ist gekennzeichnet von einer massiven Stellenausweitung in fast allen Bereichen. Ich muss ehrlicherweise zugeben, dass mir das als Haushälter Sorge bereitet. Dieser Stellenausbau ist Ausdruck des politischen Willens unserer Koalition und kommt dabei sicherlich auch zumindest teilweise den Vorstellungen der Opposition entgegen.

Ich sehe aber die Ausweitung des Personals im öffentlichen Dienst mit deutlich gemischten Gefühlen. Seit den Siebzigerjahren wurde kein so großer Ausbau der Stellen im öffentlichen Dienst mehr vorgenommen. Allein die fast 2.300 Stellen im Bildungsbereich sind ein ungeheurer Kraftakt für diesen Haushalt, hinter dem leider viele andere Dinge zurückstehen müssen.

Diese Investition in Köpfe und Bildung ist notwendig und richtig. Wir müssen uns aber dessen bewusst sein, dass wir uns auf diese Art und Weise Kosten auch für die Zukunft aufbürden. Wir erreichen hoffentlich eine hohe Qualität im Bildungswesen und reagieren auf die Probleme der Gegenwart richtig, müssen aber auch die Zukunft ins Kalkül ziehen. Ich hoffe deshalb, dass wir oder unsere Nachfolger im Hohen Hause in den nächsten

Jahren die Kraft aufbringen werden, der demografischen Entwicklung gerecht zu werden und diesen großen Stellenaufbau, den wir in den letzten Jahren und besonders in diesem Doppelhaushalt vorgenommen haben,

(Christa Naaß (SPD): Was ist denn da in den letzten Jahren geschehen?)

auch der Entwicklung der Zukunft anpassen werden. Die Lasten, die wir uns und unseren Nachfolgern mit diesen vielen neuen Stellen aufbürden, werden uns sicherlich in anderen Bereichen noch Schwierigkeiten bereiten.

Lassen Sie mich nun auf ein paar Punkte auf der Einnahmenseite des Einzelplanes 06 eingehen. Erfreulicherweise kann das Einnahmesoll bei der Schlösserverwaltung deutlich gesteigert werden; die Pachteinnahmen erhöhen sich hier. Das zum Bayerischen Landesamt für Steuern gehörende Rechenzentrum Nord erbringt Leistungen für verschiedene Bereiche der Staatsverwaltung, insbesondere natürlich für die Finanzämter. Bei der Inanspruchnahme von diesen Dienstleistungen soll künftig das Verursacherprinzip gelten, wonach die Verwaltung, die Dienstleistungen eines Rechnungswesens in Anspruch nimmt, grundsätzlich auch die Kosten dafür tragen muss. Damit wird eine bedarfsgerechte, wirtschaftliche und sparsame Inanspruchnahme von Dienstleistungen sicherlich gefördert werden. Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt im Rahmen des von der Staatsregierung beschlossenen Verrechnungskonzepts durch haushaltstechnische Verrechnungen. Es handelt sich dabei allerdings um reine interne Rechnungen, also nur um buchungstechnische Abwicklungen, durch die dem Staatshaushalt keine Belastungen zusätzlich entstehen.

Im Rahmen des Projektes KONSENS - das heißt "Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung" - werden bestimmte Ausgaben im Rahmen der Kostenverteilung auch von anderen Bundesländern getragen. Die Einnahmen aus diesen Erstattungen steigen in den kommenden Jahren auf 8,4 Millionen bzw. 10,6 Millionen aufgrund der Übernahme größerer Projekte durch das Land Bayern an. Im gleichen Umfang müssen natürlich die EDV-Ausgaben der Steuerverwaltung erhöht werden.

Bei der Ausgabenseite des Einzelplans 06 ist festzustellen, dass der Anstieg etwa dem des Gesamthaushaltes entspricht. Wir werden eine Steigerungsrate von 5,4 Millionen im Jahr 2009 und von 2,6 Millionen im Jahr 2010 vor dem Hintergrund des bereinigten durchschnittlichen Zuwachses verzeichnen. Die Mehrausgaben des Einzelplanes sind im Wesentlichen durch Personalausgaben verursacht, die einschließlich der Versorgungs- und Beihilfeausgaben, wie eingangs bereits erwähnt, fast 79 % der Gesamtausgaben dieses Einzelplans ausmachen. Es wird dabei deutlich, dass sich gerade bei diesen Verwaltungshaushalten die personalintensive Struktur im besonderen Maße auswirkt.

Für die Finanzämter ist eine wesentliche Verbesserung der Personalausstattung geplant. 500 neue Stellen sind für diesen Bereich vorgesehen, die bereits im Jahr 2009 von A 7 bis A 14 durchgeschlüsselt sind. 2010 sind Anwärterstellen mit Haushaltsvermerk zur Umwandlung in Planstellen nach Abschluss der Ausbildung vorgesehen. Damit sollen insbesondere die Außendienste, aber auch diejenigen Arbeitsbereiche im Innendienst, bei denen die Aufgaben in den letzten Jahren besonders kräftig zugenommen haben, verstärkt werden. Daneben wurden beim Landesamt für Finanzen durch die Umwandlung von Personalmitteln insgesamt 17 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Hier soll insbesondere der Bereich der Dienstleistungen gestärkt werden.

Zur Verbesserung der Beförderungssituation enthält der vorliegende Haushaltsplan der Staatsregierung insgesamt 1.710 Hebungen. Durch die im Haushaltsentwurf des Einzelplans vorgesehenen Hebungen und Beförderungsmöglichkeiten aus neuen Stellen ergeben sich insgesamt 2.330 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, davon alleine 1.681 im Bereich der Finanzämter.

Zusammen mit den Maßnahmen der letzten vier Doppelhaushalte wurden und werden damit innerhalb von 10 Jahren - seit 2001/02 - 5.827 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung geschaffen. Kolleginnen und Kollegen, die Petitionen, die im Haushaltsausschuss vorgelegt wurden, zeigen, dass wir in den nächsten Jahren noch

einiges zulegen müssen; denn die Beförderungsmöglichkeiten sind in manchen Bereichen wirklich als schwierig zu beurteilen.

Bauunterhaltungsmittel wurden bereits im Nachtragshaushalt 2008 in allen Einzelplänen um 10 % erhöht. Im Jahr 2009 wurde in allen Ressorts wiederum eine generelle Erhöhung um 10 % veranschlagt, um dem Reparaturbedarf angemessen nachzukommen.

Das Hauptaugenmerk der Sach- und Investitionsausgaben liegt für die beiden Jahre auf den EDV-Ausgaben. Hier sind sowohl Ausgaben für das Rechenzentrum Nord als auch für das eGovernment deutlich erhöht worden. Wir werden von den anderen Ländern, wie bereits gesagt, davon einiges erstattet erhalten. Auch nach Berücksichtigung dieses Umstandes verbleibt eine deutlich überproportionale Erhöhung der EDV-Ausgaben um fast 18 %. Die Schwerpunkte liegen, wie gesagt, bei der Steuerverwaltung und bei eGovernment-Projekten verschiedener Dienststellen im Einzelplan 06.

Die im Jahressteuergesetz 2009 vorgesehene Zuständigkeit zur Veranlagung beschränkt steuerpflichtiger Rentner soll zentralisiert werden. Diese Aufgabe wird im Interesse der Wirtschaftlichkeit auf der Basis eines Verwaltungsabkommens zentral vom Finanzamt Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern abgewickelt. Zur Finanzierung der hierfür anfallenden Kosten wurden im bayerischen Staatshaushalt 0,9 Millionen Euro im Jahr 2009 und 2,8 Millionen Euro im Jahr 2010 veranschlagt.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch kurz einen Blick auf die vom Land Bayern zu erbringenden Entschädigungsleistungen im Rahmen der Wiedergutmachung werfen. Unter Berücksichtigung der bei den Einnahmen veranlagten Erstattung des Bundes ist insgesamt eine weiter rückläufige Tendenz der Landesbelastungen festzustellen. Der Ausgabenanstieg im Jahr 2009 resultiert aus einer Erhöhung der Entschädigungsrenten zum 1. Juli 2008 um insgesamt 7,8 %. Hier ergibt sich eine Erhöhung der Landesbelastung um 2,6 Millionen Euro 2009 und im Jahr 2010 ein Rückgang um 3 Millionen Euro.

Abschließend möchte ich mich ganz besonders herzlich bei unserem Finanzminister, bei unserem Finanzstaatssekretär und bei allen Mitarbeitern im Ministerium bedanken. In

einer wirklich sehr schwierigen Zeit haben sie einen Gesamthaushalt aufgestellt, der einerseits den Notwendigkeiten der konjunkturellen Krise Rechnung trägt und andererseits die besonderen Bedürfnisse eines ausgeglichenen Haushalts widerspiegelt. Bayern ist zum Vorbild für alle anderen Bundesländer geworden. Die Verhandlungen im Rahmen der Föderalismusreform über die Finanzen der Länder und des Bundes mit einer Begrenzung der Schuldenaufnahme sind erfolgreich abgeschlossen worden. Auch hierfür möchte ich unserem Finanzministerium ganz besonders herzlich danken.

Mein Dank gilt aber auch der Opposition, die in den Verhandlungen, zumindest in unserem Ausschuss, mit großem Sachverstand und viel Verständnis für die Probleme diskutiert hat. Mein besonderer Respekt gilt dabei der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, der hoch ehrenwerten Kollegin Rupp,

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

die sich ebenso wie die anderen Kollegen der Opposition in die verschiedenen Sachverhalte hervorragend eingearbeitet hat. Die Diskussionen in unserem Ausschuss waren nicht nur von gegenseitigem Respekt geprägt, sondern auch von dem Bemühen, das Beste für unser Land und seine Bürger zu erreichen. Im Gegensatz zu manchen Diskussionen, die ich in den letzten zwei Tagen hier im Hohen Hause erleben durfte, kann ich feststellen, dass die Kollegen im Haushaltsausschuss ihre wichtige Aufgabe immer ernst nehmen, fachlich gut vorbereitet sind und dass vor allem in der Sache ehrlich diskutiert wird und nicht billige Polemik im Vordergrund steht.

Ich möchte mich bei allen Kollegen in unserem Ausschuss sehr herzlich für die gute Atmosphäre und die sachlichen Auseinandersetzungen bedanken. Ich bitte Sie, dem Einzelplan 06 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Graf Lerchenfeld, ich danke Ihnen für diesen stilbildenden Beitrag.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, möchte ich noch einen Glückwunsch aussprechen. Heute feiert Kollege Peter Winter einen halbrunden Geburtstag. Ich wünsche ihm im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für seine parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Wir kommen jetzt zum nächsten Redner. Herr Florian Ritter, Sie haben das Wort, bitte schön.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Du bist zwar kein Graf, aber ein Ritter!)

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich zu Beginn meiner Ausführungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl des Landtagsamtes als auch des Finanzministeriums recht herzlich bedanken. Wir haben in den letzten Wochen wirklich eine Vielzahl von Änderungsanträgen und Nachschublisten behandelt. Ich finde es außerordentlich bemerkenswert, mit welcher Geduld die Mitarbeiter tatsächlich mit uns umgegangen sind.

Herr Finanzminister Fahrenschohn, auch Sie wollte ich fast schon loben, allerdings nicht wegen des Haushalts und der Einzelpläne, die Sie eingebracht haben; daran haben wir ja in diesem Hause unsere Kritik schon formuliert, ob es dabei um Bildung ging, um Hochschule, im Inneren oder um Landwirtschaft. Eigentlich wollte ich Sie wegen Ihrer Einbringungsrede loben. Darin haben Sie nämlich sehr schön erklärt, wie man in der jetzigen Situation reagieren sollte: in schwierigen Zeiten investieren, in guten konsolidieren und dabei die Einnahmen des Staates nicht aus den Augen verlieren. Aber leider wurde dieser Grundsatz, das muss man feststellen, im Haushalt so nicht umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei der Verteilung der Bundesgelder durch die Nachschublisten einiges aus unserem Programm "Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze" abgeschrieben. Das zeigt, dass wir die richtigen Ideen hatten und dass die Koalition offensichtlich über keine Ideen verfügt. Die Koalition hat jede eigene Anstrengung, jedes eigene Bemühen vermieden, in der bayerischen Wirtschaft die nötigen Impulse zu setzen. Herr Wirtschaftsminister Zeil hat gestern Ihre durchaus bemerkenswerte Einbringungsrede als reine Sonntagsrede dastehen lassen. Er hat klargestellt, nach welchem Prinzip hier verfahren wird. Das war schon sehr aufschlussreich. Zuerst werden die, die verantwortlich handeln, angepöbelt und zwar - Zitat: "... in einer Zeit, in der überall Pakete in Milliardenhöhe geschnürt werden, als seien die Quellen des Staates unerschöpflich". Die anderen sind also wieder die Ahnungs- und Verantwortungslosen.

Herr Kollege Winter, auch ich wünsche Ihnen alles Gute zu Ihrem heutigen Geburtstag; vielleicht können wir das alles mehr in einen Diskussionsprozess überleiten.

Die anderen sind also wieder ahnungs- und verantwortungslos. Die Hand wird aber trotzdem aufgehoben für die heruntergekommenen Staatsstraßen, für die kaputt gesparten staatlichen Gebäude und für den abgewirtschafteten Fuhrpark der Bayerischen Polizei. Was für eine Doppelmoral, meine Damen und Herren, was für eine Doppelmoral!

(Beifall bei der SPD)

Herr Zeil sagte weiter: "Ich muss daran erinnern, dass für alles, was der Staat jetzt ausgibt, eines Tages uns und unseren Kindern die Rechnung präsentiert wird." - Das klingt durchaus logisch, aber für das, was Sie heute nicht tun, wird die Rechnung noch deutlich höher sein.

(Beifall bei der SPD)

Jedes Unternehmen weniger, jeder verlorene Arbeitsplatz in Bayern ist eine schwere Hypothek für die Zukunft der betroffenen Regionen und der Menschen. Hier stehen Sie sich aus der Verantwortung. Völlig aberwitzig wird die gesamte Haushaltslogik der Ko-

alition aber erst mit dem Satz: "Natürlich haben wir uns vom Bund viel stärkere Impulse für die privaten Investitionen gewünscht, vor allem durch das Vorziehen von Steuerentlastungen." Das hat jetzt aber alles überhaupt nichts mehr mit dem zu tun, was der Finanzminister in seiner Einbringungsrede hier gesagt hat.

Zusammengefasst heißt das Ganze nämlich: Wir nehmen doch keine Schulden auf für die Absicherung der bayerischen Wirtschaft, das wäre völlig verantwortungslos. Soll das doch der Bund machen, soll doch der die Schulden aufnehmen und damit angeblich verantwortungslos handeln. Gebt uns bitte sofort das Geld rüber, damit wir uns hier in das rechte Licht rücken können.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem ist es uns als Bayerischer Staatsregierung natürlich völlig egal, ob sich der Bund jemals konsolidieren kann. Darum reduziert gefälligst eure Einnahmen, egal, ob ihr eure Schulden, die ihr jetzt auch für Bayern aufnehmt, jemals zurückzahlen könnt.

Der Wirtschaftsminister sagt, das sei die Geisteshaltung des Mittelstandes. Man ist fast versucht, ein Wortspiel zu machen und zu sagen: Mittelmaß ist auch eine Geisteshaltung,

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

wenn es denn tatsächlich Mittelmaß wäre. Aber das, was Sie gestern hier abgeliefert haben, ist tatsächlich eher unterirdisch. Diejenigen, die verantwortlich handeln, sollen sich wie Hasardeure verhalten, damit die, die nicht handeln, den größtmöglichen Nutzen für sich herauschlagen können. Das ist am Ende dieselbe Haltung, die jene hatten, die Subprime-Papiere ahnungslosen Sparern angedreht haben.

Stellt man die Aussagen der Minister Fahrenschoen und Zeil einander gegenüber und betrachtet die Realität des vorliegenden Haushalts, stellt sich die Frage, ob der Finanzminister überhaupt noch Herr seines Ressorts und der Aufgaben ist, die er als Koordinator des Haushalts zu erledigen hat.

Kolleginnen und Kollegen, gestern ist hier immer wieder versucht worden, Behauptungen in die Welt zu setzen, die völlig an der Realität vorbeigehen. Die SPD habe keine Konzepte. Da reden die Richtigen!

(Beifall bei der SPD)

In schlechten Zeiten investieren, in guten konsolidieren und dabei die Einnahmenseite nicht aus dem Auge verlieren - das haben Sie, Herr Minister Fahrenschohn, in Ihrer Einbringungsrede hier vorgetragen. Das ist die Konzeption der Sozialdemokratie, das ist auch die Grundlage für das Konjunkturpaket II, das auch ein Kind der SPD ist und das 1,4 Milliarden Euro in den bayerischen Staatshaushalt spült.

(Beifall bei der SPD)

1,4 Milliarden, die Sie gerade mal mit 100 Millionen Euro aus eigenen Mitteln aufstocken und mit denen Investitionen vorgenommen werden, die Sie in den letzten Jahren vor sich hergeschoben haben, unabhängig davon, wie notwendig sie gewesen wären.

(Harald Güller (SPD): Aber zuerst noch Bundesgeld den Kommunen klauen!)

- Ja, genau. Wir haben Vorschläge mit einem Volumen von insgesamt 800 Millionen Euro gemacht, die in einem ausgeglichenen Haushalt gänzlich gegenfinanziert gewesen wären. Da sind natürlich die Leute, die lesen können, im Vorteil. Ich fordere Sie auf, sich die Änderungsanträge und die Konzepte der SPD im Bayerischen Landtag anzuschauen und zum Taschenrechner zu greifen. Das würde weiterhelfen. Die Wahrheit ist: Ideenlos und konzeptlos ist die Koalition. Schwerpunkte des Konjunkturpakets II haben Sie bei uns abgekupfert.

Kommen wir zum vorliegenden Einzelplan des Finanzministeriums. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: Ein wichtiger Punkt auch in der Krise ist nicht nur die Investition, sondern auch die Konsolidierung der Einnahmenseite. Ich weiß, Herr Zeil würde alles, was der Staat einnimmt, am liebsten an die Klientel der FDP ausschütten.

(Zurufe von der FDP: He, He!)

Wir haben Vorschläge gemacht, wie die Einnahmenseite durch eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter konsolidiert und verstetigt werden kann. Dieser Vorstellung sind Sie in kleinen Schritten, wirklich in kleinen Schritten nachgekommen, aber nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Der Einzelplan, der uns hier heute vorliegt, ist wie die anderen Einzelpläne, die die Staatsregierung eingebracht hat, ein Einzelplan der Mutlosigkeit, der Ideenlosigkeit und der Konzeptlosigkeit. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Manfred Pointner das Wort.

Mannfred Pointner (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, zunächst vielen Dank für Ihre netten Worte. Wir haben im Haushaltsausschuss tatsächlich eine sehr faire und vernünftige Zusammenarbeit, auch wenn unsere Anträge abgelehnt wurden. Die menschliche Stimmung passt aber einigermaßen. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass die Neuen gut aufgenommen worden sind und sich einbringen dürfen.

Heute geht es um den Einzelplan 06. Ich werde jetzt keine grundsätzlichen Ausführungen zum Haushalt insgesamt machen, weil wir dafür heute Nachmittag noch Zeit haben. Ich werde mich in meiner Rede ausschließlich auf den Einzelplan 06 beschränken. Herr Staatssekretär Pschierer hat Herrn Kollegen Hallitzky und mich bei den Haushaltsberatungen gerügt und erklärt, er hätte erwartet, dass wir das Positive im Einzelplan 06 darstellten. Ich möchte das heute nachholen und einige Dinge dazu sagen.

Zunächst möchte ich auf das Personal der Finanzbehörden und der Steuerbehörden eingehen. Der Einzelplan 06 ist von den Personalausgaben geprägt. 79 % dieses Einzelplans betreffen die Personalausgaben. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanz- und Steuerbehörden bedanken, dass sie trotz teilweise

schwieriger technischer und personeller Rahmenbedingungen hervorragende Leistungen erbringen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzbehörden sind es, die die notwendigen Mittel beschaffen, damit unser Staat funktioniert, damit die Bildung, die innere Sicherheit, die Infrastruktur, die soziale Sicherheit und vieles andere gewährleistet werden können. Noch einmal herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nun zu den einzelnen Punkten, die teilweise auch positiv sind: Positiv ist anzumerken, dass Sie 250 neue Planstellen für das Jahr 2009 und 250 Anwärterstellen für das Jahr 2010 geschaffen haben. Diese Anwärterstellen können später umgewandelt werden. Diese Erhöhungen waren nach den Sparmaßnahmen der letzten Jahre aber auch bitter notwendig. Sie reichen noch nicht aus, wie Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld festgestellt hat.

Positiv zu bewerten ist auch die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten durch die Stellenanhebungen, die im Einzelplan 06 enthalten sind. Dadurch wird die Motivation der Mitarbeiter sicher gefördert. Damit wird auch verhindert, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit 40 oder 45 Lebensjahren das Ende ihrer Laufbahn erreicht haben, vorzeitig in den inneren Ruhestand gehen. Diesen Menschen werden Perspektiven eröffnet. Wichtig ist vor allem, dass sich die überlangen Wartezeiten auf Beförderungen verkürzen. Graf von und zu Lerchenfeld hat jedoch zu Recht festgestellt, dass diese Maßnahmen noch nicht ausreichen.

Positiv ist auch die Erhöhung der Investitionsmittel in Höhe von 13 Millionen Euro im Haushalt. Diese werden noch um 10,8 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm ergänzt. Allerdings gibt es auch hier einen Wermutstropfen, da die Kofinanzierungsmittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die der Freistaat beisteuern musste, nicht zusätzlich in die Hand genommen wurden, sondern durch Umschichtungen zustande kamen. Das Geld des Bundes, das durch Kredite finanziert wird, wurde verwendet, aber es wurde kein eigenes Geld draufgelegt.

Wir haben einmal gefordert, frisches Geld in die Hand zu nehmen. Das wurde gestern angeprangert. Offenbar ist es für Sie kein Problem, wenn sich der Bund verschuldet, was durch Ihre Forderungen und Anträge unterstützt wird. Wenn jedoch gegenüber dem Freistaat Bayern solche Forderungen erhoben werden, wird das als Verstoß gegen das ungeschriebene Gesetz des ausgeglichenen Haushalts verstanden. Die Schulden des Bundes sind Schulden von uns allen. Wir alle werden diese Schulden einmal zurückzahlen müssen. Da Bayern besser als andere Länder dasteht, wird es an der Schuldentilgung überproportional beteiligt sein.

Positiv sind auch die 42 Millionen Euro zu bewerten, die zusätzlich für die EDV ausgegeben werden. Auch für das eGovernment wurden Mittel eingestellt, wodurch die Verfahren für die Bürger hoffentlich erleichtert werden können. Wir alle wissen, dass eine Vereinfachung oder Entbürokratisierung unseres Steuerrechts natürlich weitaus effektiver wäre. Herr Staatssekretär Pschierer, ich kann allerdings Ihrem Argument nicht folgen, wonach die Verbesserung der EDV-Ausstattung eine geringere Personalausstattung im Vergleich zu anderen Ländern rechtfertigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unumstritten ist, dass wir in der Finanz- und Steuerverwaltung gut ausgebildetes, motiviertes und gut ausgestattetes Personal brauchen. Wir brauchen ausreichend Personal, um Aufgaben wie die Herstellung der Steuergerechtigkeit und die Beschaffung der erforderlichen Einnahmen zu lösen.

Die Steuerverwaltung ist nach wie vor - trotz der Stellenmehrungen - unterbesetzt. Die Wartezeiten bis zur Beförderung sind zu lang. Die Freien Wähler haben zum Einzelplan 06 keinen eigenen Antrag gestellt. Wir unterstützen aber die beiden Anträge der GRÜNEN und der SPD zu diesem Thema. Dass ein Bedarf vorhanden ist, belegen nicht nur die Quervergleiche mit anderen Ländern, sondern auch die zahlreichen Beschwerden und Eingaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind sicherlich nicht so blauäugig zu glauben, dass wir jeder Beschwerde oder jeder Eingabe nachkommen könnten. Die meisten Eingaben waren jedoch sachgerecht und nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, die Einsparung von Personal in der Finanz- und Steuerverwaltung zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts ist eine Milchmädchenrechnung. Jeder gut ausgebildete Steuerbeamte und Angestellte rechnet sich doppelt und dreifach. Natürlich gibt es Grenzen der Effektivität. Diese sind aber bei weitem noch nicht erreicht. Wir müssen auch an die Bediensteten vor Ort denken: Stress und Frustration stellen sich ein, wenn der Mitarbeiter vor Ort wegen seiner Arbeitsüberlastung Erklärungen nicht bearbeiten und Prüfungen nicht durchführen kann und in der Folge Gelder, die dem Staat und der Allgemeinheit zustehen, nicht hereingeholt werden können. Eigentlich begeht ein Beamter dadurch eine Pflichtverletzung, was für einen staatstreuen Bediensteten zu einer erheblichen psychischen Belastung werden kann.

Auch die beste EDV-Ausstattung kann die Arbeit des Personals nicht ausgleichen. Wir sehen das im Landtag. Zu viel EDV bedeutet auch Mehrarbeit, weil erst einmal die Fülle der Informationen abgearbeitet werden muss. Der Oberste Rechnungshof hat festgestellt, dass die Personalstruktur auf die Aufgaben zugeschnitten werden muss. Wenn nicht genügend Personal vorhanden ist, sind auch die Aufgaben abzubauen. Davon ist leider nichts zu erkennen. Dafür ist natürlich nicht dieses Haus verantwortlich. Bei der Steuergesetzgebung müssen wir jedoch nach wie vor einen kräftigen Zuwachs verzeichnen. 80 % aller Steuergesetze der Welt stammen aus Deutschland. Das ist Fakt.

Wer sich mit dem Steuerrecht beschäftigt, sieht, dass es immer komplizierter wird. Dadurch entsteht Mehrarbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb sind zusätzliche Stellen bitter notwendig. Wir werden diesen Einzelplan 06 aus den von mir genannten Gründen ablehnen. Wir hoffen aber, dass sich das, was Kollege Graf von und zu Lerchenfeld gesagt hat, in den nächsten Jahren bewahrheiten wird, nämlich dass die Stellensituation in der Finanz- und Steuerverwaltung verbessert wird, damit die notwendige Arbeit geleistet werden kann, um genügend Geld in die Staatskassen zu bringen.

Aktuell sind durch Steuererleichterungen und Steuervereinfachungen allein im Doppelhaushalt 2009/2010 Mindereinnahmen in Höhe von rund 3,5 Milliarden Euro entstanden - Mindereinnahmen, die auf der Gesetzgebung beruhen und für die keine Gegenfinan-

zierung beschlossen worden ist. Es heißt doch immer, man muss einen Gegenfinanzierungsvorschlag unterbreiten. Bei diesen Entscheidungen gab es jedenfalls keine Gegenfinanzierung, und deswegen ist es wichtig - auch wenn das den Haushalt für die nächsten Jahre nicht retten wird -, dass genügend Leute in der Steuerverwaltung tätig sind.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pointner. Als Nächster hat Herr Abgeordneter Eike Hallitzky das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden es kaum glauben, aber wir werden auch diesem Einzelplan, dem Einzelplan des Finanzministeriums, nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernd Sibler (CSU): Oh!)

- Wenn das ein Weckruf für Sie war, dann ziehen Sie doch Nutzen aus der Rede, die ich jetzt halte. Hören Sie gut zu, dann werden Sie hinterher auch nicht mehr zustimmen, Herr Kollege Sibler. Ich will an drei Punkten kurz erläutern, warum wir diesem Einzelplan nicht zustimmen können.

Erstens. Die bayerische Finanzverwaltung ist hoffnungslos unterbesetzt. Die Mittel, die wir alle für die Gestaltung von Politik brauchen, werden im Einzelplan 06 beschafft oder eben nicht beschafft - dann haben wir diese Mittel nicht. Deshalb haben die GRÜNEN die Bayerische Staatsregierung seit rund fünf Jahren immer wieder mantramäßig darauf hingewiesen, dass die bayerische Steuer- und Finanzverwaltung personell zu gering ausgestattet ist. Sie kann ihren eigentlichen Aufgaben damit nicht mehr nachkommen, nämlich durch motivierte Mitarbeiter Steuergerechtigkeit zu schaffen und dem Staat die ihm zustehenden Einnahmen umfassend zu beschaffen.

Die personelle Unterausstattung hat in den letzten Jahren dramatische Züge angenommen bei gleichzeitig steigenden Anforderungen, insbesondere forciert von jenen, die ständig vereinfachte Steuersysteme fordern. Nach den letzten verfügbaren Zahlen liegt Bayern in nahezu allen Rankings im Vergleich mit den anderen Bundesländern bezüglich der Ausstattung der Steuerverwaltung auf dem letzten oder auf dem vorletzten Platz. In der Summe ergibt sich eine dramatische Unterbesetzung: Rund 2.000 Planstellen fehlen.

Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht so bezahlt, wie das ihrer Tätigkeit entspräche. Der Beförderungsstau in der Finanzverwaltung ist legendär. Kollege von und zu Lerchenfeld hat es eben selbst zugeben müssen. Mit dieser Mängelverwaltung verantwortet der Bayerische Finanzminister, dass die Mitarbeitermotivation nicht stimmt, dass die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt und dass die Einnahmenbeschaffung nicht funktioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine ordnungsgemäße Besteuerung ist kaum mehr möglich, weil wegen der eklatanten Unterbesetzung die Überprüfung nicht mehr nach Maßgabe der Gesetze erfolgen kann. Herr Finanzminister, Sie sind es, der damit den Nährboden für eine Steuerentzugsmentalität in diesem Lande schafft - für die großen und kleinen Zumwinkels in Deutschland.

Herr Staatssekretär Pschierer - Herr Pointner hat eben darauf hingewiesen - bat darum, dass ich hier heute offiziell loben sollte, dass der Finanzminister in therapeutischen Dosen beginnt, die völlige Ignoranz seiner Vorgänger bezüglich der Ausstattung der Steuerverwaltung aufzugeben. Herr Pschierer, das ist natürlich fachlich kaum geboten, aber ich konzedere gern, nach fünf Jahren des Drängens durch die Opposition hat sich die Schnecke in Bewegung gesetzt. Dafür lobe ich Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dennoch bleibt es im Ergebnis dabei, dass Bayern die Folgen der unzureichenden Personalpolitik sehr teuer bezahlen muss. Wir können davon ausgehen, dass allein dadurch dem Staatshaushalt jährlich ein Betrag in einer Größenordnung von etwa einer Milliarde Euro verloren geht. Deshalb ist das, was Sie betreiben, im Ergebnis keine Einsparung, sondern eine massive Verschwendung von dem Staat zustehenden Steuereinnahmen, auf die wir gerade in dieser Zeit nicht verzichten können. Deswegen werden die GRÜNEN Ihre Politik nicht mittragen, und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsseite, sollten es auch nicht tun.

Zweitens. Ihr Haushaltsentwurf ist in unverantwortlicher Weise schöngerechnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war kein Schicksalsschlag, der zum Desaster der Bayerischen Landesbank führte und damit zur Notwendigkeit einer in Deutschland in den Ländern einzigartigen Neuverschuldung von 10 Milliarden Euro. Nein, es war das Versagen der Mitglieder der Staatsregierung im Verwaltungsrat, das jeden Bayern und jede Bayerin auf einen Schlag um rund 1.000 Euro ärmer machte. Es waren die Mitglieder der Staatsregierung, die es der Landesbank ohne Geschäftsmodell erlaubten, sich mit rund 50 Milliarden Euro an Krediten vollzusaugen, ohne dass es irgendeine Verwendung für diese Mittel gegeben hätte. Es waren die Mitglieder dieser Staatsregierung - Herr Wirtschaftsminister, Sie haben Glück, ich schaue auf die andere Seite - -

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Sie sind nie dabei, das weiß ich schon, Herr Seehofer. Sie sind nie dabei.

Es waren die Mitglieder dieser Staatsregierung, die die Landesbank dann in das weitab jeden öffentlichen Auftrags liegende internationale Kreditersatzgeschäft getrieben haben. Und es waren die Mitglieder dieser Staatsregierung, die den Kauf der Hypo Group Alpe Adria - HGAA - vorangetrieben haben, dieses undurchschaubaren Geflechts von 111 Töchtern in 16 Ländern, die vor allem zwei Dinge auszeichnet: eine ungeheure Volatilität der Märkte und kein Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftrag der BayernLB. Auch wenn - das konzedere ich gern, Herr Fahrenschoen - die jüngsten Vorstandsbe-

setzungen bei der Hypo Group Alpe Adria okay sind - Respekt, die Leute sind gut -, bleibt es bei unserer Beurteilung, es war niemals und wird niemals Aufgabe einer bayerischen Staatsbank sein, die Gelder der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür einzusetzen, auf den Märkten Südosteuropas herumzuturnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es war das Kontrollversagen der Staatsregierung, das eine Fehlentscheidung nach der anderen produziert hat, als es darum hätte gehen müssen, möglichst früh wieder aus diesen Märkten - von ABS-Papieren bis zum Island-Geschäft - herauszukommen. Die BayernLB ist deshalb die Krönung finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit der Staatsregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, nun versuchen Sie, mit Haushaltskosmetik in diesem Doppelhaushalt so zu tun, als würde das alles den Steuerzahler nicht betreffen. Tatsache ist, dass die Aufnahme der 10 Milliarden Euro auf dem Kapitalmarkt rund 5 % Zinsen kostet. Das sind 500 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommen die Kosten für Liquiditätsgarantien, die Kosten für die Fondsübernahme im Haushalt und die Kosten für Bürgschaften. Wenn man das alles zusammenzählt, kommt man auf einen Betrag in der Größenordnung von etwa 1 Milliarde Euro, den wir künftig in jedem Jahr für die Bedienung der Landesbanklasten brauchen. Aber anstatt diese Ausgaben offen im Haushalt auszuweisen, stopfen Sie das Loch einmalig mit alten Zusatzeinnahmen und verprassen hierfür die Haushaltssicherungsrücklage, die eigentlich dazu da ist, auf die Konjunkturkrise reagieren zu können. Die Konjunkturkrise ist da - das Geld ist weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die Kosten für das zum großen Teil selbstverschuldete Desaster der BayernLB im Doppelhaushalt ignorieren will, der handelt finanzpolitisch in hohem Maße unseriös, der streut den Menschen Sand in die Augen. Das, was Sie hier veranstalten, ist nichts als dick aufgetragene Finanzkosmetik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht erst zum nächsten Doppelhaushalt 2011/2012, nicht erst zum regulären Nachtragshaushalt, den wir im Herbst behandeln werden, schon bei der nächsten Steuerschätzung wird für jeden sichtbar werden, dass das Parlament heute einen Doppelhaushalt beschließt, der bereits zum Zeitpunkt seines Beschlusses reine Makulatur ist. Weil wir aber davon ausgehen müssen, dass die Wirtschaftskrise weitere Milliardenlöcher in den bayerischen Staatshaushalt reißen wird, wäre es Ihre Aufgabe, Herr Fahrenschon, dafür zu sorgen, dass finanzpolitische Vernunft bei der Inanspruchnahme des Konjunkturpakets und der Verwendung der Mittel zum Einsatz kommt. Sie müssen Ihrem Ministerpräsidenten ins Wort fallen, wenn keiner seiner Ausflüge aus der Staatskanzlei ohne neue teure Versprechungen zu Ende geht. Ich erinnere nur an die jüngste Schwabenreise. Das alles haben Sie nicht getan, und damit, Herr Minister, sind Sie selbst zum Haushaltsrisiko geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen doch alle, dass der Staat an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gekommen ist. Wir wissen doch alle, dass die verbleibende finanzielle Basis viel zu schmal ist. Wir alle wissen auch, dass es die wichtigste Aufgabe des Finanzministers ist, diese finanzielle Basis zu sichern, und wir alle sehen, dass der bayerische Finanzminister genau das Gegenteil tut. Sie wollen eine ermäßigte Mehrwertsteuer in der Gastronomie. Das sind ungefähr 100 Millionen Euro. Sie wollen einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Handwerk. Das sind etwa 500 Millionen Euro. Sie wollen die Erbschaftsteuer abschaffen. Das sind knapp 1 Milliarde Euro. Sie wollen mit dem Ministerpräsidenten die Eigenheimzulage wieder einführen. Das kostet 350 Millionen Euro. Herr Seehofer, dass Sie immer nicken, weiß ich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles verlangen Sie in einer Situation, in der Bayern in den kommenden Jahren mehrere Milliarden Euro zum Ausgleich des Haushalts fehlen werden. Sie verlangen das ohne jeden Vorschlag für eine Gegenfinanzierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manche Ihrer steuerpolitischen Vorschläge mögen für sich gesehen durchaus begründet sein. Das streiten wir überhaupt nicht ab. Gerade jetzt aber muss die Maxime doch wie folgt lauten: Weil der Staat keinen Cent übrig hat, müssen alle Steuererleichterungen, die auf Dauer den Staatshaushalt belasten, auch dauerhaft gegenfinanziert sein, sonst sind sie finanzpolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Fahrenschon, ich erwarte von Ihnen nicht, zu wissen, dass die wiederholt von Struktureinbrüchen gebeutelten skandinavischen Länder ihre Haushalte immer wieder deshalb ausgleichen konnten, weil sie - unabhängig davon, ob die Regierung konservativ war oder nicht - Hochsteuerländer waren und es bis heute auch noch sind. Skandinavien wäre daher ein gutes Vorbild. Ich erwarte aber von Ihnen, dass Sie alles tun, um der vor allem von der CSU verursachten und durch die jetzige Wirtschaftskrise dramatisch beschleunigten Erosion der Staatseinnahmen entgegenzutreten. Deshalb bin ich zutiefst enttäuscht von Ihnen, dass Sie in einem Jahr mit Wahlen im Quartalsrhythmus genauso als finanzpolitischer Hasardeur auftreten wie Ihr Chef.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist letztlich genau das gleiche kurzfristige Quartalsdenken, mit dem uns die Banker, die Verwaltungsräte und die Manager in diese Finanzkrise hineingeritten haben. Ihren wohlfeilen Steuerpopulismus, Ihre finanzpolitische Geisterfahrt lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Sinne einer dauerhaft soliden Finanzpolitik und im Interesse der Rückgewinnung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wäre es sehr gut, wenn die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen unserer Kritik folgen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Erstens. Die bayerische Staatsverwaltung hat viel zu wenig Beschäftigte in der Steuerverwaltung. Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit werden ignoriert. Sie sind schuld, wenn dem Staat Milliarden oder zumindest ein hoher dreistelliger Millionenbetrag jährlich verloren gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Mit Tricksereien rund um die Landesbank wird der Haushaltsentwurf schön-gerechnet. Das ist kein Ersatz für eine seriöse Haushaltspolitik.

Drittens und letztens. Wenn ich die steuerpolitischen Aussagen des Finanzministers in diesem Wahljahr dem finanzpolitisch Möglichen gegenüberstelle, bedauere ich zutiefst, Herr Präsident, dass sich der Ausdruck Wahllüge auf den parlamentarischen Begriff der Präsidentialrüge reimt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich es deshalb so formulieren: Herr Finanzminister, Ihre Beine werden immer kürzer. Passen Sie auf sich auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sich zu Beginn darüber gewundert, dass die Grünen den Einzelplan des Finanzministers ablehnen. Ich glaube, dass jetzt alle in diesem Haus verstehen werden, dass ich mich wundere, wenn auch nur einer von Ihnen diesem Entwurf zustimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster hat Herr Kollege Prof. Barfuß das Wort.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, was die Kollegen von der CSU und der FDP machen. Ich stimme aber dem Haushalt nachher zu.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich bin begeistert darüber, wie klar man hier diskutiert. Im Ausschuss war man höflich. Jetzt merke ich aber, dass es so nicht mehr geht. Sind wir hier eigentlich in der Bremischen Bürgerschaft oder im Senat von Berlin? Sie stellen ein Szenario dar, als wäre dieser Staat am Ende. Das Gegenteil ist der Fall. Der Freistaat Bayern ist nach wie vor die Nummer eins in der Finanzwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Herr Ministerpräsident, neben Herrn Dr. Heubisch und Martin Zeil ist Staatsminister Fahrenschoen mit Sicherheit ein Ass in Ihrem Ärmel. Lieber Herr Fahrenschoen, wir sind sehr froh und dankbar dafür, dass Sie bei uns sind. Wir haben volles Vertrauen zu Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ministerpräsident Horst Seehofer: Und was bin dann ich?)

- Sie sind der Ober, aber das Ass ist schon er.

(Allgemeine Heiterkeit)

Spaß beiseite, wir brauchen einander alle.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich freue mich darüber, dass Sie neulich in Schwaben waren. Es wurde hier angesprochen. Wir bringen das auf einen ordentlichen Weg. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Jetzt aber zu meinen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Ich sage es immer wieder. Ich bin Ihnen wirklich dankbar für Ihre kritischen Beiträge. Sie wissen auch, dass

wir zuhören, wenn Sie etwas sagen. Sie sind aber lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass Sie nicht immer untereinander einig abstimmen. Sie wissen auch, dass sich manche innerhalb der Fraktion der Stimme enthalten, während andere zustimmen oder etwas ablehnen. Das heißt, jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung. Das ist auch gut. Die Herrschaften, die uns hier zuschauen und die uns gewählt haben, haben uns durch ihr Votum in zwei Lager aufgeteilt, einmal ins Regierungslager und zum anderen in die Opposition. Beides brauchen wir. Deswegen danke ich wirklich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzausschuss dafür, dass wir so vernünftig zusammenarbeiten.

Kollege Hallitzky, den ich sehr schätze, hat zu Recht gesagt, dass wir uns in einer schwierigen Situation befinden. Dramatisch ausgedrückt bedeutet dies: Die Welt wird sich wirklich ändern. Vieles, was jetzt passiert, haben wir noch gar nicht realisiert. Ich spreche jetzt nicht von dem Phänomen, dass ein siebenjähriger Boom zu Ende geht. Es ist ganz normal, dass ein Konjunkturzyklus rauf und runter und einmal zu Ende geht. Ich meine die Moralkrise, die sich in einer Finanzkrise ausdrückt, nämlich in der Gier, aus Dreck Geld machen zu können. Das ist das eigentliche Menetekel, welches über unserer Weltwirtschaft schwebt. Das rechte Maß ist verloren gegangen. Die Kardinaltugend des Maßhaltens brauchen wir wieder.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen liegt in jeder Krise auch eine Chance.

(Georg Schmid (CSU): Da merkt man, dass er einmal bei der CSU war!)

- Ich war gerne in der CSU, aber ihr wart nicht liberal genug, Herr Vorsitzender, und deswegen bin ich jetzt dort, wo ich hingehöre.

(Georg Schmid (CSU): Ich weiß aber, du bist ein anständiger Kerl!)

- Außerdem kommen wir beide aus Nordschwaben, dort gibt es nur anständige Kerle. Den Georg Winter können wir da noch mit dazunehmen.

Wir müssen jetzt unbedingt die Chance nutzen, aus dieser Krise zu lernen. Dazu nur ein paar Stichworte:

Die Rating-Agenturen können nicht gleichzeitig Provisionen fürs Rating verlangen und raten. Das geht nicht, das muss getrennt werden. Die BaFin würde ich auflösen und deren Aufgaben der Bundesbank übertragen. Sonst kann jeder immer nur auf die jeweils andere Organisation hinweisen und sagen, das machen die oder das machen jene. Wir brauchen eine Organisation und eine Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU - Ministerpräsident Horst Seehofer:
Sehr richtig!)

Wir brauchen dringend ein abgestimmtes Vorgehen in der EU. Wir Europäer müssen jetzt den Amerikanern sagen, dass ihr Kapitalismus genauso schlecht war wie der Sozialismus in der Sowjetunion. Die einzig richtige und verantwortbare Wirtschaftsordnung ist die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Unter sozialer Marktwirtschaft verstehe ich, dass das, was am Markt erwirtschaftet wird, sozial verteilt werden muss. Ordnungspolitisch muss es aber eine klare Trennung zwischen den Akteuren am Markt und dem Staat geben. Nach Auffassung der Liberalen - und ich glaube auch nach Auffassung meiner Freunde und Kollegen der CSU - muss der Staat den Rahmen geben, darf aber nicht selber mitspielen. Dass wir in Krisensituationen eingreifen müssen, ist klar. Das machen wir auch zu Recht. Ansonsten aber hat sich der Staat zurückzuhalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

25 % Rendite, wie Ackermann früher gefordert hat, sind endgültig vorbei. Wer 25 % Rendite verspricht, ist nicht recht bei Trost; er macht dieses Land kaputt. Wir müssen wieder zurück.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Ich bin Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss eines Abfallwirtschaftsverbandes. Wir haben alle Rücklagen mündelsicher angelegt. Dafür sind wir belächelt worden. Ich bin Bankkaufmann und wüsste schon, wie wir es auch anders hätten machen können. Es gab ganz Kluge, die irgendwelche Papiere gekauft haben - ich nenne keine Landkreise -, die jetzt aber größte Schwierigkeiten haben.

(Georg Schmid (CSU): Cross-Border-Geschäfte!)

Bescheiden und vernünftig zu sein, ist langfristig immer noch besser, als auf Innovationen zu setzen, die gar keine Innovationen sind, sondern nur der Versuch - ich wiederhole mich noch einmal -, aus Dreck Geld zu machen.

Zu Situation, in der sich der Freistaat Bayern befindet: Ich höre immer wieder, dass das, was in Berlin passiert, auch Ihr Kind ist. Lieber Kollege Ritter, es wäre schade, wenn Sie an der Regierung beteiligt wären und sich nicht durchsetzen könnten. Seien wir doch ganz ehrlich: Die Finanzpolitik ist eine Mixtur aus Geldpolitik und Fiskalpolitik, aus Ausgabenpolitik und Steuerpolitik. Das ist auch richtig. Herr Hallitzky weiß es ganz genau. Kein Mensch weiß, was der Bürger von dem, was wir ihm an Steuersenkungen zurückgeben, ausgibt. Ich erwähne nur das Stichwort marginale Konsumquote. Wir brauchen einen Mix, und der ist uns auch gelungen. Das Berliner Geld ist genauso wie das bayerische Geld Steuergeld. Deswegen halte ich von Verschiebebahnhöfen wenig. Egal was ihr in Berlin macht und was wir in Bayern machen, es ist immer das Geld der Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am wichtigsten ist für mich, dass es keine neue Verschuldung gibt. Ich sage auch, warum. Als Haushälter müssen wir zunächst betriebswirtschaftlich denken.

(Widerspruch bei der SPD)

- Keine Sorge, ich kenne schon den Zusammenhang mit der Volkswirtschaft. Aber das, was wir stemmen können, selbst wenn es eine Milliarde wäre, verhält sich angesichts

unseres Bruttoinlandsprodukts von 2.460 Milliarden Euro so, als wenn jemand 2.460 Euro im Monat verdient und von mir noch 1 Euro bekommt. Ich denke, das haut den nicht so sehr nach vorne. Deswegen müssen wir schauen, dass die Verschuldung nicht mehr ansteigt. Das ist verantwortbare und nachhaltige Politik, weil wir uns sonst an unseren Kindern und Kindeskindern versündigen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das Zweite: Wir müssen Obacht geben, dass wir mit lauter Schirmspannen nicht das falsche Signal aussenden: Ihr könnt wieder anfangen, spekulativ zu handeln; ihr könnt schon wieder nach der höchsten Rendite streben; wenn es schief geht, retten wir euch schon wieder! - Damit muss Schluss sein. Wir werden nur verantwortungsvolle Aktionäre und auch Akteure retten wollen und nicht solche, die Hasardeure sind. Die sollen das bitte selbst bezahlen.

Herr Finanzminister, zum Schluss zu Ihnen. Ich danke Ihnen, dass Sie den Mut haben, klaren Kurs zu steuern in dieser schwierigen Zeit, in der die Menschen natürlich, ohne dass sie das schon recht wissen, den Unterschied zwischen der Hilfe gegenüber einem systemischen Bankenschirm und der Einzelförderung in der Realwirtschaft sehen. Unser Wirtschaftsminister sagt immer wieder: Wir sind gern bereit, jedem einzelnen Betrieb zu helfen, wenn eine Chance auf die Zukunft besteht. Darüber bin ich sehr froh.

Wenn Sie sagen, wir würden nur die Klientel der FDP bedienen - das tun wir auch weiterhin -, sage ich: Wir sind die Partei des Mittelstandes. Jeden Facharbeiter, jeden Beamten, jeden Angestellten, jeden Handwerksmeister wollen wir vertreten. Das lassen wir uns auch von niemandem nehmen. Wenn Sie sagen, das sei Klientelpolitik, dann betreiben wir die gerne.

Keynes hat einmal gesagt, mit Deficit-Spending könne man etwas tun. Das ist richtig. Nur, was wir dann als Politiker vergessen, ist, dass wir das zurückzahlen, wenn es wieder gut geht. Denn es sind die Politiker, die eigentlich an der Staatsverschuldung mit schuld sind und die dann nicht den Mut haben, der Bevölkerung zu sagen: Stopp, die Party ist

jetzt zu Ende, jetzt müssen wir wieder etwas zurückzahlen. - Wer Keynes versteht und zu Ende liest, der wird wissen, dass das, was wir jetzt in Berlin machen, auch mit Ihrer Regierungsbeteiligung, gut ist, nämlich das zurückzuzahlen. Das ist der einzig richtige Weg, auch in Zukunft miteinander umzugehen.

Keynes hat auch gesagt - und ich bitte Sie, jetzt gut zuzuhören -: Wer einen Staat ruinieren will, der ruiniere seine Währung. - Das kann man bei Keynes nachlesen. Ich weiß nicht, ob das hemmungslose Drucken von Banknoten in den USA nicht dazu führt, dass der US-Dollar schwierigen Zeiten entgegengeht. Noch ist der gesamte Euro-Raum nicht in der Lage, das als Ankerwährung aufzufangen, was der Dollar verlöre, wenn es denn so käme.

Deswegen ist das eine Gratwanderung, eine Gratwanderung zwischen Ankurbelung, Maßhalten und Ausgewogenheit. Dabei fühlen wir uns bei Ihnen, Herr Staatsminister, bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, und natürlich auch bei meinen Parteifreunden in den besten Händen.

Ich danke abschließend allen, die hier mitgeholfen haben, an erster Stelle dem Steuerzahler, denn der bezahlt das. Wir sind nur die Treuhänder, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

An zweiter Stelle - das sind Sie da oben - danke ich den Mitarbeitern des Hauses Fahrenschohn/Pschierer, wenn ich das einmal so zusammenfassen darf, für ihre viele Arbeit, auch den Stenografen, die das, was ich sage, mitschreiben, und Ihnen allen. Bitte, leben wir gerne in einem Land, das wunderbar ist, und reden wir nicht alles schlecht.

Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP und CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Kollege Barfuß. Wir kommen jetzt zum nächsten Redner. Es ist Staatsminister Georg Fahrenschohn. Bitte schön, Herr Fahrenschohn.

Staatsminister Georg Fahrenschohn (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Ende der Beratungen zum Ressorthaushalt gilt mein Dank selbstverständlich den Berichterstattern aller Fraktionen. Ich glaube, die Diskussionen im Haushaltsausschuss über die einzelnen Pläne und insbesondere über den Einzelplan des Finanzministeriums waren von viel Sachkenntnis, von viel Neugier, von viel Aufklärung und von viel Zustimmung geprägt.

Bezogen auf die heutige Debatte muss ich sagen, Herr Hallitzky, dass ich nichts dafür kann, wenn Ihre Fraktion Sie nicht in die Schlussrunde lässt. Ich bitte aber um Verständnis, dass ich jetzt nicht auf die Themen der Schlussrunde eingehe.

Einen Punkt will ich ganz deutlich herausarbeiten: Ja, da, wo Sie für die Erbschaftsteuer sind, da, wo Sie die Erbschaftsteuer vielleicht sogar verdoppeln wollen, da, wo Sie vielleicht mit Ihren Wunschkoalitionspartnern in Deutschland auch noch eine Vermögenssteuer einführen wollen, sage ich mit meinem Koalitionspartner: Nein, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Herr Ritter, ich bin auch nicht so ganz sicher, ob wir an dieser Stelle noch einmal nacharbeiten müssen. Ich weiß nicht, welchen Haushalt Sie in den letzten Monaten bearbeitet haben. Also, der Doppelhaushalt 2009/2010 des Freistaats Bayern kann es nicht gewesen sein. Mir fällt auch kein anderer Haushalt ein, zu dem Sie im Bayerischen Landtag jetzt gesprochen hätten; denn die Dinge, die Sie gerade angeprangert haben, stimmen alle nicht, sie treffen alle für den Vorschlag des Doppelhaushalts 2009/2010 für den Freistaat Bayern nicht zu, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie erlauben, gehe ich auf drei Dinge ein, die mir im Fachressort wichtig sind.

Erstens die Verbesserung der Personalsituation in der Steuerverwaltung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil sich in den einzelnen Arbeitsgebieten der Arbeitsanfall unterschiedlich entwickelt hat, weil wir durch das klare Setzen auf EDV, aber eben auch durch Mehrarbeit, insbesondere durch mehr Fallzahlen vor allem in der Veranlagung, darauf reagieren müssen, ist es, glaube ich, das richtige Zeichen, dass wir im Doppelhaushalt 2009/2010 500 neue Stellen - 250 neue Planstellen und 250 Anwärterstellen - ausgebracht haben. Wir reagieren damit in unserer eigenen Finanzverwaltung auf die Veränderung unserer Arbeit. Ich glaube, es ist ein richtiges Signal zum richtigen Zeitpunkt, dass wir neben Lehrern, neben Polizeibeamten und neben Justizbeamten auch in der Steuerverwaltung entsprechend nachsteuern.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang gilt es aber auch, besonders auf die Ausbildungssituation in der Finanzverwaltung hinzuweisen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits im Jahr 2008 wurde die Zahl der Anwärter in der Steuerverwaltung um mehr als 200 auf über 540 Anwärter erhöht. Mit den neuen Stellen jetzt kann das hohe Niveau gehalten werden, und es können auch im Jahr 2009 wiederum insgesamt 520 Anwärter angestellt werden. Nach den heute verfügbaren Daten kann damit auch im kommenden Jahr, im Jahr 2010, eine Verstetigung der Neueinstellungen bei rund 500 neuen Anwärtern erreicht werden.

Das heißt, wir machen eben nicht Tagespolitik, sondern wir legen es darauf an, dass wir auch in unserem eigenen Ausbildungsbereich, in der eigenen Ausbildung der bayerischen Finanzverwaltung kontinuierlich und verstetigt arbeiten. Das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Ritter, behauptet haben, ist der Fall. Schon meine Vorgänger haben sich für diese Verstetigung in der Ausbildung eingesetzt. Ich setze diesen Weg konsequent fort.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Neben den neuen Stellen werden für die Steuerverwaltung aber auch rund 1.900 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, davon über 1.600 für die Beschäftigten bei den Finanzämtern und 237 für die Beschäftigten beim Landesamt für Steuern. Die zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten kommen sowohl dem Außendienst als auch dem Innendienst in allen 82 Finanzämtern und in allen 25 Außenstellen zugute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen damit auch mit unserer eigenen Personalpolitik deutlich, dass wir kontinuierlich ausbilden, dass wir, weil sich die Arbeitsweise ändert, auch entsprechend nachsteuern und dass wir darauf achten, dass insbesondere der Außendienst und die Außenstellen entsprechend gestärkt werden. Das ist die richtige organisatorische Antwort auf die Herausforderungen in der bayerischen Finanzverwaltung.

Wir werden zum Zweiten natürlich auch im Einzelplan 06 der Konjunkturpolitik gerecht. Auch im Einzelplan 06 helfen wir der Konjunktur. Gegenüber dem letzten Doppelhaushalt werden 23,6 Millionen Euro zusätzlich für den Hochbau eingesetzt, und im Rahmen der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes sind für die Jahre 2009 bis 2011 Investitionen im Umfang von 10,7 Millionen Euro vorgesehen.

Auch da, lieber Herr Ritter, stimmt das Verhältnis: 2 zu 1. Mehr als 20 Millionen Euro setzen wir selber mit bayerischen Steuergeldern im Hochbau für Investitionen ein, und 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm des Bundes nehmen wir zusätzlich in die Hand. Ein besseres Verhältnis gibt es nicht. 2 zu 1 heißt, mit über 20 Millionen Euro geht Bayern in diesem Bereich in die Investition, und 10 Millionen Euro organisieren wir zusätzlich über die Konjunkturpolitik des Bundes. Dieses Verhältnis stimmt. Es ist das richtige Verhältnis: 2 zu 1, 2 bei Bayern, 1 bei Deutschland. So können wir, glaube ich, auch vernünftig arbeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Der dritte Bereich ist nicht weniger wichtig; denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, inzwischen werden über 90 % der Arbeiten der Finanzämter IT-gestützt erledigt. Deshalb haben wir in einem weiteren, einem dritten Schwerpunkt, den Ausbau der Automatisierungsunterstützung vorgenommen, mit über 171 Millionen Euro, einschließlich der Ausbauten in den Rechenzentren und beim eGovernment. Wir werden damit unserer Aufgabe gerecht. Es freut mich, dass Sie parallel zur Abschlussdebatte meines Ressorts im Steinernen Saal die Möglichkeit haben, Anwendungen online ansehen zu können. Von den 170 Millionen Euro wurden etwa 130 Millionen Euro für die Steuerverwaltung eingeplant, 40 Millionen Euro insbesondere für den Schwerpunkt Vermessung. Ich lade Sie ein: Schauen Sie sich die Anwendungen an, die wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und dem Innenministerium, insbesondere der Obersten Baubehörde, dem Umweltministerium und dem Landesamt für Denkmalpflege in unserer Vermessungsverwaltung anbieten. Überzeugen Sie sich von der Qualität und vom Einsatz unserer staatlichen Verwaltung, vor allem dann, wenn es um EDV-gestützte Anwendungen geht.

(Beifall bei der CSU)

Ich will die Gelegenheit dieser Fachdebatte meines Ressorts auch nutzen, um Sie über eine Generalentscheidung in der Organisation der bayerischen Finanzverwaltung zu informieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir konnten im Großraum München in den letzten Jahren eine einzigartige dynamische Wirtschaftsentwicklung beobachten. Demgegenüber behinderten die bestehenden Strukturen ein rationelles und innovatives Arbeiten an den Münchner Finanzämtern. Beim Finanzamtsbezirk München, der für die Landeshauptstadt und den Landkreis München zuständig ist, gab es Probleme wegen der starren Zuständigkeitsregeln. So konnte Personal nicht flexibel eingesetzt werden. Dieses Problem lässt sich aber nicht mit personalwirtschaftlichen Maßnahmen allein lösen. Der Standort München ist ein wirtschaftlicher Sonderfall, ein Spezialfall, denn er steht für über 30 % der bayerischen Steuereinnahmen. Ich glaube, wir brauchen deshalb für München eine eigene, eine maßgeschneiderte Lösung.

Ich will herausarbeiten, dass das nicht an der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung liegt, und es liegt auch nicht an der Arbeit der bayerischen Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten. Es liegt einfach daran, dass wir anders organisieren müssen. Deshalb haben wir ein Projekt noch unter meinem Amtsvorgänger Kurt Faltlhauser begonnen, das sich mit der Neuorganisation der Münchner Finanzämter auseinandersetzt. In den Gremien waren die Finanzämter, die Personalvertretungen, das Landesamt und das Finanzministerium vertreten. Am Schluss waren über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Entwicklung des Gesamtkonzepts beteiligt. Das Ergebnis ist ein neustrukturiertes Finanzamt, das für München einheitlich agiert.

Das bringt nur Vorteile: eine optimale Verteilung der täglichen Arbeit und damit eine gleichmäßigere Arbeitsbelastung, eine verbesserte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Arbeitsbereiche, einen effizienteren Personaleinsatz, die Vereinheitlichung der Prüfungsdichte in den Außendiensten und bei der Bearbeitungsqualität in allen Arbeitsgebieten, einen gleichmäßigeren Steuervollzug, einen Abbau der Bürokratie - weil Zuständigkeitsfragen im Außenverhältnis in Zukunft keine Rolle mehr spielen - und mehr Bürgerfreundlichkeit, weil die Unternehmen und deren steuerliche Vertreter in München nur noch eine Anlaufstelle haben. Nicht zu vergessen ist, auch darauf wird geachtet, Herr Abgeordneter Hallitzky, eine Erhöhung der Steuereinnahmen.

An dieser Stelle will ich betonen, dass die Maßnahme nicht dazu dient, Stellen abzubauen. Die Reform der Organisation des Finanzamtsbezirks München dient vielmehr dem Ziel, das vorhandene Personal besser und zielgenauer einzusetzen. Wir werden diese Organisationsmaßnahme schrittweise durchführen. Die Gründungsphase beginnt am 1. August dieses Jahres. Die erste Zwischenstufe wird am 1. Januar 2010 sein. Wir verfolgen eine Zielstruktur. Von zentraler, übergeordneter Bedeutung ist dabei, dass die Mitarbeiter auch in Zukunft in den Reformprozess einbezogen werden.

Das Finanzamt München, für die Stadt und den Landkreis zuständig, wird bereits zum 1. August 2009 als selbstständige Behörde eingerichtet. In dieser Gründungsstruktur bilden im Wesentlichen die bisherigen anderen Münchner Finanzämter die nebeneinan-

der stehenden Abteilungen. Sie werden nur, ich sage das in Anführungszeichen, unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach zusammengeführt. Zu diesem Zeitpunkt sind die Betriebsprüfungsstellen organisatorisch noch den einzelnen Abteilungen zugeordnet. Die Prüfungen erfolgen aber bereits anhand eines gemeinsamen Prüfungsgeschäftsplans für den gesamten Bereich München. Bereits jetzt steht fest, dass die Betriebsprüfungsstellen bis zum 1. Januar 2010 technisch und organisatorisch zusammengeführt werden. Anschließend kann eine eigene, geschlossene Abteilung Betriebsprüfung eingerichtet werden.

Eine einheitliche Münchner Betriebsprüfung darf in ihrer Zuständigkeit eben nicht mehr von den Rechtsformen abhängig sein oder gar - das war fast nicht mehr nachvollziehbar - von den Anfangsbuchstaben her ihre Arbeit organisieren. In Zukunft kann sie bei großen Betrieben, und die haben wir in München in großer Anzahl, sachorientiert nach einzelnen Branchen ausgerichtet werden. Diese neue Struktur ermöglicht es nicht nur, flexibel auf die sich ständig verändernden Betriebsstrukturen zu reagieren, sondern auch, einheitlich auf neue Besteuerungsmodelle oder auf akute Probleme der Unternehmensbesteuerung einzugehen. Damit wird es möglich, problembezogene Einheiten zu bilden und vonseiten der Finanzverwaltung mit den spezialisierten Großkanzleien gleichzuziehen. Die so gewonnene Effizienz der Münchner Betriebsprüfung führt dann auch zu einer verbesserten Auswahl der prüfungsbedürftigen Betriebe. Wir können dann die Ungerechtigkeit zwischen dem Land und dem Sonderbereich München, die bisher in der Häufigkeit der Betriebsprüfungen lag, ausgleichen.

Die weitere Umstrukturierung erfolgt schrittweise bis zum Jahr 2012. Bis dahin soll die endgültige Organisationsstruktur erreicht werden. Ich will hier auch deutlich machen, dass die Organisationsentscheidung für München nichts an unserer Absicht ändert, Arbeiten aus München in den ländlichen Raum zu verlagern.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Von dieser Maßnahme nicht betroffen ist beispielsweise die Verlagerung der Finanzkassen, die wir schon im Jahr 2008 gestartet haben. Die Aufgaben der Finanzkasse des Zentralfinanzamts München werden seit Mitte 2008 an die sechs Standorte Deggendorf, Dillingen, Eichstätt, Ingolstadt, Mühldorf und Zwiesel ausgelagert. Bis Ende 2009 soll diese Maßnahme abgeschlossen werden. Für München haben wir eine Sonderform, eine maßgeschneiderte Organisationsstruktur gefunden. Wir werden weiter daran arbeiten, die Arbeit ins Land, zu den Menschen zu bringen. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, auch die Münchner Finanzverwaltung weiter zu verschlanken und die Arbeit in der Region weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Finanzverwaltung in Bayern fängt bei den Finanzämtern an, sie geht über die Vermessungsämter, die Verwaltung der Schlösser und Seen und über die Beteiligung bei den Liegenschaften bis hin zum Landesamt für Finanzen. Sie ist hoch motiviert und hoch effizient. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege Hallitzky hat um eine Zwischenbemerkung gebeten.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Finanzminister, sinngemäß haben Sie am Anfang gesagt: Die GRÜNEN sind dafür, die Bürger ordentlich mit Steuern zu belasten, während ich, Finanzminister Fahrenschohn, CSU, sie entlasten und deshalb die Steuern senken will. So leicht kann man es sich nicht machen. Wir alle wollen weniger Steuern zahlen, wir sind doch nicht blöd. Wenn es anders wäre, dann wären wir Idioten. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass manche Ihrer Forderungen für sich gesehen durchaus sinnvoll sind. Diese Wünsche haben aber nichts mit der steuer- und finanzpolitischen Realität in diesem Lande zu tun. Es ist kein Geld für Steuererleichterungen da.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Zusammenbrechen der Steuereinnahmen infolge der Wirtschaftskrise, die Abarbeitung der Landesbanklasten, die Finanzierung der Konjunkturpakete, die Lasten, die wir durch höhere Arbeitslosigkeit haben werden, und die unstrittige Notwendigkeit, mehr in Bildung zu investieren, alle diese Ausgaben sind zu schultern. Wie wollen Sie diese Versprechungen denn ganz konkret gegenfinanzieren? Sie können es nicht! Sie sollten deshalb keine Steuersenkungen versprechen, die Sie nach Schließung der Wahllokale im Herbst wieder zurücknehmen müssen. So viel Ehrlichkeit erwarte ich vom bayerischen Finanzminister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entweder Sie sagen konkret, wo Sie das Geld hernehmen wollen, oder Sie versprechen unseriöse Steuersenkungen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Finanzminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hallitzky, eigentlich müssten Sie es doch besser wissen. Weil wir die aktuelle Debatte in Berlin und in Europa weiterverfolgen, haben wir in diesem Doppelhaushalt nachgezogen. Die Entscheidungen der Großen Koalition, die Einkommensteuer über eine Anhebung des Grundfreibetrags und durch eine Rechtsverschiebung des Tarifs im Hinblick auf eine Entlastung zu verändern, sind in unserem Doppelhaushalt nachvollzogen worden. Wir haben mit einer extra Nachschubliste noch im März die Entscheidungen, die wir aus Bayern in Berlin durchgesetzt haben, entsprechend nachgezogen.

Am Ende, lieber Herr Hallitzky, geht es doch um die andere zentrale Frage: Wie schaffen wir es gemeinsam, dass Deutschland möglichst schnell aus dieser wirtschaftlichen Krise kommt, und wie können wir erreichen, dass Deutschland strukturell gestärkt und schneller als andere aus dieser Krise herauskommt?

Deshalb brauchen wir Wachstum, und für Wachstum brauchen wir die Entlastung der privaten Haushalte. Die privaten Haushalte können wir aber nur über Steuer- und Abgabensenkungen entlasten, und deswegen sind wir von diesem Weg überzeugt. Lassen Sie uns am Ende dieses Jahres Bilanz ziehen - das muss unser Ansatz sein - und nicht jetzt die Leute verwirren. Wir setzen auf Konsum, wir setzen auf Wachstum, und deshalb setzen wir auf Steuersenkungen und nicht auf -erhöhungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltplans 2009/2010, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/297 und 16/315 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/887, zugrunde.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/887 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Ich stelle fest, dass dies die Fraktionen der CSU und der FDP einschließlich der Kabinettsmitglieder sind. Gegenprobe! - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/297 und 16/315 als erledigt.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 21:

Haushaltsplan 2009/2010;

**Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Umwelt und Gesundheit**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/614 mit 16/619 und 16/693)

und

Änderungsanträge

**der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/632 mit 16/635 und
16/637 mit 16/640)**

und

Änderungsanträge

der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/675 mit 16/677)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/703)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 15 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten und auf die FDP-Fraktion 13 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten betragen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Martin Bachhuber das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Hochverehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, Herr Ministerpräsident! In Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen verdeutlicht der Entwurf des Einzelplans 12 für den Haushalt 2009/2010, dass Sie, Herr Staatsminister Dr. Söder, ein hohes Maß an Verantwortung im sorgsamem Umgang mit Steuergeldern beweisen. Dieser Haushalt hält, was die Bayerische Staatsregierung zu Beginn der 16. Amtsperiode des Landtags versprochen hat.

Ja, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, da können Sie behaupten, was Sie wollen: Dieser Doppelhaushalt ist im wahrsten Sinne des Wortes in doppelter Hinsicht zukunftsweisend, und zwar deshalb, weil in den Bereichen Umwelt und Gesundheit all jene Projekte und Vorhaben mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattet werden, die auch in den kommenden beiden Jahren und darüber hinaus den hohen Ansprüchen mehr als gerecht werden, die wir alle an den Schutz von Natur und Umwelt sowie die gesundheitliche Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats stellen.

Zugleich wird dieser Haushalt aber auch dem gerecht, dem wir uns alle in diesem Hause verpflichtet fühlen sollten: einem gezielten, sinngerichteten und sorgsamem Umgang mit den Steuergeldern.

Lassen Sie mich kurz auf die wesentlichen Inhalte dieses Haushalts eingehen. Der Anteil des Einzelplans 12 am Gesamthaushalt beträgt rund 2 %. Das Ausgabevolumen ging um rund 18 Millionen Euro zurück, was mit der neuen Zuordnung der Geschäftsbereiche zusammenhängt.

Erfreulich ist die Investitionsquote mit rund 33 %, 35 % im Verhältnis zum Gesamthaushalt mit rund 5,5 %. Damit können Sie, meine sehr verehrten Bürgerinnen und Bürger des Freistaates, sehr wohl zufrieden sein.

Natürlich gab es bei den Beratungen des Haushalts von der Opposition Kritik. Bevor Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, jedoch wieder Kritik vorbringen, müssen Sie sich von mir eines sagen lassen: Ihre Anträge, die Sie im Laufe der Haushaltsvorberatungen in den Ausschüssen eingebracht haben, in allen Ehren. Aber wenn Sie schon Forderungen erheben, die den Freistaat in den Jahren 2009/2010 insgesamt rund 130 Millionen Euro zusätzlich kosten würden, sollten Sie bitte schön auch sagen, woher dieses Geld kommen soll und womit wir all diese Maßnahmen gegenfinanzieren sollen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Es ist durchaus das Vorrecht der Opposition, einen Wunschzettel nach dem anderen zu schreiben und darauf zu hoffen: Das Christkind wird es schon richten. Eine Politik zu betreiben, die auf dem Christkind-Prinzip beruht, ist aber nicht nur an Weihnachten verfehlt.

Die GRÜNEN haben sich von diesem Wunderglauben wenigstens ein Stück weit entfernt, aber nur ein Stück. Sie glauben jetzt nicht mehr ans Christkind, sondern dafür an den Osterhasen.

(Heiterkeit bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Aber auch wenn der Osterhase erst in ein paar Tagen kommt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: So viele Eier können Sie gar nicht finden, dass wir Ihren Vorschlägen folgen könnten.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Beschäftigen Sie sich jetzt auch einmal mit dem Thema?)

Noch einmal: 130 Millionen Euro würde es kosten, wenn wir den Vorschlägen der Opposition in diesem Einzelplan folgen würden. Bis auf einen Vorschlag der GRÜNEN zur Gegenfinanzierung im Wert von 13 Millionen Euro - dafür wollten Sie den Gemeinden die Zuschüsse für die Wasserversorgung kürzen - war aber auch von Ihnen nichts zu hören.

So kann man keinen Haushalt aufstellen. Mit uns ist eine derartige Politik in jedem Fall nicht zu machen. Deshalb mein Tipp an Sie für den nächsten Doppelhaushalt: Setzen Sie sich von der Opposition zusammen - am besten aber auf den Boden der Tatsachen und nicht in einem Traumschloss. Setzen Sie sich zusammen und machen Sie seriöse Vorschläge zur Gegenfinanzierung. Dann können wir über alles reden. Anders ist mit uns keine seriöse Umwelt-, Gesundheits- und Haushaltspolitik zu machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo!)

In wichtigen Bereichen wie dem Naturschutz, dem Lärmschutz, der Altlastensanierung sowie der Sucht- und Drogenbekämpfung konnten die Ausgaben trotz der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen erhöht werden. Mit diesem Entwurf ist es möglich, die zentralen politischen Anliegen des Geschäftsbereichs Umwelt und Gesundheit zu realisieren.

Lassen Sie mich noch kurz auf wesentliche Punkte in diesem umfassenden Haushalt eingehen: Die Ansätze beim Naturschutz werden jährlich um 2,6 Millionen Euro erhöht. Die zusätzlichen Mittel sind insbesondere für die Umsetzung der von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Biodiversitätsstrategie, der Ausweitung des Vertragsbestandes beim Erschwernisausgleich sowie für die erhöhte Naturparkförderung bestimmt. Durch die Bereitstellung der zusätzlichen Haushaltsmittel können auch die staatlichen Mittel für besondere Leistungen der Landwirtschaft für Naturschutz und Landschaftspflege im nächsten Doppelhaushalt erhöht werden.

Das ist meines Erachtens in zweierlei Hinsicht von großer Bedeutung: Zum einen wird mit der Ausweitung des Vertragsbestandes beim Erschwernisausgleich die wichtige Arbeit unserer Landwirte gewürdigt, ohne die es die einzigartige bayerische Kulturlandschaft in vielen Regionen nicht mehr geben würde. Zum anderen ist dieser Doppelhaushalt ein beeindruckender Beweis dafür, dass der Freistaat trotz der konjunkturellen Unwägbarkeiten dem Naturschutz weiter einen sehr hohen Stellenwert einräumt. Unsere Natur, unsere Umwelt und unsere Tierwelt sind unsere Lebensgrund-

lagen. Und diese Lebensgrundlagen werden wir auch weiterhin schützen und pflegen, damit sie unseren Nachkommen in der gleichen Fülle und Artenvielfalt erhalten bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was mich als "Voralpenlandbewohner" besonders freut, ist: Die zusätzlichen Mittel von jährlich 500.000 Euro sollen für die Förderung des umweltgerechten Umbaus von Berg-
hütten sowie die Generalinstandsetzung und Beschilderung von Wanderwegen eingesetzt werden.

Der Alpenraum ist ein Naturraum von einzigartiger Schönheit, der Jahr für Jahr Millionen von Erholungssuchenden anlockt. Der Tourismus mit Urlaubern, Ausflüglern und Naherholern ist in vielen Gemeinden der wichtigste Wirtschaftszweig und Lebensgrundlage. Unser Bestreben muss es deshalb sein, hier einerseits die Interessen der Menschen, die vom Fremdenverkehr leben, und andererseits den Schutz der Natur in Einklang zu bringen. Wenn nun Hütten umweltgerecht saniert und weitere Wanderwege beschildert werden, dann sind wir auf einem sehr guten Weg.

Erfreulich ist natürlich auch der Ansatz zur Förderung von Lärmschutzmaßnahmen an Straßen im kommunalen Bereich mit jährlich fast 20 Millionen Euro. Gefördert werden aktive Lärmschutzmaßnahmen wie lärmarme Fahrbahnbeläge und passiver Schallschutz. Sie dürfen mir glauben, als langjähriger Kommunalpolitiker weiß ich um die Vorzüge solcher Programme.

Noch ein Wort zur Umweltbildung, für die im Doppelhaushalt 2,4 Millionen Euro veranschlagt sind: Für uns Politiker ist es ein wesentlicher Auftrag, dass wir diese Einrichtungen auch in Zukunft im erforderlichen Maße fördern. Es darf gerade beim Umweltschutz und bei der Umweltbildung keine Abstriche geben. Hier Abstriche zu machen, würde bedeuten, das bisher Erreichte im Umwelt- und Naturschutz aufs Spiel zu setzen. Angesichts der Klimaerwärmung und eines weiter viel zu hohen CO₂-Ausstoßes ist dies keine Alternative.

Dieser Doppelhaushalt wird diesem Anspruch gerecht, weil wir der Umweltbildung weiterhin einen großen Stellenwert einräumen. Dies wird alleine daran ersichtlich, dass die Ansätze für die Umweltstationen und das Freiwillige Ökologische Jahr auf einem in den letzten Jahren erhöhten Niveau fortgeführt werden. Weitere Mittel hierfür stehen im Übrigen auch im Umweltfonds zur Verfügung.

Ganz erfreulich ist natürlich auch, dass in diesem Doppelhaushalt jährlich wieder 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung gestellt können.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Damit gibt der Freistaat in den Jahren 2006 bis 2010 für diese Schutzmaßnahmen über eine Dreiviertelmilliarde aus, oder kurz, wie unser Ministerpräsident eingangs dieser Plenarwoche gesagt hat: Versprochen - gehalten.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Der Ansatz für die Förderung der Wasserversorgungsanlagen wird auf dem bisherigen Niveau von 10 Millionen Euro fortgeführt. Besonders erfreulich ist natürlich, dass für die Förderung der kommunalen Abwasseranlagen insgesamt 155 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für die Förderung der Kleinkläranlagen werden insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit kann ein Großteil der zu erwartenden Anträge zeitnah bedient werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Sie brauchen mir nicht zu sagen, was das den Gemeinden wert ist. Wir wissen das schon. Ich war 24 Jahre Bürgermeister. Lassen Sie mich weiterreden. Alle diese Punkte freuen mich als ehemaligen Bürgermeister und nach wie vor leidenschaftlichen Kommunalpolitiker. Ich rede nicht wie der Blinde von der Farbe, sondern weiß, was ich sage.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Freistaat könnte es sich angesichts der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage leicht machen, hier die Kommunen im Regen stehen zu lassen. Aber genau das ist nicht die Politik der CSU, das sage ich Ihnen immer wieder. Die CSU war und ist immer ein verlässlicher Partner der Städte, Gemeinden und Landkreise. Dies zeigt sich innerhalb dieses Einzelplans nirgendwo sonst so deutlich wie bei der Förderung von Projekten der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch bei der Förderung der Kleinkläranlagen - das müssen wir auch einmal sagen - lassen wir die Besitzer von Anwesen nicht im Regen stehen, die weit abgelegen sind. Auch hier erfüllen wir den Auftrag einer umweltgerechten und fairen Politik, weil wir alle Bürger gleich behandeln wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch ein paar Sätze zur Gesundheit: Der Ansatz für die Krankenhausfinanzierung wird um 22,4 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro angehoben. Dies ist angesichts der Fördersituation bei der Krankenhausfinanzierung geboten und soll einer beschleunigten Aufnahme neuer Krankenhausprojekte in die Förderung sowie einer schnelleren Abfinanzierung laufender Projekte dienen.

Für Energieeinsparungen an Krankenhäusern werden aus dem Konjunkturprogramm insgesamt 70 Millionen Euro bereitgestellt. Ferner werden aus diesem Programm für die Förderung kleiner Krankenhausbauvorhaben immerhin noch 40 Millionen Euro veranschlagt.

Gerade mit Blick auf die derzeitige Debatte um das Gesundheitssystem setzt der Freistaat mit der Bereitstellung dieser Finanzmittel ein erfreuliches Zeichen dafür, dass eine wohnortnahe Versorgung von Patienten weiter das oberste Gebot unserer Gesundheitspolitik ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Mit diesen insgesamt 540 Millionen Euro, die alleine für die Krankenhäuser im laufenden und im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, wird maßgeblich dazu beigetragen, viele kleine Krankenhäuser auf dem Lande zu sichern und zu stärken. Ob Sie das gerne hören oder nicht - wir stehen auch für die Versorgung im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das geschieht einzig und allein im Sinne der Menschen, die ein Anrecht darauf haben, in der Nähe ihres Wohnortes bestmöglich medizinisch versorgt zu werden. Und ganz nebenbei möchte ich als Kreistagsmitglied auch noch anmerken: Diese Mittel entlasten ebenfalls die Kreise und Kommunen, in deren Trägerschaft die weitaus größte Zahl der Krankenhäuser steht. Ich kann mich deshalb nur wiederholen: Der Freistaat Bayern wird auch in diesem Bereich seiner Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie gerecht. Wer diesen Einzelplan ablehnt, der lehnt auch gleichzeitig die Unterstützung der Kommunen ab. Das muss Ihnen bewusst sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erwähnenswert sind in diesem großen Haushalt auch noch die zusätzlichen Mittel für die Gesundheitsvorsorge, für die Drogen- und Suchtprävention und für viele andere Maßnahmen, die hier den Menschen im Freistaat Bayern helfen. Auch für die Beschaffung von Impfstoff gegen die Blauzungenkrankheit wurden Mittel eingestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hochverehrtes Haus, abschließend stelle ich fest: Der uns vorliegende Haushalt ist ausgewogen. Alle wichtigen Bereiche von Umwelt und Gesundheit, Naturschutz, Lärmschutz, Altlastensanierung, Gesundheitsvorsorge, Sucht- und Drogenbekämpfung, Krankenhausfinanzierung, Hochwasserschutz, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind bestens berücksichtigt. Der Einzelplan 12 wird dazu beitragen, dass Bayern weiterhin die Premiumregion in Europa bleibt. Das passiert nur deshalb, weil wir uns weder auf das Christkind noch auf den Osterhasen und auch nicht auf Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, verlassen,

sondern alleine auf unseren gesunden Menschenverstand. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Außerhalb der Tagesordnung habe ich eine Bekanntgabe zu machen: Frau Kollegin Barbara Rütting hat heute Morgen durch Übergabe einer notariellen Urkunde an Frau Präsidentin Stamm ihren Verzicht auf ihr Landtagsmandat mit Ablauf des heutigen Tages erklärt. Die Kollegin scheidet damit gemäß Artikel 56 des Landeswahlgesetzes mit Ablauf des heutigen Tages aus dem Bayerischen Landtag aus.

Im Namen von Frau Präsidentin Stamm wie im Namen des gesamten Hauses danke ich Frau Kollegin Rütting für ihre parlamentarische Arbeit, die sie über fünf Jahre im Landtag geleistet hat. Sie war zweimal Alterspräsidentin. Sie war auch die an Jahren älteste Abgeordnete in einem deutschen Parlament - ein guter Ansporn für uns ältere Abgeordnete.

(Allgemeine Heiterkeit)

Frau Rütting wird sicherlich noch ausführlicher geehrt werden, deshalb möchte ich nur kurz sagen: Frau Rütting war ein belebendes Element in unserem Parlament.

(Allgemeiner Beifall)

Sie hat uns vielerlei Gedankenanstöße gegeben - manche sehr unkonventionell, aber oft sehr, sehr erfrischend. Frau Rütting war eine besondere Persönlichkeit im Parlament. Ich bedauere deswegen ihr Ausscheiden. Wir wünschen ihr alle eine gute Zukunft, vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Der selbst-ernannte "Lebensminister" Söder pflegt zurzeit durch die Lande zu ziehen und zu sagen, er habe sich vorgestellt, zu 80 % mit der Umweltpolitik und nur zu 20 % mit der Gesundheitspolitik beschäftigt zu sein, und dass das aber seit Amtsantritt umgekehrt sei. Im Einzelplan 12 ist es nicht einmal umgekehrt. Dort entfallen knapp 5 % der Gelder auf den Bereich Gesundheit. Das muss nicht prinzipiell etwas Schlechtes bedeuten. Wir werden aber noch darauf zu sprechen kommen, wo die Akzente tatsächlich falsch oder zu wenig gesetzt sind.

Von den 80 %, die sich der Minister mit Gesundheit beschäftigt - jetzt wird es schwieriger -, sind ungefähr 95 % Bundespolitik und Wahlkampfgetöse, also Dinge, die dieses Haus nichts angehen. Diese Zeit fehlt aber für Dinge, die in diesem Haus passieren müssten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an drei Beispielen exemplarisch für den Bereich Gesundheit aufzeigen, wo Sie Ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sind.

Das ist zum einen die Versorgung psychisch Kranker. Das ist ein schwieriges Thema, weil zwar die Psychiatrie in das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit einresortiert wurde, die Gelder für die Versorgung der psychisch Kranken aber immer noch im Einzelplan 10 stehen. Ich weiß nicht, was passiert ist. Es hilft auch nichts. Sie haben unsere Anträge auf Erhöhung in diesem wichtigen Bereich leider abgelehnt, obwohl Sie wissen, dass die psychischen Erkrankungen ständig mehr werden und es massive finanzielle Defizite in der ambulanten Versorgung gibt. Es besteht eine riesige Diskrepanz, sodass man den Erfordernissen der Versorgung der Bevölkerung in keiner Weise gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Thema ist die Aids-Prävention. Es reicht nicht, Herr Staatsminister, wenn Sie unaufhörlich zum Thema Aids-Pressemitteilungen absondern - zuletzt am 28. November

2008 in Vorbereitung des Welt-Aids-Tages -, in denen Sie die Wichtigkeit des Themas in den Vordergrund stellen, vom Bund mehr Unterstützung fordern und mitteilen, dass die Gesundheitsämter Großes leisteten. Das ist in der Tat so. Allerdings lassen Sie, Herr Minister, die Gesundheitsämter im Regen stehen und erkunden nicht deren zusätzlichen Bedarf, damit sie den zusätzlichen Aufgaben gerecht werden können. Sie haben die Mittel im Freistaat nicht an die Bedürfnisse angepasst. Das wäre Ihre Verantwortung, der Sie auch in diesem Bereich nicht gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Drittes Beispiel: Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt, der abgelehnt wurde, weil er von der Opposition kommt und deswegen auch nicht richtig sein kann. Mein Vorredner hat sich lobend geäußert, dass die Mittel für die Suchtbekämpfung erhöht worden seien. Ich weiß nicht, aus welchem Teil des Haushaltes Sie das herauslesen. Die Mittel sinken de facto. Schauen Sie sich bitte die Zahlen an. Der Hinweis auf wegfallende Haushalts-sperren ist nicht hilfreich. Die Mittel für die Suchtbekämpfung sinken. Wir wissen aber, dass die Probleme dramatisch steigen.

Sie kennen die Probleme des Alkoholabusus von Jugendlichen. Sie wissen wahrscheinlich nicht - deshalb sage ich es Ihnen -, dass 40 % der Kinder, die als 13-jährige regelmäßig trinken, als Erwachsene alkoholabhängig werden. Das ist nicht nur ein soziales Problem der Betroffenen, sondern das ist auch ein massives volkswirtschaftliches Problem.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es völlig unsinnig, die Gelder für diesen Bereich herunterzufahren. Herr Dr. Bernhard, Frau Huml und Herr Dr. Söder ziehen unaufhörlich durch die Lande und loben die flächendeckende Implementierung des Projektes "HaLT!". Das ist in der Tat ein sinnvolles und das einzig evaluierte Projekt, um diesem Problem zu begegnen. Allerdings gibt es 20 Standorte, und es werden insgesamt 300.000 Euro dafür ausgegeben. Sie wissen sehr genau, dass man damit nicht überall so vorbildliche Projekte wie

in Rosenheim finanzieren kann und es nicht sinnvoll ist, nur 10.000 Euro zu geben, damit "HaLT!"-Light passiert. Wenn Sie das wirklich wollen, müssten Sie die Gelder zur Verfügung stellen.

Sie müssten endlich eine Kampagne gegen den Konsum von Tabakprodukten durchführen, anstatt das Gesundheitsschutzgesetz aufzuweichen.

(Beifall des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir haben für diesen Bereich Anträge gestellt, die knapp 10 Millionen Euro Ausgaben beinhalteten. Sie haben 10 Milliarden Euro locker für die Landesbank bereitgestellt, aber für diese wichtigen Bereiche sind nicht einmal kleine Beträge zur Verfügung gestellt worden. Das ist der Sache nicht dienlich.

Ein letztes Wort zur Krankenhausfinanzierung: Richtig ist, dass mehr Geld eingestellt wurde. Das kommt aber viel zu spät; denn Sie haben über Jahre und Jahrzehnte ihre Verantwortung auch in diesem Bereich nicht wahrgenommen. Die Krankenhäuser sind zum Teil in einem desaströsen Zustand. Sie, Herr Minister Söder, und der Ministerpräsident ziehen durch die Lande und versprechen an jeder Stelle Geld. Geld wird aber nicht über Pressemitteilungen verteilt, sondern über das Einstellen in den Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere auch sehr, dass Sie unsere weitergehenden Anträge aus dem Paket "Rettungsschirm" nicht angenommen haben; denn damit könnte man tatsächlich einen Teil der Versäumnisse in diesem wichtigen Bereich aufholen.

Wir werden aus den genannten Gründen und den Gründen, die sich aus dem Haushalt für den Bereich Umwelt ergeben und die Herr Wörner für die SPD darstellen wird, dem Einzelplan 12 nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Lebensminister Dr. Söder, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen für die Freien Wähler einige Überlegungen zum Thema Umwelt vortragen. Wir sind uns alle einig: Wir wollen die Schöpfung bewahren, wir wollen Ökologie und Ökonomie versöhnen, wir wollen die Arten erhalten, wir wollen Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern, wir wollen eine strategische, intelligente Klima- und Umweltschutzpolitik, wir wollen die Ressourcen schonen und natürlich die Fließgewässer erhalten sowie die ökologische Substanz Bayerns stärken.

Punkt eins: Der Klimaschutz. Wir müssen und wollen natürlich an den Klimaschutzziele festhalten, weil Klimaschutz die Mega-Aufgabe des 21. Jahrhunderts ist. So beschloss beispielsweise das Bundeskabinett eine drastische CO₂-Senkung bis zum Jahr 2020. Es wurde festgelegt, dass in Deutschland die Emissionen um 40 % gegenüber dem Stand von 1990 sinken sollten.

Und was für Deutschland gilt, gilt natürlich auch für Bayern. Da frage ich: Wie ist der Ist-Zustand in Bayern?

Es gibt verschiedene Rankings. Und da liegt Bayern im Geo-Ländertest beim Energieverbrauch im hinteren Drittel. Derzeit belaufen sich die CO₂-Emissionen in Bayern auf 80 Millionen Tonnen; 1990 lag der Verbrauch bei 85 Millionen Tonnen. Wir meinen, dass diese CO₂-Reduzierung in Bayern viel zu gering ist, und es ist keinesfalls zu erwarten, dass wir im Jahre 2020 dann bei 34 Millionen Tonnen landen.

Im Koalitionsvertrag - Sie erwähnen das immer, Herr Dr. Söder - ist von sieben Tonnen pro Kopf im Jahr die Rede, die Sie auf weniger als sechs Tonnen reduzieren wollen. Sie bleiben dabei aber völlig im Unverbindlichen, ob es 5,9 oder 5,8 Tonnen sein werden oder höchstens vier Tonnen, was eigentlich das Mindeste sein sollte. All das ist zu wenig, da wir wissen, dass der Verbrauch im Jahre 1990 7,5 Tonnen betrug. Das alles ist für

uns kein Fortschritt. Wir brauchen eine offensivere Klimaschutzpolitik mit einer viel größeren Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, um die Herausforderungen in Bayern zu schultern.

Kommen wir zurück zum Geo-Ländertest im Zusammenhang mit der Windenergie. Da liegt Bayern mit 0,5 % Anteil an erneuerbaren Energien an 15. und damit vorletzter Stelle. 0,5 %! Ich frage Sie, Herr Minister, wie Sie Ihre Windenergieoffensive in Bayern zu starten gedenken. Bayern soll doch in allen Bereichen Spitze sein. Herr Söder, machen Sie doch so viel Wind beim Thema Windenergie, wie bei der Gesundheitsreform!

(Beifall bei den Freien Wählern - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Machen Sie das nur da? Das wäre die richtige Frage!)

Und wie sieht nun die Strategie der Freien Wähler aus? Wir haben die Zahlen im Ausschuss diskutiert und meinen, dass noch mehr Geld als bisher in die Klimaschutzpolitik gesteckt werden muss, denn es ist dies eine notwendige Prävention gegen Schäden, die sonst später nur noch viel größer sein würden.

Unsere Umsetzungsstrategie finden Sie in unseren Anträgen. Die Freien Wähler haben zum Klimaschutz acht Anträge gestellt. Es ging um die Erhöhung der Mittel für energetische Sanierung staatlicher Gebäude, um die Erhöhung der Mittel für das Programm "Bioenergie in Bayern", das Einfügen einer neuen Titelgruppe "Förderung von Energieagenturen an den Landratsämtern", die Erhöhung der Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen, die Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald oder der Mittel für den Waldumbau.

Auch bei den Umweltstationen - das wurde gerade gesagt - haben wir eine Erhöhung verlangt. Wir sind zwar froh, dass jetzt so viel Geld für Umweltstationen im Haushalt enthalten ist, aber wir wissen doch auch, meine Damen und Herren, dass mit dem neuen G 8 sehr viel mehr W- und P-Seminare angeboten werden. Damit werden die Umweltstationen in den kommenden Jahren sehr viel stärker frequentiert werden, und das bedeutet einen höheren Mittelbedarf.

Über all diese Anträge der Freien Wähler - das haben wir im Ausschuss inzwischen gelernt - wurde nicht oder kaum diskutiert. Sie wurden pauschal abgelehnt. Das war für uns sehr enttäuschend. Man bekommt das Gefühl, dass es der CSU und der FDP gar nicht um die Sache geht. Es wurde im ersten Redebeitrag auch schon angedeutet, nur wir sind gut; die anderen haben unrealistische Ziele.

Doch aufgepasst, meine Damen und Herren! Die Bürger in Bayern sind möglicherweise schlauer, als Sie meinen. Wir Freien Wähler geben trotzdem nicht auf. Im Gegenteil. Unsere Fraktion hat zum Beispiel vor wenigen Wochen eine Exkursion ins fränkische Merkendorf gemacht. Dort haben wir gesehen, dass es eine Energiewende geben kann, und zwar von unten nach oben. Dort, wo die Bürger erkannt haben, dass Energieeffizienz und dezentrale neue Energieanlagen einen nachhaltigen Auftrieb für den Wirtschaftskreislauf einer Region bringen, wird das von den Bürgern auch akzeptiert.

In Merkendorf erzeugen zahlreiche mit erneuerbarer Energie arbeitende Anlagen 136 % des eigenen Strombedarfs. Wir wollen diese Energiewende von unten nach oben mit regionalen Leuchtturmprojekten zusammen mit den Bürgern in allen Kommunen erreichen. Dazu muss der bayerische Staat noch mehr finanzielle Mittel als bisher bereitstellen.

Stichwort Erfolgskontrolle im Landtag! Wir Freien Wähler beantragen, dass die Staatsregierung jedes Jahr dem Landtag einen Klimaschutzbericht vorlegt und über die eingeleiteten Maßnahmen und die erreichten und nicht erreichten Ziele berichtet sowie die weiteren Ziele präsentiert. Dieser Antrag wurde bereits eingereicht.

Ich komme zur Forderung, den Flächenverbrauch zu mindern. Bayern hat mit einem Flächenverbrauch von 16 Hektar pro Tag den bundesweiten Negativrekord. Die Ursachen für den hohen Flächenverbrauch sind die Neuausweisungen von Wohn- und Gewerbegebieten und der Straßenbau.

Der bayerische Umweltminister Söder wirbt für einen sparsamen Umgang mit den Flächen, lässt aber gleichzeitig bei der Berechnung bzw. Bewertung des Flächenver-

brauchs den umstrittenen Ausbau des Münchner Flughafens mit einer dritten Startbahn, die sehr viele Flächen beansprucht, einfach außen vor. Er sagt, das sei eine Sonderrechnung, die nicht mit eingerechnet werden müsse. Das, meine ich, ist nicht die richtige Bewertung des hohen Flächenverbrauchs in Bayern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Formulierung im Koalitionsvertrag "ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Mobilisierung innerörtlicher Potenziale" bzw. diese Bündnisse für den Flächenverbrauch sind uns zu wenig aussagekräftig. Vielleicht wäre es besser, die Wiedereinführung der Genehmigung von Flächennutzungsplänen durch die Bezirksregierung zu fördern; diese Behörden sind nämlich neutraler und objektiver.

Nächster Schwerpunkt: Die Freien Wähler treten für regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Regionale Wirtschaftskreisläufe schonen die Umwelt, vermindern die Verkehrsbelastung und fördern die mittelständischen Unternehmen. Vieles läuft auf diesem Gebiet derzeit in Bayern schief. Ein Beispiel, das wir im Umweltausschuss schon mehrfach diskutiert haben, ist diese EU-Hygieneverordnung, nach der kleine Metzgereien bis spätestens 31.12.2009 eine Zulassung brauchen. Erst 30 % aller Metzgereien in Bayern haben das Zulassungsverfahren durchlaufen. Die übrigen 70 % könnten auf der Strecke bleiben, wenn es nicht gelingt, die überzogenen Auflagen der Behörden zu reduzieren.

(Martin Bachhuber (CSU): Dazu gibt es doch eine nationale Gesetzgebung!)

- Nein, das stimmt nicht.

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, hier einzugreifen und die Hygieneverordnung nicht so restriktiv wie bisher auszulegen. Es gibt Beispiele in anderen Bundesländern. Ich nenne nur Hessen oder Niedersachsen. Da geht es viel besser. Warum machen Sie das in Bayern nicht auf die gleiche Art und Weise?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Freien Wähler wollen eine regionale Schlachtung mit kurzen Wegen bei den Tiertransporten.

(Zurufe von der CSU)

Ansonsten wären die großen Schlachtereien die Gewinner, die den Markt immer mehr beherrschten.

Ich komme zum Fazit. Umweltminister Söder macht derzeit einige positive Ansätze zugunsten der Umwelt; das möchte ich nicht verschweigen. Er deutet einen Kurswechsel in der grünen Gentechnik an und will mithelfen, Bayern zur gentechnikfreien Zone zu machen. Das wird von den Freien Wählern selbstverständlich begrüßt. Verbal setzt er sich auch für den sanften Ausbau der Donau ein und spricht von der Anpassung der Technik an die Natur und nicht umgekehrt. Aber Sie wissen, Herr Söder, dass Ihnen da noch der Erwin Huber im Nacken sitzt. Der ist nicht zu unterschätzen. Deswegen wissen wir noch gar nicht, wie das Ganze ausgeht.

Das Gleiche gilt für die grüne Gentechnik. Ob das eine Position der CSU sein wird, oder nur ein Versuchsballon, kann man noch nicht endgültig sagen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Es ist die Position der FDP!)

Auch bei der Durchsetzung der regionalen Kreisläufe liegt Bayern noch im hinteren Feld.

Die Koalitionsfraktionen haben alle Anträge der Freien Wähler abgelehnt. Damit können Sie nicht erwarten, dass die Freien Wähler dem Einzelplan zustimmen. Denn unsere Zielsetzung wird damit nicht erreicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Kollege Bachhuber von der CSU meint, wir glaubten noch an den Osterhasen, dann irrt er sich. Aber eines ist sicher: Der Schutz der Feldhasen ist uns persönlich wichtiger als Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Kreuzer (CSU): Gibt es da einen näheren Verwandtschaftsgrad?)

- Das liegt nicht am Verwandtschaftsgrad, sondern das liegt an unserer Liebe zur bayerischen Natur, Herr Kollege Kreuzer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da fehlt es bei Ihnen wohl etwas am Naturverständnis. Und wenn Sie ein bisschen Ahnung von Zoologie sowie von der Evolution hätten, dann hätten Sie diesen Zwischenruf mit Sicherheit nicht gemacht.

(Heiterkeit)

Ich komme zum Einzelplan 12, dem wir - das wird für Sie keine Überraschung sein - nicht zustimmen können. Laut Protokoll des Haushaltsausschusses hat Kollege Bachhuber festgestellt, dass das Ausgabevolumen im Jahre 2009 gegenüber dem Jahr 2008 um 2,2 % zurückgeht und der Anteil am Gesamthaushalt ganze zwei Prozent beträgt. Wenn ich mir vor Augen führe, dass sich Herr Staatsminister Söder als Lebensminister darstellt und dass das der Haushalt des Lebensministeriums ist, dann muss ich feststellen: In Anbetracht der ungelösten Aufgaben, vor denen wir stehen, ist es eine klägliche Entwicklung, dass in dem Bereich die Ausgaben, auch wenn das teilweise Bundeszuschüsse sind, zurückgehen und die fehlenden Zuschüsse nicht ausgeglichen werden. Eigentlich müssten wir in diesem Haushalt eine deutliche Steigerung und nicht einen Rückgang haben. Das kritisieren wir ganz heftig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den ungelösten Problemen - wir haben dazu auch Anträge eingebracht - zählt der Flächenverbrauch, der aus unserer Sicht unerträglich hoch ist. Zwar ist er im Vergleich zu früheren Jahren etwas zurückgegangen, aber wir liegen immer noch bei einem Verbrauch von 16 Hektar pro Tag in Bayern. Das ist nicht akzeptabel. Die CSU will mit ihren Anträgen die Ausgleichs- und Ersatzregelung im Bayerischen Naturschutzgesetz aufweichen, um den Flächenverbrauch sogar noch zu erleichtern. Das zeigt, dass Sie den Ernst der Lage noch überhaupt nicht begriffen haben und in eine völlig falsche Richtung marschieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen den Flächenverbrauch nicht erschweren, was notwendig wäre, sondern Sie wollen ihn durch bestimmte Anträge sogar noch erleichtern.

Ungelöste Probleme bestehen auch aufgrund der vielen Gewerbe- und Industriegebiete, die über ganz Bayern verteilt sind. Probleme verursachen selbstverständlich auch - Dr. Fahn hat ganz richtig darauf hingewiesen - die von der Staatsregierung zu verantwortenden Großprojekte, ob das nun die A 94 im Isental ist, die einen gigantischen Flächenverbrauch mit sich bringt, oder die dritte Startbahn im Erdinger Moos, die rund 1.000 Hektar Flächenverbrauch nach sich zöge, oder der enorme Flächenverbrauch im Donautal, der durch die Kanalisierung der Donau entstünde, wenn sie denn kommen sollte. Herr Minister Söder, Sie reden am Schluss dieser Debatte. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie zum Donauausbau dann klar Stellung beziehen. Sie sind es dem Hohen Hause schuldig, dass Sie erklären, wohin Sie in dem Fall marschieren wollen.

Der Flächenverbrauch ist also nach wie vor unerträglich hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Flächenverbrauch steht diametral dem entgegen, was Sie mit der Biodiversitätsstrategie, also mit dem Erhalt der Artenvielfalt, erreichen wollen. Aus der Roten Liste geht hervor, dass einer der Hauptgründe für den Artenrückgang - nicht nur in Bayern -

der Flächenverbrauch ist. Sie werden mit Ihrer Biodiversitätsstrategie scheitern, wenn Sie den Flächenverbrauch nicht in den Griff bekommen.

Notwendig ist auch - da sehe ich keinerlei Bewegung bei Ihnen und der CSU -, das Schutzgebietsystem weiterzuentwickeln, ob das nun auf europäischer Ebene ist, zum Beispiel das FFH, oder ob das unsere eigenen Naturschutzgebiete sind. Vielleicht wäre auch ein dritter Nationalpark in Bayern notwendig, wo Sie sich sogar einer Machbarkeitsstudie verweigern. Wir brauchen mehr Schutzgebiete und müssen die Managementpläne hierzu endlich einmal auf den Weg bringen und auch umsetzen. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, und zwar in erster Linie Geld für Personal. Wir haben gefordert, dass das Personal sowohl bei den Unteren Naturschutzbehörden also bei den Landratsämtern, als auch bei den Höheren Naturschutzbehörden, den Regierungen aufgestockt wird. Die Leute dort sind an der Oberkante angelangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können nicht mehr leisten. Die Aufgaben, die sie zu erledigen haben, sind aber gigantisch. Bei den Regierungen sind für den Naturschutz momentan 66 und bei den Unteren Naturschutzbehörden etwa 300 Leute tätig. Das ist für einen Flächenstaat wie Bayern viel zu wenig. Da hapert es ganz gewaltig, und dann hapert es natürlich beim Vollzug des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Hier brauchen wir Änderungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Klimaschutz haben wir gigantische Probleme. Ich habe darauf schon im Ausschuss hingewiesen, als Sie, Herr Söder dort anwesend waren. Sie sagen, Sie wollten den CO₂-Ausstoß auf sechs Tonnen pro Kopf reduzieren. Das ist keine Vision, sondern damit bleiben Sie weit hinter dem zurück, was Ihnen Herr Professor Graßl, Ihr eigener Gutachter, ins Stammbuch geschrieben hat. Eine Vision wäre, wenn Sie den Ausstoß halbieren wollten oder wenn Sie null Tonnen CO₂-Ausstoß pro Person anstreben würden. Die Kommunen machen uns das vor, die bis 2035 auf regenerative Energien umstellen wollen. Davon sind Sie meilenweit entfernt. Beim Ausbau der regenerativen

Energien stehen Sie, zumindest was die Windenergie anbelangt, bundesweit einmalig für eine Position der Blockade dieser absolut sinnvollen Energieerzeugungsmöglichkeit.

Auch beim Hochwasserschutz und der Wasserrahmenrichtlinie sehen wir Defizite. Wir wollen dafür mehr Geld einsetzen. Die Wasserrahmenrichtlinie wird uns vor enorme Herausforderungen stellen. Die EU hat uns eine sehr gute Richtlinie vorgegeben. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, und da müssen wir investieren.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Mein Fazit zum Haushalt für den Bereich Umweltschutz - Kollegin Schopper braucht auch noch einige Zeit, um zum Bereich der Gesundheit zu reden - lautet: Ihnen fehlen Visionen, und es fehlt vor allem Geld, um hier deutlich Schritte nach vorne zu machen. Uns bleibt nur eines übrig: Wir müssen diesen Haushalt ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Magerl, Sie haben gestern in Ihrer Rede zum Landwirtschaftshaushalt gesagt, Ihnen sei klar, wohin die Reise mit der FDP in der Umweltpolitik geht. Mit Ihrem heutigen Wortbeitrag haben Sie klar unter Beweis gestellt, wohin die Reise der GRÜNEN geht. Sonst sprechen Sie immer vom Einklang von Ökologie und Ökonomie. In Ihrem heutigen Redebeitrag haben Sie sich nur auf die Ökologie beschränkt. Der Einklang von Ökonomie und Ökologie ist Ihnen nicht wichtig. Wenn Sie von Ökologie und Ökonomie sprechen, ist klar, dass Sie nur Ökologie, Ökologie, Ökologie und noch einmal Ökologie meinen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Lachen bei den GRÜNEN - Unruhe)

Das ist keine Umweltpolitik für die heutige Zeit, Herr Kollege Magerl.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben gestern gesagt, die FDP wäre in der Umweltpolitik nicht sattelfest. Ich spreche Ihnen, Herr Dr. Magerl, zwar nicht die Kompetenz in der Ökologie ab, aber ich spreche Ihnen jegliche Kompetenz in der Ökonomie ab.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das bringt er jetzt alles durcheinander! - Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

Tobias Thalhammer (FDP): Die FDP muss sich von niemandem vorwerfen lassen, sie wäre in der Umweltpolitik nicht sattelfest. Wir haben schon Gesetze zum Schutz der Umwelt gemacht, als es die GRÜNEN noch gar nicht gegeben hat; da waren die GRÜNEN noch nicht einmal im embryonalen Stadium.

(Thomas Hacker (FDP): Denkt einmal nach, was der Genscher gemacht hat in der Umweltpolitik, da wart ihr noch in der Eierschale! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Thalhammer, warten Sie ein bisschen, bis sich die Aufregung über Ihre aufregenden Worte gelegt hat.

Tobias Thalhammer (FDP): Ich freue mich, dass meinem Redebeitrag so viel Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE) - Heiterkeit)

Zum Thema Ozon komme ich nachher noch. Ich weiß, dass Kollege Wörner immer einen Föhn bekommt, wenn es um Umweltpolitik geht.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Reise der FDP ist klar. Die FDP steht für eine Umweltpolitik der Vernunft. Wir setzen uns für den Einklang von Ökonomie und Ökologie ein. Wir fahren zweigleisig und nicht eingleisig wie die GRÜNEN.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Genau, Sie fahren zweigleisig, da haben Sie recht!)

Wenn Sie von "nicht sattelfest" sprechen, dann stelle ich fest: Die GRÜNEN haben Scheuklappen und sind engstirnig.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Auf Sie komme ich noch zu sprechen, Frau Kollegin von der SPD.

So engstirnig wie die GRÜNEN sind, so rückständig ist die SPD in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Wenn wir uns vornehmen, den CO₂-Ausstoß zu minimieren, dann verstehe ich nicht, wie man immer noch gegen einen vernünftigen, ausgeglichenen Energiemix sein kann. Ich verstehe nicht, wie man auf der einen Seite gegen Kohle sein kann und auf der anderen Seite auch gegen die Kernenergie.

(Harald Güller (SPD): Atomkraftwerke quer über die Welt! - Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir brauchen einen vernünftigen Energiemix, wir brauchen erneuerbare Energien, und wir brauchen herkömmliche Energien.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Und wir können nicht auf die Kernenergie verzichten. Deshalb ist die FDP ganz klar für eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke zum Wohle unserer Umwelt und zur Erreichung unserer Umweltschutzziele.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der FDP: Bravo! - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie haben eigentlich gar nichts begriffen!)

Liebe Kollegen von der SPD, ich habe Herrn Kollegen Maget, nachdem er einmal im Plenum war - letztes Mal war er ja bei der Hauptaussprache - ganz genau zugehört.

(Meldung für eine Zwischenfrage)

- Ich bin jetzt gerade so gut in Fahrt, dass ich keine Frage annehmen kann.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Er nimmt keine Zwischenfragen an.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Maget hat unserem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er würde einmal hü und einmal hott sagen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wortwörtlich sagt er: Dem Förster erzähle er "Wald vor Wild", dem Jäger "Wild vor Wald".

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Genauso ist es!)

Jawohl, dieser rhetorische Höhenflug war sehr beeindruckend.

(Harald Güller (SPD): ... und inhaltlich völlig richtig!)

Das ist das Einzige, was er zum Thema Umwelt gesagt hat; sonst hat er nichts dazu gesagt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das zeigt, wie sehr Ihnen die Umweltpolitik am Herzen liegt. Frau Kollegin Sonnenholzner hat das heute eindringlich bewiesen: Auf der einen Seite wirft sie Herrn Minister Dr. Söder vor, sich nur um die Gesundheit zu kümmern, nicht aber um die Umweltpolitik; sie selbst sagt überhaupt nichts zum Bereich Umweltpolitik, meine Damen und Herren.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie haben wohl nicht zugehört!)

Heute bin ich so schön in Fahrt und so komme ich zu den Freien Wählern. Wegen Mangels an Stoff fällt es mir allerdings ein bisschen schwer, etwas zu ihnen zu sagen. Herr Dr. Fahn, Sie haben Herrn Söder vorgeworfen, er bleibe unverbindlich. Da haben Sie

wohl von sich auf den Herrn Minister geschlossen. Denn richtige Ansätze in diesem Bereich konnten wir von Ihnen leider nicht vernehmen. Sie erheben immer den Vorwurf, dass Anträge der Freien Wähler abgelehnt würden, und sagen, Sie seien davon enttäuscht. Wir sind vielmehr enttäuscht von Ihren Anträgen und deshalb werden sie abgelehnt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Dr. Fahn, Sie wissen es ganz genau und Sie haben es im Ausschuss auch gesehen: Wenn die Freien Wähler mal eine Sternstunde haben wie beim Thema Medizinische Versorgungszentren - MVZ - in der Gesundheitspolitik,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Eine solche Sternstunde hatten Sie noch nie! - Eva Gottstein (FW): Vielleicht hat die FDP auch mal eine Sternstunde?)

dann sind wir dabei und unterstützen diesen Antrag. Bitte erzählen Sie also nicht, wir würden aus Prinzip alles ablehnen.

Jetzt bin ich so gut in Fahrt; wen haben wir denn noch? - Herrn Huber. Leider ist Herr Huber nicht da.

(Alexander König (CSU): Er ist bei einer Besuchergruppe; er kommt gleich!)

- Prima, wenn er mithört. Dann schöne Grüße über die neuen Medien. Herr Huber, ich möchte Ihnen etwas sagen, auch wenn Sie nicht da sind, es kommt aber von Herzen. Ich werfe den GRÜNEN vor, dass sie nur an die Ökologie denken, wenn sie das Begriffspaar "Ökologie und Ökonomie" hören.

(Alexander König (CSU): Falls sie überhaupt was denken!)

Ihnen, Herr Huber, muss ich vorwerfen, dass Sie nur an die Ökonomie denken. Sie haben das immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Das Thema A 94 wurde angesprochen. Ja, es ist richtig, dass die A 94 für die Anbindung der Landkreise Mühldorf und

Altötting und des Chemiedreiecks endlich kommen muss. Da gibt es eine große Unterstützung der FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir konnten das leider nicht mehr ändern; die Planung war schon zu weit fortgeschritten. Mir leuchtet es nicht ein, dass man auf die Isentaltrasse setzt, wenn man von einem sinnvollen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie spricht, nicht auf die vernünftige und umweltschonende Variante auf der B 12, die die FDP vorgeschlagen hat.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sind Sie denn für die Haager Trasse?)

Wenn wir schon von Ausbauprojekten sprechen, möchte ich jetzt etwas zum Donauausbau sagen. Ja, auch hier ist es wichtig, und das steht im Koalitionsvertrag, dass die Donau ausgebaut wird. Aber auch hier muss es einen vernünftigen Einklang zwischen Ökologie und Ökonomie geben, Herr Huber.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Der ist doch gar nicht mehr Minister!)

Es ist doch ganz einfach, Herr Huber, dass man nicht auf die Staustufen setzen kann. Das ist eine Lösung für Betonköpfe. Nach ökologisch und ökonomisch vernünftigen Maßstäben geht es um einen sanften Ausbau, denn dieser wird auch den Anforderungen der Ökologie in der heutigen Zeit gerecht.

So, jetzt habe ich so viel geschimpft, jetzt muss ich auch ein Lob aussprechen, meine Damen und Herren. Ich will auch mal loben, Herr Söder.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der Opposition - Alexander König

(CSU): Alle lieben Söder!)

Lob und Anerkennung von der FDP für Ihre vernünftige Haltung beim Thema des Donauausbaues, Lob und Anerkennung für Ihre Initiative und den Kraftakt im Haushalt beim Thema Hochwasserschutz. Ich erkenne sehr an, dass Sie sich intensiv für das Thema der Umweltbildung einsetzen. Das ist für die junge Generation ein wichtiger Maßstab.

Herr Söder, Lob und Anerkennung unsererseits auch dafür, dass Sie - wir haben Sie, glaube ich, dazu ein bisschen inspiriert -, sich des Themas Alpen exklusiv angenommen haben und sich um diesen einzigartigen Lebensraum kümmern.

Aber Herr Söder, machen Sie bitte nicht ganz so viel Symbolpolitik. Das haben Sie doch gar nicht nötig; es kennt Sie doch sowieso schon jeder. Sie müssen doch nicht auf die Berge hinauffahren und sich dort oben ablichten lassen. Eifern Sie doch nicht dem Vorbild aus Berlin nach, Herrn Gabriel, der einen kleinen süßen Bären Knut adoptiert hat; seitdem dieser größer ist, lässt sich Herr Gabriel nicht mehr in Knuts Gehege blicken.

(Alexander König (CSU): Das ist eigentlich nachvollziehbar, in das Gehege würde ich auch nicht gehen!)

Sie brauchen auch nicht dem Beispiel von Frau Merkel nachzueifern, die nach Grönland fährt, um den Klimawandel am Abschmelzen der Gletscher zu beobachten. Wenn sie das sehen möchte, müsste sie dort heute wohl immer noch stehen. Ein Wunsch von mir Herr Söder: Ein bisschen weniger Markus, ein bisschen mehr Markanz bei Umweltthemen.

(Beifall bei der FDP)

Wichtige Aufgaben liegen noch vor uns, um den Einklang zwischen Ökologie und Ökonomie herzustellen. Hierfür ist der Bayerische Wald ein ganz wichtiges Beispiel. Es geht auch um die EU-Wasserrahmenrichtlinie. Ja, wir wollen sie eins zu eins umsetzen, aber bitte nehmen Sie hier die Landwirtschaft mit an den Tisch und suchen Sie intensiver den Dialog mit der Landwirtschaft, auch über die Ministerien hinweg.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Wissen Sie eigentlich, wo wir uns hier befinden?)

Sprechen Sie mit Herrn Brunner. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Dialog zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium. Auch die Minister Zeil und Heubisch verstehen es, miteinander zu kooperieren, sich gegenseitig auszutauschen. Das liegt, glaube ich, im Interesse der Sache.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem großen Dankeschön schließen, nicht nur für Ihre Aufmerksamkeit. Ich danke vielmehr auch ganz herzlich allen ehrenamtlichen Umweltschützern, die wir in diesem Land haben und die sich mit sehr viel Sachverstand und sehr viel Liebe für unsere Umwelt einsetzen. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir abschließend, erneut den Dank an unseren Herrn Staatsminister auszusprechen, aber auch die Empfehlung: Wir stehen mit unseren Programmen gerne zur Verfügung, damit Sie sich vom Programm der FDP zu einer vernünftigen Umweltpolitik im Einklang zwischen Ökonomie und Ökologie inspirieren lassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Der erste April war gestern, Herr Thalhammer! - Dr. Paul Wengert (SPD): Waren Sie gedopt?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, würden Sie bitte noch einen Augenblick am Pult bleiben, weil ich eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Pfaffmann habe, den ich hiermit aufrufe.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Thalhammer, ich habe Ihrer Rede, obwohl es mir schwergefallen ist, aufmerksam zugehört, als es um das Thema ging, das Chemiedreieck anzubinden. Habe ich Sie denn da richtig verstanden?

(Thomas Kreuzer (CSU): Wahrscheinlich nicht!)

Sie wollen die Anbindung des Chemiedreiecks vorantreiben, allerdings nicht über die Isentaltrasse, sondern über die B 12. Habe ich richtig verstanden, dass Sie innerhalb Ihrer Koalition dafür eintreten, dass komplett umgeplant wird und dass eine neue Planung auf der Trasse B 12 zur Anbindung des Chemiedreiecks entstehen soll?

(Alexander König (CSU): Fragen Sie ihn einmal, ob er das Gutachten von Prof. Dr. Wondratschowsky kennt!)

Werden Sie das in Ihrer Koalition kraftvoll durchsetzen? Was passiert, wenn Sie sich in dieser Frage nicht durchsetzen können?

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Pfaffmann, es freut mich und ich bin, ehrlich gesagt, auch etwas überrascht davon, dass Sie auch einmal zu anderen Themen als zur Bildungspolitik sprechen. Dafür ein Lob von mir, das hatte ich jetzt gar nicht von Ihnen erwartet.

Ja, Sie haben mich richtig verstanden. Ich glaube, ich habe mich klar ausgedrückt. Ich habe gesagt, wir sind ganz klar für den Bau der A 94. Ich habe auch gesagt, dass es uns lieber gewesen wäre, diesen Ausbau auf der Trasse der B 12 voranzutreiben.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich doch erst einmal fertigreden. Vielleicht erübrigt sich dann eine weitere Nachfrage. Ich habe auch gesagt, dass die Planung leider schon so weit fortgeschritten war, dass wir die Isentaltrasse nicht mehr verhindern konnten, aber - das ist wichtig und das ist auch der Unterschied zwischen uns und beispielsweise den GRÜNEN - dass das im Einklang von Ökonomie und Ökologie passieren soll.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also doch die Isentaltrasse!)

Die Region Altötting/Mühldorf und das Chemiedreieck können nicht wegen ökologischer Engstirnigkeit von ihren Zukunftschancen abgeschnitten werden, Herr Pfaffmann. Da werden auch Sie mir nicht widersprechen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hünnerkopf.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Ressortminister Dr. Söder, Frau Staatssekretärin! Kollege Martin Bachhuber hat schon zusammenfassend dargestellt, dass der Einzelplan 12 in einer Kontinuität steht, dass gerade in diesem Bereich der Begriff der Nachhaltigkeit angebracht ist und dass der Einzelplan 12 auch in einer Zeit finanzieller Beschränkungen den Anforderungen gerecht wird.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Dr. Magerl, Sie haben den Anteil von 2 % beklagt und festgestellt, dies seien 2 % weniger als im Jahr 2008. Ich sage in aller Deutlichkeit: Für mich sind die Investitionen, die wir schwerpunktmäßig bei der Bildung vorgenommen haben, Investitionen in die Umwelt. Wenn wir beim Naturschutz, bei Umwelt und Gesundheit einen angemessenen Weg beschreiten, wird sich das auswirken.

Heute wurde bemängelt, dass viele Anträge unberücksichtigt geblieben seien. Meine Damen und Herren, zu wünschenswerten Maßnahmen hätten wir noch viele Anträge stellen können. Wir sind aber soweit Realisten, dass wir prüfen, was unter der Vorgabe der Nachhaltigkeit machbar ist und welches die wichtigen Anliegen sind. Es ist ähnlich wie in der Kindererziehung: Manchmal muss man begründen und vertreten, warum gewisse Wünsche nicht erfüllt werden können. Wir erleben gerade, wohin es führen würde, wenn dies nicht geschieht und alle Wünsche erfüllt werden.

Frau Kollegin Sonnenholzner ist auf den Gesundheitssektor eingegangen. Ich möchte meinerseits die Gelegenheit wahrnehmen, unserem Minister sehr herzlich dafür zu danken, dass er in den letzten Wochen und Monaten die Probleme der Gesundheitspolitik aufgegriffen hat und versucht, sie einer zielführenden Lösung zuzuführen. Das wird er auch schaffen mit der Unterstützung der CSU und der vernünftigen Menschen, die sehen, dass es so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU hat zu der Gesundheitsfonds-Lösung von vornherein erklärt: Wenn hier etwas falsch oder aus dem Ruder läuft, wenn erkennbar ist, dass ein nachhaltiger Schaden für die Menschen in Bayern entsteht, dann wird sich die CSU weigern, die Dinge weiter treiben zu lassen. Für die Menschen in Bayern und Deutschland und vor allem für die Ärzte, Hausärzte und Fachärzte ist es ganz wichtig, dass wir eine saubere Regelung erreichen, mit der dieses Problem für die Zukunft gelöst wird. Lieber Dr. Markus Söder, dafür mein und unser aller Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Umwelt: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in der Tat handelt es sich hier um kleine Schritte. Ich bin aber dankbar dafür, dass wir die Maßnahmen zur Biodiversität fortsetzen können. Wir werden Regelungen für diejenigen erhalten, die in der Landschaft tätig sind. Ich spreche von unseren Bauern und allen, die in der Landwirtschaft arbeiten und unsere Flächen bewirtschaften. Wir wollen den Erschwernisausgleich erweitern. Wir wollen die Leistungen für die Landschaft, die Landespflege und den Naturschutz besser honorieren. Meine Damen und Herren, wer sorgt denn dafür, dass unsere Kulturlandschaft stimmig ist und die Anliegen des Naturschutzes umgesetzt werden? - Das sind die Leute, die dort wirtschaften. Sie sorgen dafür, dass der Lebensraum für Pflanzen und Tiere erhalten und deren Entwicklung nicht gefährdet wird.

Ich weiß, dass wir hier einen großen Spagat vollbringen müssen. Wir müssen die Landschaft intensiv nutzen, um Nahrungsmittel zu erzeugen und Energieträger in der Biomasse bereitzustellen. Dennoch müssen wir auch dem Artenschutz gerecht werden. Das ist eine große Herausforderung. Deshalb halte ich die Bildung für wichtig: Wir müssen den jungen Menschen, die in der Landschaft leben, tätig sind oder sich dort erholen, Kenntnisse vermitteln und bei ihnen Verständnis für die Umwelt wecken. Ich bin froh, dass wir die Möglichkeit haben, unsere Bildungseinrichtungen zu verbessern und zu ergänzen.

Ich möchte anmerken: Bayern muss sich auf keinen Fall schämen, wenn es die Gelder aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 1,4 Milliarden Euro annimmt. Bayern gibt über den Länderfinanzausgleich und den Gesundheitsfonds so viele Mittel ab, dass wir vom Bund auch einmal etwas annehmen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Den Kollegen der SPD möchte ich Folgendes sagen: Sie waren nicht die Einzigen, die dazu beigetragen haben, dass dieses Konjunkturpaket II zustande kam. Daran war auch Ihr Koalitionspartner im Bund, die CDU/CSU, beteiligt. Ich bin auch unserem früheren Wirtschaftsminister Michael Glos dankbar, der daran maßgeblich beteiligt war und seine Gedanken und Vorstellungen eingebracht hat. Ich wollte dies sagen, weil ich aus seinem Wahlkreis komme.

(Harald Güller (SPD): Bei diesem Namen klatscht in der CSU gar keiner mehr! Das ist interessant!)

Lieber Herr Kollege Dr. Fahn, Sie bemängeln, dass der CO₂-Ausstoß weiter reduziert werden müsste. Fakt ist, dass bereits Franz Josef Strauß mit seiner Entscheidung für die Kernkraft ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass Bayern a priori einen niedrigeren Ausstoß hat. Wir brauchen eine Regelung, dass die Kernkraft weiterhin genutzt werden kann. In allen europäischen Ländern werden neue Kernkraftwerke gebaut. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen vielmehr unsere bestehenden Kernkraftwerke weiterlaufen lassen und sie so lange, wie es möglich ist, nutzen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, können wir in Ergänzung mit anderen Maßnahmen das Ziel verfolgen, deutlich den momentanen Ausstoß von sechs Tonnen zu unterschreiten.

Herr Kollege Dr. Fahn, Sie haben die Windenergie genannt. Im Binnenland Bayern ist die Nutzung dieser Technologie aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht so stark verbreitet.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Aber 0,5 % sind zu wenig!)

- Natürlich. Darüber entscheidet aber nicht der Minister. Er kann nicht herumgehen und sagen, wir bräuchten mehr Windkraftanlagen. Wenn diese Anlagen wirtschaftlich sind, werden sie auch errichtet. Bei uns werden Windkraftanlagen nicht verhindert. Wir wollen aber eine sinnvolle Konzentration dieser Anlagen, damit unsere Landschaft nicht überall verschandelt wird. Die Optik dieser Anlagen ist sehr gewöhnungsbedürftig.

(Alexander König (CSU): Landschaftsschutz ist ein eigener Wert!)

Diese Anlagen stören unser ästhetisches Empfinden im Hinblick auf die Landschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin nicht gegen die Windenergie. Wir müssen aber verantwortungsvoll damit umgehen.

Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, ich möchte etwas zur Biodiversitäts-Strategie sagen. Sie haben angeregt, eventuell einen dritten Nationalpark einzurichten. Ich bin in meiner Heimat und meinem Lebensumfeld unmittelbar davon betroffen. Wir wollen den Menschen nicht als Umweltaktivisten aufoktroyieren, was für sie gut ist. Wir wollen vielmehr mit den Menschen reden. Diese Gebiete sind derzeit kein Nationalpark und kein Biosphärenreservat. Wir wollen aber alles tun, dass in diesen Gebieten der Lebensraum für die dort speziell vorkommenden Tier- und Pflanzenarten in den Buchenwäldern, den Eichenwäldern und Mittelwäldern gesichert wird. Hier wurde bereits viel getan und viel erreicht. Große Flächen wurden bereits als Naturwald-Reservate ausgewiesen. Wir wollen dort mit den Menschen Lösungen finden. Ich bin der Staatsregierung dankbar, dass sie dies respektiert und diese Machbarkeitsstudie nicht in Auftrag gegeben hat.

Ein weiteres wichtiges Thema, das auch schon angeschnitten wurde, ist in meinen Augen der Klimaschutz. Hier geht es auch um die Problematik des Hochwasserschutzes. Ich denke, wir sollten uns hier die Zahlen vor Augen führen: In diesem und im nächsten Jahr stellen wir jeweils 150 Millionen Euro zur Verfügung, obwohl der Bund die in den letzten drei Jahren gewährten 33 Millionen Euro nicht mehr beiträgt. Es gibt also die

deutliche Priorität, dass wir vorbeugend Klimaschutz betreiben und dass wir den betroffenen Menschen mit unterschiedlichen Lösungen - zum Beispiel Realisierung von Retentionsräumen, technische Maßnahmen - helfen. Wenn in fünf Jahren eine Dreiviertel-milliarde Euro in die Hand genommen wird, um Vorsorge zu treffen, dann zeugt das von einem verantwortlichen Handeln des Staates.

Wenn es um den Sektor Energieeinsparung geht, sollten wir uns vor Augen führen, dass allein von dem Betrag von 1,4 Milliarden Euro bzw. mit den Beteiligungen von Land und Kommunen 1,96 Milliarden Euro die Summe von 1,3 Milliarden Euro in energetische Maßnahmen investiert wird. Ich denke, das ist ein Zeichen, dass man erkannt hat, dass hier Prioritäten zu setzen sind. Auch was den CO₂-Ausstoß betrifft, führt uns das ein gutes Stück weiter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sollten aber auch für den privaten Wohnungsbau - ob für den Eigenbedarf oder die Vermietung - finanzielle Anreize schaffen, damit in energetische Sanierungsmaßnahmen investiert wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum haben Sie dann unserem Paket nicht zugestimmt?)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich bin wie meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU - Kollege Thalhammer von der FDP hat vieles unterstützt, wengleich er in meinen Augen manchmal vergessen hat, was wir im Koalitionsvertrag festgehalten haben - der Auffassung, dass auch der Einzelplan 12 solide ist und eine verantwortungsvolle Haushaltsführung der CSU und der Staatsregierung zeigt. Wenn die finanziellen Mittel aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung hier mit eingesetzt werden, dann stellen sie das Sahnehäubchen auf den Maßnahmen dar, die wir a priori verwirklichen wollen. Der Haushalt trägt dazu bei, die Konjunktur zu stützen und dadurch Arbeitsplätze in Bayern zu erhalten, aber auch umweltrelevante Ziele voranzubringen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das ist gut für die Natur und die Umwelt, das ist gut für die Menschen in Bayern. Insofern stimmt die CSU-Fraktion dem Haushaltsplan zu. Ich bitte auch Sie, sich anzuschließen; denn Sie machen damit auf keinen Fall etwas falsch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich erteile zu einer Zwischenbemerkung Herrn Kollegen Dr. Magerl das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Geschätzter Kollege Dr. Hünnerkopf, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir bei der Frage eines dritten Nationalparks im Steigerwald eine Machbarkeitsstudie gefordert haben, der Sie sich verweigern? In dieser Machbarkeitsstudie geht es nicht nur um ökologische Fragen, sondern auch um ökonomische und soziologische Fragen. Das heißt, es geht auch um die Frage, ob ein solcher Nationalpark mit der Bevölkerung machbar ist. Das herauszufinden, ist die Aufgabe einer Machbarkeitsstudie.

Sie verstecken sich hier hinter einzelnen Stimmen vor Ort, die sich gegen das Projekt wenden. Mir sind aber keine Untersuchungen bekannt, die belegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Nationalpark ist. Es wäre Aufgabe der Machbarkeitsstudie, dies zu erfragen. Meinen Sie nicht, dass es scheinheilig ist, zu behaupten, man setze nichts gegen die Bevölkerung im Steigerwald durch, während ansonsten an allen Ecken und Enden in Bayern, wenn es um Eingriffe in den Naturhaushalt geht - Stichwort: Isental, Donauausbau, dritte Startbahn -, die Auffassung der Bevölkerung überhaupt keine Rolle spielt? - Die Leute werden nicht gefragt und die Eingriffe in den Naturhaushalt werden ihnen einfach zugemutet. Ich finde, das ist scheinheilig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Kollege Dr. Magerl, ich darf Ihnen mit Zahlen belegen, dass Sie offensichtlich doch nicht so gut informiert sind. Es gibt zwei Landräte und eine

Kommune, die sich dafür aussprechen. Alle Kreistagsgremien sprechen sich dagegen aus. 40 Stadt- und Gemeinderäte haben sich mit Beschluss dagegen ausgesprochen.

(Zuruf von der CSU: In der Summe 60.000 Menschen!)

Ich frage mich, welches Fazit Sie daraus ziehen. Ich erkenne, dass die Menschen das nicht wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch einmal, damit ich nicht falsch verstanden werde: Wir wollen auf jeden Fall gewährleisten, dass die Tiere und Pflanzen in den Buchen- und Eichenwäldern des Steigerwaldes dort weiterhin existieren können. Diese Biozönosen und Ökosysteme sollen weiter bestehen; das wollen wir unterstützen. Wir haben schon eine Fläche von über 500 Hektar, die diesem Ziel dient. Weitere Flächen sind ins Auge gefasst. Ich denke, man soll das wachsen lassen und in der Diskussion mit den Menschen ausloten, wozu sie wirklich bereit sind.

Persönlich möchte ich anmerken: Ich beobachte, dass für das Biosphärenreservat Rhön eine große Akzeptanz vorhanden ist. Dort ist man so weit, dass die Fläche nahezu verdoppelt werden soll. Wir haben die Staatsregierung mit einem Beschluss des Umweltausschusses beauftragt, zu eruieren, wie man in diesem Sinne eine Lösung erreichen könnte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Dann ist Ihnen zu danken, Herr Kollege Hünnerkopf. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

(Alexander König (CSU): Die Allzweckwaffe der SPD!)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle meine Rede um, nachdem die Kritik an der Staatsregierung bereits von der FDP geübt worden ist,

(Beifall bei der SPD)

allerdings in einer Art und Weise, die den Verdacht nahelegt, dass der junge Mann gerade von der Partymeile kommt und nicht aus dem Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an einigen Beispielen belegen, dass bei Ihnen das zutrifft, was Franz Maget beschrieben hat, nämlich dass bei Ihnen der Schein das Sein bestimmt und nicht umgekehrt. Ihre Wahrnehmung ist offensichtlich schon so verblendet, dass Sie das gar nicht mehr mitbekommen.

Sie haben unsere Anträge zur Schutzwaldsanierung abgelehnt. Sie haben unsere Pläne zur Verstärkung der Mittel für den Hochwasserschutz abgelehnt. Sie haben Anträge zur Erhöhung der Mittel zum Umbau des Bergwaldes abgelehnt. Sie haben es auch abgelehnt, Mittel, die aus dem Forst erwirtschaftet werden, zu reinvestieren. Den Wahlspruch der Waldbauern "Was aus dem Wald kommt, muss in den Wald zurück" befolgen Sie nicht. Stattdessen zweigen Sie Mittel für den Haushalt ab und versündigen sich damit an der Natur.

(Beifall bei der SPD)

Der Waldumbau ist nichts für die nächsten 14 Tage oder eine Wahlperiode, sondern er ist etwas für 100 Jahre und mehr. Aber das muss man begreifen, und dazu muss man die Natur verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben eine Reihe von Anträgen zur energetischen Sanierung abgelehnt, die dafür Sorge getragen hätten, dass passiert, was auch Kollege Dr. Hünnerkopf gern hätte, dass nämlich auch die Eigentümer von Privathäusern Geld für energetische Sanierungen erhalten. Ein solches Vorgehen würde sich

auch auf die Mieten beruhigend auswirken, aber diesen Zusammenhang kennen bei Ihnen wahrscheinlich nicht alle.

Wir wollten, dass die Verbraucherinformation zum Klimaschutz und zum Verkehr verstärkt wird. Auch das haben Sie abgelehnt. Sie haben Mittel für die Verkehrsökologie, also für F & E-Projekte abgelehnt. Daraus resultiert letztlich nichts anderes, als dass Sie einen Haushalt, der erhöht werden sollte, gekürzt haben. Vom Kollegen Magerl ist es ausreichend beschrieben worden. Wer hier sagt, er sei für Bayerns Natur, Heimat und Menschen, der belügt entweder die Menschen oder er ist in seiner Wahrnehmung gestört.

Jetzt möchte ich auf einen Widerspruch eingehen, der immer wieder auftaucht. Wir fordern mehr Mittel für den ökologischen Umbau, weil damit Arbeitsplätze in Bayern geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Über 30.000 Arbeitsplätze mehr sind allein durch die Windenergie und durch andere regenerative Energiearten entstanden. Das wollen wir fortsetzen. Sie blockieren es aber, indem Sie die Mittel, die wir dafür gefordert haben, nicht freigeben. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie über Arbeitsplätze reden, müssen Sie uns schon sagen, wie Sie es machen wollen. Wenn Sie bei den regenerativen Energien mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze wollen, machen wir es gemeinsam. Dazu bedarf es aber auch einer Anschubfinanzierung aus Bayern und nicht nur immer aus Berlin.

Dazu eine Nebenbemerkung. Wir von der SPD sind nicht dagegen, dass das Konjunkturpaket II angenommen wird. Natürlich sollen wir es annehmen. Bayern muss aber selbst draufsatteln, wenn es so finanzstark ist. Bayern muss Geld dazugeben. Das ist ein vernünftiger Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Fahrenschoen hat heute Vormittag von der Zwei-zu-eins-Regelung gesprochen. Daher stellt sich für mich die Frage, ob diese Zwei-zu-eins-Regelung auch für die Ökologie gilt. Hier habe ich sie nicht entdeckt.

In dem Zusammenhang möchte ich auch auf einen Kollegen eingehen, der aus der Kommunalpolitik kommt und hier mit Stolz geschwellter Brust über die Erfahrungen aus der Kommune berichtet hat. Herr Kollege, nicht einmal die Staatsregierung kann die Frage beantworten, wie hoch die Zinsleistungen der Gemeinden sind, die bei der Sanierung von Abwasser- und Wasserleitungen Vorleistungen erbracht haben. Nicht einmal die Staatsregierung kann sagen, wie hoch die Zinsbelastung der Kommunen ist, die dadurch entstanden ist, dass die Staatsregierung ihre Schulden bei den Gemeinden immer noch nicht getilgt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier ein Loblied auf die Kommunen singt, macht sich nur lächerlich. Gehen Sie doch hinaus zu Ihren Bürgermeistern und fragen Sie sie. Die werden Ihnen sagen, was los ist.

Der Schein und nicht die Tatsachen bestimmen bei Ihnen das Sein. Tatsache ist, dass wir in Bayern ein ungeheures Artensterben haben. Es ist größer als in allen anderen Regionen, weil wir an unserer Natur Raubbau betrieben haben. Dazu möchte ich auch gerne auf den Kollegen Dechant eingehen. Er hat gestern einen Satz losgelassen, bei dem ich zunächst dachte, es sei seine eigene Meinung, aber nicht die Meinung der FDP. Nachdem ich aber Herrn Thalhammer heute gehört habe, weiß ich, dass das offensichtlich die durchgängige Meinung der FDP ist. Er hat gesagt: "Landwirtschaft vor Natur!". Sie können es im Protokoll nachlesen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Herr Dechant hat das gesagt!)

Wir haben gemerkt, dass es bei Ihnen offenbar einen Vorrang der Landwirtschaft und keinen Gleichklang zwischen Landwirtschaft und Natur gibt. Das ist Ihre Aussage. Ich sage Ihnen aber, Bayerns Bauern und Landwirte sind längst viel weiter.

(Beifall bei der SPD)

Die meisten Bauern in Bayern sorgen in der Landwirtschaft dafür, dass sie mit ihrer Existenzgrundlage in Einklang leben können.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann man nicht so wie die FDP sagen, dass die Landwirtschaft Vorrang vor der Natur haben muss. So funktioniert es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieser Gleichklang hergestellt ist. Nötigenfalls brauchen wir dafür Ausgleichsmittel. Das gilt bei Hochwasserausgleichsmaßnahmen genauso wie bei vielem anderen. Dann hätten wir diesen Gleichklang längst erreicht.

Herr Kollege, es freut mich, dass Sie sich heute gegen die Trassenführung der A 94 ausgesprochen haben.

(Tobias Thalhammer (FDP): Für Haag!)

- Sie sprechen sich für Haag und gegen das Isental aus.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich spreche mich vor allem für den Ausbau aus!)

Dazu darf ich Ihnen Folgendes sagen: Aufgrund Ihres Alters haben Sie offensichtlich noch ein anderes Politikverständnis als ich.

Wenn ich etwas ändern will, ändere ich es hier in diesem Haus. Deshalb bin ich hier. Ich kann dann nicht sagen: Man kann nichts mehr dagegen machen, obwohl ich es gerne hätte. Wenn wir uns einig wären, könnten wir hier anders entscheiden. Dazu sind Sie aber nicht Manns genug. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben eine Sowohl-als-auch-Haltung, damit man Sie genauso wie den Pudding nicht an die Wand nageln kann. Den kann man auch nicht an die Wand nageln. So kommen Sie mir vor. Das ist Ihre Art von Politik.

Zur Gesundheit haben Sie Gott sei Dank gar nichts gesagt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Doch, habe ich auch!)

Das wäre schädlich für die Gesundheit gewesen. Dass Sie nichts gesagt haben, war gut so. Das zeigt auch die Meinung der FDP, aber hoffentlich nicht bei allen ihren Vertretern. Wir glauben, dass die Gesundheitspolitik in Bayern genauso wie die Umweltpolitik zu kurz kommt.

Wir haben beim Artensterben die längsten Roten Listen. Dagegen gilt es etwas zu tun. Sie sagten, Windkraftträder würden die Natur verschandeln. Kolleginnen und Kollegen, Sie betreiben doch gerade ein gigantisches Lift-Ausbau-Programm. Sind die Stützen, die am Berg stehen, schöner als Windräder? Können Sie mir das erklären? Erklären Sie mir doch bitte den Unterschied zwischen einem Windrad, das noch dazu ökologisch sinnvoll ist, und einer Liftanlage, die Strom verbraucht, oder einer Schneekanone, die Wasser und Strom verbraucht. Sie müssen mir einmal erklären, worin hier der Unterschied liegt - in der Verschönerung oder der Verschandelung der Natur.

(Thomas Kreuzer (CSU): Der Unterschied liegt doch klar auf der Hand!)

Herr Minister Söder, bei der energetischen Sanierung waren wir uns zumindest insoweit einig, als wir bei staatlichen Gebäuden endlich etwas tun müssen, nachdem wir es Ihnen zehn Jahre lang gepredigt haben. Wir müssen hier auch im Interesse des Geldbeutels des Freistaates Bayern etwas tun. Sie sind in der Frage ein Getriebener gewesen. Nur deshalb konnten wir etwas erreichen. Der Oberste Rechnungshof hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass wir zu viel Geld für die Energie ausgeben, weil wir unsere Gebäude nicht richtig gedämmt haben. Jetzt machen wir endlich etwas. Es wird auch Zeit. Ich habe dazu aber eine Bitte: Verlassen Sie sich nicht auf die Berechnungen der

Architekten. Es gibt glaubwürdige Zeugen auch aus dem Kreis der Architekten, die bestätigen, dass 80 % der Selbstbescheinigungen über die Wärmeinsparung infolge von Dämmung falsch sind. Möglicherweise geben wir deshalb viel Geld aus, ohne das uns gesteckte Ziel zu erreichen. Meine Bitte ist: Kontrollieren Sie, was Sie tun und lassen Sie diese Herrschaften nicht etwas bescheinigen, was Sie am Ende möglicherweise gar nicht erreichen. Dann macht es nämlich keinen Sinn.

Noch einige Bemerkungen zu wesentlichen Themen für Bayern. Herr Staatsminister, es hat mich gefreut, dass Sie im Zusammenhang mit der Geothermie meine Worte von der Wärmflasche Bayern übernommen haben. Offensichtlich haben Sie endlich auch begriffen, dass die Geothermie eines der großen Themen Bayerns ist. Wir haben das Glück, dass wir auf dieser Wärmflasche sitzen. Lassen Sie uns dann aber für diejenigen, die bohren, die Risiken minimieren. Risiken gibt es bei der Geothermie immer wieder. Lassen Sie uns diese Risiken minimieren, um die Bereitschaft derer, die diese Quellen erschließen wollen, noch mehr zu fördern, als es bisher der Fall war. Wir haben mit dem Atlas schon ein gewisses Stück geleistet. Das ist eine gute Vorarbeit. Lassen Sie uns auf diesem Weg fortschreiten. Da haben Sie uns an Ihrer Seite, denn ich glaube, dass die Zukunft Bayerns darin liegt, dass wir die Wärmflasche, die wir unter uns haben, auch ausreichend nutzen.

Noch nicht so weit sind wir bei der Energieberatung. Hier wären wir gerne schon weiter. Wir meinen, dass wir die Kommunen und die Regierungen bei der Beratung über energieautarke Regionen noch mehr unterstützen müssen. Wenn wir es gemeinsam schaffen, so viel Energie wie möglich einzusparen, entlasten wir nicht nur unseren Haushalt, sondern auch die gesamten Haushalte der Bundesrepublik. Im Übrigen betreiben wir damit auch einen gigantischen Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns von der Gigantomanie der Vergangenheit, möglichst große Kraftwerke zu bauen, wegkommen. Große Kraftwerke sind nur das Spielzeug der Ingenieure. Je

mehr Kilowatt man hat, umso stärker ist man. Lassen Sie uns eine kleinteilige Energieversorgung betreiben. Die ist wesentlich besser, und damit sparen wir auch jede Menge an Leitungsverlusten ein. Nachdem wir wissen, wie hoch die Leitungsverluste bei Strom sind, müssten wir doch längst begriffen haben, dass die kleinteilige Energieversorgung wesentlich besser ist als die Versorgung durch große Kisten, die möglichst weit weg sind und bei denen die Effizienz des Energieeinsatzes gerade einmal bei 42 bis 46 % liegt. Den Rest blasen wir irgendwo hin und verursachen noch alle möglichen Risiken, die damit verbunden sind.

Herr Kollege Hünnerkopf, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze, weil Sie fachlich und auch inhaltlich sehr gut sind, aber, es tut mir leid, bei der Kernenergie verstehe ich Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Auslaufrfrist beschlossen, die die Möglichkeit gibt, umzusteigen, einen neuen Energiemix zu organisieren. Lassen Sie uns das nutzen! Weichen Sie das nicht auf! Sobald Sie nämlich jetzt die Abschaltziele aufweichen, kommen andere sofort wieder zu der Auffassung, dass sie auf der Einsparseite nichts mehr zu tun brauchen, weil genug Energie vorhanden ist.

Lassen Sie uns dieses Ziel verfolgen und gemeinsam erreichen. Wir tun das im Interesse Bayerns und unserer Heimat. Gelegentlich darf muss man nicht dem Mainstream folgen, sondern muss sich in den Wind stellen, wie das der Herr Ministerpräsident in Berlin tut.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Lieber Herr Kollege Wörner - -

Ludwig Wörner (SPD): Lassen Sie es uns bei der Kernenergie genauso machen, also gegen die anderen halten, uns anders aufstellen, ähnlich wie Österreich. Dann sind wir auf einem guten Weg.

Wir werden im Übrigen dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile zu einer Zwischenbemerkung dem Herrn Kollegen Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Wörner, nehmen Sie bitte erneut zur Kenntnis, dass die FDP für einen vernünftigen Einklang von Ökologie und Ökonomie steht.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie die Landwirte einfach ihre gute Arbeit machen, indem Sie sie nicht immer mit neuen Regularien überziehen. Nehmen Sie bitte ferner zur Kenntnis, wie ich es auch gesagt habe, dass uns wichtig ist, dass die A 94 gebaut wird und dass wir uns nicht beim Wie verzetteln.

Nehmen Sie bitte ferner zur Kenntnis - das ist mir außerordentlich wichtig -, dass ich, wie Sie auch selbst richtigerweise festgestellt haben, ein anderes Politikverständnis habe als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Augenblick! Das habe ich gleich erkannt: Gerade wurde der Antrag gestellt, dass wir eine namentliche Abstimmung über diesen Haushalt haben. Das gebe ich hiermit bekannt. Die 15 Minuten laufen.

Herr Kollege Wörner, Sie haben das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Thalhammer, über Vernunft lässt sich streiten, über Ansichten lässt sich diskutieren. Wenn das ihr Verständnis von Umweltpolitik ist, was Ihr Kollege und Sie heute von sich gegeben haben - Sie haben nämlich inhaltlich zur Umweltpolitik genauso viel gesagt wie im Ausschuss, nämlich nichts Inhaltliches -,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

dann sage ich Ihnen: Lassen Sie es dabei, dann können Sie keinen Schaden anrichten. Sagen Sie also am besten gar nichts dazu, weil sonst die Zuhörerschaft möglicherweise der Meinung ist, alle würden so ticken, wie Sie ticken, und das wollen wir nicht so gern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Wörner, ich erteile jetzt zu einer Zwischenbemerkung dem Herrn Kollegen Steiner das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege, Sie haben gerade gesagt, wir sollten es bei der Energieversorgung so wie Österreich machen. Das heißt, wir steigen aus der Kernenergie aus und beziehen unseren Strom aus den dreckigen Kernkraftwerken in der Tschechien. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Steiner, nehmen Sie bitte zur Kenntnis - da muss man allerdings von der Energieversorgung eine gewisse Grundahnung haben -,

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

dass wir genau wie Österreich in einem europäischen Verbundnetz hängen. Daher wissen weder Sie noch ich, woher wir unseren Strom haben. Auch Österreich weiß das nicht. Im Übrigen versorgt sich Österreich rein rechnerisch in erster Linie über seine Wasserkraftwerke. Österreich hat das Glück, dass es dort sehr viel Wasser gibt. Im Übrigen könnten auch wir das Wasser sehr viel besser nutzen, als wir das derzeit in Bayern tun.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Vetter.

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass ich zu Anfang zwei, drei Sätze zu dem unsäglichen Auftritt von Georg Schmid - er ist jetzt leider nicht da - vor zwei Tagen sage. Ich wollte ihn eigentlich fragen, ob er heute besser geschlafen hat als vor diesem Auftritt. Wir von den Freien Wählern haben uns auf jeden Fall geschämt für das, was er da vorgebracht hat. Bitte richten Sie ihm das aus.

Ich weiß jetzt auch, warum er "Schüttelschorsch" heißt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Uns alle hat es bei dieser Rede richtig durchgeschüttelt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ein Satz bitte noch an ihn. Ich fange genauso sachlich an, wie das damals war.

(Unruhe bei der CSU - Glocke des Präsidenten)

Richten Sie ihm bitte aus: Wenn es darum geht, sich gegen rechtsradikale Tendenzen in Deutschland zu wehren, was wir alle tun müssen - das ist ganz, ganz wichtig -, dann möge er nicht nur auf Schleswig-Holstein schauen, sondern bitte vor der eigenen Tür kehren. Schicken Sie ihn zum Beispiel nach Regensburg und lassen Sie ihn dort endlich den braunen CSU-Sumpf ausmisten, meine Damen und Herren von der CSU!

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU)

An die vernünftigen Kollegen von der CSU: Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber ich spreche hier auch im Namen unserer Fraktion, der Freien Wähler.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Waren Sie auch schon einmal in Bremen mit Ihrer Theorie?)

Herr Thalhammer, zu Ihnen ganz kurz: Das, was Sie uns hier bieten, hat einen sehr hohen Unterhaltungswert. Ich höre Ihnen gerne zu. Ich würde mich mit Ihnen gerne einmal bei einem Bierchen über Kohle unterhalten. Die Kohle, wie Sie sie verstehen, ist möglicherweise eine andere Kohle als die, die im Umweltschutz eine Rolle spielt. Das wollte ich nur einmal sagen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zurufe von der CSU)

- Die Polemik haben Sie, liebe Kollegen von der CSU, vor zwei Tagen mit dem Herrn Schmid in die Debatte gebracht. Das lasse ich mir nicht gefallen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf von der CSU)

Zur Sache, zum Einzelplan 12. Herr Söder, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Ich kann einen fachlichen Grund für die Neuressortierung des Bereiches Gesundheit immer noch nicht erkennen. Dafür sind offensichtlich politische Gründe vorhanden. Wenn dies - so scheint es - keine weiteren Kosten im Haushalt verursacht, kann doch niemand ernsthaft zumindest steigende Bürokratie- und Verwaltungskosten ausschließen.

Ich komme zum nächsten Punkt. Wir als Freie Wähler, die den ländlichen Raum in Bayern vertreten, sehen die Krankenhausplanung als zentral an. Über das Konjunkturpaket sind hier zumindest Ansätze vorhanden. Trotzdem wäre ein noch transparenteres Vorgehen in diesem Bereich aus unserer Sicht wünschenswert.

Im Bereich der Aids-Bekämpfung und der allgemeinen Suchtprävention, Kolleginnen und Kollegen, aber auch im Bereich der Hilfe für Drogenabhängige nehme ich mit großer Enttäuschung zur Kenntnis, dass hier kein gesteigertes Engagement des Freistaates erkennbar ist.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von den Freien Wählern: Genau!)

Dabei sehen wir gerade bei der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche einen großen Nachholbedarf. Eine frühzeitige Prävention gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch ist unerlässlich, und wir werden nicht aufhören, dafür zu kämpfen und dafür einzustehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In Bayern und in Sachsen wird am häufigsten Alkohol getrunken. Allein Bayern verzeichnet über eine halbe Million Alkoholabhängige. Der Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen nimmt dramatisch zu.

Die Staatsregierung führt zwar partiell verschiedene Aktionen durch. Dies ist aber zu wenig. Wir benötigen hier nicht nur punktuell, sondern bayernweit kontinuierliche und flächendeckende Aktionen und Projekte gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Lieber Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner?

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, im Moment nicht.

(Zurufe von der CSU: Ah, ah!)

Jetzt spreche ich die Schulen an. Die Schulen sind in besonderem Maße einzubeziehen. Aus diesen Gründen reichen die bisherigen Haushaltsansätze nicht aus. Sie hätten aufgestockt werden müssen, so wie wir das auch in einem Antrag gefordert haben.

Kolleginnen und Kollegen, die Behandlung von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren, die mit akutem Rausch in ein Krankenhaus eingewiesen wurden, kostete die Krankenkassen im Jahr 2007 11,6 Millionen Euro, und die Tendenz ist steigend.

Frau Staatsministerin Haderthauer, Sie haben selbst bei der Frühjahrsversammlung der Diakonie in Altdorf Defizite in der Suchtberatung eingeräumt, aber es ist nicht erkennbar,

dass sich dies im Haushalt niederschlägt. In unserem Antrag hatten wir, bescheiden wie wir sind, eine Erhöhung auf diesem Gebiet um 100.000 Euro von 221.000 Euro auf 321.000 Euro gefordert. Das wurde von Ihnen abgelehnt.

Der einzige Änderungsantrag, den die Regierungsfractionen letztlich eingebracht haben, gilt nicht einer Verbesserung der Gesundheit der Menschen in Bayern, sondern einer Stärkung der Marke "Gesundheitsstandort Bayern". Das ist der Staatsregierung immerhin 250.000 Euro Wert gewesen. Für mich ist dieses Vorgehen wieder ein Beleg dafür, worum es dieser Regierung eigentlich geht: Die Verpackung muss stimmen.

Wir Freien Wähler sind der Meinung, dass es um Inhalte gehen müsste, und nur darum sind wir im Übrigen auch als drittstärkste Kraft in den Landtag gewählt worden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Ministerin Haderthauer?

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Hinterher.

(Zurufe von der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nachher.

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Kolleginnen und Kollegen, das Prinzip, so zu tun als ob, haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern schon längst entlarvt. Wenn Sie wirklich einen guten Wahlkampf machen wollen, dann kümmern Sie sich bitte mehr um Inhalte.

(Zurufe von der CSU)

Nun noch zu einem grundsätzlichen Thema, Kolleginnen und Kollegen. Wir Freien Wähler werden in Zukunft ein eigenes Gesundheitskonzept vorstellen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

das gerechter, sozialer und zukunftsfähiger ist als alle anderen Vorschläge in diesem Bereich.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der Kürze der Zeit kann ich dazu jetzt keine Ausführungen machen. Wenn Sie mir die Gelegenheit geben, kann ich das gerne nachtragen. Meine Redezeit läuft leider ab.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank! - Ernst Weidenbusch (CSU): Sie hätten eben mit dem Thema anfangen sollen! - Allgemeine Unruhe)

Die Verantwortung für die politischen Fehlentscheidungen im Gesundheitssektor in den letzten Jahrzehnten liegt bei Ihnen, meine Damen und Herren der bisherigen Regierungsparteien. Ich werde nicht müde werden, weiterhin darauf hinzuweisen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir Freie Wähler werden jedenfalls nicht nachlassen, den Finger in die Wunde zu legen, wenn das für die Lebensbedingungen der Menschen in Bayern erforderlich ist.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Vetter, bleiben Sie gleich am Pult stehen. Frau Ministerin, wollen Sie jetzt eine Zwischenbemerkung machen?

Christine Haderthauer (CSU): Herr Vetter, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich unser Suchtberatungssystem - das im Übrigen nicht in meinem Haus, sondern im Haus des Umwelt- und Gesundheitsministers angesiedelt ist - für ein hervorragendes halte? Ich habe es in Altdorf ausdrücklich gelobt und darauf hingewiesen, dass diejenigen, die nicht daran teilnehmen, dazu vom Jugendamt aufgefordert werden sollten. Sie sollten aufgefordert werden, daran teilzunehmen.

(Beifall bei der CSU - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Mit welchem Geld?)

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Das nehme ich zur Kenntnis, Frau Staatsministerin, auch wenn ich anderer Meinung bin.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es tut mir leid, pro Fraktion geht nur eine Zwischenintervention. Oder war das eine Frage?

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das war eine Frage!)

Tut mir leid, ich habe recht, ich bin bestätigt worden. Frau Haderthauer - -

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Haderthauer hat als Abgeordnete eine Zwischenbemerkung gemacht.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vetter hat gesagt, er lässt die Frage zu!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das war doch am Ende des Redebeitrags, Herr Weidenbusch.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU) und von Abgeordneten der CSU)

- Herr Weidenbusch, wir haben jetzt noch mehrere Wortmeldungen. Ich bin sicher, Herr Dr. Goppel kann sich noch einmal melden. Ich bitte darum, dass Sie diese Zwischenintervention dann auf den Weg bringen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn man die Geschäftsordnung nicht kennt, dann passiert so etwas! - Ernst Weidenbusch (CSU): Glauben Sie denn, dass Sie die Geschäftsordnung kennen? - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja!)

Als nächste Rednerin hat Frau Schopper das Wort.

Theresa Schopper (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich noch ein kleines Wort zur FDP sagen: Eher schließt sich das

Ozonloch von selbst, als dass die FDP eine gescheite Umweltpolitik macht. - Deshalb brauchen wir hierüber nicht weiter zu reden.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eigentlich habe ich mich aber zur Gesundheitspolitik gemeldet. Da stehen die Zeichen wirklich auf Sturm. Deshalb passt es wunderbar, dass schon heute das neue Konzept "Für eine solidarische und menschliche Medizin - gegen Bürokratie und Staatsmedizin" in den Redaktionsstuben vorliegt, denn so weiß man, was die CSU am Wochenende alles beschließen will.

Eigentlich müssten Sie sich in Grund und Boden schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch vor einer Stunde plädierte Ihr Finanzminister hier heftig für Steuersenkungen, und nun wollen Sie am Wochenende als Gesundheitsminister zu dem Thema tagen und Sie fordern: Wir brauchen mehr Steuergelder innerhalb des Gesundheitssystems. - Ich möchte schon gerne wissen, wie Sie diesen Spagat schaffen, ohne dass Sie zerreißen. Wie möchten Sie es schaffen, draußen glaubwürdig zu bleiben? - Für mich verspielen Sie auch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit in diesen Debatten. Der eine sagt hü, der andere sagt hott, und dann wundern Sie sich, weshalb das Pferd CSU, das im Moment so unrund läuft, ohne Kurs und ohne Ziel umeinandergaloppiert. Das ist doch eine Irrfahrt!

(Josef Miller (CSU): Sie begreifen das schon!)

Für mich geht die Irrfahrt sogar noch weiter. Hier sitzt der Herr Ministerpräsident, dem ich gern die Vaterschaft für das staatsmedizinische Gesundheitsfonds-Modell antragen will. Gleichzeitig übernehmen Sie heute die Vaterschaft für ein System, bei dem die Versicherten hundertprozentig die Verlierer sein werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zu Ihren Versprechungen! - Ich will das nur ganz kurz ansprechen, denn eigentlich ist es ein bundespolitisches Thema. Sie fordern die vollständige Aufhebung der Budgetierung. Sie wissen doch sehr genau, dass das teurer wird, sehr viel teurer. Trotzdem machen Sie keine Vorschläge, wie das nicht zulasten der Versicherten gehen soll, nicht zulasten derer, die die Beiträge zahlen. Sie wollen die Kassenärztlichen Vereinigungen abschaffen, aber Sie sagen nicht einmal in Ansätzen, wie Sie dann die flächendeckende Versorgung auf dem Land gewährleisten wollen. Ich habe kein Problem, in München einen Arzt zu finden, ich wage aber zu bezweifeln, ob ich in Naila oder in Rehau einen Arzt finden werde. Außerdem möchte ich gern einmal wissen, was die FDP zu Ihren Subventionsmodellen sagt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Wie wollen Sie das alles bewerkstelligen? Das bleibt doch alles sehr nebulös.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Von Ihnen, Herr Minister, erwarte ich, dass Sie massiv dafür eintreten, dass mit den Geldern der Versicherten sorgfältig umgegangen wird. Ich möchte deshalb gerne einmal von Ihnen wissen, was Sie zum Vorsitzenden des Bayerischen Hausärzteverbandes, Herrn Hoppenhaller, sagen wollen, wenn Sie ihn am kommenden Wochenende zu Gast haben. Herr Hoppenhaller hat einen Brief an die Hausärzte geschrieben und diesen empfohlen, den Morbi-RSA möglichst oft zu kodieren, damit wir Bayern auf dem Papier mehr oder weniger ein Volk von Siechenden sind. Diese Empfehlung macht Herr Hoppenhaller, damit die Ärzte viel aus dem Fonds abschöpfen können. Wo bitte bleibt Ihr Aufschrei?

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Herr Hoppenhaller hält seine Ärzte dazu an, die Kosten in die Höhe zu treiben. Da wäre es doch an der Zeit, dass Sie hier ein Machtwort sprechen. Da würde ich Sie wirklich gern einmal hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben viel zur Gesundheitspolitik gesagt, ich höre aber wenig von Ihnen zu den Hausaufgaben, die Bayern noch machen muss. Seit ein paar Wochen liegt der Sozial- und Gesundheitsbericht vor, aus dem der Stand von Gesundheit und Armut in Bayern abgelesen werden kann. Dazu habe ich von Ihnen noch kein einziges Wort gehört. Ich möchte wirklich, dass Sie in Ihrem Haus genaue Präventionsstrategien entwickeln. Was wollen Sie gegen Armut, was wollen Sie für die Gesundheit tun? Was wollen Sie tun für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, wie so manch ein Abgeordneter hier im Haus? Die Gelder für die Hebammenprojekte beispielsweise sind nicht erhöht worden. Das wäre doch ein Ansatz, wo man den Familien wirklich helfen könnte. Wie stehen Sie zum Impfschutz? Wollen Sie eine Präventionsstrategie hierzu starten? - In all diesen Fragen stochern Sie im Nebel.

Das "Forum Frauen und Gesundheit 2007" wurde aufgelöst, zugegebenermaßen nicht in Ihrem Hause, dafür tragen Sie keine Verantwortung, aber in einer Berichterstattung des Gesundheitsministers sollte dazu Stellung genommen werden. Ich habe von Ihnen nichts gehört. Ich habe von Ihnen noch keine Berichterstattung zur Gesundheitspolitik gehört und auch nicht, wie gesundheitspolitische Aspekte für Frauen bei Ihnen aufgenommen werden.

(Allgemeine Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie endlich etwas sagen zur Drogenpolitik, zur Suchthilfe, zur Suchtprävention, zur Überlebenshilfe, für die Sie Verantwortung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Menschen, die hier dringend Hilfe brauchen, vor der Sucht bewahrt werden? Wie wollen Sie den Suchtkranken helfen? Wie stehen Sie zur Überlebenshilfe, zum Heroinprogramm für schwer Suchtabhängige? Das sollte als Regelversorgung angenommen werden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Schopper, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Theresa Schopper (GRÜNE): Nein, Herr Steiner kann sich nachher melden, ich habe für Ihn keine Redezeit.

Mit stolzgeschwellter Brust bezeichnen Sie sich immer wieder als "Lebensminister". Ich fordere Sie auf, sich wirklich im Sinne dieses Wortes einzusetzen. Die Zahl der Organspenden geht im Freistaat überdurchschnittlich stark zurück, stärker als im Bundesgebiet. Ich bitte Sie, mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne dafür zu sorgen, dass mehr Menschen bereit sind, im Falle ihres Ablebens Organe zu spenden. Da könnten Sie wirklich Leben retten. Wir haben auch einen Antrag zum Aufbau einer Nabelschnurlutbank gestellt. Wir fordern Sie auf, dafür Geld zur Verfügung zu stellen. Folgen Sie unserem Vorschlag. Damit sichern Sie das Überleben vieler Menschen, die, beispielsweise bei einer Krebserkrankung, eine Stammzellentherapie brauchen. Hier könnten Sie Ihrem Namen als "Lebensminister" wirklich alle Ehre machen. Wenn Sie sich dafür einsetzen würden, wäre das ein Fortschritt in einer guten Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Möchten Sie die Zwischenbemerkung machen? - Frau Kollegin, bitte bleiben Sie hier vorn am Pult.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, Sie geißeln die Suchtprävention, die Suchtpolitik des Freistaats Bayern. Ich mache einen erneuten Anlauf: Ist Ihnen eigentlich überhaupt nicht bekannt, dass die Bezirke - und ich rede als ehemaliger Bezirksrat - hier mit Unterstützung des Freistaats Bayern, nämlich über den kommunalen Finanzausgleich, hervorragende Arbeit leisten? Wenn Sie das nicht wissen, tut es mir leid. Die Bezirke leisten hervorragende Arbeit im Bereich der Suchtprävention und der Suchtbekämpfung. In unseren Bezirkskrankenhäusern wird mit Unterstützung des Freistaats eine wichtige Arbeit geleistet.

Wenn das der Kollege der Freien Wähler nicht weiß, dann sehe ich ihm das nach. Aber Sie müssten es wissen und auch einmal erwähnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich wehre mich dagegen, dass die Bezirke so schlecht dargestellt werden, indem sie einfach nicht erwähnt werden. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Theresa Schopper (GRÜNE): Jetzt ist es ja gut, ist ja recht. Sparen Sie sich das Adrenalin.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Sie es an den Ohren haben. Dann müssten Sie vielleicht doch einmal zum Facharzt gehen. Weder habe ich die Bezirke gegeißelt noch sie nicht erwähnt. Wir sind hier auch nicht im Bezirkstag. Ich will die Arbeit der Bezirke und des Freistaats Bayern innerhalb der Suchtprävention gar nicht in Abrede stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Steiner (CSU))

Aber wo wir tatsächlich einen Dissens haben, das ist in der Überlebenshilfe bei der Suchtprävention. Die ist mir bisher zu kurz gekommen. Was Sie zur Überlebenshilfe zum einen auf Bundesebene, zum anderen hier in Bayern herumfantasieren, dass Sie die Überlebenshilfe für Schwerstkranke innerhalb der Heroinprogramme nach wie vor als Modellprojekte weiterführen wollen, dazu haben wir einen Antrag gestellt, und ich bin gespannt, was die FDP dazu sagt, die auf Bundesebene diesbezüglich mit uns gestimmt hat. Ich glaube, dort ist das Zeichen erkannt worden, dass wir diesen Menschen helfen müssen.

Aber weil Sie sich jetzt so aufmandln, als hätten wir bei der Suchtprävention die Bezirke in den Senkel gestellt, muss ich Ihnen sagen, da müssen Sie die Ohren wirklich aufsperrn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Professor Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren. Vorhin habe ich Herrn Minister Fahrenschon gelobt, Herr Ministerpräsident, habe mich gefreut. Jetzt sind wir "not amused" über das, was Ihr Minister Dr. Söder im "Münchner Merkur" gesagt hat:

Wir sind die politische Mitte.

Das streite ich gar nicht ab.

Im Gegensatz zu anderen Parteien kümmert sich die CSU um Arzt und Patienten.

Jetzt kommt's:

Die FDP allein setzt auf Klientelpolitik.

Das habe ich heute schon von der Opposition gehört, das möchte ich von Ihnen nicht hören, damit wir uns da ganz klar verstehen. Wir bilden hier miteinander eine Koalition,

(Heiterkeit bei der SPD)

und so schlimm kann unsere Klientelpolitik nicht sein, wenn die Punkte acht, neun und zehn der Vorschläge, die Sie machen und gestern im Kloster Banz gemacht haben, genau eins zu eins von uns sind. Das nur dazu.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das die Ankündigung einer Aufkündigung der Koalition?)

- Nein, nein. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

Jetzt komme ich zu Ihnen von der SPD. Wenn die SPD-regierten Länder so attraktiv wären wie Ihre Vorschläge, dann würden die Leute dorthin ziehen. Aber wohin ziehen die Leute? In den Süden, wo Union und FDP regieren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarrn! Dort gibt's halt keine Alpen!)

- Sie schaffen es nicht, mich drauszubringen, keine Sorge.

Jetzt zum Verfahren. Worum es mir geht, ist Folgendes: Wir wollen versuchen, in den nächsten Haushalten einen Lehrstuhl für Palliativmedizin aufzunehmen, wenn es geht, Herr Ministerpräsident. Wir reden gerade über Augsburg. Vielleicht können wir zusammen mit dem Heubisch-Ministerium schauen, ob das zu schaffen ist. Natürlich muss hier vorangegangen werden.

Ich meine, dass, wie es alle hier sagen, in der Prävention das richtige Konzept steckt. Da sind wir uns einig. Aber alles auf einmal geht nicht. Sie haben ja gesehen: Wir sind immer mittendrin. Aber wir wollen versuchen, es hinzukriegen.

Ein Letztes: Wenn der jüngste Abgeordnete etwas sagt, ist doch klar, dass da einmal etwas anders überkommt als bei jemandem, der schon 20 Jahre hier hockt und trotzdem nichts zu sagen hat. Das ist der Unterschied zu uns.

Wenn einer sagt, er sei nur für die Landwirtschaft, muss ich sagen, das ist genauso einseitig, wie wenn ein anderer stur gegen die Kernenergie ist. Wir - und da lobe ich dich, Tobi - versuchen, beides miteinander zu machen, was Sie nicht schaffen werden.

Wenn Sie Österreich nennen, kann ich nur lachen. Das ist typisch SPD: Wir bauen zuerst ein Kernkraftwerk, und dann stimmen wir darüber ab, ob wir es machen. Dann geht es daneben. Das heißt, das Ganze ist eine grandiose Fehlinvestition, die jetzt rumsteht. Ich meine Zwentendorf. Diese Politik machen wir nicht.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Zwentendorf und SPD?)

Wir versuchen, Herr Ministerpräsident, zusammen mit Ihnen und den Freunden von der CDU/CSU zu erreichen, dass die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängert wird. Wir sind

für einen Mix. Wir sind für eine berechenbare Politik, und wir glauben nicht, dass am bayerischen SPD-Wesen die Welt genesen soll. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Abschließend hat Herr Minister Dr. Söder das Wort.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Jetzt ist eine Entschuldigung bei der FDP fällig!)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine Debatte, die bei dem einen oder anderen Wortbeitrag die Einstimmung auf den Nockherberg heute Abend ermöglicht hat. Munteres, Lebensnahes, Herr Kollege Thalhammer,

(Allgemeine Heiterkeit)

das war eigentlich die Vorbereitung auf eine Gesellenprüfung für den CSU-Generalsekretär. Aber da haben wir jetzt auch schon zwei. Dieser Posten ist besetzt.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Die Anzahl von zehn Rednern - außerhalb der Generaldebatte vom Dienstag wahrscheinlich die größte Anzahl -, zeigt, wie groß die Themenpalette ist und wie breit das Spektrum an Herausforderungen ist, die sich tatsächlich mit allen Bereichen von Lebensfragen beschäftigen, von der Tierwelt, den Fragen der Umwelt bis zu Gesundheitsfragen. Insofern glaube ich, es ist wichtig, dass wir das ernsthaft diskutieren

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das hätten wir uns von Anfang an gewünscht!)

und nicht nur den einen oder andere Punkt polemisch herausgreifen.

Ich glaube, dass die Grundstrategie der bayerischen Umweltpolitik auf klaren Prinzipien fußt. Das ist das Entscheidende. Wichtig ist, dass der Kompass in schwierigen Zeiten stimmt. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir gemeinsam, jeder an seiner Stelle,

die Finanzkrise hoffentlich bewältigt haben werden, dann stehen die Herausforderungen des Klimaschutzes, des Klimawandels und der Klimaveränderungen nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung, die uns alle beschäftigen wird.

Deshalb gelten für uns in Bayern folgende Prinzipien: Bewahrung der Schöpfung, eine der zentralen Grundfragen unserer Politik.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die Schöpfungsbewahrung fußt auf unserer christlichen Überzeugung.

Zweitens: Nachhaltigkeit. Gerade als Vater von vier Kindern glaube ich, dass die Nachhaltigkeit für ein Land, das zu den schönsten der Welt zählt, vielleicht sogar das schönste ist, eine besondere Verpflichtung darstellt.

Drittens - und das ist schon ein grundlegender Unterschied zu dem einen oder anderen hier im Haus -: Wir begreifen Umweltpolitik nicht etwa als ideologisches Versatzstück von Debatten der Siebzigerjahre, sondern moderne, intelligente Umweltpolitik bedeutet, dass Ökologie und Ökonomie zusammenkommen. Wenn wir über 2.000 Firmen haben, die Umwelttechnologie in die Welt exportieren, dann schafft dies Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Darum ist der Unterschied von uns zu anderen: Wir setzen auf dieses Prinzip.

Zum Klimaschutz. Lieber Kollege Magerl, CO₂-Reduktion ist ein gemeinsames Ziel. Die USA haben 20 Tonnen pro Kopf und beginnen jetzt Gott sei Dank, sich zu verändern. Der Bund hat 9,8 Tonnen - jahrelang hatten Sie als Gemeinschaft der GRÜNEN Zeit, es noch weiter zu senken. Wir in Bayern haben aktuell 6,4 Tonnen. Ich bin sehr dafür, es noch weiter zu reduzieren. Aber mal ganz ehrlich: Auf null pro Kopf zu gehen heißt, nicht mehr zu atmen, und das kann nicht Sinn und Zweck grüner Politik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wollen es reduzieren, und zwar deutlich, weil wir glauben, dass Klimaschutz insgesamt eine nachhaltige Aufgabe ist, die uns alle betrifft. Wir spüren heute, dass es nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Klimaanpassung geht. Das regionale Klima verändert sich nachhaltig, wenn man überlegt, dass sich gerade durch das Schmelzen der Gletscher das gesamte Klima nicht nur regional im Alpenraum, sondern in ganz Bayern verändert. Bayern, ein Wasserland, steht dadurch vor einer völlig neuen Herausforderung der Wasserstruktur. Wir haben pro Kopf umgerechnet in Altbayern, in Oberbayern, dreimal so viel Wasser wie beispielsweise in Unterfranken. Das stellt eine enorme Herausforderung an das Wassermanagement dar.

Wer hätte gedacht, dass der Rhein-Main-Donau-Kanal, als Wasserstraße konzipiert, schon fast mehr Wasser als Schiffe transportiert? Das Volumen des Ammersees ist in den letzten Jahren umgeleitet worden, allein um diesen Wasserausgleich in Bayern herbeizuführen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind also zentrale Herausforderungen. Dazu gehört beispielsweise auch der Hochwasserschutz. Wir bleiben auf dem hohen Niveau der letzten Jahre, obwohl die Mittel, die wir in den letzten Jahren vom Bund bekommen haben, ausgelaufen sind und zurückgeführt wurden, stemmen sozusagen als gemeinsamer Gesetzgeber, als Land in den nächsten drei Jahren wieder 150 Millionen Euro.

Wir setzen sehr darauf, die Klimaforschung voranzubringen. Dazu gehört vieles: Wir machen die energetische Gebäudesanierung, übrigens jetzt leider aus dem Konjunkturpaket II, lieber Herr Wörner. Wo ist er denn? Er ist nicht mehr da. Doch, da hinten sitzt er, das habe ich nicht gesehen. Der rote Stift hat das Gesicht verdeckt, Entschuldigung.

240 Millionen Euro werden jetzt aus dem Konjunkturpaket für die energetische Sanierung bei Krankenhäusern und andere Bereiche zur Verfügung gestellt. Das ist ein gutes Signal, das voranzubringen.

Wir entwickeln und erforschen neue Technologien. Wir erforschen beispielsweise die Energieeffizienz und arbeiten gemeinsam an den regenerativen Energien, um sie voranzubringen, wobei Sie wissen, dass wir bei manchen Energieträgern an ökologische Grenzen stoßen, beispielsweise bei der Wasserkraft. Ich plädiere sehr dafür, dass wir nicht von vornherein sagen, egal, wo die letzte Möglichkeit ist, egal, was passiert, wir setzen auf ein neues Wasserkraftwerk. Denn ich glaube, es ist klüger, den Wirkungsgrad von bestehenden Kraftwerken zu erhöhen, um dort mehr Energie zu haben, damit wir am Ende nicht wieder ökologische Schäden bekommen, die uns allen vor die Füße fallen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber man muss auch ehrlicherweise sagen: Wenn wir den CO₂-Ausstoß reduzieren wollen - ich glaube, dieses Ziel verbindet uns alle -, dann müssen zu einem sinnvollen Energiemix aber auch Wahrheit und Klarheit gehören. Das Land, das weltweit mit den höchsten Anteil an regenerativer Energie hat, ist Schweden. Das Land Schweden wurde in vielen Parteitagsreden anderer Parteien für seine nachhaltige und umsichtige Energiepolitik sehr gelobt. Das Land Schweden erklärt heute, die Bewältigung der Herausforderungen - nämlich in der Energiepolitik selbstständig und unabhängig zu sein, also nicht nur beispielsweise von einigen Rohstofflieferanten aus Russland oder anderswo abhängig zu sein -

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Sepp Daxenberger (GRÜNE))

und ein nachhaltiger Energiemix bedeuteten letztlich wieder den Einstieg in die Kernenergie,. Dazu muss ich sagen: Wer heute den Ausstieg als Letztes fordert, ist ein energiepolitischer Geisterfahrer, und da kann Bayern nicht mitmachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin kein Kernkraftfetischist. Ich glaube, dass das eine Brückentechnologie ist. Aber jeder, der jetzt sagt, er will aussteigen, muss wissen, dass er entweder in die Kohle

einsteigt. Das würde bedeuten - erste Variante: acht Jahre Verlängerung der Laufzeit, ersetzt durch Kohle, 1 Milliarde Tonnen CO₂ mehr. Das ist unökologisch. Zweite Variante: Wir versuchen, alles komplett zu ersetzen. Manch einer sagt Windkraftanlagen, was wir in Bayern allein nicht schaffen würden, aber mit Offshore-Anlagen aus dem Norden.

Lieber Otto Hünnerkopf, jeder muss wissen, dass, wenn wir von der Menge der Kernenergie weggehen und versuchen würden - einmal abgesehen von der Frage, ob das von den Speicherkapazitäten her überhaupt ginge - , alles mit neuen Leitungen zu bewältigen, die dann auch noch unterirdisch liegen, dann bedeutet es bei Strom und Energie im Vergleich zu jetzt einen um fast 15 % höheren Kostenfaktor.

Wer ein solches Energiekonzept vorschlägt, tut dies auf Kosten der kleinen Bürger, der kleinen Menschen in Bayern, die ganz genau schauen müssen, was der Strom kostet. Wir wollen einen ökologischen Energiemix, wir wollen aber auch einen sozialen Energiemix.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens: Österreich ist angesprochen worden. Finden Sie es denn wirklich ehrlich, wenn man sagt - und ich verstehe, ein gutes Gewissen ist wichtig -: Wir steigen aus, wir haben im eigenen Land keine Kernenergie mehr; aber wir kaufen den Atomstrom von anderen. Wäre es ehrlich, wenn man auf niederbayerischen Versammlungen sagen würde, keine Gefahr mehr durch Atomkraft an Bayern, aber gleichzeitig die Einladungen zur Besichtigung neu gebauter Reaktoren in Tschechien bekommt? Es wäre unehrlich, wenn man im eigenen Land aus der Kernenergie aussteigt, aber dann aus dem anderen Land den Atomstrom kauft. Das machen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Viertens: Der Flächenverbrauch ist ein wirklich wichtiges Thema, da haben Sie recht. Herr Fahn, Sie haben gesagt, da müsse sich etwas bewegen, da müsse man schärfer herangehen. Ich bin durchaus der Auffassung, dass das ein zentrales Thema ist. Übrigens sind die Themen Flächenverbrauch und Flächenmanagement in Bayern auch deswegen wichtig, weil wir in Bayern manche Gebiete haben, die einen enormen Zuzug an Bevölkerung und Zuwachs an Flächenverbrauch haben. In anderen Bereichen ist die Schwierigkeit eher die, wie wir das intelligent managen. Aber eines will ich schon zugeben: Alles, was man da vorschlägt - auch Teile, die Sie vorgeschlagen haben -, sind fundamentale Eingriffe in die Planungshoheit der Kommunen. Es ist relativ schwierig, sich zur Partei der Kommunen zu erklären, aber gleichzeitig zu erklären, dass wir alles niedermachen wollen, was die Kommunen an selbstständiger Planungshoheit haben. Das geht nicht. Da muss man einen sauberen Mittelweg finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Folgender Aspekt ist sehr wichtig und vielleicht auch ein Grund-Credo unserer Politik. Auch da gibt es Gemeinsamkeiten, denn es ist nicht so, dass es überall nur Unterschiede gäbe. Es gibt viele Gemeinsamkeiten. In so einer Rede wird naturgegebenmaßen versucht, das herauszupicken, bei dem man anderer Auffassung ist. Das ist auch in Ordnung. Aber wir sagen zum Beispiel: Um den Klimaschutz voranzubringen und den Energieverbrauch zu reduzieren, um den wertvollen fossilen Stoff, wie beispielsweise das Öl, eben nicht nur im Auto zu verfeuern, braucht es etwas, um beim Verkehr voranzukommen. Wir setzen in Bayern darauf aber nicht etwa, um den Menschen etwas zu verbieten, sondern wir fordern eine intelligente Mobilität; denn sie entspricht dem Wunsch einer emanzipierten, individualisierten Gesellschaft. Deswegen setzen wir zum Beispiel große Hoffnungen in neue Formen von Motorenentwicklung der Elektromobilität. Wir überlegen uns, in den nächsten Jahren parallel eine eigene Infrastruktur für Elektromobilität aufzubauen, in den Großstädten beginnend, weil wir der festen Überzeugung sind, dass genau in diesem Bereich eine der großen Chancen besteht, wo übrigens auch Ökologie und Ökonomie zusammen kommen.

Zur Biodiversität: Wir kümmern uns um alle Formen von Hasen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das hat aber hier wenig verloren! - Tanja Schweiger

(FW): Wir kennen sie! - Zuruf: Alle? - Heiterkeit)

- Tierisch, Frau Sonnenholzner. Ihre Missinterpretation verrät Sie.

Die Biodiversität ist deswegen für unser Land eine der großen Herausforderungen, weil letztlich die biologische Vielfalt Kernelement der Schöpfung und Fundament des Lebens ist. Wir setzen uns sehr dafür ein, die Arten- und Sortenvielfalt zu sichern. Wir bewahren Lebensräume und versuchen, sie zu vernetzen. Wir renaturieren Moore. Wir versuchen, die ökologische Durchlässigkeit in vielen Bereichen auch der Gewässer zu verbessern. Und: Wir stärken die Umweltbildung. Das ist ein ganz großer Erfolg der Umweltpolitik aller. Gerade beispielsweise mit dem Projekt "Grünes Klassenzimmer" leisten wir einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, auch in der Bewahrung der Schöpfung für die nächsten Generationen. Das ist ein wichtiger Punkt. Auch was den kooperativen Naturschutz angeht, stellen wir jährlich 35 Millionen Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung. Dabei würde ich mir übrigens wünschen, dass wir bei der Prüfung, wie der kooperative Naturschutz vollzogen wird, dieselben flexiblen Maßstäbe anwenden und nicht den Eindruck erwecken, wir würden den kooperativen Naturschutz härter als andere Bereiche der Förderung prüfen. Das ist mir ein ganz persönliches Anliegen.

Die Bayerische Staatsregierung macht darüber hinaus ernst mit einem klaren Bekenntnis zu einem gentechnikanbau-freien Bayern. Dies ist ein wichtiger Akzent der gemeinsamen Regierungsarbeit. Wir sind fest überzeugt, dass sich all die Erwartungen und Hoffnungen, die geweckt worden sind, bei Weitem nicht bewahrheitet haben. Wenn dann dieser Tage ein großes Unternehmen wie Monsanto einen Unbedenklichkeitsbericht abgibt und sagt, es gebe keine Probleme, hat das für mich persönlich in Berlin wenig Glaubwürdigkeit. Glaubwürdig ist dagegen unsere Aussage: Die Beachtung von Risiken ist uns wichtiger als versprochene Chancen, die sich bislang nicht erfüllt haben.

Deswegen sagen wir, es kann doch nicht ernsthaft so sein, dass am Ende eine Mehrheit der Kommission in Brüssel darüber entscheidet, ob auf bayerischen, etwa fränkischen Feldern gentechnisch verändertes Saatgut angebaut werden darf. Denn die Zulassung eines Saatgutes ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Entscheidung. Wir wollen selber entscheiden, was wir machen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner?

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ich würde vorschlagen, am Schluss. Er kann es sich merken.

Wir wollen, dass wir auf diesem Gebiet selbstständig entscheiden können. Entscheidend ist erstens: Wir fordern von Europa die Zuständigkeit, dass Bayern entscheiden kann, ob gentechnisch verändertes Saatgut angebaut werden kann oder nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens: Wir setzen in Bayern darauf, die Forschung gerade auch zur Erkennung von Sicherheitsrisiken fortzusetzen. Wir gehen aber dann den Weg, insbesondere ab dem nächsten Jahr, wenn die Forschungsreihen auslaufen, bei einem Neubeginn zu sagen, dieses Saatgut muss in die Gewächshäuser.

Drittens: Ich habe die Vollzugshinweise letzten Freitag an die Behörden weitergeleitet und klar gemacht, dass beim Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut in Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten erhöhte Anforderungen gelten. Wir haben jetzt mit unserer Initiative auch erreicht, dass das Bundessortenamt die dritte Versuchsfläche in Bayern endgültig zurückgezogen hat. Damit gibt es in Bayern keine Wertprüfungen des Bundes mehr. Das ist ein gemeinsamer Erfolg.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Zur Gesundheit: Liebe Frau Sonnenholzner, das Thema Gesundheit geht uns natürlich etwas an - mich auch. Was denn sonst? Es geht um bayerische Patienten und um bayerische Ärzte. Die Realität ist doch, dass nicht in Berlin demonstriert wird und Unsicherheit herrscht, sondern in Bayern, und zwar überall, flächendeckend, ob es die Kassen, die Ärzte oder die Patienten sind. Wenn wir diese Situation nicht ernst nähmen, hätten wir unseren Auftrag verfehlt. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob man da ein bisschen Aufsicht machen kann, sondern man muss schon überlegen, was passiert ist und was man tun kann - manchmal parteilich, manchmal aber natürlich auch tatsächlich, um die Situation zu verbessern.

Fakt ist doch, dass die Bayern jetzt über höhere Beiträge mehr Geld bezahlt haben. Die bayerischen Patienten haben insgesamt aufgrund der Entwicklung der Löhne für Deutschland den höchsten Anteil erbracht. Die Leute zahlen seit dem 1. Januar 2009 mehr, und sie bekommen weniger. Liebe Freunde, meine Damen und Herren, das ist eine absurde Situation im deutschen Gesundheitswesen, dass Patienten mehr zahlen und weniger bekommen. Das kann so nicht sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Verwerfungen finden von Süd nach Ost statt und sind massiv. Verwerfungen finden unter den Medizinern statt. Wenn Pathologen und Laborärzte mehr bekommen und erkennbar ist, dass die Pathologen nicht den sehr intensiven Patientenkontakt haben, aber dafür diejenigen, die in der sprechenden Medizin sind, massiv benachteiligt werden und wegen der versprochenen Euro-Cent-Einführung leider nicht gewährleistet wird, dass die Bürokratie abgebaut, sondern aufgebaut wird, muss man fragen, was schief gelaufen ist und was man dagegen tun kann.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Haben Sie das der Kassenärztlichen Vereinigung erzählt? Denen sollten Sie es erzählen anstatt uns!)

Konzipiert ist dieses Werk von der "Mutter aller Reformen" Ulla Schmidt und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Das ist die Konzeption im Detail.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Wer die Sache ernst nimmt - - Ein Blick in die Gesetze fördert die Rechtskenntnis, meine Damen und Herren.

Ulla Schmidt fordert nun erstens, sie wolle Vermittlerin sein. Dabei ist sie die Architektin. Sie schlägt vor, den Ärzten Zulassungen zu entziehen. Sie schlägt vor, in die Steuerunterlagen der Ärzte hineinzuschauen - also eine individuelle Prüfung vorzunehmen. Am Schluss sagt sie sogar: Mögen doch die Bayern aus dem eigenen Haushalt etwas tun. Deshalb, Frau Sonnenholzner, geht auch uns das an, wenn gesagt wird, möge doch der bayerische Steuerzahler das ausgleichen, was wegen einer falschen Reform in Berlin passiert. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gab eine Fülle von Versprechen: Kein Arzt bekommt weniger als vorher. Die Patienten werden besser versorgt als vorher. Was ist die Realität? - Eine Fülle von Maßnahmen, beispielsweise die Versorgung im ländlichen Raum, ist erheblich gefährdet. Die Frage, ob die Hausbesuche noch geleistet werden können, steht auf der Tagesordnung. Das ist nicht nur ein bayerisches Problem. Wenn Länder wie Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die mehr als die Hälfte der Bürger der Bundesrepublik Deutschland repräsentieren, das zum Thema machen, ist das nicht nur ein regionales, sondern ein nationales Problem, das wir lösen müssen. Deshalb sagen wir: Wir glauben fest daran, dass Regionalität statt Zentralismus, Therapie statt Bürokratie und das Bekenntnis zur Freiberuflichkeit des Arztes wichtig sind. Wir wollen keine Polikliniken, wie sie sie in der DDR gab.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper
(GRÜNE))

Ich habe bei drei Veranstaltungen in diesem Raum, lieber Herr Dr. Vetter, gehört, die Freien Wähler hätten ein Konzept. Zeigen Sie es mir, dann wollen wir uns damit auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Kollege aus Mittelfranken sagte das letzte Mal, man solle im Internet nachsehen. Ich habe gesucht und gefahndet. Das waren dann, glaube ich, drei Sätze zur Medizin.

(Zuruf von den Freien Wählern)

- Geben Sie es mir, dann sehe ich es mir gerne an.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

Ich gebe zu, Herr Dr. Barfuß, es gibt bei aller Bedeutung einer Koalition unterschiedliche Konzepte. Kollege Thalhammer hat in seiner sehr leidenschaftlichen, kurzweiligen

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Sehr langweiligen!)

Rede deutlich gemacht, dass wir in einer Koalition leben, aber dass es durchaus noch - auch meine Fraktion legt Wert darauf - gewisse Unterschiede gibt. Das ist so. Die wollen wir behalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Koalition heißt zum Glück nicht Fusion. Deshalb wollen wir klarmachen, dass es bei unserer Konzeption darum geht, zwischen manch ideologischem Konzept auf der linken Seite, manch marktradikalem Konzept, das ich auf der anderen Seite vermute, ein Konzept zu entwickeln, das weder auf der Seite des einen noch des anderen steht, sondern Arzt und Patienten als die Basis der medizinischen Versorgung in Bayern sieht. Das ist unser zentrales Ziel. Wer weiß, vielleicht kommen wir im Herbst in Berlin auf diesen Weg. Mir wäre das recht. Das ist heute nicht das Thema.

Vorletzter Punkt: Liebe Frau Schopper, man kann in einer Rede nicht alles erwähnen, weil das den Rahmen sprengen würde. Das Thema Organspende liegt mir persönlich sehr am Herzen. Meine Mutter war Dialysepatientin. Deshalb habe ich für dieses Thema eine extrem hohe Sensibilität. Sie haben recht, dass insgesamt in Deutschland - auch in Bayern - die Bereitschaft zur Organspende zurückgeht. Es handelt sich weniger um ein rechtliches als um ein emotionales Problem. Was wir tun können, bin ich bereit zu tun. Zum Thema Nabelschnurblutbank, Herr Kollege Daxenberger, sind wir im Anschluss beisammen und versuchen einen Weg zu finden, um unterschiedliche Dinge zusammenzubringen. Das Anliegen halte ich für richtig und unterstütze es persönlich.

Die Heroinabgabe auf Dauer können wir nicht unterstützen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Es geht nicht um die Abgabe von Heroin, sondern von Diamorphin!)

Wir sind für viele Hilfsprojekte da. Dass aber alles in der Regelabgabe ist und der Staat fast zum Dealer wird, werden wir nicht akzeptieren. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Letzter Punkt: die bayerischen Krankenhäuser. Das ist ein wichtiges Thema. Wir haben 385 zugelassene Häuser mit gut 74.000 Betten. Bald haben wir hoffentlich, Herr Kollege Heubisch, eine neue Uniklinik in Augsburg. Das dauert vielleicht noch ein bisschen. Wir werden sehen, in welcher Zeitachse wir das verwirklichen können.

Für uns gilt: Die Krankenhäuser in Bayern sind zentraler Bestandteil der Versorgung. Wir wollen erreichen, dass die Krankenhäuser künftig vom Landtag und der bayerischen Verwaltung gestaltet werden können. Alle Versuche aus Berlin, ein zentralistisches System zu etablieren, in dem ein Unterabteilungsleiter in Berlin über die Bettenverteilung in Bayern entscheidet, lehnen wir fundamental ab. Wir wollen die eigene Planungshoheit für die medizinische Versorgung beibehalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir erhöhen die Planungsansätze. Wir haben sie im Doppelhaushalt 2009/2010 auf 500 Millionen Euro erhöht. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Bereich. Einen Investitionsstau gibt es nicht. Es kann immer noch mehr geben. Wenn die Sprecher der anderen Fraktionen bereit sind, aus ihren Bereichen etwas abzugeben, bin ich der Letzte, der nicht mehr machen würde. Bei der Palliativmedizin, die mir auch sehr am Herzen liegt, schreiten wir in Bayern gut voran. Die Palliativmedizin ist eine zentrale Angelegenheit, weil die Art und Weise, wie wir den Menschen auf den letzten Metern des Lebens begegnen, die soziale und zivilisatorische Kultur eines Landes ausdrückt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

All das, meine Damen und Herren, was ich erwähnt habe und noch viel mehr, gehört zum bayerischen Leben, zur bayerischen Eigenheit und ist für die Menschen Teil der zentralen Herausforderung. Ich glaube, dass all das, was Sie erwähnt haben, die zentralen Felder in der Mitte der Gesellschaftspolitik sind. Insofern ist es wichtig, damit verantwortungsbewusst umzugehen.

Ich bedanke mich für die Debatte. Ich bedanke mich für manch ideologischen Ansatz, für manch vernunftbegabten und humoristischen Ansatz. Das ist für eine Debatte gut. Ich bedanke mich besonders beim Haushaltsausschuss und bei allen, die bei all dem und in der Debatte mitgeholfen haben. Ich bedanke mich bei meinem Haus und der Staatssekretärin ganz herzlich für die immer gute Zusammenarbeit. Ich bitte um Zustimmung zu dem vorgelegten Entwurf. Bayern kann sich wirklich sehen lassen. Wir arbeiten gemeinsam für Mensch und Natur in einem starken Land, in einem schönen Land. Das wollen wir erhalten. Mit diesem Haushaltsentwurf leisten wir einen wichtigen Beitrag.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister. Sie hatten kaum geendet, blinkten sämtliche Mikrofone auf. Zu einer Zwischenintervention haben sich gemeldet: Herr Dr. Goppel, anschließend Herr Wörner, Herr Fahn und Frau Schopper. Zunächst gebe ich für die Zwischenintervention das Wort an Herrn Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Herr Staatsminister, ich habe volles Verständnis, dass Sie in Ihrer Abschlussrede auf den Ausfall des Kollegen Dr. Vetter aus den Reihen der Freien Wähler nicht eingegangen sind. Das ist ein Beitrag zur Hygiene des Hauses. Trotzdem gehört der Beitrag des Kollegen Dr. Vetter abgehandelt. Er passt in Ihr Ressort.

Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass der Anwurf gegenüber dem Kollegen Schmid, der sich zu einer vorangegangenen Verleumdungsaktion gegen Kollegen aus der Kommunalpolitik in Berchtesgaden geäußert hat, ungerechtfertigt war und dass es unanständig ist, die Abwesenheit zu nutzen, Herr Kollege Vetter. Der Name spricht zwar dafür, dass Sie wissen, wie man das formuliert. So geht es aber nicht. "Vetterleswirtschaft" gibt es im Parlament nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, ich möchte, dass wir ausdrücklich gemeinsam Folgendes festhalten: Wenn Fehler in der Politik passieren - egal wem -, dürfen diese anschließend nicht dazu missbraucht werden, Unbeteiligte zu beschuldigen.

(Zuruf von den Freien Wählern)

Sie sind das, Herr Vetter, nicht der Kollege Schmid. Es darf kein Missbrauch damit getrieben werden, die Unbeteiligten zu beschuldigen, die Unschuldigen noch auszuzeichnen und sich selber davonzustehlen. Die Methode "Haltet den Dieb" ist im Parlament nicht zulässig. Das gilt auch für die Freien Wähler.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. Herr Staatsminister Dr. Söder hat gerade den Vorschlag gemacht, die Zwischeninterventionen zu sammeln; er will sie dann gebündelt beantworten. Das halte ich für sehr vernünftig. Nun hat der Kollege Wörner das Wort für die Intervention.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, Sie haben in einem Halbsatz Ihrer Rede erwähnt, dass nun endlich das Unbedenklichkeitsgutachten der Firma Monsanto für MON 810 vorliege. Ich darf daran erinnern, dass wir dafür beschimpft wurden, als wir sagten, unser heutiger Ministerpräsident habe damals als Landwirtschaftsminister rechtswidrig gehandelt, als er MON 810 wieder zugelassen hat; denn nach unserer Meinung war die geforderte Aufklärung der Firma Monsanto damals nicht vorhanden. Jetzt ist die Aufklärung da. Das heißt, die Genehmigung wurde damals tatsächlich zu Unrecht gegeben.

Zweite Feststellung. Ich finde es schön, dass Sie den Kollegen Thalhammer als Ihren Nachfolger haben wollen. Am Inhalt wird sich damit allerdings nichts ändern, auch vom Gewicht her nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Punkt. Wenn Sie die Frau Gesundheitsministerin Ulla Schmidt als die Mutter der Reform bezeichnen, dann sitzt der Vater hier im Hohen Haus. Aber wir wissen ja, Vaterschaften sind immer etwas schwierig, wenn es soweit ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Wörner. Herr Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Ich habe eine Frage zur CO₂-Reduzierung an Sie, Herr Minister Dr. Söder. Sie haben zur Anmerkung von Dr. Magerl gesagt, eine Reduzierung auf null Tonnen schaffe man nie. Sie haben aber nicht gesagt, welche Reduzierung Ihnen möglich erscheint. Sie sprechen immer von einer Senkung von sieben auf sechs Tonnen pro Person. Wenn Sie nun um 40 % reduzieren wollten, wie es EU und Bundesregierung vorgeben, müssten Sie auf 4,2 Tonnen kommen. Auf wie viel Tonnen pro Einwohner und Jahr will denn Bayern nun kommen? Das müssen Sie diesem Hohen Haus einmal konkret sagen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke sehr, Herr Dr. Fahn. Nun zum letzten Beitrag: Frau Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Herr Minister, wahrscheinlich werden Sie das Modell der unbefleckten Empfängnis für die CSU wählen, was die Gesundheitsreform auf der Bundesebene angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das könnte man vielleicht als neue Variante ins Spiel bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war jetzt allerdings nicht meine Frage, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ach so!

Theresa Schopper (GRÜNE): Ich möchte von Ihnen gern noch einmal wissen - ich habe das bereits in meiner Haushaltsrede gefragt -, wie Sie zu dem Brief stehen, den Herr Hoppenhaller an die Hausärzte geschrieben hat, mit dem er sozusagen seinen Kollegen empfohlen hat, den Morbi-RSA möglichst oft zu kodieren. Damit wären wir Bayern - so habe ich gesagt - auf dem Papier mehr oder weniger ein Volk von Siechenden. Wie stehen Sie dazu? Letztlich sind das die Gelder der Versicherten wie auch der Arbeitgeber. Werden Sie ihn das am Wochenende fragen und wie stehen Sie dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Zwischenbemerkungen habe ich nicht. Herr Minister Söder, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Thomas Goppel kann ich nur unterstützen.

Herr Kollege Wörner, Sie sind schon oft beschimpft worden, manchmal auch zu Recht.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Aber diesmal nicht!)

Ich fetze mich sonst gerne mit Ihnen, aber an dieser Stelle kann ich mir den Schuh nicht anziehen. Sagen wir einmal so. Entscheidend ist Folgendes. Wir bewegen uns bei der ganzen Frage der Gentechnik immer wieder - auch Sie mit Ihren vielen Anträgen - auf einem rechtlich ungesicherten Terrain. Sie schlagen immer wieder vor: weg damit, weg damit, egal was passiert. Es stimmt, dass der EU-Ministerrat beispielsweise die Länder, die sich für gentechnikanbaufrei erklärt haben, nicht kritisiert hat. Das Problem ist aber, dass die Rechtsmacht nicht beim jeweiligen Ministerrat liegt, sondern bei der Kommission. Deshalb brauchen wir eine saubere Rechtsstruktur. Wir brauchen bei dieser Frage endlich saubere rechtliche Verhältnisse. Dieses ständige Hin und Her ideologischer Anträge bringt nichts. Wir wollen eine saubere Lösung, die da heißt Gentechnik-Anbau-freiheit in Bayern. Dafür arbeiten wir.

Ich will hier jetzt nicht über Vaterschaften reden. Der Herr Ministerpräsident hat mir gerade zugeraunt, die Vaterschaft seiner Reformen sei die des Jahres 2003 gewesen. Das stimmt. Eine Vaterschaft des Jahres 2005 gibt es insofern nicht, als da im Wesentlichen von der Bundeskanzlerin und Ulla Schmidt verhandelt wurde. Deshalb wäre es etwas unglücklich hier von Vaterschaft zu reden.

Fakt ist auf jeden Fall, dass die Arzthonorargeschichte - um die geht es jetzt - vom zuständigen Ministerium und von den Bundesärzten konzipiert wurde.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie wurde von der Bundesregierung 2003 begonnen!)

- In der Tat, da sind wir einer Meinung. Ich habe mich sehr gewundert und sage das auch sehr offen. Wenn an einer bestimmten Stelle nach einigen Monaten im Bewertungsausschuss gesagt wird, wir hätten die Belegärzte in Bayern vergessen, dann heißt es: Upps! Wenn man sagt: Wir haben uns ums ambulante Operieren nicht gekümmert, dann heißt es: Upps! Und wenn dann gesagt wird, man habe das eine oder andere grundlegend verkehrt gemacht, dann steht natürlich klar fest, dass diese Honorarreform insgesamt stümperhaft gemacht und gescheitert ist und dass es eine Nachbesserung geben muss.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Schopper, das, was Sie kritisieren, ist schon rechtlich hinterfragt worden. Es ist rechtlich geprüft worden und es gab Diskussionen vor örtlichen Gerichten. Sie kennen die Entscheidungen. Es war eindeutig, dass es kein rechtswidriges Verhalten war. Wissen Sie, was mich an der Geschichte eigentlich geärgert hat - sorry, wenn ich das so sage -, ist, dass Sie quasi den Hausärzten insgesamt unlauteres Verhalten unterstellen. Das weisen wir zurück. Die bayerischen Hausärzte machen eine hervorragende Arbeit in der Fläche und wir bekennen uns dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Herr Fahn, wir haben ein klares Ziel. Das Ziel heißt, unter die sechs Tonnen zu kommen. Aber Sie wissen es doch auch: Wenn ein Land wie die Vereinigten Staaten von Amerika 20 Tonnen pro Kopf hat, kommt man mit der Reduktion leichter nach oben; Sie wissen doch, wie das im Leben ist. Da wird die Luft im wahrsten Sinn des Wortes dünner und es ist schwieriger, Potenziale zu erwirtschaften.

Aber eines muss klar sein. Wenn wir auf unter sechs Tonnen kommen wollen - es ist dies ein ambitioniertes Projekt, und Deutschland ist noch weit entfernt von dieser Zielmarke -, dann müssen wir überlegen, wie es zu machen ist. Es gibt eine Fülle von Maßnahmen. Eines allerdings ist ganz klar. Diesen großen Schritt nach vorne werden wir nicht erreichen, wenn wir beispielsweise aus CO₂-freien Technologieträgern komplett aussteigen. Denn die 60 % des bayerischen Stroms zu ersetzen, die aus der Kernenergie erzeugt werden, ist derzeit nicht möglich. Darum werbe ich dafür und bleibe dabei: Zu den CO₂-freien Technologien gehört die Kernkraft und wir wollen aus den Gewinnen eine Ökodividende haben. Jetzt also, meine Damen und Herren, etwas trotzig beim Ausstieg zu bleiben, weil man einmal vor 20 Jahren einen Beschluss gefasst hat, auszusteigen, obwohl sich die Welt verändert hat, was man nicht zur Kenntnis nehmen will, ist nicht

zeitgemäß. Die Welt hat sich verändert und jedenfalls vorübergehend gehört die Kernkraft zu dieser veränderten Welt dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schopper hat nach Abschluss der Rede von Minister Söder noch eine persönliche Erklärung angemeldet.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Anschließend treten wir in die namentliche Abstimmung ein. Bitte, Frau Kollegin Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich will mich kurz fassen. Ich möchte mich gegen die Behauptung des Herrn Ministers verwahren, ich hätte sozusagen überhaupt kein Vertrauen zu den Hausärzten. Ich sage Ihnen ganz deutlich, ich habe sehr wohl Vertrauen und weiß die Arbeit der Hausärzte vor Ort zu schätzen. Ich weiß, was die Hausärzte leisten und zu welchem Preis sie diese Leistungen vollbringen. Ich bin auch der Meinung, dass ihnen durchaus die Erlöse aus dem Hausärztevertrag zustehen. Dagegen will ich nichts sagen. Das vorangestellt. Ich verwehre mich allerdings dagegen, dass tatsächlich Anweisungen vom Chef der Hausärzte kommen, wie man zulasten der Versicherten Gelder aus dem Gesundheitsfonds verschiebt. Das möchte ich gerne sagen dürfen, ohne dass man mir unterstellt, ich pflegte eine Feindschaft zu den Hausärzten. Deswegen meine persönliche Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Jetzt liegen uns hier im Präsidium tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Es wurde, wie von Herrn Gantzer bereits verkündet, namentliche Abstimmung beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf Drucksachen 16/614 mit 16/619, 16/632 mit 16/635, 16/637 mit 16/640, 16/675 mit 16/677, 16/693 und 16/703 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/948 zugrunde.

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/948 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Namentliche Abstimmung ist beantragt. Grundlage ist der Einzelplan 12 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Sie kennen das Ritual: Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Ste-nografentisch bereitgestellt. Wenn Sie mit der Stimmabgabe fertig sind, dürfen Sie in die Mittagspause gehen, die bis 13.30 Uhr dauert.

Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Namentliche Abstimmung von 12.51 bis 12.56 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen, und die Stimmen können ausgezählt werden. Die Sitzung wird für eine Mittagspause bis 13.30 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.56 bis 13.33 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Wir haben die Mittagspause schon um drei Minuten verlängert; wir machen weiter. - Ich komme noch einmal zurück zu Tagesordnungspunkt 21 und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung

mung zum Einzelplan 12 bekannt. Mit Ja haben 95 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 70, der Stimme enthalten hat sich niemand.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Eine Enthaltung. Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen - Drucksache 16/948 - weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 16/703 seine Erledigung gefunden hat. Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 21: Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit
(Drucksache 16/948)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	95	70	0

Zu Tagesordnungspunkt 21**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12:**

- | | |
|---|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
(Drs. 16/614)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vertragsnaturschutz, Erschwernisausgleich, Ausgleichszahlungen
(Kap. 12 04 TG 72)
(Drs. 16/615)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Naturschutzregion „Grünes Band“
(Kap. 12 04 TG 72 neuer Tit.)
(Drs. 16/616)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie
(Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/617)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Tit. 422 01)
(Drs. 16/618)</p> | <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kleinkläranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 892 79)
(Drs. 16/619)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes
(Kap. 12 04 TG 72 Tit. 547 72)
(Drs. 16/632)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Hebammen stärken
(Kap. 12 08 TG 55)
(Drs. 16/633)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Geschlechterdifferenzierte Gesundheitsberichterstattung
(Kap. 12 08 TG 91)
(Drs. 16/634)</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ambulante Psychiatrie stärken
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
(Drs. 16/635)</p> |
|---|--|

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sachausgaben für die Internationale Länderkommission Kerntechnik:
Streichung der Mittel
(Kap. 12 09 Tit. 547 09)
(Drs. 16/637)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan bei der höheren Naturschutzbehörde
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
(Drs. 16/638)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82)
(Drs. 16/639)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Abbau der Finanzierung zentraler Wasserversorgungsanlagen
(Kap. 12 77 TG 97 Tit. 883 97)
(Drs. 16/640)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung des Etats für Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
(Drs. 16/675)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 12 08 Tit. 531 92)
(Drs. 16/676)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausgleichszahlung für Bewirtschaftungseinschränkungen im Bereich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
Neuer Tit. im Kap. 12 77 TG 82
(Kap. 12 77 Tit. 633 82)
(Drs. 16/677)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids
(Kap. 12 08 TG 52)
(Drs. 16/693)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe jetzt gemeinsam die Tagesordnungspunkte 22, 23 und 24 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge

der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/844 mit 16/847)

und

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/726 mit 16/734 und 16/843)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/797 mit 16/814)

und

Änderungsanträge

der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/828 mit 16/839)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/743)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/818)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/911)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 27 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 22 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 21 Minuten und auf die FDP-Fraktion 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt hat, die Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2009/2010 in namentlicher Form durchzuführen.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat das Wort Herr Kollege Winter. - Bitte schön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Wenn ich gewusst hätte, dass jetzt so schönes Wetter ist und dass Sie alle lieber draußen sitzen würden, hätte ich gar keine Rede vorbereiten müssen. Aber schade, wir haben die Wetterprognosen nicht in den Sitzungsplan eingetaktet.

(Ludwig Wörner (SPD): Ich habe gemeint, die CSU ist für das Wetter zuständig!)

- Kaum scheint die Sonne, wollen alle raus.

(Zuruf von Staatsminister Fahrenschon)

- Danke, Herr Staatsminister, es ist wichtig, wenn man Unterstützung hat. So ist es, das schöne Wetter steht auch für unseren Haushalt. Wir haben gesagt, er ist ein Leuchtturmprojekt - und schon scheint die Sonne. Damit ist das, was der Kollege Wengert gestern vorgetragen hat, schon widerlegt.

Zunächst möchte ich an dieser Stelle aber aufrichtig für die Unterstützung Danke sagen. Meine Damen und Herren, wir haben in fünf Wochen in 13 Sitzungen beraten und beschlossen; wir haben 5.000 Seiten, 20 Nachschublisten und über 300 Änderungsanträge bearbeitet. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Es war wirklich beeindruckend, mit welcher hoher Präsenz die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen an den Beratungen des Haushaltsausschusses teilgenommen haben. Trotz unterschiedlicher Auffassung in der Sache sind wir sehr fair und tolerant miteinander umgegangen; bei den Beratungen hat ein gutes Klima geherrscht.

Ganz konkret möchte ich noch Ihnen, Frau Kollegin Rupp, neben den anderen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss als meiner Stellvertreterin danken, natürlich auch den Damen und Herren Mitarbeitern im Landtagsamt. Da ist der Sitzungsdienst gefordert, aber auch ganz besonders das Ausschussbüro des Landtagsamts unter der Leitung von Frau Fecke und ihren Mitarbeiterinnen.

(Allgemeiner Beifall)

- Darüber freuen sich die Damen sicherlich.

Danken möchte ich auch Ihnen, Herr Finanzminister und Ihrem Haus, den Mitarbeitern und Mitstreitern, die alle viel zu tun hatten, sowie den Referenten in den anderen Häusern und Fraktionen, die ebenfalls stark gefordert waren.

(Allgemeiner Beifall)

Die Nachrichten, die uns dieser Tage erreichen, betreffen selbst Firmen wie Mercedes. Als kleiner Bub habe ich immer davon geträumt, dass mein Vater so ein Auto kauft. Damals war der 190er Diesel so beliebt, man musste ein Jahr darauf warten. Aber heute ist alles anders geworden. Die aktuellen Entwicklungen und Erfordernisse übertreffen in vieler Hinsicht unsere Vorstellungskraft. Im internationalen Zusammenhang reden wir nicht mehr von Millionenbeträgen, sondern von Milliarden, sowohl im Hinblick auf die Verluste auf den internationalen Finanzmärkten als auch im Hinblick auf die Größenordnung staatlicher Programme zur Stützung der Konjunktur. Die Auswirkungen der Rezession schlagen sich in einem Tempo und mit einer Wucht nieder, wie wir dies bisher noch nicht erlebt haben.

Die Bundesregierung musste Anfang des Jahres ihre Wirtschaftsprognose, in der sie von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 % ausgegangen war, auf ein Minus von 2,25 % korrigieren. Inzwischen wird sogar von 4 % Rückgang bei der Wirtschaftskraft ausgegangen. Im nächsten Jahr wird sich die Erholung der Wirtschaft wahrscheinlich nicht so schnell einstellen, wie sich das viele am Jahresanfang erhofft hatten.

Ich bezweifle, dass wir zur Bekämpfung dieser großen Konjunkturkrise und Wirtschaftsabschwächung die Erfahrungen aus den Zwanziger- und Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts heranziehen sollten. Bei dieser Rezession liegt die Schwierigkeit darin, dass die Welt inzwischen ein vernetztes Dorf geworden ist und sich damit diese Ausschläge potenzieren.

Unsere Wirtschaftswissenschaftler, die sonst so gerne Negativprognosen abgeben, sollten einmal darüber nachdenken und uns sagen, wie wir auf diese neue Entwicklung reagieren sollten. Sie sollten uns sagen, was wir von der Psychologie her tun sollten, um eine Steigerung dieser Ausschläge zu vermeiden. Ich hätte den Wunsch, dass sich der ganze Brain-Trust über diese Frage Gedanken macht. Wir leben nicht in den Jahren 1920 oder 1930. Wir stehen vor einer Herausforderung anderer Art. Deshalb brauchen wir auch andere Instrumente. Dazu habe ich bisher von niemandem etwas gehört.

Die Rezession schlägt sich natürlich auch in den Arbeitsmarktzahlen nieder. Wir alle wissen: Wenn die Spirale einmal nach unten geht, wird es schwierig. Dann wird weniger gekauft und in der Folge sinkt auch die Nachfrage bei den anderen Unternehmen. Die Krise wird dann auch bei Branchen ankommen, die bislang nicht davon betroffen waren. Erfreulicherweise sind unsere Bürger optimistisch und beleben die Konjunktur. Sie lassen sich nicht schrecken.

Bereits bei der Debatte über den Etat des Wirtschaftsministers wurde die Frage aufgeworfen, was von unserer Marktwirtschaft bleiben wird und welche Ordnung in Zukunft gilt. Wir hielten im Jahre 1990 die Frage nach dem Wirtschaftssystem für geklärt. Diese Frage muss erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Was wird aus der Sozialen Marktwirtschaft? - Ist sie nach wie vor in der Lage, die Basis für Frieden, Wohlstand und Beschäftigung zu bieten? - Wie stellen wir uns eine nachhaltige Finanzpolitik vor? - Schaffen wir es wirklich, in Krisenzeiten mehr auszugeben, aber umgekehrt in Zeiten, wo es uns besser geht, weniger Schulden zu machen? - Zu dieser Frage gibt es den Vorschlag, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Das wäre ein positives und wichtiges Zeichen für Bayern, weil wir beim Zahlen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs in ganz besonderer Weise betroffen sind.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen müssen wir auch die Entwicklung in unserem Lande im Auge behalten. Wir müssen versuchen, auf der europäischen Ebene Fortschritte zu erreichen. Erfreulich ist, dass gerade gestern und heute bei der aktuellen Tagung der G 20 die Themen Stabilitätspakt, Finanzmarktverfassung sowie die Forde-

rung der Bundesregierung, internationale Regeln zur Kontrolle der Finanzmärkte aufzustellen, auf der Tagesordnung waren. Ich denke, alle Länder haben den guten Willen, bei diesen Themen Verbesserungen zu erreichen und aus dieser Krise von den negativen Erfahrungen zu lernen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das Thema Landesbank und die entsprechenden Auswirkungen auf den Staatshaushalt nicht weglassen. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Neuverschuldung zur Finanzierung der Kapitalerhöhung bei der Bayerischen Landesbank in der Schuldenlast des Freistaates Bayern ganz erheblich zu Buche schlägt. Dazu möchte ich folgende Anmerkungen machen:

Erstens. Herr Ministerpräsident Seehofer hat in seiner ersten Regierungserklärung dazu umfassend Stellung genommen und zur Vergangenheit Klartext gesprochen.

Zweitens. Herr Kollege Erwin Huber hat gestern in seinem Beitrag zu diesem Thema ebenfalls klare Worte gefunden und nichts beschönigt.

Drittens. Wir begrüßen es, dass der Rechnungshof und die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit prüfen. Das liegt in unserem Interesse. Sie dürfen versichert sein, dass der neue Ministerpräsident, der neue Finanzminister, der neue Finanzstaatssekretär, unser neuer Partner in der Regierungskoalition und natürlich auch der neue Vorsitzende des Haushaltsausschusses sowie die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss größtes Interesse an der Aufklärung haben. Wir müssen prüfen, was auf die Finanzkrise zurückzuführen ist und ob es andere Auffälligkeiten gegeben hat, für die die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssten. Daran haben wir das allergrößte Interesse.

Viertens. Mit dem Haushaltsplan zum Thema Landesbank soll Transparenz erreicht werden. Alle sollen mitverfolgen können, welche Belastungen über die Jahre hinweg entstehen. Im Jahre 2013 soll jeder auf Knopfdruck sehen können, was tatsächlich geschehen ist. Unser Anliegen ist die Offenheit.

Fünftens. Zur Kapitalaufnahme, also zur Risikoabschirmung durch den Freistaat Bayern, gab es keine wirtschaftlich vernünftige Alternative. Dieser Auffassung haben sich die Medien angeschlossen. Wenn jemand eine bessere Alternative einfällt, wäre ich dankbar, wenn er sie mir mitteilen würde.

Sechstens. Die Einrichtung der Landesbank-Kommission war eine notwendige und richtige Entscheidung. Sie kontrolliert und arbeitet aktiv an der Neuausrichtung der Bank und dem künftigen Geschäftsmodell mit.

Siebtens. Wir achten darauf, dass bei anderen staatlichen Unternehmungen keine unverantwortbaren Risiken eingegangen werden. Man könnte die Auffassung vertreten, dass beim Flughafen und bei der Messe nichts passieren könnte, weil dies solide Projekte seien. Ich gehe auch davon aus. Wir leben aber in einer paradoxen Zeit: Überall, wo Not herrscht, wird nach dem Staat gerufen. Wenn jedoch bei Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, Risiken oder Defizite auftreten, neigen wir schnell dazu zu sagen: Davon lassen wir die Finger. Wir müssen darauf achten, dass bei allen Unternehmen, an denen wir beteiligt sind, die Geschäfte verantwortungsbewusst abgewickelt werden.

Achtens. Unter Berücksichtigung der Schulden zur Stabilisierung der BayernLB hat Bayern unter den westlichen Flächenländern immer noch die geringste Pro-Kopf-Verschuldung, und zwar mit Abstand. Sie liegt in Bayern bei 2.600 Euro pro Kopf, in Baden-Württemberg als dem nächsten westlichen Bundesland bei 3.800 Euro. Wir wissen, dass die neuen Länder weniger Schulden haben. Wir konnten bereits seit 1946 Schulden aufnehmen, die neuen Länder erst seit 1990. Außerdem haben wir versucht, im Rahmen der deutschen Einheit die neuen Länder kräftig zu unterstützen. Wenn die Haushaltspläne so, wie sie aufgestellt sind, umgesetzt werden, wird Bayern am Jahresende insgesamt im deutschen Vergleich an der Spitze stehen.

Der Bund hat mit dem Rettungspaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes und den beiden Konjunkturpaketen bereits Handlungsfähigkeit bewiesen. Vor allem das zweite Konjunkturpaket setzt über Steuerentlastungen und Investitionen gezielte Impulse zur

Stützung der Gesamtwirtschaft. Diese Impulse kommen schnell und direkt beim Bürger, bei den Steuerzahlern und insbesondere bei den Kommunen an.

Zum Doppelhaushalt 2010: Hier wurde der Wunsch geäußert, dass wir mutig und kraftvoll handeln sollten, um die Krise zu bewältigen. Hier sind alle Länder der Welt gefordert. Bayern will seinen Beitrag dazu leisten.

Erstens. Der Doppelhaushalt ist konjunkturgerecht, weil er zur Stabilisierung der Realwirtschaft zukunftssträchtige Investitionen bietet, indem er den Ausbau der Infrastruktur anstößt, verstärkt und beschleunigt.

Zweitens. Wir setzen die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag um. Die Schwerpunkte lauten: Kinder, Schule und Hochschulen einerseits und Wirtschaft, ländlicher Raum und innere Sicherheit andererseits. Das sind die Vorgaben, die sich im Haushalt widerspiegeln.

Drittens. Wir bleiben bei einer soliden Finanzpolitik und sorgen dafür, dass wir mit Ausnahme der Sonderlasten wegen der BayernLB auch in den Jahren 2009 und 2010 ohne neue Schulden auskommen.

Auf der Grundlage dieser drei Leitlinien kann man den Doppelhaushalt mit Fug und Recht als Leuchtturm bezeichnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Belebung der Nachfrage ist wichtig. Dem wollen wir uns stellen.

Ich möchte noch auf zwei Dinge eingehen. Die Steigerungsrate liegt bei 4 %, unter Außerachtlassung der BayernLB bei 6,8 %. Die Schwerpunkte habe ich genannt: auf die Zukunft ausgerichtete Ausgaben für die Bildung und Ausgaben zur Stützung der Konjunktur. Um das an wenigen Zahlen festzumachen, die man mit in die Osterwoche nehmen kann, gehe ich auf das Investitionspaket bzw. das Volumen ein. Man kann mehrere Rechnungen anstellen und kommt immer auf ein sehr gutes Ergebnis.

Wenn wir die letzten fünf Jahre betrachten und nachsehen, wie viel wir investiert haben, dann kommen wir auf 4,5 Milliarden Euro. Wir sind jetzt bei 5,6 Milliarden Euro, also gibt es 1,1 Milliarden Euro mehr. Auch wenn wir die Zahlen von 2007 zum Vergleich heranziehen, haben wir 1 Milliarde Euro mehr. Ob kurzfristige Betrachtung oder mittelfristige Betrachtung: Wir haben 1 Milliarde Euro mehr im Haushalt, eine gute halbe Milliarde Euro mehr als im letzten Jahr, aber das war bekanntlich ein Wahljahr und da tun wir immer mehr als sonst. Anders habe ich das nicht in Erinnerung. Es soll auch andere Landesregierungen geben, die das so handhaben.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Trotzdem übertreffen wir den Rekord - Frau Tolle, darum habe ich es gesagt. Trotz Wahljahr und entsprechenden Ausgaben liegen wir heuer um eine halbe Milliarde Euro über dem Rekord.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Ich komme zum Konjunkturpaket, das zunächst mit 50 Milliarden Euro veranschlagt ist. Wenn man da die Rechnung aufmacht, ist man überrascht, was wirklich übrig bleibt. Die SPD ist immer ganz stolz auf das Paket. Ich frage mich allerdings, warum die Kollegen von der SPD immer so stolz auf den Bund sind. Zunächst einmal: Der Bund sind wir alle. Regiert wird er von der Union und von der SPD, wir sind also auch dabei, und zwar mit einer Kanzlerin.

(Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

- Frau Rupp, das ist ganz wichtig: die erste Bundeskanzlerin - eine Besonderheit.

Jetzt wird es spannend. Wie gesagt, zunächst sind es 50 Milliarden Euro. Bei den Steuern haben wir eine Menge bewegt. Das ist okay, das wird der Finanzminister noch darlegen. Da ist viel Positives erreicht worden. Jetzt kommen wir zu den 13 Milliarden Euro. Der Bund sagt, 3 Milliarden Euro investiere ich selbst, 10 Milliarden Euro werden

an die Länder verteilt. Bayern erhält netto 1,4 Milliarden Euro. Den Betrag können wir stehen lassen.

Jetzt wird es noch interessanter. Von den 1,4 Milliarden Euro kommen heuer, in 2009, 483 Millionen Euro bei uns an. Den Kommunen geben wir 338 Millionen Euro. Das ist auch okay. Dann bleiben für den Staatshaushalt, also für unsere Ausgaben, noch 145 Millionen Euro übrig. Aber es geht weiter. Wir reichen an unsere Kommunen nicht nur das Geld des Bundes weiter, sondern legen heuer 121 Millionen Euro drauf. Zieht man jetzt von den 145 Millionen Euro, die uns im Staatshaushalt 2009 von Herrn Steinbrück - das kann man einfügen - gegeben werden, die 121 Millionen ab, dann bleiben ganze 24 Millionen Euro, die tatsächlich im Staatshaushalt für uns übrig bleiben.

(Christa Naaß (SPD): Heuer?)

- Heuer. Das können wir mal drei hochrechnen. Frau Naaß, das ist keine Frage.

Insgesamt haben wir aber hier ein Ergebnis, wie wir es von den Kommunen im April kennen: Große Summen erwecken immer große Erwartungen und viele interessieren sich dafür, aber am Ende wird es immer ein bisschen weniger.

Ich komme zu einer anderen Geschichte. Uns von der CSU - ich denke, uns allen, weil wir alle das Wohl unseres Landes im Auge haben - wäre wohl das Folgende am liebsten. Herr Finanzminister, es wäre eine tolle Sache, wenn Sie das durchsetzen könnten. Ob eine Chance besteht, weiß ich nicht. Es gibt wohl Urteile; das ist nicht so einfach. Sie haben schon die Verschuldungsregeln mit hereingenommen. Aber zum Träumen schön wäre es schon, wenn Folgendes passieren würde:

Wir zahlen beim Länderfinanzausgleich 2,9 Milliarden Euro. Über die Ausgleichsregelung der Umsatzsteuer kommen noch einmal 2 Milliarden Euro hinzu. Das macht zusammen knapp 5 Milliarden Euro. Jetzt wäre es eine schöne Sache, wenn man Folgendes tun könnte - größtes Empfängerland ist ohnehin Berlin -: Lieber Finanzminister, gib den bayerischen Anteil am Konjunkturpaket, die 438 Millionen Euro in 2009, gleich

den Herren in Berlin und in Bremen, lasse uns den Länderfinanzausgleich und die Umsatzsteuerverrechnung, dann könnten wir die 4,9 Milliarden Euro zu unseren 5,6 Milliarden Euro dazunehmen, dann hätten wir eine Investitionsquote von 23 %, von der wir träumen. Mit 10,5 Milliarden Euro an Investitionen wären wir dort, wo die SPD immer hin will. Wir könnten mit voller Kraft noch mehr tun.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Beeindruckende Rechnung!)

Ich bin froh, dass Kollege Wengert da ist; er hatte gestern große Zweifel an dem Leuchtturm. Deswegen habe ich mir die Mühe gemacht, das Ganze noch einmal aufzuschreiben, damit man das in Kurzform aufnehmen kann. Herr Wengert, ich habe Ihnen gestern nicht einmal widersprochen. Es war eine leichte Herausforderung, als Sie gesagt haben, was wir alles nicht können. Ich habe mir gedacht, jetzt lassen wir die Augsburger Kommunalpolitik weg und bleiben beim Staatshaushalt, für den wir zuständig sind.

(Georg Schmid (CSU): Vernünftig!)

Ich komme zunächst zum Einsatz der Staatsregierung auf Bundesebene. Je mehr die Opposition den Ministerpräsidenten für seine vielfältigen Einsätze und Taktschläge, die in kurzen Intervallen kommen, kritisiert, umso mehr besteht die Chance, dass die Bürger die Dinge wahrnehmen. Erstens wird das immer in den Medien aufgegriffen. Zweitens sagt man beim dritten Mal, jetzt müssen wir doch einmal hinschauen, um was es da geht, wenn dauernd herumgestritten wird. Da sehe ich die Chance und habe die Hoffnung, dass etwas hängenbleibt neben dem, dass bei vielen tatsächlich etwas im Geldbeutel ankommt.

Ich nenne einige Stichpunkte:

Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibetrag zum 01.01.2009.

Erbschaftsteuer: Es besteht die Chance, dass das Familienheim bei den Angehörigen bleibt.

Unterstützung für den Mittelstand: Die Betriebe kommen nicht bei der Erbschaftsteuer unter die Räder.

Pendlerpauschale: Die Rückzahlung der Pauschale für 2007 wurde in Rekordzeit abgeschlossen. Man kann den Finanzämtern nur dafür danken, dass sie über eine Million Einkommensteuerfälle geprüft und insgesamt 290 Millionen Euro zurückgezahlt haben.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Großes Lob!)

Konjunkturpaket II: Entlastung bei der Einkommensteuer, Grundfreibetrag, Senkung des Eingangssteuersatzes, Abflachung des Tarifs, Kinderbonus.

Reduzierung des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung ab 01.07.2009 auf 14,9 %. Abzugsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen ab dem Jahr 2010, ohne dass das Geld an anderer Stelle weggenommen wird. Das haben wir im Antrag deutlich gemacht.

Ich komme zur Landesebene. Es gibt ein bayerisches Beschleunigungsprogramm. Damit konnten die Haushaltsausgabereise in Höhe von 350 Millionen Euro sofort eingesetzt werden.

Weiter die vorgezogene Freigabe beim FAG in der Größenordnung von gut 600 Millionen Euro.

Dann gab es den Bildungsgipfel der Kommunen im Interesse der Ganztagschulangebote, die Finanzierung des Mittagessens für bedürftige Schulkinder und eine noch besser aufgestellte Jugendsozialarbeit an Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Ich hätte noch eine ganze Seite, weil wirklich viel passiert ist.

Auch zu den Schwerpunkten des Doppelhaushalts 2009/2010 einige Stichpunkte:

Für die Schulen gibt es 2.738 zusätzliche Stellen. Ich kann mich in meiner achtzehnjährigen Zeit als Parlamentarier nicht daran erinnern, dass wir schon einmal mehr getan hätten. Dazu kommt, dass wir zusätzlich 100 Millionen Euro für den Ausbau der Ganztagschulen und 200 Millionen Euro für die Ganztagskonzeption bereitstellen. Der Schulgeldersatz für die Privatschulen wird auf 75 Euro erhöht. Bis zum Ende der Legislaturperiode haben wir das Ziel, auf 100 Euro zu kommen.

Ich komme zu den Hochschulen. - Schulen und Hochschulen in dieser Kombination, das gab es noch nicht. Zunächst einmal erfolgt eine vorgezogene Freigabe des Einzelplans 15. Damit besteht die Chance, dass die Hochbaumittel mit jeweils mehr als 400 Millionen Euro - zusammen knapp 900 Millionen Euro - bis 2009 und 2010 schon beschlossen sind. Auf diese Weise kann jetzt schon ausgeschrieben werden. Das haben wir bereits Anfang März im Plenum beschlossen. Damit ist für diesen großen Schwerpunkt der Start schon freigegeben. Zu den 2.738 Lehrerstellen kommen noch einmal 3.000 neue Stellen im wissenschaftlichen Bereich. Dann kommen wir zu den Kindern. Für die Kinderbetreuung sind in diesem Jahr 676 Millionen und im nächsten Jahr 720 Millionen Euro ausgewiesen. Auch den Kinderschutz, der notwendig ist, wie wir wissen, werden wir verstärken und verbessern.

Zur inneren Sicherheit. 500 zusätzliche Stellen gibt es heuer und 500 zusätzliche Stellen im nächsten Jahr. 230 zusätzliche Stellen gibt es in der Justiz zusammen mit den Stellen für Richter und Staatsanwälte.

Bei den Finanzämtern gibt es 500 neue Stellen.

Der kommunale Finanzausgleich ist der höchste und beste, den wir je hatten. Das wurde gestern Abend auch vom Gemeindetagspräsidenten bestätigt. Insgesamt sind es 6,35 Milliarden Euro. Die Steigerung beträgt 4 %. Der kommunale Anteil wird erhöht, und die Schlüsselzuweisungen erreichen eine Rekordsumme von 2,58 Milliarden Euro. Alles das kann sich sehen lassen. Wir verstärken die Investitionen in die Krankenhäuser und in den Hochbau. Damit investieren wir an der richtigen Stelle.

Im öffentlichen Dienst ist es wichtig, dass die Leute Geld haben und es ausgeben und etwas kaufen können. Deswegen ist es gut, dass 18.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Haushalt ausgewiesen sind. Das Tarifergebnis wird auch auf die Beamten ohne Abstriche übertragen. Die Altersteilzeit wird zu verträglichen Bedingungen fortgeführt. Soweit zum Haushalt.

Jetzt noch ein paar allgemeine Anmerkungen. Wichtig sind auch die Eckdaten des Haushalts. Vorher hatte ich die Verschuldung erwähnt, jetzt möchte ich nur noch ganz kurz auf die Zinslastquote eingehen, die insbesondere im Zusammenhang mit den besonderen Belastungen immer wieder angesprochen wird. Trotz der besonderen Belastungen ist das Ergebnis beeindruckend. Die Zinslastquote beträgt in unserem Etat 3 %. Man kann sie noch nach Jahren aufschlüsseln. 2009 sind es 2,7 %, nächstes Jahr 3,1 %. Wie immer zählt nur der Vergleich, wenn man aussagekräftig sein möchte. In den anderen Ländern beträgt die Zinslastquote im Durchschnitt 8 %. Damit unterscheiden wir uns ganz deutlich von den anderen Ländern. Dadurch wird auch klar, dass der Freistaat Bayern wirklich vorgesorgt hat. Nur deshalb sind wir in der Lage, so auf die jetzige Situation zu reagieren.

Dafür möchte ich noch ein paar Beispiele nennen. In der Vergangenheit war es alles andere als einfach, auf viel Wünschenswertes zu verzichten. Nur so können wir die Haushaltssicherungsrücklage beanspruchen. Nur so können wir die Sonderprogramme finanzieren und das Geld aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" tatsächlich ausgeben. Als Stichwort nenne ich nur das Klimaprogramm mit einem Gesamtumfang von 1,7 Milliarden. Wichtig ist dabei aber auch, dass diese 1,7 Milliarden nicht aus Privatisierungserlösen stammen, sondern aufgrund einer sorgfältigen und weitsichtigen Politik und aufgrund von Einsparungen und Steuermehreinnahmen in unserem Haushalt aufgelaufen sind, sodass wir jetzt ohne neue Schulden arbeiten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Schluss sage ich ohne Ironie auch der SPD Danke dafür, dass sie ihre Positionen in der Pressekonferenz dargestellt hat. Sie hat eine andere Position als wir. Das ist in Ordnung, es soll auch Alternativen geben. Sie haben es deutlich angesprochen. Ihre Alternative lautet, das Geld aus der Rücklage sofort auszugeben. Wir sehen dagegen die Gefahr und das Risiko, dass die Krise noch viel heftiger wird und dass wir erst am Anfang der Krise stehen. Deshalb müssen wir weiterhin in der Lage sein, kraftvoll zu reagieren. Deshalb haushalten wir. Für uns gilt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Darauf greifen wir zurück. Ich sage Ihnen zum Abschluss einen ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und bedanke mich noch einmal für das gute Miteinander.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): (von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Winter, ich möchte mich als stellvertretende Ausschussvorsitzende zunächst auch für das gute Miteinander im Haushaltsausschuss bedanken. In der Sache waren die Auseinandersetzungen sehr hart, persönlich aber immer sehr fair. Ganz persönlich möchte ich mich beim Landtagsamt und hier stellvertretend bei Frau Fecke bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Sie hat für die vielen neuen Mitglieder im Haushaltsausschuss sehr viel geleistet. Dadurch wurde es auch möglich, die Beratungen zügig zu führen. Genauso gilt mein Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und - das möchte ich hier ausdrücklich sagen, auch wenn es ein bisschen merkwürdig erscheint - unseren eigenen Haushaltsreferenten. Die eigenen Mitarbeiter der Fraktionen leisten auch immer sehr viel. Sie sollten an der Stelle auch erwähnt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Kollege Winter, Sie haben von einer Herausforderung neuer Art geredet. Das sehe ich genauso. Sie haben den Haushalt gleichzeitig als einen Leuchtturm dargestellt. Ich würde ihn eher etwa so beschreiben: Eine kleine Taschenlampe brennt. Das Bild würde wahrscheinlich besser zutreffen.

(Georg Schmid (CSU): Leuchtturm ist schon schöner!)

Bei den Beratungen am Dienstag - das betrifft den Ministerpräsidenten und Sie, Herr Schmid - dachte ich mir, ob bei Ihnen überhaupt angekommen ist, in welcher Situation sich die Menschen draußen befinden. Hier wird gebetsmühlenartig wiederholt, wir hätten eine ganz schwere Finanz- und Wirtschaftskrise. Tatsächlich habe ich aber immer wieder den Eindruck, dass diese Krise für Sie nur virtuell besteht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich möchte hier einfach nur einmal die Zahlen nennen, die wir in Bayern haben. Wir haben 342.000 Arbeitslose und 395.000 Menschen, die Kurzarbeit leisten. Hier dürfen wir uns bei unserem Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz dafür bedanken, dass das Kurzarbeitergeld auf 24 Monate ausgedehnt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen in Unterfranken sind vielleicht schon der Vorbote für das, was auch in Oberbayern noch kommen kann. Im Arbeitsamtbezirk Schweinfurt haben wir derzeit über 12.000 Arbeitslose und 20.000 Arbeitnehmer, die Kurzarbeit leisten. Betroffen sind 282 Firmen. In Aschaffenburg haben wir über 9.000 Arbeitslose und 16.000 Menschen in Kurzarbeit. Über 330 Firmen sind dort betroffen. Die Menschen in Kurzarbeit sind in ihrer materiellen Existenz bedroht. Viele davon können tatsächlich arbeitslos werden. Davon sind dann wieder die Familien betroffen. Außerdem wissen wir auch, dass ältere Menschen und Frauen nachher nicht mehr ohne Weiteres Arbeit finden werden. Das ist ein Problem, das wir nicht aus dem Blick verlieren sollten. Deshalb kann überhaupt nicht nachvollzogen werden, warum die CSU und die FDP in Sachen Konjunkturpaket und

konjunkturelle Impulse nicht tätig wurden. Die einzigen Impulse waren das Geld vom Bund, die guten Ideen der SPD und die schlechte Umsetzung der Programme durch die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schmid, Sie haben gestern gesagt - -

(Georg Schmid (CSU): Vorgestern!)

Entschuldigung. - Vorgestern haben Sie gesagt, dass die vielen Rücklagen, die wir haben, dem guten Wirtschaften zu verdanken seien. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass von diesen Rücklagen allein 1,9 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen des letzten Jahres stammen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch gut so! Es war klug, dass wir das Geld nicht ausgegeben haben!)

Das sind Steuereinnahmen aus dem letzten Jahr. Das war nicht gutes Wirtschaften über Jahre hinweg, sondern das waren unerwartete Steuereinnahmen im letzten Jahr.

(Georg Schmid (CSU): Das geht mal so, mal so!)

- Das geht nicht mal so oder mal so. Sie können die Ergebnisse in den Rücklagen nicht für sich reklamieren, weil die CSU die gesamtwirtschaftliche Lage genauso wenig bestimmt, wie sie die Seen und Berge in der Bundesrepublik schafft.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Sie hätten das Geld ausgegeben!)

Bei der Bewertung der Situation stellen wir immer wieder fest, dass Ihre Beiträge von Widersprüchlichkeiten geprägt sind. Zum einen fordern Sie eine antizyklische Finanzpolitik. Der Ministerpräsident räumt ein, dass dafür auch einmal mehr Geld in die Hand genommen werden muss, als der Staat tatsächlich zur Verfügung hat. Damit gibt er in seinen Ausführungen - wenn auch vorsichtig - zu, dass eine Verschuldung in einer sol-

chen Situation durchaus denkbar ist. Sie, Herr Schmid, sagen dagegen, Sie wollen auf jeden Fall einen ausgeglichenen Haushalt, und etwas anderes dürfe es auch nicht geben.

(Georg Schmid (CSU): Das ist auch vernünftig so!)

- Melden Sie sich doch anschließend zu Wort und plappern Sie nicht dauernd dazwischen.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Weil Sie etwas Falsches sagen! Sie reden einen Unsinn, den wir uns anhören müssen!)

- Wenn ich mich so aufführen würde wie Sie, wenn Sie Unsinn reden, müsste ich hier auf den Bänken tanzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Sie haben wohl die Weisheit mit dem Löffel gefressen!)

Und nun zur FDP, die das große Wort von der sozialen Marktwirtschaft ständig im Mund führt und dabei nie

(Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

- also, ich bitte Sie, jetzt für Ruhe hier zu sorgen, denn das ist echt unpassend, das ist wirklich unpassend - die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick hat und, wie ich glaube, im Kern auch nicht verstanden hat, was soziale Marktwirtschaft ist, sondern es einfach der Zeit geschuldet sieht, sich auch dieses Begriffes zu bedienen, um nicht ganz so neoliberal dazustehen.

(Beifall bei der SPD)

Weiter geht es mit der Frage der Investitionsquote. Auch da war es interessant, Zahlen zu hören, die schlicht nicht gestimmt haben. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt: Wir sorgen dafür, dass die Investitionsquote steigt. Das war Ihre Aussage, das war der

Tenor Ihrer Reden. Dazu muss man einfach die nüchternen Zahlen nennen. Im ersten Nachtragshaushalt 2008 betrug die Investitionsquote 13,4 %. Für 2009 waren 12,5 % und für 2010 12 % geplant. Also, jetzt denke ich doch, dass Ihre rechnerischen Kenntnisse so weit gehen, dass Sie wissen, dass 13,4 % im Jahr 2008 mehr sind als 12,5 % 2009 und 12 % 2010. So viel traue ich Ihnen durchaus noch zu. Das Endergebnis, das wir jetzt haben, ist allein aufgrund der Nachschubliste, also aufgrund des Konjunkturpakets, so, dass die Investitionsquote 2009 13,6 % und 2010 13,4 % beträgt.

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer Eingangsrede zu den Beratungen des Haushalts gesagt, in schlechten Zeiten solle man deutlich investieren. Nun möchte ich aber wissen, wo in Ihrem Haushalt die Steigerung von 2008 auf 2009 und 2010 zu finden ist. Das ist nirgendwo der Fall. Im Gegenteil, Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, Sie haben einen Schönwetterhaushalt gemacht und sich darauf verlassen, dass der Bund tätig wird. Da muss ich Ihnen sagen: Das ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An ihren theoretischen Ausführungen - ich habe es wohl schon einmal gesagt - hätte Werner Schieder, der große Keynesianer in unserer Fraktion, seine Freude, aber in der Umsetzung nicht ein Schritt, nicht ein Stück. Das ist, denke ich, etwas, was so nicht gehen kann, weil es die Anliegen und Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern schlicht leugnet und sich ihrer nicht annimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CSU)

- Also, schrecklich die Jungs hier vorn! Ein bisschen ruhiger, ein bisschen ruhiger!

Nun zu den Haushaltsberatungen im Einzelnen. Ich möchte nicht auf die Einzelpläne eingehen. Das haben die Fachpolitiker getan, das muss ich nicht mehr tun. Aber ich möchte natürlich auf die Punkte des Konjunkturpakets eingehen.

Wir von der SPD haben im November klar erkannt, dass dieses Land Probleme bekommen wird und dass die Arbeitsplätze in Bayern in einer ganz schwierigen Situation

stehen. Wir haben daher ein Konjunkturpaket mit ganz klaren Forderungen aufgelegt. Wenn wir uns die einzelnen Punkte der CSU anschauen, müssen wir sagen, dass es in Teilbereichen eine komplette Übereinstimmung gibt, dass es in Teilbereichen zumindest hinsichtlich anteiliger Summen Übereinstimmung gibt und dass es einige wenige Punkte gibt, die Sie nicht aufgegriffen haben.

Ich möchte das wiederholen: Das sind der Hochschulbau und die Hochschulsanierung, die energetische Gebäudesanierung, Bau und Sanierung von Schulen, das regionale Wirtschaftsförderprogramm, die Breitbandversorgung, die ÖPNV-Busförderung, Unterhaltung und Bau von Staatsstraßen, Wohnungsbau, Landesbehindertenplan, Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur, Krankenhausfinanzierung, Städtebauförderung. Das waren die Punkte, die wir mit unseren Anträgen bereits im November aufgegriffen haben.

Sie haben das dann auch getan. Dazu muss ich Ihnen aber Folgendes sagen: Ich glaube, in Zeiten der Krise ist es völlig unangemessen, Spielchen zu spielen. Sie spielen an diesem Punkt das Spielchen: Wir stellen den gleichen Antrag, aber beschließen nicht positiv über das, was die SPD beantragt hat. - Diese Anträge sind positiv erledigt, sie sind teilweise bis auf den Cent identisch. Die GRÜNEN haben zum Beispiel zur Breitbandversorgung genau den gleichen Antrag wie wir gestellt, und über das Finanzministerium wurde das auch so eingebracht.

Wie kleinmütig muss man sein, wie kleinmütig muss man sein, dass man diese Anträge nicht nehmen und sagen kann: Ihr habt recht, und jetzt lasst uns darüber gemeinsam abstimmen!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wie armselig ist es, wie engstirnig muss man sein, in einer Situation, in der wir wissen, dass Zehntausende, wenn nicht mehr als Hunderttausend von Arbeitslosigkeit bedroht sind, nicht sagen zu können: Okay, da war die SPD schneller, hat früher daran gedacht, hat auch an die richtigen Punkte gedacht, wir können auch

noch den gleichen Antrag stellen, aber dann lasst uns das alles gemeinsam positiv verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Da muss ich Ihnen sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das deutet eindeutig darauf hin, dass Sie die Lage nicht erkannt haben,

(Beifall bei der SPD)

dass Ihnen nicht klar ist, dass diese Krise sehr tiefgreifend ist, dass diese Krise größte Probleme für die Wirtschaft in Bayern mit sich bringt und dass diese Krise eine Bedrohung für die Familien und die Menschen in Bayern ist. Das haben Sie offensichtlich nicht begriffen, wenn Sie an solchen Stellen nicht einmal in der Lage sind zu sagen: Lasst uns den Weg gemeinsam gehen; das sind richtige Ideen, das sind richtige Vorschläge; wir sehen das genauso.

Ich bitte Sie wirklich, über so ein Verhalten nachzudenken. Denken Sie darüber nach! Da draußen können Sie das eigentlich nicht rechtfertigen. Das ist der Situation und dem Ernst der Lage in gar keiner Weise angemessen. In gar keiner Weise!

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, was mich auch hier hoch frustriert: Richtige Gedanken, richtige Ideen, frühzeitiges Erkennen von Problemen werden ignoriert. Das Geschäftsmodell der Landesbank wurde von uns vor über einem Jahr thematisiert und von Ihnen mit Hohngelächter abgelehnt. Wir haben das richtig erkannt. Wir haben darauf gedrängt, dass man sich damit befasst, Kolleginnen und Kollegen. Sie haben das einfach beiseite geschoben.

Nehmen Sie wahr: Gute Politik macht man dann, wenn man vorausschaut und vorausschauend agiert und handelt und nicht nur Rituale abspult. Wenn Politik zu Ritualen verkommt, dann ist sie es wirklich nicht mehr wert. Wenn es um die Menschen draußen geht, um ihren Verdienst, ihr Einkommen und ihre Arbeitsplätze, dann sind Rituale ge-

fälligst nachrangig. Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, ich erwarte von Ihnen, dass Sie diesen Stil ändern, dass Sie sachgerecht arbeiten und dass Sie positive Vorschläge aufnehmen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Zur Umsetzung des Konjunkturpakets möchte ich nicht mehr viel sagen. Ich möchte einen Punkt erwähnen. Es sind insgesamt 1,9 Milliarden Euro zu investieren. Der Anteil des Freistaates sollte wenigstens bei 25 % liegen. Was gemacht wurde, sind 100 Millionen Euro, die der Freistaat hineingibt. Das sind also nicht die zusätzlichen Impulse, die hätten gesetzt werden können. Das wird nicht getan, sondern es wird versucht, mit Haushaltstricksereien schließlich den eigenen Anteil sicherzustellen. Auch das ist der aktuellen Lage definitiv nicht angemessen

(Beifall bei der SPD)

Sie reden sehr viel von Steuersenkungen und Abgabensenkungen, damit der Konsum angekurbelt wird. Wir sind uns in einem Punkt einig: Es ist richtig, jetzt den Konsum anzukurbeln. Das ist eine völlig richtige Aussage. Die Binnennachfrage bei uns ist ein Riesenproblem. Im Maschinen- und Anlagenbau haben wir irrsinnige Umsatzrückgänge, weil diese Industrie so exportorientiert ist und eben im Moment nichts mehr exportiert werden kann.

Aber dann lassen Sie uns doch das tun, was wir hier schon zimal erwähnt haben, nämlich hier in Bayern Punkte ändern, damit die Menschen das Geld unmittelbar im Geldbeutel behalten. Ich nenne nur zwei Dinge: kostenfreies Kindergartenjahr und Streichung der Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie wollen, dass die Menschen mehr Geld im Geldbeutel haben, dann tun Sie doch etwas und versuchen Sie nicht, auf Berlin zu warten. Im Übrigen - auch das muss ich klarstellen - kann man mit uns jederzeit über Steuersenkungen reden, wenn es darum

geht, die Ungerechtigkeit der Progression zu beenden, denn das betrifft die niedrigen Einkommensgruppen und das ist ungerecht. Darüber kann man mit uns reden. Aber nicht über Steuersenkungen für die wirklich Vermögenden in diesem Land, weil die genau in dieser Situation eine Aufgabe und eine Verpflichtung haben!

(Beifall bei der SPD)

Da würde ich mit Ihnen lieber über die Vermögensteuer reden.

Ein letzter Punkt - dann sind nachher meine Kollegen zum Haushaltsgesetz und zum FAG dran - betrifft Risiken, die auf uns zukommen. Selbst mit den Anträgen der SPD wäre dieser Haushalt ausgeglichen. Wir sind nicht so vermessen, das für 2010 zu behaupten. Wir alle wissen nicht, was 2010 auf uns zukommt. Wir wissen nicht, wie stark die Steuereinnahmen sinken werden. Die Steuereinnahmen werden sinken, soviel ist klar. Wir wissen nicht, welche weiteren Risiken die BayernLB in sich birgt. Auch das ist nicht bekannt. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir sehr schnell einen Nachtragshaushalt brauchen werden. Ich bitte Sie alle, wenn es dann wieder um Maßnahmen geht, um die Arbeitsplätze in Bayern zu schützen: Bitte seien Sie so vernünftig, arbeiten Sie mit uns zusammen, nehmen Sie unsere Ideen positiv auf. Lassen Sie Ihren Kleinmut beiseite.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der Freien Wähler spricht nun Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Zunächst möchte ich mich dem Dank des Herrn Kollegen Winter an alle, die an den Haushaltsberatungen beteiligt waren und mitgeholfen haben, anschließen: an das Landtagsamt und an das Ministerium. Es war eine angenehme und faire Arbeit, auch wenn, wie heute schon gesagt, unsere Anträge fast alle abgelehnt wurden. Darauf komme ich aber später noch.

Herr Staatsminister, Sie haben schon mehrmals stolz verkündet, dass der Doppelhaushalt 2009/2010 ausgeglichen und ohne Neuverschuldung ist. Das ist richtig, wenn man diesen Doppelhaushalt formal betrachtet. Es wurde zwar schon mehrfach gesagt, ich muss aber trotzdem wiederholen, dass die 10 Milliarden Euro für die Landesbank eine Belastung darstellen, die weiter wirkt.

(Josef Miller (CSU): Andere wären froh, wenn Sie diesen Haushalt hätten!)

Wenn sie 10 Milliarden zahlen dürften?

(Josef Miller (CSU): Nein, im Hinblick auf die Gesamtsumme!)

Dann war das wohl ein Missverständnis. - Fakt ist aber nun einmal, dass die 10 Milliarden bezahlt werden müssen, und ob wir dieses Geld je wieder zurückbekommen, ist fraglich. Auch Sie selbst, Herr Finanzminister, haben gesagt, dass wir vielleicht nur einen Teil zurückbekommen. Das mag nun aber einmal dahingestellt sein. Warten wir ab, was in den nächsten Jahren kommt. Tatsache ist aber, dass heuer für diesen Kredit 200 Millionen Euro an Zinsen aufgewendet werden müssen und im Jahr 2010 400 Millionen Euro. Wir können nur hoffen, dass es in den nächsten Jahren bei den 400 Millionen Euro bleibt. Dieses Geld fehlt uns aber hinten und vorne, vor allem für die Finanzierung der Maßnahmen, die wir gewünscht, die wir beantragt haben.

Dieser Doppelhaushalt 2009/2010 konnte nur deshalb ohne Neuverschuldung ausgeglichen werden, weil aufgrund der Steuermehreinnahmen der letzten Jahre - das hat Frau Rupp schon angesprochen -, Rücklagen gebildet werden konnten. Von diesen 3,8 Milliarden Euro Rücklagen - so ist mir vom Finanzministerium mitgeteilt worden, Herr Huber hat gestern von 5 Milliarden Euro gesprochen, vielleicht liegen noch irgendwo 1,2 Milliarden Euro herum, die wir noch nicht kennen -, die am Beginn dieses Jahres vorhanden waren, werden laut Haushaltsplan 3,7 Milliarden Euro entnommen. Am Ende dieses Doppelhaushaltsjahres sind dann noch ganze 100 Millionen Euro übrig, jedenfalls nach der jetzigen Rechnung. Wir alle erwarten mit Sorge das Ergebnis der nächsten

Steuerschätzung. Dann könnten diese Zahlen schnell zur Makulatur werden und ein Nachtragshaushalt unausweichlich sein.

Allein die schon beschlossenen Steuerentlastungen, sie stehen im Haushalt, führen zu Mindereinnahmen von 3,5 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt. Die Mindereinnahmen konnten zwar durch die Rücklagen ausgeglichen werden, ich frage mich aber, wie Sie den Haushalt ausgleichen wollen, wie Sie die nächsten Haushalte ausgleichen wollen, wenn die Rücklagen einmal weg sind.

Steermehreinnahmen sind nicht ersichtlich, im Gegenteil. Die Wirtschaftskrise, auch das wurde schon angesprochen, wird massiv auf die Steuern durchschlagen. Sie haben zwar 1,4 Milliarden Euro - jedes Jahr 700 Millionen Euro - Mindereinnahmen eingeplant. Wir alle haben die Hoffnung, denn wir sitzen alle in einem Boot, dass das reicht.

Es ist auch nicht zu erwarten, dass der Bund ein weiteres Konjunkturprogramm auflegt, das den Ländern ermöglicht, überfällige Investitionen durchzuführen, ohne dass dafür zusätzlich eigenes Geld in die Hand genommen werden müsste, wie das hier in Bayern geschehen ist, mit Ausnahme des Kofinanzierungsanteils in Höhe von 100 Millionen Euro für die Gemeinden. Es ist auch nicht zu rechtfertigen, dass der Bund sich weiter verschuldet, denn das Konjunkturpaket des Bundes war auf Schulden aufgebaut. Es nützt auch nichts, wenn wir hier in Bayern immer auf unsere vergleichsweise geringe Pro-Kopf-Verschuldung verweisen, denn wir sind mitverantwortlich für die horrenden Schulden des Bundes. Die Schulden des Bundes sind auch unsere Schulden. Wir müssen sie mittragen, und zwar überproportional.

Herr Staatsminister, vor einigen Tagen haben Sie im Rundfunk gesagt - das habe ich zufällig gehört -, dass Ihnen für die zukünftigen Haushalte nur Ihr Optimismus hilft. Ich bin grundsätzlich auch ein Optimist, und wenn ich auf die letzten Jahrzehnte zurückblicke, in denen ich mit Haushalten zu tun gehabt habe, dann sind den schlechten Jahren auch immer wieder gute gefolgt. Andererseits darf man vor lauter Optimismus die Realität nicht aus dem Auge verlieren. Die Realität spricht leider eine andere Sprache. Herr

Hacker ist im Moment leider nicht da. Er hat uns gestern vorgehalten, dass unsere Anträge Mehrausgaben in Höhe von 1,7 Milliarden Euro verursacht hätten, ohne dass wir eine Gegenfinanzierung angeboten hätten. Gleichzeitig fordern Sie von der FDP aber weiterhin massive Steuererleichterungen, ohne eine Gegenfinanzierung anzubieten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Eine Gegenfinanzierung der schon vorgenommenen Steuererleichterung ist weiterhin nicht in Sicht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Gegenfinanzierung erfolgt über den Konsum!)

- Dazu komme ich schon noch. Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass wir grundsätzlich gesehen nicht gegen eine gerechte und notwendige Steuerreform sind, die auch mit Erleichterungen verbunden sein soll. Die Ehrlichkeit gebietet es aber, darauf hinzuweisen, dass bestimmte Maßnahmen, die gefordert werden, die notwendig und wünschenswert sind, nicht durchgeführt werden können, und dass wir uns auf erhebliche Sparmaßnahmen einstellen müssen, wenn Kredite nicht aufgenommen werden sollen, weil der ausgeglichene Haushalt Vorrang hat. Natürlich verstehen Sie und auch wir - und hier komme ich nun zu Ihnen, Herr Thalhammer - Steuererleichterungen als Möglichkeit zur Konjunkturbelebung. Aber auch unsere Anträge waren darauf ausgerichtet, nachhaltig die Konjunktur zu beleben und die Wirtschaftskraft zu stärken. Mehr Geld für die Bildung beispielsweise sind Investitionen in die Zukunft. Alle Wirtschaftsverbände sehen eine gute Bildung als einen herausragenden Standortvorteil. Mehr brauche ich zu diesem Thema gar nicht zu sagen, das wissen wir alle.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Als ehemaliger Kommunalpolitiker möchte ich an dieser Stelle auch sagen, dass sich die öffentliche Hand immense Folgekosten im sozialen Bereich spart, wenn wir den Kindern eine vernünftige Bildung anbieten.

Mehr Geld für die Straßen, für DSL und die Wirtschaftsförderung, das sind die klassischen Felder eines Konjunkturprogramms. Wir brauchen nur auf das Konjunkturpaket II des Bundes sehen, das genau für diese Maßnahmen Mittel bereitgestellt hat. Unseren Anträgen wurde auch nachgekommen, weil Gelder für den Straßenbau und für DSL aus dem Konjunkturpaket zusätzlich dazugekommen sind.

Das gilt auch für unsere Anträge, die mehr Geld für die Kommunen gefordert haben. Gerade finanzschwache Kommunen, die wir stärken wollen, haben einen enormen Investitionsbedarf.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir sehen das beim aktuellen zweiten Konjunkturpaket, bei den Maßnahmen, die für die Gemeinden bereitgestellt werden. Bei meinen Gesprächen mit den Gemeinden und den Landkreisen zeigt sich schon jetzt, dass diese Maßnahmen mehrfach überzeichnet sein werden. Die Anträge gehen weit über die vorhandenen Mittel hinaus. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Kommunen weitaus mehr investieren könnten, wenn sie die entsprechenden Mittel hätten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Damit bin ich bereits beim kommunalen Finanzausgleich. Ich muss zunächst anerkennen, dass der Anteil der Kommunen im allgemeinen Steuerverbund von 11,7 auf 11,94 % erhöht wurde,

(Georg Schmid (CSU): Sehr positiv!)

dass der Anteil am Kfz-Steuerverbund von 50 auf 51 % erhöht wurde

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

und dass auch der Zuschuss zur Schülerbeförderung - zum anderen komme ich noch, Herr Schmid - jetzt wieder bei 60 % ist. Auch das Gesamtvolumen des Finanzausgleichs wurde erhöht um 4 % oder 0,8, je nachdem, wie man es rechnet, für 2009 und 2010.

Ich muss auch anerkennen, dass die 100 Millionen Euro als Hälfte der Kofinanzierung beim Konjunkturpaket für die Gemeinden bereitgestellt wurden.

Aber wenn der Herr Innenminister gestern sagte, dies sei der kommunalfreundlichste Haushalt,

(Georg Schmid (CSU): Ja, ist er!)

dann muss dem schon widersprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Mag sein, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände bei den FAG-Verhandlungen Ende letzten Jahres zufrieden waren.

(Georg Schmid (CSU): Ja, sogar sehr!)

Sie mussten auch zufrieden sein, weil sie nicht mehr erreichen konnten. Sie alle wissen aber, dass die Forderungen der Kommunalvertreter weitaus höher liegen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist aber schon seit 50 Jahren so!)

Ich möchte, wenn ich darf, Herr Präsident, aus einem Papier zitieren. Das stammt nicht von uns, nicht von den Freien Wählern, sondern vom Präsidenten des Landkreistages, überschrieben mit "Forderungen des Bayerischen Landkreistags für die 16. Legislaturperiode", unterschrieben vom Präsidenten Theo Zellner. Sie wissen, welcher Partei er angehört, wobei bei den Landräten die Partei überhaupt keine Rolle spielt.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

- In diesen Dingen habe ich längere Erfahrung als Sie, auch als Sie, Herr Fahrenschon, ich war lange genug dabei, und das Verhältnis untereinander war sehr gut, ganz gleich, welcher Partei einer angehörte. Die FDP ist da außen vor, weil sie keinen Landrat stellt. Die CSU hat natürlich noch 50 Landräte, aber das kann sich auch einmal ändern.

(Tobias Thalhammer (FDP): Man braucht auch Bundestags- und Europaabgeordnete!)

Meine Damen und Herren, was hat der Landkreistag gefordert? Eine Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 11,7 % schrittweise auf 15 %, verbunden mit einer kräftigen Erhöhung der Schlüsselzuweisungen der Landkreise. Sie haben sich dabei auf Staatsminister Huber bezogen, der bei den Finanzausgleichsverhandlungen 2008 seine Bereitschaft erklärt hatte, zum Doppelhaushalt 2009/2010 neu zu verhandeln. Das hat dann der Nachfolger gemacht. Aber die Erhöhung von 11,7 auf 11,94 %, ist natürlich recht wenig, wenn der Wunsch 15 % ist. Wenn man wirklich auf 15 % kommen will und diese Maßstäbe dabei anlegt, dann dauert es bis zu 15 Jahre, bis man soweit ist.

Die nächste Forderung des Landkreistages war eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Kfz-Steuer von 55 auf 65 %. Ich möchte die Begründungen nicht alle vorlesen.

Der dritte Punkt: Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung auf 80 %.

Das waren die wesentlichen Dinge. Es gibt noch einige andere mehr, die ich jetzt nicht ausdrücklich nennen will.

Wir haben bei unseren Anträgen diese Maximalforderungen nicht übernommen, weil wir wussten, dass das in diesem Haushalt im ersten Schritt nicht geht. Wir haben beim Kommunalanteil am Steuerverbund eine Erhöhung auf 12,5 % beantragt. Das sind pro Jahr ungefähr 140 Millionen Euro, wobei wir die eine Hälfte davon zusätzlich zur Stärkung der Schlüsselzuweisungen verwenden wollten und die andere Hälfte zur Stärkung der Investitionspauschale. Damit würden ganz besonders finanzschwache Kommunen und der ländliche Raum gestärkt. Wir haben diesen Antrag auch mit Blick auf die Wirtschaftskrise und die wegbrechenden Steuereinnahmen gestellt. Die Gemeinden sind die ersten, die dies zu spüren bekommen. Täglich ist zu lesen, und ich höre es auch von den Bürgermeistern, dass Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer eingestellt werden,

ja sogar - da gibt es schon Gemeinden -, dass die Rückzahlungsverpflichtungen höher sind als die verbleibenden Einnahmen.

Dazu kommt, dass die vorhin von mir genannten Steuerminderungen durch die Steuerreformen auch auf die Gemeinden durchschlagen. Wenn es beim Freistaat ca. 3,5 Milliarden Euro sind, dann trifft es die Kommunen, die an der Einkommensteuer beteiligt sind, mit annähernd 1 Milliarde Euro - in den 3,5 sind ja auch noch andere Erleichterungen enthalten.

Zur Belebung der Konjunktur - Sie haben es vorhin erwähnt - haben die Gemeinden aus dem Konjunkturprogramm netto ca. 1,3 Milliarden Euro erhalten, verteilt auf drei Jahre. Dieses Konjunkturpaket, meine Damen und Herren, geht ins Leere, verpufft, wenn die Gemeinden wegen der Mindereinnahmen ihre sonst anstehenden Investitionen zurückfahren müssen. Die vom Bund geforderte Zusätzlichkeit wird dann wohl nicht erreichbar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Das wird in der Verwaltungsvereinbarung zwar nicht mehr so streng gesehen, aber der Sinn des Pakets war ja, dass die Gemeinden zusätzlich zu dem, was sie sonst tun, investieren. Aber wenn sie kein Geld mehr haben, können sie das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Tanja Schweiger (FW): Genau!)

Oder die Kommunen wählen den Weg in die weitere Verschuldung, was sich aber die finanzschwachen Kommunen nicht leisten können, weil dann zu Recht die Aufsichtsbehörde eingreifen würde.

Wir haben des Weiteren beantragt, den Anteil am Kfz-Steuerverbund von 51 % nicht auf 65, wie die Landkreise es wollen, sondern auf 55 % zu erhöhen. Diese zusätzlichen Mittel sollen zur Hälfte, also mit 30 Millionen Euro, dem allgemeinen Straßen- und Wegebau zugute kommen. Gerade im ländlichen Raum gibt es kleinere Gemeinden mit einem

weitverzweigten Straßen- und Wegenetz, für dessen Ausbau und vor allem Unterhalt die Mittel bei Weitem nicht ausreichen.

Sehr wichtig ist es uns, eine Stärkung des ÖPNV dadurch zu erreichen, dass die andere Hälfte der zusätzlichen Mittel dorthin fließt. Der ÖPNV verursacht bei den Landkreisen und Städten erhebliche Defizite. Diese Defizite stehen einem weiteren Ausbau entgegen, zumal die Förderungen - Sie wissen es - in den letzten Jahren zurückgefahren wurden.

Als Drittes haben wir eine Erhöhung der Mittel für die Schülerbeförderung gefordert. Da gibt es etwas, was mich schon lange ärgert, weil ich eben schon so lange dabei bin. Ursprünglich war den Kommunen zugesagt worden, dass sie 80 % erhalten, und diese 80 % der Kosten sind anfangs auch bezahlt worden. Nach und nach wurde dieser Anteil aber auf unter 60 % zurückgefahren, obwohl die Kosten ständig stiegen: Immer mehr Schüler besuchen weiterführende Schulen, was natürlich zu längeren Wegen führt. Die Schulreform in den Bereichen Realschule und Gymnasium führte zu einem weiteren Anstieg der Schüler an weiterführenden Schulen wie natürlich auch zur Schließung der Hauptschulen. Dazu kommen noch die erhöhten Beförderungskosten für Treibstoff und Personal.

Mit unserem Antrag wollten wir die Quote auf ca. 67 % erhöhen, was noch weit unter den Wünschen der Kommunen liegt, die ja 80 % wollen. Meine Damen und Herren, der Wunschzettel der Kommunen ist natürlich noch viel länger. Wir wollten aber moderat an die Dinge herangehen, zum Beispiel beim Ausgleich nach § 15 FAG für die Bezirke. Die Bezirke haben steigende Fallzahlen und höhere Kosten, verursacht natürlich auch durch den TVöD, durch die neuen Tarifverträge. Die Bezirke rechnen 2009 mit 110 Millionen Euro Mehrkosten. Es ist schon bezeichnend und müsste zu denken geben, wenn der Bezirk Oberbayern trotz einer erheblichen Steigerung der Umlagekraft seine Bezirksumlage nicht senken kann, sondern anheben muss.

Da die kommunale Familie aber über das Umlagesystem miteinander verbunden ist, kann grundsätzlich dahinstehen, wer mehr Geld bekommt. Natürlich gibt es immer Streit zwischen den Bürgermeistern, den Landräten und den Bezirkstagen. Ich habe das alles miterlebt. Aber letztlich ist es eine Familie und ein großer Topf, aus dem sich alle bedienen müssen.

Ein letztes Anliegen der Kommunen möchte ich vortragen, das keine zusätzlichen Kosten verursacht, und zwar die rechtzeitige Auszahlung von Zuschüssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Die Wartezeiten, das muss ich zugeben, sind zwar beim Straßenbau, bei den Schulen und Kindergärten noch sehr passabel - es geht vor allem beim Straßenbau sehr schnell, manchmal ist das Geld früher da, als der Bau fertig ist -, nicht aber bei der Abwasserbeseitigung, bei der Wasserversorgung und vor allem nicht bei der Krankenhausfinanzierung.

(Tanja Schweiger (FW): 15 Monate!)

Es kann nicht sein, wie es bei uns geschehen ist, dass man über sechs Jahre nach Bauende auf die Zuschüsse warten muss, und bis der letzte Zuschuss kommt, dauert es noch länger. Das hat nichts mit der Restzahlung nach Verwendungsnachweis zu tun, sondern das Geld wird zögerlich ausbezahlt. Die Folgen sind, dass die Zinsen den Großteil dieser Zuschüsse wegfressen.

Als Letztes möchte ich noch anmerken - ich habe es schon in meiner Eingangsrede kritisiert -, dass sich im Einzelplan 13 verschiedene Unterkapitel tummeln, die eigentlich in die Fachhaushalte gehören. Das gilt insbesondere für die in Kapitel 13 30 und 13 31 enthaltenen Fonds. Die Wahrheit und Klarheit des Haushalts würde es gebieten, dass diese Kapitel, soweit sie Maßnahmen enthalten, die in die Fachhaushalte, zum Beispiel in den Einzelplan 05, 08 oder 12, gehören, dort enthalten sind, wohin sie gehören.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Herr Präsident, ich habe jetzt noch zwei Minuten gut. Aber ich habe das letzte Mal zu lange geredet. Ich gebe Ihnen dann diese Zeit wieder zurück.

Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass wir den Änderungen im FAG und dem Haushaltsgesetz nicht zustimmen werden, auch wenn wir durchaus anerkennen, dass da und dort gute Ansätze erkennbar sind.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Es folgt nun für die Fraktion der GRÜNEN der Herr Kollege Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir - ich denke, ich rede auch im Namen meines Kollegen Hallitzky - wollen uns natürlich zuerst bei denen bedanken, die in den letzten Wochen besonders viel mit dem Haushalt zu tun gehabt haben. Ich nenne das Ausschussbüro um Frau Fecke, das wirklich - man kann schon sagen - Tag und Nacht gearbeitet hat, damit dieser Haushalt und diese Haushaltsberatungen insofern ein Erfolg geworden sind, als wir sie abgeschlossen haben. Vielen Dank dafür. Vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss, besonders natürlich an die beiden Vorsitzenden Georg Winter und Adelheid Rupp. Frau Rupp will ich aber nicht so sehr loben wie der Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, sonst bekommt sie dieses viele Lob in der eigenen Fraktion langsam angekreidet.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Man soll ja immer überprüfen, was bei der Einbringung des Haushaltes gesprochen wurde, was dann während der Haushaltsberatungen dazu gesagt wird und wie mit den Anträgen umgegangen wird, denn wir hatten diesmal die Hoffnung, dass wir unsere Anträge nicht ganz umsonst gestellt haben. Wir hofften, dass unsere Anträge zumindest bedacht und unsere Vorschläge zumindest zum Teil umgesetzt würden. Diese Hoffnung konnte man auch haben. Eine - in Anführungszeichen - "neue Staatsregierung", eine

Koalition - seit Jahrzehnten etwas ganz Neues -, ließ diese Hoffnung zu. Ich mache es kurz: Die Hoffnung hat getrogen. Die häufigste Aussage im Haushaltsausschuss war die, die wir schon kannten. Da ist mir jetzt Kollege Barfuß in Erinnerung, der immer gesagt hat: "Leider müssen wir Ihren Antrag aus finanziellen Gründen ablehnen." Das kannten wir schon aus der letzten Haushaltsberatung von der CSU. Geändert hat sich nur, dass Kollege Barfuß "leider" dazugesagt hat. Der Ton ist also netter geworden, aber ansonsten hat sich nichts geändert.

Herr Kollege Hacker, Sie haben gestern Ihre Kollegen in Berlin so gelobt, die zum Bundeshaushalt 400 Änderungsanträge eingebracht hätten.

(Zuruf von der CSU: 400 Einsparvorschläge!)

- Ja, von mir aus auch 400 Einsparvorschläge. Das wären aber auch 400 Anträge gewesen. Ich hätte gerne das Landtagsbüro gesehen, wenn wir mit 400 Anträgen gekommen wären. Die Gesichter möchte ich mir nicht vorstellen. Wir haben etwas mehr als 100 Anträge gestellt und sind mit dieser Anzahl recht zufrieden. Ich glaube auch nicht, dass die Zahl mit Qualität zu tun. Jedenfalls bei unseren Anträgen bin ich mir da sicher.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Genau! - Tobias Thalhammer (FDP): Unsere Anträge wollen Geld einsparen, Sie wollen Geld ausgeben. Das ist der Unterschied!)

Was mir gestern nicht gefallen hat, war das Wort "Destruktion". Dazu, uns Destruktion vorzuwerfen und zu sagen, wir - also die Opposition - hätten in diesen Haushaltsberatungen keine Vorschläge gemacht, muss ich sagen: Da muss jemand zwei Monate auf einem anderen Planeten verbracht haben. Denn wir haben konkrete und umsetzbare, zum Teil sogar gegenfinanzierte Vorschläge gemacht, Herr Finanzminister. Daher lassen wir uns Destruktion ganz sicher nicht vorwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine erste Feststellung zu diesem Haushalt: Herr Minister, das Konjunkturpaket II kam für Sie wie gerufen. Das Konjunkturpaket hat Sie gerettet. Es ist eindeutig: Alles das, was Sie ursprünglich - von uns anfangs bei der Einbringung kritisiert - im Haushalt nicht stemmen wollten oder nicht stemmen konnten, haben Sie nachträglich damit finanzieren können. Einige Maßnahmen - ich nenne zum Beispiel den ungenügenden Klimaschutz oder die fehlenden Mittel im Bestandserhalt von Staatsstraßen - lassen Sie sich jetzt durch das Konjunkturpaket II finanzieren. Zudem tricksen Sie bei der Gegenfinanzierung; denn Sie finanzieren diese Maßnahmen zum Teil aus den Mitteln des Konjunkturpakets II gegen. Ich muss aber dazu sagen, ich bin froh, dass Sie damit keine Maschinenpistolen finanziert haben, wie es beim Bund geschehen ist. Darüber sind wir froh.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Schuldenfinanziert ist das Konjunkturpaket II wohl. Aber das macht Ihnen in dem Fall nichts aus. Das Geld nehmen Sie gerne, denn es sind Bundesschulden, und mit Bundesschulden haben Sie nichts zu tun. Auf Bundesschulden kann man später mit dem Finger zeigen und sagen, die können es ja nicht, auch wenn Sie selber mit im Boot sitzen und in Bayern scheinbar - scheinbar! - von einer Neuverschuldung noch frei bleiben.

Vorgestern hat sich der Ministerpräsident gefeiert und gemeint, die Regierung und dieser Haushalt stünden für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zum Nutzen der Umwelt. Dann frage ich Sie, Herr Finanzminister, wie viel stand denn zum Beispiel für den Klimaschutz in diesem Haushaltsentwurf vor dem Konjunkturpaket II? Ich sage es Ihnen: Für die Verminderung von Treibhausgasen und Anpassungen an den Klimawandel waren 180 Millionen Euro vorgesehen. 180 Millionen Euro in zwei Jahren, das klingt nicht schlecht. Aber das ist natürlich eindeutig zu wenig. Von einer Effizienzoffensive und der Vorbereitung einer dezentralen klimafreundlichen Energieversorgung in Bayern ist keine Rede; davon ist nichts zu hören. Nun, mit dem Konjunkturpaket II kommen 900 Millionen Euro dazu, vor allem für die energetische Gebäudesanierung in den Kommunen, und zwar zum Großteil, und bei den staatlichen Gebäuden. Sie lassen sich also den

Klimaschutz vom Bund finanzieren und dafür auch noch feiern. Das finde ich klasse. Das finde ich wirklich mutig.

Nächstes Beispiel: Wie viel war für den reinen Bestandserhalt der Staatsstraßen vorgesehen? Im Haushaltsentwurf standen dafür 120 Millionen Euro für zwei Jahre. Der Bayerische Oberste Rechnungshof fordert seit Jahren 100 Millionen Euro pro Jahr, weil er sagt, da sei ein Investitionsstau. Man lässt hier staatliche Liegenschaften verlottern; "verlottern" sage ich, das sagt der Rechnungshof nicht so despektierlich. Nun stehen plötzlich mit dem Konjunkturpaket II 185 Millionen Euro zur Verfügung. Auf einmal schaffen Sie es, zumindest in diesem Jahr die geforderten 100 Millionen Euro aufzubringen. Es wären noch weitere Beispiele zu nennen, seien es die Hochschulbauten, in die Sie mit dem Konjunkturpaket II insgesamt 1 Milliarde Euro investieren können, oder die Breitbandförderung.

Sie nutzen dieses Konjunkturpaket II, um sich Dinge, die Sie sich eigentlich leisten müssten, finanzieren zu lassen. Denn Schulden wollen Sie nicht machen - noch nicht, weil der Herr Ministerpräsident vorgestern auch gesagt hat, das Prinzip des ausgeglichenen Haushaltes gelte weiter.

Herr Ministerpräsident, das hört sich gut an. Schön, Sie hier sehen zu dürfen. Sie meinen, der ausgeglichene Haushalt sei und bleibe richtig. Dem stimme ich zu. Komisch ist nur, dass sich Ihr Finanzminister schon in den Beratungen von diesen Aussagen verabschiedet hat. Ich zitiere den Finanzminister: "Der Bayerischen Staatsregierung und den Sie tragenden Fraktionen sei es nicht leicht gefallen, von der Grundlinie eines ausgeglichenen Haushalts abzuweichen." Was stimmt denn nun? Sie sollten sich in Ihrer Ministerrunde vielleicht einmal abstimmen. Aber ich sage Ihnen, der Finanzminister hat recht, weil er eine Ahnung von Finanzpolitik hat.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wo ist das Zitat her?)

- Das ist der Debatte zu Einzelplan 13 entnommen.

Woran wird deutlich, dass der Herr Minister Fahrenschoen recht hat? Das wird daran deutlich:

Erstens. Der Minister weiß, dass mit diesem Doppelhaushalt die Rücklagen aufgebraucht sind. Der Herr Kollege Pointner hat es Ihnen vorgerechnet. Zweitens. Der Minister weiß, dass die Steuereinnahmen in den nächsten beiden Jahren um über zwei Milliarden zurückgehen werden. Der Minister weiß zudem - das weiß der Ministerpräsident vielleicht noch nicht -, dass das Tafelsilber, das der Freistaat in den letzten Jahren unter Ministerpräsident Dr. Stoiber großzügig über das Land gebracht hat, weg ist. Ich erinnere Sie an eine Schlagzeile im "Donaukurier" vom Juli 2008. Darin stand: "Bayerns Tafelsilber ist fast weg". Im Text wird ausgesagt, Privatisierungsmilliarden schlummern nur noch bei der Landesbank und Eon. Das klingt wie die gute alte Zeit.

Der Finanzminister weiß inzwischen auch, was ihm seine Vorgänger mit der Krise bei der Landesbank eingebrockt haben. Die BayernLB ist kein Tafelsilber mehr. Sie ist eher Blei in seinem Haushalt und nimmt seinem Haushalt die Rücklagen, die er für die kommenden Jahre bräuchte.

Schauen wir uns die Rücklagen an. 3,3 Milliarden Euro haben Sie in den letzten Jahren - vor allem wegen des guten Jahres 2008 - zusätzlich aufhäufen können. Schon bei der Einbringung des Haushalts war Ihnen aber klar, dass Sie ein Drittel dafür für den Ausgleich des Haushalts des Jahres 2010 brauchen werden. Die Steuerentlastungen des Konjunkturpaketes II - von Ihnen mitgetragen - und zusätzlich wegen des Konjunkturunbruchs wegbrechende Steuermittel fressen den letzten Teil der Rücklagen auf. Ich schätze mal - wir wissen es nicht genau - es sind 200 Millionen Euro. Für die fehlenden Steuermittel sind Sie zuständig. Unterstützt von Ihrer Koalitionsfraktion FDP reiten Sie einen Steuersenkungskurs. Sie fahren einen Kurs, der uns weiter in den unterfinanzierten Haushalt treiben wird. Das ist Ihnen anscheinend in Wahlkampfzeiten egal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie beklagen sich hier, dass Mittel wegfallen, fordern aber in Berlin weitere Steuersenkungen; ob das die Mehrwertsteuersenkung ist, die jährlich 100 Millionen Euro Mindereinnahmen bringen würde, oder die Erbschaftsteuer, über die wir uns schon öfter unterhalten haben, welche mindestens 900 Millionen Euro weniger bringen würde - und das jedes Jahr. Eine Milliarde Euro Mindereinnahmen jedes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, für den bayerischen Staatshaushalt! Da sind die neuen Schulden nicht mehr sehr weit. Davon reden Sie nicht.

Genauso wenig reden Sie über die Gegenfinanzierung. Wo sind denn Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge? Auch darauf hat Herr Kollege Pointner schon hingewiesen. Von uns werden die Vorschläge gefordert. Wir regieren gar nicht. Wir sollen aber sagen, wo das Geld herkommen soll. Sie regieren, sagen uns aber nicht, wo das Geld herkommen soll. Das finde ich paradox, lieber Herr Finanzminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW))

Die Erlöse aus den Eon-Aktien machen nur einen kleinen Teil aus. Aber ich schätze, der Wert der restlichen Aktien dürfte unter einer Milliarde Euro liegen. Damit konnten Sie in den letzten Jahren die Investitionsquote wunderbar hochtreiben. Diese Erlöse sind aber nicht mehr da, Herr Finanzminister. Ministerpräsident Seehofer wäre gerne in der Position des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, der in den guten Jahren 2000 bis 2004 mit dem Geld über das Land gezogen ist, 7,2 Milliarden Euro im Land vergraben hat, verplempert hat - so kann man sagen -, die uns jetzt fehlen. Damit können Sie die größeren Anforderungen, die vor uns stehen, nicht finanzieren, Herr Ministerpräsident. Der Haushaltsausschussvorsitzende Georg Winter hat vorhin gesagt: "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not." Ministerpräsident Dr. Stoiber hat schon in der Zeit das Geld verplempert, deshalb haben wir es in der Not nicht mehr. Das ist leider so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen eingestehen, dass die Jahre des Herrn Stoiber vielleicht doch nicht so glorios waren, wie sie dargestellt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Ich komme zur BayernLB. Tun Sie doch nicht so, als wäre dieser Haushalt völlig unbeeinflusst von der BayernLB. Kollege Georg Winter hat vorhin darauf hingewiesen: Gut, wunderbar, die BayernLB hat einen eigenen Haushaltstitel, und es habe keine Alternative gegeben.

(Georg Winter (CSU): Wunderbar habe ich nicht gesagt!)

Das will ich nicht bestreiten, lieber Kollege Winter. Es gab auch keine Alternative zu den 10 Milliarden Euro. Wer aber ist für die Schulden zuständig, die wir machen mussten? - Der Ministerpräsident hat gesagt, Kurt Faltlhauser habe klare und respektable Worte der Selbstkritik gefunden. Das finde ich schön. Was haben wir davon? - Wir haben auf einen Schlag 10 Milliarden Euro Neuverschuldung im letzten Jahr. Wir haben auf einen Schlag 800 Euro Schulden für jede Bürgerin und jeden Bürger in Bayern im letzten Jahr gemacht. Danke, Herr Finanzminister Faltlhauser, danke, Herr Finanzminister Huber. Beide waren auch dafür zuständig, dass die Entscheidungen der BayernLB in der Weise getroffen wurden, wie sie getroffen wurden. Beide haben sich nicht - -

(Beifall bei den GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt nicht!)

- Das ist sehr wohl wahr.

Beide haben sich nicht dagegen gewehrt. 350 Millionen Euro kosten uns jedes Jahr die Zinsen für diese Schulden. Was die BayernLB zurückzahlen muss, gleicht das nicht aus. Von einer Dividende gar nicht zu reden, darauf können wir lange warten. Von einem Verkauf der Bank, um damit die 10 Milliarden Euro wieder hereinzubekommen, zu reden, nenne ich eine Hoffnung auf etwas, was nie eintreten wird, auch wenn es nach einer Gesundschumpfung der Bank zum Verkauf kommen würde. Zumindest haben wir jetzt verstanden, warum 2006 die Nettoneuverschuldung beendet wurde: Man musste sparen, um die BayernLB finanzieren zu können. Es hat sich gezeigt, dass es nötig war, dafür die Mittel anzulegen.

Nicht zuletzt ist unklar, wie sich die neuen Regeln für die Eigenkapitalbewertung bei den Landesbanken, die am 22.04.2009 im Europäischen Parlament beschlossen werden, auf die BayernLB auswirken werden. Auch dazu müssen wir auf Antworten des Finanzministers warten.

Bayern hat sich stets als Exportweltmeister gefeiert und leidet momentan stark unter dem einbrechenden Export. Was die Landesbank angeht, ist Bayern nun zum Importweltmeister geworden. Die ehemaligen Verwaltungsräte Huber und Dr. Faltlhauser haben nämlich mit den von ihnen absegneten Käufen von US-amerikanischen Wertpapieren die Finanzmarktkrise nach Bayern importiert. Innerhalb Europas ist Deutschland mit Großbritannien einer der besonders betroffenen Staaten; innerhalb Deutschlands sind es besonders die Landesbanken,

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt doch nicht!)

und bei den Landesbanken ragt die BayernLB hervor. Lieber Kollege, da ist die BayernLB, da ist die West LB.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Was ist mit der Deutschen Bank? - Was ist mit der Commerzbank? - Warum ist die Allianz in Schwierigkeiten?)

- Die Deutsche Bank hat sich frühzeitig von ihren Papieren getrennt und hat sie an wen verkauft, lieber Kollege? - An die BayernLB.

(Ernst Weidenbusch (CSU): In welchem Umfang denn? Das ist doch lächerlich!)

- Das kann ja sein.

Wir befinden uns also in einer extrem schizophrenen Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben auf der einen Seite einen Haushalt, der mit Hilfe des Bundes sehr gut finanziert ist. Auf der anderen Seite wissen wir aber gleichzeitig, dass uns wahrscheinlich noch in diesem Jahr der Schlag, also die Finanz- und Wirtschaftskrise treffen wird und wir starke Steuermindereinnahmen haben werden. Die Steuerschätzung im Mai

2009 wird die aktuelle Wahrheit an den Tag bringen. Diese Wahrheit muss nach Meinung der GRÜNEN vor der Bundestagswahl auf den Tisch des Hauses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen den Kassensturz, bevor Sie mit Steuersenkungspolitik in die Bundestagswahl ziehen und mit unklaren Zahlen argumentieren wollen. Das kann bedeuten, dass wir schon in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt beraten müssen, um zu sehen, wie wir den Haushalt für das nächste Jahr finanzieren können.

Ich komme zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz. Kollege Pointner hat sich über das Förderwesen im Einzelplan 13 geäußert. Der Förderdschungel, der sich inzwischen ausgebreitet hat - Förderprogramme "Bayern 2020", die Offensiven "Bayern FIT", "Nordostbayern-Programm" und wie sie alle heißen - gehören in die Haushalte, wo man das sauber darstellen kann. Das Sammelsurium dient nicht der Klarheit und Wahrheit. Das wurde schon gesagt.

Klarheit und Wahrheit bedeutet auch die Reduzierung der Haushaltssperre. Wir begrüßen die Reduzierung auf 10 %, befürchten aber, dass dem Minister unter dem Eindruck der Finanzkrise nichts anderes übrig bleiben wird, als die Haushaltssperre wieder auf die 20 % zu bringen; denn das bringt ihm schnell mehr Geld und mehr Einnahmen im Haushalt. Ich bin davon überzeugt, dass es nach der Bundestagswahl zu dieser Regelung kommen wird. Ich würde Sie auffordern, das nicht zu tun. Ich kann es Ihnen aber nicht verbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen empfehlen, das Haushaltsgesetz zu lesen. Ich meine, das ist das interessanteste Buch der 16 Bücher. Es gibt viel Positives zu vermerken - auch für einen Oppositionspolitiker -, manches Skurrile, aber auch entscheidende Dinge, die dazu beitragen, dass wir den Haushalt ablehnen müssen.

So wird endlich das funktionslose Aufstiegsamt im Lehrerbereich geschaffen. Das ist eine Forderung, die wir seit Langem stellen, und die jetzt endlich umgesetzt wird. - Ja, da kann man durchaus einmal applaudieren. Das finde ich auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Privatschulen erhalten eine höhere Förderung, die natürlich noch lange nicht die 100 Euro erreicht, die im Grunde von den Privatschulen gefordert werden. Da finde ich das Verhalten von Minister Spaenle schon sehr interessant. Er hat im Haushaltsausschuss gesagt, noch in dieser Legislaturperiode würden die 100 Euro erreicht. Und vorgestern musste ich dann lesen, dass das möglicherweise erst im Jahre 2014 der Fall sein wird. Ich meine, das ist das erste gebrochene Versprechen, bevor es bei ihm überhaupt richtig losgeht.

Skurril finde ich die Strafe für Kurtaxepreller. Ab jetzt sind 50 Euro zu zahlen, wenn man die Kurtaxe nicht bezahlt.

Für positiv halte ich die Entscheidung der Staatsregierung, die Kinderkrippen besonders dann zu unterstützen, wenn sie sich in staatlichen Liegenschaften wie beispielsweise in Hochschulen niederlassen wollen. Das halte ich für sehr gut. Gut ist auch, dass man ermöglicht, 180 neue Wohnungen für Staatsbedienstete zu bauen. Das wird all die Krankenschwestern, Polizisten, Justizvollzugsbeamten und andere freuen, die sich die hohen Mieten in München nicht leisten können.

Das alles ist sehr schön, aber leider findet man in diesem Gesetz auch den Artikel 6, der sich mit den Personalausgaben und den Stellenbesetzungen oder besser "Stellennichtbesetzungen" beschäftigt. Das geht schon damit los, dass die Einstellungstermine auf Oktober verschoben werden, um Geld zu sparen. Das gilt übrigens auch für die Stellenhebungen. Es geht damit weiter, dass Sie frei werdende Arbeitnehmerstellen grundsätzlich eine Entgeltgruppe niedriger neu besetzen. Das nenne ich Motivation, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist demotivierend zu wissen, dass ich dann, wenn ich auf eine neue Stelle komme, weniger bekomme als mein Vorgänger. Weiterhin ist die Sperre

von 9.000 Stellen bis zum Jahre 2019 enthalten. Unbeachtet bleiben dürfen auch nicht die 4.640 Stellen für Beamte plus die 500 Arbeitnehmerstellen, die Sie über die Arbeitszeiterhöhung einkassieren wollen. Das bedeutet, alle Stellen, die wir jetzt schaffen, sind nur Bruttostellen. Was netto dabei herauskommt, sieht man erst, wenn man alles gegeneinander aufrechnet. Das ist nicht ganz einfach, aber wir haben es getan. Ich habe es Ihnen schon an einem Beispiel gesagt. 1.000 Polizistenstellen brutto bedeuten 446 neue Stellen netto.

Der Punkt ist folgender: Haben wir nun staatliche Aufgaben zu erfüllen oder nicht? Ich finde es nicht gut, wenn Kollege Lerchenfeld bedauert, so viele Leute einstellen zu müssen. Haben wir nun staatliche Aufgaben zu erfüllen oder nicht? Wenn wir diese Aufgaben nicht zu erfüllen haben, wenn es eine Aufgabenkritik geben sollte, in die Richtung, das brauchen wir beim Staat nicht mehr, das wird ausgelagert, dann brauchen wir auch keine Leute mehr einzustellen. Solange aber immer mehr Arbeit auf die Leute zukommt wie beispielsweise bei den Finanzämtern, ohne dass mehr Personal eingestellt wird, ist das nicht richtig. Dann gilt es, über diesen Artikel 6 nachzudenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, schauen Sie bitte einmal auf die Uhr!

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich mache es kurz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Tage Haushaltsberatungen liegen hinter uns.

(Thomas Kreuzer (CSU): Kurz machen!)

- Ja, mache ich auch. Wir sind der Meinung, Sie haben mit diesem Haushalt Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie haben mit Hilfe des Konjunkturpaketes II das finanziert, was von Ihnen selbst gefordert gewesen wäre. Das ist keine verantwortliche Haushaltspolitik für Bayern. Und Sie sind auch nicht ehrlich gegenüber den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern; denn Sie sagen ihnen nicht, dass Sie ab September 2009 Schulden

machen müssen und sich eingestehen müssen, dass dieser Haushalt anders nicht zu finanzieren ist.

Wir lehnen diesen Haushaltsentwurf daher ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): (vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs - damit das später nicht untergeht - all denjenigen danken - vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros -, die in sehr harter Arbeit unsere Ausschussberatungen vorbereitet haben. Ich bedanke mich selbstverständlich auch beim Ausschussvorsitzenden und bei der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden sowie allen Ausschusskolleginnen und -kollegen. Wir haben diesen Doppelhaushalt gemeinsam - so habe ich es vernommen; ich bin ja auch zum ersten Mal dabei - sehr schnell beraten und diese Beratung zum Teil unter großem Zeitdruck abgehalten. Das sollte an dieser Stelle auch einmal erwähnt werden.

Mit 6,8 Milliarden Euro ist der kommunale Finanzausgleich eine der wichtigsten Positionen im Einzelplan 13. Die Zahlen, die hier zu finden sind, machen deutlich, wie wichtig uns die Kommunen sind. Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund steigt von 11,7 % auf 11,94 %. Der Anteil an der Kfz-Steuer steigt von 50 auf 51 %. Wir stocken die Mittel für die kommunalen Investitionen um rund 118 Millionen Euro auf und auch im Bereich der Schlüsselzuweisungen gibt es eine Erhöhung um 142,6 Millionen Euro.

Wir stehen weiterhin zur Finanzierung der Bezirke und auch die Zuweisungen für die Schülerbeförderung werden um 8 Millionen Euro erhöht. Auch wenn Ihnen, Kollege Pointner, das alles nicht ausreicht, wie Sie bereits im Ausschuss dargetan haben, muss doch festgehalten werden, dass der kommunale Finanzausgleich insgesamt um 225,9 Millionen Euro gestiegen ist. Auch das ist eine Sache, die wir uns durchaus ans

Revers heften können. Dies alles zeigt, dass die Fülle der Aufgaben der Kommunen von uns gesehen wird und wir diese Aufgaben ernst nehmen. Die Kommunen haben in der Regierung aus CSU und FDP einen starken Partner.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) - Dr. Thomas Beyer (SPD): Entweder gar nicht oder alle! - Christa Naaß (SPD): Der glaubt das Ganze wohl selber nicht!)

Lassen Sie mich kurz noch auf ein paar Haushaltsdaten eingehen. Der Kollege Winter hat das bereits ausführlich getan. Liebe Kollegin Rupp, es ist nicht zu leugnen - wir hatten das schon an einer anderen Stelle -, dass die Investitionsquote von 13,4 % auf 12,5 % bzw. 12 % sinkt. Wir müssen uns aber gleichzeitig im Klaren sein, dass wir sehr viel in die Personalbereiche der Einzelpläne zur Bildung und zur Hochschule investieren. Das ist zwar nach der eigentlichen Definition keine Investition, aber wir sind uns sicherlich darin einig, dass es sich dabei um eine Investition in die Zukunft handelt. Man sollte da nicht nur ganz scharf auf die eigentliche Investitionsquote schauen. Allerdings möchte ich gleich hinzufügen, dass da auch bei uns die Alarmglocken läuten.

Eine weitere Schwerpunktzahl ist die Zinsquote. Sie ist und bleibt im Vergleich zu anderen Bundesländern erfreulich niedrig. Auch wenn sie zunächst bei 2,8 % liegt und dann auf 3,2 % steigt, liegen wir im Ländervergleich, der sich in den anderen Westländern um 8,1 % bewegt, durchaus vorn.

Der Gesamthaushalt mit all seinen Zahlen untermauert, dass wir hier im Hohen Hause über einen guten Haushalt diskutieren, den wir auch beschließen können.

Bei meinen Ausführungen zur Investitionsquote bin ich eben auch schon auf die Lehrerplanstellen eingegangen. Ich möchte sie aber noch einmal kurz erwähnen, weil uns diese Investition in die Bildung sehr wichtig ist. Wir investieren mehr in die Lehrerplanstellen, um die Klassenhöchstzahlen zu reduzieren. Daneben tun wir etwas für die Finanzierung der Privatschulen und bleiben bei den 100 Euro, wie wir das zugesagt haben.

Wir tun was für die innere Sicherheit mit 500 Stellen für die Polizei, und wir tun etwas für die Justiz. Wir haben einen erhöhten Ansatz beim Mittelstandskreditprogramm und werden 38.000 neue Studienplätze unter anderem für den doppelten Abiturjahrgang schaffen. All dies hört sich nicht nur gut an, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern es ist auch eine Erfolgsstory der neuen Regierungskoalition aus CSU und FDP.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Thomas Kreuzer (CSU) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Noch etwas zum Konjunkturpaket II. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist ein Bundesgesetz. Es nimmt uns zwar alle in die Verantwortung, etwas zu tun, aber die Hauptverantwortung ist und bleibt auf der Bundesebene.

Ich dachte, wir hätten das jetzt alles schon einmal ausdiskutiert, können es aber noch einmal tun. Liebe Frau Kollegin Rupp, ich glaube, es gibt nur wenige Parteien, die dem Großkapital und den Großkonzernen so nahe stehen wie Ihre Partei.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich möchte an dieser Stelle schon darauf hinweisen dürfen, dass nicht es wir waren, dass nicht das Bundeskartellamt und auch nicht die Monopolkommission es waren, die Ihren damaligen Bundeswirtschaftsminister Müller empfohlen haben, einer Großfusion oder Übernahme von Ruhrgas und Eon zuzustimmen. Über seinen weiteren beruflichen Werdegang möchte ich gar nichts sagen. Das war nicht die FDP.

(Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

Wir stehen zu einer sozialen Marktwirtschaft mit einer mittelständischen Struktur. Der Genosse der Bosse heißt Gerhard Schröder, nicht Martin Zeil und nicht Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns trotzdem mutig gegen die Rezession stellen. Das tun wir, indem wir Investitionen vorziehen, indem wir in unserem Haushalt mutig und mit Augenmerk vorgehen; denn es lauern die Gefahren von Inflation und hohen Belastungen für die nächsten Generationen durch Zinsen und Schulden. Ich darf auch darauf hinweisen, dass Bayern über die Wirkung von Steuersenkungen einen Beitrag zum Konjunkturpaket in Höhe von 1,7 Milliarden Euro leistet. Man sollte nicht immer so tun, als wären das reine Bundesmittel, sondern wir alle leisten unseren Beitrag zu diesem ganzen Paket.

Wir müssen auch erwähnen, wie wir mit dem Konjunkturpaket in Bayern umgehen. Sie wissen, dass wir die Vorgabe der Verteilung der Mittel im Verhältnis von 70:30 an Kommunen und Staat haben. Ich finde es seltsam, wenn immer so getan wird, als würde sich der Freistaat Bayern dabei irgendwie Gelder in die Tasche stecken. Wir ermöglichen damit wichtige Investitionen, zum Beispiel bei den Hochschulen. Kollege Heubisch kann diese Mittel für den weiteren Ausbau der Hochschulen in ganz Bayern sehr gut gebrauchen.

(Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

Diese Mittel sind in Investitionen sehr gut angelegt. Das Konjunkturpaket wird in Bayern wirklich hervorragend organisiert und angenommen. Auch hier richte ich einen Dank an alle Beteiligten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegin Rupp, Sie behaupten, auch bei Zustimmung zu Ihren Anträgen, die für das Jahr 2009 1,4 Milliarden Euro ausmachen würden - 2010 inklusive wären wir bei 3 Milliarden -, hätten wir noch einen ausgeglichenen Haushalt. Vielleicht habe ich Sie vorhin falsch verstanden, oder Sie haben noch eine Gegenrechnung, die bislang noch nicht präsentiert wurde.

(Adelheid Rupp (SPD): Nein, das stimmt!)

Das wäre noch eine interessante Botschaft. Wir dürfen bei den ganzen Diskussionen über solche Forderungen und zusätzliche Konjunkturpakete den Schuldenstand nicht außer Acht lassen. Damit meine ich in erster Linie gar nicht den bayerischen Schuldenstand, sondern die Gesamtschulden des Bunds, die jetzt schon 62,5 % des BIP - des Bruttoinlandprodukts - betragen. Das sind nur die sichtbaren Schulden. Der Stand der unsichtbaren Schulden, die wir über die Sozialversicherungssysteme der nächsten Generation aufladen, beträgt 252,6 % des BIP. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, in welche Lage alle politischen Parteien diesen Staat geführt haben, nämlich in eine dramatisch hohe Staatsverschuldung. Deshalb ist besondere Vorsicht geboten, wenn wir über eine weitere Staatsverschuldung sprechen; denn auf Rekordsteuereinnahmen - 2008 561 Milliarden Steuereinnahmen - folgen stets Rekordstaatsausgaben. 2008 waren das 283 Milliarden auf Bundesebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht eines deutlich: Höhere Steuern bedeuten immer mehr Staat. Wir gehören als FDP eben nicht zu den Staatsgläubigen und sind der Meinung: Steuern runter, weniger Staat.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Weniger Steuern, weniger Staatseinnahmen, weniger Schulen, weniger Kindergärten!)

Das gilt auch in wirtschaftlich schweren Zeiten. Handeln ist zwar geboten, aber das darf nicht ausufern. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, was in Diskussionen immer wieder getan wird - das muss man hier erwähnen, weil einige versucht haben, das dem Wirtschaftsminister vorzuwerfen -, als könnte der Staat die Krise managen oder beenden. Wir können nur gemeinsam Impulse geben; wir können wieder für Vertrauen sorgen, auch auf dem internationalen Finanzmarkt. Aber wir als Politiker, als Staat können die Krise nicht bewältigen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da klatscht nicht einmal die FDP!)

- Sie könnten doch klatschen, das wäre mal ein schönes Zeichen.

(Beifall bei der FDP)

Der Schuldendienst beträgt übrigens auf Bundesebene 2009 261 Milliarden Euro. Daran kann man ersehen, welche schönen Konjunkturprogramme die SPD durchführen könnte, wenn wir keinen solchen Schuldendienst hätten. Lieber Herr Kollege Beyer, das zeigt sehr deutlich, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, diesen Schuldenberg abzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat für Steuersenkungen ein durchgerechnetes Konzept, auch wenn manche Beiträge in den Medien daran Zweifel äußern. Im Gegensatz zu den GRÜNEN - darin unterscheiden wir uns von der Opposition - haben wir Anträge im Deutschen Bundestag eingebracht, die Einsparungen im Umfang von 1,8 Milliarden Euro zur Folge hätten. Wir hatten also nicht mehr Wünsche, sondern wollen Einsparungen. Daran sieht man, dass auf Bundesebene sehr wohl Möglichkeiten bestehen, die Verschuldung zurückzuführen. Frau Kollegin Rupp, die Schuldendiskussion kann man nicht isoliert in Bayern führen. Der bayerische Haushalt steht verhältnismäßig gut da, aber der Bundeshaushalt ist das Hauptproblem in Deutschland.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die FDP ist im Übrigen nicht gegen Besteuerung, damit das nicht falsch verstanden wird. Wir sind durchaus der Meinung, dass jeder, der Leistung bringt, auch einen Beitrag zur Gemeinwirtschaft leisten soll. Wir bezweifeln auch nicht, dass es Probleme bei der Besteuerung von internationalen Finanzströmen gibt und dass es diese zu beheben gilt.

Abschließend möchte ich feststellen: Steuern gehören weder dem Bund noch Bayern noch den Kommunen. Wir alle sind nur Treuhänder der Steuern. Das sollten wir uns immer vor Augen halten. Wir werden weiterhin - in diesem Jahr, im nächsten Jahr und auch beim nächsten Doppelhaushalt - an einer soliden Haushaltspolitik festhalten. Da

hier kein alternatives Konzept vorliegt, werden wir dem Einzelplan 13 und dem Haushalt selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Nun erteile ich der Kollegin Erika Görlitz das Wort für die CSU.

Erika Görlitz (CSU): (von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Finanzausgleichsgesetz ist unsere Leistung für unsere Kommunen. Ich bin froh, dass dieser Brauch beibehalten wurde, und möchte dem Finanzminister ganz herzlich dafür danken, dass mit den kommunalen Spitzenverbänden ein besonders gutes Ergebnis ausgehandelt wurde. Bayern ist das einzige Land, das so etwas macht. Das stärkt uns auch in der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Zur Aussage des Kollegen Pointner, die Kommunen hätten mehr gefordert, kann ich nur feststellen: Sie wären schlechte Verhandlungspartner, wenn sie nicht mit höheren Forderungen in solche Verhandlungen hineingehen würden.

(Beifall bei der CSU)

Man darf nicht vergessen, dass wir für die Kommunen sehr viel erreicht haben; das wird an den Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände deutlich. Sie haben erkannt, dass wir bis an die Grenzen gegangen sind und damit auch den Kommunen gedient ist. Man muss auch wissen, dass die Kommunen von den finanzstarken letzten Jahren sehr viel mehr profitiert haben als der Freistaat Bayern insgesamt. Ich kann verstehen, dass der Kollege Pointner auf diesen Zug aufspringt und Anträge für die Freien Wähler stellt. Ich habe genau hingehört, habe aber trotzdem nicht verstanden, ob er zu der Frage etwas gesagt hat, wie er seine Vorschläge finanzieren will. Das ist entweder untergegangen oder er hat es vielleicht tatsächlich auch nicht gesagt. Wenn wir damit in eine Verschuldung gehen wollten, wäre das wirklich schade. Ich denke, dass wir so den besseren Weg gewählt haben.

Das hohe Niveau im kommunalen Finanzausgleich, das wir in den letzten Jahren erreicht hatten, konnten wir weiter steigern. 253,2 Millionen sind noch einmal dazugekommen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das hat aber mit der guten Steuerschätzung zu tun!)

Wenn man die Haushaltssperre abrechnet, kann man immerhin noch 251 Millionen und eine Steigerung von 4,1 % feststellen. Das ist ein toller Erfolg für unsere Kommunen und das sollte man auch wirklich anerkennen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch einige wichtige Punkte herausgreifen, die gerade uns ein besonderes Anliegen sind. Der Kommunalanteil am Steuerverbund wurde um 0,24 Punkte erhöht. Das hört sich zwar nicht so an, als sei es besonders viel, aber man muss wissen, dass diese Erhöhung 2009 61 Millionen ausmacht. Das ist doch wirklich sehr beachtlich. Auch der Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen - das ist genau das Ziel, das wir verfolgen - zeigt, dass wir gerade die finanzschwachen Kommunen stärken. Dieser Zuwachs ist ein ganz großer Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes.

Auch im Kraftfahrzeugsteuerverbund hat es eine Anhebung gegeben. Der Anteilsatz der Kommunen wurde um einen Prozentpunkt erhöht. Das hört sich auch nicht an, als sei es großartig, aber es macht natürlich sehr viel aus. Wir konnten zusammen mit der normalen Erhöhung eine Steigerung von 4,9 % auf 798,1 Millionen erzielen. Damit können wir vor allem für den Straßenbau viel leisten. Allein 30 Millionen Euro, das ist der Löwenanteil der Steigerung, gehen in den Straßenbau nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Zusammen mit den Mitteln aus dem Bund stehen hier 160 Millionen Euro für den Straßenbau zur Verfügung.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Erika Görnitz (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sie haben ja später noch einmal die Möglichkeit zu sprechen, Frau Kollegin. Ich würde sagen, dass Sie das dann mit einbringen.

Für den Straßenunterhalt gibt es ebenfalls 4,1 Millionen mehr. Damit steigt das hier zur Verfügung stehende Volumen auf 250,2 Millionen. Man muss wissen, dass die Straßen länger geworden sind, auch das örtliche Verkehrsaufkommen ist mehr geworden. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir aus dem Härtefonds nach Artikel 13 c des Finanzausgleichsgesetzes unverändert hohe Mittel zur Verfügung stellen können. Auch in anderen Bereichen wurden die Mittel unverändert fortgeführt, das gilt für Abwasser und Wasserversorgung, für kommunale Umgehungsstraßen und für den ÖPNV. Allein hier sind 282,95 Millionen eingestellt. Weitere projektgebundene Investitionsförderungen haben wir im kommunalen Hochbau. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau wurde um 35,6 Millionen erhöht. Wir sind damit bei einer Summe von 250,6 Millionen. Für uns ist dabei ganz besonders wichtig, dass wir damit alle Wünsche und alle Maßnahmen für den Ausbau der Ganztagschule befriedigen können. Das kommt unseren Kommunen, aber auch unseren Kindern zugute.

(Beifall bei der CSU)

Wir können auch davon ausgehen, dass wir den Bedarf, der jetzt in der Krankenhausfinanzierung angemeldet wird, befriedigen können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie meinen den Bedarf derjenigen, die einen Antrag stellen dürfen, Frau Görnitz!)

Wir wissen, dass die Initiative immer von den Kommunen ausgehen muss. Kommunen, die das wollen und können, müssen natürlich einen Antrag stellen. Dann kommt es zur entsprechenden Finanzierung. Meine Damen und Herren, die Krankenhausfinanzierung ist ein wichtiger Punkt. Auch hier haben wir um 22,4 Millionen auf 500 Millionen erhöht. Daneben werden die Krankenhausfördermittel mit insgesamt 30 Millionen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes zusätzlich gestärkt.

Damit leisten wir einen ganz wichtigen Beitrag, um die Investitionsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Wir leisten auch einen Beitrag für die Betriebe, die Arbeitsplätze, aber auch für die Menschen in unserer Heimat.

Die Investitionspauschale wird um 18,3 Millionen erhöht. Wichtig ist für uns, dass der Basisbeitrag von bisher 20.000 auf 26.000 Euro erhöht wird. Wenn eine Kommune nicht so leistungsstark ist, kann das bis zu 37.700 Euro ausmachen. Das ist die Investitionspauschale, die man verwenden kann, ohne große Nachweise zu führen. Diese Forderung haben wir schon lange erhoben, auch die kommunalen Spitzenverbände haben gefordert, dass in diesem Bereich mehr Flexibilität und mehr Eigenverantwortlichkeit für die Kommunen geschaffen werden. Mit der Anhebung der Investitionspauschale ist das auch gelungen. Die strukturelle Änderung bedeutet gerade für finanzschwache, kleine Gemeinden einen besonderen Vorteil.

Nun zur Schülerbeförderung. Auch hier können wir die 60 % halten. Darauf sind wir stolz, weil es doch ein sehr wichtiger Beitrag ist. Vor allem ist uns das deswegen ein wichtiges Anliegen, weil die Bemühungen der Kommunen, für einen sicheren Schulbusverkehr zu sorgen, damit gut unterstützt werden können. Die Sicherheit unserer Kinder liegt uns sehr am Herzen. Mit den Schulbussen können wir die Kinder sicher zu den Schulen und wieder nach Hause bringen. Wir lassen uns das immerhin 271 Millionen im Jahr kosten.

Auch der Ausgleich für die Bezirke ist nach wie vor hoch, obwohl die Unterhaltskosten für die Gewässer und ihren Ausbau auf den Freistaat Bayern übergegangen ist. Wir haben das Niveau von 580 Millionen auch dort gehalten.

Die Zuweisungen für die Veterinärämter sind jetzt vielleicht nicht so entscheidend, aber bei den übertragenen Aufgaben ist es für die Landkreise wichtig, dass sie einen entsprechenden Ausgleich bekommen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Veterinärämter entsprechend ausgestattet werden. Hierbei geht es um das Futtermittelrecht. Hier sind wir unserer Aufgabe nachgekommen, die Landratsämter auch für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises ordentlich mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

Meine Damen und Herren, trotz schwieriger Rahmenbedingungen liegt uns erneut ein ausgewogener und gut ausgestatteter kommunaler Finanzausgleich vor. Einerseits werden die Verwaltungshaushalte der Kommunen gestärkt, andererseits wird die kommunale Investitionskraft gefördert. Dadurch setzt der kommunale Finanzausgleich auch in Zeiten der Finanzkrise wichtige Impulse für das Wachstum, für die Beschäftigung im kommunalen Raum und unterstützt die Kommunen anforderungsgerecht. Somit ist der Freistaat Bayern wieder ein verlässlicher Partner unserer Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch einen Moment. - Frau Kollegin Kamm möchte eine Zwischenbemerkung machen, zu der ich ihr jetzt das Wort erteile.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Kollegin, Sie haben die einzelnen Töpfe des kommunalen Finanzausgleichs gewürdigt, aus denen die Kommunen etwas mehr Geld bekommen haben. Sie haben aber vergessen zu erwähnen, dass den Kommunen heuer durch die Einkommensteuerreform, die auch mit den Stimmen der CSU auf Bundesebene beschlossen worden ist, 120 Millionen Euro fehlen werden. In den kommenden Jahren werden von den Kommunen noch größere Beträge zu verkraften sein. Das hätte eigentlich zur Gesamtbilanz dazugehört.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Görlitz.

Erika Görlitz (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das ist natürlich richtig. Wir haben das auch beim Gesamthaushalt gesehen, dass diese Gesetzesänderungen durchschlagen. Es ist klar, dass die Kommunen davon betroffen sind. Das will ich gar nicht verheimlichen; das ist richtig dargestellt. Da können wir aber über den Finanzausgleich jetzt auch wenig ausgleichen. Wir werden in den nächsten Jahren schauen müssen, wie wir zurechtkommen. Es wird mit Sicherheit nicht einfacher werden. Ich denke aber, dass gerade unsere bayerischen Kommunen gut ausgestattet sind, gute

Voraussetzungen haben, und für die Herausforderungen der nächsten Jahre entsprechend gerüstet sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Gut!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der kommunale Finanzausgleich 2009 ist aus Sicht der SPD-Fraktion ein Finanzausgleich, der weder einen scharfen Protest hervorrufen kann, noch große Zufriedenheit, insbesondere auch keine Selbstzufriedenheit. Der kommunale Finanzausgleich lässt sich sehr nüchtern beschreiben als ein Weg hin zu einer von uns auch begrüßten - das möchte ich deutlich machen - weiteren Normalisierung nach den drastischen Einschränkungen des Finanzausgleichs und der Kommunalfinanzierung nach der letzten Landtagswahl 2003. Beim kommunalen Finanzausgleich wird jetzt versucht, das auszubügeln, was Sie selbst mit den Kürzungen vor einigen Jahren bei den Kommunen angerichtet haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Einige Kollegen, zum Beispiel Frau Kollegin Görlitz und der Herr Ministerpräsident, haben erklärt, die Finanzausstattung der Kommunen sei noch einmal verbessert worden. Der Ministerpräsident hat dies in seiner Erklärung am Dienstag gesagt. Herr Kollege Klein hat sogar behauptet, die FDP könnte sich dies ans Revers heften. Ich möchte dazu feststellen: Die Steigerungen im kommunalen Finanzausgleich sind einzig und allein darauf zurückzuführen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern ihren Beitrag geleistet haben. Das waren weder die Staatsregierung noch die CSU- oder die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Kollege, das gilt für alle Steuern!)

Die Steigerungen sind nicht auf finanzielle Zugeständnisse der Staatsregierung oder der Regierungsfractionen zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, dass wir eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen im Verbundzeitraum hatten. Eigentlich ist es eine finanzpolitische Selbstverständlichkeit, dass von dieser Steuerentwicklung auch die Kommunen entsprechend profitieren. Das ist kein Geschenk der Staatsregierung, des Finanzministers oder der Regierungskoalition, das mit Beifall versehen werden müsste. Im Übrigen zahlen auch die Kommunen selbst über die Gewerbesteuerumlage in diesen Topf ein.

Sehen wir uns einmal die Details an: Die Erhöhung des Anteils aus dem allgemeinen Steuerverbund von 11,70 % auf 11,94 %, also um ganze 2,4 ‰, ist leider nur symbolisch und ohne jede nachhaltige Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Ein bemerkenswerter Schritt nach vorne ist dies sicher nicht. Außerdem wurden keine erkennbaren Anstrengungen unternommen, um in vernünftigen Schritten - Stück für Stück - die Zielmarke von 15 % zu erreichen, wie dies von den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder - und zu Recht - gefordert wird. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim kommunalen Anteil am Kfz-Steuerverbund. Hier ist die minimale Anhebung um 1 % mit dem Stichwort Symbolpolitik am besten beschrieben. Dass es überhaupt eine merkbare Steigerung gegenüber dem Vorjahr gibt, ist mit dem Mautausgleich des Bundes in Höhe von knapp 18 Millionen Euro zu erklären.

Ich komme zum Wesentlichen. Bislang sprach ich von den Steuerverbänden, die seit Jahr und Tag geregelt sind. Dort, wo Sie selbst finanzpolitisch agieren könnten, nämlich bei den Finanzausgleichsleistungen außerhalb dieser Steuerverbände, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Gegenüber dem Jahr 2008 ist ein Rückgang von 2,2 Milliarden Euro auf 2,1 Milliarden Euro festzustellen. Insgesamt geben Sie 27,4 Millionen Euro weniger aus, wo Sie selbst gestalten könnten und wo der Finanzausgleich nicht von der Steuer-

entwicklung abhängt. Das ist sehr bedauerlich. Hier stellen wir einen Rückgang um 1,3 % fest.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt bleibt der Anstieg beim kommunalen Finanzausgleich 2009 - selbst wenn wir die Rechnung der Staatsregierung zugrunde legen - mit 3,6 bzw. 4 % klar hinter der Steigerung des Ausgabevolumens im Gesamthaushalt von 5,4 % zurück. Ich halte es für verständlich, dass sich die kommunalen Spitzenverbände in diesen Verhandlungen zufrieden gezeigt haben. Wer in den Kommunen die Zeit der Kürzungspolitik und der schlechten Haushaltssituation erlebt hat, ist froh, dass der Schmerz nachlässt und, wie nach einem schweren Unwetter, Erleichterungen eintreten. Er ist froh, wenn normale Wetterverhältnisse herrschen, die Wolken ab und zu aufreißen und die Sonne durchdringt. Allerdings kündigt sich bereits die nächste Unwetterfront an; denn die politischen Perspektiven des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern sind denkbar schlecht.

Ich nenne als Beispiel die Landesbank-Krise, deren Umfang bei 800 Millionen Euro jährlich liegt. Ich nenne weiter zurückgehende Steuereinnahmen. Auf Ihrer Seite werden gleichzeitig Steuersenkungen versprochen. Außerdem halten Sie weiterhin an dem Dogma des ausgeglichenen Haushalts fest. Wir werden jetzt "wahlfreie" Zeiten bekommen, in denen Sie regelmäßig mit Kürzungen reagieren. Die Kommunen stehen also vor einer schwierigen Zeit. Die SPD-Fraktion, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Landrätinnen und Landräte können sich darauf verlassen, dass wir, wenn wieder Kürzungen anstehen, an ihrer Seite stehen und gegen die Verschlechterungen kämpfen werden. Wir haben auch an der Seite der Kommunen mit Erfolg für den Erhalt und die Verbreiterung der Gewerbesteuer gekämpft, weil dies die zentrale kommunale Einnahmehbasis ist.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ebenfalls für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stefan Schuster das Wort.

Stefan Schuster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Haushaltsgesetz in Bezug auf den öffentlichen Dienst einige Ausführungen machen. Der öffentliche Dienst wurde in den zurückliegenden Jahren von der Staatsregierung und der CSU-Fraktion arg gebeutelt.

(Beifall bei der SPD)

Die Einkommensschere gegenüber der Wirtschaft klafft inzwischen um zirka 8 % auseinander. An allen Ecken und Enden fehlt das Personal, um die originären Aufgaben des Staates zu erfüllen. Was tun Sie mit diesem Haushaltsgesetz? - Sie arbeiten weiterhin mit Wiederbesetzungssperren und verschieben Neueinstellungen auf später. Kolleginnen und Kollegen, die Wiederbesetzungssperre ist kein geeignetes Instrument der Personalwirtschaft. Wenn wir davon ausgehen, dass bestehende Planstellen ihren Sinn haben, müssen diese Stellen auch besetzt sein. Im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bayern hat eine Sperre frei werdender Stellen zu unterbleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb, die dreimonatige Wiederbesetzungssperre für Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter zu streichen. Eine Sperre frei werdender Stellen - zum Beispiel in der Justiz mit ihrer ohnehin sehr angespannten Personalsituation - würde zu einer weiteren Verminderung der Leistungsfähigkeit führen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Probleme der Justiz in Nürnberg, die momentan durch die Medien gehen. Dort wurden zum Beispiel Angehörige und Kinder von Beschäftigten eingestellt, um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Ein zweites Beispiel ist die Finanzverwaltung, wo die Situation ähnlich ist. Dort führt der hohe Personalfehlbestand zu gravierenden Steuermindereinnahmen.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb die Streichung des Artikels 6 b des Haushaltsgesetzes. Das Hinausschieben von Neueinstellungen auf den Oktober halte ich für eine reine Sparmaßnahme. Als Beispiel möchte ich nur die groß angekündigte Einstellung von

1.000 Polizistinnen und Polizisten nennen. Diese 1.000 Polizistinnen und Polizisten reichen ohnehin nicht, um die Personalnot bei der Polizei zu vermindern. Warum werden diese Polizisten eigentlich erst im Oktober eingestellt und nicht gleich? Schließlich werden sie mit ihrer Ausbildung erst im Jahr 2013 fertig sein.

Ich habe einmal ein Polizeipräsidium in Oberfranken besucht. Dort wurde mir gesagt, dass zum Beispiel die Polizeiinspektion Bayreuth-Land den Dienstbetrieb fast nicht mehr aufrechterhalten könne und dringend neues Personal brauche. Damals habe ich in den Medien erklärt, dass diese 1.000 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten nicht ausreichen. Herr Staatssekretär Dr. Weiß hat daraufhin zwei Tage später in einem Interview erklärt, dass Herr Schuster wahrscheinlich nicht rechnen könnte. Inzwischen wurde meine Aussage von Herrn Landespolizeipräsident Kindler und von Herrn Innenminister Herrmann in seiner Haushaltsrede bestätigt. Herr Herrmann hat erklärt, dass diese 1.000 Stellen nur der Anfang sein könnten.

(Beifall bei der SPD)

Die angekündigten Stellenhebungen sind grundsätzlich zunächst einmal positiv zu bewerten. Die Beschäftigten haben diese Stellenhebungen positiv aufgenommen. Allerdings haben sie gehofft, dass diese Hebungen zeitnah erfolgen. Um jedoch Kosten auf dem Rücken der Beschäftigten zu sparen, dürfen diese Stellenhebungen erst zum September 2009 und zum September 2010 in Anspruch genommen werden. Wir fordern, dass die Stellenhebungen im Mai 2009 und zum 1. Januar 2010 umgesetzt werden, schon im Hinblick auf die Personengruppe, die bald in den Ruhestand geht und dringend auf diese Hebungen wartet.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz zum Artikel 6 c des Haushaltsgesetzes und die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eingehen. Dort steht, dass in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 150 frei werdende Stellen gesperrt würden, die für die Einstellung schwerbehinderter Menschen verwendet werden sollten. Das ist zunächst einmal positiv zu bewerten.

Abgeschwächt wird dieses Signal durch den Zusatz "wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2009 bzw. 2010 angerechnet werden kann". Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der letzten Woche im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes über den Bericht der Staatsregierung zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen diskutiert. Nach diesem Bericht erfüllt der Freistaat mit 5,21 % die vorgeschriebene Beschäftigungsquote von 5 %. Allerdings gibt es Ressorts wie zum Beispiel das Kultusministerium oder das Wissenschaftsministerium, die die Vorgabe immer noch nicht erfüllen. Die neue Behindertenbeauftragte der Staatsregierung, Frau Irmgard Badura, hat in einer Sitzung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes erklärt, sie gebe sich mit der bayerischen Quote nicht zufrieden. Der Bundesdurchschnitt liege bei 5,8 %, sagt sie. Und weiter: "Ich wünsche mir, dass sich Bayern daran orientiert." - Das wünschen wir von der SPD-Fraktion uns auch.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist unsere Vorstellung, dass die im Haushaltsentwurf 2009/2010 für die Einstellung schwerbehinderter Menschen gesperrten 300 Stellen auf insgesamt 350 Stellen aufgestockt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat hier im Haus schon ellenlange Diskussionen über die Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden gegeben. Man führt als Abgeordneter immer wieder Gespräche vor Ort. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich muss Ihnen sagen, am meisten enttäuscht sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der FDP. Sie haben mit der 42-Stunden-Woche Wahlkampf gemacht, aber umgesetzt wird nichts. Wir werden an dem Thema dranbleiben. Von uns werden Sie zu dem Thema noch mehrere Anträge vorgelegt bekommen. - Ich mache gleich Schluss.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Das wäre auch angemessen.

Stefan Schuster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir fordern - und das ergibt sich aus der Systematik - die Streichung der Artikel 6 e und 6 f des Haushaltsgesetzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein letztes Wort zum Dienst zu ungünstigen Zeiten. Für den Dienst an Sonn- und Feiertagen sowie nachts werden in der Stunde 2,80 Euro bezahlt. Wir von der SPD-Fraktion fordern, dass der Betrag auf 5 Euro erhöht wird. Das könnten wir hier im Hause regeln. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat einem Antrag der SPD-Fraktion betreffend eine Erhöhung zugestimmt. Leider wurde der Antrag im Haushaltsausschuss abgelehnt. Ich bitte deshalb, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Abschließend bedanke ich mich beim Präsidenten für die großzügige Handhabung der Redezeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich kann mir den Satz nicht verkneifen: Ich bitte alle Redner, ihre Kürzungsvorschläge nicht nur an den Haushalt, sondern auch an die Redezeiten anzupassen.

Gern übermittle ich noch eine Bitte des Stenografischen Dienstes. Die Niederschriften der heutigen Sitzung sind nicht mehr bis zum Sitzungsende fertigzustellen, weshalb Sie den Rednern im Plenarsaal auch nicht mehr zugestellt werden können. Aus diesem Grund bitte ich die Redner, von den am Stenografenpult aufliegenden gelben Formularen Gebrauch zu machen, falls die Niederschriften an eine Adresse außerhalb des Hauses zur Korrektur übermittelt werden sollen.

Als letztem Redner in dieser Debatte darf ich dem Herrn Staatsminister der Finanzen Georg Fahrenschon das Wort erteilen.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Der Freistaat Bayern ist Motor im Kampf gegen die Konjunkturkrise. Das fängt mit dem schnellen Verfahren an. Hier ist darauf hinzuweisen, dass in den letzten zwei Monaten von der Ersten Lesung bis zum heutigen dritten Tag der Haushaltsdebatte rund 5.000 Seiten des Regierungsentwurfs sowie eine

Fülle von Anträgen und Nachschublisten in den Beratungen zu behandeln waren. Für diesen Kraftakt danke ich dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, seiner Stellvertreterin, Frau Kollegin Rupp, und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Dank des Finanzministers gilt auch den zahlreichen helfenden Händen im Landtag und in den Ministerien, die dieses rasche Verfahren im Hintergrund erst ermöglicht haben.

Meine Damen und Herren, die Schnelligkeit ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, weil in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation schnelle Hilfe doppelte Hilfe bedeutet. Bayern ist in diesem Sinne Vorbild für die Bundesrepublik, für alle Gemeinwesen, weil wir uns darauf konzentriert haben, schnell und effizient zu helfen. Das ist unsere Aufgabe in der Finanz- und Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch wenn es schwer fiel, haben wir in Bayern bereits im November den Motor angeworfen. Mit dem Investitionsbeschleunigungsprogramm und dem bayerischen Mittelstandsschirm haben wir im alten Jahr nicht nur Handlungsfähigkeit gezeigt, wir haben auch dem Bund und anderen Ländern als Vorbild gedient. Auch das muss zum Abschluss der Haushaltsdebatte herausgestellt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

So stand dem Bund bei seinem KfW-Programm zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft der bayerische Mittelstandsschirm Pate. Die LfA konnte aufgrund unseres schnellen Handelns mit Beginn des Jahres das komplette Bürgschaftsinstrumentarium anwenden. Die Absicherung erfolgt zwar im Doppelhaushalt durch eine Rückbürgschaft, aber nur deshalb, weil wir im November und Dezember schon gehandelt haben, war die LfA in der Lage, schon vom 1. Januar an vielen mittelständischen Unternehmen in ganz

Bayern zu helfen. Knaus Tabbert ist das bekannteste Beispiel. Wir sind aber mittlerweile gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium bei über 50 Fällen, in denen wir mit unseren Instrumenten dem bayerischen Mittelstand in dieser schwierigen Zeit zur Seite gestanden haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Schnelligkeit muss weiter darauf hingewiesen werden, dass der Einzelplan 15 aufgrund seiner starken Ausrichtung an Investitionen extra vorgezogen wurde. Das komplette Bauprogramm des Wirtschaftsministeriums im Umfang von 900 Millionen Euro im Doppelhaushalt ist bereits beschlossen. Das ist die Grundlage dafür, dass wir die Ausschreibungen noch im März haben vorbereiten können und wie versprochen im April an möglichst vielen Standorten mit den Baumaßnahmen beginnen können.

Das sind zwei gute Beispiele dafür, dass in der aktuellen Situation eine schnelle Beratung des Haushaltes ein Wert an sich ist. Wir in Bayern haben hier die Benchmark für Deutschland gesetzt. Umso wichtiger ist es, dass wir mit dem Abschluss der Haushaltsdebatte auch die anderen Projekte und Programme rasch ins Werk setzen. Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Doppelhaushalt - auch das muss noch einmal dargestellt werden - das Instrument der von der CSU und der FDP getragenen Staatsregierung, um dem Konjunkturabschwung die Tiefe zu nehmen und ihn schneller wieder in einen Aufschwung übergehen zu lassen. Dieser Doppelhaushalt ist unsere Antwort auf den Abschwung. Zugleich setzt er die notwendigen langfristigen Akzente.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei ist der Doppelhaushalt erstens konjunkturgerecht. Im Durchschnitt steigern wir die Ausgaben des Freistaates Bayern um 4,85 %, im konjunkturell schwierigeren ersten Jahr sogar um 6,8 %. Wir betreiben eine antizyklische Haushaltspolitik, weil diese jetzt notwendig ist. Eine Steigerung des Haushalts um 6,8 % im Jahr 2009 ist ein klares Signal dafür, dass wir auf Investitionen setzen. Es gibt kein anderes Bundesland, das sich solche Investitionen leisten kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Doppelhaushalt ist zum Zweiten zukunftsgerichtet, weil wir absichtlich Schwerpunkte bilden und nicht mit der Gießkanne arbeiten, sondern mit unseren Investitionen in Bildung und Klimaschutz nachhaltig in eine gute Zukunft für Bayern investieren.

Frau Kollegin Rupp, ich will noch einmal versuchen, Ihnen das Zusammenspiel zwischen dem Entwurf des Staatshaushalts einerseits und unseren Prägungen bei den Arbeiten zum Konjunkturpaket II andererseits zu erläutern. Denn wir haben planvoll gehandelt. Der Regierungsentwurf mit seinem Konzept kraftvoller Investitionen in Zukunftsbereiche war die ideale Basis dafür, dass wir das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes integrieren konnten. Das ist kein Zufallsprodukt, das ist absichtliches, planvolles Handeln, weil wir alle Maßnahmen nutzen wollten, um jetzt möglichst viel zu investieren, um die wirtschaftliche Schwäche durch staatliche Investitionen abzufedern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist kein Hoppla-Effekt, sondern das Ergebnis planvollen Handelns, dass wir den zweiten Teil des Konjunkturpakets des Bundes optimal in den Doppelhaushalt integrieren konnten. Denn mit den zusätzlichen Bundesmitteln können wir das im ersten Nachtragshaushalt 2008 erreichte Rekordniveau unserer bayerischen Investitionen noch einmal deutlich steigern. Meine Damen und Herren, statt das zu kritisieren, sollten Sie uns eigentlich zu dieser Blaupause gratulieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben mit Absicht die Investitionen noch im November beschleunigt und am 16. Dezember einen Entwurf eingebracht, bei dessen Vorlage wir schon wussten, dass wir gleichzeitig in Berlin über ein zweites Konjunkturpaket sprechen. Dass wir das im Ansatz aufeinander abgestimmt haben, kann uns nicht zum Vorwurf gemacht werden, sondern zeigt, dass wir gut damit fahren, auf zwei Ebenen an der Regierung teilzuhaben und Entscheidungen mitprägen zu können. Auch der Vorwurf, dass wir hierbei an einem

Strang ziehen, geht ins Leere. Es ist doch gerade notwendig, dass wir gemeinsam - auf kommunaler, auf Länder- und auf Bundesebene - gegen die Krise arbeiten, damit wir am Ende schneller und gestärkt aus dieser Krise herausgehen können. Auch an dieser Stelle bitte ich Sie: Überlegen Sie sich das. Wir arbeiten gemeinsam, damit wir gemeinsam möglichst viele Kräfte freisetzen können. Die wichtigste Herausforderung besteht darin, dass wir über Wachstum und Beschäftigung schnellstmöglich aus der wirtschaftlich angespannten Situation herauskommen. Das verlangen die Menschen im Land von uns und darauf richten wir unsere Politik aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Schwerpunkt beim Konjunkturpaket des Bundes liegt ganz bewusst auf der energetischen Sanierung. Vonseiten des Bundes wird vor allem die energetische Sanierung von Schulen und kommunaler Infrastruktur gefordert. Diese Forderungen des Bundes passen ideal zum Leitbild des Doppelhaushalts. Sie passen ideal zu unserem Ziel, zukunftsgerichtet und konjunkturgerecht zu handeln. Wir wissen doch, dass die Nachfrage jetzt gestärkt werden muss. Jetzt muss investiert werden. Jetzt muss die Krise gemeinsam bekämpft werden. Deshalb lautet unser Ansatz: Wir wollen gestärkt aus der Krise herauskommen, indem wir die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. Dabei ist die energetische Sanierung das effizienteste Mittel - darüber besteht in unserem Hause noch nicht einmal Streit - im Kampf gegen den Klimawandel einerseits und andererseits ein ideales Mittel, um der öffentlichen Hand Heiz- und Betriebskosten zu ersparen. Das ist eine solide, sachgerechte und zukunftsorientierte Konjunkturpolitik.

Eine Rolle hat hier auch die Frage nach der steuerlichen Entlastung gespielt. Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ausgangs-, Mittel- und Zielpunkt aller unserer politischen Bemühungen in der Krise und für die Zukunft sind die Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Sie wollen wir in der Krise unterstützen. Ihnen wollen wir helfen, aus der Krise herauszukommen. Deshalb muss unsere Politik auch unmittelbar bei den Menschen ansetzen. Unser Ziel ist es, mehr bei den Bürgern zu belassen. Das Geld,

das sich die Bürger hart erwirtschaftet und sauer erarbeitet haben, muss in den privaten Haushalten bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb fällt es dem bayerischen Finanzminister auch nicht schwer, sich zu bekennen. Wir waren es, die die SPD zum Jagen getragen haben. Wir waren es, die die Steuer- und Abgabensenkungen durchgesetzt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Wir haben es in Berlin mit einem SPD-Parteivorsitzenden zu tun, der der festen Überzeugung ist, dass die Menschen ihr Geld beim Staat abgeben sollen, weil der Staat besser wisse, was für die Menschen in unserem Land gut ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben es in Berlin mit einem Bundesfinanzminister zu tun, der in Brüssel Steuererleichterungen zustimmt, der sich an sein eigenes Abstimmungsverhalten aber nicht mehr erinnert, wenn wir dieselben Steuererleichterungen auch hier für den bayerischen und den deutschen Mittelstand, für die Gastronomie und für die Hotels durchsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb müssen wir uns das Gesamtbild ansehen. Wir sind davon überzeugt, dass wir das richtige Instrumentarium haben, um das Jahr 2009 erfolgreich abschließen zu können. Das muss unser Ziel sein. Wir dürfen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen bleiben und sagen: Um Gottes Willen, was ist zu tun? - Wir müssen handeln. Handeln heißt Reduzieren von Steuern und Abgaben, damit die Menschen im Lande auch konsumieren können. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und wer bezahlt das Konjunkturpaket?)

Deshalb war es richtig, dass wir zum Jahresanfang die Familien entlastet haben. Es war richtig, das Kindergeld um zehn bzw. 16 Euro pro Monat zu erhöhen. Es war auch richtig, dass die Finanzverwaltung mit Hochdruck gearbeitet hat. Ich bin stolz darauf, dass wir bereits Mitte März in Bayern die Rückzahlung der Pendlerpauschale abschließen konnten. In über einer Million Fällen kam es zu Rückzahlungen in Höhe von insgesamt 287 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Geld kommt jetzt an. Damit werden die Menschen unterstützt und können trotz der Krise konsumieren und den täglichen Bedarf decken. Das ist die richtige Art von Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb ist es auch richtig, dass wir mit dem Konjunkturpaket II einen weiteren Schritt vorwärtsgehen.

Nachdem viel Überzeugungsarbeit zu leisten war, hat die Große Koalition die Senkung des Eingangssteuersatzes und die Abflachung des Tarifverlaufs in Angriff genommen. Der erste Schritt der steuerlichen Entlastung wirkt sich in diesen Wochen über die Lohnsteuer bei den Bürgerinnen und Bürgern aus. Wir haben Anfang des Jahres schnell gehandelt. Wir haben im Februar und im März die Pendlerpauschale zurückgezahlt. Jetzt merken die Menschen, dass sich etwas tut, dass in Deutschland eine steuerliche Entlastung stattfindet. Das ist das richtige Signal, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist auch klar, dass es weitergeht. Ab Juli werden die Arbeitnehmer und die Unternehmen mit der Reduzierung des Krankenversicherungsbeitrags auf 14,9 % außersteuerlich in einem Umfang von weiteren 6 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Wir sind nicht am Ende, denn wir haben bereits festgelegt, dass ab 1. Januar 2010 die Absetzbarkeit der Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge deutlich verbessert wird. Außerdem machen wir einen zweiten Schritt in Richtung des CSU-Tarifs. Denn wir werden zu Beginn des nächsten Jahres die Anhebung des Grundfreibetrags und eine weitere Rechtsverschiebung des Tarifs in Deutschland erleben. Die CSU kümmert sich

um die Entlastung. Wir reden nicht nur von einer Änderung des Einkommensteuertarifs, sondern wir setzen sie auch auf allen Ebenen durch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zusammen mit sonstigen Steuerrechtsänderungen entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland jährlich um 24 Milliarden Euro.

Allein im Doppelhaushalt des Freistaates Bayern schlagen sich die Entlastungen mit Mindereinnahmen in Höhe von deutlich über 3,2 Milliarden Euro nieder. Das ist ein wichtiges und richtiges Zeichen. Es ist ein Zeichen für Wachstum und Beschäftigung und es ist ein Signal zur Stärkung der Binnenkonjunktur. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur über die Entlastung der privaten Haushalte werden wir die Nachfrage in Deutschland stärken. Diese Notwendigkeit ergibt sich jetzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Neben der Stärkung der privaten Haushalte über Steuer- und Abgabentlastungen sind für die Staatsregierung und die sie tragenden beiden Fraktionen der CSU und der FDP die Kommunen die zentralen Akteure in der Krise. Wir befinden uns zwar in einer globalen Krise. Die Menschen spüren sie aber persönlich vor Ort. Deshalb ist es entscheidend, auf die Nöte der Menschen und der Unternehmen in diesem Land rasch und flexibel zu reagieren. Die Kommunen kennen die Sorgen und Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten. Sie sind auch der Lösung dieser Probleme am nächsten.

Im Wissen, dass 60 % der Investitionen der öffentlichen Hand auf kommunaler Ebene stattfinden, stellen wir die Kommunen, die Kreise, Städte und Gemeinden auch in den Mittelpunkt unserer Investitionsoffensive. Deshalb ist die Stärkung der Kommunen eine Daueraufgabe. Deshalb haben wir gerade in der letzten Zeit wesentliche Schritte zur Stärkung der Kommunen auch und gerade in finanzieller Hinsicht eingeleitet. Schon im letzten Jahr waren die Kommunen die großen Gewinner des Staatshaushalts. Die Steigerungsrate des kommunalen Finanzausgleichs lag im letzten Jahr mit 11 % doppelt so

hoch wie die Steigerungsrate des gesamten Staatshaushalts. Mit dem kommunalen Finanzausgleich 2009 haben wir nicht nur die finanzielle Ausstattung der Kommunen auf dieser hohen Basis mit effektiv 4 % wiederum deutlich verbessert, sondern wir haben auch strukturelle Veränderungen durchgeführt. Die Tatsache, dass wir die beiden Verbundsätze sowohl bei der Kfz-Steuer als auch im allgemeinen Steuerverbund erhöht haben, ist keine Eintagsfliege. Sie ist das klare Bekenntnis dazu, dass wir die Kommunen in Bayern unterstützen und sie mit den Mitteln ausstatten, die sie brauchen, um auch aktiv arbeiten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht nur im laufenden Haushalt werden die Kommunen besonders berücksichtigt. Auch in der Krise stärken wir den Kommunen den Rücken. Deshalb will ich an dieser Stelle auch daran erinnern, dass die Abgeordneten von CSU und FDP mit ihrer Entscheidung Ende Dezember die Kommunen von einer Riesenlast befreit haben. Sie waren nicht bereit, das zu machen. Hier auf der rechten Seite ist die Entscheidung gefallen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank war aus volkswirtschaftlicher und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dringend notwendig. Wir erinnern uns daran. Es hat einen Sonntag gegeben, an dem die Bundeskanzlerin vor die deutsche Öffentlichkeit getreten ist und gesagt hat, sie stehe für die Sicherheit der Einlagen. Der Freistaat Bayern hat sich seiner Verantwortung gestellt. Die Abgeordneten von CSU und FDP haben dieses Signal aufgenommen. Sie waren dazu nicht in der Lage. Das sollen Sie den Kommunen erzählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Und wer trägt die Verantwortung?)

Und deshalb, Herr Maget, ist es an dieser Stelle wohlfeil, wenn Sie am Dienstag sagen, ich solle auf irgendetwas einschlagen. Ich sage Ihnen: Wenn der Bundesfinanzminister

sagt, dass keine weitere Bank in Deutschland umkippt, bin ich bereit, mich über Ihre Frage zu unterhalten. Aber weil Ihnen der Bundesfinanzminister so eine Zusage nicht machen kann, verlangen Sie die bitte nicht vom bayerischen Finanzminister, Herr Maget!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Wie hoch bewerten Sie das Risiko?)

Wir müssen uns vielmehr darüber unterhalten, was wir können und was wir insbesondere gemeinsam mit den Kommunen machen. Wir müssen uns gemeinsam mit aller Kraft gegen den Konjunkturabschwung stemmen. Das ist die wesentliche Aufgabe der öffentlichen Hand.

Und, meine Damen und Herren, wir gehen Hand in Hand mit den bayerischen Kommunen.

(Franz Maget (SPD): Gegen die Kommunen!)

Wir haben den Umfang der Fördermittel für kommunale Investitionen um 118 Millionen Euro kräftig angehoben. Wir setzen auf das Konjunkturpaket, und zwar in Abstimmung mit allen kommunalen Spitzenverbänden. Keiner bleibt außen vor. Alle helfen mit. Die Einzigen, die das nicht verstehen wollen, sind die bayerischen Sozialdemokraten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Setzen wir uns einmal mit Ihrem Alternativvorschlag auseinander. Die SPD schlägt vor, wir sollten in Bayern genauso verfahren wie in Nordrhein-Westfalen. Der Vorschlag der Sozialdemokratie heißt: Wir sollen wie in Nordrhein-Westfalen die Konjunkturpaketmittel an die Kommunen mit der Gießkanne verteilen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, setzen Sie sich doch wenigstens einmal mit den Strukturen in den beiden Bundesländern auseinander. Schauen Sie sich das doch einmal an: In Nordrhein-Westfalen hat die kleinste Gemeinde, Dahlem bei Euskirchen, 4.200 Einwohner. In Nordrhein-Westfalen hat die Hälfte aller Gemeinden mehr als 25.000 Einwohner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Bayern haben drei Viertel der Gemeinden weniger als 5.000 Einwohner. Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen mit der Gießkanne arbeiten, treffen Sie ganz andere Gruppen, als wenn Sie in Bayern mit der Gießkanne arbeiten. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir diesen Weg gegangen wären.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben es in Bayern mit anderen Strukturen zu tun. Wir haben es in Bayern Gott sei Dank mit einer anderen Finanzkraft zu tun. Wir haben es in Bayern mit anderen etatmäßigen Möglichkeiten zu tun. "Gott sei Dank" möchte man sagen. Und wir sind in Bayern auch mit anderen, und zwar mit schlagkräftigeren Verwaltungsapparaten ausgestattet. Deshalb ist unser Weg, über die Projekte zu gehen, der bessere Weg, der zielgerichtetere Weg. Wir können die Mittel des Konjunkturpakets schnell und wirksam einsetzen. Das muss unser Ziel sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen: Trotz unseres ausdifferenzierten Vorgehens werden die Kommunen rasch Nachricht über die Förderentscheidungen erhalten; denn wir haben vorgearbeitet. Wir haben bereits parallel zur Aufstellung des Doppelhaushalts das Antragsverfahren in Gang gesetzt und sind deshalb in der Lage, zeitnah die Bewilligungen bekannt zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nutzen die Chance des Konjunkturpakets, um Bayern nach vorn zu bringen, weil wir darauf setzen, dass wir in der Lage sind, schneller als andere aus der Krise herauszukommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Debatte um die Fördersätze im Konjunkturpaket II angeht, ist das Konzept der Staatsregierung klar und einfach: Bei zusätzlichen Programmen beträgt der Eigenanteil der Kommunen regelmäßig 12,5 % der förderfähigen Kosten, bei neuen Ansätzen nur 12,5 % und bei alten, bestehenden Förderprogrammen, auf die wir aufgebaut haben, weil sie bekannt sind, weil sie eingeführt sind, weil sich jeder darauf verlassen kann, wie

die Programme laufen, bleibt es bei den alten Fördersätzen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn warum sollte eine Kommune mit genau dem gleichen Projekt vor dem Konjunkturpaket eine schlechtere Förderung bekommen als nach dem Konjunkturpaket, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Deshalb glauben Sie uns:

(Zurufe von der SPD)

Die Kommunen sind der wesentliche Partner der Staatsregierung in allen Bereichen der gemeinsamen Politik. Sie sind der wesentliche Partner der Staatsregierung auch auf dem Gebiet der Bildung und der Kinderbetreuung. Wir haben dieses gute Verhältnis erst kürzlich beim Bildungsgipfel überzeugend demonstriert. Gemeinsam mit den Kommunen und ohne Ausnahme haben wir die Weichen für wichtige bildungspolitische Vorhaben gestellt.

So bauen wir zum Beispiel die Ganztagschulen aus. Wir gehen dabei einen besonderen Weg: Einerseits entlasten wir die Kommunen. Deshalb übernimmt der Staat künftig an staatlichen Schulen neben der Trägerschaft der gebundenen Ganztagsangebote auch die Trägerschaft der offenen Ganztagsangebote und stellt eine angemessene Ausstattung an Planstellen und Mittel für Lehrer und sonstiges Personal sicher. Im Gegenzug werden die Kommunen den zusätzlichen Sachaufwand der Ganztagschulen übernehmen und sich am Personalaufwand für alle offenen und gebundenen Ganztagschulen durch einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro je Ganztagsklasse oder -gruppe und Schuljahr beteiligen.

Und weil uns auch das wichtig ist, kann ich heute ankündigen: Mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt werden wir morgen das entsprechende Förderprogramm für Baumaßnahmen zum Ausbau von Ganztagschulen mit erhöhten Fördersätzen in Kraft setzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern: Die von CSU und FDP getragene Staatsregierung und die bayerischen Kommunen werden bedürftige Schülerinnen und Schüler beim Mittagessen an Ganztagschulen und Grundschulen mit verlängerter Mittagsbetreuung unterstützen. Der Staat und die Kommunen werden dazu jeweils einen Betrag von 200 Euro pro bedürftiges Kind und Schuljahr übernehmen. Das wäre die Aufgabe Ihres Bundesministers gewesen. Er ist nirgendwo zu finden, wenn es um diese Frage geht.

(Zurufe von der SPD)

Bayern und die bayerischen Kommunen gehen nach vorn, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch bei der Kinderbetreuung ist der Freistaat ein verlässlicher Partner der Kommunen. Erstens werden die Bundesmittel für die Förderung der notwendigen Investitionen und der Betriebskosten des Krippenausbaus vollständig, also zu 100 %, an die Kommunen weitergegeben.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Damit bekommen die Kommunen eine Entlastung im Umfang von insgesamt 615 Millionen Euro bis zum Jahr 2013, obwohl dem Freistaat bei der staatlichen Betriebskostenförderung selbst auch hohe Mehrbelastungen entstehen. Ab 2014 stehen den Kommunen die Bundesmittel für die Betriebskostenförderung des Krippenausbaus in Höhe von wiederum 115 Millionen Euro pro Jahr in vollem Umfang ohne Abzug zur Verfügung, obwohl wir eigene Krippen unterhalten und auch gute Gründe hätten, uns an diesem Programm zu beteiligen. Wir geben alles zu 100 % weiter. Kein anderes Bundesland geht diesen Weg. Nur in Bayern unterstützen wir die Kommunen, weil uns die Kinderbetreuung so wichtig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und nicht zu vergessen: Nur in Bayern stellt der Freistaat für die Investitionskostenförderung noch zusätzlich insgesamt 100 Millionen Euro aus eigener Kraft bereit. Damit wollen wir bis zum Jahr 2013 50.000 zusätzliche Krippenplätze schaffen. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland in Deutschland mit so einer breiten Förderung!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil die schon welche haben!)

Kein anderes Bundesland macht dieses Angebot!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Das zeigt: Für die Menschen in Bayern ziehen der Freistaat und die Kommunen an einem Strang. Der Freistaat und die Kommunen führen eine verlässliche Partnerschaft. Sie führen eine fruchtbare Partnerschaft, und sie führen eine zukunftsfähige Partnerschaft, kurz und gut eine gute und belastbare Partnerschaft zwischen der kommunalen Ebene und dem Freistaat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und sie zu entlasten, die Kommunen zu unterstützen und sie zu stärken sowie die Nachfrageflaute gemeinsam zu bekämpfen - das ist, zugegeben, eine harte Bewährungsprobe für den Staatshaushalt. Aber er besteht sie, weil wir in der Vergangenheit solide gewirtschaftet haben und weil wir weiter solide wirtschaften werden, weil wir damit den Beweis führen, dass wir im Gegensatz zu allen anderen in der Bundesrepublik Deutschland handlungsfähig sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Antizyklische Haushaltspolitik besteht in Zeiten der Krise in Stärkung der Nachfrage. Das ist die leicht verständliche Seite dieser Politik. Da kann jeder mitreden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sie beginnt viel früher. Antizyklische Haushaltspolitik beginnt im Aufschwung, beginnt an dem Punkt, wo man im Aufschwung Geld zurücklegt, um in schwierigeren Zeiten zu investieren. Das haben wir in Bayern gemacht, und deshalb können wir in Bayern auch gestalterisch tätig sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben in den guten Jahren eine antizyklische Haushaltspolitik betrieben. Wir haben insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 Rücklagen gebildet. Wir haben Schulden getilgt. Wir haben Programme durchfinanziert, die jetzt in der Krise kräftige Gegenimpulse setzen.

Schauen Sie doch noch einmal ins Programm. Herr Pointner, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Sie müssen natürlich den Staatshaushalt auch ernst nehmen. Schauen Sie doch einmal: Es gibt kein einziges Bundesland, das ein Programm wie "Kinder, Arbeit, Bildung" bis zur Laufzeit von 2011 durchfinanziert hat. Da ist kein Thema offen. Da ist jedes Investitionsprojekt angesetzt und mit Geld versetzt. Da brauchen wir nichts zurückzunehmen. Das müssen wir nur abarbeiten. Das ist der wesentliche Unterschied.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Frage des Kollegen Pohl zu?

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Sehr gerne.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden? Sind Länder wie Baden-Württemberg, Thüringen, Hessen und Sachsen handlungsunfähig?

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Ich stelle zumindest fest, dass die anderen Bundesländer mit ihren Haushalten noch nicht fertig sind. Wir sind mit dem Abschluss der heutigen Debatte investitionsbereit, und wir setzen auf diese Investitionen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei CSU und FDP - Ministerpräsident Horst Seehofer: Danke für die Frage!)

Ich soll mich im Auftrag des Herrn Ministerpräsidenten noch für die Frage bedanken.

(Heiterkeit bei der CSU - Georg Schmid (CSU): So ist das bei uns!)

Liebe Frau Rupp: Ja, es besteht Übereinstimmung darin, dass wir in dieser Krise globalen Ausmaßes unsere Ausgaben nicht zurückfahren dürfen, sondern wir müssen sie erhöhen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auf der anderen Seite müssen wir den Menschen aber auch mehr von dem lassen, was sie selbst erwirtschaften. Die Menschen brauchen das Geld jetzt, denn damit können sie selbst einen Beitrag dazu leisten, die Krise zu meistern. Deshalb müssen wir an dieser Stelle auf Entlastung setzen. Nur über die Entlastung bekommen wir den breitesten Effekt, den breitesten Impuls. Deshalb sind wir vom Ansatz unserer Politik überzeugt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Immer nur mit dem Finger auf die andern zeigen!)

Wir müssen dem Aktionismus anderer allerdings auch wohlüberlegte Schritte entgegensetzen. Wir gehen weit, aber wir gehen nicht zu weit. Der Doppelhaushalt, der diesem Hohen Haus zur Beschlussfassung vorliegt, kommt trotz der zusätzlichen Belastungen durch die Konjunktur und die konjunkturbedingten Maßnahmen, bezogen auf den Staatshaushalt, ohne neue Schulden aus. Das hat Tradition und das ist auch berechtigt, weil wir unsere Schlüsse aus der Vergangenheit gezogen haben. Herr Kollege Klein hat mit Recht auf die Belastungen hingewiesen, die allen Generationen drohen, wenn wir nicht vernünftig und zukunftsgerecht nachhaltig mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umgehen.

Dank der vorsorgenden Politik der Vergangenheit können wir der Haushaltssicherungsrücklage 3,7 Milliarden Euro entnehmen. Damit ist sie aber verbraucht. Mehr ist nicht zu machen. Die Forderungen der SPD hätten zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden Euro geführt. Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, Sie sind weitab von jeglicher realistischer Finanzpolitik.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Unruhe bei der SPD)

Verschuldungspolitik ohne die Rücksicht auf morgen ist mit uns, ist weder mit der CSU noch mit der FDP, nicht zu machen. Deshalb sind auch die Überlegungen der SPD, ihre zusätzlichen Ausgabenwünsche 2009 mit einer erhöhten Rücklagenentnahme zu finanzieren, am Ende nur eine kurzfristige Politik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich müssen wir in einem Doppelhaushalt die Frage stellen, was machen Sie im Jahr 2010, wenn Sie das ganze Geld ins Jahr 2009 stecken? - Dann sind Sie nicht mehr handlungsfähig. Das wäre im Gegensatz zu unserer Überzeugung der falsche Weg.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir brauchen ja schon das ganze Geld für die Landesbank!)

Wir wollen in den Jahren 2009 und 2010 handlungsfähig sein!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu einer realistischen Haushaltspolitik gehört auch, dass wir unsere Einnahmen solide planen. Das ist in diesen Zeiten äußerst schwierig. Mit der Nachschubliste haben wir, wie ich im Übrigen schon bei der Ersten Lesung zum Doppelhaushalt angekündigt hatte, die Steuereinnahmen an die konjunkturelle Entwicklung angepasst. Auf Basis der Konjunkturprognose der Bundesregierung vom Januar 2009 werden wir in diesem Jahr gegenüber dem Regierungsentwurf einen Einnahmeverlust von 700 Millionen Euro verkraften müssen. Für 2010 liegt keine aktuelle Prognose vor. Nach dem Vorsichtsprinzip haben wir jedoch den Basiseffekt des Jahres 2009 - mit guten Gründen - für das Jahr 2010 fortgeschrieben. Damit müssen wir im Doppelhaushalt weitere konjunkturelle Mindereinnahmen von mindestens 1,4 Milliarden Euro verkraften. Ich kann nicht ausschließen, dass es zu noch stärkeren Einbrüchen bei den Steuereinnahmen kommen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit überbieten sich die Konjunkturexperten geradezu mit katastrophalen Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung. Ich glaube aber, es ist falsch, sich an einem Wettbewerb der Verunsicherung zu beteiligen.

Wir müssen auf die positiven Seiten setzen, wir müssen auch die Nachrichten zur Kenntnis nehmen, die gute Nachrichten sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gibt gute Nachrichten. Schauen Sie die verbesserten Aussichten im Bauhauptgewerbe an. Sehen Sie sich an, was das regionale Baugewerbe sagt, nämlich: Wir sind ausgelastet. - Unsere Politik hat Früchte getragen. Wir haben Geld in die Hand genommen und das Baugewerbe sagt: Wir sind gut unterwegs. - Sowohl die Architekten als auch die Bauplanungsbüros bis hin zu den Handwerkern zeigen uns: Unsere Politik, die Politik des schnell zupackenden Handelns hat gefruchtet. Wir sind gut ins Jahr gestartet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schauen Sie auf den aktuellen Ifo-Geschäftsklimaindex. Ja, er zeigt Schatten, aber er zeigt auch Licht. Die befragten Unternehmer schätzen die Geschäftsaussichten in den kommenden sechs Monaten positiv ein, und zwar zum dritten Mal in Folge. Mancher Experte erwartet schon im zweiten Halbjahr 2009 eine Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind keine anderen als diejenigen, die sagen, die Stabilisierung kommt erst im Jahr 2010. Wir haben allen Grund, auf die Stärke unseres Landes, auf die Stärke unserer Kommunen und auf die Stärke unserer Unternehmen in Bayern zu setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sehe ich trotz der Prognoseunsicherheit aus heutiger Sicht keinen Grund für einen Nachtragshaushalt 2009. Eine Rezession macht sich im Übrigen bei den Steuereinnahmen erst zeitverzögert bemerkbar. Bisher liegen die Zahlen für 2009 im Rahmen der Planungen. Wir werden über die weitere Entwicklung der Konjunktur und insbesondere über die Entwicklung der Steuereinnahmen 2010 kurzfristig keine Sicherheit erhalten. Wir wissen nicht, was in der zweiten Jahreshälfte sein wird, was im Jahr 2010 passiert. Deshalb haben wir den Zeitplan für den Nachtragshaushalt 2010 entsprechend

festgelegt. Grundlage dieses Nachtragshaushalts im nächsten Jahr wird die Novembersteuerschätzung sein. Damit haben wir die bestmögliche Grundlage. So macht man realistische, so macht man belastbare Haushaltspolitik!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Da bin ich gespannt! Daran werden Sie sich messen lassen müssen!)

Nur mit einer soliden Haushaltspolitik können wir auch wieder Gestaltungsspielräume erhalten. Solides Wirtschaften zahlt sich nämlich aus. Bayern ist dafür der beste Beweis. Mit 2,7 % liegen wir trotz der Belastung durch die Sanierung der Landesbank bei der Zinslast unter dem Durchschnitt aller Länder. Die Schulden der Vergangenheit drücken die Haushalte der anderen Bundesländer. Bayern hingegen kann gestalten, weil wir in Bayern die richtige Politik gemacht haben. Deshalb können wir in Bayern jetzt mit aller Kraft gegensteuern. Das muss immer wieder gesagt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir können in die Zukunft investieren, und wir investieren in die Zukunft. Wir setzen nicht nur mit 13,6 % wieder eine Benchmark für die Investitionsquote. Alle anderen Bundesländer sind weit abgeschlagen. Wir hatten schon ohne die Bundesmittel aus dem Konjunkturpaket das Rekordniveau des 1. Nachtragshaushalts 2008 erreicht. Mit den Bundesmitteln konnten wir die Investitionen im allgemeinen Haushalt noch einmal um fast 9 % steigern. Jetzt frage ich die Opposition: Hätten wir die Mittel ausschlagen sollen? Ist es nicht vielmehr unsere Aufgabe, die Mittel zielgerichtet und klug zu verwenden?

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht zu vergessen: Der Ministerpräsident hat vollkommen richtig gesagt: Das ist der klassische Investitionsbegriff. Daneben stehen die Investitionen in unsere Köpfe. Wir investieren in mehr Lehrer und mehr Professoren. Einschließlich des Sonderprogramms "2020" schaffen wir in den kommenden beiden Jahren 2.738 zusätzliche Lehrerstellen. An den Hochschulen schaffen wir für die zusätzlichen Studierenden 3.000 neue Stellen.

In den Jahren 2008 bis 2011 stellen wir dafür eine halbe Milliarde Euro - 500 Millionen Euro - für Personal und für laufende Sachmittel zur Verfügung. Das ist ganzheitlich, das ist zukunftsorientierte Handlungsweise! Das ist Politik, wie wir sie in München gemeinsam als CSU und FDP entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, am Konjunkturmorgen ist noch keine Aufhellung zu erkennen. Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden beiden Jahren zeigen vor allem eines: Unsicherheit. Im Gegensatz dazu werden wir unserer politischen Verantwortung gerecht, denn mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 geben wir den Menschen ein Stück Sicherheit. Wir geben ein klares Signal. Wir können sagen: In Bayern sind die Strukturen stabil, in Bayern investieren wir stabil, in Bayern können sich die Menschen auf die politischen Leitentscheidungen der Staatsregierung und der Kommunen verlassen. In Bayern versuchen wir, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um schneller und erfolgreicher aus der Krise herauszugehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie sich hier nicht überzeugen lassen, dann werfen Sie doch einen Blick auf unabhängige Experten. Bayern hat wieder mit der Bestnote für die Staatsfinanzen abgeschlossen. Standard & Poor's hat Bayern wieder Triple-A Stable Outlook gegeben. Bayern ist das einzige Bundesland in Deutschland, das mit so einer Bewertung arbeiten kann.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Huber glaubt doch ans Rating nicht mehr! - Unruhe bei der SPD)

Das beruht auf unserer soliden Finanzpolitik, das bestätigt unsere solide Finanzpolitik in der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Eine solche Auszeichnung ist auch Mahnung, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten. Denn es gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren, strukturelle Verschlechterungen des Haushalts nicht zuzulassen. Selbstverständlich gilt, dass wir in den Konsolidierungsanstrengungen nicht nachlassen dürfen. Selbstverständlich gilt auch, dass wir uns nur über diese Politik auch künftig Gestaltungsräume eröffnen und erhalten.

Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 haben wir eine solide Grundlage geschaffen, um uns jetzt kraftvoll gegen die Krise zu stemmen und nachhaltig optimale Bedingungen für die Zukunft zu schaffen. Es wird ein hartes Stück Arbeit für die Verwaltung, diesen Haushalt jetzt umzusetzen, aber es ist jetzt an der Zeit, diese Aufgaben anzupacken. Deshalb bitte ich Sie im Interesse der Menschen in Bayern, im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Interesse der Unternehmerinnen und Unternehmer: Stimmen Sie für ein Stück Sicherheit, stimmen Sie für die Zukunft, stimmen Sie für diesen Doppelhaushalt 2009/2010.

(Anhaltender Beifall von der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf, Drucksache 16/209, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/844 mit 16/847 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/1011 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge der Fraktion der Freien Wähler, Drucksachen 16/844, 846 und 16/847, abstimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen?

(Allgemeine Zustimmung)

Ich sehe keine Gegenstimme. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweiligen federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen; ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/1011. Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP einschließlich der Kabinettsmitglieder. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Sehe ich keine. Dann ist mit Mehrheit so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP einschließlich der Kabinettsmitglieder.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ohne Fahrenschn! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009)".

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/1011, weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/845 durch die Aufnahme in das Gesetz seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 23. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 13, die dazu mitaufgerufenen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses, Drucksache 16/949, zugrunde.

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 16/949, aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge haben gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung ihre Erledigung gefunden. Insoweit verweise ich auf die Nummer 2 der Ihnen hierzu vorliegenden Liste.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministers der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/949. Wer dem zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Mit der Annahme des Einzelplans 13 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/833 seine Erledigung gefunden. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2009/2010. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage, Drucksache 16/210, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/743, 16/818 und 16/911 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/1010, zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/743, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, Drucksache 16/818, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen; ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/1010.

Vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde während der Aussprache beantragt, über den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen neu eingefügten Artikel 21, der die Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes betrifft, einzeln abstimmen zu lassen. Dem haben alle Fraktionen zugestimmt. Ich lasse deshalb vorweg über den neu eingefügten Artikel 21 einzeln abstimmen. Inhaltlich verweise ich auf die Nummer 6 der Drucksache 16/1010. Diese liegt vor.

Wer dem vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen neu eingefügten Artikel 21 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer will dagegen stimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Dem Artikel 21 ist damit zugestimmt worden.

Die übrigen Teile des Gesetzentwurfs stelle ich jetzt insgesamt zur Abstimmung: Wer diesen Teilen des Gesetzentwurfes in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Damit ist allen Teilen des Gesetzentwurfes zugestimmt worden.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese ist auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, wie in § 127 Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form durchzuführen. Abstimmungsgrundlage ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

Ich bitte noch kurz um Aufmerksamkeit: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass beim anschließenden Tagesordnungspunkt noch einmal eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich unterbreche die Sitzung für die namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.37 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaales ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Ich bitte um Zustimmung, dass ich dieses Ergebnis während des nächsten Tagesordnungspunktes bekannt geben darf, weil der Rundfunk auf das Ergebnis wartet, um zeitnah darüber berichten zu können. - Ich denke, es besteht Einverständnis, dass wir dann innerhalb der Debatte, die jetzt folgt, das Ergebnis bekannt geben.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/911 seine Erledigung gefunden. Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen.

Zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 (Drs. 16/209), zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz 2009/2010 (Drs. 16/210):

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 (Drs. 16/209)	II. Einzelplan 13
<ol style="list-style-type: none">1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209) hier: Art. 1 (Drs. 16/844)2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209) hier: Art. 10 (Drs. 16/845)3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209) hier: Art. 13 (Drs. 16/846)4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209) hier: Art. 13d (Drs. 16/847)	<ol style="list-style-type: none">1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010; hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen (Kap. 13 03 TG 80) (Drs. 16/726)2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010; hier: Auflösung der Fonds der Offensive Zukunft Bayern (Kap. 13 08 TG 51 - 52, TG 60 - 65, TG 69 - 70, TG 71 - 72, TG 73, TG 77, TG 78, TG 79) (Drs. 16/727)3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010; hier: Zuweisungen an die Bezirke für den Sozialhilfeausgleich (Kap. 13 10 Tit. 633 08) (Drs. 16/728)4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010; hier: Investitionskosten Krankenhäuser (Kap. 13 10 Tit. 891 71) (Drs. 16/729)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche ÖPNV-Zuweisungen statt zusätzlichem Ausbau von Staatsstraßen
(Kap. 13 30 TG 80;
Kap. 13 10 Tit. 633 81)
(Drs. 16/730)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Energiesparberatung und Energiesparteknik für einkommensschwache Haushalte
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/731)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Marktanzreizprogramm „Energieeffiziente Küche“
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/732)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Überprüfung staatlicher Liegenschaften auf ihre Eignung für Photovoltaik
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/733)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Keine Gründung einer Bayern FIT GmbH
(Kap. 13 40 TG 59)
(Drs. 16/734)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuweisungen für Abwasserbeseitigungsanlagen
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
(Drs. 16/797)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Investitionsschwerpunkt Schulhausmodernisierung auf der Grundlage und in Ergänzung des Kommunalen Investitionsprogramms im Rahmen des Konjunkturpaketes II
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/798)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sanierung und Bau kommunaler und vereinseigener Breitensportanlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/799)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 30 Tit. 892 93)
(Drs. 16/800)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/801)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung sozialer Infrastruktur
(Kap. 13 31 TG 57)
(Drs. 16/802)

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Wärmenutzung aus der Geothermie
(Kap. 13 31 TG 60)
(Drs. 16/803)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“
(Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/804)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für das Waldumbauprogramm
(Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/805)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald und im Schutzwald
(Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/806)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für das Hochwasserschutzprogramm
(Kap. 13 31 TG 76)
(Drs. 16/807)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel für die Bereiche Natur, Boden, Wasserwirtschaft und Georisiken
(Kap. 13 31 TG 78)
(Drs. 16/808)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „Zuschüsse zu Errichtung und Betrieb von Energieagenturen“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/809)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „Sonderprogramm Energieautarke Gemeinden“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/810)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „Verbraucherinformation zu Klimaschutz im Verkehr“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/811)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „F+E Projekte Verkehrsökologie“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/812)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Nachrüstung für Dieselloks
(Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/813)

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Mittelbereitstellung für die Gründung und den Aufbau eines Forschungs- und Technologietransfer-Instituts für Kraftstoffsystemtechnik an der Hochschule Coburg (Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/814)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 16/828)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/829)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Überlassung des Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 FAG (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
(Drs. 16/830)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise gemäß Art. 12 FAG (Kap. 13 10 Tit. 883 44)
(Drs. 16/831)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
(Drs. 16/832)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“ (Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/834)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für den Waldumbau (Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/835)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald (Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/836)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bereitstellung von Mitteln für Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen von Gemeinden (Kap. 13 31 Tit. 883 76)
(Drs. 16/837)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Einfügen einer neuen TG „Programm Hydrothermale Carbonisierung zur CO₂-Bindung und Energiegewinnung“ (Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/838)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Einfügen einer neuen TG „Förderung von Energieagenturen an den Landratsämtern“ (Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/839)

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung der sozialen Wohnbauförderung
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/843)

III.
Haushaltsgesetz 2009/2010
(Drs. 16/210)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2009/2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)
(Drs. 16/210)
(Drs. 16/743)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)
(Drs. 16/210)
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2
Änderung Art. 6 Abs. 9
Streichung Art. 6b
Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c
Streichung Art. 6e, 6f, 6g
Erhöhung der Beträge der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 16/818)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 02.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 24: Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drucksache 16/210)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	95	62	0

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 6 München, den 20. April 2009

Datum	Inhalt	Seite
14.4.2009	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010) 630-2-17-F	86
14.4.2009	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) 605-1-F	111

630-2-17-F

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010)

Vom 14. April 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

Art. 1

Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 41 219 100 600 € für das Haushaltsjahr 2009 und 42 746 762 600 € für das Haushaltsjahr 2010 festgestellt.

Art. 2

Kreditermächtigungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2009 bis zur Höhe von Null €,
2. im Haushaltsjahr 2010 bis zur Höhe von Null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2008 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2009 bis zur Höhe von 300 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2010 bis zur Höhe von 200 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten

oder sonstiger günstigerer Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v.H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v.H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3

Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte

Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4

Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kapitel 13 03 Titel 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5

Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Art. 50 Abs. 6 der Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630–1–F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), erhält folgende Fassung:

„(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die Wertigkeiten von Leerstellen anzupassen.“

Art. 6

Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und Titel 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsamt (Titel 422 21 bis 422 25), für abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35), sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind Nrn. 2 und 3 der Durchführungbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan 2009 neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen nicht vor dem 1. Oktober 2009 und die im Haushaltsplan 2010 neu ausgebrachten Stellen nicht vor dem 1. Oktober 2010 besetzt werden; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Einzelfällen Aus-

nahmen zulassen. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von drei Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden; dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gelten die Stellenwiederbesetzungssperren sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Art. 49 Abs. 2 Satz 2 BayHO (Art. 4 Sätze 1 und 2 BayBesG) wird nicht angewendet. ⁶Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Ausfallsbedarfs das ganz oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Ausfallkräften verwendet werden.

(4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, dem Kapitel 15 50 sowie in den Kapiteln 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalbedarfskosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabweisbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden. ⁶Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-) Stellen kostenneutral neu festzusetzen.

(5) ¹Sind im Vollzug des Art. 33 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen. ³So weit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, dem Professorinnenprogramm und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsminis-

terium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und aus Studienbeiträgen bis zu 75 v. H. des Beitragsaufkommens ermächtigt. ²Diese Stellen dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen (im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag) aus Studienbeiträgen finanziert werden können oder von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) Der Besoldungsdurchschnitt gemäß § 2 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und anderer Vorschriften vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 491) und Art. 26 Abs. 2 BayBesG darf im Vollzug bis zu fünf v. H. gegen haushaltmäßigen Ausgleich im laufenden Haushaltsjahr überschritten werden.

(9) ¹Die im Haushaltsplan 2009 im Rahmen des künftigen Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. September 2009 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ²Die im Haushaltsplan 2010 im Rahmen des künftigen Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. September 2010 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 können Stellenhebungen kostenneutral um bis zu vier Monate früher in Anspruch genommen werden. ⁴Die frühere Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(10) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags im Rahmen einer gesonderten Stellenplanüberleitung die Amtsbezeichnungen im Stellenplan auf die besoldungsgesetzlichen Amtsbezeichnungen bzw. Grundamtsbezeichnungen zu reduzieren und die zugehörigen Stellenzahlen zusammenzufassen.

Art. 6a

Sperre frei werdender Stellen bis 1997

(entfallen)

Art. 6b

Sperre frei werdender Stellen ab 2005

(1) ¹In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2013 und je 500 Stellen in den Jahren 2014 bis 2019. ²Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. ³Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. ⁴Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. ⁵In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen. ²Hierbei sind Festlegungen über die Einhaltung der Stellenobergrenzen zu treffen.

(5) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2009 und 2010 sind jeweils 150 freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2009 bzw. des Jahres 2010 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung be-

steht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts auf die Laufbahngruppen zu verteilen. ³Das Staatsministerium der Finanzen weist die Stellen auf Antrag anderen Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen zu. ⁴Es kann die Amtsbezeichnungen und Wertigkeiten bei unveränderter Stellenzahl kostenneutral ändern.

(3) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d

Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend §§ 27 und 29 Abs. 3 BeamStG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 91 Abs. 1 bis 4 BayBG (Altersteilzeit) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Dienstbezüge gemäß § 6 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung und den nach § 72a des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung zu zahlenden Bezügen ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle im Eingangsamt der jeweiligen Laufbahn ausgebracht werden. ²In Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte im Sinn des Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, muss, soweit möglich, die Ersatzstelle zunächst während der regelmäßigen Dauer des Vorbereitungsdienstes von einem Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst besetzt werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf die Hälfte des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten

fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung. ⁶Weicht auf Grund von Rundungen die der Gewährung von Altersteilzeit tatsächlich zugrunde gelegte hälftige durchschnittlich geleistete Arbeitszeit in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit von der rechnerischen hälftigen durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit im Sinn des Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG ab, ist der durchschnittliche Stellenbruchteil entsprechend zu korrigieren.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle in der entsprechenden Laufbahngruppe zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003, beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdienstermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) in jedem Fall 1,0. ³In den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) entspricht der durchschnittliche Stellenbruchteil dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdienstermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdienstermäßigung. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁵Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienstanteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter im Eingangsamt der jeweiligen Laufbahn beschäftigt werden, sofern nach dem

Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren. ⁷Eine geplante Inanspruchnahme von Ersatzstellen im Rahmen von Arbeitszeitmodellen ist dem Staatsministerium der Finanzen vor der Genehmigung der Arbeitszeitmodelle anzuzeigen.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

Art. 6e

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Unterrichtspflichtzeit

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten, der entsprechenden Umsetzung auf das richterliche Personal und der Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit der Lehrer sind insgesamt 4 640 frei werdende Stellen für planmäßige Beamte, Richter und andere Stellen für Beamte zu sperren (6e-Sperre). ²In die 6e-Sperre können vergleichbare Stellen für Arbeitnehmer einbezogen werden. ³In die 6e-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6e-Sperre sollen die Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6e-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente
02	5
03A	1 098
03B	65
04	394
05	2 105
06	640
07	12
08	150
10	61
12	86
15	24
Summe 4 640	

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Hand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6e-Sperre zu vollziehen. ³Die 6e-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Planstellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6e-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6f

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente
02	1
03A	166
03B	26
04	80
05	5
06	67
07	2
08	44
10	20
12	66
15	23
Summe 500	

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Hand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die

Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6f-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b, 6c und 6e bleiben unberührt.

Art. 6g

Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer

(1) ¹Stellen oder Stellenbruchteile für Arbeitnehmer, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 oder auf Grund eines Haushaltsvermerks Stellenbindung besteht, sind bei einer Nachbesetzung dauerhaft mindestens eine Entgeltgruppe niedriger zu besetzen, wenn

1. der bisherige Stelleninhaber vor dem 1. November 2006 auf Grund tariflicher Bestimmungen wegen Zeitablaufs, Dauer der Berufsausübung oder Bewährung in einer höheren Vergütungs- oder Lohngruppe eingestuft war,
2. der bisherige Stelleninhaber auf Grund haushaltsrechtlicher Bestimmungen auf einer niederwertigeren Stelle verrechnet wurde und
3. der neue Stelleninhaber bei gleicher Tätigkeit eine oder mehrere Entgeltgruppen niedriger eingestuft wird.

²Die niederwertigere Besetzung wirkt ab dem Zeitpunkt der Nachbesetzung auch für die folgenden Nachbesetzungen. ³Die niederwertigere Besetzung nach den Sätzen 1 und 2 soll bei der haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Stellenüberwachung vermerkt werden.

(2) Ausnahmen von Abs. 1 Sätzen 1 und 2 bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(3) Über die endgültige Absenkung der gemäß Abs. 1 Sätze 1 und 2 in einer niedrigeren Entgeltgruppe besetzten Stellen für Arbeitnehmer ist in künftigen Haushaltsplänen zu entscheiden.

Art. 7

Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgaberechte und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2009 und 2010 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8

Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Die in Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972, Art. 8 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1977/1978, Art. 8 Abs. 2, 4 und 6 des Haushaltsgesetzes 1979/1980, Art. 8 Abs. 2 und 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982, § 2 des Nachtragshaushaltsgesetzes 1988, Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994, Art. 8 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes 1995/1996, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 1997/1998, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1999/2000 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000 und Art. 8 Abs. 2 und 5 des Haushaltsgesetzes 2001/2002 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2002, Art. 8 Abs. 5 und 9 Nrn. 1 und 2 des Haushaltsgesetzes 2003/2004 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2004, Art. 8 Abs. 4 bis 6, 8 und 9 des Haushaltsgesetzes 2005/2006 und Art. 2a Abs. 2, Art. 8 Abs. 3, 5, 6, 9, 11, 13 und 14 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 getroffenen Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 5 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zehn Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 50 v. H. zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vomhundertwert.

(3) ¹Die bei Kapitel 13 06 Titel 911 01 und 919 01 gebildeten Rücklagenbestände sowie die Bestände aus Sondervermögen bei den Kapiteln 80 10 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altsschulden sowie die Kreditermächtigung nach Art. 2a des Haushaltsgesetzes 2007/2008 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 noch nicht beansprucht werden müssen, können sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften insoweit gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden, als ohne eine Verbilligung der Raumkostenanteil zu höheren als marktüblichen Elternbeiträgen führen würde.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermäch-

tigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht am staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 472/315 der Gemarkung Schwabing zu ca. 4 672 m² einzuräumen.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Bayerischen Staatsbad Bad Reichenhall Kur-GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain zum Zweck der Erweiterung der Rupertus-Therme im Staatsbad Bad Reichenhall ein auf die Dauer von 99 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht auf der rd. 833 m² großen Fläche des staatseigenen Grundstücks Flst. Nr. 670/2, Gemarkung Bad Reichenhall, einzuräumen.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. ein unentgeltliches Erbbaurecht von insgesamt bis zu 15 000 m² an den für die Bebauung vorgesehenen Teilgrundstücken der staatseigenen Grundstücke Flst. Nr. 1945/79 der Gemarkung Erlangen mit 108 020 m², Flst. Nr. 1945/81 der Gemarkung Erlangen mit 2 290 m² und Flst. Nr. 1945/80 der Gemarkung Erlangen mit 16 552 m² einzuräumen. ²Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, die für die Forschungsgruppe „Optik, Information und Photonik“ an der Universität Erlangen-Nürnberg beschafften Vermögensgegenstände (geschätzter Wert bis zu 10 Mio. €) auf die Max-Planck-Gesellschaft zu übertragen.

(8) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht am staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 421/3 der Gemarkung Neuhausen zu ca. 6 329 m² einzuräumen.

(9) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht an Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 6105, 6105/1, 6105/2, 6105/3, 6140, 6141, 6145, 6146, 6146/1, 6147, 6148, 6149, 6150, 6151, 6152, 6153, 6154, 6155/2 und 6161 jeweils der Gemarkung München Sektion 4 an der Linprunstraße in München im Ausmaß von insgesamt ca. 2 500 m² einzuräumen.

(10) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, gegenüber der LfA Förderbank Bayern in den Jahren 2009 und 2010 jeweils eine globale Rückbürgschaft in Höhe von jeweils 100 Mio. € für Investitions-, Betriebsmittel- und Rettungsbürgschaften der LfA Förderbank Bayern zugunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen in Bayern zu übernehmen.

(11) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. unentgeltliche Erbbaurechte von insgesamt bis zu 17 000 m² an den für die Bebauung vorgesehenen Teilgrundstücken des staatseigenen Grundstücks Flst. Nr. 6152 der Gemarkung Augsburg mit 195 619 m² für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen einzuräumen.

Art. 9

Änderung des Kostengesetzes

Das Kostengesetz vom 20. Februar 1998 (GVBl. S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl. S. 951), wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift des Gesetzes wird die Abkürzung „(KG)“ angefügt.
2. Art. 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Von der Kostenfreiheit werden nicht erfasst

1. das Rechtsbehelfsverfahren, soweit in Abs. 1 oder in anderen Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist,
 2. das Nachprüfungsverfahren nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen sowie
 3. die Entscheidung über die Überlassung von Kopien, beglaubigten Abschriften, Zeitschriften sowie von Ausfertigungen in fremder Sprache, soweit die Entscheidung durch einen Antrag Beteiligter veranlasst ist.“
3. Art. 5 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Die Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme von staatlichen öffentlichen Einrichtungen, die mit einer Amtshandlung in engem Zusammenhang steht, können mit der Amtshandlungsgebühr abgegolten werden.“

- b) Abs. 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„(5) ¹Sieht ein Bundesgesetz, eine darauf beruhende Rechtsvorschrift oder ein Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaft neben der Erhebung von Kosten (Gebühren und Auslagen) im Sinn des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 auch die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Prüfungen, Untersuchungen oder eine andere Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung des Staates im Sinn des Art. 21 Abs. 1 Satz 1 vor, können diese Gebühren und Auslagen abweichend von Art. 21 Abs. 1 Satz 1 oder von entsprechenden Ermächtigungen nach anderen Rechtsvorschriften im Kostenverzeichnis festgelegt werden. ²Enthält eine Rechtsnorm oder ein Rechtsakt im Sinn des Satzes 1 Vorgaben für die Bemessung von Gebühren und Auslagen, so sind die Gebühren und Auslagen nach Maßgabe dieser Vorschriften festzulegen.“

(6) Im Kostenverzeichnis kann auch bestimmt werden, dass Kosten nicht erhoben werden, soweit ihre Erhebung unbillig wäre.“

4. In Art. 21 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 werden die Worte „Art. 5 Abs. 3 und 6“ durch die Worte „Art. 5 Abs. 3, 5 und 6“ ersetzt.

5. Dem Art. 23 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Abweichend von Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 3

können für die Wiederholung staatlicher oder beamtenrechtlicher Prüfungen zur Notenverbesserung Gebühren und Auslagen nach Maßgabe des Art. 21 erhoben werden.“

6. Dem Art. 24 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Der Kurtaxpflichtige ist zur Zahlung eines erhöhten Kurtaxsatzes von fünfzig Euro verpflichtet, wenn er ohne gültige Gastkarte im Kurbezirk angetroffen wird, sofern nicht das Beschaffen der Gastkarte aus Gründen unterblieben ist, die weder der Kurgast noch der Vermieter zu vertreten hat. ²Der erhöhte Kurtaxsatz wird zurückerstattet, wenn der Kurgast nachweist, dass er im Zeitpunkt der Kontrolle Inhaber einer gültigen Gastkarte war. ³Abs. 3 Satz 4 gilt für den erhöhten Kurtaxsatz sinngemäß.“

7. Art. 26 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Satz 1 gilt in den Fällen des Art. 21 Abs. 1 sowie der Art. 22 und 24 Abs. 1 entsprechend.“

b) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Zuständige Verwaltungsbehörde zur Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten ist im Fall des Art. 24 das Landesamt für Finanzen.“

8. Dem Art. 27 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) In Fällen, in denen der Bund von seiner Ermächtigung zum Erlass einer Regelung von Gebühren und Auslagen keinen Gebrauch macht und in denen die Landesregierungen zum Erlass entsprechender Vorschriften ermächtigt sind, gilt Art. 5 entsprechend, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist.“

Art. 10

Änderung des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008

Das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931, BayRS 2032-8-F) wird wie folgt geändert:

1. Anlage 7 wird wie folgt geändert:

a) Das Datum „1. Oktober 2007“ wird durch das Datum „1. Januar 2009“ ersetzt.

b) Bei Besoldungsgruppe A 12 wird Spalte 2 bzw. 3 wie folgt geändert:

aa) Fußnoten „7, 8“ werden durch Fußnote „7“ und der Betrag „136,26“ durch den Betrag „200,00“ ersetzt.

bb) Es wird eine Zeile mit Fußnote „8“ bzw. mit dem Betrag „136,26“ angefügt.

2. Anlage 8 wird aufgehoben.

Art. 11

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), wird wie folgt geändert:

1. Anlage 1 – Bayerische Besoldungsordnungen – wird wie folgt geändert:

a) Besoldungsgruppe A 12 wird wie folgt geändert:

aa) Bei dem Amt „Lehrer⁴⁾, Lehrerin⁴⁾“ werden die Fußnote nach dem Wort „Lehrer“ gestrichen, nach Fußnote „⁴⁾“ die Fußnote „⁸⁾“ angefügt und die Funktionsbezeichnung „– im kommunalen Schulverwaltungsdienst –“ gestrichen.

bb) Fußnote 4 erhält folgende Fassung:

„⁴⁾ Als Eingangsamt.“

cc) Es wird folgende Fußnote 8 angefügt:

„⁸⁾ Als erstes Beförderungsamtsamt. Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.“

b) Besoldungsgruppe A 13 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Amt „Konrektor, Konrektorin“ wird das Amt „Lehrer, Lehrerin¹⁴⁾“ eingefügt.

bb) Nach dem Amt „Polizeirealschuloberlehrer²⁾⁸⁾, Polizeirealschuloberlehrerin²⁾⁸⁾“ wird das Amt „Realschullehrer, Realschullehrerin^{15) 16)}“ eingefügt.

cc) Bei dem Amt „Rektor¹¹⁾, Rektorin¹¹⁾“ wird die Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer staatlichen Schulberatungsstelle, soweit nicht Besoldungsgruppe A 14 oder A 15 –“ gestrichen.

dd) Fußnote 11 erhält folgende Fassung:

„¹¹⁾ Erhält als Leiter oder Leiterin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule eine Amtszulage nach Anlage 2.“

ee) Es werden folgende Fußnoten 14 bis 16 angefügt:

„¹⁴⁾ Als zweites Beförderungsamtsamt.

¹⁵⁾ Als Eingangsamt.

¹⁶⁾ Als Beförderungsamtsamt. Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.“

c) Besoldungsgruppe A 16 wird wie folgt geändert:

aa) Bei dem Amt „Institutsdirektor, Institutsdirektorin“ wird nach der Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Direktors –“

tors der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung¹⁰⁾ –“ die Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer Abteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung¹¹⁾ –“ angefügt.

bb) Es wird folgende Fußnote 11 angefügt:

„¹¹⁾ Soweit das Amt des Leiters einer Abteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung aus dienst- oder laufbahnrechtlichen Gründen nicht von einem Oberstudiendirektor oder einer

Oberstudiendirektorin wahrgenommen werden kann. Der Funktionsinhaber oder die Funktionsinhaberin muss über die Befähigung für das Lehramt an Realschulen verfügen.“

d) In Besoldungsgruppe B 2 wird bei dem Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ nach der Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Unterfranken –“ die Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Leiters des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei –“ angefügt.

2. Es wird folgende Anlage 2 angefügt:

„Anlage 2

Bayerische Amtszulagen, Stellenzulagen

(Monatsbeträge)

– in der gesetzlichen Reihenfolge –

Gültig ab 1. Januar 2009

Rechtsgrundlage		Euro
Bayerische Besoldungsordnungen		
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 9	1	234,59
	2	38,35
A 10	4	38,35
	6	51,13
A 11	2	51,13
A 12	6	136,26
	8	200,00
A 13	2, 10	163,45
	6	108,97
	11	163,45
	16	200,00
A 14	3, 5, 8, 11, 12, 13, 15, 16	163,45
A 15	1	136,26
	4, 5, 9, 10	163,45
	12	136,26
A 16	1, 1. Spiegelstrich	136,26
	2. Spiegelstrich	108,97
	2	217,90
	5, 7	182,80
A 10 kw	1	46,07
A 13 kw	2	145,91
	3	82,83
A 14 kw	3	190,66
HS 2 kw	3	89,48

Art. 12

Ersetzung von Bundesrecht

Mit den in Art. 11 geänderten und neu geschaffenen Ämtern in der Bayerischen Besoldungsordnung werden folgende Ämter des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ersetzt:

1. In Besoldungsgruppe A 12 das Amt „Lehrer“ mit den Funktionsbezeichnungen „– als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –“ mit der Fußnote 8 und mit der Funktionsbezeichnung „– an allgemeinbildenden Schulen, soweit nicht anderweitig eingereicht –“ mit der Fußnote 1,
2. in der Besoldungsgruppe A 13 das Amt „Hauptlehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –“ und das Amt „Realschullehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –“ mit der Fußnote 10.

Art. 13

Änderung des Bayerischen Sonderzahlungsgesetzes

Das Gesetz über eine bayerische Sonderzahlung (Bayerisches Sonderzahlungsgesetz – BaySZG) vom 24. März 2004 (GVBl S. 84, BayRS 2032–6–F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 972, ber. 2007 S. 66), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 werden die Worte „bis 31. Dezember 2009“ gestrichen.
2. Art. 12 und 13 werden aufgehoben.

Art. 14

Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes

In Art. 14 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz – BayLERzGG) vom 9. Juli 2007 (GVBl S. 442, BayRS 2170–3–A) wird das Datum „1. Januar 2009“ durch das Datum „1. April 2008“ ersetzt.

Art. 15

Änderung des Spielbankgesetzes

Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern (Spielbankgesetz – SpielbG) vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 350, BayRS 2187–1–I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 961), erhält folgende Fassung:

„²Die Spielbankabgabe beträgt bei einem jährlichen Bruttospielertrag

bis 25 Millionen Euro fünfunddreißig v. H.,

über 25 Millionen Euro vierzig v. H.

des Bruttospielertrags der jeweiligen Spielbank.“

Art. 16

Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210–1–1–WFK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2008 (GVBl S. 369), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Worte „Art. 72 Verwaltungskostenbeiträge“ durch die Worte „Art. 72 (aufgehoben)“ ersetzt.
2. Art. 72 wird aufgehoben.

Art. 17

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

In Art. 47 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230–7–1–UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 471, ber. S. 855), werden die Worte „66 €“ durch die Worte „75 €“ ersetzt.

Art. 18

Änderung des Gesetzes über die Übernahme von Staatsbürgschaften und Garantien des Freistaates Bayern

Das Gesetz über die Übernahme von Staatsbürgschaften und Garantien des Freistaates Bayern – BÜG – (BayRS 66–1–F), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 937), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.
2. Art. 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ durch die Worte „Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Worte „Landwirtschaft und Forsten“ durch die Worte „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ und die Worte „Landesentwicklung und Umweltfragen“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.
3. In Art. 6 werden die Worte „Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ durch die Worte „Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“, die Worte „Landwirtschaft und Forsten“ durch die Worte „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ und die Worte „Landesentwicklung und Umweltfragen“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

Art. 19

Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes

Art. 12 Sätze 3 bis 5 des Gesetzes über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz

– BayL BG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBl S. 54, ber. S. 316, BayRS 762–6–F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 10. April 2007 (GVBl S. 267), werden aufgehoben.

Art. 20

Überleitung

Beamte und Beamtinnen, die von der Änderung der Einstufung ihrer Ämter durch Art. 11 Nr. 1 Buchst. b Doppelbuchst. cc betroffen sind, sind in die neuen Ämter übergeleitet.

Art. 21

Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Art. 29 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498, BayRS 204–1–I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 2009 (GVBl S. 49), wird wie folgt geändert:

1. Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Die Ernennung, Entlassung und Abberufung erfolgt durch den Präsidenten des Landtags. ³Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist Beamter auf Zeit und wird für die Dauer von sechs Jahren berufen.“

2. In Satz 5 Halbsatz 1 wird das Wort „abberufen“ durch das Wort „entlassen“ ersetzt.

3. Satz 6 wird aufgehoben.

Art. 22

Durchführungsbestimmungen

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (An-

lage DBestHG 2009/2010). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 23

Inkrafttreten, Übergangsregelung, Geltungsdauer

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

(2) ¹Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 6d, 16, 21 und Nr. 4.3 Satz 5 DBestHG 2009/2010 mit Wirkung vom 1. April 2009,

2. Art. 9 Nrn. 1 bis 5, 7 und 8 am 1. Mai 2009,

3. Art. 9 Nr. 6 am 1. Januar 2010,

4. Art. 17 am 1. August 2009,

5. Art. 12 Nr. 1, soweit das Amt „Lehrer“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Leiter einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –“ mit der Fußnote 8 ersetzt wird, und Art. 20 am 1. September 2009

in Kraft. ²Bis 31. März 2009 sind Art. 6d und Nr. 4.3 Satz 5 DBestHG 2009/2010 in der bis 31. Dezember 2008 geltenden Fassung anzuwenden.

(3) ¹Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten, soweit in Satz 2 nichts anderes bestimmt ist, bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter. ²Art. 5, 9 bis 21 gelten unbestimmt.

München, den 14. April 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010

Gesamtplan

- Teil I: Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen
- Teil II: Finanzierungsübersicht
- Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Im Zusammenhang mit der Neugliederung der Geschäftsbereiche nach Art. 49 der Bayerischen Verfassung am 30. Oktober 2008 (LT-Drs. 16/26) wurden zwischen den Einzelplänen 04, 08, 10 und 12 Haushaltsmittel und Stellen umgesetzt. Insoweit unterscheiden sich die in den nachfolgenden Übersichten nachrichtlich genannten Beträge des Haushaltsjahres 2008 von denen des 2. Nachtragshaushalts 2008. Die Umsetzungen sind in den Allgemeinen Erläuterungen der betreffenden Einzelpläne im Einzelnen dargestellt.

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	gegenüber 2008 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag.....	308,5	265,0	+ 43,5
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	1.301,4	667,5	+ 633,9
03	Staatsministerium des Innern	1.023.655,3	742.931,7	+ 280.723,6
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	851.168,7	824.355,3	+ 26.813,4
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	48.160,3	37.301,8	+ 10.858,5
06	Staatsministerium der Finanzen	406.287,2	344.066,7	+ 62.220,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.242.180,1	1.211.251,0	+ 30.929,1
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	366.883,4	384.945,9	- 18.062,5
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	605.160,1	568.572,4	+ 36.587,7
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	8,5	+ 10,7
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	156.446,2	180.292,9	- 23.846,7
13	Allgemeine Finanzverwaltung	35.228.551,9	43.636.068,6	- 8.407.516,7
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.288.978,3	1.096.099,0	+ 192.879,3
	Summe	41.219.100,6	49.026.826,3	- 7.807.725,7

Teil I: Haushaltsübersicht 2009

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2009 Tsd. EUR	Ein- zel- plan
Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	gegenüber 2008 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR	Betrag für 2009 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR		
6	7	8	9	10	11	12
99.975,2	83.258,5	+ 16.716,7	- 99.666,7	- 82.993,5	8.000,0	01
78.921,3	71.256,3	+ 7.665,0	- 77.619,9	- 70.588,8	5.280,0	02
4.801.790,6	4.344.489,7	+ 457.300,9	- 3.778.135,3	- 3.601.558,0	1.346.888,2	03
1.818.970,2	1.749.297,3	+ 69.672,9	- 967.801,5	- 924.942,0	302.896,1	04
9.124.814,6	8.630.879,3	+ 493.935,3	- 9.076.654,3	- 8.593.577,5	86.953,3	05
1.750.848,6	1.672.662,6	+ 78.186,0	- 1.344.561,4	- 1.328.595,9	135.045,0	06
1.676.002,1	1.648.294,5	+ 27.707,6	- 433.822,0	- 437.043,5	1.819.618,0	07
1.202.958,1	1.216.979,0	- 14.020,9	- 836.074,7	- 832.033,1	279.467,0	08
2.302.250,0	2.215.786,0	+ 86.464,0	- 1.697.089,9	- 1.647.213,6	139.241,9	10
31.161,4	31.449,6	- 288,2	- 31.142,2	- 31.441,1	-	11
800.134,4	817.656,8	- 17.522,4	- 643.688,2	- 637.363,9	302.544,9	12
12.600.731,9	21.889.658,8	- 9.288.926,9	+ 22.627.820,0	+ 21.746.409,8	899.945,0	13
4.930.542,2	4.655.157,9	+ 275.384,3	- 3.641.563,9	- 3.559.058,9	425.003,4	15
41.219.100,6	49.026.826,3	- 7.807.725,7	-	-	5.750.882,8	

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2010 Tsd. EUR	Betrag für 2009 Tsd. EUR	gegenüber 2009 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag.....	308,5	308,5	-
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	911,4	1.301,4	- 390,0
03	Staatsministerium des Innern	1.117.902,1	1.023.655,3	+ 94.246,8
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	862.221,7	851.168,7	+ 11.053,0
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	69.823,3	48.160,3	+ 21.663,0
06	Staatsministerium der Finanzen	426.904,3	406.287,2	+ 20.617,1
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.287.327,8	1.242.180,1	+ 45.147,7
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.....	361.819,3	366.883,4	- 5.064,1
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	611.551,9	605.160,1	+ 6.391,8
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof.....	19,2	19,2	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.....	198.041,7	156.446,2	+ 41.595,5
13	Allgemeine Finanzverwaltung	36.536.087,2	35.228.551,9	+ 1.307.535,3
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.273.844,2	1.288.978,3	- 15.134,1
	Summe	42.746.762,6	41.219.100,6	+ 1.527.662,0

Teil I: Haushaltsübersicht 2010

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2010	Ein- zel- plan
Betrag für 2010	Betrag für 2009	gegenüber 2009 mehr (+) weniger (-)	Betrag für 2010	Betrag für 2009		
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
6	7	8	9	10	11	12
106.660,4	99.975,2	+ 6.685,2	- 106.351,9	- 99.666,7	8.000,0	01
69.731,4	78.921,3	- 9.189,9	- 68.820,0	- 77.619,9	5.280,0	02
5.004.394,4	4.801.790,6	+ 202.603,8	- 3.886.492,3	- 3.778.135,3	540.239,0	03
1.868.674,3	1.818.970,2	+ 49.704,1	- 1.006.452,6	- 967.801,5	65.362,1	04
9.498.216,2	9.124.814,6	+ 373.401,6	- 9.428.392,9	- 9.076.654,3	34.930,3	05
1.805.267,9	1.750.848,6	+ 54.419,3	- 1.378.363,6	- 1.344.561,4	84.275,0	06
1.703.540,4	1.676.002,1	+ 27.538,3	- 416.212,6	- 433.822,0	1.006.740,0	07
1.208.244,7	1.202.958,1	+ 5.286,6	- 846.425,4	- 836.074,7	265.025,0	08
2.360.826,8	2.302.250,0	+ 58.576,8	- 1.749.274,9	- 1.697.089,9	119.319,4	10
32.125,0	31.161,4	+ 963,6	- 32.105,8	- 31.142,2	-	11
845.422,1	800.134,4	+ 45.287,7	- 647.380,4	- 643.688,2	100.204,9	12
13.246.224,2	12.600.731,9	+ 645.492,3	+ 23.289.863,0	+ 22.627.820,0	590.625,0	13
4.997.434,8	4.930.542,2	+ 66.892,6	- 3.723.590,6	- 3.641.563,9	313.490,0	15
42.746.762,6	41.219.100,6	+ 1.527.662,0	-	-	3.133.490,7	

Gesamtplan**Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2009 und 2010****A. Ermittlung des Finanzierungssaldos**

1. Einnahmen
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)
2. Ausgaben
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)

B. Deckung des Finanzierungssaldos

1. **Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt**
 - 1.1 Einnahmen aus Krediten
 - 1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2
 - 1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a HG 2007/2008
 - 1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung
 - 1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2
 - 1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a HG 2007/2008
 - 1.3 **Nettokreditaufnahme**
 - 1.3.1 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1) nach Art. 2
 - 1.3.2 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2) nach Art. 2a HG 2007/2008
2. **Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren**
 - 2.1 Einnahmen aus Überschüssen
 - 2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen
3. **Rücklagenbewegung**
 - 3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken
 - 3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke
 - 3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)
4. **Deckung insgesamt** (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010

1. **Kredite am Kreditmarkt**
 - 1.1 Einnahmen aus Krediten
 - 1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2
 - 1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a HG 2007/2008
 - 1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung
 - 1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2
 - 1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a HG 2007/2008
 - 1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)
 - 1.3.1 Saldo (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1)
 - 1.3.2 Saldo (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2)
2. **Kredite im öffentlichen Bereich**
 - 2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.
 - 2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.
 - 2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)
3. **Kreditaufnahmen insgesamt**
 - 3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)
 - 3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)
 - 3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)

	Betrag für 2009	Betrag für 2010	Betrag für 2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	39.119.201,1	39.401.796,2	38.638.916,7
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	40.958.074,5	42.328.509,3	48.058.158,8
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	- 1.838.873,4	- 2.926.713,1	- 9.419.242,1
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	-
1.3 Nettokreditaufnahme			
1.3.1 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1) nach Art. 2	-	-	- 200.000,0
1.3.2 am Kreditmarkt (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2) nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	10.000.000,1
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	2.099.899,5	3.344.966,4	587.909,5
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	261.026,1	418.253,3	968.667,5
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.838.873,4	2.926.713,1	- 380.758,0
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	1.838.873,4	2.926.713,1	9.419.242,1
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten			
1.1.1 vom Kreditmarkt nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	2.908.914,0
1.1.2 vom Kreditmarkt nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	10.000.000,1
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2	2.373.184,0	3.323.799,0	3.108.914,0
1.2.2 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege) nach Art. 2a HG 2007/2008	-	-	-
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)			
1.3.1 Saldo (Nr. 1.1.1 abzüglich Nr. 1.2.1)	-	-	- 200.000,0
1.3.2 Saldo (Nr. 1.1.2 abzüglich Nr. 1.2.2)	-	-	10.000.000,1
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	-	-	200,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	53.000,0	53.000,0	54.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	- 53.000,0	- 53.000,0	- 53.800,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.373.184,0	3.323.799,0	12.909.114,1
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	2.426.184,0	3.376.799,0	3.162.914,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	- 53.000,0	- 53.000,0	9.746.200,1

Anlage DBestHG 2009/2010

**Durchführungsbestimmungen
zum Haushaltsgesetz 2009/2010
(DBestHG 2009/2010)**

1. Deckungsfähigkeit

1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel

1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,

517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,

517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),

517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),

518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,

518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),

1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und

527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,

1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und

531 2. Sonstige Veröffentlichungen.

1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.

1.3 Innerhalb desselben Einzelplans können die Titelgruppen 97 (eGovernment) aus den Ansätzen der Hauptgruppe 5 und der Obergruppen 81 und 82 aller Kapitel verstärkt werden.

1.4 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw. -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen ist jeweils ein Abdruck des entspre-

chenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen.

1.5 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Nrn. 3.1 und 3.2 zurückzuführen sind.

2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

- Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.
- 3.1 Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, im Bedarfsfall freie und besetzbare Stellen wie folgt besetzt werden:
- 3.1.1 Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)
- durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30),
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.).
- 3.1.2 Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.)
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.).
- 3.2 ¹Die in Nr. 3.1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur innerhalb der Gruppen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes mit Beschäftigten aus Stellen gleicher Art (Laufbahn) und gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; abweichend hiervon können Aushilfen (auf der Basis des TV-L) im Einzelfall über die Grenzen der Laufbahngruppen hinweg auf Stellen höherer Wertigkeit verrechnet werden. ²Soweit gemäß Nr. 3.1 Stellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.
- 3.3 Abweichend von Nr. 3.2 Satz 1 kann in folgenden Fällen eine Verrechnung über die Laufbahnen hinweg erfolgen:
- 3.3.1 Innerhalb einer Laufbahngruppe ist eine Verrechnung über die Laufbahnen hinweg möglich, wenn für die Stellen jeweils identische Stellenobergrenzen gelten oder für die in Anspruch genommene Stelle ungünstigere Stellenobergrenzen gelten.
- 3.3.2 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in der Laufbahn des gehobenen technischen Verwaltungsinformatikdienstes können auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) anderer Laufbahnen des gehobenen Dienstes verrechnet werden.
- 3.3.3 Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit seiner Laufbahngruppe verrechnet werden.
- 3.4 Abweichend von Nr. 3.2 Satz 1 kann in folgenden Fällen eine Verrechnung über die Laufbahngruppen hinweg erfolgen:
- 3.4.1 ¹Stellen des Eingangsamts oder des ersten Beförderungsamts einer Laufbahn dürfen mit Beamten der nächstniedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn sich diese im Aufstiegsverfahren befinden. ²Satz 1 gilt nicht für die erstmalige Übertragung eines Spitzenamts des einfachen Dienstes der BesGr A 6 sowie eines mit einer Amtszulage ausgestatteten Spitzenamts der BesGr A 6, A 9 oder A 13.
- 3.4.2 Stellen, die im Stellenplan ausdrücklich für den Aufstieg für besondere Verwendungen nach den Vorschriften der Laufbahnverordnung vorbehalten sind, können bis zu 24 Monate vor der vorgeschriebenen Einführung mit Beamten des mittleren Dienstes besetzt werden, die für diesen Aufstieg vorgesehen sind.
- 3.4.3 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes dürfen mit Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des mittleren Dienstes besetzt werden.
- 3.4.4 ¹Planstellen in den Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes für besondere Dienstleistungsbereiche (Verwaltungs-, Vermessungs-, Museums- und Justizbetriebsdienst) dürfen mit Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden. ²Beamte in diesen Laufbahnen dürfen nicht auf anderen Stellen des mittleren Dienstes geführt werden und können höchstens ein Amt der BesGr A 8 erreichen. ³Die Ämter der BesGr A 8 sind besonderen, herausgehobenen Funktionen vorbehalten.
- 3.4.5 ¹Die im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vorgesehene Entgeltgruppe 9 kann bei der Stellenverrechnung sowohl der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes als auch der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes zugeordnet werden. ²Die im TV-L vorgesehene Entgeltgruppe 13 kann bei der Stellenverrechnung sowohl der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes als auch der Laufbahngruppe des höheren Dienstes zugeordnet werden.
- 3.5 Regelungen für Stellen für Beamte auf Widerruf
- 3.5.1 ¹Bis auf weiteres dürfen bei besonderem Bedarf mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vorübergehend auf Stellen für planmäßige Beamte verrechnet werden. ²Die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen ist bei einer Verrechnung von bis zu zwölf Monaten nicht erforderlich.

- 3.5.2 ¹In Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte im Sinn des Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 26) vorübergehend Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im Eingangsamts derselben Laufbahngruppe verrechnet werden, wenn und soweit die Ernennung zu Beamten auf Probe oder auf Lebenszeit auf Grund der haushaltsrechtlichen Stellensperren nicht möglich wäre. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden.
- 3.5.3 Dienstanfänger dürfen bei Bedarf auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) des mittleren oder gehobenen Dienstes verrechnet werden.
- 3.6 (entfallen)
- 3.7 ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf im Übrigen vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung (VV Nr. 5.2 zu Art. 49 BayHO) ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.
- 3.8 (entfallen)
- 3.9 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich:
- 3.9.1 Als Stellen gleicher Art im Sinn der Nr. 3.2 Satz 1 gelten vorbehaltlich der Nr. 3.9.3 auch
- Stellen der Besoldungsordnung W,
 - Stellen der Akademischen Räte und der Akademischen Räte – als Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule –.
- 3.9.2 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen in der Laufbahn der Akademischen Räte (ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen in der Laufbahn der Akademischen Räte (ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 15 oder A 16 sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.9.3 ¹Inhaber von Ämtern der Laufbahn des Akademischen Rats (ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie Wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Beamte der Laufbahn der Akademischen Räte, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.9.4 ¹Akademische Räte (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 13 sowie Akademische Oberräte (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 14 können auch auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Direktoren (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 15 können auf Stellen für Professoren der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.9.5 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestuften Arbeitnehmern sowie Wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für Wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.9.6 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit Wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.9.7 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie Wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.
- 3.9.8 Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des TV-Ärzte erfasst sind, können in besonderen unabwiesbaren Fällen auf Stellen der BesGr W 2, des Akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.
- 3.10 Besondere Regelungen für den Richterbereich:
- Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.11 Soweit es auf Grund von Aufgabenabschichtungen notwendig ist, dürfen Planstellen mit Beamten im Eingangsamts einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden; sie sind im Stellenplan des nächsten Haushaltsplans umzuwandeln.

- 3.12 Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen kostenneutral möglich.
- 3.13 ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 3.14 ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 3.15 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Besoldung und des Entgelts bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.
- 4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen**
- 4.1 Aus Mitteln für Dienstbezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung - FkzBek - vom 15. November 2001 (FMBI 2002 S. 69) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.
- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:
- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,
- 4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,
- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Nrn. 2 und 3 der Sachschadenersatzrichtlinien (SachSchRL), Teil 9 Abschnitt 2 der BayVV-Versorgung vom 4. Dezember 2002, Beilage zum StAnz Nr. 5/2003 in der jeweils geltenden Fassung),
- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen,
- 4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung gegen FSME (Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impferum); Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut
- in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft sowie im Gartenbau regelmäßig Tätigkeiten in niederer Vegetation und in Wäldern,
 - im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niederer Vegetation,
 - im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
 - in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,
- ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung.
- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehr- und Ausbildungsstellen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehr- und Ausbildungsstellen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehr- und Ausbildungsstelle) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 2 Abs. 6 BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.

4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.

a) zu Lasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,

b) zu Lasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82

verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben. ³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.

4.5 ¹Aus Mitteln für Dienstbezüge und dergleichen wird Beamten, die im Laufe des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem TV-L-Arbeitsverhältnis in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 v. H., für die übrigen Beschäftigten 65 v. H. des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Mehrarbeits- und Überstunden), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zu Lasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht geführt wurde.

4.6 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Be-

amten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.

5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen

5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.

5.2 Soweit Entgelte für Staatsbeschäftigte aus anderen als Personalausgabenansätzen oder aus Titelgruppen zu leisten sind, sind auch die sonstigen Ausgaben (Beihilfen, Unterstützungen, Trennungsgelder, Übergangsgelder und dergleichen) bei diesen Ansätzen zu leisten.

5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Bestellbauten (Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers errichtet), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.

6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 BayHO und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

- 7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.
- 7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen an Stelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.
- 7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie
- 7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder
- 7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.
- 8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)**
- 8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.
- 8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:
- bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v.H.,
- bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v.H.
- ²Bei Umbauten und Modernisierungen erhöhen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um 20 bis 33 v.H. ³Die festgelegten Vomhundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen bis auf höchstens 5,75 v.H. erhöht werden. ⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreiserhöhungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.
- 8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen I bis III der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1991 (BGBl I S. 533), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl I S. 2992), eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare so-
- wie die Nebenkosten des Architekten – § 7 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen eingeführten Vertragsmuster und die Hinweise zu den Vertragsmustern. ³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser
- für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 1,3 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme
 - für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 0,6 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme
- in Anspruch genommen werden. ⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure.
- 8.1.3 Bei dem Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistungen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.
- 8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für baufachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.
- 8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden
- 8.3.1 die personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,
 - 8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,
 - 8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.
- 9. Zweckgebundene Einnahmen**
- ¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und

die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerrufen die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v.H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v.H. des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12 und 15

- die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549,

- die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 mit Ausnahme der Ansätze nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416, 428) und
- die Ansätze der Festtitel 981 11 und 981 12 (Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd bzw. Nord)

nach näherer Maßgabe der folgenden Nrn. gegenseitig deckungsfähig. ³Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zu Lasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellengehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellengehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellengehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.

12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneintrag hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder

- $\frac{1}{12}$ aus 75 v.H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder

- $\frac{1}{12}$ aus 50 v.H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.

12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.

12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben

12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.

12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjäh-

- rigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zu Lasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.4 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen
- 12.4.1 Bauunterhalt
- ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.4.2 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren Süd und Nord
- Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Festtitel 981 11 und 981 12 darf nur einseitig zugunsten dieser Titel in Anspruch genommen werden.
- 12.5 Koppelung mit Einnahmen
- ¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v.H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.6 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.6.1 Übertragbarkeit
- Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.6.2 Zeitliche Bindung
- Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.
- 12.7 Einzelregelungen
- Die in den Nrn. 12.1 bis 12.6 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.
- 12.8 Berichtspflicht
- Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.7 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

605-1-F

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009)

Vom 14. April 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2008 (GVBl S. 386, BayRS 605-1-F) wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 wird der Wert „11,70 v.H.“ durch den Wert „11,94 v.H.“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „und 10c“ gestrichen.

2. In Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 werden die Worte „Art. 4 Abs. 1 Satz 1 und“ gestrichen.

3. In Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 werden die Worte „Art. 4 Abs. 1 Satz 1 und“ gestrichen.

4. In Art. 7 Abs. 4 Satz 3 werden die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

5. Art. 9 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Landkreise und kreisfreien Gemeinden erhalten zu dem Aufwand für den Vollzug der Aufgaben der Veterinärämter und des Futtermittelrechts eine jährliche pauschale Zuweisung, die sich nach der Zahl der Tierärzte wie folgt bemisst:

Veterinärämter mit

1. bis zu 2,5 Tierärzten	70 000 €
2. mehr als 2,5 Tierärzten	
bis zu 4,5 Tierärzten	86 000 €
3. mehr als 4,5 Tierärzten	
bis zu 6 Tierärzten	119 000 €.“

b) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Die Landkreise erhalten zu dem Aufwand der Landratsämter als Lebensmittel-

überwachungsbehörde jährlich eine Zuweisung in Höhe von 0,13 € je Einwohner. ²Die kreisfreien Gemeinden erhalten für die Wahrnehmung dieser Aufgabe jährlich eine Zuweisung in Höhe von 0,26 € je Einwohner.“

6. Art. 10 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Die Ziele der Raumordnung sind zu beachten, die Grundsätze und die sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind zu berücksichtigen.“

7. Art. 10b Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben die Kosten des Bayerischen Krankenhausgesetzes (BayKrG), soweit sie nicht durch Finanzhilfen des Bundes gedeckt werden, insgesamt zur Hälfte zu tragen (Kommunalanteil).“

8. In Art. 10c Satz 1 werden die Worte „zuzüglich der gemäß Art. 1 Abs. 2 bereitgestellten Verstärkungsmittel“ gestrichen.

9. Art. 12 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „zuzüglich der nach Maßgabe der Bewilligung im Staatshaushalt“ gestrichen.

bb) In Satz 2 werden die Worte „zuzüglich der nach Maßgabe der Bewilligung im Staatshaushalt hierfür bereitgestellten Mittel“ gestrichen.

cc) In Satz 3 werden die Worte „Mindestbetrag von 20 000 €“ durch die Worte „nach der Umlagekraft gestaffelten Mindestbetrag nach Abs. 3“ ersetzt.

dd) In Satz 4 werden die Worte „von Satz 2“ durch die Worte „der Sätze 2 und 3“ ersetzt.

b) Es wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) ¹Der Basisbetrag des nach der Umlagekraft gestaffelten Mindestbetrags beträgt 26 000 €. ²Der Basisbetrag wird mit den in Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 festgelegten Vomhundertsätzen angesetzt, soweit die Umlagekraft je Einwohner der kreisangehörigen Gemeinden innerhalb der jeweils zugehörigen Umlagekraftgrenzen liegt. ³Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.“

10. Art. 13 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „¹Der Staat stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 51 v.H. des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer und 51 v.H. des auf Bayern entfallenden Ausgleichsbetrags nach § 11 Abs. 2 des Autobahnmautgesetzes für schwere Nutzfahrzeuge (ABMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Dezember 2004 (BGBl I S. 3122) in der jeweils geltenden Fassung zur Verfügung.“
- bb) In Satz 4 werden die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.
- b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:
- „(2) ¹Die Finanzmasse jedes Haushaltsjahres errechnet sich aus der Summe des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer und des auf Bayern entfallenden Ausgleichsbetrags nach § 11 Abs. 2 ABMG, die jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorhergehenden Kalenderjahres bis zum 30. September des vorhergehenden Kalenderjahres angefallen sind. ²Der Kommunalanteil an dieser Finanzmasse wird nach Art. 13a bis 13e aufgeteilt.“
11. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 werden nach den Worten „Art. 13 Abs. 2“ die Worte „Satz 1“ eingefügt und wird der Wert „11,28 v.H.“ durch den Wert „10,39 v.H.“ ersetzt.
12. In Art. 13d werden nach den Worten „Art. 13 Abs. 2“ die Worte „Satz 1“ eingefügt.
13. In Art. 13e werden nach den Worten „Art. 13 Abs. 2“ die Worte „Satz 1“ eingefügt.
14. In Art. 14 werden die Worte „dem Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer“ durch die Worte „der Finanzmasse nach Art. 13 Abs. 2 Satz 1“ ersetzt.
15. Art. 16 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen und werden die Worte „§ 5b Abs. 2 Satz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der jeweils gültigen Fassung“ durch die Worte „§ 5a Abs. 3 Satz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes“ ersetzt.
- b) Satz 2 wird aufgehoben und der Wortlaut zu Fußnote „¹²“ wird durch den Klammerhinweis „(aufgehoben)“ ersetzt.
16. Art. 23 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nr. 1 werden nach der Zahl „7“ das Komma und die Bezeichnung „7a“ gestrichen.
- bb) In Nr. 7 werden die Worte „und wie der beratende Ausschuss nach Art. 13b Abs. 2 Satz 5 gebildet wird“ gestrichen.
- cc) In Nr. 10 werden die Worte „Art. 7a, 8“ durch die Worte „Art. 8“ ersetzt und wird nach dem Wort „auszuzahlen“ das Wort „sind“ eingefügt und werden die Worte „fällig sind“ durch die Worte „fällig ist“ ersetzt.
- dd) In Nr. 11 werden nach der Zahl „7“ das Komma und die Bezeichnung „7a“ gestrichen.
- b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
- „²Die näheren Bestimmungen zur Bemessung, Festsetzung und Auszahlung des Härteausgleichs nach Art. 16 werden durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums der Finanzen getroffen.“
- bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und nach dem Wort „Rechtsverordnungen“ werden die Worte „nach den Sätzen 1 und 2“ eingefügt.
- c) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ durch die Worte „Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

(2) Abweichend von Art. 13 FAG können in den Jahren 2009 und 2010 aus der ungekürzten Finanzmasse nach Art. 13 Abs. 2 Satz 1 FAG jeweils 236 000 000 € zur Verstärkung des Ausgleichs an die Bezirke nach Art. 15 FAG verwendet werden.

(3) ¹Dem Kommunalanteil aus der Finanzmasse nach Art. 13 Abs. 2 Satz 1 FAG können in den Jahren 2009 und 2010 jeweils bis zu 17 900 000 € für den Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zug von Staatsstraßen sowie für die Änderung von bestehenden Kreuzungen zwischen Staats- und Gemeindestraßen sowie zwischen Staats- und Gemeinde- und Kreisstraßen und für den Bau von unselbstständigen Radwegen sowie unselbstständigen Geh- und Radwegen an Staatsstraßen, soweit die Gemeinde die Änderungskosten oder die Kosten übernimmt, entnommen werden. ²Für die Förderhöhe und das Förderverfahren gelten die für den kommunalen Straßenbau geltenden Bestimmungen entsprechend.

(4) Dem Kommunalanteil aus der Finanzmasse nach Art. 13 Abs. 2 Satz 1 FAG können in den Jahren 2009 und 2010 jeweils bis zu 30 000 000 € für Straßenbauvorhaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, die nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert werden, entnommen werden.

(5) Abweichend von Art. 13 Abs. 2 FAG errechnet sich die jeweils maßgebliche Masse für die Aufteilung der Leistungen nach Art. 13a bis 13e FAG für die Jahre 2009 und 2010 aus der um jeweils 462 745 098,04 € gekürzten Finanzmasse nach Art. 13 Abs. 2 Satz 1 FAG.

(6) Abweichend von Art. 13a FAG ist für die Jahre 2009 und 2010 zur Errechnung des Gemeindeanteils

das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallene örtliche Aufkommen der Gemeinden an Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 2009 um 27,96 v.H. und für das Jahr 2010 um 28,70 v.H. zu kürzen.

(7) Abweichend von Art. 13c Abs. 1 Satz 1 FAG tritt im Jahr 2009 an die Stelle des Werts „10,39 v.H.“ der Wert „10,82 v.H.“.

München, den 14. April 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer